

Reflexionsspiele: Deliberative Demokratie und die Wirklichkeit politischer Diskurse im Internet

Albrecht, Steffen

Veröffentlichungsversion / Published Version

Dissertation / phd thesis

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
transcript Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Albrecht, S. (2010). *Reflexionsspiele: Deliberative Demokratie und die Wirklichkeit politischer Diskurse im Internet*. (Sozialtheorie). Bielefeld: transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



Steffen Albrecht

Reflexionsspiele

Deliberative Demokratie und
die Wirklichkeit politischer
Diskurse im Internet

Steffen Albrecht
Reflexionsspiele

Ich bedanke mich bei allen Kollegen und Freunden, die mich bei dieser Arbeit unterstützt haben. Ein besonderer Dank gilt Ulrike.

Steffen Albrecht ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Medienzentrum der TU Dresden und Projektleiter für politische Kommunikation und Onlineforschung bei Zebralog (Berlin).

STEFFEN ALBRECHT

Reflexionsspiele

Deliberative Demokratie und die Wirklichkeit politischer
Diskurse im Internet

[transcript]

Diese Arbeit wurde im Dezember 2008 vom Promotionsausschuss der Technischen Universität Hamburg-Harburg unter dem Titel »Reflexionsspiele. Architektur und Dynamik politischer Diskurse im Internet« als Dissertation angenommen.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de/>.

Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-verlag.de

© 2010 transcript Verlag, Bielefeld

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Umschlagabbildung: »Kinderspiele« von Pieter Bruegel d. Älteren mit freundlicher Genehmigung des Kunsthistorischen Museums in Wien, © Kunsthistorisches Museum, Wien

Lektorat & Satz: Steffen Albrecht

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-1522-7

PDF-ISBN 978-3-8394-1522-1

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.transcript-verlag.de>

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter: info@transcript-verlag.de

INHALT

Einleitung	7
Motivation und Fragestellung	8
Verortung im Forschungsfeld	13
Besonderheiten diskursiver Online-Kommunikation	25
Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	32
Habermas' theoretisches Modell deliberativer Kommunikation	35
Deliberative Demokratie	35
Die Gesellschaftstheorie und ihr kommunikationstheoretisches Fundament	39
Öffentlichkeit als intermediäre Ebene	45
Diskurs als Medium der Meinungs- und Willensbildung	52
Kommunikationstheoretische Grundlagen von Deliberation	61
Kommunikationstheorie als Sozialtheorie	62
Sprache, Sprechakt, diskursive Kommunikation	65
Kommunikative Voraussetzungen von Diskursen	72
Kritische Diskussion des Modells	88
Problematik der sprechakttheoretischen Begründung von Kommunikation	89
Normative vs. empirische Betrachtung von Diskursen	109
Eine Zwei-Welten-Theorie der Kommunikation?	115
Theorie des Diskurses oder Diskurstheorie?	119
Untersuchungsstrategie und angewandte Methoden	123
Auswahl des Gegenstands der empirischen Untersuchung	126
»Information Renaissance«-Diskussionen (INFO-REN)	129
»DEMOS«-Diskussionen	133
»FUTURUM«-Diskussionen	137
Auswahl der Untersuchungsmethoden	143

Ergebnisse der empirischen Analyse politischer Diskurse im Internet	147
Strukturen der Partizipation in Diskursen	151
Zur Erklärung durch Teilnehmertypen	162
Zur These der Selbstverstärkung durch Feedback-Mechanismen	170
Zur These der Rollendifferenzierung	175
Die Themen der Diskurse	187
Muster diskursiver Kommunikation	197
Diskussion	231
Zusammenfassung der theoretischen und empirischen Ergebnisse	231
Diskursive Kommunikation in der Perspektive alternativer Theorien	239
Foucault: Diskurse als Strukturen des Wissens	239
Bourdieu: Diskurse als soziale Felder	250
Diskurse als Interaktionen	266
Zwischenfazit	282
Diskurse als Reflexionsspiele	288
Bewertung und Ausblick	309
Literatur	319
Anhang	357
Vorgehensweise der kontrastierenden Inhaltsanalyse	357
Abbildung A-1	359
Tabelle A-1	360
Vorgehensweise und Ergebnisse der Ereignisdatenanalyse von Diskursen	361

EINLEITUNG

Das Internet hat sich als Kommunikationsmedium fest in der Gesellschaft etabliert. Mit einem Verbreitungsgrad von mittlerweile mehr als 62 Prozent bei den über 14-jährigen Deutschen und einer durchschnittlichen Verweildauer der Internetnutzer von 118 Minuten pro Tag (van Eimeren/Frees 2007) stellt es ein neben Presse, Rundfunk und Fernsehen zunehmend bedeutsames Medium dar.¹

Der öffentliche politische Diskurs bleibt von dieser Entwicklung nicht unbeeindruckt. Auch wenn private E-Mails und abgeschottete Firmennetzwerke einen großen Anteil der Online-Kommunikation ausmachen, steht die öffentliche Kommunikation, wie sie paradigmatisch über das World Wide Web geführt wird, im Zentrum der Aufmerksamkeit und der Diskussionen um das (noch immer) neue Medium. Schon früh stellte sich in diesem Zusammenhang die Frage, welche Auswirkungen das Internet auf die politische Kommunikation und den politischen Diskurs hat (Gore 1994). Und obwohl die sozialwissenschaftliche Forschung diese Frage seit einigen Jahren mit stetig wachsendem Einsatz untersucht (vgl. Davis 1999; Chadwick 2006; Coleman 2007), zeichnet sich bislang keine eindeutige Antwort ab.

Die Forschung zu diesem Thema wird nicht allein aus einem genuin wissenschaftlichen Interesse betrieben. Mit der zunehmenden Nutzung des Internets für die öffentliche Kommunikation hat sich auch ein gesellschaftliches Interesse an der Förderung und aktiven Gestaltung von

1 Die vorliegende Arbeit wurde im Frühjahr 2008 abgeschlossen und gibt den zu dieser Zeit aktuellen Stand wieder. Eine Aktualisierung für diese Publikation konnte aus verfahrenstechnischen Gründen nicht erfolgen. Die Ergebnisse der Arbeit werden davon in ihrer Substanz nicht berührt.

internetgestützten Diskussionen entwickelt, das sich etwa in den Empfehlungen der OECD zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK-Technologien) für die Bürgerbeteiligung (OECD 2001) sowie in einem kürzlich durch die Bundesregierung vergebenen Auftrag zur Untersuchung der Beteiligung an politischen Entscheidungen über das Internet zeigt (Bundesministerium des Innern 2007).² Diese Aktivitäten von transnationalen Organisationen bzw. nationalen Regierungen belegen ein ganz handfestes und praktisches Erkenntnisinteresse in Bezug auf den Einfluss des Internets auf politische Diskurse.

Motivation und Fragestellung

Die vorliegende Untersuchung der Architektur und Dynamik politischer Diskurse im Internet wurde zunächst durch ein solches praktisches Problem angestoßen. Im Jahr 2000 begann die Arbeit an einem von der EU geförderten Projekt zur Entwicklung einer Online-Plattform zur Unterstützung der Bürgerbeteiligung, dem Projekt »DEMOS«. Neben der technischen Entwicklung von Softwarekomponenten ging es dabei insbesondere um innovative methodische Konzepte zur Einbindung einer großen Zahl von Bürgerinnen und Bürgern in eine Diskussion über ihre politischen Probleme und Vorstellungen. Mit Hilfe des Internets sollte die vielfach in der wissenschaftlichen (s. Hayward 1995; Putnam 1995; Offe 2002; Coleman 2005) und politischen (s. Schily 2001; OECD 2003; Wallström 2005; Schultheis/Arning 2007) Diskussion diagnostizierte Kluft zwischen Bürgern und ihren politischen Repräsentanten verringert und der Prozess der Entscheidungsfindung durch Einbeziehung der Betroffenen verbessert werden.

Auch wenn sich die ursprüngliche Vision des Projekts zu großen Teilen der damaligen Euphorie rund um das Internet und seine technischen Möglichkeiten verdankte, blieb die methodische Kernfrage über deren Ende hinaus relevant: In welcher Form kann eine große Zahl von Menschen zu einer konstruktiven und produktiven Diskussion über politische Probleme gebracht werden? Und zwar dergestalt, dass die Ergebnisse der Diskussion am Ende sowohl die anfänglich überaus skeptischen Politiker als auch die bis zuletzt kritisch gegenüber der Glaubwürdigkeit des Unterfangens eingestellten Bürger von der Sinnhaftigkeit einer solchen Diskussion überzeugen.

2 Vgl. auch entsprechende Studien der Vereinten Nationen (2007), des Deutschen Bundestages (2005) sowie anderer nationaler Regierungen (Cabinet Office 2002; New Zealand State Services Commission 2007).

Auf Seiten der Wissenschaft korrespondiert mit dieser Problemstellung die Frage, welche Form der Kommunikation einen politischen Diskurs ausmacht und wie dieser strukturiert sein muss, um zu Ergebnissen zu führen, die den demokratischen Prozess insgesamt unterstützen. Diese Fragen wurden insbesondere unter demokratietheoretischen Aspekten durch die normative Diskurstheorie in der Tradition Jürgen Habermas' behandelt. Als Initiator und maßgeblicher Protagonist der kommunikativen Wende in der Soziologie stellt dieser einen Zusammenhang her zwischen öffentlicher Kommunikation, politischen Entscheidungen und den kommunikativen Bedingungen, unter denen beide aufeinander bezogen werden sollten. Kommunikation ist nach Habermas' Theorie der zentrale Mechanismus der sozialen Integration ebenso wie des politischen Interessensausgleichs. Öffentliche Diskurse können sicherstellen, dass politischen Entscheidungen Legitimität und Rationalität zukommt; durch sie wird die Sphäre der alltäglichen Lebenswelt mit dem hochspezialisierten politischen Entscheidungsprozess in Verbindung gebracht und kann einen aus Sicht demokratischer Grundwerte positiven Einfluss auf diesen nehmen.

Aus diesen Gründen orientierte sich das DEMOS-Projekt bei der Entwicklung eines Diskursverfahrens an der Habermas'schen Diskurstheorie (vgl. Lührs et al. 2001, 2004). Es entwickelte ein Ensemble von Verfahrensregeln und webbasierten Softwaretools zur Unterstützung von politischen Online-Diskussionen. Mit deren Hilfe wurden schließlich im Winter 2001/2002 zwei realweltliche Experimente der Bürgerbeteiligung mittels Online-Deliberation in Hamburg sowie in Bologna durchgeführt.

Die Ergebnisse dieser Experimente bestätigen zunächst die Hoffnungen, die verschiedentlich in die demokratiefördernde Kraft des Internets gesetzt wurden. Es gelang in beiden Fällen, eine große Zahl von Teilnehmern anzuziehen, die relativ kontinuierlich über eine Dauer von vier bzw. sechs Wochen zur Diskussion beitrugen und interessante Anregungen für die Politikgestaltung gaben und dabei ein ziviles, respektvolles Diskussionsklima wahrten. Die Experimente wurden – bei Kritik an einzelnen Aspekten – von Politikern wie Teilnehmern ausgesprochen positiv aufgenommen (Lührs et al. 2003, 2004; Mitterhuber 2004; Trénel et al. 2003; Gall 2002; Schirg 2003). Ihre Ergebnisse scheinen die Annahmen der Diskurstheorie zu bestätigen: dass Diskurse zu einer Steigerung sowohl der Rationalität als auch der Legitimität von politischen Entscheidungen, in deren Vorfeld sie ablaufen, führen.

Dem wissenschaftlichen Beobachter stellten sich allerdings Zweifel an der Tragfähigkeit des theoretischen Unterbaus der Diskurs-Experimente. Denn obwohl die Rahmenbedingungen der Diskussionen – so-

weit sie die Institutionalisierung von Beteiligungsregeln betreffen und soweit dies im Rahmen der Möglichkeiten realweltlicher Umsetzungen sozialwissenschaftlicher Theorien überhaupt möglich ist – den normativen Vorgaben der Diskurstheorie entsprachen, und obwohl sich positive Ergebnisse einstellten, blieb unklar, inwieweit dieser Zusammenhang der Theorie entspricht. Im Gegenteil: Die teilnehmende Beobachtung der Diskussionen, die begleitend zum Experiment in Hamburg durchgeführt wurde, legt die Vermutung nahe, dass die Kommunikation innerhalb der Diskussion zwar zivil ablief, aber insgesamt keineswegs den Annahmen der normativen Theorie entsprach.

Zwei Aspekte fallen diesbezüglich besonders ins Auge (und wurden von den italienischen Moderatoren auch für die dortige Diskussion bestätigt): die starke Ungleichheit im Ausmaß der individuellen Beteiligung und die zum Teil offen zelebrierte »Unaufrichtigkeit« der Diskussion, die, neutraler formuliert, in einem spielerischen Umgang mit Identitäten sowie sprachlichen Formen festzustellen war. Beide Aspekte stehen den Anforderungen der Diskurstheorie entgegen. Und dennoch sind die Ergebnisse der Diskurse insgesamt auch aus normativer Sicht als positiv zu bewerten.

Die praktischen Erfahrungen der Durchführung der Online-Diskussionen verweisen daher zurück auf die theoretische Fragestellung, inwiefern die normative Diskurstheorie eine zutreffende und angemessene Form der Beschreibung von solchen Diskursen darstellt. Denn in der Argumentation der Diskurstheorie, mit der die positiven Effekte diskursiver Kommunikation für die öffentliche Meinungsbildung und für politische Entscheidungsprozesse begründet werden, spielen die kommunikativen Bedingungen die Rolle von notwendigen Bedingungen. Wenn die »Leistungen öffentlicher Kommunikationskontexte« zwar die »hochgespannten Erwartungen in ihre politikgestaltende Kraft rechtfertigen«, wie van den Daele und Neidhardt in anderem Zusammenhang schreiben (van den Daele/Neidhardt 1996: 16), dabei aber ganz anderen kommunikativen Strukturen und Dynamiken entsprechen als in der normativen Diskurstheorie angenommen, dann ist danach zu fragen, ob diese Theorie der empirischen Realität im nötigen Maße gerecht wird.

Einen solchen Anspruch zumindest erhebt die normative Diskurstheorie durchaus.³ Denn zum einen will die Theorie nicht nur normative Idealisierungen beschreiben, sondern sowohl auf die empirische Realität in Form eines Bewertungsmaßstabs bezogen werden als auch für die tat-

3 Für Schöttler dagegen zielt Habermas' Diskursbegriff »auf ein Ideal, dem man zwar konkret naheifern kann, das aber keine empirischen Forschungen eröffnet« (Schöttler 1997: 139).

sächlich ablaufende Kommunikation relevant sein. Die Theorie beansprucht also nicht allein, wirklichkeitsnah zu sein, sondern stützt sich gleichzeitig auf »unverzichtbare« empirische Annahmen über Kommunikationsprozesse (Gerhards 1997: 28). Nicht zuletzt Habermas' vielfache Einmischung in konkrete politische Fragen (vgl. etwa Habermas 1986; zuletzt: Habermas 2007a) zeigt, wie sehr dieser sich als Theoretiker mit praktischer Ausrichtung versteht.

Zum anderen stellt die Durchführung von politischen Diskussionen im Internet einen für die Überprüfung der Theorie besonders geeigneten Anwendungsfall diskursiver Kommunikation dar. Auch wenn Habermas selbst den Effekten des Internets auf die demokratische Kultur insgesamt skeptisch gegenübersteht, weil es seiner Meinung nach in liberalen Staaten die Fragmentierung der Öffentlichkeit unterstützt (Habermas 2006a: 4), nimmt auch er an, das Internet »counterbalances the seeming deficits that stem from the impersonal and asymmetrical character of broadcasting by reintroducing deliberative elements in electronic communication« (Habermas 2006b: 9, FN 14). Ganz ähnlich kommen Hurrelmann et al. (2002) in ihrem auf die kommunikativen Regeln diskursiver Entscheidungsfindung ausgerichteten Modellvergleich von Versammlungen und Internetforen zu dem Schluss: »Das Internet kann also bei entsprechend strenger Ausformung der Kommunikationsdisziplinen so genutzt werden, dass ein *weitaus höheres Maß an Deliberation* gesichert ist als in Versammlungen« (Hurrelmann et al. 2002: 557, Hervorh. im Orig.).⁴ Entsprechend müssten sich die Annahmen der Theorie in Online-Deliberationen besonders deutlich beobachten lassen.

Daher stellen wir die Frage nach dem Zusammenhang zwischen empirisch beobachtbaren Formen der Deliberation und deren theoretischer Konzeption im Modell des deliberativen Diskurses bei Habermas in den Vordergrund der vorliegenden Untersuchung. Wir nehmen Habermas also den »fiktiven« Charakter eines Modells reiner kommunikativer Vergesellschaftung (Habermas 1992a: 396) nicht ab, mit dem er die Reibungspunkte zwischen seiner Theorie und der Empirie als »unvermeidliche Trägheitsmomente« (ebd.) darstellen möchte. Denn wie hätte ein fiktives Modell diese Wirkung entfalten können, wenn es nicht von unmittelbarer Relevanz für die Realität wäre? Diskurse beruhen auf bestimmten Leistungen der Kommunikation, und Kommunikation als fiktiv anzunehmen würde die wichtigste Pointe der Theorie zerstören, nämlich den zentralen Stellenwert von Kommunikation für die Konstitution

4 In Bezug auf die Fähigkeit, verbindliche Entscheidungen zu treffen, sehen sie allerdings einige Defizite der Online-Deliberation, was für unsere Fragestellung jedoch nicht weiter von Relevanz ist.

von Sozialität hervorzuheben und für die soziologische Theorie fruchtbar zu machen. Bei allem Respekt vor der strategischen Bedeutung des Arguments der Kontrafaktizität dürfen die wichtigen Einsichten, die wir aus der Beobachtung realer empirischer Diskurse gewinnen können, nicht am Wegesrand liegen gelassen werden.

Die Fragestellung, die dieser Arbeit zugrunde liegt, lautet zunächst: Welche kommunikativen Grundlagen nimmt Habermas' Theorie des Diskurses als gegeben an, um unter Verweis auf diese den besonderen Stellenwert von Diskursen für die Gesellschaft herauszustellen? Und welche theoretischen Annahmen über Kommunikation liegen dieser Theorie zugrunde, die den Zusammenhang zwischen einer bestimmten Form der Kommunikation und bestimmten politischen Auswirkungen herstellen? Auf der Basis dieser theoretischen Klärung und der Diskussion der Stichhaltigkeit der Theorie soll in einem zweiten Schritt durch eine vergleichende empirische Analyse von neun politischen Online-Diskussionen untersucht werden, inwiefern sich dort die theoretisch beschriebenen Merkmale diskursiver Kommunikation beobachten lassen und wie das Zusammenspiel der unterschiedlichen Merkmale untereinander sowie mit den Ergebnissen der Diskussionen zu bewerten ist.

Bei dieser Untersuchung handelt es sich nicht um eine empirische Prüfung der Hypothesen einer Theorie im klassisch positivistischen Sinn. Denn die Diskurstheorie stellt keine Theorie im Sinne einer Sammlung empirisch überprüfbarer Aussagen und Gesetze dar, sondern eine abstrakt formulierte und stark normativ ausgerichtete Theorie. Die Überprüfung betrifft auch nicht die Randbereiche des Forschungsprogramms der Diskurstheorie, sondern deren »harten Kern«, also ein Netz von miteinander verwobenen Annahmen und Zusammenhängen (Lakatos 1974). Diese lassen sich durch eine punktuelle empirische Untersuchung weder belegen noch verwerfen, sondern können nur mehr oder weniger stark erschüttert werden.

Die hier durchgeführte Untersuchung verfährt daher explorativ. Sie unternimmt eine möglichst breite und von spezifischen Perspektiven unabhängige Beobachtung des Gegenstandes der Online-Diskussionen anstelle eines stark spezifischen Zugriffs auf die Empirie, wie in der Standardmethodologie der empirischen Forschung empfohlen. Das gewählte Vorgehen zielt zum einen direkt auf den Kern des Forschungsprogramms, indem es eine ganze Bandbreite relevanter Annahmen hinterfragt; es bietet zum anderen aufgrund des theorieübergreifenden und daher neutralen Ausgangspunkts die Aussicht darauf, im Fall begründeter Zweifel an den Annahmen, das Forschungsprogramm der Diskurstheorie nicht nur zu kritisieren, sondern zugleich die Grundlage für eine positive

Neubestimmung des Verhältnisses von deliberativer Kommunikation und ihren politischen Auswirkungen zu legen.

In Abgrenzung zu den vorherrschenden empirischen Forschungen über Online-Diskurse geht es uns also nicht darum, zu überprüfen, ob die Diskurse deliberativ sind oder nicht (vgl. z. B. Zhang 2005), ebenso wenig möchten wir das Ausmaß und die Qualität der Deliberativität (Steenbergen et al. 2003) oder die institutionellen Bedingungen für diese Qualität untersuchen (vgl. z. B. Levine et al. 2005: 273f.). Vielmehr soll es um die Frage gehen, was uns politische Diskussionen in Online-Foren über den Charakter von Deliberativität im Allgemeinen sagen können. Wir versuchen also, von der empirischen Beobachtung der Dynamik sozialer Prozesse auf ihre Logik rückzuschließen und auf diese Weise zur Weiterentwicklung der Theorie der Deliberation beizutragen.⁵

Die Art von Diskursen, die hier untersucht werden, lässt sich dabei definieren als Kommunikationsprozesse, die sich folgendermaßen auf den vier Ebenen des Sozialen eingrenzen lassen: Auf der zeitlichen Dimension sind sie ausgedehnter als Interaktionen, aber nicht so umfassend wie Kommunikation auf der Ebene der Gesellschaft (orientiert an der Unterscheidung von Luhmann 1975). Sachlich sind sie offen für alle Themen, aber dennoch begrenzt auf ein Thema zur selben Zeit und alle Beiträge, die an dieses Thema anschlussfähig sind. Auf der Sozialdimension haben Diskurse mehr Teilnehmer als Interaktionen, aber weder unbegrenzt viele noch alle möglichen. Räumlich schließlich unterliegen Diskurse nicht der Kopräsenz der Akteure, sind aber auch nicht überall verfügbar. Durch diese Abgrenzungen wird der Diskurs auf einer intermediären Ebene des Sozialen situiert, was, wie noch zu zeigen sein wird, dem von Habermas' Theorie anvisierten Diskursbegriff im Kern entspricht.

Verortung im Forschungsfeld

Bevor die eigentliche Untersuchung beginnt, sollen jedoch die bisher nur skizzenhaft vorgetragenen Bezüge zur soziologischen Theoriedebatte sowie zu den politisch-gesellschaftlichen Implikationen genauer erörtert und der Stand der Forschung zu den betreffenden Themen dargestellt werden. In der soziologischen Forschung hat die normative Diskurstheorie gegenwärtig keinen zentralen Stellenwert. Der Begriff des Diskurses

5 Die Begriffe »Diskurs« und »Deliberation« werden in dieser Arbeit nicht immer voneinander unterschieden, sondern beide für den Gegenstand politischer Diskussionsprozesse benutzt.

wird vor allem im Rahmen poststrukturalistischer Theorien wie etwa der von Michel Foucault diskutiert und angewandt,⁶ doch hat er sich dort von der konkret fassbaren Kommunikation zu einem abstrakt wissenssoziologischen Konzept verschoben. Fast scheint es, als sei die Orientierung an Kommunikation als primärer Zugang zum Sozialen, wie sie im Zuge der »kommunikativen Wende« in der Soziologie etabliert wurde,⁷ von neueren Entwicklungen wie dem »cultural turn« (Reckwitz 1999, 2000) verdrängt worden.⁸ Gerade die empirische Erforschung der Bedingungen und Auswirkungen von Kommunikationsprozessen ist daher nicht in einem Rahmen unternommen worden, der zur Untermauerung und Weiterentwicklung der Diskurstheorie nötig gewesen wäre.⁹

Allerdings spricht einiges für die Relevanz eines konkret und kommunikativ verstandenen Diskursbegriffs in der Soziologie. Denn der Diskurs stellt einen geradezu paradigmatischen Gegenstand intermediärer Sozialität dar: Er ist weder auf einzelne Akteure oder Interaktionen noch auf die Gesellschaft im Ganzen zuzurechnen, auch entzieht er sich Versuchen der Organisation (vgl. Habermas 1992a: 374, 625). Als Kommunikationsprozess ist er ebenso wenig episodisch-vergänglich wie zeitlich stabil und dauerhaft. Dieser intermediäre Charakter von Diskursen macht sie zu einem interessanten Untersuchungsgegenstand einer Sozio-

-
- 6 Als symptomatisch kann gelten, dass der Band zum Thema »Diskurs« einer Reihe mit Einführungen in grundlegende Themen der Soziologie des transcript Verlags (Bublitz 2003) die normative Diskurstheorie allenfalls am Rande zu Zwecken der Abgrenzung erwähnt und sich ausschließlich auf den wissenssoziologischen Diskursbegriff in der Tradition Foucaults stützt. Die Auseinandersetzung mit alternativen Verständnissen des Begriffs »Diskurs« wird in Kapitel 5 dieser Arbeit wieder aufgenommen.
 - 7 Vgl. Knoblauch 2000. Alternativ wird auch von einer »sozialtheoretischen Variante des ›linguistic turn‹« gesprochen (Krämer 2001: 154) oder von einem »Paradigmenwechsel zur Kommunikationstheorie« (Habermas 1981a: 518), um diese theoretische Bewegung zu bezeichnen. Stichweh (2000) vollzieht die historische Entwicklung zur kommunikationstheoretischen Fundierung der Soziologie nach, interessanterweise allerdings ohne einen einzigen Bezug zu Habermas' zentralem Beitrag zu dieser Entwicklung.
 - 8 Allerdings ist dazu zu bemerken, dass die Kulturalisten weiter stark auf diskursive Formationen setzen, die durchaus auch kommunikativ zu verstehen sind bzw. sich – unter Zuhilfenahme der Betrachtung von »Welt als Text« (vgl. Garz/Kraimer 1994) – kommunikativ fassen lassen, und dass ein solcher »turn«, was übrigens auch für die kommunikative Wende gilt, nicht die gesamte Disziplin erfasst, sondern sich immer ergänzend zu anderen Sichtweisen etabliert.
 - 9 Die empirische Forschung hat sich demgegenüber offenbar in die noch relativ junge Kommunikationswissenschaft verlagert bzw. – soweit der politische Diskurse betroffen ist – in Teilbereiche der Politikwissenschaft (s. unten).

logie der Mesoebene, die neben den gut beschriebenen Makro- und Mikroebenen bisher noch unterreflektiert geblieben ist (Collins 1981) – und das obwohl sie die Chance bietet, die problematische Kluft zwischen Mikro- und Makroebene (Alexander et al. 1987) zu überbrücken. Ebenso ist von einer konzentrierten Beschäftigung mit Diskursen ein Beitrag zur soziologischen Kommunikationstheorie zu erwarten, die nach der anfänglichen Euphorie in den 1970er Jahren ihrem Versprechen einer neuen Grundlegung der Soziologie nicht nachgekommen ist und sich heute als eine Vielzahl nebeneinander bestehender Begrifflichkeiten und Theorien mit geringen Bezügen untereinander darstellt.¹⁰

Zusätzlich zu diesen der Soziologie immanenten Gründen gebietet auch die große Verbreitung, die diskursive Kommunikation gegenwärtig in der Gesellschaft gefunden hat,¹¹ eine Auseinandersetzung mit deren Grundlagen. Diese Entwicklung ist nicht frei von Ironie. War es in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts noch insbesondere die Soziologie, die lautstark die breite Anwendung von (herrschaftsfreien) Diskursen in ganz unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft wie der Familie, dem Betrieb und der Politik forderte, so scheint sie heute eher wenig interessiert an der Thematik, während sich in der Gesellschaft diskursive Verfahren auf breiter Ebene etabliert haben.

In der politischen Praxis finden sich auf so unterschiedlichen Ebenen wie der lokalen Verwaltung und der internationalen Politik Empfehlungen zur Einbeziehung diskursiver öffentlicher Meinungsbildung als »best practice« des Regierens (vgl. Coenen 2005; Lowndes et al. 2001; Europäische Kommission 2001; OECD 2001; OECD 2003; Weltbank 2007). Anwendungsgebiete, in denen sich diskursive Beteiligungsverfahren zunehmender Beliebtheit erfreuen, sind außerdem die Stadtplanung (Allmendinger/Tewdwr-Jones 2002) und die Technikfolgenabschätzung (vgl. Grunwald 2000 sowie die Beiträge in Köberle et al. 1997).

Selbst in der Ökonomie, die lange als Bereich rein individueller rationaler Entscheidungen galt, wird zunehmend Wert auf die Darstellungs- und Vermittlungsaspekte ökonomischen Handelns gelegt, um den komplexen Zusammenhängen und Beziehungen besser gerecht zu werden.

¹⁰ S. allerdings die Versuche von W. L. Schneider 1996 und Malsch 2005a. Einen Überblick über soziologische Kommunikationstheorien bietet Schützeichel 2004.

¹¹ Und dies nicht nur in der Bundesrepublik: Für die USA stellen Delli Carpini et al. (2004: 316) fest, »public deliberation is also enjoying a renaissance outside of the academy«. Mendelberg (2002: 154f.) listet eine eindrucksvolle Anzahl von 19 Studien zu realweltlichen Deliberationsprozessen in Jurys, Bürgerversammlungen, Kommissionen, Anhörungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen auf.

Neben Preise tritt Kommunikation als Mittel der »diskursiven Koordination« (Braczyk/Schienstock 1996) und der Kooperationsförderung (Bohnet/Frey 1994; Bohnet 1997). Von der Führungsebene werden unternehmensweite Diskussionen unter den Mitarbeitern großer und mittlerer Unternehmen angeregt (Thomas 2001; Märker et al. 2007). Nicht zuletzt wird der kommunikativen Beobachtung durch Rating-Agenturen oder Verbraucherschutzorganisationen eine wachsende Bedeutung zugemessen, so dass manche Autoren bereits von einem »communicative capitalism« (Dean 2003: 100) bzw. von Diskursen als Hauptmedium für die Konstitution von Märkten sprechen (Mützel 2007). Der Soziologie stünde es daher gut an, die Frage der theoretischen Einordnung solcher Entwicklungen nicht anderen Sozialwissenschaften zu überlassen, sondern das begriffliche Rüstzeug dafür selbst bereitzustellen und weiterzuentwickeln.

Breite Anerkennung in der Soziologie findet allerdings die Ansicht, dass Kommunikation in der gegenwärtigen Gesellschaft an Bedeutung gewonnen hat und zunehmend die Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens determiniert. Diese Entwicklung wird belegt durch die Entwicklung neuer Kommunikationssysteme (z. B. Telekommunikation, digitale interaktive Medien), aber auch durch eine gestiegene Zahl von Kommunikatoren, die für ihre Botschaften ein Publikum suchen (z. B. Führungskräfte, Prominente, Medien) und dadurch in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit geraten. Diese Entwicklungen zeichneten sich bereits zu Zeiten von Arnold Gehlen ab, wurden aber nur als »gesellschaftliche Dauerreflexion« (Gehlen 1986) abgewertet und nicht in ihrer für die Soziologie konstitutiven Bedeutung erkannt (s. aber Schelsky 1965). Heutige Soziologinnen und Soziologen, wie etwa Günthner und Knoblauch, konstatieren den Bedeutungszuwachs der Kommunikation und dessen Reflexion in der soziologischen Theorie (Günthner/Knoblauch 1994: 693). Andere, wie Münch (1991), verweisen bereits auf den dialektischen Charakter einer solchen Zunahme, der es schließlich unmöglich macht, sich dem Zwang der Aufmerksamkeits-suche zu entziehen.

Bei politischen Diskursen handelt es sich allerdings um einen Gegenstand, der sich nicht aus einer disziplinären Perspektive allein betrachten lässt, sondern quer zu den etablierten Grenzziehungen der Sozialwissenschaften liegt. So ist im Gegensatz zur Soziologie in der Politikwissenschaft ein gesteigertes Interesse an Diskursen und insbesondere auch an ihrer empirischen Erforschung zu registrieren.¹² Seit den 1990er

12 Auch in der Kommunikationswissenschaft wird das Thema verschiedentlich behandelt. Häufig steht dabei die Rolle der Massenmedien im Vor-

Jahren hat die Theorie deliberativer Demokratie einen großen Aufschwung innerhalb der Politikwissenschaft erfahren.¹³ Sie stellt heute das dominierende theoretische Modell der Demokratie dar. Erst in jüngerer Zeit jedoch hat sich die Forschung den tatsächlich ablaufenden empirischen Deliberationsprozessen zugewandt und diese unter Rückgriff auf die Theorie untersucht.

Die Studien zur empirischen Untersuchung von politischen Diskursen lassen sich aus der von uns eingenommenen Perspektive grob in drei Gruppen gliedern.¹⁴ Zur ersten Gruppe gehören Studien von realweltlicher Deliberation, die Habermas' Theorie zum Ausgangspunkt der empirischen Untersuchung nehmen und nicht weiter auf ihre Gültigkeit hinterfragen. Zur zweiten Gruppe gehören Studien, die einzelne Aspekte des Zusammenhangs zwischen Deliberation, ihren Ergebnissen und den Auswirkungen auf den politischen Prozess untersuchen, ohne dabei Diskussionsprozesse in ihrer Gesamtheit zu betrachten. Eine dritte Gruppe umfasst Studien, die Fälle von Deliberationen vor dem Hintergrund der normativen Diskurstheorie untersuchen, dabei allerdings im Gegensatz zu den Studien der ersten Gruppe eine Kritik bzw. Weiterentwicklung dieser Theorie anstreben.

Wenn wir uns die obige Zusammenfassung der von der Diskurstheorie angenommenen Zusammenhänge zwischen den externen und internen Bedingungen deliberativer Kommunikation und ihren Ergebnissen sowie deren Bedeutung für den politischen Prozess im Allgemeinen vergegenwärtigen, dann lassen sich die einzelnen Forschungsrichtungen wie folgt zuordnen: Die erste Gruppe nimmt die Zusammenhänge als gegeben an und überprüft vor diesem Hintergrund sowohl die Bedingungen als auch die Ergebnisse empirischer Deliberation daraufhin, inwiefern sie der Theorie entsprechen und damit normativ positiv zu bewerten sind. Die zweite Gruppe untersucht einzelne Zusammenhänge zwischen Bedingungen und Ergebnissen, häufig durch kontrollierte Experimente.

dergrund, die für die vorliegende Arbeit allerdings weniger relevant ist (vgl. Wessler 1999, 2005; Kuhlmann 1999; Schultz 2006). Weitere Forschungen im Grenzbereich der »Politischen Kommunikation« zwischen Kommunikations- und Politikwissenschaft werden im Folgenden gemeinsam mit der politologischen Forschung behandelt.

13 Vgl. Dryzek 2000; Chambers 2003: 307. Levine et al. 2005: 280 datieren den Beginn sogar auf die 1960er Jahre. Überblickstexte bzw. Diskussionen des theoretischen Forschungsstandes bieten Benhabib 1996; Bohman/Regh 1997; Elster 1998; Fishkin/Laslett 2003; Gutman/Thompson 1996, 2004; Macedo 1999.

14 Einen aktuellen Überblick über die empirische Forschung zu politischer Deliberation bieten Mendelberg 2002; Chambers 2003; Delli Carpini et al. 2004; Ryfe 2005; Bächtiger/Steiner 2005.

Die dritte Gruppe schließlich betrachtet die Zusammenhänge anhand konkreter Fallstudien, in denen sich die einzelnen Zusammenhänge nicht isoliert betrachten lassen.¹⁵

Zur ersten Gruppe zählt eine Forschergruppe um Marco Steenbergen und Jürg Steiner, die einen Index der Diskursqualität entwickelte, der unmittelbar auf den Annahmen der normativen Diskurstheorie basiert und diese für die empirische Forschung operationalisiert (Steenbergen et al. 2003). Dieser wurde anschließend vor allem zur quantitativen Untersuchung von formalen Deliberationsprozessen in parlamentarischen Gremien eingesetzt (Steiner et al. 2004; Bächtiger 2005; Bächtiger et al. 2005; Spörndli 2003, 2004). Die normative Diskurstheorie dient dabei als Maßstab, an dem die empirischen Kommunikationsprozesse gemessen werden. Die Unterschiede in den Abweichungen von diesem Ideal werden dann durch institutionelle Faktoren erklärt, wie z. B. die Öffentlichkeit der Deliberation oder die unterschiedlichen Kontextbedingungen der jeweiligen Kammern, in denen die Deliberation abgehalten wurde. Ebenfalls untersuchen die Autoren die Bedeutung der inhaltlichen Substanz von Deliberationen für deren Ergebnisse. In dieser Hinsicht grenzt sich etwa Spörndli (2004) von Habermas ab, indem er darauf verweist, dass erst bestimmte substantielle Kriterien eine Entscheidung legitim und rational machen (kritisch dazu: Habermas 2005: 390). Ansonsten handelt es sich bei diesen Forschungen um eine direkte Anwendung der Diskurstheorie auf den empirischen Gegenstand, die kaum geeignet erscheint, die zentralen Annahmen der Theorie bezüglich des Zusammenhangs von Kommunikationsbedingungen und Ergebnissen zu hinterfragen, da sie mit der Operationalisierung auf diese aufbaut.

In einer ähnlichen Richtung arbeiten Forscher, die das Modell deliberativer Demokratie zum Ausgangspunkt für eigene deliberative Experimente (Fishkin 1995; Ackerman/Fishkin 2003) oder für die Beurteilung realweltlicher Deliberation außerhalb formaler Institutionen nehmen. Deliberative Experimente wurden vor allem durch Fishkin unter dem Begriff des »deliberative polling« durchgeführt, bei dem es um eine Verbindung der Vorteile repräsentativer Zufallsauswahl und deliberativer Kommunikation geht. Als Experimente sind diese Studien zum einen deshalb zu verstehen, weil die Umsetzung theoretischer Ideen in realweltliche Kommunikation ergebnisoffen war, zum anderen wurden diese Umsetzungen auch unter möglichst kontrollierten Bedingungen

15 Darüber hinaus gibt es weitere kritische Diskussionen der normativen Diskurstheorie, die allerdings nicht empirisch basiert sind, sondern rein theoretisch argumentieren. Vgl. z. B. die Kritik von John Rawls (1996: 430f.), der die Qualität der aus Diskursen resultierenden Entscheidungen anzweifelt.

wissenschaftlich evaluiert (vgl. Luskin et al. 2002; Fishkin/Luskin 2005).

Eine Form der Evaluation realweltlicher Deliberation auf der Basis der normativen Diskurstheorie nahmen dagegen Forscher des Wissenschaftszentrums Berlin vor. So untersuchte van den Daele die Argumentationsformen in Diskursen zur Technikbewertung (van den Daele 1998, 2001), Fietkau und seine Kollegen die Kommunikationsmuster in Mediationsverfahren (Fietkau 1996), umweltpolitischen Beteiligungsverfahren (Fietkau/Trénel 2002) sowie Deliberationen unter den experimentellen Bedingungen eines Rollenspiels (Fietkau/Prokopp/Trénel 2003). Ferner sind die stärker politikwissenschaftlich ausgerichteten Studien von Holzinger zu nennen, die unterschiedliche Kommunikationsmodi am Beispiel von Diskussionen in Mediationsverfahren untersucht hat (Holzinger 2001b, 2005). Haug und Teune schließlich schlagen eine Operationalisierung von Merkmalen des Diskursmodells von Habermas für die teilnehmende Beobachtung von sozialen Bewegungen vor, allerdings (bislang) ohne selbst Ergebnisse vorzustellen (Haug/Teune 2006).

Eine große Zahl von Untersuchungen ist zur zweiten Gruppe von Studien zu zählen, die einzelne Aspekte diskursiver Kommunikation untersuchen. Sie können an dieser Stelle nicht umfassend behandelt werden. Die im Rahmen der vorliegenden Arbeit wichtigsten Ergebnisse betreffen zunächst die Gruppendynamik in politischen Diskussionen. Hier ist das von Sunstein formulierte »law of group polarization« zu nennen (Sunstein 2003). Demnach orientieren sich die Mitglieder einer Gruppe an der wahrgenommenen Mehrheitsmeinung dieser Gruppe und tendieren dazu, ihre Meinung in eben dieser Richtung noch zu verschärfen.

Die Diskurstheorie geht demgegenüber von einer Konsensbildung kraft rationaler Argumente aus. Die polarisierende Wirkung kann zu »falschem Konsens« führen, also zu Überzeugungen, die zwar innerhalb einer Gruppe geteilt werden, gegenüber anderen aber nicht zu rechtfertigen sind (vgl. zur negativen Bewertung Isenberg 1986; Myers et al. 1980). Im Falle rational begründeter Überzeugungen kann sich die Polarisierung allerdings verstärkend auf die Kraft der Argumente auswirken und die Diskussion positiv beeinflussen (vgl. Burnstein et al. 1973; Burnstein/Vinokur 1977; Vinokur/Burnstein 1978).

Sunsteins These wurde durch experimentelle Forschungen bestätigt (vgl. Moscovici/Zavalloni 1969; Myers/Lamm 1976), ist allerdings nicht unumstritten. Gastil und Dillard (1999) konnten empirisch belegen, dass Teilnehmer an Deliberationen ihre Meinung im Laufe der Diskussion durchaus revidieren und zu einer differenzierteren Meinung gelangen. Ein wichtiges Kriterium dabei scheint eine heterogen zusammengesetzte Teilnehmerschaft zu sein, die zu höherer Diskursivität und Offenheit ge-

genüber anderen Meinungen führt (Leighley 1990; McLeod et al. 1999; Moscovici 1976; Mutz 2002a, 2002b; Mutz/Martin 2001; Nemeth 1986). Die Diskurstheorie betont auch die sozial integrative Funktion von Sprache in diesem Kontext. Allerdings zeigten Mendelberg und Oleske (2000) am Beispiel von Diskussionen innerhalb von und zwischen ethnischen Gruppen, dass Sprache eher zur Aufrechterhaltung und Verstärkung von Gruppenidentitäten und Gruppengrenzen benutzt wird als zur Integration. Dieses Phänomen ist in der linguistischen Forschung als »linguistic intergroup bias« bekannt (Maass et al. 1989, 1996).¹⁶

Ein zweiter relevanter Aspekt diskursiver Kommunikation ist das relative Ausmaß der Teilnahme an Diskussionsprozessen. Dieses wurde anhand von ganz unterschiedlichen Kommunikationsprozessen empirisch untersucht, wie z. B. Unterrichtssituationen (Bales et al. 1951; Stephan/Mishler 1952), Juryversammlungen (Hastie et al. 1983; Strodtbeck et al. 1957), Mediationsverfahren (Fietkau 1996: 283f.) sowie Klein- (Scharpf/Fisch 1989) und Großgruppen (Rauch 1983). Die Studien weisen durchgehend eine starke Verzerrung der Verteilung der Beiträge über die Teilnehmer aus. Es besteht also in all diesen Diskussionsprozessen eine Differenzierung zwischen Teilnehmern, die besonders viel sprechen, und solchen, die wenig bis gar nicht zur Kommunikation beitragen.

Die experimentellen Studien von Ridgeway (1981) zeigen, dass insbesondere Frauen in der Kommunikation weniger einflussreich sind (vgl. auch Gambetta 1998). Wie für politische Partizipation allgemein (Verba et al. 1995) spielen auch bei Deliberationen der sozioökonomische Status und Bildung eine Rolle als Determinanten (S. E. Bennett et al. 1996). Die Ungleichheit der Beteiligung ist besonders dann von Relevanz, wenn sie eine inhaltliche Dominanz der Diskussion zur Folge hat, wie sie Mansbridge in ihrer klassischen Studie über Bürgerversammlungen in den USA festgestellt hat: »The assembly is a much less effective guard against the domination of a few« (Mansbridge 1980: 274). In vielen politischen Diskussionen dürfte auch das Informationsgefälle zwischen einfachen Bürgern und Experten groß sein, was dazu führt, dass die Argumente von Bürgern in geringerem Maße angenommen werden als die der Experten (vgl. Eliasoph 1998: 166; Lynn/Kartez 1995: 87; MacRae 1993: 310f.).

Im Zusammenhang mit der Teilnahmestärke sind Erkenntnisse aus Fallstudien zu sehen, wonach Bürger häufig die Teilnahme an öffentli-

16 Allerdings wurde durch die »speech accomodation theory« auch ein hohes Maß an Flexibilität der Sprachverwendung belegt, die demnach sowohl zur Erhaltung als auch zum Abbau von sozialen Grenzziehungen zwischen Gruppen beitragen kann (Giles et al. 1987).

chen Diskussionsprozessen vermeiden bzw. nur in nichtöffentlichen Gruppen zu einer Teilnahme an Deliberation bereit sind (Eliasoph 1998). Eine Erklärung dafür könnten psychologische Studien sein, auf die Ryfe (2005: 61) verweist. Demnach orientieren sich Menschen in ihrem Handeln lieber an Routinen, anstatt eine kritische, hypothetische Haltung einzunehmen, wie es von der normativen Diskurstheorie verlangt wird (vgl. Holt 1993, 1999; Mulkay 1985; Schiffrin 1990). Entsprechend schwer dürfte es fallen, Bürger überhaupt zur Teilnahme an öffentlichen Deliberationen zu bewegen.

Als dritter Einzelaspekt diskursiver Kommunikation sei ihr legitimierender Effekt genannt, also die höhere Akzeptanz von Entscheidungen, die durch eine Diskussion aller Betroffenen zustande kamen. Experimentelle Studien zur »Procedural Justice« stellten fest, dass deliberative Verfahren die empfundene Legitimität der Ergebnisse erhöhen (Thibaut/Walker 1975; Tyler/Blader 2000). Auf individueller Ebene konnte Delli Carpini (1997, zitiert nach Delli Carpini et al. 2004: 330) nachweisen, dass Teilnehmer nach einer Deliberation mehr wissen und mehr Vertrauen gegenüber den anderen Teilnehmern und in die Legitimität der Ergebnisse haben. Ähnliches stellte Fishkin für die Teilnehmer an »deliberative polls« fest (Fishkin 1999; s. auch Gastil et al. 2002; Wuthnow 1994). Allerdings liegen diesbezüglich auch gegenteilige Ergebnisse vor (vgl. Delli Carpini et al. 2004: 331), so dass die entsprechenden Annahmen der normativen Diskurstheorie zwar empirische Unterstützung finden, ein zufriedenstellender Forschungsstand jedoch noch nicht erreicht ist.

Ein Problem der Studien zur Überprüfung einzelner Aspekte von diskursiver Kommunikation ist, dass die gewählten Methoden und Samplingstrategien nicht auf die Ziele der Überprüfung der theoretischen Annahmen ausgerichtet und diesen auch nicht unbedingt dienlich sind. So ist insbesondere gegenüber der (laborartigen) experimentellen Forschung einzuwenden, dass sie Deliberation im Kontext künstlicher Kommunikationssituationen untersucht. Da Kommunikation in hohem Maße durch den Kontext geprägt wird, ist die Übertragbarkeit der Ergebnisse experimenteller Studien auf realweltliche Deliberation zweifelhaft.

Die systematische Variation von Kontextbedingungen in Quasi-Experimenten verspricht hier Abhilfe, doch stehen häufig nur wenige Fälle zur Verfügung, an denen sich überhaupt systematisch Deliberation untersuchen lässt. Der Kompromiss von Fishkin und seinen Kollegen, Deliberation bereits in der Konzeption mit repräsentativen Stichproben zu kombinieren, ermöglicht zwar auch, diese als Quasi-Experimente zu untersuchen, doch bleiben die entstehenden Deliberationen mit einer ge-

wissen Künstlichkeit behaftet, die sich etwa in dem großen Aufwand zur Herbeiführung des Prozesses äußert. Von der in der normativen Theorie anvisierten Spontaneität zivilgesellschaftlicher Kommunikationsformen sind diese Experimente daher weit entfernt.

Eine dritte Gruppe von Studien versucht, diesem Manko zu begegnen, ohne dabei, wie die Studien der ersten Gruppe, die normative Theorie unhinterfragt zu ihrer Grundlage bzw. ihrem Ausgangspunkt zu machen. Stattdessen zielen diese Studien, wie auch die vorliegende Arbeit, auf eine Kritik und Weiterentwicklung der normativen Diskurstheorie. Unter dieser Maßgabe finden sich allerdings bislang nur wenige empirische Studien. Geradezu klassischen Rang hat dabei die Studie von Mansbridge (1980), die am Beispiel von politischen Bürgerversammlungen zeigte, dass sowohl eine auf Gemeinsamkeit und Konsens ausgerichtete Form demokratischer Verfahren (»unitary democracy«) als auch eine durch Repräsentation und formale Entscheidungsverfahren wie Wahlen gekennzeichnete Form (»adversary democracy«) in einer differenzierten Gesellschaft ihr Recht haben und benötigt werden. Dabei weist sie die üblicherweise vorgenommene Zuordnung von »unitary democracy« zu überschaubaren »face-to-face«-Meetings und von »adversary democracy« zu Konstellationen unpersönlicher sozialer Beziehungen zurück. Stattdessen hänge es immer von den Ausgangsbedingungen sowie vom Zweck der Deliberation ab, welche Art von Verfahren angemessen sei.

Mit ihrer Studie hat Mansbridge einen wichtigen Beitrag zur Kritik bestimmter demokratietheoretischer Annahmen auf empirischer Basis geleistet. Allerdings betrifft ihr Argument weniger die normative Diskurstheorie in der Tradition Jürgen Habermas' als vielmehr das kommunitarische Ideal eines auf konsensual deliberierenden Gemeinschaften beruhenden Gemeinwesens.

Ebenso zu erwähnen ist die Arbeit von Gerhards, der eine »empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas« zum Modell der Öffentlichkeit unternimmt, wie es der Untertitel seines Aufsatzes besagt (Gerhards 1997; vgl. dazu auch Gerhards et al. 1998 sowie Wessler 2005). Dabei behandelt er explizit das Problem, eine normative Theorie empirisch überprüfen zu wollen, und entscheidet sich für eine behutsame Überprüfung einzelner Hypothesen, »die als Stützbalken des normativen Gebäudes unverzichtbar sind« (Gerhards 1997: 27f.). Nachdem er zunächst am Beispiel von Medienberichten zur Abtreibungsdebatte gezeigt hat, dass das liberale Modell der Öffentlichkeit wirklichkeitsnäher ist als das der deliberativen Öffentlichkeit, untersucht er das diskursive Verhalten unterschiedlicher Akteure daraufhin, ob es mit den Annahmen der Theorie übereinstimmt. Dabei zeigt sich, dass die Unterschiede zwi-

schen zivilgesellschaftlichen und im engeren Sinne politischen Akteuren genau entgegen der Annahmen der Theorie deliberativer Öffentlichkeit ausfallen. Allerdings bleibt die Analyse auf Diskurse beschränkt, die durch massenmediale Berichterstattung (Presstexte) ausgetragen werden, einer möglichen Beeinflussung der Kommunikation durch dieses Medium wird Gerhards nicht ausreichend gerecht. Außerdem untersucht er im Gegensatz zum Interesse der vorliegenden Studie Annahmen der Theorie der Öffentlichkeit, die sich nur bedingt auf die Diskurstheorie übertragen lassen. Insofern dient die Arbeit vor allem zur methodischen Anregung, ihre substantiellen Ergebnisse werden dagegen nicht eingehender diskutiert.

Auch die Untersuchungen von Max Miller (1998) zu Bürgerversammlungen orientieren sich unmittelbar an Habermas' Theorie. Er entwickelt an einem empirischen Fallbeispiel die These, dass in der Praxis deliberativer Kommunikation notwendigerweise Fragen der Legitimität, also der freien, unbeschränkten Argumentation, mit Fragen der Effizienz, also der praktischen Organisation des Diskussionsprozesses, zusammenkommen und unaufhebbar verwoben sind. Von dieser Erkenntnis ausgehend, empfiehlt er eine Revision der Diskurstheorie Habermas', der von einer Ausdifferenzierung der beiden Fragestellungen in spezifische Diskurse ausgeht. Allerdings bleibt Miller eine Spezifizierung des Zusammenhangs von Legitimität und Effizienz in der Kommunikation schuldig, auch bewegt sich die Analyse allein auf der Ebene einer hermeneutischen Rekonstruktion von Argumenten, ohne auf die Rahmenbedingungen und die Prozessdynamik der Kommunikation einzugehen.

Solchen Aspekten widmet dagegen Llewellyn (2005) seine Analyse von regionalen Bürgerforen in Großbritannien und beschreibt, welche kommunikativen Strategien und Ressourcen die Teilnehmer anwenden, um den Diskussionsprozess zu strukturieren. Es gelingt ihnen demnach, auch Deliberationen mit einer großen Zahl von Teilnehmern fokussiert und zivil durchzuführen. Llewellyn selbst bleibt allerdings bei einer Beschreibung der Kommunikationsdynamiken stehen, ohne einen Bezug zur Diskurstheorie herzustellen.

Zwei Studien verkörpern die konstruktive Kritik der Diskurstheorie auf der Basis empirischer Untersuchungen unserer Einschätzung nach besonders gut. Polletta und Lee (2006) untersuchten mehrere Diskussionsgruppen, die sich mit der Zukunft des »Ground Zero«-Geländes in Manhattan nach den Angriffen vom 11. September 2001 beschäftigten. Sie vergleichen die Kommunikationsmodi des Begründens (»reason giving«) und der Narration (»storytelling«) in ihrer Bedeutung für die Diskurse. Dabei kommen sie zu dem Schluss, dass Narrationen in ihrer Be-

deutung bisher unterschätzt wurden. Der Beitrag narrativer Kommunikation liege insbesondere darin, Sichtweisen zu kommunizieren, die ansonsten nicht offen aufgenommen werden würden, einen einführenden Zugang zur Andersartigkeit von Teilnehmern zu eröffnen sowie zu einer gemeinsamen, kreativen Auseinandersetzung mit den gegebenen Problemen anzuregen (Polletta/Lee 2006: 718). Diese Ergebnisse werden wir in der eigenen empirischen Untersuchung weiter verfolgen.

Schließlich kommt die Studie von Baiocchi (2003) von ihrer methodischen Anlage her unserer Studie am nächsten: Sie ist ebenfalls explorativ angelegt (allerdings rein qualitativ-ethnographisch) und stellt die Entstehung einer Diskurskultur an einem unwahrscheinlichen Ort fest, nämlich in zwei armen Stadtteilen von Porto Alegre, Brasilien. Baiocchi zeigt (1), dass durchaus untypische Akteure (Arme, Ungebildete, Unerfahrene) in eine echte Deliberation eintreten, und (2), dass sich die Diskurse vor allem den staatlich eingerichteten Foren verdanken, die mit der Bereitstellung von materiellen Ressourcen und der Herstellung von Öffentlichkeit periphere Akteure zur Teilnahme gebracht haben. »Although Tocqueville observed that, in America's townships, sharing governance led people to develop a ›public orientation‹, his observations remained largely confined to relatively privileged participants. I suggest a similar impact of empowered settings for the underprivileged« (Baiocchi 2003: 69).

Während Baiocchi allerdings nach dem Einfluss externer Faktoren auf die Deliberation und auf ihre Ergebnisse fragt, geht es uns dagegen um die internen, also kommunikativen Mechanismen und Dynamiken, die die Entstehung einer Art von Deliberation, wie sie von der normativen Diskurstheorie gefordert wird, beeinflussen. Genau diese kommen, wie der Überblick über den Stand der Forschung zu Deliberation zeigt, bei den empirischen Untersuchungen bisher zu kurz. So resümiert auch Ryfe in seinem Überblicksartikel zur Forschung über deliberative Demokratie bezüglich der Frage, wie Deliberation tatsächlich von den Teilnehmern vollzogen wird:

»Deliberative theorists say quite a bit about what deliberation *ought* to look like. [...] But in pursuing this debate, theorists remain silent about what deliberation looks like on the ground, where real people discuss concrete issues. Perhaps more surprisingly, the empirical literature has not addressed the issue either. Researchers have been less interested in deliberation itself than in measuring its effects« (Ryfe 2005: 54, Hervorh. im Orig.).

Besonderheiten diskursiver Online-Kommunikation

Die vorliegende Studie erschließt mit dem Fallbeispiel der Online-Diskussionen ein empirisches Feld, das besonders geeignet erscheint, die kommunikativen Prozesse und Dynamiken von Deliberationen zu untersuchen. Denn aufgrund der Vermittlung durch das Internet bleiben viele Faktoren, die den offenen diskursiven Austausch beeinflussen könnten, außen vor (z. B. körperliche Merkmale, die zu Stigmatisierungen führen). Ihnen gegenüber gewinnen die eigentlich kommunikativen Faktoren an Bedeutung (vgl. Hurrelmann et al. 2002). Daher knüpfen wir an den für die empirische Deliberationsforschung neuen Gegenstand auch die Erwartung, dass sich die wissenschaftliche Debatte über Deliberation weiterbringen lässt, die manche Autoren bereits für geschlossen erklären wollen (so z. B. Shapiro 1999 mit seiner Forderung »enough of deliberation«).

Denn die Kommunikationsformen, die durch das Internet ermöglicht werden, sind als grundlegend neu anzusehen und konnten vor der Ausbreitung des Internets empirisch nicht beobachtet werden.¹⁷ Politische Diskussionen im Internet ermöglichen einer größeren Zahl von Akteuren die Teilnahme als alle Formen von Kommunikation, die an raumzeitliche Kopräsenz gebunden sind (z. B. Versammlungen, Konferenzen, Anhörungen etc.).¹⁸ Das Internet hilft, räumliche Beschränkungen ebenso zu überwinden wie zeitliche oder solche der Filterung und Zensur. Als elektronisches, vorwiegend textbasiertes¹⁹ Kommunikationsmedium stellt es an die Akteure allerdings auch hohe Anforderungen in Bezug auf deren Motivation (vgl. Needham 2001) und kommunikative Kompetenz, denn ein Großteil der üblichen Kommunikationskanäle wie Gesten, Mimik etc. (sogenannte »social cues«) wird abgeschnitten und muss da-

17 Allerdings gibt es experimentartige Vorläufer der Online-Deliberation, die Fernsehen und Telekommunikation kombinierten, um Bürgern die Diskussion über politische Themen zu erleichtern (Krauch 1972).

18 Nicht ganz zufällig lebte im Zuge der Ausweitung der Internetnutzung auf immer weitere Bereiche des Sozialen die Brecht'sche Radiotheorie (Brecht 1932) mit ihrem Ideal, alle Menschen zu Sendern zu machen, wieder auf (vgl. Bieber 1999: 28, FN 26; Ewert et al. 2003).

19 Diese Charakterisierung wird durch den gegenwärtigen Trend zu Online-Videos, ausgelöst durch die Entwicklung von »Flash«-Video-Formaten und Plattformen wie »Youtube«, herausgefordert. Allerdings kann sie zum einen für den in der empirischen Untersuchung betrachteten Zeitraum von 2001 bis 2004 noch uneingeschränkt gelten, zum anderen ist auch die gegenwärtige Online-Kommunikation, sofern sie diskursive Züge annimmt und auf der Nutzung von Hyperlinks beruht, noch immer auf Text als Form der Codierung von Information angewiesen.

her in der textuellen Kommunikation simuliert bzw. durch andere Indikatoren ersetzt werden (vgl. Funken 2001).

Durch diese Eigenschaften erlaubt das Internet eine Kommunikationsform, die zwischen den traditionell bekannten Ebenen der (»Face-to-Face«-)Interaktion und der massenmedial vermittelten gesellschaftsweiten Kommunikation angesiedelt ist und die übliche Aufteilung von Deliberation in kleine Formen (wenig Teilnehmer und »face-to-face«) und große Formen (viele Teilnehmer und massenmedial vermittelt) aufhebt (vgl. Ryfe 2005: 51). Was Calhoun noch grundsätzlich in Frage stellte, dass nämlich eine »extension of community level discourse or mobilization will constitute a public discourse at the level of the state« (Calhoun 1988: 220), scheint durch das Internet als interaktives Massenmedium durchaus möglich geworden zu sein. Asynchrone Kommunikationsformen und der weltweit gleichberechtigte Zugang zur Diskussion erlauben zumindest in der Theorie einer breiten Schicht von Menschen die Teilnahme an Deliberationen.

Somit unterscheiden sich Online-Diskussionen fundamental von der einigen Diskurstheorien zugrundeliegenden Gesprächssituation, indem sie auf eine intermediäre Ebene von Gesellschaft aufbauen. Während sich bisherige Studien von Deliberationen entweder auf Kommunikation unter Bedingungen der Kopräsenz oder aber auf massenmediale Kommunikation stützen, ist die Deliberation unter Bedingungen internetgestützter Kommunikation von beiden Formen grundlegend zu unterscheiden.²⁰ Mit Begriffen wie Großgruppe, (Teil-)Öffentlichkeit oder soziales Netzwerk lassen sich intermediäre soziale Formen zwar eingrenzen, doch sind diese Begriffe kommunikationstheoretisch noch zu wenig ausgearbeitet. Ein neues begriffliches Vokabular und methodisches Vorgehen ist daher nötig.

20 Bieber (2006) vertritt in Bezug auf Weblogs die Ansicht, diese stellen eine Form von »Veranstaltungsöffentlichkeiten« (Gerhards/Neidhardt 1990) dar. Dagegen ist allerdings einzuwenden, dass die Online-Kommunikation die raumzeitlichen Beschränkungen von Veranstaltungen entscheidend ausweiten (auch wenn sie, wie im Fall von Weblogs, durchaus noch wirksam sind) und daher ebenso berechtigt der massenmedialen Öffentlichkeit zugerechnet werden können. Für eine stärkere Beachtung des massenmedialen Charakters der Internet-Öffentlichkeit spricht sich Zimmermann aus (Zimmermann 2007). Dagegen soll hier die Sichtweise vertreten werden, dass durch das Internet die etablierte Einteilung in Interaktions- und massenmediale Kontexte der Kommunikation (vgl. neben Gerhards und Neidhardt auch Luhmann 1975) gerade unterlaufen wird und Formen der öffentlichen Kommunikation entstehen, die eine diesbezüglich neue Perspektive erforderlich machen.

Doch wie bereits in Bezug auf massenmediale Diskurse ist auch für die internetgestützte Deliberation zu fragen, ob nicht das Kommunikationsmedium den Diskurs kontextuell besonders prägt und ihre Untersuchung entsprechend mehr über die Besonderheiten der Online-Kommunikation zutage bringt als über Deliberationen. Mit Blick auf die Schlussfolgerungen von Baiocchi (s. oben) ließe sich etwa mutmaßen, das Internet verspiele im Unterschied zu traditionelleren Arenen gerade den Gewinn wieder, weniger privilegierte Akteure in die Diskussionen einzubinden, weil es primär von gutsituierten Bürgern genutzt wird.

In der Tat weisen eine nicht unerhebliche Zahl von Studien zur Einwirkung des Internets auf politische Prozesse auf derartige negative Folgen hin (s. Norris 2001). Die Forschung zu dieser Frage zeigt sich allerdings gespalten in eine utopische, die positiven Effekte betonende und eine dystopische, die negativen Effekte betonende Richtung (DiMaggio et al. 2001; Zimmermann 2007). Besonders Studien aus der Frühphase der Internetnutzung sind dadurch gekennzeichnet, dass sich Unterstützer beider Richtungen stärker auf die technischen Eigenschaften und Möglichkeiten des Internets stützen als auf die Beobachtung der tatsächlichen Nutzungspraktik und dass zu wenig zwischen den unterschiedlichen Angeboten an Internetdiensten unterschieden wird zugunsten einer pauschalen Bewertung »des Internets«.

Die Auseinandersetzung mit dieser Problematik soll uns hier nicht weiter beschäftigen, sie wurde an anderer Stelle bereits geführt (Albrecht 2006a). Für die vorliegende Studie relevant ist allerdings der Hinweis, dass das Internet, spezieller die hier interessierenden Foren und entsprechende Kommunikationsformate, bereits zum Zeitpunkt der empirischen Beobachtung eine starke Verbreitung in der Gesellschaft gefunden hatten²¹ und beobachtbare Effekte auf soziale Prozesse, insbesondere kommunikative, hatten (DiMaggio et al. 2001). Methodisch betrachtet, stellt das Internet einen Sozialraum dar, der im Grunde genau so zu behandeln ist wie andere Sozialräume auch. Im Abgleich mit anderen, gerade in jüngerer Zeit zunehmend durchgeführten Studien zu Online-Deliberation (vgl. z. B. Dutton 1996; Wilhelm 1998, 2000; Dean 2003; Jankowski/van Selm 2000; Jankowski/van Os 2002; Fietkau et al. 2005; Trénel 2008; Wright 2006; Zhang 2005) lassen sich an diesem Gegenstand die Spezifika der Internetkommunikation ebenso wie die allgemein kommunikativen Einflussfaktoren auf Deliberationen untersuchen.²²

21 Vgl. Statistiken zur Internetnutzung der ITU (<http://www.itu.int/ITU-D/ict/e/Indicators/Indicators.aspx>, Stand: 11. Juli 2007).

22 So haben z. B. Iyengar et al. für den speziellen Fall von deliberativen Polls gezeigt, dass diese sich nicht stark unterscheiden, unabhängig davon, ob

Entgegen den frühen Ansätzen zu einer sogenannten »Online-Forschung« oder »Internet-Soziologie« (vgl. Gräf/Krajewski 1997; Batinic 1999) geht es uns also nicht darum, die Spezifika des neuen Mediums herauszuarbeiten, sondern darum, Einsichten in *allgemeine* soziale Phänomene zu gewinnen. Wie jedes technische Medium erlegt auch das Internet der Kommunikation bestimmte Restriktionen auf, die Einfluss auf die möglichen Formen der Kommunikation nehmen. Die Forschungen zu computervermittelter Kommunikation haben dazu auch bereits eine eindrucksvolle Sammlung von Belegen erbracht. Doch im Zuge dieser Forschungstätigkeit wurde auch immer wieder deutlich, wie stabil die etablierten sozialen Strukturen gegenüber diesem neuen (und oft als revolutionär beurteilten) Medium sind. Schönberger (2005) hat für diese Einsicht den Begriff des »langen Arm des real life« geprägt, der bildhaft zum Ausdruck bringt, dass sich die sozialen Strukturen und Prozesse der Welt abseits des Internets auch online beobachten lassen. Andere sprechen mit Bezug auf das politische Feld von »politics as usual« (Davis 1999) zur Bezeichnung der Beobachtung, dass sich auch im Internet die bereits bekannten politischen Strukturen und Verhältnisse abbilden (vgl. auch Norris 2001).

Diese Sichtweise soll in der vorliegenden Studie aufgenommen und zur methodischen Basis der Untersuchung gemacht werden. Denn wenn sich das »real life« auch im Internet beobachten lässt, dann können wir aus den Besonderheiten der Internet-Kommunikation für die soziologische Beobachtung Kapital schlagen, nämlich der Tatsache, dass alle Kommunikation digital und meist ausgesprochen detailliert protokolliert wird und damit in einem Maße beobachtbar wird, wie es für Kommunikation bisher nur durch großen methodischen und technischen Aufwand möglich war. »The emergence of mass interaction has presented new opportunities to learn about and understand human communication. The availability and persistence of such communications, and the scale at which it operates allows us to explore various system effects on group discourse« (Jones et al. 2002: 9). Durch diese Eigenschaften von Internet-Kommunikation lässt sich eine große Zahl von qualitativ anspruchsvollen Daten gewinnen, die ganz neuen analytischen Zugängen den Weg frei macht (vgl. auch Albrecht 2006a).

Politische Diskurse im Internet stellen somit einerseits eine neue Form der Kommunikation dar, die bisher nicht beobachtbar war. Zum anderen aber spiegeln sie typische Muster der Kommunikation im politischen Feld wider, wie die Forschungen zu den begrenzten Effekten des

sie online oder offline durchgeführt werden (Iyengar et al. 2003: 18, vgl. auch Cappella et al. 2002).

Internets auf die politische Kommunikation gezeigt haben. Daher gehen wir davon aus, dass die im Internet beobachtbaren Diskurse uns einen Einblick erlauben in die Form von Kommunikation, die auf der Medium-Ebene des politischen Systems ablaufen würde, wenn es denn die entsprechenden kommunikativen Kanäle gäbe. Wir sehen die Internet-Diskurse als Musterbeispiele für Diskurse im Allgemeinen, die sich nicht auf einzelne Interaktionssituationen herunterbrechen lassen, die aber auch nicht unbedingt die Ebene der Gesamtgesellschaft tangieren.

Gerade in heutigen fragmentierten Gesellschaften ist nicht davon auszugehen, dass ein Diskurs tatsächlich gesellschaftsübergreifend sein könnte (vgl. Chambers 1995: 249f.). Selbst die wenigen Fälle von gesellschaftsweiter Relevanz werden in den Massenmedien nur stellvertretend diskutiert (z. B. in Talkshows, vgl. Schultz 2006), wie auch der spezielle Fall von parlamentarischen Diskussionen eine Stellvertreter-Diskussion darstellt (im positiven Sinn des Wortes als repräsentativer Diskurs und ungeachtet der Tatsache, dass diese Stellvertreter-Diskurse heute meist medial inszeniert erscheinen, also die Massenmedien ihr Diskurs-Modell auch auf den Kern des politischen Systems übertragen konnten). Daher bilden die Internet-Diskurse im Kern eine Form von Kommunikation ab, die von verschiedenen Theorien angedacht ist, aber empirisch nie ganz eingeholt werden konnte, weil sie sich vor den Zeiten internetgestützter Kommunikation nur näherungsweise, als Verkettung von Interaktionssituationen oder als massenmedial verzerrter Diskursausschnitt, beobachten ließ.

Habermas selbst steht, wie bereits erwähnt, den Entwicklungen im Internet eher skeptisch gegenüber, was die Entstehung von gesellschaftsübergreifenden Diskursen angeht. Seine Theorie der Öffentlichkeit beruht stark auf massenmedialen Verhältnissen, dem öffentlichen Diskurs scheint dabei die vermittelnde Rolle zwischen der Lebenswelt, dem System der Politik sowie dem System der Massenmedien zuzukommen. Allerdings bleibt der Kern von Habermas' Sicht auf die politische Bedeutung öffentlicher Diskurse, wie er ihn im Schlusskapitel der »Theorie des kommunikativen Handelns« entwickelt, auch in den späteren Arbeiten zum Recht und zum politischen System erhalten. Die Massenmedien sind aus dieser Sicht nichts wesentlich anderes als generalisierte Formen einer im Grunde lebensweltlich verankerten Kommunikation; sie hierarchisieren Kommunikation zwar und wirken dadurch autoritär auf sie ein, gleichzeitig entschränken sie Kommunikation aber auch und steigern ihr emanzipatorisches Potential, indem sie die Reichweite von Mitteilungen erhöhen und dadurch auch die Widerspruchsmöglichkeiten erhöhen (vgl. Habermas 1981b: 573).

In den späteren Arbeiten hält Habermas an dieser Vorstellung mit seinem Begriff einer Öffentlichkeit fest, die sich weder als Organisation noch als System fassen lässt (Habermas 1992a: 435f., 452), sondern vielmehr zu einer begrifflichen Verortung im Rahmen der Gesellschaftstheorie aufruft. »Die Öffentlichkeit lässt sich am ehesten als ein Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von *Meinungen* beschreiben; dabei werden die Kommunikationsflüsse so gefiltert und synthetisiert, dass sie sich zu themenspezifisch gebündelten *öffentlichen Meinungen verdichten*« (Habermas 1992a: 436, Hervorh. im Orig.).

Dieser Netzwerkgedanke wiederum, den Habermas an anderer Stelle auch als *einen* »radial in alle Richtungen ausgreifenden und kontinuierlich fortgeschriebenen Text >der< Öffentlichkeit« fasst (Habermas 1992a: 452) und der zu der Kritik beigetragen hat, er orientiere sich zu stark an der Oralität des Gesprächs (Thompson 1995: 131; Wenzel 2001: 63), wird durch die technischen Möglichkeiten des Internets in zuvor nicht gekannter Weise unterstützt. Betrachtet man z. B. Diskussionen in politischen Weblogs, so weisen diese eine Struktur auf, die einzelne Orte öffentlicher Diskussion (Ausgangsbeitrag und Kommentare auf einem Weblog) überspannt und in einen Dialog miteinander setzt (durch Hyperlinks auf Quellen und andere Weblogbeiträge sowie durch Rückverweise in Form sogenannter »Trackbacks«) und auf diese Weise den übergreifenden »Text« der Öffentlichkeit realisiert (Albrecht et al. 2008). Ähnliches gilt für Online-Foren wie die in dieser Arbeit betrachteten, die eine Integration ganz unterschiedlicher Themen sowie Akteure und Gruppierungen in einem geteilten sozialen Raum (der Online-Plattform) bei offener zeitlicher Ausdehnung erlauben.

Das entscheidende Merkmal, das aus den einzelnen Beiträgen und Diskussionen den übergreifenden Diskurs entstehen lässt, ist dabei die Anschlussfähigkeit von Mitteilungen aneinander. Sie wird durch die Abbildung von Beiträgen auf Webseiten sowie die Möglichkeit, durch Hyperlinks oder die von einem Forensystem bereitgehaltenen Funktionen an bestehende Beiträge anzuschließen, unterstützt. Zumindest potentiell²³ ist die Form von gesellschaftsübergreifendem, öffentlichem Dis-

23 Denn hier soll in keiner Weise einem Technikdeterminismus das Wort geredet werden, nach dem die technischen Eigenschaften des Internets bereits etwas über die Form der politischen Kommunikation aussagen würden (vgl. Schönberger 2000). Allerdings ist es im Fall von öffentlichen Diskursen so, dass bestimmte Formen von diskursiver Kommunikation ohne die technischen Möglichkeiten des Internets nicht möglich sind, und sich insofern erst durch die Verfügbarkeit von entsprechenden Daten aus Online-Deliberationen empirisch untersuchen lässt, unter welchen Bedingungen welche Formen der Kommunikation entstehen.

kurs im Internet also zu finden, weshalb wir in dieser Studie Online-Diskussionen methodisch auch als »critical case« für die Diskurstheorie betrachten wollen, also als einen Fall, bei dem die Propositionen der Theorie erfüllt sind und der sich daher besonders gut dazu eignet, »to determine whether a theory's propositions are correct or whether some alternative set of explanations might be more relevant« (Yin 2003: 40).²⁴

Als Beleg für die Relevanz von Online-Diskussionen für Fragen der Diskurstheorie kann ein Vorhaben der Aktion Mensch dienen, das im Frühling des Jahres 2006 begonnen wurde und den aus soziologischer Sicht hintersinnigen Namen »Die Gesellschafter« trägt.²⁵ Es handelt sich dabei um ein Diskussionsforum im Internet, in dem Bürger unter Betreuung durch Moderatoren ihre Vorstellungen, Wünsche und Ideen für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland öffentlich äußern und mit anderen Teilnehmern diskutieren können (Hampel 2006). Die übergreifende Fragestellung, die auch den Untertitel der Diskussion bildet, lautet ganz allgemein: »In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?« (Aktion Mensch 2006a).

Die Intention der Aktion Mensch als Organisatorin der Diskussionsplattform war, das Nachdenken über soziale und politische Fragen in der gesamten Gesellschaft zu fördern und die Zivilgesellschaft zu aktiver Beteiligung an Diskussionen zu bringen, die sonst nur im engeren Kern des politischen Systems geführt werden. Zivilgesellschaftliche Gruppen umfassen dabei organisierte soziale Gruppierungen wie Kirchen, Interessensgruppen und andere soziale engagierte Vereinigungen ebenso wie den einzelnen Bürger. Um eine breite Teilnehmerschaft zu erreichen, wurde das Forum intensiv beworben, u. a. in Zeitungsanzeigen, Kino- und TV-Spots. Um die Teilnehmer tatsächlich zu einer Diskussion miteinander zu bringen und dabei auch die politisch Verantwortlichen einzubinden, wurde die Diskussionsplattform mehrstufig gestaltet, so dass Teilnehmer entweder nur ihre Meinung äußern, aufeinander kommentierend Bezug nehmen oder aber als Experten zu bereits geäußerten Fragen Stellung nehmen konnten, um nur einige der Möglichkeiten zu erwähnen.

Die Resonanz war beeindruckend. Bereits nach einem halben Jahr Laufzeit des Diskussionsforums hatten sich nach Angaben der Organisatoren 600.000 Menschen beteiligt (Aktion Mensch 2006b). Die Bedeutung dieses Projektes ergibt sich nicht allein aus der Investition, die von Seiten der Aktion Mensch, aber auch durch die vielen anderen Organisa-

24 Vgl. ähnlich auch Haug und Teune (2006), die Deliberationen in sozialen Bewegungen als »critical case« für die Diskurstheorie heranziehen.

25 Vgl. <http://www.dieGesellschafter.de> (Stand: 11. Juli 2007).

tionen und einzelne Prominente, Wissenschaftler und Künstler, die das Projekt durch Beiträge und Mitarbeit unterstützen, in die Förderung eines solchen gesellschaftsweiten Diskurses gesteckt wurde. Sie ergibt sich auch aus der Tatsache, dass eine Diskussion mit einer vergleichbaren Teilnehmerzahl ohne die technische Unterstützung durch ein Medium wie das Internet schlicht nicht vorstellbar wäre. Weder persönliche Diskussionen im engeren sozialen Bezugskreis noch Versammlungsoffentlichkeiten könnten – da sie Kopräsenz und eine hohes Maß an raumzeitlicher Koordination voraussetzen – eine so große Zahl von Teilnehmern miteinander ins Gespräch bringen.²⁶ Die Massenmedien als dritte Ebene öffentlicher Kommunikation werden zwar häufig als Ort für gesellschaftsweite Diskurse ins Feld geführt (Gerhards/Neidhardt 1990, Habermas 2006b), ebenso oft jedoch kritisiert für ihre mangelnde Eignung zur reflektierten Auseinandersetzung, wie sie zur Bildung einer »considered public opinion«, der wesentlichen Leistung eines politischen Diskurses, nötig ist (vgl. Schultz 2000: 205f.).

Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands

Der öffentliche Diskurs im Internet findet also statt, und zwar in Formen, die bezüglich der Teilnehmerzahlen noch über die Großgruppe hinausgehen. Es ist nun an der soziologischen Theorie, ihn auch auf der Ebene der theoretischen Beschreibung einzuholen und ein Instrumentarium zu entwickeln, das diese Art von Kommunikationsprozessen in ihrer allgemein diskursiven Form zu beschreiben erlaubt.

Dazu untersucht die vorliegende Studie neun Fallbeispiele von Online-Diskussionen aus den Jahren 2001 bis 2004 auf ihre kommunikativen Merkmale und Dynamiken sowie ihren deliberativen Charakter. Alle diese Fälle wurden von politischen Institutionen initiiert, wobei ein mehr oder weniger eingegrenzter Themenrahmen vorgegeben wurde. Es handelt sich also nicht um spontan emergierende Diskussionen, wie sie un-

26 Für ein ähnliches Beispiel in den USA vgl. Beierle (2002, 2003). Allerdings zeigt ein weiteres Beispiel, die Diskussion »Listening to the City« aus dem Jahr 2002 mit über 4.300 Teilnehmern in New York, dass sich auch unter Bedingungen von Kopräsenz mit einer entsprechenden Organisationsform Massen-Diskussionsveranstaltungen durchführen lassen. Die absolute und welthistorische Besonderheit des Ereignisses, das damals den Anlass zur Diskussion gab, nämlich der Terrorangriffe auf das World Trade Center vom 11. September 2001, macht allerdings deutlich, dass sowohl bezüglich des vertretbaren organisatorischen Aufwands als auch hinsichtlich des Interesses und der Involviertheit der Teilnehmer außergewöhnliche Umstände vorlagen.

ter dem Begriff »political talk« untersucht werden, sondern vielmehr um »government sponsored deliberation« (Baiocchi 2003: 53; Wright 2006) bzw. »third party sponsored deliberation« (in den Fällen, in denen nicht staatliche Institutionen die Initiatoren waren).

Allerdings war in allen beobachteten Fällen die Anbindung an den politischen Entscheidungsprozess nur loser Art, etwa indem als Ergebnis Empfehlungen formuliert, nicht aber verbindliche Entscheidungen getroffen wurden, wie sie in der politikwissenschaftlichen Forschung zu Deliberation meist im Vordergrund stehen (vgl. Levine et al. 2005: 280). Erst diese relative Distanz zu den institutionalisierten Formen der Politik gibt den Blick frei auf öffentliche Diskurse mit einem hohen Inklusionspotential, im Gegensatz zu den formalen und exklusiven Deliberationen von Institutionen wie der Legislativen oder den amerikanischen »citizen juries«.

Mit dem Fokus auf webbasierte Diskussionsforen soll nicht beansprucht werden, Aussagen über das Forschungsgebiet Internet und Demokratie im Ganzen treffen zu können, wie von Agre mit Blick auf andere empirische Studien kritisiert (Agre 2002: 311). Einer solchen Verallgemeinerung der Ergebnisse steht schon die ausgeprägte Spezifik der Kommunikation in Abhängigkeit der jeweiligen Internetdienste entgegen, deren Berücksichtigung von uns an anderer Stelle eingefordert wurde (Albrecht et al. 2008). Vielmehr soll es darum gehen, einen zentralen Mechanismus demokratischer Prozesse, die öffentliche Kommunikation in Diskursen, am Beispiel von Online-Foren empirisch verfügbar zu machen und zu untersuchen.

Eine Relevanz für das weitere Feld der Demokratietheorie ergibt sich aus einer solchen Studie allerdings insofern, als der diskursiven Kommunikation in der normativen Theorie, aber auch – wie zu Beginn dieser Einleitung deutlich wurde – in einer steigenden Zahl von zeitdiagnostischen Untersuchungen, große Bedeutung für die Konstitution sowie die Praxis demokratischer Verfahren eingeräumt wird. Gerade weil sich an sie so hochgespannte Erwartungen knüpfen, erscheint es nötig, die theoretische Beschreibung diskursiver Kommunikation einer kritischen Betrachtung zu unterziehen.

Der empirischen Untersuchung geht eine eingehende Darstellung der Bedeutung und Rolle voraus, die die normative Diskurstheorie dem deliberativen Diskurs im politischen Prozess zuweist, sowie der theoretischen Annahmen über die kommunikativen Bedingungen und Formen von Diskursen. Dabei bleibt die Theoriediskussion zunächst auf das Habermas'sche Modell deliberativer Demokratie beschränkt. Insbesondere finden andere Auffassungen von Diskursanalyse keine Berücksichtigung, die Diskurse als historisch spezifische Konstellationen von Wis-

sensorordnungen verstehen (wie die durch Foucault begründete Tradition der Diskurstheorie, vgl. Keller 2001; Bublitz 2003) oder Diskurse zwar ebenfalls konkretistisch, jedoch allein aus der Perspektive der Sprachforschung untersuchen (dazu zählen vor allem konversationsanalytische Untersuchungen sowie die sogenannte »critical discourse analysis«, vgl. einführend Titscher et al. 1998: 178ff.).

Die Erkenntnisse dieser Forschungsrichtungen finden allerdings Eingang in die abschließende Diskussion der empirischen Ergebnisse, die weniger den Charakter einer Zusammenfassung hat, sondern vielmehr den Versuch einer Interpretation der Ergebnisse im Interesse einer Kritik und Weiterentwicklung des durch die Fragestellung dieser Arbeit bezeichneten Kerns der normativen Diskurstheorie unternimmt. Zwar stellt Hüller in einer kürzlich erschienenen Rezension zum Stand der Deliberationsforschung fest, die empirische Untersuchung von Deliberation im politischen Prozess sei »wohl für jeden Forscher ein tiefer Morast – aus dem man erwartungsgemäß nicht mit weißer Weste (sprich: kritiklos) herauswaten wird« (Hüller 2007: 154), weil sie neben der politikwissenschaftlichen Forschung auch die Kommunikations- bzw. Sprachanalyse sowie die Auseinandersetzung mit den philosophischen Theorien umfasse. Die vorliegende Studie, die diese Aufgabe mit einer spezifisch soziologischen Forschungsperspektive angeht, ist dennoch guter Hoffnung, nicht im interdisziplinären »Morast« steckenzubleiben. Allerdings, das sei angemerkt, geht es der Studie auch gar nicht um die Erhaltung einer »weißen Weste«. Im Gegenteil, die Kritik soll sowohl in Bezug auf die untersuchten Theorien gesucht werden als auch in Bezug auf die eigenen Thesen herausgefordert werden, um durch den wissenschaftlichen Diskurs die Theorie deliberativer Demokratie voranzubringen.

HABERMAS' THEORETISCHES MODELL DELIBERATIVER KOMMUNIKATION

Die Diskurstheorie von Habermas geht vom Begriff des kommunikativen Handelns aus und unternimmt den Versuch, eine Brücke von der Frage der sozialen Integration von Gesellschaften über die als kommunikatives Netzwerk gefasste Öffentlichkeit bis hin zur Frage der demokratischen Gestaltung des politischen Systems zu schlagen. Die Kommunikationstheorie ist dabei in den Kern der Theorie eingebaut, so dass die gesamte Demokratietheorie auf ihr beruht.¹

Im Folgenden wollen wir zunächst diesen Aufbau der Theorie nachvollziehen, ausgehend von der allgemeinen Ebene der Demokratietheorie hin zum Begriff des Diskurses und seiner kommunikationstheoretischen Ausgestaltung. Dabei geht es zunächst um eine reine Darstellung der in der Theorie angelegten Zusammenhänge. Erst im Anschluss erfolgt eine kritische Diskussion insbesondere der kommunikationstheoretischen Grundlagen der Diskurstheorie.

Deliberative Demokratie

Demokratiethorien beschreiben grundlegend die Beziehungen zwischen Bürgern und Staat unter dem Aspekt der Regelung von Herrschaft. Ausgehend von der Grundannahme, dass Demokratie Herrschaft des Volkes, Herrschaft durch das Volk und Herrschaft für das Volk bedeutet (Abraham Lincoln), kommt der Frage der Legitimation der Herrschaft, also

¹ Die Gesellschaftstheorie fußt demgegenüber noch auf weiteren Annahmen, etwa der Spaltung der Gesellschaft in System- und Lebenswelt.

der Rückbindung an das Volk, entscheidende Bedeutung zu. Während dieser Ausgangspunkt von allen Demokratietheorien geteilt wird, unterscheiden sie sich in der Frage, wie die Beziehungen zwischen den Herrschenden-Beherrschten und ihren Beherrschten-Herrschern gestaltet sein sollten, also zwischen Gesellschaft und Staat.

Mit dem Begriff der deliberativen Demokratie hat Jürgen Habermas in dieser Diskussion einen eigenen Akzent gesetzt. Für unsere Fragestellung ist diese Demokratietheorie besonders interessant, da sie konsequent von einer kommunikativen Konstitution von Gesellschaft ausgeht, Öffentlichkeit als intermediäre Ebene zwischen Gesellschaft und Staat konzipiert und innerhalb der Öffentlichkeit dem Diskurs eine zentrale Rolle als Medium der Meinungs- und Willensbildung zuschreibt. In der internationalen Diskussion gilt die Theorie der deliberativen Demokratie heute als die am stärksten rezipierte und anerkannte Demokratietheorie, die mit ihrem sozialtheoretischen Kern die Diskussion in verschiedenen geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen – von der Philosophie über die Geschichtswissenschaft bis zur Politikwissenschaft und Soziologie – beeinflusst und befruchtet hat. Sie stellt daher den Ausgangs- und Reibungspunkt unserer Analyse von Online-Deliberation dar. Im Folgenden soll zunächst die Theorie der deliberativen Demokratie im Kontext liberaler² und republikanischer Demokratiekonzepte dargestellt werden, bevor die drei grundlegenden Merkmale der Theorie, die kommunikative Konstitution von Gesellschaft und Staat, der Begriff der Öffentlichkeit und die Theorie des Diskurses im Einzelnen dargestellt und diskutiert werden.

Der Demokratietheorie geht es zum einen grundlegend um die Konstitution des Politischen, also die Selbstverständigung der Gesellschaft als Akteur und Gegenstand politischer Herrschaft, zum anderen aber auch um den Prozess des Politischen, also die konkret ablaufenden Verfahren der Vorbereitung, Findung und Durchsetzung von politischen Entscheidungen. Die Theorie der deliberativen Demokratie ist dabei als Gegenmodell zum liberalen und republikanischen Modell der Demokratie zu sehen. Dem liberalen Verständnis stellt sich die Gesellschaft als eine Aggregation von individuellen Akteuren dar, die ihre Interessen verfolgen, typisch also als Wirtschaftsgemeinschaft, da für die politische

2 »Liberal« bezeichnet dabei diejenige Tradition des politischen Denkens, die sich auf John Locke und die Vorstellung eines vor-gesellschaftlich konstituierten Individuums beruft. In der amerikanischen Diskussion bezieht sich »liberal« zum Teil auf andere, insbesondere dem Kommunitarismus und dem konservativen Denken entgegengesetzte Theorien, z. B. von John Rawls oder Richard Dworkin, die hier jedoch nicht gemeint sind. Bei dieser Abgrenzung folgen wir Habermas 1992a: 359, FN 10.

Frage der Ordnung des Gemeinwesens von den rein privaten Interessen abgesehen werden kann (zugleich ist diese Trennung der Sphäre des Privaten vom Öffentlichen ein wesentliches Merkmal des liberalen Modells, aus dem sich die Grenzen des Politischen erst ergeben). Der Staat tritt der Gesellschaft in dieser Perspektive entgegen als etwas Äußeres, er muss sich für alle Eingriffe in die Gesellschaft rechtfertigen und kann dies nur insoweit, als er dafür die Zustimmung der Bürger erhält. Im republikanischen Modell ist die Konstitution des Politischen dagegen eine unmittelbare Leistung der Gesellschaft, der Staat ist nur Ausdruck des allgemeinen Willens des Volkes und geht in diesem auf. Auch in diesem Modell ist der Staat insofern eng an die gesellschaftliche Sphäre gekoppelt, als er nur legitime Macht beanspruchen kann, wenn er sich als Ausdruck des allgemeinen Willens offenbart und diesem in seinen Entscheidungen zur Durchsetzung verhilft. Umgekehrt unterläuft diese Sichtweise die Trennung von privater und öffentlicher Sphäre, da der Einzelne immer als politisches Subjekt betrachtet wird, das teil hat am gemeinsamen Ganzen.

Auch was den politischen Prozess angeht, ergeben sich aus diesen Modellen unterschiedliche Vorschläge. Für das liberale Modell kommt dem politischen Prozess vor allem die Aufgabe der Entscheidungsfindung und der anschließenden Kontrolle der politischen Entscheidungen zu. Das liberale Modell geht diesbezüglich von der Vorstellung aus, dass die Akteure ihre jeweiligen Interessen selbständig ausbilden und es im politischen Prozess dann vor allem darum geht, eine Abstimmung über diese zu erreichen. Die Abstimmung, also das Auszählen der unterstützenden Stimmen für unterschiedliche Optionen, stellt den bevorzugten Modus der Entscheidungsfindung im liberalen Modell dar. Der Staat kann daher als von der Gesellschaft weitgehend abgetrenntes System vorgestellt werden, dem die politischen Funktionen übertragen sind und das zugleich durch die Verfassung in seiner Reichweite eng begrenzt wird. Andere Formen der politischen Kommunikation, etwa Diskussionen, dienen vor allem der Information der Akteure über die verfügbaren Optionen und die jeweils daraus resultierenden Konsequenzen. Hier ist auch die Rolle der Öffentlichkeit zu sehen, der eine große Bedeutung für die Demokratie zugewiesen wird. Die Vorstellung eines Konsenses unter den Beteiligten am politischen Prozess wird jedoch als eher abwegig und empirisch selten vorkommend angesehen.

Im republikanischen Modell dagegen spielt die Öffentlichkeit vor allem als Ort der Selbstverständigung der Gesellschaft eine Rolle. Da das Volk selbst der Souverän ist, besteht die Aufgabe des politisch-administrativen Systems vor allem in der Formulierung und Umsetzung von Entscheidungen, die aus dem Volk als allgemeiner Wille hervorgehen.

Der Staat als bürokratisch verselbständigter Apparat wird jedoch als Fremdkörper in einer bereits politisch konstituierten Gesellschaft angesehen. Öffentlichkeit ist auch hier nicht die Sphäre, in der Konflikte zwischen Interessen und Sichtweisen ausgetragen werden, sondern dient zum einen – mit Wirkung auf die Entscheidungsträger – der Bekanntgabe des politisch Gewollten, zum anderen – mit Wirkung zurück auf das Volk – der rituellen Selbstvergewisserung auf dem Weg der Inszenierung der eigenen Souveränität. Konsens wird in diesem Modell also immer schon vorausgesetzt, die Aufgabe von politischer Kommunikation ist auch hier nicht die Diskussion, sondern die (Selbst-)Darstellung von politischen Handlungen.

Das Modell der deliberativen Demokratie steht zwischen diesen beiden Demokratiemodellen. Gesellschaft ist in diesem Modell nicht als unpolitisch konzipiert wie im liberalen Modell, auch nicht als durchgängig politisch, wie im republikanischen. Vielmehr konstituiert sich die Gesellschaft zum Teil als politische, und zwar in der Zivilgesellschaft, also in Form von spontanen Assoziationen, die die Funktion der Artikulation von politischen Interessen und Optionen übernehmen und im Medium der Öffentlichkeit agieren. »Dem Diskursbegriff der Demokratie entspricht hingegen das Bild einer dezentrierten Gesellschaft, die allerdings mit der politischen Öffentlichkeit eine Arena für die Wahrnehmung, Identifizierung und Behandlung gesamtgesellschaftlicher Probleme ausdifferenziert« (Habermas 1996b: 291).

In ähnlicher Weise stellt die deliberative Theorie den Staat als politisches System vor, das in seinem Kern einer eigenen Logik folgt und relativ autonom von der Gesellschaft ist, was sich etwa im Modus der Entscheidung zeigt, die im politischen System getroffen wird, aber weit darüber hinaus Geltung erlangt. Zugleich ist der Staat, sind politische Entscheidungen aber inhaltlich bzw. programmatisch insofern an die Gesellschaft rückgebunden, als sie nur die Institutionalisierung von Formen der politischen Meinungs- und Willensbildung darstellen, die grundlegend in der Gesellschaft verankert sind. In jedem seiner einzelnen Schritte verdankt sich der staatlich institutionalisierte politische Prozess also dem politischen Willen der Gesellschaft, den er zu berücksichtigen und dem er Ausdruck zu verleihen hat. Die Rolle des Staates ist die Umwandlung der kommunikativ erzeugten Macht der Öffentlichkeit in administrative Macht. Dabei ist er zwar der Gesellschaft als unabhängig gegenübergestellt, aber durch die Einbettung in den politischen Prozess an diese gebunden. »Die nach demokratischen Verfahren zu kommunikativer Macht verarbeitete öffentliche Meinung kann nicht selber ›herrschen‹, sondern nur den Gebrauch der administrativen Macht in bestimmte Richtungen lenken« (Habermas 1992a: 364).

Die Implikationen des deliberativen Modells im Einzelnen sollen an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden. Vielmehr soll auf die theoretischen Grundlagen dieses Modells näher eingegangen werden, die seine Besonderheit deutlich werden lassen. Wie erwähnt, handelt es sich dabei erstens um die Ansicht, dass Kommunikation die Grundlage der Gesellschaft bildet und auch den Ausgangspunkt einer Gesellschaftstheorie bilden sollte. Zweitens geht es um die Bedeutung der Öffentlichkeit, die Habermas' Theorie als intermediäre Ebene zwischen der Gesellschaft und dem Staat konzipiert. Schließlich ist als für die vorliegende Untersuchung wesentliches Element der Begriff des Diskurses als zentrales Medium der Meinungs- und Willensbildung zu diskutieren.

Die Gesellschaftstheorie und ihr kommunikationstheoretisches Fundament

Gesellschaftstheoretisch knüpft Habermas zum einen an bereits seit langem bestehende Entwicklungen der Soziologie an, zum anderen vollzieht er mit der »kommunikativen Wende« eine Neuausrichtung der soziologischen Theorie, die bis heute folgenreich ist. Er setzt den Begriff der Kommunikation als grundlegenden Mechanismus der Integration von Gesellschaft ein, wobei er sich auf Vorarbeiten insbesondere Meads stützen kann. Kommunikation bleibt bei Habermas zwar Handlung und sein Theorieentwurf handlungstheoretisch fundiert (im Unterschied zur Gegenüberstellung von Handlung und Kommunikation und gleichzeitiger Bevorzugung der Kommunikation bei Niklas Luhmann). Doch im Gegensatz zu Gesellschaftstheorien, die in den sozialen Strukturen die Grundlage der Gesellschaft und ihrer integrativen Funktion sehen, setzt Habermas mit dem Begriff der Kommunikation an die erste Stelle einen Prozess, der sich notwendigerweise zwischen Akteuren vollzieht und nicht auf individuelles Handeln reduziert werden kann. Als intersubjektives Phänomen integriert Kommunikation die sozialen Akteure in die Gesellschaft.

Dennoch, und darin liegt die Kontinuität und der Anschluss an Autoren wie Weber und Parsons, versteht Habermas die moderne Gesellschaft als ausdifferenziert in unterschiedliche, gegenüber der übrigen Gesellschaft verselbständigte Handlungsbereiche. Er geht dabei von einer Zweiteilung der Gesellschaft in diese Handlungssphären, die Systeme, einerseits und einen Restbereich nicht-ausdifferenzierter Handlungen, die Lebenswelt, andererseits aus. Diese Zweigesichtigkeit von Gesellschaft kommt in Habermas' Vorschlag zur Geltung, wonach Gesellschaften »*systemisch stabilisierte* Handlungszusammenhänge *sozial integrierter* Gruppen darstellen« (Habermas 1981b: 228, Hervorh. im

Orig.). Es gibt also eine Parallelität von gesamtgesellschaftlicher Integration, die durch den kommunikativen Prozess geschaffen wird, und systemischer Ausdifferenzierung von Handlungsbereichen: Gesellschaft als System und Lebenswelt.

In Bezug auf den Bereich der Politik wurde bereits darauf hingewiesen, dass Habermas den Staat nicht als in der Gesellschaft aufgehend betrachtet, sondern ihn dieser gegenüberstellt sieht, zumindest insofern, als der Staat bestimmte Handlungen, nämlich das Treffen kollektiv verbindlicher Entscheidungen, für die Gesellschaft und ihre Akteure übernimmt. Das politische System insgesamt stellt bei Habermas ein »systemisch stabilisiertes Handlungssystem« dar, das sich aus den übrigen Handlungsbereichen ausdifferenziert hat. Ihm gegenüber steht die Zivilgesellschaft, die einen besonderen Status hat. Es handelt sich bei ihr um den politischen Bereich der alltäglichen Lebenswelt. Mit der Zivilgesellschaft sind all diejenigen Akteure und Handlungen umgrenzt, die zwar politisch agieren, aber nicht dem politischen System zuzuordnen sind, sondern in den Bereich der Lebenswelt fallen. Dazu gehören Gruppierungen wie die Kirchen und Gewerkschaften, aber auch spontanere Assoziationen wie soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen etc. Der wesentliche Unterschied zwischen deren politischem Auftreten und dem von politischen Akteuren im engeren Sinn liegt für Habermas in der Grundlage ihres Handelns. Während das politische System einer spezifischen Logik folgt und aus dieser heraus handelt, unterliegt die Zivilgesellschaft der übergreifenden Handlungslogik der alltäglichen Lebenswelt und ist daher in gewisser Weise frei von den Normen, Interessen und Zwängen der Politik.

Zur Systemwelt zählt Habermas all jene Phänomene der sozialen Koordination, die sich nicht als Folgen der Intention von Handelnden erklären lassen. Die systemische Ordnung von Handlungszusammenhängen erfolgt nicht bewusst, sondern unterhalb der Schwelle der Aufmerksamkeit der Teilnehmer an einem solchen Handlungszusammenhang. Das wohl charakteristischste Beispiel für einen systemischen Handlungszusammenhang ist die Wirtschaft, in der die »unsichtbare Hand des Marktes« (Adam Smith) als unbewusster Mechanismus zur effizienten Allokation der Güter führt. Der Mechanismus ist nicht allein nicht-intentional, er beruht auch auf einer bestimmten Form nichtsprachlicher Kommunikation, auf Medien, die Koordinationsleistungen erbringen (in diesem Fall Geld).

»Moderne Gesellschaften erreichen, wie wir sehen werden, eine Ebene der Systemdifferenzierung, auf der autonom gewordene Organisationen über entsprechende Kommunikationsmedien miteinander in Verbindung stehen. Diese

systemischen Mechanismen steuern einen von Normen und Werten weitgehend abgehängten sozialen Verkehr, nämlich jene Subsysteme zweckrationalen Wirtschafts- und Verwaltungshandelns, die sich nach Webers Diagnose gegenüber ihren moralisch-praktischen Grundlagen verselbständigt haben« (Habermas 1981b: 230).

Die Systemwelt umfasst also nicht allein die Mechanismen der Handlungskoordination, sondern auch die zugehörigen Institutionen und Organisationen, die das Wirken dieser Mechanismen auf Dauer stellen und ermöglichen. Dabei sind die systemischen Mechanismen der Koordination den intentionalen gegenüber vorrangig.³

Das Neue an dieser Sichtweise ist nicht, dass Habermas diese Ausdifferenzierung konstatiert. Sie findet sich bei den soziologischen Klassikern und ihren Zeitdiagnosen zur modernen Gesellschaft durchgehend, wie ja auch der Verweis auf Weber im obigen Zitat verdeutlicht. Zwar grenzt sich Habermas durch die Ausweisung einer eigenen systemischen Sphäre von seinen Vorgängern ab. Doch mit Parsons hatte die Soziologie bereits eine überzeugende Ausarbeitung einer systemtheoretischen Gesellschaftstheorie erfahren, der Habermas, im Unterschied zu Luhmann mit seiner späteren autopoietischen Interpretation der Systemtheorie, keine neue, eigene Prägung hinzufügt.

Neu an Habermas' Analyse im Gegensatz zur Systemtheorie ist vielmehr, dass er dem systemisch ausdifferenzierten Bereich der Gesellschaft eine undifferenzierte, durch einen besonderen Modus der Kommunikation geprägte Lebenswelt gegenüberstellt.⁴ Mit dem Begriff der Lebenswelt hält Habermas an einem sozusagen vormodernen Lebenszusammenhang der sozialen Akteure fest, der in vielen Analysen der modernen Gesellschaft zugunsten der systemisch ausdifferenzierten Bereiche als verloren oder zumindest stark eingeschränkt gilt. Aufbauend auf Husserls Lebensweltanalysen und Schütz' Phänomenologie räumt Habermas der Lebenswelt den Status eines stets gegenwärtigen und selbstverständlichen Horizonts des kommunikativen Handelns ein. Analog zur Bewusstseinsphilosophie ist mit dem Bild des »Horizonts« zum einen ein unveränderliches, immer präsent Moment beschrieben, zum anderen aber auch eine Standortabhängigkeit der Lebenswelt. Die Lebenswelt ist zwar transzendental, insofern sie auf Kultur und Sprache beruht. Sie ist aber gleichzeitig konkret, insofern sie als Kontext von Situationen

3 Dies ergibt sich zumindest aus Habermas' Ausführungen, wenn er die systemische Integration von Gesellschaft als »durch die Handlungsorientierungen hindurchgreifende« Form beschreibt (Habermas 1981b: 179).

4 Luhmann dagegen fordert dazu auf, die »Prämisse der »Intersubjektivität« bzw. des Konsenses [...] schlicht« aufzugeben (Luhmann 1997: 874).

handlungsorientierende Relevanz erlangt. Mittels ihres doppelten Charakters von konkreter Situationsdetermination und unbewusster Hintergrundstrukturierung stellt die Lebenswelt Bedeutungszusammenhänge her zwischen kommunikativen Äußerungen, dem unmittelbaren Kontext und ihrem konnotativen Bedeutungshorizont (vgl. Habermas 1981b: 190).

Im sozialen Aufeinandertreffen von Akteuren wird die Homogenität bzw. Divergenz der Lebenswelt sichtbar in Form von gelingender Kommunikation bzw. von Missverständnissen.

»Die Lebenswelt ist gleichsam der transzendente Ort, an dem sich Sprecher und Hörer begegnen; wo sie reziprok den Anspruch erheben können, dass ihre Äußerungen mit der Welt (der objektiven, der sozialen oder der subjektiven Welt) zusammenpassen; und wo sie diese Geltungsansprüche kritisieren und bestätigen, ihren Dissens austragen und Einverständnis erzielen können« (Habermas 1981b: 192).

Als ein solcher Ort ist sie den kommunikativ Handelnden allerdings nur punktuell verfügbar, denn: »Nur die begrenzten Ausschnitte der Lebenswelt, die in einen Situationshorizont hineingezogen werden, bilden einen thematisierungsfähigen Kontext verständigungsorientierten Handelns [...]« (Habermas 1981b: 189). Kommunikation beruht auf den kontextuellen Leistungen der Lebenswelt, ohne diese allerdings bearbeiten zu können. Nur im Fall von Reibungspunkten kann es zur Kommunikation über die Lebenswelt kommen, auch dann allerdings nur über einzelne Aspekte derselben.

Gehen wir der Einführung von Kommunikationsbegriff und Lebensweltbegriff nach, so wird deutlicher, welche Strukturen Habermas in Bezug auf die Lebenswelt im Blick hat. Zugleich zeigt sich die fundamentale Bedeutung, die Habermas der Kommunikation in seiner Gesellschaftstheorie zumisst. Die Lebenswelt nämlich reproduziert sich durch Narrationen der Akteure, also durch Alltagsdeutungen und -tradierungen in der Form von Erzählungen. Damit hat Habermas die grundlegende Funktion des Mediums Sprache für die Reproduktion der Lebenswelt aufbauend auf Mead begründet (Habermas 1981b: 208), und das verständigungsorientierte kommunikative Handeln mit seinen spezifischen Leistungen rückt in den Blickpunkt der Gesellschaftsanalyse.

Kommunikatives Handeln erfüllt drei unterschiedliche Funktionen: es zielt auf Verständigung ab, es dient der Koordinierung von Handlungen, und es liegt Sozialisationsprozessen zugrunde. Diesen drei Funktionen entsprechen drei Dimensionen, die zusammen die symbolischen Strukturen der Lebenswelt ausmachen: Verständigung betrifft die sach-

liche Ebene der kulturellen Wissensinhalte, auf dieser Ebene der Lebenswelt wird also Wissen tradiert und erneuert. Handlungskoordination betrifft die soziale Ebene der Gesellschaft, auf dieser Ebene werden Akteure sozial integriert und Solidarität hergestellt. Die Sozialisation schließlich betrifft die zeitliche Ebene personaler Identität, auf ihr werden Persönlichkeiten ausgebildet und verändert. Die Dimensionen der Lebenswelt lassen sich somit aus den Merkmalen des kommunikativen Handelns ableiten, das ihr zugrunde liegt.

Gleichzeitig begründet Habermas auf diese Weise den hohen Stellenwert der Lebenswelt, die gesellschaftlich zentrale Funktionen abdeckt. Im Gegenzug wird die Bedeutung des kommunikativen Handelns gestärkt, das Transparenz schafft, weil durch die Lebenswelt »alle gesellschaftlichen Vorgänge in den Lichtkegel kooperativer Deutungsprozesse« gezogen werden (Habermas 1981b: 224) und wiederum zum Gegenstand kommunikativer Bearbeitung werden können. Allerdings ist nicht zu übersehen, wie sehr Habermas an dieser wichtigen Stelle dem Konzept der Narration und somit einer Fiktionalität vertraut, auf der die Leistungen der Lebenswelt beruhen und die strategisch gleichzusetzen ist mit der kontrafaktischen Begründung der Diskursethik, die uns später noch beschäftigen wird.

Die Bedeutung von Systemen und Lebenswelt in ihrem Bezug zur Kommunikation lässt sich am Begriff der Zivilgesellschaft veranschaulichen. Diese ist zwar in der Lebenswelt verortet, gleichzeitig aber am politischen System und seinen Handlungsweisen orientiert. Sie umfasst diejenigen Vereinigungen und Organisationen, die nicht der Logik des politischen oder ökonomischen Systems unterliegen, also zum Beispiel soziale Bewegungen, Kirchen, Gewerkschaften etc. Von diesen Assoziationen nimmt Habermas an, dass sie weniger durch spezifische Interessen als durch die Orientierung an Verständigung geprägt sind, mithin also die kulturellen, sozial-integrativen und identitätsbildenden Funktionen des kommunikativen Handelns befördern.

Als Schnittstelle zwischen der Lebenswelt und dem politischen System kommt diesen Assoziationen allerdings eine spezifische Rolle zu. Sie tragen Themen und Probleme aus der privaten Lebenswelt an die Öffentlichkeit und übertragen sie dem politischen System zur Bearbeitung. Umgekehrt ermöglichen sie es, politische Programme der öffentlichen Meinung auszusetzen und in deren Ausarbeitung und Formulierung zum Zweck der Legitimierung auch die Meinungen und Anregungen von Akteuren außerhalb des politischen Systems einfließen zu lassen.

Den Ausgangspunkt bilden dazu ganz lebensweltlich die konkreten Erfahrungen der sozialen Akteure mit den Anforderungen, Leistungen und Fehlleistungen der Funktionssysteme, im Fall der Politik also des

Staates bzw. politischer Institutionen. Sie werden zunächst alltagsweltlich durch Kommunikation verarbeitet, und zwar, wie oben beschrieben, in Form von Narrationen. Die private Kommunikation erstreckt sich konzentrisch vom Individuum über Familie und Freunde über losere Kontakte wie Nachbarn und Arbeitskollegen bis hin in einen erweiterten Vertrautheitsbereich der Kommunikation mit Fremden. Allerdings bleibt auch diese Kommunikation mit Fremden, da sie im lebensweltlichen Nahbereich ihren Ursprung hat, noch den Prinzipien des kommunikativen Handelns verhaftet, also der Verständigungsorientierung. Erst im politischen System als ausdifferenzierter Sphäre herrschen andere als die lebensweltlich verankerten Orientierungen vor.

Die durch private Erfahrungen und Narrationen geprägte politische Sphäre existiert nicht in einem luftleeren Raum, sondern ist institutionell gefestigt:

»Den Kern der Zivilgesellschaft bildet ein Assoziationswesen, das problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeiten institutionalisiert. Diese ›diskursiven Designs‹ spiegeln in ihren egalitären und offenen Organisationsformen wesentliche Züge der Art von Kommunikation, um die sie sich kristallisieren und der sie Kontinuität und Dauer verleihen« (Habermas 1992a: 443f.).

Als Beispiel können Kirchengemeinden oder auch lokale Bürgerinitiativen gelten, die zwar über einen organisatorischen Kern verfügen, an denen die Bürger aber spontan teilnehmen können, und die, auf der sachlichen Ebene, zu ganz unterschiedlichen Themen Stellung nehmen können. In Demokratien genießen sie einen Status der gesetzlichen Verankerung (insbesondere durch die Meinungs- und Versammlungsfreiheit), auch wenn dieser aufgrund der Spontaneität der Zivilgesellschaft nicht unbedingt alle Assoziationsformen berücksichtigt. Im Gegensatz zu den Systemen sind die Assoziationen der Zivilgesellschaft zum einen sozial integrierend, zum anderen aber nicht festgelegt auf die Bearbeitung bestimmter Probleme. Außerdem gewähren sie den Akteuren nur Einfluss, nicht aber politische Macht, also die Fähigkeit, kollektive Entscheidungen zu treffen und auch durchzusetzen.

Die Zivilgesellschaft stellt eine Verbindung zwischen der Lebenswelt und der politischen Sphäre dar. Zugleich bildet sie ein intermediäres Element, dem eine Schnittstellenfunktion zukommt. Habermas betont, dass die Zivilgesellschaft im Zuge ihrer Vermittlung von Themen und Meinungen an die politische Öffentlichkeit auch zur Berücksichtigung der Normen des kommunikativen Handelns in der Öffentlichkeit sowie im politischen System beitragen. Bevor die Rolle der Kommuni-

kation und der besondere Stellenwert von Diskursen in diesem Prozess betrachtet werden, soll zunächst ein weiteres intermediäres Element, die Öffentlichkeit, analysiert werden. Sie hat in der Theorie der deliberativen Demokratie eine besondere gesellschaftliche Bedeutung, ebenso interessant sind im Kontext der vorliegenden Arbeit allerdings ihre kommunikationstheoretischen Grundlagen.

Öffentlichkeit als intermediäre Ebene

Öffentlichkeit stellt als Kommunikationsraum zunächst einmal den Ort bzw. den kommunikativen Kontext für die zivilgesellschaftliche Kommunikation dar. Sie steht im Gegensatz sowohl zum privaten Lebensbereich als auch zum systemischen Bereich der Politik. Von der Privatheit unterscheidet sich die Öffentlichkeit nicht so sehr durch die Teilnehmerschaft. Denn die gleichen Akteure können in einem Fall eine private Kommunikation führen, im anderen eine öffentliche. Vielmehr hängt der Grad von Öffentlichkeit von den *potentiell* erreichbaren Adressaten ab. Die Teilnehmer an öffentlicher Kommunikation müssen immer von einem sozial nicht abgeschlossenen Kommunikationsraum ausgehen, da ihre Äußerungen, vermittelt über Verbreitungsmedien in Kombination mit Speichermedien, auch Empfänger erreichen können, deren sie sich bei ihrer Äußerung nicht unbedingt bewusst sind.⁵

Die Sprecher und Adressaten stellen die soziale Dimension der Öffentlichkeit dar. Auf der sachlichen Dimension ist öffentliche Kommunikation im Unterschied zu privater durch die Wahl der Themen gekennzeichnet. Während, wie erwähnt, lebensweltliche Kommunikation ihren Ursprung in den konkreten, subjektiven Erfahrungen der Akteure hat und diesen verhaftet ist, stellen nur solche Themen adäquate Inhalte der öffentlichen Kommunikation dar, die auch für andere Akteure, und zwar in einer generalisierten Form »andere«, relevant sind oder sein könnten. Darin liegt auch der Grund für die Gleichsetzung von Öffentlichkeit mit einer politischen Öffentlichkeit. In ihr werden Probleme behandelt, die aus dem Zusammenleben und den unterschiedlichen Interessen von Akteuren entstehen. Auch hier gilt eine prinzipielle Unabgeschlossenheit. Denn es lassen sich nicht bestimmte Themen von vorn-

5 Eine entsprechende Nichtabgeschlossenheitsannahme fordert Habermas für Diskurse auch in Bezug auf die Sprecher ein, doch dazu später mehr. An diesem Punkt setzen auch verschiedene Kritiker von Habermas an, die ihm vorwerfen, zu stark von einem Modell mündlicher Kommunikation auszugehen und den hier angesprochenen Aspekt der semantischen wie sozialräumlichen Nichtabgeschlossenheit nicht genügend zu berücksichtigen (vgl. Thompson 1995: 131; Fusfield 1997).

herein aus der öffentlichen Behandlung ausschließen, da das öffentliche Interesse sich auf immer neue Problemlagen fokussieren kann.

Entsprechend bildet Öffentlichkeit auf der zeitlichen Dimension einerseits immer neue Episoden der Kommunikation aus und reicht von der

»episodischen Kneipen-, Kaffeehaus- oder Straßenöffentlichkeit über die *veranstaltete* Präsenzöffentlichkeit von Theateraufführungen, Elternabenden, Rockkonzerten, Parteiversammlungen oder Kirchentagen bis zu der *abstrakten*, über Massenmedien hergestellten Öffentlichkeit von vereinzelt oder global verstreuten Lesern, Zuhörern und Zuschauern« (Habermas 1992a: 452, Hervorh. im Orig.; vgl. dazu auch Gerhards/Neidhardt 1990).

Andererseits ist alle Abgeschlossenheit öffentlicher Kommunikation immer nur eine vorläufige, strukturierende, aber keine abgrenzende. Denn der Kommunikationszusammenhang der Öffentlichkeit ist im Prinzip unendlich, es sind immer wieder neue Äußerungen möglich, die an vorherige anschließen, und auch lange zurückliegende Diskussionen können wieder aufgegriffen und fortgeführt werden. Insofern kann sich also auch in zeitlicher Hinsicht eine Äußerung nicht allein auf den gegenwärtigen Stand beziehen. Es ist immer damit zu rechnen, dass sie auch in einer späteren Zeit rezipiert und zur Grundlage weiterführender Kommunikation werden kann.

Diese aus der Lebenswelt hervorgehende und von dieser gespeiste »allgemeine Öffentlichkeit« charakterisiert Habermas als Medium

»uneingeschränkter Kommunikation, in dem neue Problemlagen sensitiver wahrgenommen, Selbstverständigungsdiskurse breiter und expressiver geführt, kollektive Identitäten und Bedürfnisinterpretationen ungezwungener artikuliert werden können als in den verfahrensregulierten Öffentlichkeiten [des auf Entscheidungen abzielenden politischen Systems, St. A.]. Die demokratisch verfasste Meinungs- und Willensbildung ist auf die Zufuhr von informellen öffentlichen Meinungen angewiesen, die sich idealerweise in den Strukturen einer nicht-vermachteten politischen Öffentlichkeit bilden« (Habermas 1992a: 374).

Der öffentliche Rahmen selbst stellt also kein Hindernis für die Verbreitung und Mitteilung lebensweltlicher Erfahrungen dar. Wie oben bereits erwähnt, kann sich das kommunikative Handeln als Orientierung vom privaten Nahbereich bis in die Sphären der Öffentlichkeit ziehen.

Genau durch diese Orientierung am kommunikativen Handeln unterscheidet sich die Öffentlichkeit auch von den Systemen der Gesellschaft. Sie unterliegt zwar dem Einfluss ganz unterschiedlicher Handlungssys-

teme, insbesondere dem Einfluß des politischen Systems. Dieses spielt eine besonders große Rolle für die Öffentlichkeit – je nach dem Grad, nach welchem es die Problemdefinitionen und Lösungsvorschläge aus der Öffentlichkeit bereit ist aufzunehmen und umzusetzen. Auch als Themengeber ist das politische System einflussreich, nicht zuletzt ist im Grundgesetz der Bundesrepublik der explizite Auftrag an die Parteien formuliert, die politische Willensbildung mitzugestalten. Doch das Kennzeichen des politischen Systems, die Orientierung an politischer Macht und an kollektiv bindenden Entscheidungen, wirkt sich gerade nicht in die Sphäre der Öffentlichkeit aus. Vielmehr ist sich die öffentliche Kommunikation bewusst, dass sie unmittelbar nichts bewirken kann. Ihre Macht liegt einzig und allein im kommunikativen Bereich, also darin, auf bestimmte Probleme hinzuweisen, bestimmte Meinungen zu artikulieren, und bestehende Zustände und Prozesse zu hinterfragen und kritisieren (vgl. Habermas 1992a: 625)

Habermas' Theorie der deliberativen Demokratie kommt die Leistung zu, die Rolle der Öffentlichkeit für den demokratischen Prozess bewusst gemacht und ihr normativ einen hohen Stellenwert eingeräumt zu haben. Während andere Demokratietheorien sich bis dahin auf den Kern des politischen Systems beschränkten,⁶ erweiterte Habermas die Perspektive auf diesen peripheren Bereich der Politik, wobei wieder die Trennung von politischem System einerseits und andererseits peripherer Öffentlichkeit als Schnittstelle zur außerpolitischen Lebenswelt deutlich wird. Im Rahmen der deliberativen Demokratie kommt der Öffentlichkeit nicht nur die Funktion einer Kontrolle politischer Entscheidungen zu, wie noch im liberalen Konzept. Vielmehr übernimmt die Öffentlichkeit eine aktive Rolle der Beeinflussung politischer Entscheidungen im Vorfeld, sie programmiert das politische System und setzt der Machtorientierung ein eigenes, an Kommunikation orientiertes Gewicht entgegen: »Die administrativ verfügbare Macht verändert ihren Aggregatzustand, solange sie mit einer demokratischen Meinungs- und Willensbildung rückgekoppelt bleibt, welche die Ausübung politischer Macht nicht nur nachträglich kontrolliert, sondern mehr oder weniger auch programmiert« (Habermas 1992a: 364).⁷

Neben dem Verhältnis zum politischen System ist die Beziehung zwischen der Öffentlichkeit und den Massenmedien von Interesse für die Frage der Abgrenzung der Öffentlichkeit von systemischen Hand-

6 Eine bedeutende Ausnahme bildet Hannah Arendt (1960).

7 Wenzel verweist darauf, dass der Begriff der kommunikativen Macht in einer Reihe mit anderen kontrafaktischen Idealisierungen der kommunikativen Vernunft stehe, wie zum Beispiel der idealen Sprechsituation (Wenzel 2001: 57f.).

lungszusammenhängen. Denn die Massenmedien bilden mit ihrem Geflecht aus Institutionen eine spezifische Logik der Selektion, Bearbeitung und Verbreitung von Informationen aus, die sich gegenüber der übrigen Gesellschaft und insbesondere auch dem politischen und ökonomischen System zumindest soweit verselbständigt, dass sich von einem System der Massenmedien sprechen lässt. Habermas grenzt sich zwar kritisch gegenüber der älteren Frankfurter Schule und ihrer Beurteilung der Massenmedien als »Kulturindustrie« ab. Doch in der Argumentationslinie der Kritischen Theorie sieht auch er ein »autoritäres Potential« der Massenmedien (Habermas 1992a: 573), das darin begründet liegt, dass sie durch ihre hierarchische Organisation und ihr Quasi-Monopol über die Verbreitungskanäle Kommunikationsflüsse kontrollieren und damit soziale Kontrolle ausüben können. Das Mediensystem entwickelt in enger Verknüpfung mit dem ökonomischen System eigene Kriterien der Selektion und Darstellung von Informationen, die in verschiedenen Studien auch empirisch beschrieben worden sind (Altheide/Snow 1979; Meyer 2002). Allerdings geht das Mediensystem nicht in einer allgemeinen Kulturindustrie auf, also in einem übermächtigen wirtschaftlichen System, sondern es ist als eigenständiges System zu betrachten, da es sich, wie Habermas mit Verweis auf entsprechende Studien belegt, in vielen Aspekten auch an der Logik des ökonomischen Systems reibt (vgl. Habermas 1981b: 574f.).

Für die Öffentlichkeit haben die Massenmedien zum einen die Funktion, dass sie Öffentlichkeit in einem größeren Rahmen überhaupt erst herstellen. Abstrakte Öffentlichkeit ist nicht vorstellbar ohne die vermittelnde Funktion von Medien, die Kommunikation verbreiten und über den engeren Interaktionskontext hinaus anschlussfähig machen. Diese große, gesellschaftsübergreifende Öffentlichkeit bildet in der deliberativen Demokratietheorie den Kern des politischen Prozesses.

Dass dabei bestimmte Annahmen über die Kommunikationsbedingungen von Öffentlichkeiten eingeschränkt werden müssen, ist für Habermas durchaus hinnehmbar (Habermas 2006b). Denn im Gegenzug bildet der durch die Massenmedien geschaffene Kommunikationsraum ein Gegengewicht gegenüber dem politischen System, in dem sich Kritik und Reflexion etablieren können und das mit seinem Einfluss eine eigene Machtquelle darstellt. Zum anderen leisten sie aufgrund ihrer systemischen Handlungslogiken die Selektion und Verdichtung von Themen zu politischen Positionen. Dieser Einfluss auf die Öffentlichkeit ist positiv zu sehen, sofern durch diese Selektionsleistung die Informationsmengen der öffentlichen Kommunikation handhabbar gemacht werden.

Im Zusammenspiel dieser beiden Aspekte bestimmen die Massenmedien die Öffentlichkeit nicht vollständig. Vielmehr bleibt trotz der

konstitutiven Bedeutung der Massenmedien für die Öffentlichkeit und trotz ihrer Eigenlogik des Handelns die lebensweltliche Prägung der Kommunikation erhalten und kann ihr »emanzipatorisches« Potential entfalten. Denn auch wenn die massenmediale Kommunikation vom lebensweltlichen Kontext abstrahiert und starker sozialer Kontrolle unterworfen wird, kann sie »nicht zuverlässig gegen die Widerspruchsmöglichkeiten zurechnungsfähiger Akteure abgeschirmt werden« (Habermas 1981b: 573).⁸

Öffentlichkeit nimmt somit in ihrer Zwischenstellung zwischen der Lebenswelt und den Systemen eine Schnittstellenfunktion ein, indem sie erlaubt, die Verständigungsorientierung der Lebenswelt in das machtbasierte politische System zu integrieren, ohne selbst Teil des Systems zu sein. Sie hat dazu eine besondere Form entwickelt, die Habermas als Netzwerk von durch Kommunikation verbundenen Teilöffentlichkeiten beschreibt, als den »einen, radial in alle Richtungen ausgreifenden und kontinuierlich fortgeschriebenen Text ›der‹ Öffentlichkeit« (Habermas 1992a: 452). Habermas' Konzept der Öffentlichkeit steht in starkem Kontrast zur Theorie der öffentlichen Meinung ebenso wie zu einer Systemtheorie der Öffentlichkeit.

Gegen die Systemtheorie grenzt sich Habermas zum einen durch die bereits diskutierte Verankerung der Öffentlichkeit in lebensweltlicher Kommunikation ab, zum anderen durch den wiederholten Hinweis darauf, dass die Öffentlichkeit nicht organisiert werden könne (Habermas 1992a: 374, 625). Damit lässt sich das Konzept von Öffentlichkeit nicht mehr in eine Systemtheorie Luhmann'scher Prägung integrieren, die einerseits nur von Systemen als Elementen der Theorie ausgeht (und diesen ontologischen Status beimitiert, vgl. Luhmann 1984: 30), andererseits das soziale System nach den Ebenen der Interaktion, Organisation und Gesellschaft differenziert (Luhmann 1975). Entsprechend schwer tut sich Luhmann auch mit der Einordnung der Öffentlichkeit in seine Theorie des politischen Systems (s. Luhmann 2000). Denn es ist deutlich, dass sich Öffentlichkeit nicht in Interaktionen erschöpft, gleichzeitig ist auf der Ebene der Gesamtgesellschaft kein Punkt vorgesehen, von dem aus sich diese beobachten und reflektieren ließe, worin ja die Funktion der Öffentlichkeit besteht. Mit der These der Unorganisierbarkeit von Öffentlichkeit fällt auch die letzte Ebene weg, auf der sich Öffentlichkeit noch verorten ließe. Luhmann hält daher auch am Begriff der »öffentli-

8 Mit dieser Bewertung der Massenmedien grenzt sich Habermas explizit von der Medien-skeptischen Tradition der kritischen Theorie ab (Habermas 1981b: 572). Kritiker wie Wenzel werfen ihm allerdings vor, den Stand der Forschung nicht ausreichend rezipiert zu haben und einen ambivalenten Medienbegriff zu haben (Wenzel 2001: 61).

chen Meinung« fest und verortet deren Bedeutung in der Peripherie des politischen Systems, das durch seine komplexe interne Vernetzung auf eine locker vernetzte Peripherie angewiesen ist (Luhmann 2000: 318). Unseres Erachtens gelingt ihm mit dieser Einordnung jedoch keine theoretische Beschreibung, die der gesellschaftlich wahrgenommenen Bedeutung von Öffentlichkeit entspricht.

Gegen die Vorstellung einer öffentlichen Meinung, die sich als Summe der Einzelmeinungen von Individuen ergibt, grenzt sich Habermas bereits mit seiner kommunikationstheoretischen Ausrichtung ab.⁹ Denn die Idee hinter der kommunikativen Grundlegung des Sozialen war ja gerade, die Intersubjektivität und die zwischen den Akteuren bestehenden sozialen Beziehungen besser erfassen zu können, die mehr darstellen als eine schlichte Aggregation der Individuen. Entsprechend basiert auch das Konzept der Öffentlichkeit weit weniger auf den einzelnen Meinungen und Positionen, die in der Öffentlichkeit kommuniziert werden; es rückt vielmehr die Prozesse der Meinungsbildung ebenso wie die Verbindungen von Öffentlichkeit und Lebenswelt auf der einen Seite und politischem System auf der anderen Seite in den Fokus. Auch wenn sich am Ende des Prozesses der Meinungsbildung bestimmte Meinungen in der Öffentlichkeit ablesen lassen, greift eine Analyse zu kurz, die sich allein auf diese Meinungen stützt, aber deren Entstehungskontext ignoriert, und kommt bezüglich der Wirkung solcher Meinungen zu falschen Schlüssen.¹⁰

Stattdessen entsteht für Habermas aus der kommunikativen Begegnung von Akteuren ein »sprachlich konstituierter öffentlicher Raum« (Habermas 1992a: 437), der zunächst nicht gegenüber unbekanntem Anderen abgeschottet ist. Sofern sich die Akteure wechselseitig kommunikative Freiheit gewähren, also auf die Äußerungen des jeweiligen Gegeners eingehen, lassen sie sich auf eine Form der Kommunikation ein, die den Ergebnissen ihrer Kommunikation wiederum eine besondere Qualität verleiht, nämlich die einer »qualifizierten öffentlichen Meinung« (Habermas 1992a: 438) im Gegensatz zur schlichten öffentlichen Meinung. Die Öffentlichkeit in dem Zuschnitt, den Habermas' Konzept

9 Vgl. zu dieser Diskussion auch Habermas 1962: 283ff. Unterstützend Calhoun (1988: 228): »The public life on which democracy depends must be more than simply the ability of governments to spread messages widely, and to receive messages from dispersed individuals«.

10 Belegt sind z. B. die Fallstricke, die sich für die Theorie der Schweigespirale aufboten. Diese ging von der Vorstellung aus, dass sich Meinungen einzelner Personen u. a. durch Anpassung an die wahrgenommene, öffentlich kommunizierte Mehrheitsmeinung bilden (Noelle-Neumann 1989). Die Annahmen der Theorie wurden durch empirische Überprüfungen massiv in Frage gestellt (vgl. Fuchs et al. 1992).

ihr verleiht, stellt zum einen einen solchen Kommunikationsraum dar, in dem sich die entsprechenden Formen entfalten können, zum anderen hängt sie in ihrer Existenz von diesen Kommunikationsformen ab.

Mit dem Begriff der qualifizierten öffentlichen Meinung bringt Habermas den normativen Anspruch seiner Theorie auf den Punkt und eröffnet gleichzeitig die Möglichkeit einer Verbindung von normativer Theorie und empirischer Beobachtung. Denn mit der Qualität verbinden sich zwei Aspekte öffentlicher Kommunikation, die prozeduralen Formen, unter denen Meinungen gebildet werden, und deren Legitimität und Rationalität im politischen Prozess, also die Genese und die Folgen öffentlicher Meinung. »Die ›Qualität‹ einer öffentlichen Meinung ist, soweit sie sich an prozeduralen Eigenschaften ihres Erzeugungsprozesses bemisst, eine empirische Größe. Normativ betrachtet, begründet sie ein Maß für die Legitimität des Einflusses, den öffentliche Meinungen auf das politische System ausüben« (Habermas 1992a: 438f.). Legitimation ist dabei nur ein Aspekt der normativen Bedeutung von anspruchsvoll gebildeter Meinung. Mit dem normativen Begriff der öffentlichen Meinung verbunden ist auch ganz zentral die Vorstellung, dass diese die Rationalität des politischen Prozesses gewähren kann:

»Verfahren und Kommunikationsvoraussetzungen der demokratischen Meinungs- und Willensbildung funktionieren als wichtigste Schleuse für die diskursive Rationalisierung der Entscheidungen einer an Recht und Gesetz gebundenen Regierung und Verwaltung. *Rationalisierung* bedeutet mehr als bloße Legitimation, aber weniger als Konstituierung der Macht« (Habermas 1992a: 364, Hervorh. im Orig.).

Mit dem ersten Satz reiht sich Habermas zunächst anscheinend nur in die Reihe derjenigen Theorieansätze ein, die davon ausgehen, dass sich »mit Argumenten Politik machen« lasse (vgl. den Untertitel eines Aufsatzes von van den Daele und Neidhardt 1996). Doch der Hinweis auf den Zusammenhang von Verfahren und Voraussetzungen der Kommunikation und der Qualität von Entscheidungen wird uns noch näher beschäftigen. Seine neue Position jenseits von republikanischem und liberalem Modell der Öffentlichkeit macht Habermas dann jedoch mit dem zweiten Satz deutlich, der die Theorie der deliberativen Demokratie mit ihrem anspruchsvollen Begriff von Öffentlichkeit zusammenbringt mit der Theorie des kommunikativen Handelns und ihren Ansprüchen an die Rationalität von Kommunikation. Im folgenden Abschnitt wollen wir uns mit dem hier angerissenen Zusammenhang von Formen und gesellschaftlicher Wirkung der öffentlichen Kommunikation näher beschäfti-

gen und das Augenmerk auf den Diskurs lenken, der dabei eine zentrale Rolle spielt.

Diskurs als Medium der Meinungs- und Willensbildung

Die Theorie der deliberativen Demokratie, die hier in ihren Grundzügen vorgestellt wurde, wird im Folgenden als gültiges Modell des politischen Systems vorausgesetzt und nicht weiter hinterfragt (wobei allerdings der Begriff der Lebenswelt kritisch wieder aufzugreifen ist, da er Grundlagen der Kommunikationstheorie berührt). Vielmehr soll es um die kommunikationstheoretische Grundlage dieser normativen Theorie gehen, also um den zuletzt angesprochenen Zusammenhang zwischen Kommunikationsformen und -bedingungen einerseits und den Ergebnissen und Leistungen von Kommunikationsprozessen andererseits.¹¹ Diesem angenommenen Zusammenhang wird durch den Rahmen der deliberativen Theorie eine besondere Bedeutung zugewiesen. Er bildet eine Brücke zwischen der Demokratietheorie und der Kommunikationstheorie bzw. der – eher philosophisch ausgerichteten – formalpragmatischen Diskursethik von Habermas. Gleichzeitig bieten sich die in ihm zusammengefassten Annahmen zur empirischen Überprüfung am Beispiel von öffentlichen Kommunikationsprozessen an, die in einem eigenen Abschnitt unternommen werden soll.

Zunächst ist zu klären, worin im Einzelnen die Formen und Bedingungen sowie die positiven Effekte diskursiver Kommunikation bestehen. Auch sind diejenigen theoretischen Annahmen zu identifizieren, die einen Zusammenhang zwischen ersteren und letzteren herstellen. Dies erscheint nötig, weil Habermas den Zusammenhang nicht isoliert behandelt, sondern im Rahmen seiner gesamten Theorie des kommunikativen Handelns, in der philosophisch-normative Aspekte mit politisch-sozialen zusammenkommen. Der Weg der Klärung dieser Frage führt uns daher von den Studien zur Öffentlichkeit über die Theorie des kommunikativen Handelns hin zur Frage des Moralbewusstseins und der Diskursethik.

Der Diskursbegriff bildet eine Schnittstelle zwischen kommunikationstheoretischer Grundlage und politischen Auswirkungen von Diskus-

11 »Das dritte Demokratiemodell, das ich vorschlagen möchte, stützt sich genau auf die *Kommunikationsbedingungen*, unter denen der politische Prozess die Vermutung für sich hat, vernünftige Resultate zu erzeugen, weil er sich dann auf ganzer Breite in einem deliberativen Modus vollzieht« (Habermas 1996b: 285).

sionsprozessen.¹² Ein Diskurs ist in der Theorie von Habermas ein Prozess, in dem es darum geht, die Gültigkeit der mit einer Äußerung erhobenen Ansprüche zu klären. So wie in einem Gerichtsverfahren ein Kläger antritt und bestimmte Ansprüche gegenüber einem Beklagten geltend macht, so sind auch in der Kommunikation die mit einer Äußerung verbundenen Geltungsansprüche zu verstehen. Der Beklagte ist in diesem Fall der Sprecher, der eine Äußerung gemacht hat, Kläger kann jeder Rezipient der Äußerung sein. Wie ein Gerichtsverfahren stellt auch ein Diskurs immer eine Form von Metakommunikation dar, die sich reflexiv auf andere Kommunikation bezieht. Dem Diskurs geht immer eine Äußerung in einem konkreten Kommunikationsprozess voraus, von deren Kritik er seinen Ausgang nimmt.

Anders als in einem typischen Gerichtsverfahren geht es im Diskurs allerdings nicht in erster Linie um die Durchsetzung eigener Ansprüche, sondern um die Bezweiflung der Rechtmäßigkeit der Ansprüche des Sprechers, er erfolgt also auf Basis einer skeptischen Haltung. Ziel des Diskurses ist letztlich, zu gewähren, dass nur solche Ansprüche langfristige Geltung haben, die auch berechtigt sind. Die hier verwendete Analogie zum Recht als Charakterisierung von Diskursen kommt nicht von ungefähr. Zum einen legt Habermas sie selbst nahe, wenn er von Geltungsansprüchen spricht, zum anderen dominiert sie die Rezeption der Habermas'schen Diskurstheorie über weite Strecken.¹³

Allerdings wird das Vorgehen der Begründung von Ansprüchen explizit von der deduktiven Logik unterschieden. Es soll also nicht darum gehen, logische Ableitungen in der Argumentation vorzubringen.¹⁴ Habermas folgt aber auch nicht einer relativistischen Sichtweise, nach der das Ergebnis eines Diskurses letztlich kontingent zu sehen wäre und z. B. von Machtverteilungen abhängt (vgl. Habermas 1992b: 478). Vielmehr hält er an der rationalen Klärbarkeit der Gültigkeit kommunikativer

12 Wenzel sieht darin gar den »eigentlichen Kernbegriff der Theorie« (Wenzel 2001: 55).

13 Sie eröffnet auch eine interessante Parallele zur Metapher des »due process«, die von Hewitt in die Forschungen zur künstlichen Sozialität in der Informatik eingeführt und als Modell für die Abstimmungsprozesse unter autonomen handelnden Software-Agenten empfohlen wurde (Hewitt 1991, allgemein zur Frage künstlicher Sozialität vgl. Malsch 1997). Dabei kommen erstaunlich ähnliche Argumente zum Tragen, u. a. der Verweis auf die spezifische Logik solcher Verfahren, die sich nicht mit der klassischen Logik nachbilden lassen (vgl. entsprechend Habermas (1973: 115f.): »Die Logik des Diskurses wird nur in Abhebung von ›logischer Notwendigkeit‹ erläutern können, was ›rationale Motivation‹ bedeutet ...«).

14 Vgl. allerdings entsprechende argumentationstheoretische Forschungen innerhalb der Kognitionswissenschaft (Grosz et al. 1989) oder der Informatik (S. Parsons/McBurney 2003).

ver Ansprüche fest, also daran, dass sich die Teilnehmer an einem Diskurs qua gemeinsamer Vernunftfähigkeit auf einen Konsens einigen können.

Die angenommene Vernünftigkeit von Diskursen hängt eng mit Habermas' Konzeption von Diskursen als Argumentationen zusammen. Damit wird eine Form der Kommunikation bezeichnet, in der die Teilnehmer »strittige Geltungsansprüche thematisieren und versuchen, diese mit Argumenten einzulösen oder zu kritisieren« (Habermas 1981a: 38). Die Teilnehmer an einem Diskurs begründen Aussagen oder stellen sie in Frage unter Verwendung von Argumenten, die die anderen Teilnehmer zur Annahme des jeweils Intendierten bewegen sollen, also zur Annahme der Ursprungsaussage im Falle der Begründung bzw. zur Ablehnung der Ursprungsaussage im Falle der Kritik. Eine Aussage anzunehmen bedeutet dabei, den in ihr enthaltenen Geltungsanspruch anzuerkennen und seine kommunikativen Konsequenzen zu tragen. Kommunikative Konsequenzen sind dabei ganz grundlegend, dass die zur Diskussion stehende Aussage nicht erneut in Zweifel gezogen wird, sondern im Gegenteil in der Diskussion anderer Aussagen argumentativ auf sie aufgebaut werden kann.

Streng genommen, gehören die Aussagen selbst nicht zum Diskurs, da sie auf der nicht-reflexiven Ebene der Kommunikation getätigt wurden. Doch im Lauf eines Diskurses werden weitere Aussagen getroffen, so dass eine solche strenge Unterscheidung zwischen Kommunikation und Metakommunikation nicht sinnvoll erscheint und stattdessen der Begriff des Diskurses alle im Prozess der reflexiven Thematisierung von Aussagen gemachten Äußerungen umfassen soll. Wesentlich für einen Diskurs ist aber, dass nicht eine einmalige Korrektur von Aussagen stattfindet, sondern dass auf die Begründung bzw. Kritik durch einen Teilnehmer eine Entgegnung durch andere Teilnehmer erfolgt, die sich wiederum begründend oder kritisch auf die Ausgangskommunikation beziehen oder aber die Begründung bzw. Kritik des ersten Teilnehmers einer erneuten Begründung oder Kritik unterziehen. Erst wenn sich auf diese Weise ein eigener, metakommunikativer Prozess ausdifferenziert, lässt sich von einem Diskurs als eigener Kommunikationsform sprechen.¹⁵

15 Auf einer solchen Ausdifferenzierung aufbauend, entwickelt Malsch (2005a) den Begriff der Beobachtungskommunikation. Messmer (2003) macht einen ähnlichen Differenzierungsvorgang zur Grundlage seines Konfliktbegriffs. Allerdings ist im Fall von Diskursen zu beachten, dass es sich nicht um einen abgrenzbaren Kommunikationsprozess handelt, sondern vielmehr um einen Modus der Kommunikation, der als Begleiterscheinung von Kommunikation jederzeit auftreten, aber ebenso schnell wieder verschwinden kann, etwa, wenn die zur Frage stehenden Geltungsansprüche geklärt werden können. Im Gegensatz zum Konflikt als eigen-

Dieser Prozesscharakter von Diskursen ist nicht allein dem Umstand geschuldet, dass sich Kommunikationsereignisse immer zu Prozessen verknüpfen lassen und erst in ihrer Verknüpfung als Kommunikation sozial wirksam werden. Habermas verweist auf den zusätzlichen Aspekt, dass sich aus den zwei Anschlussmöglichkeiten, nämlich zum einen, die reflexive Kommunikation fortzuführen, und zum anderen, die reflexive Kommunikation selbst zu reflektieren, die Chance für Lernprozesse ergibt, in denen soziale Erfahrungen mit den Konsequenzen von Aussagen und ihren Geltungsansprüchen gemacht werden können und diese Erfahrungen wiederum zur Grundlage der weiteren Kommunikation werden. Insofern stellen Diskurse nach Habermas ein Medium für Lernprozesse (Habermas 1981a: 38) oder, speziell für den politischen Bereich, für die Meinungs- und Willensbildung dar.¹⁶

Dabei müssen Diskurse bzw. die Teilnehmer an ihnen allerdings bestimmte Voraussetzungen erfüllen. So ist auf Seiten der Teilnehmer wichtig, dass sie sich auf den Modus der Argumentation einlassen und nur auf diese Weise an Argumente anschließen. Das impliziert auch die Bereitschaft, sich der Kritik anderer Teilnehmer auszusetzen und sie nicht einfach zu übergehen. Wenn ein Teilnehmer zwar selbst Kritik übt, aber die Kritik anderer Teilnehmer nicht zur Kenntnis nimmt, kann sich nur einseitige Kommunikation ergeben, nicht aber ein Diskussionsprozess, in dem beide Seiten durch den wechselseitigen Austausch von Argumenten ihre Sichtweise und ihre Begründungen weiterentwickeln. Diskurse setzen damit auch immer einen Minimalkonsens voraus, nämlich den, dass die Teilnehmer an einer *gemeinsamen* Bearbeitung der fraglichen Geltungsansprüche interessiert sind, und nicht allein daran, die andere Seite bzw. die anderen Teilnehmer von ihrer eigenen Sichtweise zu überzeugen.¹⁷ Entsprechend gehört auch die Fähigkeit zur Selbstreflexion zu den notwendigen Bedingungen für Diskurse, denn nur wenn die Teilnehmer bereit sind, ihre eigene Position zu überdenken und im Licht anderer Argumente aufzugeben bzw. zu modifizieren, kann es zu einem konstruktiven Austausch kommen (vgl. Habermas 1981a: 38). Der Austausch setzt daher auch voraus, dass sich keine festen Rol-

ständiger Episode haben wir es auch dann mit diskursiver Kommunikation zu tun, wenn sich keine Episode ausdifferenziert.

16 M. Miller (2006) entwickelt auf dieser Basis eine »Theorie diskursiven Lernens«. Die Beobachtung von Lernprozessen erfordert einen normativen Maßstab der Rationalität. Während Miller diesen im gemeinsamen Wissen über Differenzen verortet, sieht Habermas vor allem in der Begründbarkeit und der Kritisierbarkeit von Aussagen das rationale Element von Diskursen (Habermas 1981a: 36).

17 Vgl. Clark (1996), der auf dieser Einsicht in den »common ground« von Kommunikation seine Theorie aufbaut.

lenmuster von Sprechern und Hörern bilden bzw. von Kritikern und Befürwortern. Denn nur wenn der Kritiker einer Aussage auch bereit ist, für eine Gegenposition argumentativ einzutreten, und nur wenn der Kritisierte im Falle des Nichteinverständnisses auch bereit ist, seinerseits die Kritik argumentativ zurückzuweisen oder seine Position in Anbetracht überzeugender Einwände zu revidieren, entwickelt sich die Prozedur eines Hin und Her von Rede und Gegenrede, die für den Diskurs als Prozess charakteristisch ist und ihm seinen Namen eingebracht hat.¹⁸

Eine für die Diskurstheorie wichtige Frage taucht an dieser Stelle auf: Handelt es sich bei diesen Bedingungen um pragmatische Bedingungen, die für die Durchführung von Diskursen idealerweise gegeben sein sollten und im Fall der Abwesenheit eine Verschlechterung der Diskursqualität mit sich bringen? Oder handelt es sich vielmehr um konstitutive Bedingungen, die sozusagen »a priori« vorliegen müssen, damit man überhaupt von einem Diskurs sprechen kann? Habermas findet auf diese Frage mit dem Konzept kontrafaktischer Annahmen eine vor allem aus philosophischer Sicht höchst interessante Antwort, deren Diskussion wir jedoch zunächst zurückstellen möchten, um sie später im Rahmen der theoretischen Grundlagen behandeln zu können.

Zunächst interessiert uns, wie Habermas diesen Begriff von Diskurs in Beziehung setzt zur Behandlung politischer Fragen in der Demokratie. Auch wenn Habermas den Diskurs als allgemeine Form argumentativer Kommunikation einführt, schert er nicht alle Diskurse über einen Kamm, sondern unterscheidet sie nach der Art der Geltungsansprüche, die in ihnen thematisiert werden.¹⁹ So gibt es neben dem theoretischen Diskurs, wie er in der Wissenschaft zur Klärung von Wahrheitsfragen geführt wird, auch den praktischen und den explikativen Diskurs (Habermas 1981a: 39, an anderer Stelle auch der »hermeneutische« – Habermas 1973: 114), in denen es um Fragen der normativen Gültigkeit bzw. um Fragen des Verständnisses geht. Als »Diskurse« oder auch als

18 Etymologisch leitet sich »Diskurs« von »discurrere« ab, vom Auseinanderlaufen bzw. Hin- und Herlaufen. Zur Begriffsgeschichte, insbesondere auch zur Entwicklung von einer negativen Belegung des Begriffs als »planlose Bewegung«, als »Herumirren« zu einer positiven als Reflexion unterschiedlicher Betrachtungsweisen vgl. Kohlhaas (2000) sowie Nennen (2000: VIIIff.).

19 An anderer Stelle führt Habermas – offensichtlich in Reaktion auf die kritische Diskussion seines Werks – eine weitere Unterscheidung ein, die zwischen pragmatischen Diskursen, ethisch-politischen, moralischen und normativen Diskursen (Habermas 1992a: 196ff., 675ff.; vgl. auch Habermas 1991a). Allerdings geht es dabei eher um die Frage der Anwendbarkeit des Diskursprinzips, weniger um die Grundlagen von Diskursen, weshalb wir dieser Verschiebung nicht weiter nachgehen.

Form der »Kritik« (Habermas 1981a: 41) werden außerdem jene Argumentationen bezeichnet, die sich auf Fragen des subjektiven Empfindens (ästhetischer Diskurs) oder des subjektiven Ausdrucks beziehen (therapeutischer Diskurs). Dabei interessiert sich Habermas besonders für den praktischen Diskurs, der die Frage der normativen Gültigkeit von Regeln behandelt. Ziel dieser Art von Diskurs ist die Begründung von allgemeinen Regeln des Sollens und Handelns, also von moralischen und juridischen Regeln, die letztlich die sozialen Beziehungen und das Zusammenleben der Akteure bestimmen.

Für solche Diskurse gilt nach Habermas folgendes Prinzip: »Gültig sind genau die Handlungsnormen, denen alle möglicherweise Betroffenen als Teilnehmer an rationalen Diskursen zustimmen können« (Habermas 1992a: 138). Dieser Satz bildet als »Diskursprinzip« eines der beiden Fundamentaltheoreme der Diskursethik. Habermas entwickelt ihn ausgehend von den Vorstellungen des Pragmatismus und der Leitidee der Transzendentalphilosophie. Von Kant übernimmt er die Perspektive, ethische Normen nicht in ihrer Substanz, sondern durch abstrakte Prinzipien festzulegen. Er geht allerdings noch einen Schritt weiter als die Transzendentalphilosophie, indem er nicht abstrakte Prinzipien für die Normen selbst formuliert (wie es Kant mit dem kategorischen Imperativ tut), sondern nur Prinzipien für das Zustandekommen von solchen Normen formuliert.

Zum Diskursprinzip gesellt sich daher als zweites Fundamentaltheorem noch der »Universalisierungsgrundsatz«, wonach gilt: »Jede gültige Norm muss der Bedingung genügen, dass die Folgen und Nebenwirkungen, die sich aus ihrer *allgemeinen* Befolgung für die Befriedigung der Interessen *jedes* Einzelnen voraussichtlich ergeben, von *allen* Betroffenen zwanglos akzeptiert werden können« (Habermas 1983: 131, Hervorh. im Orig.). Leicht ersichtlich ist, dass die Grundidee des kategorischen Imperativs erhalten bleibt, allerdings verschiebt sich die Last der Abschätzung von Konsequenzen der Befolgung einer Norm auf die Betroffenen, die sie akzeptieren oder aber ablehnen können.²⁰ Eine Brücke zum kategorischen Imperativ schlägt Habermas noch durch die Möglichkeit des »advokatorischen« (Habermas 1983: 133) bzw. des »inneren« Diskurses (Habermas 1973: 134), an denen die Betroffenen nicht persönlich bzw. an denen nicht alle Betroffenen teilnehmen müssen. Allerdings relativiert er diese als nur »ersatzweise« erlaubt (Habermas

20 Vgl. Habermas explizit: »Der kategorische Imperativ erhält damit eine diskurstheoretische Lesart. An seine Stelle tritt das Diskursprinzip ›D‹, wonach nur die Normen Geltung beanspruchen dürfen, die die Zustimmung aller Betroffenen als Teilnehmer eines praktischen Diskurses finden könnten« (Habermas 1996a: 49).

1983: 133) und begründet dies durch die später noch zu diskutierende Bedingung, dass jeder einzelne Teilnehmer mit einer einzigartigen persönlichen Perspektive zum Diskurs beitrage (vgl. Habermas 1983: 77f.).²¹

Die weitergehenden ethischen Fragen, die sich aus diesem Vorschlag in der philosophischen Diskussion ergeben haben, sollen uns hier nicht beschäftigen (vgl. dazu z. B. Tugendhat 1993). Wichtig bleibt festzuhalten, dass Habermas einen universellen Anspruch der Begründbarkeit von Normen in der Tradition des Rationalismus aufrechterhält, dass er dessen Erfüllung jedoch nicht dem philosophischen Rasonnement überlässt, sondern – ganz im Sinne des demokratischen Ideals der Selbststeuerung der Bürger – durch die Betroffenen in Form eines geregelten Verfahrens, den rationalen Diskurs, zu erbringen vorsieht.

Diese Verfahrensorientierung übernimmt Habermas aus der Tradition des Pragmatismus. Er greift Gedanken von Peirce auf, die er – auf den von Meads »Fragmenten über Ethik« gebahnten Pfaden einer Soziologisierung des kategorischen Imperativs²² – aus der Perspektive einer

21 Später werden advokatorische Diskurse allerdings zum »Regelfall« ernannt (Habermas 1992a: 224) – ein Tribut an die realweltlichen Bedingungen politischer Meinungsbildung.

22 Die Argumentation entspricht dabei der von Peirce (1991, 5.311) für wissenschaftliche Schlussfolgerungen aufgestellten: »Das Reale ist also das, in dem schließlich früher oder später Information und schlussfolgerndes Denken resultieren würden und das daher unabhängig von meinen und deinen Einfällen ist. So zeigt eben der Ursprung des Begriffs der Realität, dass dieser Begriff wesentlich den Gedanken einer *Gemeinschaft* einschließt, die ohne definitive Grenze ist und das Vermögen zu einem definitiven Wachstum der Erkenntnis besitzt« (Hervorh. im Orig.). An anderer Stelle (Peirce 1991, 2.655) heißt es: »Es mag seltsam erscheinen, dass ich drei Gefühle als unerlässliche Forderungen der Logik in den Vordergrund stelle, nämlich das Interesse an einer unbeschränkten Gemeinschaft, das Anerkennen der Möglichkeit, dieses Interesse zum höchsten überhaupt zu machen, und die Hoffnung auf die unbegrenzte Fortdauer geistiger Aktivität.« Entsprechend die Weiterentwicklung bei Mead: »Der Mensch ist ein vernunftbegabtes Wesen, weil er ein gesellschaftliches Wesen ist. Die Allgemeinheit unserer Urteile, die von Kant so sehr betont wird, leitet sich aus der Tatsache ab, dass wir die Haltung der ganzen Gemeinschaft, die Haltung aller vernunftbegabten Wesen einnehmen. Wir sind, was wir sind, durch unser Verhältnis zu anderen. Unser Ziel muss daher unvermeidlich ein gesellschaftliches Ziel sein, sowohl in Bezug auf seinen Inhalt (was primitiven Impulsen entspricht) als auch in Bezug auf die Form. Die Sozialität ist Ursache der Universalität ethischer Urteile und bildet die Grundlage der verbreiteten Behauptung, dass die Stimme aller die allgemeine Stimme sei; das heißt, dass jeder vernunftbegabte Mensch die Situation gleich einschätze« (Mead 1968: 429f.).

Konsenstheorie der Wahrheit rezipiert²³ und für die Begründung seiner Ethik heranzieht (vgl. insbesondere Habermas 1973). In der Bezugnahme auf den Pragmatismus ist der Ausgangspunkt für die Annahme eines Zusammenhangs zwischen Kommunikationsbedingungen und Auswirkungen der Kommunikation zu sehen. Gleichzeitig erfolgt an dieser Stelle auch der Brückenschlag zwischen Kommunikation als theoretischer Grundlage des Sozialen und der empirisch ablaufenden Kommunikation. So erläutert Habermas das noch sehr abstrakt gehaltene Diskursprinzip durch eine Klärung des Begriffs des rationalen Diskurses:

»[...] ›rationaler Diskurs‹ soll *jeder* Versuch der Verständigung über problematische Geltungsansprüche heißen, sofern er unter Kommunikationsbedingungen stattfindet, die innerhalb eines durch illokutionäre Verpflichtungen konstituierten öffentlichen Raums das freie Prozessieren von Themen und Beiträgen, Informationen und Gründen ermöglichen. Indirekt bezieht sich der Ausdruck auch auf Verhandlungen, soweit diese durch diskursiv begründete Verfahren reguliert sind« (Habermas 1992a: 138f., Hervorh. im Orig.).

Habermas charakterisiert also genauer, wie ein Diskurs ablaufen muss, wenn er seiner Rolle als reflexives Medium gerecht werden soll. Relevant sind in der zitierten Aussage der Verweis auf »illokutionäre Verpflichtungen« sowie die Betonung des »freien Prozessierens«. Damit ist gemeint, dass sich die Argumentation nicht auf dem Diskurs äußerliche Gründe für die Akzeptanz oder Kritik von Aussagen stützen soll, sondern allein der Konsistenz des Gesagten verpflichtet ist, und dass sich die Diskussion um Themen, Beiträge, Informationen und Gründe, mithin also eine kommunikative Bearbeitung sozialer Probleme drehen soll. Unter Berücksichtigung des Diskursprinzips sowie dieser Erläuterung des Begriffs des rationalen Diskurses können wir folgende Bedingungen formulieren, die zusammengenommen diejenige kommunikative Form ausmachen, die als Diskurs geeignet ist, die politische Meinungs- und Willensbildung sowie die Klärung von normativen Fragen zu bestreiten:²⁴

- Gegenstand der Kommunikation sind Geltungsansprüche von Aussagen, die sich auf unterschiedliche Aspekte von kommunikativer Geltung beziehen können (normative Fragen, Wahrheitsfragen, Fragen der Wahrhaftigkeit etc.),
- die Kommunikation verläuft im Modus der Argumentation, das heißt es werden Geltungsansprüche vorhergehender Aussagen kritisiert bzw. begründet,

23 In diesem Punkt ähnlich wie auch Apel (1975).

24 Vgl. dazu auch: Eemeren et al. 1996: 283f.; Steenbergen et al. 2003: 25f.

- die Teilnehmer streben eine Verständigung über die Geltungsansprüche an, das schließt ein, dass sie motiviert sind, ihre Ansicht einzubringen, dass sie sich für die Aussagen und Argumente der anderen Teilnehmer interessieren und diese respektieren (die Argumente wie auch die Teilnehmer) und dass sie bereit sind, ihre eigenen Ansprüche gegebenenfalls zu revidieren,
- die Teilnahme ist offen für »alle möglicherweise Betroffenen«, also sowohl die unmittelbar ersichtlich Betroffenen als auch die eventuell Betroffenen (bis hin zu zukünftigen Generationen unter dem Leitbild der »Nachhaltigkeit«), die Offenheit der Teilnahme umfasst auch, was von den Teilnehmern in den Diskurs eingebracht wird,
- äußere Einflüsse auf die Akzeptanzentscheidungen der Teilnehmer sind ebenso ausgeschlossen wie solche, die aus der internen Dynamik der Kommunikation resultieren, also z. B. Macht, Eitelkeit, Profitstreben, Termindruck, Sprecherdominanz etc., die Zustimmung zu Geltungsansprüchen hängt allein von der Einsicht in deren Rationalität ab.

Wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, kann ein rationaler Diskurs stattfinden. Wenn dieser nach den angegebenen Verfahren durchgeführt wird, dann zeitigt er Ergebnisse, die allein durch den »zwanglosen Zwang des besseren Arguments« begründet sind und insofern sowohl eine allgemeine legitime Gültigkeit als auch Rationalität beanspruchen können – also auf die beiden Aspekte normativer Gültigkeit einen Anspruch erheben können.

Diskurse, die nach diesem Muster ablaufen, konstituieren nach Habermas demokratische Verfahren. Ohne sie entbehren diese der Legitimation und der Rationalität, reine Abstimmungen nach dem Modell der Akklamation oder der Aggregation sind ebenso wenig geeignet, den komplexen Anforderungen moderner Probleme des Interessensausgleichs gerecht zu werden wie Verhandlungslösungen, bei denen die Teilnehmer an ihren Interessen festhalten und diese so weit wie möglich gegenüber den anderen Teilnehmern durchzusetzen versuchen. Daher liegt für Habermas das Diskursprinzip der Demokratie zugrunde, auch wenn es gleichzeitig institutionell durch das Medium des Rechts abgesichert werden muss: »Der Selbstbestimmungspraxis der Bürger ist nichts vorgegeben außer dem Diskursprinzip, das in Bedingungen kommunikativer Vergesellschaftung überhaupt angelegt ist, auf der einen und dem Rechtsmedium auf der anderen Seite« (Habermas 1992a: 161f.).

Soweit lässt sich der kommunikationstheoretische Kern der Theorie der deliberativen Demokratie zusammenfassen, und in dieser Form findet er sich vielfach in der Sekundärliteratur zitiert, der es dann etwa dar-

um geht, diesen normativen Maßstab auf die empirisch vorfindliche Diskurspraxis anzuwenden (z. B. Steenbergen et al. 2003; Feindt 2003) oder die Meriten dieser Begründung des demokratischen Selbstverständnisses gegenüber anderen Modellen zu diskutieren (z. B. Elster 1998). Uns soll es im Folgenden zwar ebenfalls um eine kritische Diskussion des Modells gehen, allerdings speziell um den skizzierten Kern. Wir fragen danach, woraus sich diese Charakterisierung von Diskursen ableitet, die zunächst die Form einer Setzung hat und insofern selbst begründungsbedürftig erscheint. Dabei nehmen wir uns die Freiheit, einen bestimmten Aspekt der Begründung in den Vordergrund zu rücken, nämlich die Frage nach der kommunikationstheoretischen Rechtfertigung des dargestellten Zusammenhangs zwischen Kommunikationsbedingungen und Leistungen von Diskursen.

Kommunikationstheoretische Grundlagen von Deliberation

Für diese Diskussion ist es notwendig, etwas weiter auszuholen. Habermas' Fokus auf Kommunikation als zentrales Element der soziologischen Theorie ist zunächst theoriestrategisch bedingt. Auf der Basis einer kritischen Durchsicht des Standes der Theorieentwicklung in der Soziologie (Habermas 1981a, 1981b) und bei gleichzeitig intendierter kritischer Abgrenzung gegenüber den seinerzeit identifizierten Forschungsrichtungen (vgl. Habermas 1981b: 550ff.) rückt Habermas den Begriff der Kommunikation ins Zentrum.

Ziel ist dabei zum einen die Abgrenzung zu verhaltenswissenschaftlich und an zweckrationalem Handeln orientierten Ansätzen, gegen die Habermas an der Kategorie des Sinns als konstitutivem Begriff der Soziologie festhält. Da Sinn als sprachlich ausdrückbarer Sinn verstanden wird, kommt der Sprache eine große Bedeutung für das soziale Handeln zu (Habermas 1984a: 12). Ebenso grenzt sich Habermas gegenüber der – damals noch – handlungstheoretisch ausgerichteten Systemtheorie und der interpretativen Soziologie ab. Ihm geht es sowohl um Interpretation als auch um die Berücksichtigung systemischer Handlungskoordination, die nur durch eine Verbindung beider Richtungen auf der Basis des in beiden Theorien zentralen Elements der Kommunikation möglich ist.

Während die interpretative Richtung der Interaktion verhaftet bleibt und nicht in der Lage ist, abstraktere soziale Koordinierungsmechanismen zu erfassen, vernachlässigt die Systemtheorie in Habermas' Sicht die Perspektive der Teilnehmer zugunsten einer ausschließlich beobachtenden Perspektive (Habermas 1981b: 552f.; Habermas 1996c: 397). Mit

seinem Fokus auf kommunikativen Sinn behält Habermas demgegenüber einen deutenden Zugang zum Gegenstandsbereich sozialer Phänomene bei, der gleichzeitig in das Individuum und einzelne Interaktionen übergreifenden Strukturen verortbar ist. In der Kommunikation zeigt sich das Soziale in seiner wesentlichen Form, nämlich als Relation zwischen Individuen, als Intersubjektivität, die nicht auf einzelne Teilnehmer und deren Handlungen reduzierbar ist.

Kommunikationstheorie als Sozialtheorie

Kommunikation ist insofern von Habermas als zentraler Begriff gewählt, weil sich in ihm der intersubjektive Charakter von Sozialität besonders deutlich niederschlägt.²⁵ Ganz offensichtlich hat es wenig Sinn, von einer Kommunikation zu sprechen, wenn nicht *mehrere Subjekte* an einem *gemeinsamen Vorhaben* beteiligt sind. Die Pluralität der Subjekte stellt die Kommunikation vor die paradoxe Situation, eine Verbindung zwischen im Grunde autonomen, monadischen Individuen herzustellen. Kommunikation setzt daher voraus, dass sich die Teilnehmer auf diese Begegnung mit anderen einlassen, ihr Gegenüber als Subjekt anerkennen und diese Subjekthaftigkeit in ihrem eigenen Handeln respektieren. Wer sich in Kommunikation engagiert, versucht, sich in das Gegenüber hineinzusetzen, ist sich aber gleichzeitig bewusst, dass dies nur näherungsweise gelingen kann. Die unter diesen Umständen mögliche Gemeinsamkeit ist eines der Kernthemen von Habermas' Theorie: Worauf beruht sie, und wie lässt sie sich angesichts der Unterschiedlichkeit und Autonomie der Subjekte herstellen?

Habermas greift dazu auf die Kategorie des intersubjektiv geteilten Sinns zurück: »Eine im strengen Sinne intersubjektiv vergemeinschaftete Erfahrung kann nicht ohne den Begriff eines kommunizierten, von verschiedenen Subjekten ›geteilten‹ Sinnes gedacht werden« (Habermas 1984a: 58). Die Individuen werden also nicht als Monaden angesehen, die sich untereinander nur beobachten können, sondern als einfühlungsfähige Wesen, die wechselseitig ein Grundmaß an Gemeinsamkeit unterstellen und auf dieser Basis zur Interaktion befähigt sind. Auf der Basis wechselseitiger Interpretationen von ebenfalls wechselseitig aufeinander bezogenen Handlungen ist nach Habermas eine Koordination von Handlungen möglich, die ergänzend zu den ansonsten in der Soziologie

25 Vgl. auch Krämer (2001: 74), die Kommunikation bei Habermas bezeichnet als »[...] eine Keimzelle sozialer Interaktion, deren Strukturprinzip nicht Macht, vielmehr Vernunft ist.«

unterschiedenen Handlungsarten des strategischen bzw. instrumentellen Handelns zu betrachten ist: das kommunikative Handeln.

»Der Begriff des *kommunikativen* Handelns schließlich bezieht sich auf die Interaktion von mindestens zwei sprach- und handlungsfähigen Subjekten, die (sei es mit verbalen oder extraverbalen Mitteln) eine interpersonale Beziehung eingehen. Die Akteure suchen eine Verständigung über die Handlungssituation, um ihre Handlungspläne und damit ihre Handlungen einvernehmlich zu koordinieren« (Habermas 1981a: 128, Hervorh. im Orig.).

Die soziale Beziehung zwischen den Teilnehmern, die inhaltlich zunächst nicht bestimmt sein muss, gründet also auf einer Orientierung an Verständigung, die Habermas allgemein als »telos« von Kommunikation ansieht. Ziel der Kommunikation ist letztlich, neben den eventuell mit der Kommunikation verfolgten Zielen, die Verständigung zwischen den an der Kommunikation Beteiligten. Verständigung ist dabei auch Grundlage von Kommunikation, denn ohne Verständigung kann es keine Kommunikation im eigentlichen Sinn dieses Begriffs geben (wohl aber: Aneinandervorbeireden, Missverständnisse etc., die für Habermas als pathologische Kommunikation anzusehen sind). Insofern lässt sich gar nicht präzise sagen, Verständigung sei Ziel der Kommunikation, da sie genauso Voraussetzung ist. Sie ist konstitutiv für die Kommunikation so wie die Regeln des Spiels bei Wittgenstein konstitutiv sind für das Spiel selbst. »Denn der Sinn von Rede überhaupt besteht offensichtlich darin, dass sich mindestens zwei Sprecher/Hörer über etwas verständigen. Dabei unterstellen sie, dass die Verständigung, soweit sie eine erzielen, einen gültigen Konsens herbeiführt« (Habermas 1984a: 104).²⁶

Mit der Orientierung auf Verständigung hin ist kein emphatischer Begriff des Verstehens gemeint, denn das Verstehen des Interpreten bezieht sich primär auf die kommunikativen Akte selbst, nicht aber auf die Intentionen, die ein Sprecher eventuell darüber hinaus mit seiner Äuße-

26 Gegen diese Sichtweise von Verständigung als telos der Kommunikation wehrt sich Bader mit dem Argument, Sprechen sei immer in außersprachliche Handlungsabsichten eingebunden und die Verständigung diesen untergeordnet (Bader 1985: 362). Allerdings ist metatheoretisch anzumerken, dass die Soziologie die möglichen Einsichten in die soziale Funktion von Kommunikation verschenken würde (die außer Habermas insbesondere Mead und Goffman betont haben), wenn sie sich allein auf eine Analyse der Handlungsstrukturen beschränkte. In der Tat ist aber das Verhältnis von Handlung und Kommunikation im Begriff des kommunikativen Handelns nicht zufriedenstellend geklärt.

nung verfolgt.²⁷ So kann ein Akteur einen Befehl in seiner kommunikativen Funktion als Befehl verstehen, auch wenn er ihn vielleicht nicht befolgen will. Verständigung dient also der Etablierung einer gemeinsamen Basis, auf der Kommunikation erst möglich wird, nicht darüber hinausgehender Akzeptanz. Wohl aber ist dazu eine Interpretation notwendig, die Intersubjektivität voraussetzt, also die Fähigkeit, sich in den anderen Akteur hineinzuversetzen und dessen Perspektive zumindest prinzipiell nachvollziehen zu können. Luhmann wählte bekanntlich in seiner Kommunikationstheorie ebenfalls den Begriff des Verstehens, für den bei ihm jedoch keine Interpretation notwendig (und auch nicht möglich) ist, sondern der allein auf der Grundlage wechselseitiger Beobachtung und der Reaktion Kontingenz Kommunikation ermöglichen soll (vgl. dazu Luhmann 1986).

Die Orientierung an Verständigung unterscheidet das kommunikative Handeln von den anderen sozialen Handlungsarten, gleichzeitig verdeutlicht sie, dass diese Handlungsform bei Habermas nicht parallel zu den anderen situiert ist, sondern diesen zugrunde liegt (vgl. Habermas 1981a: 388; Schützeichel 2004: 228). Denn nur auf der Basis von in diesem Sinne gelingender Kommunikation können andere Arten sozialen Handelns überhaupt erst erfolgen. Sie sind auf das Trägermedium Kommunikation angewiesen, das die grundlegende Beziehung zwischen den Individuen herstellt. Anders gesagt, ist all jenes Handeln, das eine Manipulation der sozialen Welt darstellt, also nicht der objektiven Umwelt oder der Psyche eines Individuums, auf die Kooperation anderer Akteure angewiesen. Denn außer im Grenzfall der Einwirkung durch Gewalt auf die Körper lassen sich Individuen nur unter der Voraussetzung eines grundlegenden – nicht notwendigerweise emphatischen (s. oben) – Einverständnisses zu bestimmten Verhaltensweisen oder Handlungen motivieren.²⁸

In der Fortsetzung der oben zitierten Erläuterung des kommunikativen Handelns greift Habermas die Bedeutung von Interpretation auf, die er nicht nur aus der hermeneutischen Tradition, sondern ebenso aus der Tradition des symbolischen Interaktionismus und der Ethnomethodologie bezieht:²⁹ »Der zentrale Begriff der *Interpretation* bezieht sich in

27 Vgl. zum hermeneutischen Hintergrund dieser Abgrenzung auch W. L. Schneider 1996: 264.

28 Damit ist das Einverständnis als notwendige, nicht aber unbedingt hinreichende Bedingung für die Motivation zu Handlungen ausgewiesen. Vgl. dazu unten die Diskussion über die motivierende Kraft kommunikativen Handelns.

29 Habermas bezieht sich auf Mead und Garfinkel mit der Bemerkung, diese hätten dem Begriff des kommunikativen Handelns zu »paradigmatischer

erster Linie auf das Aushandeln konsensfähiger Situationsdefinitionen. In diesem Handlungsmodell erhält die Sprache, wie wir sehen werden, einen prominenten Stellenwert« (Habermas 1981a: 128, Hervorh. im Orig.). Entgegen der zuerst vorgenommenen Betonung auch extravverbaler Mittel wird hier deutlich, dass sprachlich vermittelte Kommunikation in der Theorie Habermas' die zentrale Rolle spielt. Habermas beschränkt sich auf sprachlich vermittelte Kommunikation mit dem von Searle übernommenen Argument, alle nichtsprachlichen Äußerungen ließen sich letztlich darauf zurückführen (sogenanntes »Prinzip der Ausdrückbarkeit«, vgl. Searle 1971: 34; Habermas 1984a: 12 sowie Habermas 1981a: 400, 441ff.). Vor diesem Hintergrund erscheint es konsequent, den Ausgangspunkt für die kommunikationstheoretische Fundierung der Sozialtheorie in der Sprachtheorie zu suchen.

Sprache, Sprechakt, diskursive Kommunikation³⁰

Die Ausrichtung auf Sprache als intersubjektiv verbindendes Element zwischen Akteuren und gleichzeitig auf Kommunikation als einen Typus des Handelns schließt von vornherein eine Kommunikationstheorie aus, die Kommunikation als Austausch zwischen Akteuren begreift, wie sie paradigmatisch im Container- oder Boten-Modell der Kommunikation verwirklicht ist.³¹ Ebenso wendet sich Habermas gegen Theorien, die von den Intentionen der Sprecher ihren Ausgang nehmen (Habermas 1981a: 370ff.). Diese betrachten Kommunikation wesentlich als zielgerichtetes Handeln von Individuen, was die von Habermas hervorgehobene Differenz zwischen strategischem und kommunikativem Handeln gerade verwischt. Habermas versucht stattdessen, die beim Kommunizieren von den Sprechenden implizit verwendeten Regeln und die zugrunde gelegten Voraussetzungen des Sprechens rational zu rekonstruieren (vgl. Habermas 1984b: 363ff.). Damit ist gemeint, dass aus der Analyse konkreten Sprachgebrauchs auf die Voraussetzungen zurückgeschlossen werden soll. Dabei orientiert sich Habermas vor allem an zwei theoretischen Vorgängern, dem Organonmodell von Karl Bühler (1934), das von der Funktion sprachlicher Zeichen ausgeht, und der Sprechakttheorie nach John Searle (1971), die den Handlungscharakter des Sprechens in den Vordergrund rückt. Die spezifische Kombination der beiden The-

Bedeutung« für die sozialwissenschaftliche Theoriebildung verholphen (Habermas 1981a: 129).

30 In Anlehnung an den Buchtitel von Krämer (2001), der die Argumentationsfolge dieses Abschnitts passend wiedergibt.

31 Habermas 1981a: 373. Vgl. als Übersicht zu diesen Modellen auch Krippendorf 1994.

orien, in der zugleich die Sprache als logisches System stark in den Mittelpunkt gerückt wird und dennoch Kommunikation als Handlung verstanden wird, macht Habermas' Kommunikationstheorie speziell für eine soziologische Theorie der Gesellschaft interessant.

Während Bühler noch das sprachliche Zeichen isoliert betrachtete und nach seiner Bedeutung fragte, geht es Habermas um komplexere Einheiten der Kommunikation, die in systematischen Zusammenhängen stehen (Habermas 1981a: 372ff.). Wie die Sprechakttheorie rückt er die Aussage als elementare Einheit in den Vordergrund. Eine weitere Verschiebung besteht darin, dass Habermas weniger nach der Funktion der kommunikativen Symbole fragt, sondern nach ihrer Bedeutung: Wie kann eine Aussage verstanden werden? Dabei hält Habermas allerdings, im Unterschied zu den vorwiegend an semantischen Fragen interessierten Sprachtheorien, an Bühlers an die Semiotik erinnernde Trias der Dimensionen der Verwendung von Sprache fest, dem symbolischen (Bezug auf Gegenstände), symptomatischen (Ausdruck von Innerlichkeit) und signalhaften Charakter (Appell an den Hörer).

Habermas' Fokus liegt dabei auf Äußerungen mit Bezug auf Gegenstände rein sozialen Charakters, die nur in der Kommunikation entstehen und auch nur in dieser Bestand haben. Deren Existenz ist erklärungsbedürftig: Wie schaffen Menschen in der Kommunikation quasi-objekt-hafte Gegenstände, also die Art von sozialen Tatsachen, die schon Durkheim ins Zentrum der Soziologie rückte? Für Habermas muss sich dieses eigentümliche Phänomen durch Rückgriff auf die Kommunikation, also auf Sprache klären lassen, denn in der Sprache müssen sich die sozialen Tatsachen etablieren und verankern lassen, und aus der Sprachverwendung heraus muss sich ihre Funktion der Verständigung erschließen lassen.

Im Gefolge des damals aktuellen Trends der Sprechakttheorie betont Habermas insbesondere den pragmatischen Aspekt von Sprache, also die Handlungsdimension. Mit jeder Äußerung sagt ein Sprecher demnach nicht nur etwas aus, sondern vollzieht gleichzeitig auch eine Handlung. Durch ein Versprechen etwa geht ein Akteur allein aufgrund einer sprachlichen Äußerung ein Verpflichtungsverhältnis gegenüber dem Vertragspartner ein. Ebenso kann auch eine Behauptung als Handlung rekonstruiert werden, nämlich als Aufstellen einer Behauptung des jeweiligen Inhalts. Diesen Bezug von Sprache und Handlung versucht Habermas, soziologisch fruchtbar zu machen.

An der sprachlichen Kommunikation interessiert sich Habermas für einen bestimmten Typus, der für ihn allerdings zugleich die universale Grundlage sprachlicher Kommunikation darstellt, nämlich Aussagen mit einer propositional-performativen Doppelstruktur. Damit ist gemeint,

dass sich an einer Aussage immer zwei Aspekte unterscheiden lassen: ein auf Gegenstände der objektiven Welt bezogener (propositionaler Aspekt) und ein auf die Beziehungsebene der Teilnehmer an Kommunikation bezogener (performativer Aspekt). Wenn ein Akteur beispielsweise sagt: »Draußen regnet es«, dann macht er damit nicht nur eine Aussage über das Wetter (Proposition), sondern stellt zugleich eine Behauptung auf (Sprechakt). In einer formalen Struktur ausgedrückt, stellt sich diese Äußerung, die zunächst als reine Proposition erscheint, demnach so dar: I(p). I steht dabei für die Illokution, also die mit der Äußerung verbundene Sprechhandlung, in diesem Fall eine Feststellung bzw. Behauptung. P steht für die eigentliche Aussage, die aber sozusagen geklammert wird durch die Illokution. Das heißt selbst eine so einfache Aussage wie die, dass es regne, wird von den Hörern nicht als Information aufgenommen und verarbeitet, sondern als von einem Sprecher in einer bestimmten Form mitgeteilte Information verstanden.

Die Klammer veranschaulicht, dass sich in der Kommunikation die beiden Ebenen nicht trennen lassen. Es gibt also keine objektive Informationsübertragung, sondern diese ist immer durch einen Mitteilungsaspekt gekennzeichnet.³² Andererseits gibt es auch keine reine Mitteilung, diese hat immer bestimmte Inhalte als Bezugspunkt. Beide Aspekte, die Habermas auch als den kognitiven und kommunikativen Sprachgebrauch kennzeichnet, sind also notwendig miteinander verschränkt:

»Der kommunikative Sprachgebrauch setzt ebenso sehr den kognitiven, durch den wir über propositionale Gehalte verfügen, voraus; wie auch umgekehrt der kognitive Gebrauch den kommunikativen voraussetzt, weil assertorische Sätze nur in konstativen Sprechhandlungen verwendet werden können. Eine Kommunikationstheorie der Gesellschaft muss, obgleich sie sich unmittelbar auf Sedimentierungen und Erzeugnisse des kommunikativen Sprachgebrauchs richtet, der kognitiv-kommunikativen Doppelstruktur der Rede gerecht werden« (Habermas 1984a: 81).

Mit dieser Zweiteilung von Äußerungen legt Habermas allerdings die Grundlage für eine Zwei-Welten-Theorie der Kommunikation, deren Problematik uns später noch beschäftigen wird.

Wie bereits Searle legt auch Habermas den Schwerpunkt auf die Illokution, den kommunikativen Aspekt. In der Illokution verortet er die

32 Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass es sich beim Akt des Mitteilens nicht um eine Form der Kodierung im Sinne des Kommunikationsmodells von Shannon und Weaver (1976) handelt. Vielmehr stellt das Mitteilen eine komplexere Interaktion dar, an deren erfolgreichem Zustandekommen sowohl Sender als auch Empfänger beteiligt sind.

sozialen Bindungskräfte, die der Kommunikation zugeschrieben werden, und zeigt damit die Fruchtbarkeit der Sprechakttheorie für die Soziologie auf. Mit jeder Illokution verbunden sind nämlich bestimmte Geltungsansprüche, die von den Hörern anerkannt werden müssen, damit die Sprechhandlung als erfolgreich gelten kann. Soll mit der Aussage »Draußen regnet es« beispielsweise eine Behauptung aufgestellt werden, dann muss der Geltungsanspruch der Wahrhaftigkeit anerkannt werden. Nur wenn die Hörer dem Sprecher abnehmen, dass er tatsächlich meint, was er sagt, können sie die Aussage als Behauptung verstehen und nicht etwa als Aprilscherz. Entsprechend ist die Akzeptanz von Geltungsansprüchen die Bedingung dafür, dass Sprechhandlungen in ihrer kommunikativen Funktion wirksam werden können, dass also zum Beispiel Informationen übertragen, Verträge eingegangen oder Liebesbekenntnisse abgegeben werden können. Da sowohl Sprecher als auch Hörer sich für eine gelingende Kommunikation auf akzeptable Geltungsansprüche verständigen müssen, schafft die Illokution eine soziale Bindung zwischen beiden (Habermas 1984a: 80f.).

In der Belegung der Illokution mit Geltungsansprüchen ist Habermas' genuine kommunikationstheoretische Leistung zu sehen. Er verbindet an dieser Stelle die Sprechakttheorie, die den Charakter der Illokutionen als Handlungen zwischen Akteuren hervorgehoben hatte, mit der noch weiterreichenden Kommunikationstheorie von Bühler unter dem Aspekt der Bedeutung und des Verstehens, also des (intersubjektiven) Sinns. Bühlers Organonmodell der Kommunikation weist, wie bereits bemerkt, dem sprachlichen Zeichen in seiner Rolle als Mittel der Verständigung zwischen Kommunikationspartnern drei Funktionen zu: eine symbolische, eine symptomatische und eine signalhafte Funktion.

Unter Rückgriff auf diese Theorie wendet Habermas die sprachphilosophische Semantik, die die Bedeutung eines Satzes als Gültigkeit bestimmter Wahrheitsbedingungen bestimmt hatte, von ihrer Fokussierung auf assertorische Sätze hin zu einer »Universalpragmatik«. Dazu macht er den Vorschlag,

»die *illokutionäre* Rolle nicht als eine *irrationale* Kraft dem geltungsbegründenden propositionalen Bestandteil gegenüberzustellen, sondern als diejenige Komponente zu begreifen, die spezifiziert, *welchen* Geltungsanspruch ein Sprecher mit seiner Äußerung erhebt, *wie* er ihn erhebt und *für was* er ihn erhebt« (Habermas 1981a: 375f., Hervorh. im Orig.).

Die Bedeutung einer Aussage bemisst sich – wie in der philosophischen Bedeutungstheorie – an der Gültigkeit bestimmter Bedingungen, die nun allerdings nicht ausschließlich die Wahrheit betreffen, sondern den gan-

zen Umfang der von Bühler mit seinen drei Funktionen umrissenen Aspekte.

Für das Aufbrechen des bedeutungstheoretischen Wahrheitsbezugs nimmt Habermas die Drei-Welten-Theorie von Popper in Anspruch. Hatte dieser plausibel gemacht, dass sich ontologisch nicht alle Phänomene auf die objektive Welt der materiellen Gegenstände reduzieren lassen, sondern daneben auch Elemente des subjektiven Empfindens und sozial geteilte kulturelle Elemente objektivierbar sind, so wendet Habermas dieses Weltbild kommunikationstheoretisch. Für ihn »bilden die Welten insgesamt ein in Kommunikationsprozessen gemeinsam unterstelltes Bezugssystem. [...] Sprecher und Hörer handhaben ein System von *gleichursprünglichen Welten*« (Habermas 1981a: 126, Hervorh. im Orig.). Die Geltung, die in der Kommunikation unterstellt wird, lässt sich demnach ebenfalls in die drei Bezugsbereich der Welt existierender Sachverhalte,³³ der subjektiven Welt und der intersubjektiven Welt untergliedern. Anders herum betrachtet, erhebt ein Sprecher mit einer Äußerung bestimmte Geltungsansprüche, wobei die Illokution Aufschluss darüber gibt, auf welche der Welten sich diese Ansprüche beziehen, also welche Art von Geltung beansprucht wird.

Die möglichen Bezüge lassen sich noch einmal mit den jeweiligen Arten von Handlungen zusammenfassen, wobei auch der Bezug zu den drei Funktionen sprachlicher Zeichen nach Bühler deutlich wird (vgl. die Übersicht in Habermas 1981a: 439):

- Der Bereich der materiellen und sozial existierenden Tatsachen. Für diesen ist die Unterscheidung von Sein und Schein relevant, ohne die nicht verständnisorientiert über die objektive Welt gesprochen werden kann. In diesem Bereich beanspruchen die Sprecher Wahrheit für ihre Aussagen. Dieser Bereich lässt sich auf Bühlers symbolische Funktion von Sprache beziehen, da hier Aussagen für objektive Tatsachen der realen Welt stehen. Bei Handlungen, die sich auf diesen Bereich beziehen, spricht Habermas von teleologischem Handeln.
- Der Bereich der innerlichen Welt, der Empfindungen. Für diesen müssen Sprecher wie Hörer zwischen Wesen und Erscheinung unterscheiden können, also die Wahrhaftigkeit von Äußerungen beur-

33 Bei Habermas umfasst diese die ganze objektive Welt im Unterschied zur rein materiellen wie bei Popper. Poppers Kulturwelt wird bei Habermas also grundlegend anders aufgeteilt in die Tatsachen (objektive Welt) und die Sollenssachen (soziale Welt). Habermas begründet diese Abweichung damit, dass Elemente des »objektiven Geistes«, also der dritten Welt in Poppers Terminologie, sich durchaus unter dem Aspekt der Wahrheit diskutieren lassen, wohingegen sich andere Elemente, nämlich die »nicht-kognitiven Bestandteile der Kultur«, sich nur unter dem Aspekt der Sollensgeltung beurteilen lassen (Habermas 1981a: 124 und ff.).

teilen können. Daher spricht Habermas vom Geltungsanspruch der Wahrhaftigkeit, der sich mit Bühlers Ausdrucksfunktion der Sprache verbinden lässt, da hier Aussagen die subjektiven Gefühle von Individuen wiedergeben. Handlungen mit Bezug auf die innerliche Welt werden als dramaturgisches Handeln bezeichnet.

- Der Bereich der normativen Welt, des intersubjektiven Umgangs mit anderen. Hier geht es um die Unterscheidung des Seins vom Sollen, also um die Frage, was normativ richtig ist. Handlungen, die sich auf diesen Bereich beziehen, stellen normenreguliertes Handeln dar. Aussagen über die normative Welt erheben den Geltungsanspruch der normativen Richtigkeit. Dieser Bereich entspricht der Signalfunktion der Sprache bei Bühler, also der Einwirkung auf andere Akteure mittels sprachlicher Aussagen.

Die kommunikative Welt lässt sich in diese drei Bereiche aufteilen, und entsprechend unterscheidet Habermas auch alle kommunikativen Phänomene danach, auf welchen der drei Bereiche sie sich beziehen. Die Orientierung an Verständigung wird zuweilen als vierter Bereich hinzugefügt, so wie das kommunikative Handeln als viertes Handlungsmodell gilt. Allerdings ist diese Form der Orientierung korrekterweise auf einer anderen Ebene zu situieren als die anderen drei Bereiche, da sie die Möglichkeit von Kommunikation überhaupt betrifft und nicht Orientierung innerhalb der Kommunikation (Habermas 1981a: 143). Das kommunikative Handeln liegt nach Habermas als Bedingung der Möglichkeit von Kooperation überhaupt den anderen Handlungsarten in einem konstitutiven Sinn zugrunde.

Mit der komplizierten, ganz unterschiedliche theoretische Traditionen einbeziehenden und verbindenden Argumentation spannt Habermas einen Bogen von Bühlers grundlegendem Kommunikationsmodell über die sprachanalytische Philosophie bis hin zur Sprechakttheorie. Es ist diese Verbindung von Sprachtheorien, die sein Modell der Kommunikation für die Soziologie besonders interessant macht. Der Begriff des kommunikativen Handelns als besonderer Form der Sozialität drückt zum einen den Anspruch aus, einen grundlegenden Modus der sozialen Integration gefunden zu haben, er belegt zum anderen aber auch, dass sich die Soziologie kommunikationstheoretisch fundieren lässt, dass Kommunikation in der Tat die »Keimzelle sozialer Interaktion« (Krämer) darstellen kann. Auch wenn man dem ersten Anspruch skeptisch gegenüber stehen kann, bleibt der zweite unbestritten folgenreich in der Entwicklung der soziologischen Theorie.

Für unsere Fragestellung nach der politischen Funktion öffentlicher Diskurse ist dabei besonders ein Aspekt relevant, der zwar in den bereits

erwähnten Gedanken impliziert ist, jedoch noch nicht genügend hervorgehoben wurde. Er hat seinen Grund in Habermas' spezifischer Interpretation der Popper'schen Drei-Welten-Theorie, auf die wir hier noch einmal zurückkommen. Während Popper die dritte Welt allgemein als Sphäre der sozial konstituierten Begriffe ansieht, unterscheidet Habermas feiner zwischen diesen Begriffen als vorgegebenem Horizont von Kommunikation und als thematisierter Gegenstand einer reflexiven Betrachtung (vgl. Habermas 1981a: 123f.). Im ersten Fall handelt es sich um die Elemente der kulturellen Lebenswelt. Im zweiten Fall dagegen wird diese Lebenswelt selbst Gegenstand der Diskussion, sie wendet sich also reflexiv auf sich selbst, sofern Akteure mit den kommunikativen Mitteln der Lebenswelt diese zum Thema machen, sie reflektieren und hinterfragen. Aus dieser Unterscheidung ergibt sich in Verbindung mit der Differenzierung der kommunikativen Bezugssysteme und der Theorie der Geltungsansprüche das Konzept diskursiver Kommunikation. Denn der Diskurs ist diejenige Kommunikationsform, in der sich die Kommunikation reflexiv auf sich selbst wendet, in der Geltungsansprüche nicht ohne weiteres als fraglos hingennommener Horizont der Lebenswelt akzeptiert werden, sondern kritisch hinterfragt und in einem gesonderten Kommunikationsprozess zum Thema gemacht werden. Aus der Unterscheidung von Lebenswelt und objektiver Welt wird die Unterscheidung von unproblematischem kommunikativem Handeln und diskursiver Kommunikation. Beide beruhen auf der Kraft von Illokutionen innerhalb von Sprechakten, allerdings im einen Fall hinsichtlich ihrer quasi selbstverständlichen Geltung, im anderen gerade hinsichtlich ihrer Problematisierung.

»Wir haben bisher zwei Formen der Kommunikation (oder der ›Rede‹) unterschieden: *kommunikatives Handeln* (Interaktion) auf der einen Seite, *Diskurs* auf der anderen Seite. Dort wird die Geltung von Äußerungen naiv vorausgesetzt, um Informationen (handlungsbezogene Erfahrungen) auszutauschen; hier werden problematisierte Geltungsansprüche zum Thema gemacht, aber keine Informationen ausgetauscht« (Habermas 1984a: 122, Hervorh. im Orig.).

Mit dieser Herleitung der kommunikationstheoretischen Basis der Diskurstheorie können wir uns nun der Frage widmen, inwiefern die normativ postulierten Bedingungen von Diskursen kommunikationstheoretisch begründet sind.

Kommunikative Voraussetzungen von Diskursen

Diskurse sind in Habermas' Theorie definiert als eine »durch Argumentation gekennzeichnete Form der Kommunikation [...], in der problematisch gewordene Geltungsansprüche zum Thema gemacht und auf ihre Berechtigung hin untersucht werden« (Habermas 1973: 130). Ihre Funktion ist daher metakommunikativ – sie lösen mit den Mitteln der Kommunikation Probleme, die in der Kommunikation entstanden sind. Bei diesen Problemen handelt es sich um Verständigungsprobleme, der Diskurs zielt auf einen »wahren« Konsens über in der Kommunikation geäußerte Geltungsansprüche ab. Im Unterschied zum »falschen« Konsens, bei dem die Kommunikationsteilnehmer das Geäußerte zwar faktisch akzeptieren, es im Falle einer Überprüfung aber revidieren müssten, übersteht der »wahre« Konsens kritische Anfechtungen im Diskurs und gewährt die Rationalität von Kommunikation. »Einen vernünftigen Konsens, so haben wir gesagt, erzielen wir in Diskursen« (Habermas 1984a: 114).

Ein Diskurs kommt also in Gang, wenn Äußerungen in ihren Geltungsansprüchen problematisiert werden. In ihm bringen die Sprecher argumentativ Begründungen für ihre Äußerungen vor. Entsprechend der möglichen Geltungsansprüche der Wahrheit, der Wahrhaftigkeit und der normativen Richtigkeit können folgende Typen von Diskursen unterschieden werden: Im theoretisch-empirischen Diskurs geht es um den Anspruch der Wahrheit. Aussagen über die objektive Welt werden gerechtfertigt, die Gültigkeit von theoretischen Gesetzen steht zur Diskussion. Der praktische Diskurs dreht sich um die Annahme oder Ablehnung von normativen Richtlinien. Durch den Austausch von Argumenten, die die Ansprüche unterstützen, wird ein rationales Einverständnis über deren Rechtmäßigkeit erzielt, das sich als »zwangloser Zwang des besseren Arguments« auf alle am Diskurs Beteiligten auswirkt und den Konsens mit der Kraft einer rationalen Motivation ausstattet, die sich wiederum auf die ursprüngliche Äußerung auswirkt. Ein Diskurs über Fragen der Wahrhaftigkeit, also mit Bezug auf Gegenstände der subjektiven Welt, ist im eigentlichen Sinn nicht möglich, da sie nur dem äußernden Individuum zugänglich sind. Hier kann sich erst im weiteren Verlauf der Interaktion anhand der Konsistenz folgender Äußerungen bzw. Handlungen zeigen, inwiefern ein entsprechender Geltungsanspruch gerechtfertigt ist oder nicht (vgl. Habermas 1983: 69).³⁴

34 Habermas spricht im Übrigen auch von der ästhetischen bzw. therapeutischen »Kritik«. Im Unterschied zu theoretischen und praktischen Diskursen zielt sie allerdings nicht unbedingt auf einen Konsens der Beteiligten ab (z. B. Habermas 1983: 115).

Auch wenn Habermas in späteren Schriften seinen Diskursbegriff ausweitet und neben dem praktischen Diskurs, der lange im Zentrum seiner moralphilosophischen Arbeiten stand, stärker die Unterschiede zwischen spezialisierten Diskursen hervorhebt (vgl. z. B. Habermas 1985: 393),³⁵ bleibt für seinen Diskursbegriff die Fundierung im Begriff der Intersubjektivität charakteristisch, also der Bezug auf Sprache als verbindendes Element (Schöttler 1997: 136). Thema des Diskurses ist die normale Kommunikation, genauer die Gültigkeit der dabei aufgestellten Ansprüche. Sowohl die Problematisierung von Äußerungen als auch die Rechtfertigung dieser durch Argumentation sind dem Diskurs vorbehalten, sie markieren den Übergang von der einen kommunikativen Form zur anderen. Dem Diskurs kommen somit zwei Funktionen der Reflexion zu: die Thematisierung bestimmter Äußerungen bzw. der in diesen erhobenen Geltungsansprüche und die Kritik dieser Ansprüche. Durch die Möglichkeiten diskursiver Kommunikation kann die Verständigung auch in Fällen von problematisierten Geltungsansprüchen hergestellt werden.

Diese verständigungssichernde Fähigkeit von Diskursen liegt nicht in spezifischen Festlegungen der Verwendungsweise von Illokutionen oder der Kommunikationsinhalte. Das Besondere an Habermas' Vorschlag zur Lösung von Verständigungsproblemen ist die strikt prozeduralistische Fassung. Denn einen Diskurs einzugehen bedeutet zunächst nichts anderes, als dass sich die Kommunikation mit sich selbst beschäftigen muss, reflexiv werden muss, und dies in einer genauer bestimmten Form, nämlich der Argumentation. Die besondere Form und ihre Anwendungsbedingungen stellen letztlich, also im Fall von Konflikten, die Verständigung zwischen Interaktionspartnern sicher, ganz so wie im Fall öffentlicher Diskurse diese Form und die Bedingungen die Legitimität und Rationalität der Meinungsbildung herstellen. Und diese Formen und Bedingungen sind es auch, die Habermas meint, durch seine Diskursethik begründen zu können (im Unterschied zu Apel, Rawls und anderen, die auch inhaltliche Grundnormen zu begründen versuchen, vgl. Habermas 1983: 96).

Als Problem bei der Begründung stellt sich zunächst der zirkuläre Bezug von Diskursen auf Kommunikation und von Kommunikation wiederum auf Diskurse dar. Kommunikatives Handeln ist auf Diskurse angewiesen als Möglichkeit, die Bedeutung von Äußerungen und ihre Geltungsbedingungen zu klären. Diskurse sind ihrerseits darauf ange-

35 An dieser Stelle nähert sich Habermas dem wissenssoziologischen Diskursbegriff an, was für sein sonstiges Werk allerdings eine Ausnahme darstellt.

wiesen, dass die Klärung strittiger Geltungsansprüche kommunikativ erfolgen kann, das kommunikative Handeln also zumindest in großen Teilen weiter reibungslos verläuft (vgl. Habermas 1996a: 53). Habermas schließt dabei die Eröffnung einer dritten oder noch höherstufigeren Ebene aus, auf der die Ansprüche des Diskurses überprüft werden, also einen gesondert zu behandelnden »Diskurs über Diskurse«. Solche Metadiskurse wären ja selbst wieder Diskurse und stünden damit wieder auf der gleichen Ebene:

»Einen Diskurs können wir nicht führen, ohne zu *unterstellen*, dass die Bedingungen für das Eintreten in einen Diskurs schon erfüllt sind; nachdem wir aber diese Unterstellung gemacht haben, ist der Diskurs darüber, ob wir diese Voraussetzung zu Recht vornehmen, sinnlos. Auf der Ebene des Diskurses kann es eine Trennung von Diskurs und dem externen Standort eines Diskursbeobachters nicht geben« (Habermas 1984a: 118, FN 90).³⁶

Dann aber ist erst recht nicht ganz klar, wie Habermas den Zirkel von Kritik und Anspruch bzw. den infiniten Regress der steten Überprüfung der Überprüfung der Überprüfung usw. auflösen will.

Das grundlegende Problem scheint in der Trennung von illokutionärem und propositionalem Aspekt als zwei zu trennender Aspekte von Kommunikation zu liegen, die sich entsprechend gegeneinander stellen lassen. An einer Stelle sagt Habermas, Diskurse seien »Veranstaltungen mit dem Ziel, kognitive Äußerungen zu begründen« (Habermas 1984a: 114). Dann aber wären sie (aufgrund der Gleichsetzung von kognitiven Äußerungen mit dem propositionalen Gehalt, s. oben zur kognitiv-kommunikativen Doppelstruktur der Rede) allein auf den propositionalen Aspekt von Aussagen beschränkt, wonach Habermas' Konzeption von Äußerungen mit einer Doppelstruktur keinen Sinn mehr haben würde. Allerdings ist diese Charakterisierung durchaus symptomatisch für die frühe Charakterisierung der »Theorie des kommunikativen Handelns« Anfang der 1970er Jahre. Denn sie zeigt die Problematik der Zwei-Welten-Annahme von propositionalem und illokutionärem Aspekt auf. Zur Verständigung nötig ist letztlich ein wahrer Konsens über den illokutionären Teil, der sich für Habermas als Zustimmung zu den mit der Äußerung verbundenen Geltungsansprüchen bestimmt. Damit der Konsens ein wahrer ist, und nicht nur ein möglicherweise wahrer, müssen die Geltungsansprüche problematisiert werden. Dann werden sie selbst zu propositionalen Aspekten, nämlich zu Behauptungen, die über-

36 Wohl aber gibt es *innerhalb* der Ebene des Diskurses unterschiedliche Ebenen der Reflexion, zwischen denen die Kommunikation wechselt. Vgl. Habermas 1973: 176.

prüft werden können. Das Problem ist nun, dass mit der Behauptung der Geltungsansprüche – jetzt als Propositionen – erneut auch illokutionäre Aspekte ins Spiel kommen, nämlich die mit der Erhebung der Geltungsansprüche der ersten Aussage erhobenen Geltungsansprüche. Und diese können wiederum nur durch einen Diskurs geklärt werden, in dem aber wieder illokutionäre Aspekte zum Tragen kommen usw. Ein Zirkel ist mit dieser Konzeption offenbar unvermeidbar.

Habermas' Ausweg aus diesem Zirkel liegt letztlich darin, den Zirkel zum Prinzip zu erheben. Eine wesentliche Rolle spielt dabei der Begriff der »idealen Sprechsituation«. Gemeint ist eine Vorstellung von »reiner« Kommunikation (Habermas 1984a: 125), in der nur die Vernunft regiert und der Selbstzweck der Verständigung der einzige Sinn der Kommunikation ist. Äußere Einflüsse sind nicht zugelassen, sie würden die Kommunikation systematisch verzerren.³⁷ So charakterisiert Habermas die »ideale Sprechsituation« als Situation,

»in der die Kommunikation nicht nur nicht durch äußere kontingente Einwirkungen, sondern auch nicht durch Zwänge behindert wird, die sich aus der Struktur der Kommunikation selbst ergeben. Die ideale Sprechsituation schließt systematische Verzerrung der Kommunikation aus. Nur dann herrscht ausschließlich der zwanglose Zwang des besseren Arguments, der die methodische Überprüfung von Behauptungen sachverständig zum Zuge kommen lässt und die Entscheidung über praktische Fragen rational motivieren kann« (Habermas 1984a: 119f.).

Zwar gibt es auch reale Akteure, die an dieser Art von Kommunikation teilnehmen, diese sind aber gleichsam den typischen realweltlichen Bedingungen enthoben: Sie verfolgen keine eigennützigen Interessen und sie unterliegen nicht Beschränkungen von Raum und Zeit. Strukturelle Merkmale der Kommunikation sind insofern aufgehoben, als sie den freien Fluss der Argumentation behindern könnten. So steht z. B. die Anforderung der Sequenzialität von Sprechakten der Möglichkeit entgegen, alle Geltungsansprüche wechselseitig kritisieren zu können, auch für die Rollenaufteilung in Sprecher und Hörer gilt dies.

»Die ideale Sprechsituation soll dadurch bestimmt sein, dass jeder Konsens, der unter ihren Bedingungen erzielt werden kann, per se als vernünftiger Kon-

37 Vgl. Wenzel 2001: 52: »Eine Verständigungsorientierung, die den Hörer unmittelbar, intrinsisch zum Akzeptieren von Geltungsansprüchen und zur Übernahme der implizierten moralischen Obligation bringt, ist tatsächlich nur auf der Basis einer völlig kontextunabhängigen – das heißt wesentlich äußerungsfähigen, deklarierbaren und deshalb kritisierbaren – Illokution denkbar« (Hervorh. im Orig.).

sens gelten darf. Meine These heißt: Der Vorgriff auf eine ideale Sprechsituation gibt allein Gewähr dafür, dass wir mit einem faktisch erzielten Konsensus den Anspruch des vernünftigen Konsenses verbinden dürfen; zugleich ist dieser Vorgriff ein kritischer Maßstab, an dem jeder faktisch erzielte Konsensus auch in Frage gestellt und daraufhin überprüft werden kann, ob er ein zureichender Indikator für wirkliche Verständigung ist« (Habermas 1984a: 118f.).

Habermas erhebt für eine ideale Sprechsituation also nicht den essentialistischen Anspruch, mit dem etwa Niklas Luhmann seine Ausführungen über soziale Systeme beginnt. Er behauptet nicht, dass eine ideale Sprechsituation an irgendeinem Ort oder zu irgendeiner Zeit in der Welt einmal vorgekommen sei. Das ist für sein Argument auch nicht weiter relevant. Die Möglichkeit einer solchen Situation (und diese wird in der Tat von Habermas behauptet) und die Vorstellbarkeit durch die kommunizierenden Akteure sind genug. Die ideale Sprechsituation ist insofern Grundlage des Diskurses, als genau diese Unterstellung dem Diskurs zugrunde liegt: Im Diskurs gehen die Teilnehmer von einer idealen Sprechsituation aus, und durch den Diskurs wird eine ideale Sprechsituation verwirklicht. Demnach fallen Diskurs und ideale Sprechsituation weitgehend in eins.³⁸

Mit den Bedingungen der Kommunikation, die in der idealen Sprechsituation ausgedrückt sind, kommen wir zum Kern unserer Fragestellung zurück: Wie laufen Kommunikationsprozesse in Diskursen ab? Die ideale Sprechsituation benennt dazu Prozessbedingungen der Kommunikation als normative Forderung (vgl. Habermas 1973: 177ff. sowie Habermas 1981a: 47ff.). Dazu muss eine »symmetrische Verteilung der Chancen« gegeben sein, Sprechakte zu wählen und auszuführen, aus der sich »Forderungen nach Gleichverteilung« dieser Chancen ableiten lassen (Habermas 1973: 177). Zu den Bedingungen gehören, dass Teilnehmer – jeweils unter Bedingungen der Chancengleichheit – jederzeit Diskurse eröffnen und perpetuieren können, dass sie Geltungsansprüche er-

38 Habermas relativiert die Bedeutung des Konzepts der idealen Sprechsituation in einem späteren Beitrag, einer Replik auf Kommentare zu »Faktizität und Geltung«, drastisch, wenn er sagt, es habe »nur in der Wahrheitstheorie seinen Platz« gehabt (Habermas 1996c: 389). Damit scheint er auch die Verbindung von Diskurs und normativen Bedingungen der Kommunikation aufbrechen zu wollen. Allerdings existiert unseres Wissens kein alternatives Konzept, das er an diese wichtige Schnittstelle seiner Theorie gesetzt hätte, weshalb die Argumentation nur unter Rückgriff auf das Konzept der idealen Sprechsituation nachvollzogen werden kann. Diese Sichtweise wird auch von anderen Forschern geteilt wie z. B. Steenbergen et al. (2003: 44, EN 5), die sich für eine empirische Operationalisierung der diskurstheoretischen Annahmen auf das Konzept der idealen Sprechsituation beziehen.

heben und Äußerungen auf ihre Geltungsansprüche hin hinterfragen können (»Redegleichheit«, Habermas 1973: 178), dass sie ihre Einstellungen, Wünsche und Gefühle zum Ausdruck bringen können, was der Sicherstellung von reziproker Anerkennung und von individueller Wahrfähigkeit dienen soll, und dass sie in den Möglichkeiten der wechselseitigen Einflussnahme (durch Macht oder andere Arten) gleichgestellt sind (damit sich diese Regeln auch im Diskussionsprozess niederschlagen können). Diese Bedingungen umschreiben den »erfahrungsfreien und handlungsentlasteten Kommunikationsbereich des Diskurses« (Habermas 1973: 178).

Es muss also von den Teilnehmern an einem Diskurs vorausgesetzt werden,

»dass die Struktur ihrer Kommunikation, aufgrund rein formal zu beschreibender Merkmale, jeden (sei es von außen auf den Verständigungsprozess einwirkenden oder aus ihm selbst hervorgehenden) Zwang – außer dem des besseren Argumentes – ausschließt (und damit auch alle Motive außer dem der kooperativen Wahrheitssuche ausschaltet)« (Habermas 1981a: 48).

Zu diesen prozeduralen Gesichtspunkten kommen noch die bereits erwähnten prozeduralen Bedingungen, dass die Beteiligten eine hypothetische Einstellung annehmen und kooperativ und mit Argumenten am Diskurs teilnehmen müssen. Von der Seite der Produkte des Diskurses, also der Argumente selbst, sind ferner logisch-semantische Bedingungen einzuhalten, auf die hier allerdings nicht weiter eingegangen werden muss, weil sie sich aus der Forderung der logischen Konsistenz der Sprachverwendung ergeben.³⁹

Diese Bedingungen werden von Habermas zwar primär philosophisch begründet, nämlich transzendentalpragmatisch durch Verweis auf die performativen Widersprüche, in die man sich verstricken würde, wenn man an einem anderen Begriff von »Überzeugen« festhalten wolle (vgl. Habermas 1983: 96ff., s. dazu unten S. 84). Unserer Überzeugung nach sind diese Bedingungen letztlich aber in Habermas' Theorie der Kommunikation fundiert, und können durch diese sowohl begründet als auch kritisiert werden. Insbesondere eröffnet dieser Bezug auch die Möglichkeit eines Abgleichs mit empirischen Beobachtungen von Kommunikation, wie er von Habermas selbst betont wird (vgl. Habermas 1983: 102), allerdings unter Berücksichtigung des Status kontrafaktischer Annahmen (s. dazu unten).

39 Ansonsten könnte Sprache weder als Konvention noch als Logos funktionieren.

Ein Bezug der Diskursbedingungen zu den kommunikationstheoretischen Annahmen ergibt sich vor allem durch das Argument, das kommunikative Handeln stelle einen »Originalmodus« des Sprachgebrauchs dar (Habermas 1981a: 388). So gesteht Habermas zwar ein, dass Kommunikation faktisch nicht immer den Bedingungen des reinen kommunikativen Handelns, also der Verständigungsorientierung, genügt. Diese Orientierung ist allerdings in der »Selbstgenügsamkeit des illokutionären Aktes« (Habermas 1981a: 389) erkennbar, in dem sich die Intention allein auf die Bedeutung der Mitteilung richtet, nicht aber auf darüber hinaus verfolgte Ziele. Wer kommuniziert, zielt immer darauf ab, verstanden zu werden, sonst wäre Kommunikation nicht vorstellbar. Wird ein Sprecher nicht verstanden, dann ist die Kommunikation nicht erfolgreich verlaufen, die Handlung wird nicht vollendet. Darüber hinausgehende Intentionen und Ziele sind nun darauf angewiesen, dass die Kommunikation erfolgreich verläuft, da sie als Mittel zum Erreichen des Zwecks dient. Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: Jemand, der schwindelt, um den Hörer zu einem Verhalten zu bewegen, ist für den Erfolg seines Schwindels darauf angewiesen, dass die Kommunikation zunächst in ihrer eigentlichen Bedeutung verstanden wird, also gerade nicht als Schwindel, sondern als aufrichtige Äußerung. Dieses Abhängigkeitsverhältnis der anderen Handlungsarten vom kommunikativen Handeln ist von Habermas mit dem Argument des Originalmodus angesprochen.⁴⁰

An dieser Stelle der Unterscheidung von kommunikativen (Illokution) und außerkommunikativen Wirkungen (Perlokution) erfordert die Sprachtheorie in ihrer traditionellen Form eine Entscheidung: Entweder man konzentriert sich auf die sprachliche Form von Äußerungen, dann bewegt man sich auf dem Feld der Grammatik und der Semantik. Diese beschäftigen sich mit der Frage, wie eine wohlformulierte Äußerung im Hinblick auf ihren Inhalt beschaffen sein muss. Die Frage der Verwendung sprachlicher Äußerungen in sozialen Kontexten wird dagegen von der Pragmatik behandelt. Habermas referiert nun zunächst zwei sprachtheoretische Positionen, an denen sich seine schließliche Entscheidung, die letztlich auf interessante Weise quer zu dieser Aufteilung liegt, gut darstellen lässt.

Die eine Position ist die von Wittgensteins neuerer Theorie der Sprachspiele. Wittgenstein interessiert Sprache weniger in ihrem logischen Gehalt, sondern in ihrer natürlichsprachlichen Verwendung. Dass

40 Neben der bereits erwähnten Kritik von Bader (s. oben, FN 51) an dieser Auszeichnung des kommunikativen Handelns bestehen auch bei Schnädelbach (1986: 24) Zweifel an der Stichhaltigkeit von Habermas' in der »Theorie des kommunikativen Handelns« angeführten Begründung.

Sprache sich auf Logik reduzieren lasse, so haben Wittgensteins Überlegungen nach der Publikation des »tractatus logico-philosophicus« ergeben, erweist sich als nicht weiterbringende Annahme. Denn dann landet der Philosoph bei einer logischen Abhandlung, die allerdings nicht mehr mit der natürlichen Sprache verbunden ist. Demnach gibt es also einen grundsätzlichen und trennenden Unterschied zwischen logischen und natürlich-sprachlichen Ausdrücken, der sich nicht überwinden lässt.⁴¹ Dagegen verfolgt Wittgenstein in seinen »Philosophischen Untersuchungen« ein Programm der Charakterisierung von Sprache als Praxis, die zwar regelgeleitet erfolgt, zu der sich aber die Regeln nicht ohne weiteres explizieren lassen, weil sie wiederum an die Praxis gebunden sind. Sprache wird also als Praxis verstanden, wodurch Kommunikation eng an den pragmatischen Aspekt von Sprache gebunden wird – was von Habermas auch in der Weise aufgenommen wird, dass er seine Argumentation darauf stützt, dass Sozialität und Kommunikation eine enge interne Verbindung und wechselseitiges Aufeinanderangewiesensein aufweisen.

Die andere Position ist die von Chomsky, genauer dessen Ansatz zu einer »generativen Grammatik«, der sich, wie der Name schon andeutet, dem grammatikalischen Aspekt von Sprache, also der Regelhaftigkeit der Erzeugung von Ausdrücken widmet. Während Wittgenstein sich vor allem für den performativen Aspekt des Sprechens interessiert,⁴² geht es Chomskys Ansatz gerade um den propositionalen Aspekt. Für ihn versucht er die Regeln zu rekonstruieren, nach denen sich propositionale Äußerungen von kompetenten Sprechern aufstellen lassen. Es geht ihm um eine kognitive Theorie des – letztlich genetisch festgelegten – Sprachvermögens, das es dem Menschen relativ unabhängig von seinen konkreten Erfahrungen im Zuge der Sozialisation ermöglicht, Sprachfähigkeit zu erwerben. Das Sprachvermögen, bzw. die sprachliche Kompetenz in der Terminologie Chomskys, wird dabei als dynamisches Regelsystem vorgestellt, auf dessen Grundlage mit Hilfe von Operationen die sprachlichen Formen und Strukturen erzeugt werden. Dieses Regelsystem umfasst z. B. grammatisches Wissen, Diskurswissen, sowie die Wörter und Register eines Sprachverwenders. Der Unterschied zwischen Chomsky und (dem späteren) Wittgenstein liegt also zum einen in dem Fokus, den sie auf Kommunikation richten (pragmatischer vs. propositi-

41 Vgl. dazu auch Krämer, die Wittgenstein anführt als ersten Autor derjenigen, »die mit den Grundlagen des intellektualistischen Sprachkonzeptes brechen« (Krämer 2001: 109).

42 Erst von Habermas wird dieser Aspekt auf die Illokution begrenzt, zu dem eigentlich auch die Perlokutionen, also die Effekte des Geäußerten bei den Hörern zählen.

onaler Aspekt), zum anderen in ihrem Verständnis von Regelmäßigkeit (für Wittgenstein ist die Regel unhintergebar, für Chomsky lässt sie sich rekonstruieren durch die wissenschaftliche Analyse).

Habermas schlägt sich angesichts dieser Situation der Sprachphilosophie nun nicht auf eine der beiden Seiten, sondern versucht eine vermittelnde Position einzunehmen. Er übernimmt von Wittgenstein die Einsicht, dass es keinen Sinn hat, von einem individualisierten Akteur zu sagen, er folge in seinem Verhalten Regeln, da sich dies in einer monadisch vorgestellten Situation gar nicht zeigen lasse. Stattdessen, so Habermas, ist zu folgern, »dass ich selber nicht sicher sein kann, ob ich einer Regel folge, wenn nicht eine Situation besteht, in der ich mein Verhalten der *Kritik eines anderen* aussetzen und mit diesem einen *Konsens* herbeiführen kann« (Habermas 1984a: 65). Ebenfalls nimmt er den konstitutiven Charakter auf, der nach Wittgenstein in der Verwendung sprachlicher Äußerungen, der Sprachspiele, liegt, dass sie ihren Sinn nicht irgendwo außerhalb ihrer selbst finden, sondern ihn selbst erschaffen und konstituieren: »Es liegt vielmehr im Begriff des Spieles, dass sein Zweck allein darin bestehen kann, ein Spiel, vielleicht ein langweiliges oder ein spannendes Spiel, ein Glücksspiel oder ein Geschicklichkeitsspiel, ein Einpersonen- oder ein Mehrpersonenspiel, aber eben stets ein Spiel zu sein« (Habermas 1984a: 72). Entsprechend heißt es über sprachliche Kommunikation: »So können wir die Sprache nicht als eine Einrichtung auffassen, die einem bestimmten Zweck, etwa dem der Verständigung dient; denn im Begriff der Verständigung liegt bereits der Begriff der Sprache« (Habermas 1984a: 73).

In der Frage nach der Art des Regelsystems, das für die Sprachverwendung vorausgesetzt wird, weicht Habermas jedoch von Wittgensteins Vorschlag ab, den Begriff des Spiels als Modell zu benutzen:

»Das Spielmodell lenkt den Blick des Analytikers auf eingebaute sprachlich vermittelte Interaktionen. Wittgenstein vernachlässigt die eigentlich linguistische Dimension der Regeln, nach denen Wortketten generiert werden, zugunsten der pragmatischen Dimension der Regeln, nach denen Kommunikationen zwischen Sprechern zustande kommen« (Habermas 1984a: 68f.).

Für Habermas ist das Spiel als Modell für Sprache zu stark auf den rein pragmatischen Aspekt von Sprache bezogen. Die kommunikativen, also sprachpragmatischen Regeln sieht Habermas als objektivierbare, erkennbare Formen an, die nach einem ähnlichen Muster wie die grammatikalischen Regeln der generativen Grammatik gedacht werden müssen. Der Spielbegriff für Sprache sei verfehlt, man müsse sie vielmehr »ernstnehmen« (Habermas 1984a: 73). Habermas sieht eine »privilegier-

te Rolle des kognitiven Sprachgebrauchs« (Habermas 1984a: 79), die den Weltbezug der Sprache herstellt. Ein solcher Weltbezug, also der Verweis von Sprache auf einen Inhalt jenseits der reinen Tatsache, dass kommuniziert wird, schwächt allerdings gerade wieder den intersubjektiven, auf die sozialitätsstiftende Funktion von Sprache orientierten Aspekt von Sprache, der mit Wittgenstein so prominent in den Blick gerückt wurde und der ihn für Habermas ja gerade so attraktiv macht. Wir werden diese Diskussion am Ende der Arbeit wieder aufgreifen.

Habermas' Kritik und Abgrenzung gegenüber Wittgenstein konzentriert sich in dem Vorwurf, dieser habe zwar den Fokus der Sprachtheorie von Sätzen auf Äußerungen verlegt, also vom propositionalen Aspekt von Sprache auf den performativen, es jedoch versäumt, eine allgemeine Theorie im Sinne einer Grammatik dieser Äußerungen aufzustellen, wie sie Chomsky mit der generativen Grammatik für die Regeln der Satzbildung aufgestellt hat. Habermas akzeptiert zwar die Verschiebung der Perspektive auf den performativen Aspekt von Sprache, nicht jedoch Wittgensteins von Chomsky grundsätzlich verschiedene Charakterisierung des Regelbegriffs. Für ihn besteht die Herausforderung darin, eine letztlich generativ vorgestellte Grammatik der sprachlichen Performanz zu entwickeln, also die für die Verwendung von Sprechhandlungen von jedem Sprecher zu befolgenden Regeln zu identifizieren – ganz ähnlich wie Chomskys generative Grammatik mit ihrem Begriff der Sprachkompetenz.

Diese Theorie ist die von ihm entwickelte »Universalpragmatik«. Sie »dient der Nachkonstruktion des Regelsystems, das ein kompetenter Sprecher beherrschen muss, wenn er jenes Postulat (der Gleichzeitigkeit von Kommunikation und Metakommunikation) soll erfüllen können. Dieser Qualifikation möchte ich den Ausdruck ›kommunikative Kompetenz‹ vorbehalten« (Habermas 1984a: 91). Habermas steht also dem Programm von Chomsky sehr viel näher als dem von Wittgenstein, und er verallgemeinert dessen Ansatz von der rein grammatikalischen Betrachtung von Sprache auch auf sprachpragmatische Fragen, auf den illokutionären Aspekt von Sprache.

In seiner sprachtheoretischen Verortung orientiert sich Habermas insgesamt stärker an Chomskys Ansatz, weil die Entscheidung für eine Analyse der Regeln der Produktion von Illokutionen der grundlegenden Annahme von Wittgenstein widerspricht, dass diese Regeln gerade nicht analytisch beschreibbar sind. Insofern kann sich Habermas nur wesentlich eklektizistischer auf Wittgenstein beziehen als er dies explizit deut-

lich zu machen bereit ist.⁴³ Eine weitere implizite Abkehr von Wittgenstein besteht im Festhalten an Äußerungen als Grundbestandteil von Kommunikation. Damit reduziert Habermas die Vielfalt kommunikativer Äußerungen auf eine einzige sprachliche Form: I(p), die zwar in Argumentationen ihre Berechtigung als Standardmodell haben mag, bei der aber fraglich scheint, inwiefern sie als Modell für Kommunikation überhaupt tragfähig ist. So lassen sich sowohl einfache Gesten als auch komplexere Texte wohl nur schwerlich auf diese Form hin reduzieren bzw. analysieren.⁴⁴ Diese Reduktion bleibt nicht nur implizit, sie erschwert auch eine Untersuchung von Kommunikation als Praxis, die unterschiedliche Formen annehmen kann (und deren unterschiedliche Formen auch jeweils eigene Bedeutung haben) und zeugt ebenfalls von Habermas' Abwendung von einem an Wittgenstein orientierten Programm.⁴⁵

Aus der Anlehnung an Chomskys Vorstellung einer generativen Grammatik, die für alle Teilnehmer an Kommunikation qua ihrer anthropologischen Voraussetzungen als gleich angenommen werden kann, ergibt sich die Bedeutung der Sprechakttheorie für die Diskursbedingung, aufrichtig und ernsthaft zu argumentieren. Denn so wie Chomsky von einem geteilten Regelwissen bezüglich der Grammatik ausgeht, nimmt Habermas ein geteiltes Regelwissen in Bezug auf die Verwendung von Illokutionen an. Damit dieses in Verständigung münden kann, müssen die Teilnehmer sich aber auch an diese Regeln halten.

Alle weiteren Faktoren, die die Verwendung von Illokutionen beeinflussen könnten, sind in Habermas' Diskurstheorie als verzerrende Faktoren negativ bewertet. Habermas vertraut in Bezug auf die Sicherung von Verstehen nicht sozialen Konventionen oder individuellen Intentionen, wie Austin oder Grice es getan haben (vgl. Habermas 1981a: 399), sondern legt die Bürde der Verständigung zum einen in die authentisch geführte Argumentation, die letztlich Kriterien der Logik folgt, zum anderen in die Prozedur der Kritik, die Habermas in der Tradition des Fal-

43 Deutlicher wird seine Ablehnung von Wittgensteins Ansatz allerdings in den »Philosophisch-politischen Profilen« (vgl. Habermas 1971:141ff.).

44 Vgl. auch Krämers Kritik: »Doch beerbt die Auszeichnung des Argumentierens als Basisphänomen von Kommunikation nicht gerade die Tradition einer Hypostasierung der apophantischen Rede? In diese Richtung deutet auch die ungebrochene Bewahrung einer auf den Satz zentrierten Sprachbetrachtung, mit dem Unterschied nur, dass der Satz jetzt die Form einer Äußerung annimmt« (Krämer 2001: 89f.).

45 Übrigens wendet Bora die Differenz von Chomsky und Wittgenstein ganz ähnlich als Interpretationsfolie auf Foucaults Diskurstheorie und den darin enthaltenen Regelbegriff an – und wirft diesem vor, trotz offensichtlicher Orientierung an Wittgenstein im Grund doch der strukturalistischen Theorie Chomskys verhaftet zu bleiben (Bora 2005: 8).

sifikationismus von Peirce über Mead bis Popper betont und die von den Teilnehmern am Diskurs grundlegend akzeptiert und zumindest potentiell ausgefüllt werden muss (wodurch sich die motivationalen Komponenten der Bedingungen erklären). Entsprechend stellt die Sprechakttheorie die eine Komponente der kommunikationstheoretischen Begründung der Bedingungen von Diskursen dar (fundiert im Konzept der Lebenswelt als gemeinsam geteiltem Bezugsraum), die andere ist in der Wissenschaftstheorie des Falsifikationismus zu sehen.⁴⁶

Hinterfragen wir die unterschiedlichen Bedingungen für Diskurse noch einmal unter diesem Gesichtspunkt, dann wird durch den Schleier der kommunikationstheoretischen, also sprechakttheoretischen Begründung hindurch eine wissenschaftstheoretische Argumentation deutlich, die von Habermas kongenial auf das Bezugsfeld Kommunikation und damit das Soziale insgesamt verallgemeinert wird. So greift Habermas in Bezug auf die Bedingung der Argumentativität als Form der diskursiven Kommunikation stark auf Gedanken von Peirce zurück,⁴⁷ wenn er davon ausgeht, dass sich Bedeutung analog zur Wahrheit als Kenntnis der Bedingungen von Gültigkeit ergibt. Denn dann erscheint es sinnvoll, diese Geltungsansprüche argumentativ zu kritisieren bzw. reflektieren und dabei einer pragmatisch verstandenen Logik als Richtschnur zu vertrauen. Denn es geht weniger um die logische Konsistenz als vielmehr um die rationale Motivation zur Annahme von Geltungsansprüchen, darum, »dass die Betroffenen *einsehen*, was in ihrer aller gemeinsamen Interesse liegt« (Habermas 1983: 82, Hervorh. im Orig.). Daraus ergibt sich, dass argumentative Auseinandersetzungen öffentlich durchgeführt werden sollen (damit alle Gründe sichtbar werden), dass sie interaktiv verfahren (dass also Gründe nicht nur genannt, sondern auch kritisiert wer-

46 Daher erscheint uns auch eher als der juristische Prozess der akademische, auf die Wahrheitssuche spezialisierte Diskurs als das eigentliche Vorbild und Modell der Diskurstheorie. Vgl. Habermas 1981a: 39, wo der praktische Diskurs explizit nach dem theoretischen modelliert wird: »Das Medium, in dem diese negativen Erfahrungen [Fehlschläge, Widerlegung von Hypothesen, Scheitern von Interventionen, St. A.] produktiv *verarbeitet* werden können, ist der *theoretische Diskurs*, also die Form der Argumentation, in der kontroverse Wahrheitsansprüche zum Thema gemacht werden. Im moralisch-praktischen Bereich verhält es sich ähnlich. [...] Das Medium, in dem hypothetisch geprüft werden kann, ob eine Handlungsnorm, sei sie nun faktisch anerkannt oder nicht, unparteiisch gerechtfertigt werden kann, ist der *praktische Diskurs*, also die Form der Argumentation, in der Ansprüche auf normative Richtigkeit zum Thema gemacht werden« (Habermas 1981a: 39).

47 Allerdings meist implizit, vgl. die sporadischen Bezugnahmen in Habermas 1991b.

den) und dass die vorgebrachten Gründe allein an ihrer Einsichtigkeit gemessen werden (Rationalität).⁴⁸

Was die Forderung nach einer Einbeziehung aller Betroffenen angeht (zuletzt bei Habermas 2007b: 434 vertreten), begründet sich diese vor allem durch die von Mead propagierte Notwendigkeit wechselseitiger Perspektivenübernahme.

»Unparteiliche Urteilsbildung drückt sich mithin in einem Prinzip aus, das *jeden* im Kreise der Betroffenen zwingt, bei der Interessensabwägung die Perspektive *aller anderen* einzunehmen. Der Universalisierungsgrundsatz soll jenen *universellen Rollentausch* erzwingen, den G. H. Mead als »ideal role-taking« oder als »universal discourse« beschrieben hat« (Habermas 1983: 75).

Ein solcher universeller Rollentausch kann eben nicht allein hypothetisch erfolgen, vielmehr müssen in einem Diskurs faktisch die unterschiedlichen Positionen unter den Teilnehmern vertreten sein. Denn erst aus der Kooperation im Diskurs, aus der gemeinsamen Kommunikation, ergibt sich der gewünschte Lerneffekt aus der Konfrontation der eigenen Ansichten mit denen anderer Teilnehmer unter Bedingungen wechselseitig aufeinander bezogener Stellungnahmen der Kritik und Begründung.

»Wenn [...] moralische Argumentationen ein Einverständnis dieser Art produzieren sollen, genügt es nicht, dass sich ein Einzelner überlegt, ob er einer Norm zustimmen könnte. Es genügt nicht einmal, dass alle Einzelnen, und zwar jeder für sich, diese Überlegung durchführen, um dann ihre Voten registrieren zu lassen. Erforderlich ist vielmehr eine »reale« Argumentation, an der die Betroffenen kooperativ teilnehmen. Nur ein intersubjektiver Verständigungsprozess kann zu einem Einverständnis führen, das reflexiver Natur ist: nur dann können die Beteiligten wissen, dass sie sich gemeinsam von etwas überzeugt haben« (Habermas 1983: 77f.).

Daraus ergibt sich jene Ablehnung allein monologischer oder auch repräsentativer Diskurse, die im Kontext einer vor allem semantisch ausgerichteten Kommunikationstheorie zunächst eigentümlich anmutet.⁴⁹

48 Vgl. zu Argumentativität auch Habermas 1981a: 44-71, Habermas 1992a: 276ff.

49 Es geht dabei gerade nicht um die allgemeine Zustimmung aller Beteiligten im Sinne einer Normenbefolgung, sondern vielmehr um eine Normenbegründung (vgl. die Auseinandersetzung mit Tugendhat in Habermas 1983: 84). Ausführlich hat sich Wingert (1993) mit der Frage der Einbeziehung aller Betroffenen und ihrer Unvertretbarkeit in Diskursen auseinandergesetzt.

Zwar sind alle Betroffenen als Teilnehmer an Diskursen zugelassen und auch notwendig, gleichzeitig müssen sie aber bestimmte Bedingungen erfüllen, die sich auf ihre Einstellung gegenüber dem Diskurs beziehen. Neben der bereits diskutierten Argumentativität, die sich auch auf der Ebene der Teilnehmer einfordern lässt, ist dies vor allem eine kritische Einstellung. Kommt es nämlich zu einem Diskurs, wie z. B. in den typischen Fällen ungeklärter normativer Konflikte, dann müssen die Teilnehmer motiviert sein, alle Äußerungen zu hinterfragen und den Diskurs zumindest so lange weiter zu treiben, bis die grundlegenden Fragen geklärt sind, und nicht bereits bei einem eventuell »falschen Konsens« frühzeitig abbrechen. Darin ähneln die als ideal vorgestellten Teilnehmer den von Popper vorgestellten Wissenschaftlern, die nicht eher ruhen, bis sie bestimmte theoretische Aussagen durch Falsifikation widerlegt haben. Die Teilnehmer müssen dabei zugleich die eigenen Ansprüche verteidigen und die ihres Gegenübers kritisieren. Aus dieser Kombination von Eigeninteresse und dem Sich-Aussetzen gegenüber den anderen Teilnehmern speist sich die Dynamik von Diskursen. Wenn einer dieser motivationalen Faktoren allerdings wegfällt, macht sich dies der Theorie nach auch negativ im Diskurs bemerkbar, der seiner Aufgabe nicht mehr nachkommen kann (vgl. dazu auch Habermas 1973: 131).⁵⁰

Die Besonderheit von Habermas' sozialtheoretischem Beitrag liegt in der Verknüpfung der Frage der intersubjektiven Verständigung mit der Frage der Geltung, die nach dem Modell der Bedeutungstheorie gestellt wird. Erst das Zusammenkommen von Kommunikation – als unproblematisch ablaufendem Interaktionsprozess – und Diskurs – als faktisch oder hypothetisch ablaufender Kritik und Rechtfertigung von Kommunikation mit den Mitteln der Kommunikation – verschafft der Kommunikation die Kraft, soziale Beziehungen zu etablieren und zu gestalten, und legt dadurch die Grundlage der Theorie des kommunikativen Handelns. Die Sprechakttheorie allein bleibt noch stark auf den sprachlich-semantischen Aspekt von Kommunikation beschränkt, so dass sie nicht in der Lage ist, das soziologische Interesse an den performativen Effekten von Kommunikation, also an ihrer Kraft, die Welt zu

50 Habermas kritisiert an der republikanischen Demokratietheorie, dass sie »den demokratischen Prozess von *Tugenden* gemeinwohlorientierter Staatsbürger abhängig macht« (Habermas 1996b: 283, Hervorh. im Orig.), genau das aber kann man auch ihm vorwerfen, denn ohne den Willen, sich auf den Diskurs einzulassen, funktioniert der demokratische Prozess auch bei ihm nicht. Entsprechend gesteht Habermas auch ein, dass die Vernunftmoral auf die Unterstützung durch Sozialisationsprozesse sowie ein institutionalisiertes Rechtssystem angewiesen ist (Habermas 1992a: 146, Hervorh. im Orig.).

verändern, in ausreichendem Maße zu befriedigen. Während Searle sich daher auf eine Theorie der Sprache beschränkt, gelingt es Austin nur durch die zusätzliche Berücksichtigung der Rolle von Institutionen zu erklären, wie sich »mit Worten Dinge tun lassen«. Habermas stellt eine derart soziologisch gewendete Sprechakttheorie durch Einbeziehung der pragmatischen Philosophie und der Wissenschaftstheorie auf ein solideres Fundament. Allerdings fehlt in unserem bisherigen Nachvollzug dieser Argumentationslinie noch die Überwindung des Zirkels, den wir in der engen und wechselseitigen Verbindung von Kommunikation und Diskurs, von Sprechakten und ihrer Kritik durch die Diskursgemeinschaft, festgestellt haben.

Habermas hat diesen Zirkel erkannt und versucht, ihn ins Positive zu wenden: Damit die Bedingungen der idealen Sprechsituation eine Antwort auf das Problem des Zirkels von Kommunikation und Kritik geben können, müssen sie als kontrafaktische Unterstellungen eingeführt werden. Es ist also nicht notwendig, dass die Bedingungen faktisch in einem Diskurs realisiert sein müssen, damit dieser als solcher fungieren kann. Vielmehr

»sollen die Diskursregeln [...] nur besagen, dass die Argumentationsteilnehmer eine annähernde und für den Argumentationszweck hinreichende Erfüllung der genannten Bedingungen *unterstellen* müssen, gleichviel ob und in welchem Maße diese Unterstellung im gegebenen Fall *kontrafaktischen Charakter* hat oder nicht« (Habermas 1983: 102, Hervorh. im Orig.).

Solange die Möglichkeit einer Erfüllung der Bedingungen der idealen Sprechsituation und der Durchführung reiner kommunikativer Diskurse gegeben sind, können diese schon als regulative Idee wirksam werden und der Kommunikation so weit Schranken setzen, dass Verständigung stattfinden kann. Denn im Hintergrund der sozusagen »unreinen« Kommunikation lauert für jeden Sprecher stets die Möglichkeit, in seinen Geltungsansprüchen hinterfragt und zur Angabe von Gründen aufgefordert zu werden, die dann allein auf ihre rationale Überzeugungskraft hin überprüft werden. Daher ist es für jeden Sprecher geraten, nur solche Geltungsansprüche zu erheben, die er gegebenenfalls auch einlösen kann. Und auch wenn sich nicht jeder Sprecher auf dieses Verfahren einlässt, besteht durch die grundsätzliche Möglichkeit »reiner« diskursiver Kommunikation ja immer noch die Möglichkeit, Missverständnisse und »falschen Konsens« zu identifizieren und zu klären. Habermas geht also von *kontrafaktischen* Annahmen aus, deren Einforderung zwar in der aktuellen Kommunikation *suspendiert* bleibt, jedoch von den Teilnehmern an Kommunikationsprozessen *präsupponiert* werden müssen.

Diese Argumentationsstrategie mündet in zwei Pointen der Diskurstheorie. Zum einen können damit normativ Bedingungen gelingender Kommunikation angegeben werden, die zwar einen utopischen Charakter haben, wenn sie an den realiter gegebenen Bedingungen gemessen werden, wohl aber einen kritischen Vergleichsmaßstab bieten. Zum anderen kann sich auf diese Argumentation die Begründung für die diskursethischen und später auch demokratietheoretischen Folgerungen stützen, die Habermas aus der Theorie des kommunikativen Handelns entwickelt und die insbesondere für sein späteres Werk bestimmend sind.⁵¹

In diesem Zusammenhang ist als zweite Argumentationsfigur auch der Begriff des »performativen Widerspruchs« zu nennen, den Habermas von Karl-Otto Apel übernimmt und in der Begründung der Diskursethik anwendet. Ein performativer Widerspruch tritt laut Habermas dann ein, wenn ein Sprecher durch seine Sprechhandlung die damit getätigte Aussage konterkariert (vgl. Habermas 1983: 90). Als Beispiel lässt sich an einen Redner denken, der seine Ausführungen mit der Behauptung beginnt, sich kurz fassen zu wollen. Seine geäußerte Intention steht in offensichtlichem Widerspruch zur unnötigen Einleitung, und dieser Widerspruch wird durch die Ausführung der Sprechhandlung offenbar.

Die Formel vom performativen Widerspruch wird nun in der Begründung der Diskursethik dergestalt verwendet, dass jeder, der sich auf Argumentationen einlässt, die Gültigkeit der Argumentationsform als solcher anerkennen muss, da sonst seine Argumente nicht ernst zu nehmen wären. Bereits an dieser Stelle wird eine weitere, noch zu problematisierende Grundlage der Theorie Habermas' deutlich, auf die bei schwacher eigener theoretischer Begründung einiges Gewicht gelegt wird: die Annahme, dass die Teilnehmer an Argumentationen bzw. an Kommunikation allgemein immer bereits Teil einer Gemeinschaft sind und dass die Infragestellung bestimmter Grundlagen (der Kommunikation etwa) eine Infragestellung der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft impliziert (vgl. z. B. den Dialog mit dem Skeptiker in Habermas 1983: 109f.). Dieses Argument, dass sich an unterschiedlichen theoretischen Vorläufern wie Peirces Gemeinschaft der Forschenden, Meads sozialen Grundlagen der Ethik und Wittgensteins lebensweltlichem Konsens der Sprachspiel-Formen orientiert, geht bei Habermas ins Konzept der Lebenswelt ein, auf dessen Problematik im Zusammenhang mit der Kommunikationstheorie wir ebenfalls noch zurückkommen.

51 Allerdings wird dadurch nicht die Kommunikationstheorie begründet, vielmehr beruht die Argumentation immer auf kommunikationstheoretischen Annahmen und kann entsprechend von diesen her kritisiert werden.

Kritische Diskussion des Modells

Die normativen und politischen Implikationen von Habermas' Fassung des Diskursbegriffes sind nun offensichtlich:

»Diese Bestimmungen [der idealen Sprechsituation, St. A.] interpretieren sich wechselseitig und definieren zusammengenommen eine Lebensform, in der alle öffentlich relevanten Fragen nach der Maxime behandelt werden, einen Diskurs zu führen, wobei unterstellt werden muss, dass sich, wann immer wir in dieser Absicht eine Kommunikation aufnehmen und nur lange genug fortsetzen würden, ein Konsensus ergeben müsste, der als ein vernünftiger Konsensus zählen dürfte« (Habermas 1984a: 121f.).

Die Interpretation der Habermas'schen Diskurstheorie als eines ethischen Programms, also einer Reflektion über die Bedingungen der Möglichkeit praktischer Vernunft, liegt daher nahe und lässt die Kritik am Kommunikationsmodell und an den Unwahrscheinlichkeiten bzw. der faktischen Unmöglichkeit einer idealen Sprechsituation nebensächlich erscheinen. Demnach geht es der Diskurstheorie um eine Letztbegründung der Ethik aus Prinzipien vernünftiger Kommunikation heraus. Doch diese Interpretation ist vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen einseitig und würde Habermas' Anspruch auf eine allgemeine Sozialtheorie sicher nicht gerecht werden. So sagt er über das Verhältnis von idealen und realen Bedingungen der Kommunikation: »Das normative Fundament sprachlicher Verständigung ist mithin beides: antizipiert, aber als antizipierte Grundlage auch wirksam« (Habermas 1984a: 125). Das heißt es geht ihm keineswegs allein um eine Letztbegründung der Ethik, sondern durchaus um die Grundlagen von Kommunikation und Verständigung.⁵²

Wenn aber die über eine rein normative Theorie hinausgehenden Ansprüche untersucht werden, stolpern wir stets über die Ungereimtheiten, dass der Wechsel von Kommunikation zu Diskurs sozusagen im

52 Dass diese Lesart nicht auf die frühe Formulierung der kommunikationstheoretischen Soziologie beschränkt ist, zeigen Habermas' Bemerkungen zur Spannung zwischen Faktizität und Geltung: »Das ideale Moment der Unbedingtheit ist tief in die faktischen Verständigungsprozesse eingelassen, weil Geltungsansprüche ein Janusgesicht zeigen: als Ansprüche schießen sie über jeden Kontext hinaus; zugleich müssen sie hier und jetzt erhoben sowie akzeptiert werden, wenn sie ein koordinationswirksames Einverständnis tragen sollen – denn dafür gibt es keinen Null-Kontext. Die Universalität der behaupteten rationalen Akzeptabilität sprengt alle Kontexte, aber nur das verbindliche Akzeptieren vor Ort macht die Geltungsansprüche zu Schienen, über die eine kontextgebundene Alltagspraxis gleiten kann« (Habermas 1992a: 37).

luftleeren Raum stattfinden muss, dass die ideale Sprechsituation zwar als Grundlage von Kommunikation vorgestellt werden kann, dass diese Supposition aber keineswegs so zwingend ist wie von Habermas geltend gemacht (vgl. auch die Kritik von Wenzel/Hochmuth 1989, s. unten). Daher stellt sich als zweite Interpretationsmöglichkeit die der Unterscheidung von zwei Modi der Kommunikation: des normalen Kommunizierens und des diskursiven, also reflexiven. Dann haben wir es in beiden Fällen mit empirisch beobachtbaren Phänomenen zu tun, es sollte sich also auch im Diskurs beobachten lassen, inwieweit in diesem tatsächlich die Haltung der Kritik eingenommen und unvoreingenommen dem besseren Argument die Dominanz überlassen wird.

Eine solche Interpretation findet sich z. B. bei Peters (1994; vgl. auch Elster 1986; Saretzki 1996), auf sie wird später noch Bezug genommen. Auch diese Interpretation ist jedoch einseitig, da sie immer vom niemals erreichbaren Ideal ausgeht und die Empirie nur vor dieser Negativfolie betrachten kann. Auch kann das auslösende bzw. ermöglichende Element, das den Wechsel zwischen den Modi möglich macht, nicht hinreichend erklärt werden. In dieser Interpretation verliert die Theorie ihre normative Kraft zugunsten einer Anwendbarkeit auf die reale Welt. Beide Interpretationen können letztlich nicht voll zufriedenstellen, und wir werden im Weiteren sehen, ob sich noch andere Möglichkeiten finden lassen.

Die kritische Diskussion der Diskurstheorie lässt sich für die hier interessierende Fragestellung unter folgende Aspekte gliedern: Zunächst geht es um die durch den Einbau bzw. die Weiterführung der Sprechakttheorie aufkommenden Probleme (a), darunter das Problem der Trennung von Illokution und Perlokution bzw. der Abgrenzung von zweckorientiertem und kommunikativem Handeln, das Problem indirekter Sprechakte sowie das Problem der Kontingenz von Kommunikation. Die Gegenüberstellung von empirischen Diskurstheorien und der normativen Theorie sowie der Vergleich von Verhandeln und Argumentieren als unterschiedliche empirisch beobachtbare Kommunikationsmodi (b) betreffen direkt die obigen Interpretationsvarianten. Schließlich soll die Problematik der Trennung von Reflexion und Handlung untersucht werden (c), bevor ein Fazit zur Eignung der Habermas'schen Theorie als Beschreibung von Diskursen gezogen wird (d).

Problematik der sprechakttheoretischen Begründung von Kommunikation

Auch wenn Habermas sich selbst in die Tradition der Sprechakttheorie einreihet, fallen verschiedene Brüche zu seinen Vorläufern auf. Während

Habermas in einzelnen Punkten von Searle abweicht, dessen Theorie man als eine Soziologisierung der bis dahin eher philosophischen Sprechakttheorie zusammenfassen kann (vgl. Greve 2003: 60), besteht eine grundlegendere Differenzlinie zu Austin. Der Kernpunkt dieser Differenz liegt in einer unterschiedlichen Sichtweise des Charakters von Illokution und Perlokution in einem Sprechakt.

Bei Austin steht die Analyse von Sprechakten im Vordergrund. Ein Sprechakt ist in diesem Sinne jede empirisch vorfindbare Äußerung, soweit sie in Satzform auftritt, unabhängig ob in gesprochener oder geschriebener Form. An einem Sprechakt lassen sich demnach unterschiedliche Aspekte aufzeigen: »[...] Austin claims that in uttering a sentence, one concomitantly produces three acts: a locutionary, an illocutionary and a perlocutionary act« (Allwood 1977: 2). Auch wenn hier von drei »Akten« die Rede ist, wird durch das »concomitantly« deutlich, dass es sich dabei um eine Sprechhandlung handelt, an der nur analytisch drei Aspekte unterschieden werden können. Illokution und Perlokution stehen demnach bei Austin gleichberechtigt nebeneinander. Die Perlokution wird als eine Folge von Illokutionen betrachtet, insofern als jede Äußerung auch in der Welt einen Effekt hat. Die Unterscheidung von intendierten und nicht-intendierten Folgen einer Äußerung (bei Austin 1962: »objects« und »sequels«) erfolgt dann innerhalb der Kategorie der Perlokutionen (vgl. Wenzel/Hochmuth 1989). Illokutionäre und perlokutionäre Akte können an jeder Sprechhandlung identifiziert werden, je nachdem worauf sich das analytische Interesse des Beobachters richtet.

Habermas dagegen möchte Illokution und Perlokution nicht analytisch, sondern ontologisch getrennt wissen:

»Während die Einteilung in lokutionäre und illokutionäre Akte den Sinn hat, den propositionalen Gehalt und den Modus von Sprechhandlungen als analytische Akte zu trennen, hat die Unterscheidung zwischen diesen beiden Akttypen auf der einen, perlokutionären Akten auf der anderen Seite, einen keineswegs analytischen Charakter« (Habermas 1981a: 393).

Während die Illokution auf Verständigung abzielt und dem kommunikativen Handeln zugrunde liegt, baut die Perlokution auf den Leistungen der Illokution auf und setzt sie strategisch für die Erreichung der Ziele des Sprechers ein.⁵³

53 Deutlich wird dabei, dass Habermas Austin intentionalistisch interpretiert. Perlokutionäre Effekte interessieren ihn nur insoweit, als sie von einem Sprecher intendiert wurden, also als »objects« im Sinne Austins (s. oben).

Der kritische Punkt dieser Umdeutung der Sprechakttheorie liegt zunächst nicht in der Trennung von Illokution und Perlokution als zwei unterschiedliche Typen von Handlungen. Dass eine solche Trennung anhand empirisch vorfindbarer Äußerungen nicht möglich ist, ist leicht einsichtig. Das Problem ergibt sich vielmehr aus dem Rückgriff auf die Einstellungen der Kommunikationsteilnehmer, die Habermas aus dem intuitiven Wissen der Beteiligten erschließen will (Habermas 1981a: 386). Wie aber die Interessen und Einstellungen der Sprecher identifiziert bzw. beobachtet werden können, bleibt unklar. Denn die Loslösung der Motivlage von den einzelnen Äußerungen, die bei Habermas angelegt ist, unterbindet gerade die Möglichkeit, aus den empirisch vorfindbaren Äußerungen auf die Handlungstypen rückzuschließen.

Dieser Kritikpunkt kann weitgehend zurückgewiesen werden, wenn man sich auf die normativistische Interpretation Habermas' beschränkt, sie trifft allerdings die empiristische Interpretationsvariante. Während sich nämlich illokutionäre Intentionen noch aus den Äußerungen selbst ableiten lassen, können gegebene Äußerungen ganz unterschiedlichen Zwecken dienen, und es kann nicht einmal eindeutig und klar festgestellt werden, ob neben der Verständigung noch eine weitere Absicht im Spiel ist, weil diese nach Habermas' Begriff des strategischen Handelns auch verdeckt sein kann. Habermas entscheidet sich für diese Fassung des Illokutionsbegriffs, weil es ihm um eine Begründung der These geht, kommunikatives Handeln sei der Originalmodus des Handelns und allen anderen Handlungsarten vorgelagert (vgl. Wenzel/Hochmuth 1989: 247; Greve 1999). Damit stellt er allerdings eine empirische Anwendung der Theorie vor das Problem, eine Trennung zwischen den Aspekten der Illokution und der Perlokution vornehmen zu müssen, die in der Sprechakttheorie ursprünglich nicht vorgesehen war.

Aus dieser Konzeption ergeben sich vor allem zwei Probleme für die Theorie. Das eine ist die Frage der verdeckten bzw. offenen perlokutionären Intentionen, das andere stellt sich bei der Betrachtung von Imperativen. Zunächst sind Perlokutionen bei Habermas spezifisch diejenigen Sprechakte, die scheinbar auf illokutionären Erfolg aus sind, mit diesem aber verdeckt strategische Ziele verfolgen. »Perlokutionäre Ziele darf ein Sprecher, wenn er Erfolg haben will, nicht zu erkennen geben, während illokutionäre Ziele allein dadurch zu erreichen sind, dass sie offen geäußert werden« (Habermas 1981a: 393). Damit fallen strategische Handlungen für Habermas immer mit »Täuschungs- und Manipulationsmanövern« zusammen (Wenzel/Hochmuth 1989: 247).⁵⁴ Während

54 Greve verweist darauf, dass Habermas hier den Charakter von perlokutionären Akten missversteht. Zwar lassen sich Perlokutionen in der Tat nicht

die Charakterisierung des illokutionären Erfolgs noch unmittelbar einleuchtet, sind durchaus auch Situationen vorstellbar, in denen ein Sprecher seine strategischen Absichten offen äußert und damit dennoch Erfolg hat. Greve etwa verweist einerseits auf Sprechhandlungen wie Ärgern oder Erfreuen, bei denen der perlokutionäre Sinn zwar nicht durch die Sprechhandlung selbst sichergestellt werden kann, seine Offenlegung den Erfolg aber auch nicht vereitelt, sowie andererseits auf solche perlokutionären Akte, deren Erfolg es sogar erfordert, dass der Hörer den intendierten perlokutionären Effekt erkennt (vgl. dazu Greve 1999: 245f.). Beispiele für letztere sind sogenannte »associated perlocutions« (Cohen 1973: 493), zu denen etwa das Überzeugen gehört (als Perlokution, die mit der Illokution des Argumentierens verbunden ist und durch diese erzielt werden kann), sowie insbesondere Demütigungen, Bloßstellungen, Beleidigungen und Ermunterungen. Von einem Täuschungscharakter strategischer Handlungen kann also nicht als zentralem Merkmal ausgegangen werden, was den Unterschied zwischen strategischem und kommunikativem Handeln weniger brisant macht.

Das zweite Problem stellt sich mit der Betrachtung einer speziellen Klasse von Sprechakten, den Imperativen. Diese widersetzen sich insofern der Klassifizierung durch die Theorie von Habermas, als sie keine Perlokutionen sind, sondern reine, offen deklarative Illokutionen, deren Erfolg sich genau dann einstellen kann, wenn sie vom Hörer als solche verstanden werden. Gleichzeitig aber ergibt sich aus der Natur der Sache, dass mit ihnen egozentrische, strategische Ziele verfolgt werden. Wenn aber, wie Habermas vertritt, illokutionäre Akte das kommunikative Handeln verkörpern, das als einzige Orientierung die Verständigung kennt, dann fallen die Imperative aus dem Rahmen der Theorie heraus und stellen die Trennung von kommunikativem und strategischem Handeln vor ein grundlegendes Problem.

»Die Inanspruchnahme des Sprachmediums bedeutet daher auch nicht notwendig, dass Handelnde genötigt sind, eine verständigungsorientierte Haltung einzunehmen oder vorzugeben, dass sie eine solche einnehmen. Dies hat auch Folgen für den Zusammenhang zwischen Kommunikationstheorie und Diskurstheorie. Wenn eine kommunikative Handlungskoordination auch auf Macht basieren kann, lassen sich die Präsuppositionen des diskursiven Handelns nicht aus denen einer kommunikativen Alltagspraxis ableiten. Das wird zum Problem, sobald dem kommunikativen Handeln für das Diskursprinzip

immer sinnvoll in Form propositionaler Aussagen fassen, doch das liegt wohl eher an der »Selbstgenügsamkeit« illokutionärer Akte, die sich in dieser Form fassen lassen, und nicht an der Geheimhaltungspflicht für perlokutionäre Absichten (Greve 1999: 245).

eine begründende Funktion zukommt, wie im Falle der Diskursethik« (Greve 1999: 248f.).

Wie wir gesehen haben, ist es also eine Modifikation im Verständnis von Sprechakten und den in ihnen verkörperten Handlungen, die Inkonsistenzen in der Theorie offenlegt. Innerhalb der Sprechakttheorie kann die von Habermas vorgenommene Modifikation mit Wenzel und Hochmuth als »performatorischer Fehlschluss« bezeichnet werden.⁵⁵ Von außen betrachtet, ergeben sich aus ihr grundlegende Zweifel an der Angemessenheit der Theorie für ihren Objektbereich, nämlich sprachliche Äußerungen im Allgemeinen. Während sich die normative Interpretation der Habermas'schen Theorie aufgrund ihrer Abgelöstheit von tatsächlicher Kommunikation noch halten lässt, ist insbesondere die empirische Interpretation fragwürdig.

Neben den soeben besprochenen Imperativen gibt es eine weitere Kategorie von Sprechakten, die Habermas' Theorie vor Probleme stellt. Es geht dabei um die sogenannten »indirekten Sprechakte« (Searle 1975, als Bezeichnung wird auch »unernste« Sprechakte verwendet). Mit indirekten Sprechakten sind all jene Äußerungen gemeint, in denen sich nicht aus den verwendeten Wörtern unmittelbar, also gemäß ihrer wörtlichen Bedeutung, auf die implizierte Illokution schließen lässt. Ein Beispiel ist die Frage: »Könntest Du einmal schauen, ob das Fenster noch offen ist?« Gemäß der oberflächlichen Struktur handelt es sich um eine Frage. Indirekt kann damit aber auch die Aufforderung gemeint sein, das Fenster doch bitte zu schließen. Aus bestimmten Gründen, die jeweils im Einzelfall variieren können, weicht also bei indirekten Sprechakten die wörtliche Bedeutung des Gesagten von der intendierten bzw. verstandenen Bedeutung ab. Indirekte Sprechakte sind dabei ein weitverbreitetes Phänomen. Wie Clark bemerkt, kann fast jede illokutionäre Äußerung auch indirekt getätigt werden (Clark 1996: 216). Außerdem sind bestimmte Formen von Kommunikation geradezu gekennzeichnet durch das Auftreten von indirekten Sprechakten, z. B. literarische und dramatische Texte, genauso wie Stilformen der Ironie und der Metapher sowie Lügen und Scherze.

55 »Austin postuliert keinen vergleichbaren normativen Zwang, er will die pragmatische Dimension der Rede dadurch verteidigen, dass er eine Identifikation von Bedeutung und Geltung, von ›meaning‹ und ›force‹, gerade vermeidet. In seinen Augen müsste Habermas zwar keinen deskriptiven Fehlschluss – die Reduktion der pragmatischen auf die semantische Dimension – aber doch so etwas – in Umkehrung der Reduktionsrichtung – wie einen performatorischen Fehlschluss begehen« (Wenzel/Hochmuth 1989: 247, Hervorh. im Orig.).

Inwiefern stellen indirekte Sprechakte nun ein Problem für die Sprechakttheorie im Allgemeinen und für Habermas' Theorie im Speziellen dar? Wenn die illokutionäre Bedeutung eines Sprechaktes nicht aus der sprachlichen Repräsentation gefolgert werden kann, dann lässt sich Verstehen nur durch Hinzunahme des kontextuellen Rahmens der Kommunikation erreichen. Bedeutung erschließt sich dann gerade nicht mehr allein aus der sprachlichen Struktur, sondern auch aus außersprachlichen Regeln – und das steht sowohl der intentionalistischen, sprecherseitigen Orientierung der Sprechakttheorie als auch der auf intersubjektive Geltung hin orientierten Theorie von Habermas entgegen. So fasst etwa Clark das Problem indirekter Sprechakte wie folgt zusammen:

»The traditional treatment [von indirekten Sprechakten, St. A.] has many problems, but the main one is that it assumes: (1) speakers have a particular interpretation in mind (>what the speaker means<); (2) addressees are to recognize that interpretation; and (3) they are to do so autonomously. All three assumptions are suspect« (Clark 1996: 217).

Insofern ist die Sprechakttheorie gezwungen, einen theoriekonsistenten Weg zu finden, mit dem Phänomen indirekter Sprechakte umzugehen.

Sowohl bei Searle als auch bei Habermas wird das Problem durch einen Ausschluss indirekter Sprechakte gelöst. Die Theorie formuliert als Eigenschaft ihres Gegenstandsbereiches, was von den indirekten Sprechakten nicht erfüllt wird: »Unsere Analyse beschränkt sich deshalb auf Sprechhandlungen, die unter Standardbedingungen ausgeführt werden. Damit soll sichergestellt werden, dass ein Sprecher nichts anderes meint als die wörtliche Bedeutung dessen, was er sagt« (Habermas 1981a: 400).

Damit ist allerdings nicht eine Einschränkung des Gegenstandsbereichs der Theorie impliziert, die weiterhin universalen Anspruch erhebt. Denn mit dieser Einschränkung verbunden ist das sogenannte »Prinzip der Ausdrückbarkeit«, das von Searle in Reaktion auf Phänomene wie die indirekten Sprechakte formuliert wurde. Demnach gilt: »for every possible speech act there is a possible sentence or set of sentences the literal utterance of which in a particular context would constitute a performance of that speech act« (Searle 1971: 19). Das heißt jeder mögliche Sprechakt kann wörtlich direkt wiedergegeben werden, so dass auch die Einschränkung auf Standardbedingungen noch alle möglichen Sprechakte zu analysieren erlaubt.

Habermas übernimmt dieses Prinzip fast wörtlich, wandelt es aber bezüglich bestehender Kritiken leicht dahingehend ab, dass

»in einer gegebenen Sprache für jede interpersonale Beziehung, die ein Sprecher mit einem anderen Mitglied seiner Sprachgemeinschaft explizit aufnehmen möchte, ein angemessener performativer Ausdruck entweder zur Verfügung steht oder nötigenfalls durch eine Spezifizierung verfügbarer Ausdrücke gewonnen werden oder neu eingeführt werden kann. (...) Der heuristische Sinn ist ohnehin klar: wenn das Postulat der Ausdrückbarkeit gilt, kann sich die Analyse auf institutionell ungebundene explizite Sprechhandlungen der Standardform beschränken« (Habermas 1984b: 404).

Nun ist gegen diese Abgrenzung der Sprechakttheorie vielfache Kritik geäußert worden. So wendet sich Streeck gegen das Prinzip der Ausdrückbarkeit mit Verweis auf Äußerungen von Lehrern, die ihre Schüler durch sogenannte »roll calls«, also das Aufrufen von deren Namen, ansprechen. Die Besonderheit bei einem »roll call« ist, dass der Sprecher nicht klar macht, welche Erwartungen er bezüglich einer Antwort hegt. Der Angesprochene muss selbst, z. B. unter Zuhilfenahme des situativen Kontexts, entscheiden, wie er den Aufruf interpretiert und auf ihn reagiert. Dieses Beispiel verdeutlicht, dass sich nicht alle Sprechakte als wörtlich zu verstehende Sätze formulieren lassen, und widerlegt die These der Ausdrückbarkeit.

Die Kritik trifft auch das Prinzip in der von Habermas abgeschwächten Form, die oben zitiert wurde.

»The crucial issue, however, is the reflexive logic of the use of the speech act in interaction: by performing the act, the speaker intends to find out (one aspect of) what is the case in the present situation; what is the case in turn determines what force the utterance has. This reflexive structure cannot be captured in the linear form of a sentence. There is a sharp difference between the representational format of sentences and the manner in which speech acts function in social situations« (Streeck 1980: 143).⁵⁶

Auf dieser Zurückweisung des Prinzips der Ausdrückbarkeit aufbauend, verallgemeinert Streeck seine Kritik an der Sprechakttheorie in Bezug auf den Umgang mit der Mehrdeutigkeit von Sprache: »The ambiguity

56 Eigentlich müsste Habermas an einer solchen reflexiven Sprachverwendung durchaus interessiert sein, weil sie den intersubjektiv verbindenden Charakter der Kommunikation deutlich macht, indem durch die Suche nach Bedeutung eine Beziehung zwischen Sprecher und Hörer geschaffen wird. Daher verweist das Beispiel unseres Erachtens auf einen internen Widerspruch in Habermas' Theorie zwischen dem Anspruch einer sozialitätskonstitutiven Funktion von Kommunikation und ihrer Reduktion auf die Standardform. Denn aus der Abweichung von der Standardform können sich durchaus, wie im Beispiel von Streeck, soziale Funktionen ergeben.

that most utterances display regarding their illocutionary force may thus be seen as a constitutive rather than a defective feature of verbal interaction« (Streeck 1980: 148). Dieser Einwand richtet sich gegen das Sprachverständnis der Sprechakttheorie Searle'scher Prägung, wie es auch für Habermas grundlegend ist. Mehrdeutigkeiten und spielerischer Umgang mit Sprache werden dort nur als mindere, fehlerhafte oder anderweitig sich für eine wissenschaftliche Betrachtung disqualifizierende Formen von Kommunikation verstanden. Wir kommen darauf am Ende dieses Abschnitts wieder zurück.

Eine ähnliche Argumentation findet sich auch bei Greve (1999: 243). Er macht seine Kritik an der Zuordnung von perlokutionären Akten zum strategischen Handeln fest und verwahrt sich dagegen, indirekte Sprechakte nicht als Illokutionen, sondern als Perlokutionen und damit als Teil strategischer Handlungen aufzufassen. Außerdem verweist er darauf, dass indirekte Sprechakte durchaus die illokutionäre Funktion der Verständigung erfüllen können, dass diese also als sprachliche Mittel durchaus funktionieren. »Wenn es zur kommunikativen Kompetenz von Sprechern und Hörern gehört, die Differenz von Satzbedeutung und Sprecherintention alltäglich handhaben zu können, hat es wenig Sinn, diese indirekten Formen der Verständigung als Formen der Täuschung zu begreifen« (Greve 1999: 243).⁵⁷

Wenzel und Hochmuth schließlich kritisieren an der Beschränkung auf Äußerungen in wörtlicher Bedeutung, dass damit das Problem der Etablierung intersubjektiven Verständnisses gerade aus der Analyse ausgeschlossen werde, das durch die Theorie doch eigentlich erhellet werden sollte. Sie sehen die normative Bindungswirkung der Sprechakte im kommunikativen Handeln, also die grundlegende Möglichkeit der Kritisierbarkeit von Äußerungen, als abhängig von der wörtlichen Formulierung bzw., genauer, von der Kontextunabhängigkeit von Sprechakten. Dann aber kann nicht mehr aus Gründen der Eleganz aus der Analyse ausgeschlossen werden, was als einzige die Theorie widerlegen könnte, nämlich die indirekten, kontextabhängigen Sprechakte. Diese Sprechakte sind aber weder auszuschließen noch unter die Perlokutionen

57 Habermas dazu: »Die sprachliche Abgrenzung der Realitätsebenen von ›Spiel‹ und ›Ernst‹, der sprachliche Aufbau einer fiktiven Realität, Witz und Ironie; übertragender und paradoxer Sprachgebrauch, Anspielungen und die kontradiktorische Zurücknahme von Geltungsansprüchen auf metakommunikativer Ebene – alle diese Leistungen beruhen auf der absichtlichen Verwechslung von Seinsmodalitäten. Die formale Pragmatik kann zur Aufklärung des Täuschungsmechanismus, den der Sprecher dabei beherrschen muss, mehr beitragen als eine noch so genaue empirische Beschreibung der erklärungsbedürftigen Phänomene« (Habermas 1981a: 444f.).

einzuordnen, sondern gehören zu den wesentlich äußerungsfähigen Illokutionen. Habermas, so Wenzel und Hochmuth, wolle

»mit ihrer Einordnung als Perlokutionen nur verhindern, dass sie als Illokutionen erkannt werden, wird doch in diesem Fall offensichtlich, dass ein Verständigungserfolg eintreten kann oder nicht, eben kontingent ist. [...] Indirekte, kontextabhängige Sprechakte können damit durchaus zu den wesentlichen äußerungsfähigen Illokutionen gezählt werden. An ihnen – das sieht auch Habermas – wird die Kontingenz von Verständigungserfolgen deutlich, dann nämlich, wenn eine gemeinsame Situationsdefinition nicht selbstverständlich vorausgesetzt werden kann« (Wenzel/Hochmuth 1989: 264).

Dementsprechend behaupten sie gegen Habermas' Verständigungsbegriff die These der Kontingenz von Kommunikation (s. unten).

Wie grundlegend das Problem der indirekten Sprechakte die Sprechakttheorie trifft (und insofern auch beide Interpretationsvarianten betrifft), zeigt sich insbesondere an der Kritik Derridas (vgl. Derrida 2001), die dieser zwar nur mit Blick auf Searle formuliert, die sich aber aufgrund der Konsistenz zwischen Habermas und Searle in diesem Punkt auch auf Habermas übertragen lässt. Sie betrifft nicht nur den einzelnen Aspekt der indirekten Sprechakte, sondern greift das ganze Kommunikationsverständnis an und entwickelt auf dieser Ebene eine Alternative.

Ausgangspunkt für Derrida ist nicht die Untersuchung von Sprache, sondern von Kommunikation. Daraus ergibt sich eine besondere Aufmerksamkeit für die Medien der Kommunikation – gesprochene Sprache zum einen, Schrift zum anderen. An dem Unterschied von Sprache und Schrift macht Derrida auch seine Hauptkritik fest: Während Erstere von der Sprechakttheorie zur Grundlage der Betrachtung gemacht wird, ergibt sich erst aus den besonderen Eigenschaften Letzterer das Wesen der Kommunikation, das insofern auch von der Sprechakttheorie nicht ausreichend erfasst wird.

Was ist nun das Besondere am Medium der Schrift, das zu einer Berücksichtigung in jeder Theorie der Kommunikation zwingen soll?⁵⁸ Aus dem Medium der Schrift ergibt sich als wesentliches Merkmal von Kommunikation *Abwesenheit*. Abwesenheit bezieht sich zunächst auf den Empfänger einer (schriftlichen) Mitteilung. Wer schreibt, tut dies meist nicht, um einer anderen anwesenden Person etwas mitzuteilen,

58 Derrida geht sogar so weit, eine Theorie der Schrift für grundlegender zu halten als eine Theorie der Kommunikation. Dies kann jedoch als rhetorische Überzeichnung gewertet werden (s. Derrida 2001: 17f.) und braucht hier nicht weiter diskutiert zu werden.

sondern weil der intendierte Empfänger entweder räumlich oder zeitlich entfernt ist.

Außerdem bezieht sich Abwesenheit auch auf den Sender einer Mitteilung – wer etwas schreibt, »äußert« sich, das heißt er ist nicht mehr Teil der Mitteilung, die sich von ihm ablösen kann, zum Beispiel um zum entfernten Empfänger geschickt zu werden. Von der Mitteilung aus betrachtet, sind also sowohl der Sender als auch der Empfänger abwesend. Derrida in seiner Kritik an Condillac, der für ihn repräsentativ für die traditionelle Sichtweise von Kommunikation steht:

»Die Abwesenheit des Senders, des Empfängers, vom Zeichen, das er hinterlässt, das sich von ihm ablöst und über seine Gegenwart hinaus und jenseits der gegenwärtigen Aktualität seines Sagen-Wollens, ja sogar über sein Leben selbst hinaus weiterwirkt, diese Abwesenheit, die dennoch zur Struktur jeder Schrift – und, wie ich weiter unten hinzufügen werde, jeder Sprache im allgemeinen – gehört, diese Abwesenheit wird von Condillac nicht untersucht« (Derrida 2001: 21).

Schließlich ist in der Schrift auch das (reale) Objekt, auf das sich die Zeichen beziehen, abwesend, ein Punkt, der von Derrida an dieser Stelle nicht ganz so deutlich hervorgehoben wird, aber ebenso Merkmal der Schrift ist.

»Die Möglichkeit, die Zeichen zu wiederholen und damit zu identifizieren, ist in jedem Code impliziert, macht aus ihm ein kommunizierbares, übermittelbares, entzifferbares Raster, das für einen Dritten, also für jeden möglichen Benutzer überhaupt, iterierbar ist. Jede Schrift muss daher, um das zu sein, was sie ist, in radikaler Abwesenheit jedes empirisch bestimmten Empfängers überhaupt funktionieren können. Und diese Abwesenheit ist nicht eine fortgesetzte Modifikation der Anwesenheit, es ist ein Bruch der Anwesenheit, der ›Tod‹ oder die Möglichkeit des ›Todes‹ des Empfängers, eingeschrieben in die Struktur des Zeichens [...]« (Derrida 2001: 25).

Das Merkmal der Abwesenheit wird von Derrida jedoch nicht nur als Merkmal schriftlicher Kommunikation bestimmt, sondern ebenso von mündlicher und allgemein jeglicher Kommunikation. Sein Argument dazu baut auf einer Bestimmung schriftlicher Zeichen auf, die als wesentliche Merkmale die Iterabilität, eine »Kraft zum Bruch mit seinem Kontext« sowie die Verräumlichung des Zeichens selbst umfassen (vgl. Derrida 2001: 27f.). Diese Merkmale, so das Argument bei Derrida, lassen sich auch auf andere Formen der Kommunikation als nur die schriftliche übertragen, ja sogar auf die Erfahrung überhaupt, und insofern kann die schriftliche Kommunikation, anders als in der Kommunikati-

onstheorie üblich, als Modell für Kommunikation im Allgemeinen dienen.

Die Bestimmung von Abwesenheit als wesentliches Merkmal von Kommunikation ist insofern ein grundlegender Bruch mit traditionellen Kommunikationstheorien wie z. B. der Sprechakttheorie, als sie den Rückschluss auf die Bedeutung des Kommunizierten durch Rückgriff sowohl auf den Kontext als auch die Intentionen des Senders unmöglich macht. Kommunikation wird in dieser Betrachtungsweise gelöst aus dem Produktions- wie aus dem Rezeptionszusammenhang und gewinnt stattdessen eine gewisse Autonomie, ein Eigenleben ebenso wie eine Eigendynamik. Derrida geht so weit, der Mitteilung (bei ihm dem Schriftstück) Handlungsfähigkeit zuzusprechen, er bleibt also dem Handlungsparadigma der Sozialtheorie treu, überspitzt es allerdings rhetorisch provokant durch Anwendung auf ein Objekt wie eine Mitteilung:⁵⁹

»Damit ein Schriftstück ein Schriftstück ist, muss es fortfahren zu ›handeln‹ und selbst dann lesbar sein, wenn der sogenannte Autor des Schriftstücks nicht mehr für das, was er geschrieben und anscheinend unterschrieben hat, einsteht, sei er nun vorläufig abwesend, sei er tot, oder sei es, dass er das scheinbar ›in seinem Namen‹ Geschriebene ganz allgemein nicht mehr mit seiner absolut aktuellen und anwesenden Intention oder Aufmerksamkeit, mit der Fülle seines Sagen-Wollens unterstützt.« (Derrida 2001: 26).⁶⁰

Gegen die Orientierung insbesondere am Sender-Pol der Kommunikation setzt Derrida also die Eigenmächtigkeit des Zeichens, der Mitteilung.

Damit verbietet sich nicht nur der Intentionalismus und der Rückgriff auf individuelle Einstellungen, sondern ebenso die Reduktion des Gegenstandsbereiches der Theorie auf Sprechakte unter Standardsituationen. Denn durch die Abwesenheit des Zeichens von einem Entstehungs- oder sonstigen Kontext kann sich die Kommunikation des Zeichens bemächtigen, kann es wieder und wieder verwenden (Iterabilität), auch entgegen der ursprünglichen Intention, kann so die Bedeutung des Zeichens variieren und mit dem Zeichen und seiner Bedeutung spielen (Dissemination). Wenn aber weder von einer Verwendung von Sätzen in ihrer wörtlichen Bedeutung ausgegangen werden kann noch davon, dass

59 Eine ähnliche Rhetorik findet sich bei Luhmann, wenn er sagt, nur die Kommunikation könne kommunizieren (Luhmann 1990a: 31).

60 Vgl. auch die folgende Bemerkung mit einer Analogie zum Begriff der Maschine: »Schreiben ist das Produzieren eines Zeichens, das eine Art Maschine darstellt, die ihrerseits produktiv ist und die durch mein zukünftiges Verschwinden prinzipiell nicht daran gehindert werden wird, zu funktionieren und sich lesen und umschreiben zu lassen.« (Derrida 2001: 25).

ein Zeichen überhaupt eine definitive Bedeutung hat, dann ist die Einschränkung der Sprechakttheorie auf die Standardsituation eine nicht zu rechtfertigende Verkürzung des Gegenstandsbereichs, die Verzerrungen und Fehldeutungen zur Folge haben muss. Derrida macht dieses Problem an der Sprechakttheorie im Allgemeinen und bereits bei Austin fest, es lässt sich aber, wie oben argumentiert wurde, unmittelbar auf Habermas übertragen.

»Austin schließt mit allem, was er *sea-change* nennt, das ›Unernte‹, die ›Parasitierung‹, die ›Verkümmerung‹, das ›Nicht-Gewöhnliche‹ (zusammen mit der ganz allgemeinen Theorie, die, sofern sie all dem Rechnung trägt, nicht mehr von diesen Oppositionen beherrscht wäre) aus, also das, was er dennoch als eine für jede Äußerung offenstehende Möglichkeit anerkennt« (Derrida 2001: 38).

Und:

»Wenn diese Iterationsstruktur gegeben ist, wird die Intention, die die Äußerung beseelt, niemals sich selbst und ihrem Inhalt durch und durch präsent sein. Die Iteration, die sie a priori strukturiert, bringt eine wesentliche Dehizienz und einen wesentlichen Bruch in sie hinein. Das ›Unernte‹ und die *oration obliqua* können von der ›gewöhnlichen‹ Sprache nicht mehr ausgeschlossen werden, wie Austin es wünschte« (Derrida 2001: 40f.).

Darüber hinaus leitet Derridas hier zitierte Kritik an der Sprechakttheorie bereits über zum nächsten Punkt, der Frage der Kontingenz von Kommunikation, die eine Begleiterscheinung dieser Unernsthaftigkeit bzw. der Möglichkeit dazu darstellt. Bevor wir darauf eingehen, soll eine Konsequenz des Derrida'schen Gedankengangs ausgeführt werden, die zu einem alternativen Entwurf von Diskursen hinführt. Nach Derrida ist das Unernte, das Changieren der Bedeutung und die variierende Verwendung derselben Zeichen ein zentrales Merkmal von Kommunikation. Darin drückt sich ein *spielerischer Charakter* von Kommunikation aus, der gegen die Sichtweise der Sprechakttheorie und Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns festzuhalten ist.⁶¹ Wie wir gese-

61 Hinweise auf den spielerischen Charakter von Kommunikation finden sich bei Derrida häufig implizit (s. allerdings Derrida 1972), wenn er selbst mit seiner Mitteilung, also mit dem Vortragstext spielt bzw. zumindest ein klares Verständnis immer wieder zu verhindern, zu verschleiern versucht: So z. B. wenn er mit der Möglichkeit der Signatur zu einem Vortragstext spielt (Derrida 2001: 45), oder mit dem Titel seines Vortrags und dessen weiterer Verwendung als Zeichen: »All das ist nicht sehr ernst, wird viel-

hen haben, sind die in der Sprechakttheorie sogenannten »unernsten« Äußerungen ein wesentliches, nicht aus der Analyse ausschließbares Element von Kommunikation. Es wird zu prüfen sein, was für ein Verständnis von Kommunikation sich erreichen lässt, das genau diesen spielerischen Charakter zum Ausgangspunkt nimmt.

Habermas' Ausschluss des Spielerischen mag aus der Sicht seiner Theorie durchaus Sinn machen: Wer verstanden werden will, muss sich eben auch entsprechend verhalten. Aber wie bereits bei der Trennung von Perlokution und Illokution verlagert Habermas damit das Problem nur, und zwar auf eine problematische Weise. Denn es lässt sich auch bei den indirekten Sprechakten nicht mehr aus dem Gesagten, also aus der sprachlichen Äußerung auf die Bedeutung rückschließen. Vielmehr müssen zusätzlich bestimmte Annahmen über die Einstellung des Sprechers gemacht werden. Problematisch ist dieser Rekurs auf Einstellungen sowohl bei der Trennung von Illokution und Perlokution als auch bei den indirekten Sprechakten vor allem insofern, als diese innerpsychischen Vorgänge der Kommunikationsteilnehmer intersubjektiv nicht verfügbar sind. Sie sind, wenn überhaupt, nur dem Individuum selbst zugänglich bzw. können nur sekundär, durch Beobachtung oder eben wiederum durch Kommunikation, gewonnen werden. Die Kenntnis der jeweiligen Einstellung eines Sprechers kann aber nicht als intersubjektiv geteiltes Wissen für die Kommunikation vorausgesetzt werden.

Ursprünglich hatte Habermas seine Herleitung der Theorie des kommunikativen Handelns mit dem Begriff des Spiels begonnen, nämlich mit Wittgensteins »Sprachspielen«. ⁶² Von Wittgenstein übernimmt er allerdings nur dessen Analyse des Begriffs der Regel, vor den Implikationen des Spiel-Begriffs schreckt er schnell zurück, da er für ihn den Eindruck der Beliebigkeit erweckt: »Eine Sprache ist eben doch nicht bloß ein Spiel, wir müssen sie ernstnehmen« (Habermas 1984a: 73). Entsprechend wirft er Wittgenstein vor, dieser habe den kognitiven

leicht Searle sagen. Ernst? Nicht ernst? Das ist die Frage: Warum erregt und verärgert ihn dies dermaßen?« (vgl. Derrida 2001: 244, FN. 4).

62 Vgl. dazu auch den Begriff des »Argumentationsspiels«: »Der Begriff des Arguments ist von Haus aus pragmatischer Natur: was ein »guter Grund« ist, zeigt sich erst an der Rolle, die er innerhalb eines Argumentationsspiels hat, d. h. an dem Beitrag, den er nach den Regeln dieses Spiels für die Entscheidung der Frage leistet, ob ein strittiger Geltungsanspruch akzeptiert werden darf oder nicht. Der Begriff einer auf die pragmatische Dimension des geregelten Wettstreits von Argumenten ausgedehnten Verfahrensrationalität erlaubt es dann, die semantischen Eigenschaften von Gründen durch die indirekt geltungskonstitutiven Eigenschaften eines Arrangements zu ergänzen, in dem sich das von guten Gründen mitgeführte Potential rationaler Motivation erst aktualisiert« (Habermas 1992a: 279).

Sprachgebrauch, also die Verständigung über Gegenstände, zugunsten des kommunikativen, also der Herstellung intersubjektiver Beziehungen, vernachlässigt. »Er ist in den komplementären Fehler verfallen und hat fortan die *privilegierte Rolle des kognitiven Sprachgebrauchs* ignoriert« (Habermas 1984a: 79, Hervorh. St. A.). Doch diese Privilegierung wird offenbar lediglich durch die Bedeutung für die Diskurstheorie begründet. Ganz ähnlich kritisiert auch Krämer bei Habermas eine »Hypostasierung der apophantischen Rede« (Krämer 2001: 90), also eine Überschätzung der Bedeutung von Aussagesätzen und der Repräsentationsfunktion von Sprache in Bezug auf die Welt. »Ist dieses logoszentrierte Bild von der Sprache als einem Medium von Aufklärung angemessen, wenn es darum geht, gerade ihrer intersubjektiven Bindungskraft auf die Spur zu kommen?« (Krämer 2001: 90).

Die bisherigen Kritikpunkte betrafen mit den Imperativen und den indirekten Sprechakten bereits zwei grundlegende Einwände gegen die sprechakttheoretische Konzeption von Habermas. Mit dem Problem der Kontingenz von Kommunikation werden deren Implikationen zum Teil aufgenommen und die Kritik auf einer allgemeineren Stufe formuliert, den Begriff der Kommunikation als solchen betreffend. Die Derrida'sche Kritik an der Behandlung indirekter Sprechakte hat den Weg bereits vorgezeichnet: Anomalien an den Randbereichen der Theorie (Imperative) und bereits zentraleren Bereichen (indirekte Sprechakte), die sich trotz der Bemühungen nicht theorieintern und -konsistent beheben lassen (vgl. Habermas 1984c: 4; Habermas 1996d), führen zu einer Kritik an zentralen Annahmen der Theorie, verbunden (zumindest im Fall Derridas) mit der Formulierung einer paradigmatisch neuen Perspektive auf das übergreifende Phänomen Kommunikation. Die grundlegendere Kritik nun macht sich am Begriff der Kontingenz fest, der einer Vorstellung der Geschlossenheit und Ernsthaftigkeit von Kommunikation gegenübergestellt wird.

Derrida schloss aus dem Phänomen der indirekten Sprechakte, der Zitier- und Wiederholbarkeit sprachlicher Zeichen auf einen Bruch in der Kommunikation, auf die Unernsthaftigkeit, die von der Sprechakttheorie voreilig aus der Betrachtung ausgeschlossen wurde. Ebenso lässt sich daraus eine weitere Konsequenz ableiten, die im Gegensatz zu den von Searle formulierten (und auch von Habermas aufgenommenen) Gelingensbedingungen von Kommunikation steht: das Misslingen von Kommunikation, das Nicht-Verstehen. Nach Derrida gehört die Möglichkeit des Scheiterns der Kommunikation, des Misslingens immer auch zum Gegenstand Kommunikation, und eine Theorie der Kommunikation darf sie nicht als Negatives aus der Betrachtung ausschließen.

»Austins Vorgangsweise ist ziemlich bemerkenswert und typisch für diese philosophische Tradition [die von Derrida als »ideologisch« bezeichnete, St. A.], mit der er so wenig gemein haben möchte. Sie besteht darin, anzuerkennen, dass die Möglichkeit des Negativen (hier der infelicities) zwar eine strukturelle Möglichkeit ist und dass das Misslingen ein unabdingbares Risiko der untersuchten Vorgänge darstellt; dann, in einer fast unmittelbar gleichzeitigen Geste, im Namen einer Art idealer Regulierung, wird dieses Risiko als ein zufälliges, äußerliches Risiko ausgeklammert, das uns nichts über das untersuchte Sprachphänomen lehrt. Das ist umso seltsamer, streng genommen unhaltbar, als Austin mit Ironie den »Fetisch« der Opposition value/fact anprangert« (Derrida 2001: 35f.).

Die alternative Sichtweise schliesse demnach das Misslingen als unabdingbares Risiko der Kommunikation ein, ja vielleicht sogar als wesentliches Merkmal des Phänomens und somit als etwas, das nicht aus einer Theorie der Kommunikation ausgeschlossen werden kann, sondern einen Bestandteil derselben darstellen muss.

Einen solchen Einwand haben Wenzel und Hochmuth explizit formuliert. Sie unterziehen Habermas' These, Verstehen müsse in Einverständnis münden (das bei Habermas »Bedeutung und Akzeptabilität« umfasst, wie Greve (2003: 115) prägnant formuliert), einer kritischen Analyse:

»Wir möchten fragen: Gehört es tatsächlich *notwendig* zum Wesen von Verständigung, dieses Einverständnis des Hörers und damit dessen moralische Obligation zu Folgehandlungen herbeizuführen, *zwanglos* zu *erzwingen*? Sind Verständigungserfolge dagegen vielleicht nur *wahrscheinlich*? Kommen Einverständnisse entsprechend nicht bloß *kontingent* zustande?« (Wenzel/Hochmuth 1989: 243, Hervorh. im Orig.).

Die These der Kontingenz von Kommunikation greift also genau den Zusammenhang zwischen der kommunikativen bzw. linguistischen Funktion des Verstehens (im Sinne von: die Bedeutung einer Äußerung verstehen) und der sozialen Funktion, der Stiftung einer intersubjektiven Beziehung, an. Sie behauptet, die angenommene normative Bindungskraft von Kommunikation besteht nicht auf der Grundlage von Kommunikation, sondern ist als dieser extern anzusehen, der Zusammenhang von Bedeutung und Geltung ist als kontingent anzunehmen. Statt die Annahme einer Äußerung auf den Akt des Verstehens zurückzuführen, muss nach »motivierenden, durchaus kontextabhängigen »Gründen« (Wenzel/Hochmuth 1989: 265) gesucht werden, die den Übergang von Bedeutung zu sozialen Folgen (wie das Einverständnis zu charakterisieren ist), sichern, erleichtern oder überhaupt erst möglich machen.

Wenzel und Hochmuth stützen ihre These durch Verweis auf das Problem der Imperative. An diesen zeigen sie die Kontextabhängigkeit des Verstehenserfolges auf, ganz ähnlich wie Grice das Problem der indirekten Sprechakte durch die »konversationale Implikatur« löst.⁶³ Und sie zeigen, »dass in kontextabhängiger Rede der Verständigungserfolg dann empirisch motiviert, kontingent sein müsse« (Wenzel/Hochmuth 1989: 259). Kontingenz meint dabei die Abhängigkeit von situativen Faktoren, im Unterschied zu der bei Habermas angelegten situationsunabhängigen Geltung von Bedeutungen.

Auch der Ersatz von Kontext durch lebensweltliches Umfeld löst nach Darstellung von Wenzel und Hochmuth die Kommunikation nicht aus ihrer grundlegenden Kontingenz. Insofern schließen sie: »Habermas kann die Kontingenz von Verständigungserfolgen in seiner formalpragmatischen Begründung nicht wirksam ausschließen. Damit ist die pauschale Inanspruchnahme einer rationalen Motivation zurückgewiesen, die sich allein aus dem Verstehen von wörtlichen Äußerungen, von Sätzen herleiten soll [...]« (Wenzel/Hochmuth 1989: 265).

Dieser Hinweis auf die grundlegende Kontingenz von Kommunikation durchzieht weite Bereiche der Habermas-Kritik. Hier scheint in der Tat eine Differenzlinie der Kommunikationstheorien zu liegen, die idealistische Modelle von stärker an realweltlichen Erfahrungen orientierten trennt. Doch wie wir gesehen haben, handelt es sich hier nicht um eine Abgrenzung von normativer vs. empirischer Betrachtung von Kommunikation (zu dieser s. den nächsten Abschnitt). Vielmehr geht es um tief in den Grundlagen der Theorie verwurzelte Annahmen über den Gegenstandsbereich, die, so die Kritik, nicht haltbar sind. Die Frage ist letztlich, inwiefern wir bereit sind, misslingende Kommunikation, Mehrdeutigkeiten, und »unernstes« Kommunizieren in den Rahmen unserer wissenschaftlichen Untersuchung einzubeziehen und mit zur Grundlage einer Theorie der Kommunikation zu machen.

Schneider hat die Entscheidung über diese Frage als ihrerseits kontingent, als abhängig von den Forschungsinteressen charakterisiert. In seinem Vergleich von Sprechakttheorie und Luhmann'scher Systemtheorie stellt er das Problem der Kontingenz von Kommunikation am Beispiel einer missverstandenen, aber gerade deshalb sozial wirksamen Äußerung in den Mittelpunkt.⁶⁴

63 Nach dieser These können die Geltungsbedingungen von Sprechakten durchaus verletzt werden, wenn dabei durch den situativen Kontext sichergestellt ist, welche Bedeutung den indirekten Sprechakten tatsächlich eigentlich zukommt (vgl. Grice 1989).

64 Vgl. W. L. Schneider 1996: 268. Es geht dabei um einen Steuerprüfer, der am Stammtisch in rein privater Absicht eine Bemerkung über eine geplan-

»Anders als bei Searle schließt Verstehen im Sinne Luhmanns sowohl *richtiges* wie auch *falsches* Verstehen ein. Kommunikative Handlungen können daher, im Gegensatz zu den Annahmen der Sprechakttheorie, auch ohne entsprechende Absicht eines Sprechers erzeugt werden, dann nämlich, wenn andere seine Äußerungen als Ausführung dieser Handlung verstehen« (W. L. Schneider 1996: 269, Hervorh. im Orig.).

Kritik lässt sich allerdings in beiden Richtungen formulieren: Die Systemtheorie mit ihrem kontingenten Verstehensbegriff kann darauf verweisen, dass die Sprechakttheorie das Phänomen nur als Residuum, als »Fehler im System« behandeln kann, weil sie Kommunikation von der Frage der Fortsetzung, also der Systemerhaltung her begreift. Andererseits kann aber die Sprechakttheorie darauf verweisen, dass für sie diese Art des Miss-Verstehens berechtigterweise uninteressant ist, weil sie sich dafür interessiert, wie Sprecher zu einer Äußerung motiviert werden, und dies geschieht eben nicht über die nicht-antizipierbaren Folgen der Kommunikation, sondern über die intersubjektive Beziehung zwischen Sprecher und Hörer. »Ohne die Aussicht auf das Gelingen der eigenen Äußerungen als intentionale Handlungen gibt es kein hinreichendes Motiv für die Beteiligung des Sprechers an Kommunikation« (W. L. Schneider 1996: 272). Insofern liefe die Differenz also auf eine Frage des Beobachtungsinteresses hinaus.

An dieser Stelle interessiert uns jedoch nur die Blickrichtung auf die Sprechakttheorie. Für sie ergibt sich aus der Kritik, dass auch bei einem Fokus auf die Intentionen der Sprecher die andere Seite, das Misslingen korrekten Verstehens mitsamt seinen Folgen, nicht ignoriert werden kann, sondern erklärungsbedürftig ist. Denn:

»Eine prästabilisierte Übereinstimmung des Wissens, das mit jedem neuen Äußerungsereignis von den beteiligten Psychen aktualisiert wird, kann allerdings kaum angenommen werden. Die Strukturierung von Kommunikation muss demnach Möglichkeiten bieten, um Differenzen zwischen antizipiertem und

te Steuerprüfung fallen lässt, die von einem Hörer als Warnung aufgefasst und entsprechend weiterkommuniziert wird, was dem Steuerprüfer neue Freundschaften einbringt. »Das Beispiel zeigt, wie eine Sprechhandlung *sozial gültig* erzeugt werden kann, ohne vom Sprecher beabsichtigt worden zu sein. Soziale Geltung erfährt die Handlung hier dadurch, dass sie dem Sprecher *von anderen zugerechnet* und zur Grundlage von Anschlusshandlungen wird. Searles Begriff des *Gelingens* einer Sprechhandlung, so können wir daraus schließen, ist demnach zu eng gefasst. Er ist deshalb empirisch inadäquat und bedarf der Revision« (W. L. Schneider 1996: 268, Hervorh. im Orig.).

kommunikativ realisiertem Verstehen rasch zu identifizieren und zu korrigieren« (W. L. Schneider 1996: 272).

Schneider schlägt vor, die Frage des richtigen oder falschen Verstehens von der Sequenzialität von Kommunikation her zu betrachten. Das heißt der Hörer zeigt durch eine Reaktion an, welche Art von Verstehen er vollzieht, und der Sprecher hat durch eine zweite Reaktion (also einen dritten Sequenzschritt) die Möglichkeit, dieses Verstehen als richtig oder falsch zu sanktionieren bzw. dem Hörer richtiges oder falsches Verstehen zu bestätigen.

»An jeder dritten Stelle einer kommunikativen Sequenz, so die daraus abzuleitende Generalisierung, fungiert Verstehen als Unterscheidung von richtig Verstehen und falsch Verstehen (von ›Gelingen‹ und ›Misslingen‹ eines intendierten Sprechaktes) in der Kommunikation und wird eine ihrer beiden Seiten bezeichnet« (W. L. Schneider 1996: 273).

Diese Lösung vermag allerdings nicht zu überzeugen. Denn aus einer Perspektive kontingenten Verstehens ist zu fragen, wie denn der zweite Kommunikationsversuch (die Reaktion des Hörers), der die Kontingenz des ersten kitten helfen soll, richtig zu verstehen ist. Denn auch dieses Verstehen erfordert eine Reaktion, die wiederum eine Sequenz von Kommunikationsversuchen nach sich zieht, deren Bedeutungen jeweils durch Kontingenz geprägt sind. Schneiders Antwort würde somit das Problem eher vervielfachen als lösen.

Auch aus Sicht der Sprechakttheorie sind Zweifel angebracht, denn wiederum müsste geklärt werden, auf welchen motivationalen Annahmen die Reaktion des Hörers fußt, wenn auch sie vom falsch Verstandenwerden bedroht ist, ebenso die Reaktion auf die Reaktion usw. Schnell kommt diese Argumentation der Habermas'schen Forderung nahe, den Diskurs als unendlichen Diskurs anzusehen. Als real motivierende Kraft ist eine solche Verkettung von Bestätigungen des Verstehens jedoch kaum glaubhaft zu machen. Insofern bleibt das Problem der Kontingenz von Kommunikation für Habermas ein Problem, das offenbar nur durch Ausschluss wesentlicher Teile kommunikativer Äußerungen aus der Theorie zu lösen ist.

Eine sehr frühe Anmerkung in genau dieser Richtung, die die Kontingenz von Kommunikation als Problem darstellt, das zu einer grundlegenden Veränderung der Sichtweise zwingt, stammt von Niklas Luhmann. Er verweist in einer Kritik an Habermas darauf, dass vielfältige Formen der Sozialität bei Habermas' Begrenzung auf »ernste«, an Begründungen orientierte Kommunikation ausgeschlossen sind. »Sie de-

cken weder den Fall der Liebe, noch den Fall des Streites, noch den der bloßen Wahrnehmung des anderen, den des Ausweichens, den der praktischen Imitation, der primären Sozialisation usw.« (Luhmann 1971: 320f.). Was wie ein empiristisches Argument ansetzt, entwickelt sich aber in die grundsätzlichere Richtung der Kontingenzthese:

»Man kann sehr gut zusammen leben auf Grund der wechselseitigen Überzeugung, dass die Begründungen des anderen falsch sind – auch und gerade dann, wenn jeder die Meinung des anderen über seine Meinung kennt und auch dieses Kennen der Meinung über das Meinen noch bekannt ist und sich wechselseitig stabilisiert hat –, sofern nur ausreichend operativer Konsens beschafft werden kann« (Luhmann 1971: 320f.).

Auch Luhmann geht also von einer Trennung der beiden Phänomene des korrekten Verstehens und der sozialen Bindungswirkung aus, genau wie von Wenzel und Hochmuth ausgeführt wurde. Auch ein in Habermas' Worten »falscher Konsens« kann demnach die soziale Funktion der Kommunikation, die Verständigung (hier allerdings nicht im emphatischen Sinn des Einverständnisses) erfüllen.⁶⁵

Als weitere Kronzeugen der Kontingenz von Kommunikation können auch Streeck und erneut Greve herangezogen werden. Streeck kritisiert den Verstehensbegriff bei Searle mit Verweis auf die pragmatische Dimension, die bei diesem gerade vernachlässigt wird. »The criterion of understanding is not a demonstrable identity in meaning assignments but is the extent to which a reached understanding enables further activity. Understanding in natural discourse is understanding for practical purposes.« (Streeck 1980: 146) Auch er geht also von einer Trennung von Bedeutung und sozialer Wirksamkeit aus, die von Habermas negiert wird. Greve wiederum kommt mit Bezug auf die Trennung von kommunikativem und strategischem Handeln und ihrer Bedeutung für das Verstehen zu folgendem Schluss:

»Der Rekurs auf die Sprache belegt hier das Gegenteil dessen, was Habermas mit ihm zeigen wollte. Sprachliche Äußerungen können in vielen Fällen verstanden werden, selbst wenn den Akteuren lediglich eine Erfolgsorientierung

65 Auch Malsch verweist auf die Bedeutung der Anschlussfähigkeit von Kommunikation als Erfolgskriterium: »In der Umstellung von Kognition auf Kommunikation, durchgeführt als Injektion von doppelter Kontingenz in den Turing Test, hat sich im voranstehenden Kapitel gezeigt, wie Erwartungssicherheit auch aus Fehlidentifikation und nicht allein aus korrekter Identifikation eines Gesprächspartners entstehen kann. Das heißt jedoch nichts anderes, als dass Kommunikation im Unterschied zu Kognition auch im Irrtumsfall erfolgreich sein kann« (Malsch 2005a: 75f.).

unterstellt wird. [...] Die Handlungsorientierungen können demnach generell unabhängig von den Sprechhandlungsformen variieren« (Greve 1999: 256).

Insgesamt scheint diese Kritik an den Implikationen des Kommunikationsbegriffs bei Habermas sowohl einen zentralen Punkt zu berühren als auch substantiell gerechtfertigt zu sein. Für die hier beabsichtigte Untersuchung ist allerdings noch zu klären, inwiefern mit der Grundlage »Kommunikation« auch der speziellere Bereich der Theorie Habermas', die Diskurstheorie, von der Kritik betroffen ist, bevor diese insgesamt als Ansatz zur Beschreibung von Diskursen abgelehnt werden kann.

In der Tat besteht bei Habermas, das wurde in der Darstellung seines Ansatzes deutlich, ein sehr enger Zusammenhang zwischen der Vorstellung von Kommunikation und dem Begriff des Diskurses. Ausgangspunkt der Theorieentwicklung ist ja gerade die Frage, wie sich aus einem kommunikationstheoretischen Fundament die normativen Begründungen gesellschaftlicher Praxis begründen lassen – worauf das diskursive Verfahren die Antwort darstellt. Wie oben gezeigt, geht der Diskurs von einfacher Kommunikation, also von Sprechakten nach Standardbedingungen, aus und kommt mit der Hinterfragung ihrer Geltungsansprüche in Gang. Die Annahme, dass nur intersubjektiv geteilte Geltungsansprüche zur Basis von dauerhafter Kooperation werden können, liegt diesem Diskursbegriff mit der These von der Vorgängigkeit kommunikativen Handelns vor strategischem Handeln zugrunde. Wenn sich aus Kommunikation auch anders als durch einen – ideal unterstellten oder faktisch (also approximativ) geführten – Diskurs Konsens herstellen lässt, wenn sich der Konsens auch durch den Diskurs nicht herstellen lässt, oder wenn sich zeigt, dass die Unterscheidung zwischen richtigem und falschem Konsens nicht nur in der Praxis unter realweltlichen Bedingungen, sondern auch in der Abgeschlossenheit der Theorie nicht konsistent und sinnvoll treffen lässt, dann entfällt auch für den Diskursbegriff die theoretische Grundlage. Diskurse können dann zwar noch immer geführt werden, aber für sie kann nicht mehr unbedingt eine herausgehobene Stellung gegenüber andersartiger Kommunikation beansprucht werden. Ihre Ergebnisse zeichnen sich dann nicht durch eine besondere normative Bindungskraft im Unterschied zu normaler Kommunikation aus, und sie unterliegen selbst Gelingensbedingungen, die in der bisherigen Theorie nur als externe Störfaktoren vorkommen.⁶⁶

66 Vgl. auch Bourdieus Kritik in den Pascaliennischen Meditationen: »Die Vorstellung vom politischen Leben etwa, die Habermas ausgehend von einer Beschreibung der Herausbildung von ›Öffentlichkeit‹ vorträgt, wie sie mit den die Entwicklung einer bürgerlichen Kultur begleitenden und stützenden Institutionen (Presse, Clubs, Kaffeehäuser) im 18. Jahrhundert in

Dennoch hat die Theorie Habermas' wichtige Fragen aufgeworfen, die für jede weitere Überlegung zum Stellenwert und zu den Bedingungen von Diskussionen berücksichtigt werden müssen. So ist entlang der von Schneider aufgebauten Verteidigungslinie zu fragen, wie Kommunikation eigentlich funktionieren kann, wenn es nicht die Verständigung ist, die sie vorantreibt? Welche alternativen Motivationsfaktoren oder konsenssichernden Einrichtungen lassen sich vorstellen? Auch ist der besondere Charakter der Ergebnisse von Diskursen erklärungsbedürftig, sofern er nicht gemeinsam mit der Theorie entsorgt werden soll (und dagegen spricht eine Vielzahl empirischer Beobachtungen, die sich nur mit seiner Hilfe erklären lassen). Es ist also zu fragen, wie Diskurse zur Erhellung von umstrittenen Fragen dienen können, wie sie zu neuen Ideen oder zur Veränderung bestehender argumentativer Positionen führen können? Diese Fragen werden an späterer Stelle in dieser Studie wieder aufzugreifen sein. Als kleiner Ausblick auf den später zu entwickelnden Ansatz kann festgehalten werden, dass der Spielbegriff geradezu zu Begrifflichkeiten auffordert, die die konstitutiven Regeln des Sprachspiels »Diskurs« beschreiben und den Blick auf bestimmte Institutionen lenken, die etabliert sein müssen, bevor sich ein Diskurs – mit den hier skizzierten Charakteristika – entfalten kann. Doch dazu später.

Normative vs. empirische Betrachtung von Diskursen

Sozusagen orthogonal zu den bisher vorgebrachten Einwänden steht die Problematik des Verhältnisses von empirischer Beschreibung und normativer Setzung in der Diskurstheorie. Die dahingehende Kritik an Habermas bezieht sich – zugespitzt formuliert – darauf, dass diese eine rein normative Theorie sei, die zwar durchaus eine Begründung der praktischen Vernunft im Prozessmodell des Diskurses darstelle, soziologisch aber insofern uninteressant sei, als sie von unrealistischen Annahmen, zusammengefasst in den Anforderungen an eine ideale Sprechsituation, ausgehe. Zu einer Beschreibung und Analyse realer sozialer Phänomene könne eine solche Theorie wenig beitragen, allenfalls den Diskurs über die »gute Gesellschaft« bereichern.

Obwohl Habermas selbst den kontrafaktischen Stellenwert seiner Annahmen betont, ist diese Kritik weit verbreitet. Denn wie wir bereits dargestellt haben, verweist Habermas ebenso auf den Gehalt seiner The-

den großen europäischen Nationen in Erscheinung trat, verdunkelt und verdrängt die Frage nach den ökonomischen und sozialen Voraussetzungen, die erfüllt sein müssten, damit die öffentliche Reflexion in Gang käme, die zu einem vernünftigen Konsens führen könnte [...]« (Bourdieu 2001: 84).

orie für die Betrachtung empirischer Kommunikation (vgl. auch Holzinger 2001a: 250). Seine Diskurstheorie soll nicht nur normative Begründungen liefern, sondern ebenso Aussagen über die reale Welt ermöglichen, und die Bedingungen diskursiver Kommunikation sind auf reale Diskurse durchaus anwendbar, wie nicht zuletzt die empirische Deliberationsforschung gezeigt hat (s. Einleitung).

Dennoch wird genau dieser Punkt an Habermas kritisiert. So bemerken etwa Wenzel und Hochmuth zu den formalen Bedingungen, durch die eine ideale Sprechsituation gekennzeichnet ist: »Habermas ist überzeugt, dass solche Bedingungen realisierbar sind. Empirische Forschung verweist eher auf die Irrealität dieser Bedingungen« (Wenzel/Hochmuth 1989: 250). Auch Luhmann wendet sich, wie bereits diskutiert, mit einer spezifisch soziologischen Argumentation gegen den geringen empirischen Bezug der Diskurstheorie (Luhmann 1971: 320f.).⁶⁷ Insbesondere Autoren, die sich mit der politischen Öffentlichkeit und den Diskursen dort beschäftigt haben, sei es im Internet oder in der realen Welt, betonen die große Differenz zwischen empirisch beobachtbaren Strukturen des Diskurses und den Idealisierungen Habermas'. So weist Leggewie auf den notwendig »schmutzigen« Charakter von Kommunikation hin und warnt vor den »elitären und illusionären Konnotationen« des Deliberationsbegriffes:

»Alle Ebenen der ›öffentlichen Meinung‹ sind, im Sinne der Ethnomethodologie, ›Unterhaltung‹, wobei der explizit gesellschaftspolitische oder gar kritische Anteil bekanntlich knapp bemessen ist. ›Unterhaltung‹ (im dreifachen Sinne von Klatsch, Deliberation und Entertainment) umfasst alle Ebenen der lebensweltlichen Kommunikation: In ihr verschmelzen unreflektierte und plebiszitäre Dimensionen des bloßen Fühlens, Meinens und Glaubens mit qualifizierten Aspekten des Wissens und Wollens, und zwar in einer Weise, die dem ›déliberateur avancé‹ und Diskurstheoretiker zuwider sein mögen. Doch ist jede demokratische Kommunikation zunächst ›schmutzig‹, kraus, ungeordnet, uferlos, unkonzentriert, rüde, bisweilen auch ›pornographisch‹ und ›extremistisch‹« (Leggewie 1996: 16, Hervorh. im Orig.).

67 Ähnlich Bourdieu, wenn er bemerkt: »Es genügt daher, zur Öffentlichkeit zurückzukehren, wie sie wirklich ist, um einzusehen, dass der epistemozentrischen Illusion, die dazu verleitet, die Universalität der Vernunft und die Existenz universalisierbarer Interessen zur Grundlage des vernünftigen Konsenses zu erheben, die Ignoranz (oder Verdrängung) der Zugangsbedingungen zur politischen Sphäre und der Diskriminierungsfaktoren (wie Geschlecht, Bildung oder Einkommen) zugrunde liegt – Faktoren, die nicht nur den Zugang zu Positionen im politischen Feld einschränken, wie dies oft und namentlich im Hinblick auf Frauen gesagt wird, sondern grundsätzlicher den Zugang zu artikulierter politischer Meinung [...] und damit zum politischen Feld überhaupt« (Bourdieu 2001: 85f.).

Ähnlich argumentieren Fraser in ihrer Kritik der Habermas'schen Analyse des Strukturwandels der Öffentlichkeit (Fraser 1992) sowie Schudson, der sich gegen die Überfrachtung der Kommunikation mit sozialintegrativen Aufgaben wendet (Schudson 1997). Papacharissi schließlich fasst die idealisierende Vorstellung einer Öffentlichkeit fast lapidar zusammen: »After all, Habermas' vision was one of ›coffee-house‹ small group discussions« (Papacharissi 2002: 17). Jodi Dean urteilt differenzierter, wirft Habermas jedoch ebenfalls vor, sein Modell von souveräner, spontaner Kommunikation in der Lebenswelt sei zu naiv und idealistisch, als dass es sich zu einer Beschreibung der realen Phänomene eignen würde (Dean 2003: 104; vgl. auch Calhoun 1988: 222 sowie Ryfe 2005: 53).

Gegeneinwände gegen diesen Vorwurf richten sich meist auf das unterschiedliche Erkenntnisinteresse. Eine formale Theorie der Begründung des normativ Richtigen handelt nicht notwendigerweise von den empirischen sozialen Bedingungen, unter denen das normativ Richtige auch erkannt bzw. sogar in Handlungen umgesetzt wird.⁶⁸ Dieser Einwand stärkt die normativistische Interpretation der Diskurstheorie gegenüber der empiristischen. Allerdings macht Habermas durch seine Aussagen über empirische Diskurse deutlich, dass er nicht bereit ist, sich auf eine rein normative Theorie zu beschränken:

»Zustimmung zu Themen und Beiträgen bildet sich erst als Resultat einer mehr oder weniger erschöpfenden Kontroverse, in der Vorschläge, Informationen und Gründe mehr oder weniger rational verarbeitet werden können. Mit diesem ›Mehr oder Weniger‹ an ›rationaler‹ Verarbeitung von ›erschöpfenden‹ Vorschlägen, Informationen und Gründen variieren allgemein das diskursive Niveau der Meinungsbildung und die Qualität des Ergebnisses« (Habermas 1992a: 438).

Habermas gibt sich also selbst auf das Niveau empirisch beobachtbarer Kommunikation und gibt Kriterien für ihre Bewertung an. An der hier vorgebrachten Argumentation wird aber auch eine Schwachstelle des normativen Ansatzes deutlich, zumindest solange er solche Idealisierungen beinhaltet wie bei Habermas: die empirisch vorfindbaren Kommunikationsprozesse lassen sich immer nur vor einem Kontrastbild idea-

68 Vgl. Habermas 1992a: 396. So auch, ohne selbst in der Diskussion Stellung zu beziehen, Gerhards und Neidhardt (1990: 5): »Schwierigkeiten für die Forschung ergeben sich allerdings aus der bei Habermas nie völlig aufgegebenen Konfundierung empirischer und normativer Elemente seines Konzeptes, so dass immer wieder ungewiss ist, ob das angesprochene Phänomen eine soziale Bestandsgröße oder aber doch nur eine Art regulativer Idee darstellt«.

ler Kommunikation, des idealen Diskurses, bewerten, den sie allerdings – das gehört zum Wesen der Idealisierung – nie erreichen können. Insofern erscheinen empirische Phänomene immer nur mehr oder weniger defizitär, können aber in ihren Leistungen, die sie vielleicht dennoch haben, nicht analysiert werden. Zum Beispiel lässt sich annehmen, dass ein Diskurs sehr fruchtbare Ergebnisse erbringt, die vielfältige und durchaus normativ erwünschte Folgen haben. Die Theorie kann die Leistungen eines solchen Diskurses allerdings kaum würdigen, weil sie dennoch als defizitär erscheinen vor dem Modell des idealen Diskurses, und weil ihre Ergebnisse gerade unter dem Einfluss von Machtstrukturen oder anderen Verzerrungen zustande gekommen sind. Die Frage, welche Art von Verzerrungen zu besseren oder schlechteren Ergebnissen führt, lässt sich mit einer solchen Theorie nicht sinnvoll stellen. Insofern ist die Theorie vor Schwierigkeiten gestellt, über die Feststellung eines allgemeinen Defizits hinausgehend eine differenzierte Bewertung der empirischen Kommunikationsprozesse zu liefern. Nicht nur kann aus dem Sein nicht auf das Sollen zurückgefolgert werden, auch die Bewertung des Seins vor dem Hintergrund des Sollens ist problematisch, wenn dem Sollen Idealisierungen zugrunde liegen, die eine Kluft zur Empirie aufreißen.⁶⁹

Die Problematik der Anwendung Habermas auf die Empirie soll anhand eines speziellen Falls, der Untersuchung von real vorkommenden Verhandlungen, vertieft werden. Zwar sind Verhandlungen etwa im Gegensatz zu politischen Diskussionen viel weniger im Zentrum der Habermas'schen Ansprüche, das Auftauchen kommunikativen Handelns wäre eher kontraintuitiv in einem Bereich, der durch strategisches Handeln gekennzeichnet zu sein scheint. Doch zum einen ergibt sich aus der These des Originalmodus des kommunikativen Handelns, dass auch in strategischen Verhandlungen die Teilnehmer nicht auf kommunikatives Handeln verzichten können, und zum anderen hat sich an dieser Frage eine Diskussion insbesondere unter Politologen entwickelt, die auf eine empirische Lesart verweist, aus der für die hier vorliegende Arbeit interessante Abgrenzungen gewonnen werden können. Implizit von dieser Diskussion ausgehend, lässt sich folgern:

»Statt wie Jürgen Habermas Argumentationen im Rahmen deliberativer Politik als ›kooperativen Wettbewerb um bessere Argumente‹ (Habermas 1996a: 61) in struktureller Homologie zum idealen Markt zu fassen (vgl. Elster 1986; Nullmeier 1995) und sie als rationales und depersonalisiertes Prozessieren von Behauptungen, Gründen, Geltungsansprüchen und Geltungszuschreibungen zu

69 Vgl. dazu Peters 2000: 279.

begreifen, ist ein Modell des Argumentierens zu entwickeln, das *Argumentieren in Entscheidungssituationen als sozialen Akt* begreift« (Hurrelmann et al. 2002: 560f., Hervorh. im Orig.).

Die Kritik an der These, bei Diskursen handle es sich letztlich um Argumentation, also um einen spezifischen Modus der Kommunikation neben anderen möglichen, liegt darin, dass damit das Primat des kommunikativen Handelns als eine moralisch ausgezeichnete, weil zu normativ bindendem Einverständnis führende Form des Handelns aufgebrochen wird. Diskursive Kommunikation ist demnach »nur« Argumentation, sie kann neben und im Vergleich mit anderen Formen analysiert und bewertet werden, hat aber keine normativ begründete Vorrangstellung mehr. Das ist bei Habermas noch anders. Wie Krämer sagt, sieht er »Argumentieren als Fluchtpunkt allen Kommunizierens« (Krämer 2001: 90). »Der prosaische Sinn der Idealisierungsstrategie besteht darin, das Argumentieren zu einem Prototypus für das zu machen, was als ›Kommunikation‹ gilt. Das Argumentieren ist dann ›reine Kommunikation‹« (Krämer 2001: 89). Für Habermas besteht also der Zusammenhang zwischen dem Argumentieren und der normativen Geltung von Aussagen darin, dass Aussagen, solange sie argumentativ gerechtfertigt werden können, auch Geltung haben.⁷⁰

Nach Holzinger (die hier stellvertretend für eine ganze Debatte in der »Zeitschrift für internationale Beziehungen« steht) lassen sich Verhandeln und Argumentieren als die zwei für politische Aushandlungsprozesse wesentlichen Kommunikationsformen jedoch gerade nicht durch die Handlungsmotive der Sprechenden unterscheiden, sondern

70 Daran schließt sich eine weitere Kritik an, die hier jedoch nur am Rande erwähnt werden soll: die logoszentrierte Betrachtung von Sprache. Habermas konzipiert den Diskurs weitgehend nach der Logik spezifischer Teilsysteme der Gesellschaft. Krämer verweist auf das Rechtssystem, ebenso ließe sich aber auch auf den wissenschaftlichen Diskurs als Modell verweisen (s. unten). Entgegen seiner selbst bekundeten Absicht – »Die Logik des Diskurses wird nur in Abhebung von ›logischer Notwendigkeit‹ erläutern können, was ›rationale Motivation‹ bedeutet; diese Erläuterung wird sich zirkulär auf den eigentümlich zwanglosen Zwang des besseren, weil einleuchtenderen Argumentes berufen müssen« (Habermas 1984a: 115f.) – muss Habermas doch auf die Logik zurückgreifen, denn die Argumentation soll sich ja gerade nicht an externen Einflüssen orientieren, sondern nur am jeweiligen Wahrheitsgehalt von Aussagen. Auch wenn die Anerkennung selbst nicht aus logischer Notwendigkeit folgt, so wirft dies aber immer zurück auf eine Diskussion nach akademischem Vorbild (wogegen sich auch die Kritik Bourdieus am scholastischen Denken bei Habermas richtet), und Habermas räumt der formalen Logik entsprechend auch den höchsten Stellenwert in seiner Hierarchie der Abstraktionsstufen sprachlicher Analyse ein (Habermas 1984a: 92).

vielmehr nach dem Kontext, in dem sie empirisch vorkommen, also dem Konfliktgegenstand, zu dessen Lösung sie eingesetzt werden. Der Idealtypus des Verhandeln beschreibt demnach

»die gegenseitige Anpassung der Forderungen und Wünsche entweder im Wege des Nachgebens durch Verzicht auf das eigene Idealziel oder das voraussetzungslose bzw. durch relative Machtverhältnisse beförderte Anerkennen der Forderungen des anderen. Das idealtypische Argumentieren dagegen versucht, den anderen durch Überzeugen zum Verzicht auf seine Anschauung oder Position zu bringen. Es appelliert an Einsicht, nicht an Bereitschaft. *Zweifellos sind Argumentieren und Verhandeln unterschiedliche Kommunikationsmodi. Der eigentliche Unterschied liegt nicht in den Handlungsmotiven, sondern in der Art des Konfliktgegenstands.* Dieser entscheidet, welcher Kommunikationsmodus gewählt werden muss, kann oder darf« (Holzinger 2001a: 268, Hervorh. im Orig.).

Es gibt somit also gute Gründe, von der besonderen Auszeichnung des Argumentierens als eines normativ überlegenen Kommunikationsmodus abzusehen. Sicher kann durch Argumentation Einverständnis hergestellt werden, aber nur solange die Teilnehmer akzeptieren, dass nur argumentative Beiträge Geltung haben sollen. Daher sind institutionelle Vorkehrungen zu treffen, die die Geltung der Ergebnisse des Diskurses erst sicherstellen; von einem »zwanglosen Zwang« kann also nicht die Rede sein (vgl. auch Pellinzoni 2001). Während sich dieses Argument noch konsistent mit Habermas' Theorie in Einklang bringen lässt, ist jedoch auch davon auszugehen, dass die Chancen zur rationalen Argumentation bei den an einem Konflikt Beteiligten nicht gleichverteilt sind, zum einen, was ihre Kompetenzen als Sprecher angeht, zum anderen, was die Eignung des Konfliktgegenstandes für einen Diskurs angeht.

Was die Sprecherkompetenzen angeht, so sind die Fähigkeiten zur rationalen Argumentation sicher ungleich in der Gesellschaft verteilt.⁷¹ Und selbst unter Sprechern mit einer vergleichbaren Kompetenz sind die praktischen Bedingungen eines Diskurses, die Einbettung des Diskurses in Zeit und die Wirkungen der Zeit auf den Diskurs nicht zu unterschätzen. Ein Argument oder eine Gegenthese ergibt sich vielleicht erst durch längeres Nachdenken oder die Diskussion mit anderen – Möglichkeiten,

71 Habermas gesteht zwar den idealisierenden Zug, den er hier vornimmt, ein, will aber letztlich an einer anthropologischen Begründung rationalen Konsenses festhalten, eine Argumentation, die nur von der grundlegenden Gleichheit aller Menschen ausgehen kann. Hintergrund ist der Universalisierungsanspruch seiner Formalpragmatik, der sich nicht nur von unterschiedlichen Kontexten nicht beeindrucken lassen will, sondern auch nicht von unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen.

die zwar im idealen Diskurs gegeben sein mögen, in der realen Diskurspraxis jedoch nicht zur Verfügung stehen.

Was die Eignung von Konfliktgegenständen für Diskurse angeht, so setzen Argumentationen faktische Kenntnisse, also Wissen über den Gegenstand voraus, der zur Diskussion steht. Argumentativ lässt sich also nur begründen, worüber bereits genügend Kenntnisse bestehen. Bei allen Fragen, die durch eine temporäre oder gar grundsätzliche Unsicherheit gekennzeichnet sind, schaffen Diskurse daher eher Probleme, als dass sie zu einer Lösung beitragen könnten. Ein Beispiel dafür sind Fragen der Umweltpolitik, die Voraussagen über Folgen heutiger Entscheidungen bis weit in die Zukunft hinein erforderlich machen und regelmäßig zeigen, dass die nötige Faktenlage nicht hinreichend geklärt ist, um zu einer Entscheidung beitragen zu können. Solange Habermas an dem Weltbezug von kommunikativem Handeln als zentralem Merkmal festhält, bleiben diese Beispiele ein Problem.

In beiden Fällen kann Habermas der Argumentation nur dadurch begegnen, dass er auf den nicht empirischen, idealen Charakter des Diskurses und seiner Bedingungen verweist, die in realer Kommunikation nur vorausgesetzt werden, nicht jedoch tatsächlich erfüllt sein müssen. Diese Argumentation bedeutet jedoch ein Ausweichen in die normativistische Interpretation, der empirische Anspruch lässt sich demgegenüber nicht mehr aufrechterhalten. Jedoch bleibt selbst bei dieser Ausweichstrategie notwendiges Kriterium, dass die Bedingungen eines Diskurses potentiell erfüllbar sein müssen – eine These, die vor dem Hintergrund dieser Argumente angezweifelt werden darf. Und schließlich verändert sich unter der Voraussetzung ungleicher Chancen in argumentativen Diskussionen der Charakter von Argumenten. Sind sie in der Habermas'schen Sichtweise reiner Selbstzweck der Verständigung, so werden sie nun durchaus zu Mitteln, um bestimmte andere Zwecke zu erreichen. Denn die argumentativ begünstigte Seite kann sich sowohl der Argumente als auch der These der normativen Höherwertigkeit von Argumenten bedienen, um sich in der Diskussion einen Vorteil zu verschaffen. Argumente werden so zu Waffen in einem Kampf um Geltung, die normative Bindungskraft rationaler Argumente zu einem Spieleinsatz unter den Kontrahenten in einem Konflikt-Diskurs.

Eine Zwei-Welten-Theorie der Kommunikation?

Nach diesem Ausflug in die empirischen Gefilde soll abschließend ein Kritikpunkt diskutiert werden, der die bisherigen Aspekte umfasst und gleichzeitig verallgemeinernd zusammenführt. Es geht um das der Theorie zugrunde liegende Weltbild, man könnte auch sagen Paradigma,

zweier getrennter Welten, der Empirie und der Theorie, des Interesses und der Vernunft oder auch der Handlung und der Reflexion. Wie bereits durch die zwei Interpretationsvorschläge angedeutet, stellt sich Habermas' Theorie letztlich als zwiagespalten dar zwischen den Anforderungen einer praktischen Philosophie, wie sie in der an normativen Aspekten interessierten Interpretation im Vordergrund steht, und denen einer auf die Empirie bezogenen soziologischen Theorie, die entsprechend in der auf empirische Anwendbarkeit abzielenden Ausdeutung vorherrscht. Zum Problem wird diese Gespaltenheit, weil die Theorie beide Bereiche behandeln möchte, die Verbindung bzw. der Übergang zwischen beiden jedoch nicht plausibel gemacht werden kann.

Die Spaltung lässt sich am Begriffspaar der Kommunikation und des Diskurses bzw. des Handelns und des Reflektierens deutlich machen. Während Habermas eine Kommunikationstheorie der Gesellschaft aufstellen möchte (vgl. Habermas 1984a: 59ff.), also das Phänomen der Kommunikation zur Grundlage einer Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit machen will, betritt er mit dem Begriff des Diskurses, in der oben erläuterten idealistischen Form, die der Begriff bei ihm hat, eine Welt, die nicht mehr mit den empirisch beobachtbaren Phänomenen der Kommunikation zu tun hat. Habermas selbst unterscheidet Kommunikation und Diskurs in dieser Weise:

»Wir können mithin zwei Formen der Kommunikation unterscheiden: *kommunikatives Handeln* (Interaktion) auf der einen Seite, Diskurs auf der anderen Seite. Dort wird die Geltung von Sinnzusammenhängen naiv vorausgesetzt, um Informationen (handlungsbezogene Erfahrungen) auszutauschen; hier werden problematisierte Geltungsansprüche zum Thema gemacht, aber keine Informationen ausgetauscht« (Habermas/Luhmann 1971: 115).

Diese Teilung (die sich im Übrigen auch noch in der »Theorie des kommunikativen Handelns« und späteren Werken findet) wird verdeckt durch die Entscheidung, nicht Kommunikation im eigentlichen Sinne, sondern Sprache zum Ausgangspunkt der Sozialtheorie zu nehmen.

»Die Sprache ist ein Medium, das zugleich den Vollzug eines Handelns und seine Dispensierung ermöglicht, indem sie zwei Formen des Sprachgebrauches bereitstellt: die alltägliche Kommunikation und den Diskurs, in und durch den wir uns befreien können von Missverständnissen, Verstrickungen und Zwängen, die dem Kommunikationsgeschehen eigen sind« (Krämer 2001: 74).

Sprache ist demnach ein übergreifendes Moment, in dem die beiden Welten sich vereint zeigen. Habermas vollzieht den Schwenk von Kommunikation zu Sprache als grundlegendem Paradigma im Zuge der

Aneignung der Sprechakttheorie. Die Sprechakttheorie ist zunächst eine linguistische Theorie der Sprache (Austin), mit allerdings starker Betonung der pragmatischen Dimension im Gegensatz zur syntaktischen oder semantischen. Zur Grundlage einer soziologischen Kommunikationstheorie wird sie durch die Verbindung von Illokutionen mit Intersubjektivität, also mit der Verbindung der Intentionen des Sprechers und der Bereitschaft des Hörers, sich auf diese einzulassen. Diese Wendung ist Habermas zu verdanken.

Trotz des Versuchs, auf dieser Basis eine Kommunikationstheorie (und auf dieser wiederum eine Gesellschaftstheorie) aufzubauen, gelingt es ihm jedoch nicht, die Ebene der Kommunikation mit der Ebene der Reflexion, der Kritik der in den Sprechakten implizierten Geltungsansprüche zu verbinden. Unseres Erachtens liegt die Problematik dabei im Begriff der Vernunft, der für die Ebene des Diskurses reserviert bleibt. Mit dem Rekurs auf Vernünftigkeit bzw. vernünftiger Rede gewinnt Habermas zwar den gewünschten Universalcharakter seiner Theorie, was die normative Seite angeht. Gleichzeitig ergeben sich jedoch Probleme, die andere, empirische Seite noch beschreiben zu können. Dies gelingt zwar, jedoch nur als vermachtete, verzerrte Kommunikation vor dem Hintergrund des idealen, vernünftigen Kommunizierens im Diskurs. Die Trennung der beiden Ebenen wird dadurch besiegelt, denn dieses defizitäre Kommunizieren kann nun nicht mehr zur Grundlage des Diskurses werden, der doch eigentlich auf Kommunikation beruhen sollte. Wie aber soll in Diskursen kommuniziert werden, wenn nicht kommuniziert werden kann, weil dies das Unreine in den Diskurs importieren würde?

Habermas bietet insgesamt zwei Wege an, die die beiden Ebenen verbinden sollen: Erstens die (beinahe) transzendente Wende, wonach die Kommunikation in der real beobachtbaren Gesellschaft ihrerseits auf der Grundlage des Diskurses, speziell der Präsupposition der Bedingungen der idealen Sprechsituation beruhen soll. Dies erscheint zum einen als Zirkel, zum anderen bleibt unklar, wie dies auf nicht-transzendentalen Weg geschehen soll. Ideale Sprechsituationen werden von Habermas nämlich nicht etwa als transzendente Bedingungen der Möglichkeit von Kommunikation angeführt, sondern als faktisch in der Kommunikation operativ wirksame Unterstellungen. Das hieße aber, den Kommunizierenden mit der stets mitlaufenden Kalkulation aller möglichen sich ergebenden Diskurse seiner und der Äußerungen anderer Sprecher zu überfordern.

Außerdem stützt sich der Diskurs auf das Argumentieren, und dieses entspringt weit weniger der Lebenswelt, worin sie Habermas verankert, sondern vielmehr der systemischen Welt, etwa dem akademischen Diskurs, in dem sich das Argumentieren in einer langen Tradition der Rhe-

torik und des Diskutierens herausgebildet hat (vgl. Krämer 2001: 272), oder dem Rechtssystem, in dem sich die Tradition der Begründung von moralischen Urteilen erst herausbilden und institutionalisieren musste, die Habermas nun für seinen Diskursbegriff in Anspruch nimmt (vgl. Krämer 2001: 83: »Der Diskurs wird zum Gerichtshof der Kommunikation«). Insofern kann man ihm also durchaus eine Verwechslung von Gegenstandsbereichen vorwerfen, wenn er den Diskurs in der Lebenswelt verortet und die Verzerrungsfaktoren und externen Einflüsse in den Systemen, tatsächlich aber die Voraussetzungen der vernünftigen Rede sich erst mit der Entwicklung funktional differenzierter Sphären der Gesellschaft entwickeln (was von Habermas in »Strukturwandel der Öffentlichkeit« ja auch dargestellt, allerdings anders interpretiert wird) und auf die lebensweltliche Kommunikation, die mit Leggewie als »dreckige« und keineswegs als reine vorgestellt werden muss, zurückwirken (vgl. zu dieser Argumentation auch Bourdieu 2001: 85ff.).⁷²

Der zweite Weg der Verbindung stützt sich auf die empiriebezogene Komponente in Habermas' Theorie. Habermas schlägt vor, die real vorkommenden Diskurse als Verwirklichung der idealen Diskurse zu betrachten, die für ihn zum kommunikativen Handeln gehören. Genau wie er von einer »methodisch kontrollierten« Rückführung der Idealisierung der Theorie spricht, kann er auch davon ausgehen, dass die Diskurse der Politik und des Rechts eine Vorstufe von »reinen« Diskursen sind, in denen die Bedingungen idealer Sprechsituationen näherungsweise verwirklicht sind. Wiederum fällt auf, dass die Beschreibung der Empirie nur als minderwertig, als Approximation an das Ideal möglich ist. Außerdem steht dieses Argument orthogonal zu dem der kontrafaktischen Unterstellung – wenn wir die Idealisierung faktisch erreichen können, warum müssen wir sie dann kontrafaktisch unterstellen? Wie lässt sich die Macht der Verzerrungsfaktoren eindämmen, die doch angeblich im Widerspruch zum kommunikativen Handeln stehen? Keine der beiden aufgezeigten Verbindungsmöglichkeiten kann daher letztlich überzeugen, in ihrer Dualität bestätigen sie eher die These der Zwiespaltenheit der gesamten Theorie. Habermas bleibt eine Erklärung schuldig, wie denn in Diskursen prozessiert wird, wenn nicht durch Kommunikation, also unter Bedingungen gesellschaftlicher Einflussfaktoren? Somit bleibt der Diskursbegriff selbst unterbestimmt – was ihn insbesondere für eine Anwendung auf real ablaufende Diskussionsprozesse problematisch macht.

72 Kieserling dagegen lobt Habermas' Analyse der Reflexionstheorien der systemischen Teilbereiche als Versuch, diese aus der externen Perspektive des kommunikativen Handelns ernst zu nehmen und in diese und damit in die Lebenswelt zu reintegrieren (vgl. Kieserling 2000).

Theorie des Diskurses oder Diskurstheorie?

Diese Kritikpunkte münden schließlich in einer skeptischen Bewertung der Eignung der Habermas'schen Diskurstheorie für eine theoretische Beschreibung von Diskursen. Als Fazit der Diskussion lässt sich festhalten, dass die Habermas'sche Diskurstheorie keine überzeugende Theorie des Diskurses liefern kann – sofern man diesen nicht als ethisches Problem definiert, sondern als real ablaufendes kommunikatives Geschehen. Damit ist weder gemeint, dass eine Theorie des Diskurses nicht normativ sein sollte – die Analyse ergibt vielmehr, dass Habermas durchaus die richtigen Fragen (nämlich zugleich empirische als auch normative) stellt und zu in ihren praktischen Konsequenzen überaus interessanten Antworten kommt. Allein seine theoretische Begründung bzw. Herleitung vermag nicht zu überzeugen, da sie den selbst aufgestellten Anspruch einer kommunikationstheoretischen Fundierung der soziologischen Theorie nicht erfüllen kann.

Habermas Ergebnis ist eine *Diskursethik*. Er kann den Diskurs nur normativ setzen und ihn in seinen Einzelheiten vorgeben, nicht aber von empirischen Gegebenheiten ausgehend abstrahieren und diese auf ihn einrichten. Jeder tatsächliche Diskurs kann nur als mehr oder weniger negativ charakterisiert werden vor dem normativ selbstgesetzten Ideal des Diskurses. Als Problem der Ethik lässt sich dieser Diskursbegriff rechtfertigen, nicht aber als ein analytisches Instrumentarium für die Untersuchung der Bedeutung und Leistungen von Diskursen.

In dieser Schlussfolgerung treffen sich die inhaltlichen Kritikpunkte (Abschnitte a und b) mit der Kritik am Dualismus der Theorie (Abschnitt c). Sie weist außerdem über die reine Fragestellung dieser Arbeit hinaus auf ein grundlegendes Problem der Habermas'schen Theorie, nämlich das, nur unzureichend reflektieren zu können, was ihre tiefste Grundlage ist. Es geht letztlich um ein Paradigmen-Problem: Die von Habermas gewählte Ausgangstheorie – die Sprechakttheorie – kann der Kritik nicht standhalten, wenn sie von dem eigentlich linguistischen Anwendungsbereich auf gesellschaftliche Phänomene übertragen wird.

Insofern ist abschließend festzustellen, dass Habermas keine kommunikationstheoretische Grundlegung der Gesellschaftstheorie gelingt, weil seine Kommunikationstheorie erhebliche Mängel aufweist. Für eine Betrachtung von Diskursen und eine Theorie des Diskurses ist ein klarer und gesicherter Begriff von Kommunikation jedoch zentraler Ausgangspunkt (selbst Derrida, der die Frage der Möglichkeit eines einheitlichen Kommunikationsbegriffes aufwirft, arbeitet letztlich mit einem bestimmten, einheitlichen Begriff von Kommunikation). Auch die beiden Interpretationsweisen, die oben als in sich konsistente, wenn auch je ein-

seitig gewichtende Lesarten der Theorie von Habermas dargestellt wurden, sind anfällig für Kritik: die empiriebezogene, weil sie der theoretischen Grundlage in einem Begriff von Kommunikation gerade entbehrt, die normativ ausgerichtete, weil sie nur eine Theorie der Ethik liefern kann, nicht aber auf den materialen Gegenstand »Diskurs« anwendbar ist.

Was lässt sich darüber hinaus von dieser letztlich zwangsläufig an der Oberfläche verbleibenden Auseinandersetzung mit dem umfangreichen und in steter Weiterentwicklung befindlichen Werk von Habermas lernen, in der dennoch einige zentrale Fragen und Probleme aufgeworfen wurden? Wir halten fest, dass an Diskurse (gerade an real beobachtbare) bestimmte Erwartungen gestellt werden können. Diese betreffen zum einen die Rationalität und Legitimität, aus der sich auch eine normenkritische Funktion ergibt, zum anderen aber auch Aspekte wie die schöpferische Kraft oder Kreativität, die einem Diskurs innewohnt (zu denken ist etwa an die Fähigkeit, in einem Diskurs die Problemsicht zu definieren bzw. zu modifizieren),⁷³ sowie die soziale Integration, die von einem Diskurs gestiftet werden kann, wenn durch ihn Probleme der Exklusion überwunden werden. Diese Eigenschaften sind zunächst plausibel erscheinende Errungenschaften diskursiver Praktiken. Nun ist zu fragen, woher solche Ergebnisse von Diskursen rühren und welche alternativen Theoriebausteine sie erklären können?

Daneben erscheint die grundlegende Argumentationsstruktur bei Habermas ausgesprochen interessant und vielversprechend. Habermas geht im Wesentlichen davon aus, dass aus bestimmten prozeduralen Eigenschaften der Kommunikation, das heißt also aus dem Wechselspiel von Strukturaspekten und der Dynamik von Kommunikationsprozessen, bestimmte inhaltliche bzw. substantielle Eigenschaften folgen. Bei Habermas sind dies wie erläutert die eben erwähnten Errungenschaften von Diskursen, also ihre normative, sozial-integrative und kreative Wirkung, die sich aus den Bedingungen eines idealen Diskurses, also der Reziprozität, der Öffentlichkeit, der Gleichberechtigung, des ernsthaften Mitwirkens etc. ergeben.

Auch wenn bezüglich solcher Erwartungen und Zumutungen an Diskurse zunächst Skepsis angesagt ist, diese also wie oben dargelegt den Ausgangspunkt, nicht aber das Ergebnis von Untersuchungen bilden, können wir dieses Argumentationsmuster als Kriterium bzw. Leitlinie für die empirische Analyse von Diskursen übernehmen: Welche

73 Vgl. auch Joas (1992), der seine Handlungstheorie insbesondere auf diesen Aspekt aufbaut und dazu unter anderem – gewissermaßen an Habermas vorbei – auf Gedanken von Peirce zurückgreift (ebd.: 197).

prozeduralen Eigenschaften, welche Kombinationen von strukturellen und dynamischen Aspekten eines Diskurses sorgen für welche inhaltlichen Ergebnisse, Verläufe oder Entwicklungen im Diskurs? Neben Grundlagen für das Modell des Spiels als Beschreibungsform von Diskursen, das in kritischer Abgrenzung zu Habermas gewonnen wurde, haben wir weitere Anhaltspunkte sowohl für Fragestellungen als auch für Erklärungsstrategien gefunden, die in der hier zu unternehmenden Analyse weiterverfolgt werden sollen.

UNTERSUCHUNGSSTRATEGIE UND ANGEWANDTE METHODEN

Die Wahl einer Untersuchungsstrategie orientiert sich an der übergreifenden Fragestellung der Arbeit: Nach welchen Strukturen vollzieht sich die Kommunikation in den Online-Diskussionen und wie lassen sich diese theoretisch beschreiben? Das bereits referierte Modell des deliberativen Diskurses nach Habermas bietet uns dazu – bei aller Kritik, die sich in der theoretischen Diskussion ergeben hat – die zentralen Kategorien, nach denen sich die kommunikativen Merkmale von Deliberation empirisch fassen lassen. Dies sind die Ebenen der Akteure (wobei es um die Frage der Einbeziehung von Akteuren in den Diskurs geht), der Themen (Frage der Themenstruktur der Diskurse) und der Form der Kommunikation (Frage der formalen und zeitlichen Strukturierung). Diese drei Ebenen entsprechen bis auf die dritte der Gliederung der Sinn Dimensionen in eine soziale, sachliche und zeitliche Dimension, die sich als Leitunterscheidung gerade auch für empirische Untersuchungen bewährt hat. Sie stellen für unsere empirische Untersuchung von Diskursen das grobe Analyseraster dar.

Allerdings ist als grundsätzliche Problematik zunächst zu diskutieren, wie die Konfrontation der normativen Theorie von Habermas mit der Empirie aussehen kann. Denn in der strengen Lesart ist die normative Theorie nicht unmittelbar auf die empirische Wirklichkeit bezogen, sondern versteht sich vielmehr als philosophischer Beitrag, der nur die Grenzen des normativ Wünschbaren bzw. Gerechtfertigten absteckt, nicht aber mit Fragen der empirischen Adäquanz beschäftigt ist. Diesem Problem haben sich bereits andere Forscher gestellt, und wir können von ihren Antworten profitieren.

Eine Antwort wurde von Gerhards gefunden, der in einem Aufsatz eine »empirische Überprüfung der Theorie von Jürgen Habermas« unternimmt (Gerhards 1997) – wenn auch nicht zur Theorie des Diskurses im speziellen, sondern zur Öffentlichkeit im weiteren Sinn. Er versucht nicht, die normativen Aussagen der Theorie unmittelbar mit der Empirie zu verbinden, sondern richtet sein Augenmerk stattdessen auf diejenigen Annahmen, die der Theoriekonstruktion als Annahmen über die empirischen Bedingungen von Kommunikation zugrunde liegen. Erst auf diesem Weg lässt sich abschätzen, inwiefern die Habermas'sche Theorie der deliberativen Demokratie ein auch empirisch adäquates Modell der Öffentlichkeit ist.

In der Tat gelangt Gerhards zu der Schlussfolgerung, das liberale Modell von Öffentlichkeit sei angemessener als das deliberative, weil es der Realität besser entspricht. Allerdings ist bei grundlegender Sympathie für das Vorgehen gegen die Ergebnisse einzuwenden, dass die Verbindung der empirischen Grundlagen der normativen Theorie mit den empirisch überprüfbaren Merkmalen einige Fragen aufwirft. So werden weniger die kommunikativen Voraussetzungen von diskursiver Öffentlichkeit operationalisiert und überprüft als vielmehr die Diskursivität der Kommunikation, also die Ergebnisse. Diese eignen sich aber nicht zur Überprüfung des theoretischen Konzeptes selbst (auch und gerade nicht in einem Theorievergleich mit anderen Konzepten wie dem liberalen Modell der Öffentlichkeit), da sie ja selbst im Rahmen der Theorie entwickelt worden sind. Wenn die Realität den Vorgaben der Theorie also nicht entspricht, bleibt neben der Möglichkeit, dass die Theorie fehlerhaft konzipiert ist, immer auch die Möglichkeit, dass die Realität nicht den idealen Vorgaben der normativen Theorie entspricht.

Dieses Problem kennzeichnet auch eine zweite Art des Umgangs mit der empirischen Überprüfung normativer Theorien. Verschiedene Autoren, insbesondere Wissenschaftler, die sich in neuerer Zeit mit der empirischen Untersuchung von Deliberation beschäftigt haben, benutzen die Theorie von Habermas als »normative yardstick«, also als Maßstab, an dem sich die politische Realität beurteilen lässt (vgl. z. B. Nanz/Steffek 2005; Steiner et al. 2004; Steenbergen et al. 2003). Diese Art der Betrachtung entspricht sicherlich den Intentionen des Urhebers der normativen Theorie und der grundlegenden Absicht kritischer Theorieentwicklung. Allerdings lässt sich fragen, inwiefern unter diesen Bedingungen eine Überprüfung der Theorie selbst noch möglich ist, wie sie von der wissenschaftlichen Selbstreflexion erwartet werden kann und zur Weiterentwicklung der Theorie notwendig ist. Denn die Theorie wird hier bereits durch den Untersuchungsansatz als gültig vorausgesetzt, jedes mögliche Ergebnis der Untersuchung kann nur noch für eine Bewertung

der politischen Realität *aus der Perspektive der Theorie* herangezogen werden, nicht aber für eine Beurteilung der Theorie selbst. Insofern sind die Ergebnisse dieser Untersuchungen für uns zwar durchaus interessant, die dahinterstehende Analysestrategie für die in dieser Arbeit im Vordergrund stehenden Fragestellungen allerdings nicht geeignet.

Denn in der vorliegenden Arbeit soll es, wie erläutert, weniger darum gehen, eine bereits entwickelte Theorie empirisch zu überprüfen, sondern vielmehr um die Kritik und Weiterentwicklung der theoretischen Grundlagen, auf denen die zentralen Annahmen und Aussagen der Theorie beruhen. Zur empirischen Umsetzung dieses Untersuchungsinteresses erscheinen die etablierten hypothesenprüfenden Verfahren weniger geeignet, da ihre Anwendung eine etablierte theoretische Basis voraussetzt. Demgegenüber entscheiden wir uns für die zwar weniger etablierten, dafür aber auch in ihrer Behandlung des empirischen Materials weiter greifenden entdeckenden Verfahren (Kleining 1995).

Entsprechend der Forderung nach einer möglichst großen Variation der Perspektiven auf den Untersuchungsgegenstand soll in dieser Untersuchung ein Methodenmix angewandt werden, der statistische Verfahren mit Ansätzen der vergleichenden Fallstudie zusammenbringt und je nach spezieller Fragestellung einen quantitativ orientierten oder einen qualitativ orientierten Zugang zum empirischen Material wählt. Nach Kleining ist eine strikte Unterscheidung von Zugangsweisen bei der entdeckenden Forschung, der es um das Finden und die Formulierung von Theorien geht, nicht weiterführend (ebd.: 40ff.). Daher wird in dieser Studie nicht zwischen der Hypothesenaufstellung und ihrer Überprüfung unterschieden. Vielmehr ist der Forschungsprozess als Dialog mit dem empirischen Material angelegt, in dem jede Erkenntnis, jede Antwort auf eine Frage zu einer neuen, weiterführenden Frage motiviert, die wiederum zu beantworten versucht wird (vgl. ebd.: 250ff.).

Gegen ein strikt positivistisch-hypothesenprüfendes Vorgehen sprechen auch die speziellen Eigenschaften der zu untersuchenden Online-Diskurse. Wie für realweltliche Zusammenhänge typisch, stellen diese »meaningful but complex configurations of events and structures« dar (Ragin 1997: 30), die eine kontrollierte Variation von Bedingungen wie in Experimenten nicht erlauben. Da Online-Diskussionen aber zwangsläufig in einen umfassenden Kontext ganz unterschiedlicher sozialer Felder und Interessen der Akteure eingebunden sind, sehen wir keine andere Möglichkeit, dieses Phänomen adäquat zu untersuchen, als durch Rückgriff auf »echte« Daten, die nicht aus Experimenten gewonnen wurden, sondern aus der unmittelbaren Beobachtung der Diskussionen selbst.

Vor allem aufgrund der Neuheit des Gegenstands politischer Online-Diskurse ist die Fallzahl in dieser Untersuchung begrenzt, so dass sich eine sogenannte »many variables – small n«-Konstellation ergibt (Berg-Schlosser/de Meur 1997). Einer kleinen Zahl von Fällen steht dabei eine große Variabilität der Merkmale gegenüber, sowohl hinsichtlich der Zahl der interessanten Variablen als auch der Ausprägungen dieser Variablen. Diese Konstellation stellt die herkömmliche statistische Methodik vor Probleme, da die Varianz zwischen den einzelnen Fällen, auf deren Untersuchung die meisten statistischen Verfahren beruhen, eher gering ausgeprägt ist. Andererseits verbietet sich auch eine rein qualitative Herangehensweise, da zum einen die Komplexität bei neun Fällen und einer großen Zahl von Variablen zu groß ist und zum anderen die Fälle intern einen so großen Umfang an Daten liefern (ca. 400 bis fast 4000 Diskussionsbeiträge), dass eine qualitative Herangehensweise bereits mit einem einzigen Fall überfordert wäre.

Auswahl des Gegenstands der empirischen Untersuchung

Bevor wir zu den in dieser Untersuchung verwendeten Methoden selbst kommen, soll zunächst das für die empirische Untersuchung verwendete Sample an Fällen beschrieben werden. Wie erwähnt, soll diese Studie zu neuen Erkenntnissen über öffentliche Diskurse führen. Dies ist bereits durch den Untersuchungsgegenstand gegeben. Internetgestützte Deliberationen überwinden bestimmte Einschränkungen hinsichtlich der Partizipations- und Themenbreite zumindest potentiell. Das Fallbeispiel der Internet-Diskussion macht eine Form von Diskurs jenseits der interpersonalen Kommunikation beobachtbar, die zuvor nur im Konzept der episodенübergreifenden Öffentlichkeit angelegt war, jedoch in der konkreten Erscheinung durch die medialen Beschränkungen nicht ungefiltert beobachtbar war. Daher stellen Internet-Diskussionen als empirisches Material der Untersuchung politischer Diskurse eine Art neuen Beweismaterials dar, mit dem sich die Diskussion über die Grundlagen und den Stellenwert von Diskursen wieder aufnehmen und neu beleben lässt.

Nicht alle im Internet geführten Diskussionen stellen jedoch geeignete Fallbeispiele dar, wenn es um die Suche nach einer neuen Form der öffentlichen Diskussion geht. Das Medium selbst, so unsere Sichtweise, ist ein zwar nicht völlig, aber doch relativ neutraler Mittler der Kommunikation, die im Diskurs stattfindet. Es erlaubt bestimmte Kommunikationsformen und erschwert andere, erzwingt aber von sich aus keine bestimmten Kommunikationsformen (im Unterschied zur Annahme einer

zwingenden »Media Logic«, vgl. Altheide/Snow 1978). So stellen kleinformatige Online-Diskussionen, auch wenn sie von politischen Institutionen initiiert wurden und unter kontrollierten Bedingungen stattfanden, noch keine Deliberation in dem von uns gemeinten Sinn dar, weil sie sich in der Größendimension nicht von Deliberationen unterscheiden, die auch unabhängig vom Medium Internet durchgeführt wurden und werden. Beispiele sind in Deutschland etwa in den Versuchen der onlinegestützten Bürgerbeteiligung in Esslingen zu sehen (vgl. Trénel et al. 2001), an der sich 23 Personen mit insgesamt 90 Beiträgen über einen Zeitraum von mehreren Wochen beteiligten, ebenso wie in einer Diskussion zur Raumplanung im Bremer Stadtteil Horn-Lehe (vgl. Westholm 2002), die mit 63 aktiven Teilnehmern und 221 Beiträgen zwar schon etwas größer ausfiel, aber noch nicht Ausmaße erreichte, die über eine Präsenzveranstaltung hinausgingen.

Ebenso wenig sind für uns reine Diskussionsveranstaltungen interessant, die zwar im Internet stattfinden, aber nicht an eine politische Entscheidung in dem Sinne geknüpft sind, dass sie diese vorbereiten oder auf diese Einfluss nehmen könnten. So lassen zum Beispiel Verlage wie der SPIEGEL-Verlag (unter »spiegel.de«) oder auch große Portale wie das »politikforum.de« oder »Yahoo« ihre Besucher in interaktiven Foren auch zu politischen Themen Stellung nehmen. Dabei handelt es sich zwar zum Teil auch um Diskussionen (häufig allerdings auch um reine Verlautbarungen, denen der Bezug untereinander fehlt, also eher eine Art »Speakers' Corner«), allerdings fehlt ihnen als wichtiger Bezugsrahmen die zeitliche Terminierung und ein Ergebnis, auf das sie hin arbeiten. Als zeitlich unbegrenzte Kommunikationsangebote orientieren sie sich stärker am Pol der generalisierten Kommunikation als am interpersonalen, werden allerdings von Seiten der Betreiber nicht über längere Zeiträume hinweg zuverlässig unterstützt. Da der Kommunikation in derartigen Foren – im Unterschied zu solchen Formen politischer Öffentlichkeit, die auf die Beobachtung *und Beeinflussung* des politischen Systems ausgerichtet sind – kein Ziel vorgegeben ist, lassen diese Fallbeispiele wenig aufschlussreiche Erkenntnisse über die Formen und Strukturen von politischen Diskursen erwarten.

Die für unsere Untersuchung interessanten Fälle von Online-Diskussionen dagegen sollen folgende Kriterien erfüllen: Sie haben einen großen Umfang hinsichtlich der Zahl der (aktiven) Teilnehmer und hinsichtlich der Zahl der Beiträge, so dass sich tatsächlich von einer neuen Form von Diskussion sprechen lässt. Sie haben außerdem einen definierten politischen Bezug, indem sie in die Entscheidungsfindung als Kern des politischen Prozesses einbezogen sind. Sie müssen nicht unbedingt von politischen Institutionen selbst ausgerichtet werden, Akteure

des politischen Systems müssen aber auf die eine oder andere Weise in die Diskussion mit einbezogen sein. Ferner ist ein öffentlicher Charakter vorauszusetzen sowie die Konzentration auf ein einzelnes Thema, da es uns nicht um öffentliche Foren (»Arenen« im Sprachgebrauch von Gerhards/Neidhardt 1990) im Allgemeinen, sondern spezifischer um politische Diskussionen in der Öffentlichkeit geht.

Eine Recherche im Jahr 2004 nach solchen Fällen erbrachte eine Liste von 65 möglichen Fällen, die im Internet oder in der Literatur dokumentiert waren. Als eher pragmatisches Erfordernis der Fallauswahl kommt an dieser Stelle hinzu, dass die Diskussionen für den Verfasser sprachlich nachvollziehbar sein sollten, was in der Regel die deutsche oder englische Sprache voraussetzt.¹ Außerdem sollten die Diskussionen im Wortlaut und mit möglichst umfassenden Informationen zu Kontext und Rahmenbedingungen dokumentiert und für eine Analyse zugänglich sein. Die Aufbereitung der Rohdaten erfolgte in Eigenarbeit, notwendig war nur eine Mindestzugänglichkeit der Daten, wie sie auch aus der Perspektive der Teilnehmer gegeben war.

Auch unter diesen Voraussetzungen blieben noch verschiedene Fallbeispiele zur Auswahl, so dass die weitere Auswahl nach den methodologischen Kriterien der Fallanalyse getroffen werden konnte. Dazu wurde eine Kombination aus zwei Kriterien angewandt, die zur Komplexitätsreduktion in der Fallstudienmethodologie eingesetzt werden: Nach dem Kriterium der größtmöglichen Ähnlichkeit der Fälle hinsichtlich der unabhängigen Variablen (»most similar systems«, vgl. Przeworski/ Teune 1970), genauer gesagt hinsichtlich der Form des Kommunikationsprozesses, also der Zahl der Teilnehmer, der Zugangsmöglichkeiten und der Dauer, wurde der Rahmen der möglichen Fälle zunächst eingegrenzt. Diese wiesen allerdings noch immer eine gewisse Bandbreite hinsichtlich der organisatorischen Rahmenbedingungen auf, also des vorgesehenen Ablaufplans (Dramaturgie), der Organisation, des regionalen Kontexts und der Anbindung an politische Entscheidungen. Da die Ausprägungen der abhängigen Variablen für die Auswahl der Fälle nicht zur Verfügung standen, sondern erst als Ergebnis der Analyse, entschieden wir uns für eine kontrollierte Variation dieser Rahmenbedingungen innerhalb einer gegebenen grundsätzlichen Ähnlichkeit der Kommunikationsformen.

1 In einem Fall wurde auf eine italienische Diskussion zurückgegriffen, weil der Verfasser mit dem entsprechenden Projekt aufgrund seiner Forschungstätigkeit besonders vertraut ist und die Berücksichtigung des Falles die Untersuchungsstrategie eines systematischen Vergleichs unter kontrollierten Rahmenbedingungen (s. unten) erst möglich macht.

Im Ergebnis dieser Auswahl ergibt sich ein strukturiertes Sample, in dem sich drei unterschiedliche Formen der Organisation der Diskussion gegenüberstehen, zu denen jeweils drei Fallbeispiele erhoben wurden. Jeweils drei Fälle sind sich also hinsichtlich der organisatorischen Rahmenbedingungen sehr ähnlich, variieren allerdings hinsichtlich der Größe und Dauer. Die drei Organisationsformen wiederum variieren bestimmte organisatorische Merkmale, sind sich allerdings in Bezug auf die Kommunikationsform sehr ähnlich. Dieses Sampledesign erlaubt es, die organisatorischen Merkmale getrennt von den kommunikativen zu behandeln und in die einzelnen Analyseschritte einzubeziehen. Gleichzeitig werden nur Fälle miteinander verglichen, die hinsichtlich bestimmter, nach theoretischen Kriterien ausgewählter unabhängiger Variablen sehr ähnlich sind (großformatige öffentliche Diskussionen mit Anbindung an politische Entscheidungsprozesse). Im Gegensatz zu einem reinen »most similar cases«-Design werden durch die Variation innerhalb der Rahmenbedingungen zusätzlich Einflüsse von unabhängigen Variablen analysierbar.

Bei den drei unterschiedlichen Diskussionsansätzen handelt es sich (1) um ein von der amerikanischen Organisation »Information Renaissance« entwickeltes Diskursverfahren (INFO-REN), (2) ein von dem EU-geförderten Projekt »DEMOS« entwickeltes Diskursverfahren (DEMOS), an dessen Entwicklung und realweltlicher Evaluation der Verfasser selbst beteiligt war, sowie (3) ein Angebot der EU zur Beteiligung der Bürger an der Debatte um eine europäische Verfassung (FUTURUM). Diese drei Ansätze werden im Folgenden durch ihre jeweiligen Abkürzungen bezeichnet. Zu allen drei Ansätzen liegen entsprechende, zum Teil auch bereits wissenschaftlich fundierte Hintergrundinformationen vor, die die Art der Diskussionsführung erläutern und die hier nur insoweit referiert werden, als sie für unsere Fragestellung und zur Interpretation der Ergebnisse hilfreich sind.²

»Information Renaissance«-Diskussionen (INFO-REN)

»Information Renaissance« ist eine US-amerikanische Non-Profit-Organisation, deren Ziel es ist, die Möglichkeiten der elektronischen Kommunikation für die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements zu

2 Vgl. zu den drei INFO-REN-Diskursen: Bonner et al. 2005 (allgemein); Carlitz/Maak 2001 (IR-MAP); Beierle 2002, 2003 (IR-EPA); Gunn/Carlitz 2003; Maak et al. 2005 (IR-CMP); zu den DEMOS-Diskursen: Lührs et al. 2001 (allgemein); Lührs et al. 2003, 2004; Mitterhuber 2004; Albrecht 2006a (D-HH); zu den FUTURUM-Diskursen: Winkler/Kozeluh 2005; Wright 2007.

nutzen. Beginnend mit einer Diskussion im Jahr 1996 zum Thema »Internetzugang für Schulen«, führte die Organisation mehrere Online-Diskussionen selbständig oder in Kooperation mit anderen Nichtregierungsorganisationen durch. »Information Renaissance« entwickelte dazu ein eigenes Diskussions-Modell, also Verfahrensregeln für die Durchführung der Online-Diskussionen, so dass sich die einzelnen Diskussionen zwar im Thema unterscheiden, weniger aber hinsichtlich des Ablaufs und der vorgesehenen Kommunikationsrollen der Teilnehmer. »Information Renaissance« verzeichnet insgesamt sieben Diskussionsprozesse, wobei der letzte im Jahr 2002 stattfand.³

Das Diskussions-Modell sieht vor, dass die Diskussionen in relativ kurzer Zeit stattfinden, meist dauerten sie zwischen zehn Tagen und zwei Wochen. Vor dem Start einer Diskussion wird zunächst der Themenbereich abgesteckt, meist in Koordination mit dem jeweiligen Partner sowie mit Vertretern politischer Institutionen, für die die Ergebnisse der Diskussion relevant sind. In dieser »Design-Phase« werden außerdem Hintergrundinformationen zu dem Thema gesammelt und für die Teilnehmer aufbereitet, es wird eine Agenda erstellt, also ein Ablaufplan für die Diskussion, der einzelnen Zeitabschnitten spezielle Themenbereiche zuweist, die in dieser Zeit diskutiert werden sollen, und es werden Betroffene und weitere relevante Zielgruppen identifiziert und über verschiedene Kanäle angesprochen. Zum Teil gab es Begrenzungen der Teilnehmerzahl (z. B. auf 250 Teilnehmer im Fall der Diskussion über »Money and Politics«, s. unten).

Die Diskussion selbst verläuft nach einem klar vorgegebenen Zeitplan und wird von Moderatoren sowie Technikern betreut. Außerdem stehen häufig Experten bzw. politische Akteure bereit, die auf Fragen antworten oder sich direkt an der Diskussion beteiligen (und explizit keine längeren Statements abgeben sollen). Die meisten der Diskussionen wurden technisch über ein eigenes Online-Foren-System abgewickelt, in dem die Teilnehmer die Möglichkeit hatten, miteinander auf einer Website asynchron und mit Unterstützung von Thread-Strukturen zu kommunizieren. Das erlaubt den Teilnehmern eine weitgehend freie Zeiteinteilung, da sie nicht gleichzeitig anwesend sein müssen und auch auf lange zurückliegende Beiträge noch geantwortet werden kann.

3 Stand: Januar 2007. Diese Informationen stammen von der Website der Organisation (<http://www.info-ren.org>) sowie aus verschiedenen Publikationen zu den Diskussionen selbst. Die Aktivitäten von »Information Renaissance« scheinen gegenwärtig eingestellt zu sein, allerdings betreibt eine der Ideengeberinnen bei der Non-Profit-Organisation »WestED« weiter Online-Diskussionen nach einem ganz ähnlichen Modell (vgl. <http://www.webdialogues.net>).

»Information Renaissance« unterteilt dabei die Teilnehmer nicht in kleinere Gruppen, wie das andere Modelle vorsehen (zum Beispiel die »small group dialogues« der ebenfalls amerikanischen Organisation »Weblab«). Dennoch legt die Organisation Wert auf gegenseitiges Kennenlernen der Teilnehmer, das durch eine anfangs von jedem Teilnehmer abgefragte Beschreibung zur eigenen Person unterstützt wird, die auf der Website jederzeit abrufbar ist. Um der Komplexität der behandelten Themen gerecht zu werden, sind auch die in der Design-Phase gesammelten Hintergrundinformationen stets verfügbar. Während der Diskussion werden außerdem tägliche Zusammenfassungen erstellt, um den Teilnehmern einen aktuellen Überblick zu ermöglichen. Von den Teilnehmern, die aktiv, also mit eigenen Beiträgen an der Diskussion teilnehmen wollen, wird eine Registrierung verlangt, die Diskussion lässt sich allerdings für jeden im Netz lesend mitverfolgen. Üblich ist auch, dass Teilnehmer ihren wirklichen Namen angeben und nicht unter einem Pseudonym auftreten. Für bestimmte Fragen werden eigene Online-Paneldiskussionen mit Experten durchgeführt. Die Rolle der Moderatoren besteht darin, die Diskutanten beim Thema zu halten und eventuell auftretende Konflikte zu entschärfen. Sie stellen darüber hinaus immer wieder Fragen an die Teilnehmer, geben Hilfestellung und stehen für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung. Auch nach der Diskussion bleiben die Beiträge der Teilnehmer öffentlich einsehbar, die Ergebnisse werden in Form von Zusammenfassungen und Auswertungen an die entsprechenden politischen Stellen vermittelt, allerdings zumeist informativ, ohne eine direkte oder zum Beispiel formale Anbindung an den politischen Entscheidungsprozess. Ebenso findet eine Evaluation durch die veranstaltende Organisation statt, zum Teil erfolgen auch wissenschaftliche Publikationen mit einer Auswertung.

Bei den drei für die Analyse in dieser Arbeit ausgewählten Fällen handelt es sich um die drei zuletzt von der Organisation durchgeführten Diskussionen, die eine besonders starke Ähnlichkeit der jeweiligen Rahmenbedingungen aufweisen und sich zeitlich am besten in den Kontext der anderen ausgewählten Diskurs einfügen. Alle drei Diskussionen wurden in englischer Sprache geführt.

- »*Money and Politics – Who Owns Democracy?*« (IR-MAP)
Zeitraum: 19. März-2. April 2001 (15 Tage)
128 aktive Teilnehmer,⁴ 547 Beiträge

4 Die Angaben über die aktiven Teilnehmer basieren in allen untersuchten Diskursen auf den in jedem Beitrag angegebenen Nutzernamen. Diese wurden um solche Fälle bereinigt, in denen die Teilnehmer in einer für alle am Diskurs beteiligten transparenten Weise mehrere Namen benutzten,

Bei dieser Diskussion, die außer von »Information Renaissance« auch von den »National Issues Forums« betreut wurde, ging es um die Reform des US-amerikanischen Parteienfinanzierungsgesetzes. Dabei kamen Themen wie die Wahlkampfkostenerstattung, Transparenz von Parteispenden und das Wirken von Lobbyisten zur Sprache. Konkret ging es um drei unterschiedliche Ansätze, das bisherige System zu reformieren. Diese Vorgaben waren von den »National Issues Forums« in Form von Positionspapieren vorbereitet worden. Die Diskussion wurde über das ganze Land verteilt durchgeführt. Sie war eingebettet in eine Debatte im US-Senat über die gleichen Themen, die zur gleichen Zeit begann. Dabei verhielten sich beide betreuenden Organisationen strikt neutral zu den möglichen Positionen in dieser Debatte. Eine Integration der Ergebnisse in den politischen Prozess fand durch Kommunikation der Resultate an politische Entscheidungsträger statt, war also eher informell ausgeprägt.

- »Public Involvement in EPA Decisions« (IR-EPA)

Zeitraum: 10.-20. Juli 2001 (11 Tage)

320 aktive Teilnehmer, 1260 Beiträge

Diese Diskussion wurde von »Information Renaissance« gemeinsam mit dem Think Tank »Resources for the Future« im Auftrag der US-amerikanischen »Environmental Protection Agency« (EPA) durchgeführt, der staatlichen Umweltschutzbehörde. Übergreifende Fragestellung war, wie die Öffentlichkeit besser in die Entscheidungen der EPA einbezogen werden könnte. Dabei standen verschiedene Aspekte eines Positionspapiers der EPA zur Debatte, gefragt wurde insbesondere nach Möglichkeiten der Umsetzung der in dem Papier formulierten Politik. Im Einzelnen ging es um Fragen der Identifizierung und Ansprache interessierter Bürger, um die Informationspolitik der Behörde, um Beteiligungsmöglichkeiten und um die Unterstützung gemeinschaftlicher Arbeitsweisen. Zur Teilnahme waren Bürgerinnen und Bürger aus dem ganzen Land aufgerufen. Die Debatte stand im Zusammenhang mit einer Anhörungsphase zum Positionspapier der EPA. Durch die Einbeziehung von EPA-Mitarbeitern und -Entscheidern war eine relativ enge Anbindung an den politischen Prozess gegeben, auch wenn die Diskussion formal nur beratenden Stellenwert hatte.

mit diesen aber keine unterschiedlichen Kommunikationsweisen verbunden. Insofern können sich bei den Angaben in der vorliegenden Studie Abweichungen zu den Angaben in der sonstigen Literatur über die untersuchten Diskurse ergeben.

- *»California Education Dialogue« (IR-CMP)*

Zeitraum: 3.-17. Juni 2002 (15 Tage)

250 aktive Teilnehmer, 1060 Beiträge

Wie der Name andeutet, betraf diese Diskussion nur den Bundesstaat Kalifornien, genauer den dort in Diskussion befindlichen *»California Master Plan for Education«*. Dabei handelt es sich um eine angestrebte Leitlinie für das gesamte Bildungssystem des Staates, vom Kindergarten bis zur universitären Ausbildung. Die Diskussion war eingebettet in eine Phase öffentlicher Anhörungen zum Entwurf eines Masterplans, die die erste Stufe des Entscheidungsprozesses bildete. Sie war offen für Teilnehmer aus ganz Kalifornien, nach Möglichkeit sollten auch Personen angesprochen werden, die nicht direkt ins Bildungssystem involviert sind. Die Diskussion wurde in direkter Zusammenarbeit mit Mitgliedern des für den Masterplan zuständigen Komitees durchgeführt, die auch an der Diskussion selbst aktiv teilnahmen. Durch die Einbettung in die Anhörungsphase der Entscheidungsfindung hatte die Diskussion einen quasi-formalen Status, allerdings als ein Input unter mehreren anderen.

»DEMOS«-Diskussionen

Die Abkürzung *»DEMOS«* steht für *»Delphi Mediation Online System«*, was sowohl ein Software-System als auch ein Verfahrensmodell zur Durchführung von webgestützten Diskussionen bezeichnet. Beide zur Durchführung von Online-Diskussionen wichtigen Elemente wurden im Rahmen eines von der EU geförderten Forschungsprojektes (Kennnummer: IST-1999-20530) entwickelt mit dem Ziel, das Internet für demokratiefördernde Zwecke besser nutzbar zu machen. Das Projekt wurde im Oktober 2000 gestartet und lief bis zum Frühjahr 2003. In dieser Zeit wurden drei Online-Diskussionen als realweltliche Experimente zur Erprobung und Evaluation der Software und des Diskursmodells durchgeführt, zwei in Hamburg und eine in Bologna, Italien. Der Verfasser dieser Arbeit war als wissenschaftlicher Mitarbeiter an dem Projekt beteiligt, sowohl an der konzeptionellen Arbeit als auch an der Durchführung und Evaluation der beiden Hamburger Online-Diskussionen. Diese Beteiligung bedeutet auf der einen Seite eine besondere Nähe und Vertrautheit mit den Einzelheiten der Diskussionen, die sich von außen nicht erreichen lässt. Sie bedeutet unter Umständen aber auch eine gewisse Voreingenommenheit durch zu große Nähe. Dieser negative Aspekt soll durch eine konsequente Vergleichsperspektive und möglichst

objektivierbare Bewertungskriterien in seiner Wirksamkeit entschärft werden.⁵

Das Diskussionsmodell ähnelt in weiten Teilen dem von »Information Renaissance« entwickelten. Die Diskussionen werden ebenfalls von Moderatoren, Technikern und politischen Experten begleitet, eine möglichst große Zahl von Teilnehmern wird angestrebt. Eine aktive Einbeziehung von Politikern ist vorgesehen und durch die direkte Zusammenarbeit mit der Exekutive in den betrachteten Fällen auch stärker ausgeprägt als bei INFO-REN. Wie dort ist die Anbindung an den politischen Entscheidungsprozess jedoch nur informeller Art. Die Kommunikation ist asynchron und Thread-gestützt, alle Diskussionen im betrachteten Zeitraum wurden mit der gleichen Software durchgeführt. Ebenfalls wie im amerikanischen Modell geht der eigentlichen Diskussion eine längere Vorbereitungsphase in enger Zusammenarbeit mit den involvierten Akteuren aus der Politik voraus, die in Form einer ausführlichen Informationssammlung (»Bibliothek«) für die Teilnehmer auf der Website der Diskussion ihren Niederschlag findet.

Unterschiede bestehen einmal hinsichtlich des geographischen Kontextes der Diskussionen. Während die INFO-REN-Diskurse auf einer nationalen bzw. bundesstaatlichen Ebene angesiedelt waren, spielen sich die DEMOS-Diskussionen auf der Ebene einzelner Kommunen ab. Des Weiteren ist der Diskussionsablauf bei DEMOS-Diskussionen weniger starr vorgegeben. Zum Beispiel gibt es keine Agenda, die für jeden Tag ein bestimmtes Thema vorsehen würde. Allerdings ist die Diskussion in drei Phasen eingeteilt. Nach einer einführenden allgemeinen Diskussion des vorgegebenen Themas erfolgt eine zunehmend spezifischere Diskussion in der zweiten Phase, bevor in der dritten Phase konkrete Umsetzungsfragen der jeweils entwickelten Vorschläge diskutiert werden sollen. Der Fokus liegt bei DEMOS stärker auf der Entwicklung von Vorschlägen als auf der Bewertung bestehender politischer Entwürfe wie bei »Information Renaissance«.

Die Einteilung in unterschiedliche Phasen wird den Teilnehmern von Beginn der Diskussion an vermittelt, ganz ähnlich wie durch die »Briefing Books« bei INFO-REN-Diskussionen. Ein Unterschied besteht in der Möglichkeit einer anonymen Teilnahme (unter selbst gewählten Pseudonymen) und darin, dass für die Teilnehmer zwar die Möglichkeit besteht, sich zu ihrer Person zu äußern, dies aber von den Organisatoren

5 Weitere Informationen über DEMOS gibt es auf der Website des Projektes: <http://www.demos-project.org>. Das Projekt wird seit 2003 mit einer anderen Software und zum Teil anderen Verfahrensregeln weitergeführt, dabei wurden weitere Diskussionen in Hamburg und München durchgeführt. Vgl. <http://www.tutech.de/ik>.

einer Diskussion in keiner Weise gefordert wird. Der Zugang ist daher bei DEMOS trotz der notwendigen Registrierung etwas offener und unverbindlicher gehalten.

Die Dauer der Diskussionen ist mit vier bis sechs Wochen zwar länger als bei INFO-REN, allerdings in einer vergleichbaren Größenordnung. Eine Besonderheit der DEMOS-Diskussionen innerhalb des Samples betrifft die Bündelung von Themen in eigenen Sub-Foren. Dabei werden einzelne Threads, nach bestimmten, von der Moderation vorgegebenen Themen zusammengefasst, auf einer eigenen Seite dargestellt. Diese Sub-Foren variierten in den unterschiedlichen Diskussionen je nach übergreifendem Thema, allerdings gab es über alle Diskussionen hinweg eine Trennung zwischen den Foren der Diskussion selbst und einem sogenannten »Meta-Forum«, in dem Diskussionen geführt werden konnten, die den Aufbau und den Ablauf der Online-Diskussion selbst betrafen. In den anderen hier untersuchten Diskurs-Modellen erfolgte eine solche Trennung nicht bzw. nur auf der Ebene unterschiedlicher Threads.

Für die Analyse wurden diejenigen Diskussionen ausgewählt, die mit der ursprünglichen DEMOS-Software durchgeführt wurden und in dieser Hinsicht vergleichbar sind. Zwei davon sind in deutscher Sprache, eine ist in italienischer Sprache durchgeführt worden.

- *»Qualität der Lehre an der TU Hamburg-Harburg« (D-TU)*

Zeitraum: 5. November-14. Dezember 2001 (40 Tage)

106 aktive Teilnehmer, 1244 Beiträge

Diese Diskussion war insofern eingeschränkt öffentlich, als nur Mitglieder der TU Hamburg-Harburg zur aktiven Teilnahme zugelassen waren, sie spielte sich also auf einem intra-organisatorischen Niveau ab. In Kooperation mit dem für Lehre zuständigen Vizepräsidenten der Universität sollte die Diskussion Hinweise geben, wie die Qualität der Lehre an der TU evaluiert und verbessert werden könnte. Moderierend betreut wurde die Diskussion durch Wissenschaftler aus dem DEMOS-Projekt, die ebenfalls an der Universität angesiedelt waren. An der Diskussion beteiligten sich außer den Studierenden auch die studentischen Vertreter des Allgemeinen Studierendenausschusses und der Fachschaften sowie einige Professoren und Dozenten. Themen waren sowohl das Lehr- und Evaluationskonzept der Universität als auch einzelne Lehrveranstaltungen und Maßnahmen. Die Ergebnisse wurden zusammengefasst und dem Vizepräsidenten präsentiert. Eine Verbindung mit Aktivitäten auf dem Campus fand nicht statt, allerdings wurde die Diskussion dort durch Auslage von Flyern beworben.

- *»Il traffico a Bologna« (D-BOL)*
Zeitraum: 10. Januar-21. Februar 2002 (43 Tage)
99 aktive Teilnehmer, 713 Beiträge
Die Stadt Bologna holte mit Hilfe dieser Diskussion die Meinung der Bürger zur Verkehrspolitik in der Innenstadt ein. In diesem Bereich gab es aufgrund der Enge im historischen Zentrum immer wieder Probleme in der Stadt, allerdings erfolgte die Diskussion nicht im Rahmen einer über das Internet hinausgehenden Debatte. Bologna blickt zurück auf eine verhältnismäßig lange Tradition der Förderung einer kommunalpolitischen, öffentlichen Nutzung des Internets ebenso wie auf eine fest etablierte Tradition der Bürgerbeteiligung an kommunalen Belangen. Für die Diskussion angesprochen wurden vor allem Teilnehmer des städtischen Internet-Zugangsservice *»Iperbole«*. Der stellvertretende Bürgermeister der Stadt und verschiedene Beamte engagierten sich neben interessierten Bürgern in der Diskussion. Die eigentliche Durchführung der Diskussion lag in den Händen speziell geschulter Moderatoren einer mailändischen Non-Profit-Organisation, die eng mit der Stadtverwaltung zusammenarbeiteten. Die Ergebnisse wurden im Anschluss an die Diskussion den Mitarbeitern der entsprechenden Behörde präsentiert.

- *»Wachsende Stadt Hamburg« (D-HH)*
Zeitraum: 4. November-2. Dezember 2002 (29 Tage)
262 aktive Teilnehmer, 3907 Beiträge
Im Gegensatz zu den beiden anderen DEMOS-Diskussionen bestand hier eine vergleichsweise direkte Einbindung in politische Entscheidungsprozesse. Der Senat der Stadt Hamburg, also die Kommunal- bzw. Landesregierung, bereitete ein neues Leitbild vor, das die zukünftige Entwicklung Hamburgs lenken sollte. Das Leitbild der *»Wachsenden Stadt«* war bereits vorgestellt worden, als die Diskussion begann, es war aber weder breit in der Bevölkerung des Stadtstaates kommuniziert worden, noch waren die konkreten Inhalte des Leitbildes klar definiert. Daher nutzte die Stadtverwaltung den Diskurs, um zwei Ziele zu verfolgen: Werbung für das Konzept zu machen und gleichzeitig Anregungen zu gewinnen, wie das abstrakte Leitbild mit Leben gefüllt werden sollte.
Sowohl in der Planungsphase als auch in der Diskussion selbst bestand eine enge Kooperation zwischen dem Organisationsteam, das von Wissenschaftlern der TU Hamburg-Harburg und professionellen Moderatoren gebildet wurde, und Mitarbeitern der Hamburger Senatskanzlei, die wiederum den Kontakt zu den einzelnen Behörden herstellten. Hamburgs Regierender Bürgermeister eröffnete die Dis-

kussion in Anwesenheit von Pressevertretern und ließ sich nach der vierwöchigen Diskussionszeit die Ergebnisse präsentieren. Zu dieser Präsentation waren auch Teilnehmer der Diskussion eingeladen, die herausragende Ideen zur Zukunft der Stadt entwickelt hatten und dafür prämiert wurden. Diese von einer Jury ausgewählten Ideen wurden durch die Stadtverwaltung zur Prüfung ihrer Umsetzbarkeit aufgenommen. Auch die Beteiligung von Mitarbeitern der Fachbehörden in einer fortgeschrittenen Phase der Diskussion, als es um die Frage der Umsetzung einzelner Anregungen ging, sorgte in dieser Diskussion für eine relativ starke Anbindung an den politischen Entscheidungsprozess. Eine Konsequenz der großen Bedeutung, die der Diskussion von Politikern zugemessen wurde, war auch die breit angelegte Werbekampagne, mit der vor dem Start Aufmerksamkeit geschaffen wurde. Dazu gehörten Werbeplakate im Straßenverkehr, Einblendungen in der U-Bahn sowie auf den Websites der Stadt ebenso wie bei den Internetangeboten der lokalen Medien. Außerdem sorgte eine Kooperation mit verschiedenen Medien (TV, Radio, Presse) für eine vergleichsweise breite Streuung der Information über die Beteiligungsmöglichkeit an der Diskussion. Neben der Hamburger Bevölkerung beteiligten sich auch einige ehemalige Hamburger, die inzwischen anderswo wohnten, aber über das Internet noch Kontakt zur alten Heimat hielten.

»FUTURUM«-Diskussionen

Die europäische Union verfolgt seit einiger Zeit im Rahmen ihrer Bemühungen um »Good Governance« das Ziel, die Bürger stärker an der Gesetzgebung und Formulierung ihrer Politik zu beteiligen (Europäische Kommission 2001). Damit soll dem von vielen Europäern in Bezug auf die immer mächtigere Zentralregierung der europäischen Kommission empfundenen Legitimationsdefizit begegnet werden. Insbesondere im Zuge des im Jahr 2000 begonnenen Verfassungsprozesses, mit dem sich die europäische Union eine neue, dann auch rechtlich verbindliche Grundordnung geben will, suchte die Kommission verstärkt den Dialog mit der Bevölkerung, da sich Akzeptanzprobleme des Regelwerks noch vor Beginn der Ausarbeitung von Einzelheiten deutlich abzeichneten.

Die Website FUTURUM war Teil der Internetpräsenz »Your Voice in Europe«, mit der den Stimmen der Bürger unmittelbares Gehör verliehen werden sollte. Während die »Your Voice«-Plattform ganz unterschiedliche Beteiligungsmöglichkeiten, wie Konsultationen und Diskussionen, zu ganz unterschiedlichen Themen bot, war das Ziel von FUTURUM, eine möglichst breite Debatte in den Mitgliedsstaaten speziell

über den europäischen Verfassungsprozess anzuregen. Dazu stellte die Kommission online verschiedene Dokumente zur geplanten Verfassung und eine Übersicht über die vorgesehenen Schritte bis zur Verabschiedung der Verfassung bereit.

Im Bereich »Discussion corner« der FUTURUM-Website konnten sich die interessierten Bürger unmittelbar an verschiedenen Online-Diskussionen beteiligen. Von März 2001, als die Seite gestartet wurde, bis Oktober 2004, als der Verfassungsvertrag von den Regierungschefs der europäischen Länder unterzeichnet wurde und die Aktivitäten auf der FUTURUM-Website eingestellt wurden, weil sie ihren Zweck erreicht hatten,⁶ waren insgesamt 29 Online-Diskussionen angeboten worden. Das Themenspektrum reichte dabei von allgemeinen Themen wie der »Zukunft von Europa« über die Diskussion einzelner Dokumente wie des »White Paper on Governance in the EU« bis hin zur Ansprache spezieller Zielgruppen wie Jugendlichen.

Die Diskussion folgte dabei einem im Vergleich zu INFO-REN und DEMOS wenig strukturierten Modell. Wie bereits erwähnt, wurden Hintergrundinformationen zum Konstitutionsprozess auf der Startseite für alle Teilnehmer bereitgehalten. Für die einzelnen Diskussionen im Forum wurden unterschiedliche spezielle Themen vorgegeben, außerdem hatten sie unterschiedliche Start- und Endzeitpunkte. Daher kann hier nicht wie im Fall der DEMOS-Diskurse von Sub-Foren gesprochen werden, sondern von eigenständigen Diskussionen, auch wenn die Diskussionen über ein gemeinsames Portal erreichbar waren und sich die Teilnehmerschaft der einzelnen Diskussionen zum Teil überschneidet, wie die Analyse zeigte.

Mit der Themenstellung bei der Eröffnung einer Diskussion wurden auch verschiedene Statements von meist hochrangigen Politikern als eine Art Impulsreferat eingestellt, um der Diskussion einen Anstoß zu geben und sie zu fokussieren. Die Diskussion selbst verlief dann weitgehend unstrukturiert. Anders als bei INFO-REN und DEMOS gab es keine aktive Moderation, sondern nur ein redaktionelles Team, das die Einhaltung der Regeln des Forums überwachte. Im Einzelnen war es nicht erlaubt, strafbare Inhalte zu verfassen, über andere Themen als das je-

6 Vgl. die Beschreibung »About Futurum«, http://europa.eu/constitution/futurum/about_futurum_en.htm: »The objectives of Futurum are to renew and publish as many documents and links as possible about the process of drafting the Constitution, provide the information tools needed to understand it and give civil society the means to make its voice heard in a real European public forum.« Ein Online-Archiv der Seiten ist noch immer unter der Adresse http://europa.eu/constitution/futurum/index_en.htm verfügbar (Stand: 20.1.2007).

weils diskutierte zu schreiben oder Beiträge gleichen Inhalts mehrfach zu senden. In solchen Fällen unterband die Redaktion die Veröffentlichung der Beiträge, griff jedoch selbst nicht unmittelbar in die Diskussion ein.⁷ Weitere Arbeiten der Redaktion bestanden im Erstellen von Zusammenfassungen am Ende der Diskussionen, die an die Politik weitergeleitet wurden, für die Teilnehmer allerdings nicht mehr sichtbar waren. Die Anbindung an den politischen Entscheidungsprozess ist also als relativ schwach anzusehen, auch wenn die ursprüngliche Zielsetzung anderes vorgesehen hatte.⁸ Allerdings bestand eine enge Anbindung des Organisationsteams an den Adressaten der Diskussion, da das Redaktionsteam selbst Teil der Europäischen Kommission war, wohingegen INFO-REN- und DEMOS-Diskussionen von unabhängigen Organisationen betreut wurden.

Als besonderes Merkmal der FUTURUM-Diskussionen kann ferner die supranationale Ebene gelten, auf der die Themen angesiedelt waren und die Teilnehmer angesprochen wurden. Damit verbunden ist eine gegenüber den nationalen bzw. kommunalen Diskussionen größere Varianz der kulturellen Praktiken der Teilnehmer (nicht zuletzt der Sprachen) und ihrer nationalen Identitäten. So wurden in den FUTURUM-Foren ganz unterschiedliche Sprachen genutzt, da keine Sprache für die Teilnehmenden vorgeschrieben war. Neben Englisch als dominanter Sprache gab es in einzelnen Diskussionen immer wieder auch Beiträge in Französisch, Deutsch und anderen Sprachen, nicht zuletzt in Latein (sic!) und Esperanto. Die hier ausgewählten Diskussionen wurden zumindest schwerpunktmäßig in englischer Sprache abgehalten, einzelne Abweichungen innerhalb der Diskussionen konnten toleriert werden.

Die Ansprache der Bevölkerung war entsprechend der Rahmenpolitik der EU breit gehalten, auch wenn keine besonderen Werbemaßnahmen für die Diskussionen durchgeführt wurden. Die Diskussionen wurden auf den Websites der Europäischen Kommission beworben und im Rahmen der üblichen Pressearbeit der Kommission bekannt gemacht. Da der Verfassungsprozess im Zeitraum der Diskussionen eine durchaus hohe Medienpräsenz hatte, dürften sich auch die Diskussionsforen bis in die interessierte Bevölkerung hinein herumgesprochen haben. Zusätzlich

7 Vgl. dazu auch Winkler/Kozeluh 2005: 35f.

8 »In order to ensure that the debate is productive and that the objectives of the Declaration of Nice are really met on this point, the opinions expressed must be listened to, examined, summarised objectively and passed on to the political authorities, and to public opinion in general and the media.« Commission Communication – On certain arrangements for the debate on the future of the European Union. Brussels, 25/04/2001 (http://europa.eu/constitution/futurum/documents/offtext/com25042001_en.pdf, Stand 20.1.2007).

wurden zum Teil gezielt bestimmte Gruppen angesprochen, wie zum Beispiel Organisationen der Jugendarbeit und Schulklassen. Trotz der Offenheit der Foren nahmen viele der Teilnehmer mit ihrem richtigen Namen an der Diskussion teil und nicht unter einem Pseudonym, eine eigene Registrierung als Teilnehmer war nach dem Stand der verfügbaren Informationen nicht notwendig und auch nicht möglich.⁹

Eine Besonderheit, die zwar nicht den Ablauf der Diskussionen, aber die Analysemöglichkeiten betrifft, besteht außerdem in der Eigenart der Foren-Software, die Beiträge nur mit ihrem Tagesdatum zu archivieren, nicht aber genauere Angaben über den Zeitpunkt der Veröffentlichung anzubieten. Demgegenüber speicherte sowohl die INFO-REN- als auch die DEMOS-Software die Beiträge mit dem minutengenauen Datum ab. Bei der Auswahl von drei FUTURUM-Diskussionen für die Analyse spielte auch eine Rolle, dass einige von ihnen bereits durch ein Projekt der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ausgewertet worden sind. Da die Ergebnisse der Auswertung zumindest zusammenfassend veröffentlicht wurden (z. B. Winkler/Kozeluh 2005) und für ergänzende Informationen über die Fälle herangezogen werden können, wurden solche Diskussionen bevorzugt für die eigene Bearbeitung ausgewählt. Wichtigstes Kriterium war allerdings eine möglichst große Ähnlichkeit der Rahmenbedingungen der Diskussionen (insbesondere hinsichtlich der Dauer, der Teilnehmerzahl und der Beitragszahl) zu den anderen ausgewählten Diskussionen.

- *»Debatte über die Zukunft der Union – der Konvent« (EU-4)*

Zeitraum: 11. März-30. April 2002 (51 Tage)

317 aktive Teilnehmer, 1651 Beiträge

Diese Debatte nahm ihren Ausgangspunkt in den Reden von José Maria Aznar, Pat Cox, Romano Prodi und Valéry Giscard d'Estaing zur Eröffnung des Europäischen Konvents, also des Gremiums, das Vorschläge für die zukünftige Verfassung von Europa erarbeiten sollte. Sie stellt also eine frühe Diskussion aus dem Zyklus der FUTURUM-Debatten dar und bewegt sich mit einer Dauer von 51 Tagen noch im Rahmen des DEMOS-Modells. Entsprechend der weni-

9 Das führt auch zu Problemen der Identifizierung von Teilnehmern, da diese unter wechselnden Namen an der Diskussion teilnehmen konnten. Das war zwar auch im Fall der DEMOS-Diskussionen mit der Möglichkeit völlig anonymer Teilnahme möglich, dort gab es allerdings durch einen Nachrichtendienst und personenspezifische Funktionen einen Anreiz, sich nicht unter verschiedenen Namen zu beteiligen, was bei FUTURUM auch durch bloßes Versehen geschehen konnte, wenn jedes Mal erneut der Namen eingegeben werden musste.

ger stringenten Diskursführung und aufgrund des Verzichts auf Moderation drehen sich die Themen dieser Diskussion um alle möglichen Aspekte der europäischen Union, von der Frage der Motivation zur Mitgliedschaft in der EU über einen europäischen Pass bis hin zur immer wieder geäußerten Kritik an einer einheitlichen europäischen Föderation. Der Teilnehmerliste nach zu urteilen, nahmen verschiedene Mitglieder von zivilgesellschaftlichen europäischen Organisationen teil, sie blieben allerdings genauso eine Minderheit wie europäische Politiker, auch wenn zu den aktiven Teilnehmern zumindest ein Mitglied des europäischen Parlaments zählte.

- *»Diskussion der Jugend – braucht Europa eine Verfassung?« (EU-9)*

Zeitraum: 16. Februar-26. Mai 2004 (101 Tage)

292 aktive Teilnehmer, 471 Beiträge

Zu Beginn dieser Diskussion, die speziell Jugendliche auf ihre Ansichten zur Frage einer europäischen Verfassung ansprach, lag mit dem Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents bereits das erste und wichtigste Ergebnis des Verfassungsprozesses vor. Eine Einbindung in die Politik im Sinne der Beeinflussung von Entscheidungsprozessen war also nicht gegeben, eher ging es um die Information der Jugendlichen und darum, ihre Aufmerksamkeit für das Thema Europa zu gewinnen, sowie um einen Stimmungstest für den Entwurf. Dieser bildete als Hintergrunddokument auch den Ausgangspunkt der Diskussion. Unter den Teilnehmern fallen Schülerinnen und Schüler auf, die sich als solche zu erkennen gaben. Zum Teil nahmen sie offenbar im Rahmen des Schulunterrichts an der Diskussion teil. Auch die Teilnahme eines Repräsentanten des »European Youth Forums«, eines Zusammenschlusses verschiedener europäischer Jugendorganisationen, belegt, dass offenbar entsprechende Institutionen direkt angesprochen wurden und die Diskussion ihre Zielgruppe erreicht hat. Themen waren unter anderem die Frage der Mehrsprachigkeit der EU, die einen unmittelbaren Bezug zur (zum Teil mehrsprachig geführten) Diskussion selbst hatte, sowie die Frage einer europäischen Identität und der Notwendigkeit einer eigenen Verfassung. Mit mehr als dreimonatiger Laufzeit weicht die Diskussion von den bisherigen in ihrer Dauer deutlich ab.

- *»Ergebnisse des Europäischen Verfassungsgipfels« (EU-10)*

Zeitraum: 15. Dezember 2003-29. März 2004 (106 Tage)

166 aktive Teilnehmer, 862 Beiträge

Nachdem sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten bei ihrem Gipfeltreffen am 12. und 13. Dezember 2003 nicht auf eine Zustimmung zum Verfassungsentwurf einigen konnten, bot eine weitere Diskussion Raum für alle dadurch aufgeworfenen Fragen und Probleme. Auch in dieser Diskussion ging es wieder um allgemeine und grundlegende Fragen Europas und einer europäischen Verfassung, allerdings auch um einzelne Verfahrensfragen wie die Abstimmungsmodalitäten über die Verfassung selbst und um Kommentare zum bisherigen Verfassungsprozess. Da die Diskussion bis zum folgenden Treffen des Europäischen Rates Ende März 2004 lief, bestand formell eine Möglichkeit, auf den Prozess einzuwirken. Faktisch allerdings waren die offiziellen Verhandlungen, die durch die irische Ratspräsidentschaft geführt wurden, so weit fortgeschritten und auf diskrete bilaterale Gespräche über die strittigen Details verlegt worden, dass ein Bezug zur allgemeinen Diskussion der Bevölkerung kaum bestanden haben dürfte.¹⁰ Eher war der Blick bereits auf die anstehende Frage der Zustimmung der Bevölkerung zu dem Vertragswerk gerichtet, die in einigen Ländern durch Referenden zu erfolgen hatte. Die Diskussion bildet somit ein Meinungsbild der späten Phase des Verfassungsprozesses ab und gehört zu den letzten Diskussionen, die über die FUTURUM-Website zum Verfassungsprozess geführt wurden.¹¹

Die untenstehende Übersicht (Tabelle 1) zeigt die neun Online-Diskussionen mit ihren wichtigsten Merkmalen. Auch wenn diese Übersicht noch keine Merkmale des Kommunikationsprozesses selbst enthält, zeigt sie bereits die große Komplexität des Samples und verdeutlicht die Problematik der kleinen Fallzahl in Verbindung mit großer Varianz der Merkmale (»many variables – small n«-Charakteristik). Die Daten zu den einzelnen Diskursen wurden außer durch unmittelbare Beobachtung der Webseiten durch die Auswertung der jeweiligen Textarchive gewonnen, die das diskursive Geschehen so abbilden, wie es sich auch aus der Perspektive der Teilnehmer darstellt.

10 Vgl. die Dokumentation der europäischen Kommission zu dieser Phase des Verfassungsprozesses unter http://europa.eu/scadplus/cig2004/negotiations2_de.htm (Stand 20.1.2007).

11 Seit März 2006 bietet die EU unter dem Motto »Debate Europe« wieder öffentliche Online-Diskussionen zur Zukunft der EU an (<http://europa.eu.int/debateeurope>). Vgl. auch den Blog-Eintrag der EU-Kommissarin für Öffentlichkeitsarbeit, Margot Wallström: http://blogs.ec.europa.eu/blog_wallstrom/page/wallstrom?entry=debate_europe (Stand 20.1.2007).

Auswahl der Untersuchungsmethoden

Die einzelnen Methoden richten sich vor allem nach der jeweils interessierenden Ebene des Diskurses. Auf der sozialen Dimension geht es um die Frage der Einbeziehung der Akteure in den Kommunikationsprozess, um ihre Beteiligung. Dabei interessieren uns die Akteure nicht in ihrer Individualität, sondern als Elemente des Kommunikationsprozesses. Von den Akteuren als solchen geht nur ein spezifischer Teil in die Kommunikation ein und ist für andere sichtbar, wohingegen derjenige Teil der Individualität, der zwar einen Effekt auf die Kommunikation haben kann, aber nicht beobachtbar ist, auch in unserer Analyse außen vor bleiben soll. Wir schließen uns diesbezüglich der Argumentation Luhmanns an, der sein Absehen von rein individuellen Dispositionen von Akteuren zugunsten der Kommunikation damit begründet, dass diese kommunikativ nur dann eine Wirksamkeit entfalten können, wenn sie auch Teil der Kommunikation und für die anderen Teilnehmer beobachtbar werden (Luhmann 1992).

Über diese durchaus umstrittene Sichtweise hinaus bleibt im Falle der Beobachtung von Online-Kommunikation kein anderer Weg, als von der kommunikativen Fiktion von Akteuren auszugehen, also davon, wie sie sich in der Kommunikation selbst präsentieren. Denn selbst der Zugriff auf die Akteure mit Mitteln wie der Befragung lässt keine Erkenntnis über die Kommunikationsprozesse zu, sondern höchstens über die Absichten und Gewohnheiten der daran Beteiligten. Diese Untersuchungsstrategie scheitert immer dann, wenn die leibhaftigen Akteure nicht eins zu eins mit den kommunikativen Akteuren übereinstimmen, wenn also z. B. zwei unterschiedliche Personen sich eine Zugangsadresse in der Online-Diskussion teilen, was nach unseren Beobachtungen durchaus vorkommt. Ähnliche Probleme ergeben sich, wenn eine Person unter verschiedenen Adressen auftritt, und dabei unter Umständen sogar unterschiedliche Identitäten ausbildet (vgl. Turkle 1995, Danet 1998). Der Rückschluss von den Akteuren auf die Kommunikation und umgekehrt ist immer problematisch, und im Fall von Online-Kommunikation ganz besonders. Daher nehmen wir von vornherein mit den beobachtbaren kommunikativen Artefakten vorlieb.

Zur Untersuchung der Sozialdimension der Kommunikation bietet sich neben der teilnehmenden Beobachtung vor allem eine quantitative Analyse an, die die faktische Teilnahme der Akteure an der Kommunikation auf ihre Struktur hin untersucht. Innerhalb der einzelnen Fälle mit ihrer großen Zahl von Beiträgen und Teilnehmern können dabei statistische Verfahren problemlos zum Einsatz kommen. Aufgrund der Vergleichsperspektive und der geringen Fallzahl kommt beim Vergleich der

Fälle dann wieder ein heuristisches Vorgehen zur Anwendung, insbesondere, weil nicht nur die Struktur der Teilnahme beschrieben werden soll, sondern auch nach Erklärungen für diese Struktur gesucht wird, die wiederum die Theorieentwicklung voranbringen können. Dazu werden vereinzelt auch spezielle Verfahren wie die Inhaltsanalyse von Beiträgen – zur Untersuchung des Beitragsverhaltens – und die Soziale Netzwerkanalyse – zur Untersuchung der wechselseitigen Bezugnahme der Teilnehmer – angewendet.

Hinsichtlich der Sinndimension der Kommunikation liegt der Schwerpunkt der Untersuchung dagegen auf inhaltsanalytischen Methoden. Einzelne Beiträge wurden – stichprobenhaft nach der Methode der kontrastierenden Fälle ausgewählt – auf die in ihnen enthaltenen Stil-, Form- und inhaltlichen Elemente hin untersucht. Ergänzend kommen statistische Verfahren zum Einsatz, soweit sie sich auf der Ebene der einzelnen Fälle anwenden lassen. In der Temporaldimension schließlich kommt eine besondere Methode zur Anwendung, die Ereignisdatenanalyse. Sie ermöglicht, die zeitliche Dimension in der Analyse der Determinanten der Anschlusswahrscheinlichkeit eines Beitrags unmittelbar zu berücksichtigen. Mit dieser ursprünglich für die Analyse von Überlebenswahrscheinlichkeiten entwickelten Methode machen wir ein avanciertes Instrument der quantitativen Forschung für die Analyse von Kommunikationsprozessen nutzbar, das insbesondere die interne Dynamik und Temporalität der Kommunikation zu analysieren erlaubt. Da alle verwendeten Methoden in engem Bezug zu den jeweils im Vordergrund stehenden theoretischen Problemen stehen, soll hier von einer ausführlichen, gesonderten Darstellung der Methoden abgesehen werden. Die entsprechenden Ausführungen erfolgen im unmittelbaren Kontext ihres Einsatzes in der empirischen Analyse, so dass die Gründe für ihre Verwendung jeweils deutlich werden.

Tabelle 1: Übersicht über die neun Online-Diskurse mit ausgewählten Merkmalen der Rahmenbedingungen, chronologisch gegliedert. Alle Angaben und Wertungen verstehen sich relativ zu den jeweils anderen Diskursen. Zur Art der Themen (letzte Spalte) ist anzunehmen, dass alle zur Diskussion stehenden Themen als komplex zu bewerten sind, daher werden hier nur Unterschiede im anzunehmenden Grad der Abstraktheit bzw. Lebensnähe aus Sicht der Teilnehmer angeführt. TN=Teilnehmer; NPO=Non-Profit-Organisation; Wissen=Wissenschaft; EU-Komm.=EU-Kommission

Diskurs	Modell	Jahr	Dauer (Tage)	Ebene	Akt. TN	Beitragende Sprache	Organisation	Modalität	Einbindung	Grad pol. Politikern	Teilh. von Politikern	Strukturierungsgrad	Anonymität	Foren	Publizierungsgrad	Art des Themas
IR-MAP	INFO-REN	2001	15	national	128	547	engl.	NPO Politik	aktiv	schwach	mittel	hoch	gering	nein	mittel	greifbar
IR-EPA	INFO-REN	2001	11	national	320	1260	engl.	NPO Politik	aktiv	stark	stark	hoch	gering	nein	mittel	abstrakt
IR-CMP	INFO-REN	2002	15	Bundesstaat	250	1060	engl.	NPO Politik	aktiv	stark	stark	hoch	gering	nein	mittel	greifbar
D-TU	DEMOS	2001	40	Organisation	106	1244	deutsch	NPO Wissen	aktiv	mittel	mittel	mittel	stark	ja	hoch	greifbar
D-BOL	DEMOS	2002	43	kommunal	99	713	ital.	NPO Wissen	aktiv	mittel	gering	mittel	stark	ja	mittel	greifbar
D-HH	DEMOS	2002	29	kommunal	262	3907	deutsch	NPO Wissen	aktiv	stark	mittel	mittel	stark	ja	hoch	abstrakt
EU-4	FUTURUM	2002	51	EU	317	1651	vorw. engl.	EU-Komm.	passiv	schwach	gering	schwach	gering	nein	gering	abstrakt
EU-9	FUTURUM	2004	101	EU	292	471	vorw. engl.	EU-Komm.	passiv	schwach	keine	schwach	gering	nein	gering	abstrakt
EU-10	FUTURUM	2004	106	EU	166	862	vorw. engl.	EU-Komm.	passiv	schwach	keine	schwach	gering	nein	gering	abstrakt

ERGEBNISSE DER EMPIRISCHEN ANALYSE POLITISCHER DISKURSE IM INTERNET

Aus der Perspektive der Diskurstheorie lassen sich drei Aspekte von Diskursen bestimmen, die als Heuristik eine empirische Analyse anleiten können. Wir folgen hier weitgehend den Arbeiten von Peters (1994: 51), der Gleichheit, Offenheit und Diskursivität als »grundlegende Strukturmerkmale« von Diskursen unterscheidet. Diese Strukturmerkmale identifiziert er ausgehend vom normativen Modell der deliberativen Öffentlichkeit in der Tradition Jürgen Habermas'.

Die Leistung von Peters besteht in der konsequenten Bezugnahme auf die empirischen Bedingungen der öffentlichen Kommunikation. In der Kontrastierung von normativen Anforderungen und empirischen Bedingungen realweltlicher Kommunikation wird bereits deutlich, dass die Theorie der Öffentlichkeit, die auch eine Theorie des Diskurses ist, näher spezifiziert werden muss, um auf die tatsächlich ablaufende politische Kommunikation anwendbar zu sein. Diese Konkretisierung wird von Peters für die drei Aspekte geleistet.

Wir übersetzen die drei Aspekte im Folgenden in drei Fragen, um ihre Bedeutung für Diskurse als Form der Kommunikation deutlicher werden zu lassen: *Wer* kommuniziert (verweist auf die Frage der Gleichheit und Reziprozität von Diskursen in sozialer Hinsicht)? *Worüber* wird kommuniziert (verweist auf die Frage der Offenheit und Verarbeitungskapazität von Diskursen in sachlicher Hinsicht)? *Wie* wird kommuniziert (verweist auf die im engeren Sinne kommunikativen Strukturen und Mechanismen von Diskursen, die zum Teil der temporalen Dimension zuzuordnen sind, zum Teil aber auch die kommunikationstheoretische Basis der Diskurstheorie selbst betreffen)?

Wie der Vergleich mit der berühmten Lasswell'schen Formel der Kommunikation (»Who says what in which channel to whom with what effect?«, Lasswell 1948) zeigt, sind durch die drei Fragen der Diskursanalyse grundlegende Aspekte der Kommunikation angesprochen. Ausgespart bleibt zunächst die Frage nach dem Medium bzw. Kanal, der in unserem Fall die gemeinsame Diskursarena auf einer Website ist, sowie die nach dem Effekt, da dieser im Falle von Diskursen allenfalls in einem kollektiven Fortschritt zu sehen wäre, sofern er sich überhaupt unmittelbar messen lässt.

Wer kommuniziert? Peters fasst unter dem Aspekt der Gleichheit und Reziprozität die normative Anforderung, dass Diskurse für alle potentiell Betroffenen offen sein müssten. Dahinter steht der Anspruch, dass keine grundsätzlichen Exklusionsmechanismen verhindern sollen, bestimmte Meinungen im Diskurs zu Gehör zu bringen.

Zunächst lässt sich aber zum einen einschränken, dass ein singulärer Diskurs, wie er in der vorliegenden Arbeit Gegenstand der Untersuchung ist, nicht unbedingt dieser Anforderung Genüge tun muss, solange sichergestellt ist, dass andere Diskursepisoden den jeweilig Ausgeschlossenen offenstehen, um ihre Meinung einzubringen. Die Ergebnisse eines Diskurses sind allerdings zu relativieren durch den Grad der Offenheit, unter der sie zustande kamen.

Zum anderen ließe sich einschränken, dass zwar einzelne Akteure aus einem Diskurs ausgeschlossen sein könnten, dass es aber viel eher darauf ankommt, ihre Meinungen nicht auszuschließen. Für die Qualität eines Diskurses käme es demnach auf seine Inhalte an, weniger aber darauf, wer an ihm tatsächlich teilnimmt. Gegen diese Vorstellung eines »Wettbewerbs der Ideen« allerdings wehrt sich Peters, gar nicht so sehr, weil er es problematisch findet, die tatsächliche Repräsentativität in Bezug auf die Ideen zu überprüfen, sondern mit dem Hinweis darauf, dass »die persönliche Perspektive eines jeden zählt« (Peters 1994: 46, FN 2; vgl. auch die Diskussion im Theorieteil dieser Arbeit, S. 57).

Darin liegt unseres Erachtens das entscheidende Argument, das die Frage »Wer kommuniziert?« von der Frage »Worüber wird kommuniziert?« abgrenzt. Allerdings bliebe als alternative Abgrenzung auch das eher pragmatische Argument, dass sich Verzerrungen der Repräsentativität leichter auf der sozialen Dimension ablesen lassen als auf der sachlichen, bzw. dass sich die Kontrolle am besten herstellen lässt, wenn die Meinungsträger auch selbst am Diskurs teilhaben und nicht ihrerseits irgendwelche Repräsentanten kontrollieren müssen. Da Peters aber an der starken Form der Anforderung festhält, werden wir deren Implikationen im Einzelnen noch genauer untersuchen.

Worüber wird kommuniziert? Diese Frage verweist auf zwei Aspekte von öffentlichen Diskursen. Erstens geht es um die bereits erwähnte Anforderung, dass in den Diskursen alle öffentlich relevanten Themen diskutiert werden sollten. Dabei ist durchaus eingestanden, dass bestimmte Fragen besser vom politischen System im engeren Sinne, also von den entsprechenden Institutionen wie dem Parlament bzw. dem Verwaltungsapparat, aber auch anderen Systemen wie der Wissenschaft oder der Wirtschaft, behandelt werden können. Immer muss dabei aber sichergestellt sein, dass Kontroversen, die ein gewisses Maß an grundlegenden Konflikten berühren, aus diesem Kernbereich ausdifferenzierter Subsysteme der Gesellschaft herausgetragen werden an die Öffentlichkeit und dort diskursiv bearbeitet werden können.

Hintergrund dieser Anforderung ist die Vorstellung, dass gerade die lebensweltliche, nicht spezialisierte und nicht durch präformierte, invariante Interessen geprägte Kommunikationssituation des Diskurses einen originären Beitrag zur Lösung von gesellschaftlichen Problemen sowie zur Legitimation der Lösungen beitragen kann (Habermas 1992a; vgl. auch M. Miller 1992: 16). Die empirisch relevante Frage ist dann aber, ob die Diskurse aus dem Spektrum der möglichen und drängenden Problemen die richtigen, also die relevantesten behandeln. Sie betrifft neben Fragen des Agenda-Setting und des Gatekeeping auch solche nach den Nachrichtenwerten, sofern die Diskurse in den Massenmedien abgehalten werden.

Der zweite Aspekt in Bezug auf die Themen der Diskurse betrifft die Anforderung, die angesprochenen Themen kompetent zu bearbeiten. Dazu dürfen weder die Menge noch die Komplexität der diskutierten Probleme die Diskurse überfordern. Die Frage nach der Kompetenz zur Bearbeitung oder gar Lösung von Problemen zielt dabei entweder auf die Akteure und ihre Kompetenzen oder auf die Kommunikation, also darauf, in welchem Maße die kommunikativen Mechanismen eines Diskurses in der Lage sind, Probleme einer Lösung zuzuführen. Daher lassen sich die Fragen, die diesen zweiten Aspekt der Sachdimension von Diskursen betreffen, unseres Erachtens auflösen zugunsten entweder einer akteurstheoretischen Betrachtung, die dann der ersten Dimension, also der Frage »Wer kommuniziert?« zugeschlagen werden kann,¹ oder

1 Deutlich werden hier bereits erste Reibungspunkte innerhalb der normativen Anforderungen, wenn auf der Ebene der Teilnehmer zum einen Gleichheit der Zugangsbedingungen gefordert wird, zum anderen aber eine gewisse Problemlösungskompetenz vorausgesetzt werden soll: »Im normativen Begriff von Öffentlichkeit ist zudem der Anspruch enthalten, dass das Publikum in der Lage sein soll, alle wichtigen öffentlichen Fra-

aber einer kommunikationstheoretischen Betrachtung, die sie dann unter der Frage »Wie wird kommuniziert?« behandelt.

Wie wird kommuniziert? Mit dem letzten Aspekt geht es schließlich um die Kommunikation selbst, um ihre diskursive Qualität. Damit ist gemeint, dass die Form der Kommunikation bestimmte Ergebnisse ermöglicht oder erschwert. Zum Erreichen des normativ gesetzten Anspruches müssen bestimmte Merkmale erfüllt sein, die sich aus den Überlegungen zur Kommunikationstheorie des Diskurses, aus Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns, ableiten.

Das wesentliche Kriterium (neben z. B. Authentizität und Respekt) ist hier das der Argumentativität, dass also bestimmte Meinungen oder Positionen in Bezug auf die im Diskurs verhandelten Themen durch die Teilnehmer begründet werden, und zwar dergestalt, dass andere sich mit den Gründen auseinandersetzen und diese anerkennen oder aber widerlegen können. An dieser Stelle wird auch eine Trennung von Urhebern der Äußerungen und den Äußerungen selbst bzw. den in ihnen vorgebrachten Begründungen eingefordert, die unseres Erachtens sinnvoll ist, aber in Widerspruch zu der oben angemerkten Engführung von Persönlichkeit und Äußerungen steht. Denn in Bezug auf die Kommunikation wird gefordert, dass sich die Teilnehmer untereinander mit Respekt begegnen, auch wenn sie ihre Positionen wechselseitig ablehnen. Auf der Ebene der Teilnehmer wird umgekehrt der Respekt als Bedingung dafür angesehen, dass die Positionen von Teilnehmern auch akzeptiert werden. Nicht zuletzt geht es bei der Frage der Form der Kommunikation auch um die Universalität von Diskurskommunikation, die gegen Relativierungen durch Verweis auf unterschiedliche Diskussionskulturen geschützt werden soll.

Mit den drei Punkten der Teilnehmer, der Themen und der Form der diskursiven Kommunikation sind vor allem Aspekte der sozialen und der sachlichen Dimension angesprochen. Bezüglich der dritten im Methodenteil angesprochenen Sinndimension, der zeitlichen, geht es weniger um bestimmte Fragestellungen als vielmehr um die methodologische Differenz zwischen einer eher statischen und einer eher dynamischen Betrachtungsweise, die die beiden anderen Dimensionen betrifft.

Bei der statischen Betrachtung lassen sich die genannten Aspekte von Diskursen jeweils als *Ergebnisse* eines Kommunikationsprozesses deuten, der eine gewisse Zeit durchlaufen hat. Sinnvollerweise setzt eine solche Messung am Ende des Diskurses an, wenn die Strukturen, die es hier zu entdecken gilt, im Laufe des Prozesses Zeit hatten, zu sedimentieren

gen nicht nur zu thematisieren, sondern auch kompetent und sachlich angemessen zu behandeln« (Peters 1994: 47).

tieren. Hier geht es um die Frage, welche strukturellen Merkmale den Diskurs kennzeichnen.

Bei der dynamischen Betrachtung geht es dagegen stärker um die Frage der *Entstehung* dieser beobachtbaren Strukturmerkmale von Diskursen. Im Ablauf der Kommunikation in der Zeit lassen sich die Merkmale des Prozesses selbst beobachten, die kommunikativen Mechanismen. Wir versprechen uns insbesondere von der Kombination der beiden Perspektiven eine umfassende Klärung der kommunikativen Wirksamkeit von Diskursen und diskutieren sie daher im Folgenden gemeinsam für jeden der drei genannten Aspekte.

Strukturen der Partizipation in Diskursen

Zunächst soll auf der synchronen Ebene die Frage der Partizipation von Akteuren in den Diskursen untersucht werden. Methodologisch ist diese Frage bei der Untersuchung von Online-Kommunikation nicht einfach zu behandeln. Denn in textbasierten Foren im Internet ist die Kommunikation medial vermittelt. Den Teilnehmern stehen kaum »social cues«, also Hinweise auf die Urheber der Mitteilungen, zur Verfügung. Die Vermittlung erlaubt ein vergleichsweise freies Spiel mit Identitäten. Daher können Aussagen über die Teilnehmer an den Online-Diskursen nur unter Einschränkungen getroffen werden.

Die im Folgenden präsentierten Analysen stützen sich zum einen auf die Informationen, die sich aus den Beiträgen selbst herauslesen lassen, also auf die Selbstoffenbarungen der Teilnehmer über ihre Identität. Sie stützen sich zum anderen auf die Diskurse begleitende Kommunikationsmittel, mit denen die Organisatoren der Diskurse gezielt Kanäle für solche Selbstoffenbarungen geschaffen haben – sei es, um diese Informationen trotz der Beschränkungen einer Online-Diskussion in den Diskurs einfließen zu lassen (z. B. Selbstbeschreibungen in den INFOREN-Diskursen), sei es, um Informationen für die Evaluation der Diskurse (sowohl der Inhalte als auch der Rahmenbedingungen) zu gewinnen (z. B. Teilnehmer-Befragung in den DEMOS-Diskursen). Des Weiteren werden Ergebnisse aus der Literatur herangezogen, sofern diese es ermöglichen, ein genaueres Bild der Teilnehmer an politischen Online-Diskursen zu erhalten.

Der Stand der Literatur ist besonders informativ hinsichtlich der grundlegendsten Bedingung für die Teilnahme an einem Online-Diskurs, nämlich der Verfügbarkeit eines Zugangs zum Internet. Ohne einen solchen bleiben Teilnehmer in ähnlicher Weise vom Diskurs ausgeschlossen wie Akteure ohne gewisse kommunikative Mindestvoraussetzungen

von der Teilnahme an Diskursen generell ausgeschlossen bleiben. Die Frage des Online-Zugangs stellt sich jedoch nicht alternativ, sondern additiv zu den sonstigen generellen Voraussetzungen für die Teilnahme an Diskursen. Da sich diesbezüglich der Einwand formulieren lässt, Online-Diskurse seien von vornherein so stark beschränkt, dass ihre Untersuchung (ebenso wie ihr praktischer Einsatz im politischen Feld) keine allgemeinen Schlüsse (respektive Ergebnisse) für die Politik erbringen könne, soll auf diese Frage zunächst gesondert eingegangen werden.

Der Zugang zum Internet ist in der Tat nicht für jeden Bürger gleichermaßen offen. Dies gilt selbst für die entwickelten Industrienationen, in denen das Netz zum alltäglichen Kommunikationsmittel geworden ist.² Die Internetnutzung hat sich zwar rapide in der Bevölkerung ausgebreitet, allerdings nicht so umfassend, wie zunächst angenommen wurde und wie es zum Beispiel für das Telefon und Fernsehen heute der Fall ist. Ein nicht zu unterschätzender Teil der Bevölkerung ist – und wird es auf absehbare Zeit auch bleiben – von Diskursen im Internet ausgeschlossen, weil er keinen Zugang zum Netz hat.³

2 Andere Länder wollen wir aus Gründen der Fokussierung der Diskussion aus unserer Betrachtung ausschließen. Ebenfalls beschränken wir uns auf demokratisch verfasste Staaten, da in anderen die Probleme von öffentlichen Diskursen ganz anderer Natur sind.

3 Für die Zeiten, in denen die beobachteten Diskurse stattfanden, lassen sich Statistiken der ITU zur Internetverbreitung heranziehen (vgl. <http://www.itu.int/ITU-D/ict/e/y/Indicators/Indicators.aspx> – Stand: 5. Februar 2007). In den USA hatten demnach im Jahr 2001 50,1 Prozent der Bevölkerung Zugang zum Internet, ein Jahr später 55,2 Prozent. In diesen Jahren lag die Verbreitung in Deutschland bei 31,5 Prozent respektive 33,9 Prozent, in Italien im Jahr 2002 bei 35,1 Prozent. Der EU-Durchschnitt lag nach Angaben von Eurostat etwa zwischen dem deutschen und italienischen Wert. Die Zahlen der ITU sind allerdings mit einiger Vorsicht zu behandeln. So liegen die Zahlen der ARD/ZDF-Online Studie für Deutschland deutlich höher (van Eimeren et al. 2001, 2002, 2003). Da es uns nicht um eine genaue Bestimmung der Internetnutzung zur jeweiligen Zeit geht, sondern nur um einen Eindruck von der Alltäglichkeit dieses Kommunikationsmediums, können uns diese Angaben genügen. Sie zeigen einerseits, dass der Zugang zu den Online-Diskussionen einem großen Teil der Bevölkerung prinzipiell verwehrt war. Andererseits belegen sie auch, dass das Internet im beruflichen und privaten Alltag einer Vielzahl von Bürgern angekommen war. Gerade die politische Kommunikation bediente sich dieses Mittels bereits vielfach, wie etwa die Diskussion um elektronische Wahlen (Caltech/MIT 2001; Schily 2001) zeigt. Sowohl in Deutschland (mit der Einführung eines Online-Portals für politische Themen im November 1998) als auch in Italien (mit der Förderung von öffentlichen Netzzugängen, vgl. Tambini 1998) sind politische Nutzungen für die hier interessierenden Zeitpunkte dokumentiert.

Doch die Nichtnutzung des Internets allein würde einen Demokratietheoretiker nicht unbedingt beunruhigen. Denn es geht bei der Forderung nach gleichberechtigten Teilnahmekancen um die Chancen zur Teilnahme, nicht aber um ihre faktische Wahrnehmung. Es entspricht gerade dem Freiheitsgrundsatz der Demokratie, dass die Teilnahme auch verweigert werden kann. Es kommt also nur darauf an, dass sie nicht aus prinzipiellen oder strukturellen Gründen verwehrt wird. Allerdings zeigen Studien zum sogenannten »digital divide«, dass in der Tat von einer zumindest strukturellen Benachteiligung einzelner Bevölkerungsgruppen in Bezug auf die Internetnutzung auszugehen ist. Die Nutzung verteilt sich nämlich nicht gleichmäßig über die Bevölkerung, sondern folgt altbekannten Mustern der sozialen Ungleichheit. Es nutzen Männer das Internet stärker als Frauen, Junge stärker als Alte, gut Gebildete stärker als weniger gut Gebildete, und gut Situierte stärker als weniger gut Situierte (vgl. Welsch 2002; van Eimeren/Frees 2006). Auch wenn sich im Lauf der Zeit die Unterschiede für manche soziodemographischen Merkmale verringert haben, bleiben sie doch erstaunlich persistent. Soziologische Beobachter gehen daher weiterhin von »digitaler Ungleichheit« aus (DiMaggio/Hargittai 2001), also von sozialstrukturell bedingten Unterschieden in der Internetnutzung.⁴

Allerdings hat sich im Lauf der umfangreichen Forschungstätigkeit zum Thema »digital divide« eine Akzentverschiebung ergeben. Nicht mehr die Frage des reinen Zugangs zum Internet (damit ist die Verfügung über einen Computer und eine Internet-Anbindung verbunden) steht im Vordergrund, sondern vielmehr die Frage der Art der Nutzung dieses Zugangs bzw. der unterschiedlichen Internetdienste. Die Ungleichheit besteht demnach nicht mehr so sehr in der Verfügbarkeit von Internetdiensten, sondern in der Qualität und im Ausmaß ihrer Nutzung. Nicht zuletzt die verschiedenen Angebote, das Internet an öffentlichen Orten (und meist kostenfrei) zu nutzen, z. B. in Bibliotheken etc., aber auch die wachsenden Unterschiede in der Bandbreite bei den verfügbaren Internetzugängen haben zu dieser Akzentverschiebung geführt. »As access diffuses to parts of the public who were initially excluded, dimensions related to quality of use become important bases by which the benefits of the technology are stratified« (DiMaggio/Hargittai 2001). War der Blick der Forscher einmal auf die faktische Nutzung im Gegen-

4 »Digitale Ungleichheit« meint darüber hinaus, dass die ungleiche Internetnutzung die soziale Ungleichheit weiter verstärkt bzw. reproduziert. Auf diese allgemeinen Folgen der Internetnutzung wollen wir an dieser Stelle nicht weiter eingehen, es ist jedoch klar, dass auch die politische Partizipation von der Internetnutzung betroffen ist, wenn sich politische Kommunikation zu einem immer bedeutenderen Teil im Netz abspielt.

satz zur potentiellen gerichtet, stellten sie auch diesbezüglich Unterschiede fest, und zwar so gravierende, dass sich der Fokus der Forschung zur digitalen Ungleichheit verschob von der Untersuchung der Internetzugänge zur Internetnutzung.

Für die Frage der Beteiligung an politischen Diskursen im Internet ist diese Akzentverschiebung bedeutend. Denn wenn es bei der Frage des Zugangs um die faktische Exklusion von der Teilnahme geht, stellen Ungleichheiten der Nutzung von solchen Diskussionsangeboten ebenfalls eine potentielle Verzerrung der Diskussion dar, sofern sie strukturelle Ursachen haben und nicht dem freien Willen zur Beteiligung unterliegen.

Allerdings wollen wir argumentieren, dass Ungleichheiten in der Nutzung weniger mit dem Medium zu tun haben, in dem die Diskussionen geführt werden, sondern stärker mit anderen Aspekten, wie zum Beispiel den Themen, dem organisatorischen Rahmen, dem Kontext der Diskussion etc. Unser Argument stützt sich auf Beobachtungen der Forscher zum »digital divide«. Wenn die Frage des Zugangs nicht mehr so sehr im Vordergrund steht, weil die Kosten und die Verfügbarkeit marginal geworden sind, und auch die Nutzung keine großen Ansprüche an die Technologie oder aber die individuellen Kompetenzen der Teilnehmer stellen, dann gewinnen andere Faktoren an Gewicht, die allerdings sowohl Online-Diskussionen als auch Diskussionen ohne Internet-Unterstützung strukturieren (im doppelten Sinn des Wortes von »beschränken« und »unterstützen«). Die Rolle der Technologie wird demgegenüber marginal, zumindest in ihrem Einfluss auf die Auswahl der Teilnehmer.⁵

Wir können dieses Argument nicht empirisch mit Daten aus der Analyse der Online-Diskussionen untermauern, da entsprechende Daten nicht in der nötigen Qualität vorliegen. Keine der Diskussionen erhob von Seiten der Organisatoren Anspruch auf Repräsentativität, da sie als Episoden in einem weiter gespannten politischen Diskurs betrachtet wurden, in dem die Online-Diskussion nur eine ergänzende neben anderen Formen der Beteiligung darstellte. Daher sahen die Diskurse auch keine entsprechende Evaluation der Teilnehmerschaft vor.

Allerdings lässt sich aus den Antworten auf Umfragen zu einem der Diskurse das Argument plausibilisieren, dass technologische Faktoren

5 Unbestritten bleibt, dass die Kosten für den Zugang zu Online-Diskussionen sowohl in Form von ökonomischem Kapital als auch kulturellem und sozialem Kapital nur relativ gesunken sind, aber weiterhin einen Faktor darstellen. Doch ihr Gewicht im Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren ist so gering geworden, dass sie als Randbedingung betrachtet werden können.

an Gewicht verlieren gegenüber stärker soziodemographischen und politischen Faktoren. Immer wieder wird etwa befürchtet, dass Internet-Foren vor allem von Männern genutzt würden, von Frauen dagegen kaum. Dahinter steht die Beobachtung, dass Männer das Internet noch immer stärker nutzen als Frauen, aber auch, dass Forensysteme Männer stärker anziehen, weil sie eine gewisse technische Affinität erfordern.⁶

In der DEMOS-Diskussion zum Thema »Wachsende Stadt« im Jahr 2002 in der Stadt Hamburg wurden in einer Umfrage unter den Teilnehmern Angaben zu deren Geschlecht erhoben. Die Umfrageergebnisse basieren auf den Antworten von nur 70 der 262 Teilnehmer und können keine Repräsentativität beanspruchen. Sie erscheinen im Vergleich mit Ergebnissen der teilnehmenden Beobachtung aber durchaus plausibel. Die Umfrage ergab, dass 27 Prozent der Teilnehmer weiblich waren. Dies ist, selbst im Vergleich zur Grundgesamtheit der deutschen Internetnutzer zur gleichen Zeit (ca. 43 Prozent Frauenanteil), ein sehr niedriger Anteil und spricht in diesem Ausmaß für eine starke Verzerrung der Diskussion durch das Medium.

Allerdings ergab eine Umfrage zu einer vergleichbaren Diskussion im Jahr 2005 einen Frauenanteil von 62 Prozent unter den Teilnehmern (Lührs 2006). Diese Diskussion war von den gleichen Organisatoren ebenfalls in Hamburg durchgeführt und mit vergleichbarem Aufwand beworben worden, diesmal allerdings zum Thema »Familienleben«. Vor dem Hintergrund von ca. 45 Prozent weiblichen Internetnutzern in Deutschland zu dieser Zeit ist festzustellen, dass Frauen in der Diskussion deutlich überrepräsentiert waren. Für die beträchtlichen Unterschiede der Geschlechterverteilung zwischen den beiden Diskussionen ist offenbar die Themenwahl verantwortlich.

Diese Beobachtung ermöglicht auch eine Spezifizierung des allgemeinen theoretischen Modells zur Erklärung der Partizipation an Online-Diskussionen, das wir andernorts vorgeschlagen haben (vgl. Albrecht 2006a: 76). Nach diesem Modell wird die Teilnahme durch drei Arten von Faktoren geprägt, durch politikspezifische Faktoren, durch internet-

6 Letztere Annahme bleibt allerdings spekulativ, da man ebenfalls argumentieren könnte, interaktive, kommunikationslastige Angebote würden stärker Frauen ansprechen. Bezüglich des politischen Interesses und des Niveaus der Beteiligung ergibt sich im Übrigen aus der Literatur über politische Partizipation kein Unterschied zwischen Männern und Frauen (L. L. Bennet/S. E. Bennett 1986; DiGenarro/Dutton 2006). Wohl aber bestehen geschlechterspezifische Präferenzen für bestimmte Beteiligungsformen: Bei der Unterstützung von Wahlkämpfen, dem Kontakt zu Politikern und der Zugehörigkeit zu politischen Organisationen dominieren Männer mit um sieben bis neun Prozentpunkte höheren Beteiligungsraten (Verba et al. 1995: 255).

spezifische Faktoren sowie durch Faktoren, die zwischen diesen beiden Bereichen vermitteln. Thematische Präferenzen fallen in den Bereich solcher »mediierender Faktoren«, die dann relevant werden, wenn Akteure grundlegend an politischer Teilnahme interessiert und gleichzeitig Internetnutzer sind.

Neben thematischen Präferenzen sind darunter auch unterschiedliche Nutzerkulturen zu fassen (nach denen sich Nutzer, die grundsätzlichen neuen Internetanwendungen gegenüber aufgeschlossen sind, unterscheiden von solchen, die sich auf bestimmte Internetdienste weitgehend festgelegt haben) sowie der unmittelbare politische Kontext, in den die Diskussion eingebettet ist und zu dem auch die Wahl eines Themas zu zählen ist. Diese Faktoren wirken entsprechend verstärkend auf die grundlegenden Determinanten der Teilnahmebereitschaft ein, die im Interesse an politischer Partizipation und im Zugang zum Internet bestehen.

Die Frage danach, wer überhaupt an einer Online-Diskussion teilnehmen kann bzw. wahrscheinlich teilnimmt, deckt aber nur einen Aspekt der Partizipation ab. Denn bisher ging es immer um die Beteiligung ganz am Anfang des Diskurses, also um den Einstieg in die Teilnahme am Diskurs. Es lohnt sich jedoch auch ein zweiter Blick, und zwar auf das Ende eines Diskurses. Zu diesem Zeitpunkt nämlich lässt sich aus der Struktur der Teilnahme nicht nur etwas über die grundsätzlichen Bedingungen erfahren, sondern auch etwas über die faktische Nutzung der Partizipationsmöglichkeiten. Erneut haben wir es allerdings mit dem Problem zu tun, dass Daten über die individuellen Merkmale der Teilnehmer nicht in wünschenswertem Maß zur Verfügung stehen. Daher konzentrieren wir uns auf die Frage, in welchem Ausmaß teilgenommen wurde. Es geht dabei auch um die Frage, inwiefern die Kategorie des Akteurs den Diskurs strukturiert.

Dazu betrachten wir das Verhältnis von Teilnehmern und Beiträgen, wie es sich im Verlauf des Diskurses entwickelt hat. Die normative Theorie des deliberativen Diskurses setzt nicht nur voraus, dass sich alle Interessierten überhaupt beteiligen können, sondern auch, dass in der Debatte ein Gleichgewicht herrscht, dass also keiner der Beteiligten die Diskussion zu sehr für sich beansprucht und diese durch ein Übermaß von Äußerungen beherrscht. Allerdings sehen auch normative Theoretiker eine Verzerrung der Verteilung der Beiträge als »unvermeidlich« an (Peters 1994: 51f.). Bei einer gewissen Teilnehmerzahl entstehe zwangsläufig eine Rollendifferenzierung in eher aktive und eher passive Teilnehmer, weil der Raum ebenso wie die Aufmerksamkeit der Teilnehmer begrenzt ist und nicht für eine gleichermaßen aktive Beteiligung von allen ausreicht. Wenn aber eine starke Differenzierung der Rollen stattfin-

det, wenn sich bestimmte Akteure der Diskussion bemächtigen, dann ist die Gleichheit der Diskussion bedroht, denn es ist nicht mehr gewährleistet, dass alle Stimmen im nötigen Maß Gehör finden.⁷

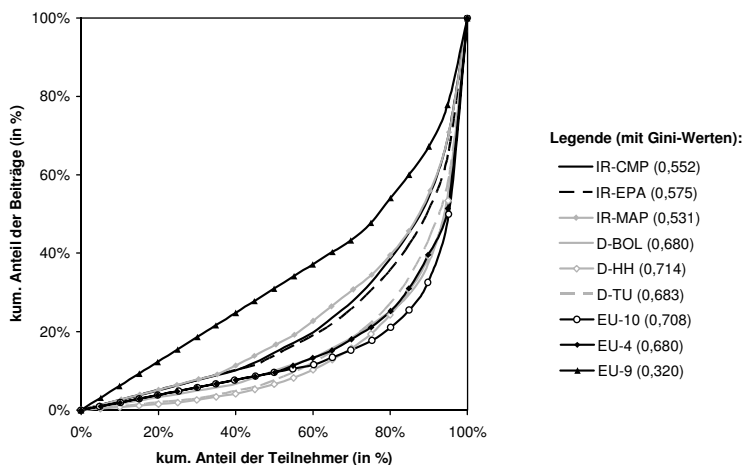
Zur Analyse des Beitragsaufkommens in den Diskursen verwenden wir den sogenannten Gini-Index, ein Maß der Ungleichheit einer Verteilung, das ursprünglich zur Beurteilung von Einkommensverteilungen entwickelt wurde. Die Bedeutung des Gini-Index lässt sich gut am Graphen ablesen, der die Anzahl der Teilnehmer zu der Anzahl ihrer Beiträge in Beziehung setzt, der sogenannten Lorenz-Kurve. Sie ist insofern standardisiert, als die Angaben auf beiden Achsen jeweils in Prozenten gemacht werden. Eine perfekt gleichmäßige Verteilung würde in der Graphik als Diagonale abgebildet, wohingegen jede Abweichung von der Diagonalen als Indikator von Ungleichheit gewertet werden kann. Je stärker die Abweichung von der Diagonale ist, desto ungleicher sind die Beiträge über die Teilnehmer verteilt, d. h. viele Beiträge sind bei wenigen Teilnehmern konzentriert und viele Teilnehmer haben wenige Beiträge. Der Gini-Index kann aufgrund seiner Berechnung zwischen 0 und 1 schwanken, dabei entspricht ein Wert von 0 der Diagonalen in der Lorenz-Kurve, wohingegen ein Gini-Wert von 1 die extremstmögliche Verzerrung ausdrückt, die allerdings praktisch kaum erreicht werden kann.

Abbildung 1 zeigt die Lorenz-Kurven für alle neun analysierten Diskurse, die Legende dazu gibt die entsprechenden Gini-Werte für die Verteilung der Beiträge über die Teilnehmer an. Dabei wurden jeweils die Moderatoren außer Acht gelassen, da sie qua ihrer formalen Rolle einen verhältnismäßig großen Anteil der Diskussion bestreiten. Auch lassen sich dadurch die Diskurse mit Moderation besser mit denen ohne Moderation vergleichen.⁸

7 Vgl. dazu auch Schultz (2000: 207): »Communication and participation alone do not mean much in terms of quality and value of content. Also, communication can remain without any significant effects as long as it is not transformed into communicative power and effective decisions [...]. Eventually, there is a seemingly trivial but most important consideration: the greater the number of communicators, the less time everyone has to listen to others; the smaller the size of interacting groups, the smaller their significance for society as a whole« (vgl. allgemein dazu auch Simmel 1908).

8 Um zu überprüfen, welchen Effekt die Auslassung der Moderatorenbeiträge hat, wurden auch die Gini-Werte unter Berücksichtigung der Moderatoren berechnet. In fast allen sechs Fällen ergab sich eine Verstärkung der Ungleichheit im Beitragsverhalten. Die Werte im Einzelnen: D-BOL: 0,71; D-HH: 0,74; D-TU: 0,71; IR-CMP: 0,57; IR-EPA: 0,57; IR-MAP: 0,56.

Abbildung 1: Verteilung des Beitragsaufkommens in den Diskursen



Anmerkung: Dargestellt sind die Lorenz-Kurven der neun Diskurse mit zugehörigen Gini-Werten

Es lassen sich grob drei Gruppen von Diskursen anhand ihrer Abweichung von der Diagonalen unterscheiden: Zunächst der Diskurs EU-9, der dicht an der Diagonalen liegt und eine relativ gleichwertige Verteilung der Beiträge über die Teilnehmer aufweist. Dann die drei INFO-REN-Diskurse, die eine deutliche Ungleichheit im Ausmaß der Beteiligung aufweisen, allerdings darin noch von der Gruppe der drei DEMOS-Diskurse und zweier FUTURUM-Diskurse übertroffen werden, deren Verteilung als extrem ungleich bezeichnet werden kann. Die Gini-Werte für die drei Gruppen liegen entsprechend bei 0,32 für den moderat ungleichmäßig verteilten Diskurs, bei 0,53 bis 0,57 bei den drei mittleren und bei 0,68 bis 0,71 für die am stärksten verzerrten Verteilungen.⁹ Außer für den ausgewogensten Diskurs ist also von einer starken Verzerrung der Verteilung der Beiträge auszugehen, die die Norm der Gleichheit der Teilnehmer in der Diskussion infrage stellt.

Der reine Grad der Abweichung von einer gleichmäßigen Verteilung der Beiträge erweist sich allerdings als wenig aussagekräftig, wenn wir zum Beispiel den Diskurs EU-9 betrachten. Was auf den ersten Blick

⁹ Zu einem zugegebenermaßen rein theoretischen Vergleich kann das Ausmaß der Ungleichheit des verfügbaren Haushaltseinkommens dienen. International liegen die Werte für die Jahre um 2000 laut OECD World Factbook 2006 (<http://fiordiliji.sourceoecd.org/pdf/fact2006pdf/10-03-02.pdf>, Stand: 1.11.2006) zwischen 0,23 (für Dänemark) und 0,48 (für Mexiko).

den Anschein einer relativ gleichmäßigen Verteilung hat und den Ansprüchen der normativen Theorie zumindest ansatzweise genügen würde, lässt sich bei näherem Hinsehen als Artefakt der Darstellungsweise identifizieren. Denn in diesem Diskurs hat sich eine große Zahl der Teilnehmer (insgesamt 73 Prozent) mit genau einem Beitrag beteiligt, was in der Lorenz-Kurve an dem langen geraden Verlauf im ersten Abschnitt des entsprechenden Graphen zu sehen ist. Auch die durchschnittliche Zahl der Beiträge pro Teilnehmer liegt mit 1,6 deutlich unter dem Durchschnitt über alle Diskurse hinweg (6,5 Beiträge).

Wir mögen es vielleicht mit einer gleichmäßigen Verteilung der Beiträge zu tun haben, in der sich kein einzelner Teilnehmer besonders hervortun konnte, allerdings haben wir es auch nicht mit einem Diskurs im eigentlichen Sinn des Wortes zu tun, in dem es zu einem Hin und Her von Argumenten kommt, denn das würde voraussetzen, dass sich einzelne Akteure wiederholt an der Diskussion beteiligen. Die Kurve für diesen Diskurs entspricht eher dem Modell einer »Speakers' Corner«, in der sich zwar jeder Teilnehmer äußern kann, in der aber die notwendige Interaktion zwischen den Teilnehmern nicht stattfindet. Diese Verteilung ist im Übrigen kein Ergebnis einer besonders kurzen Diskursdauer, vielmehr war die Zeit, die für das Schreiben von Beiträgen zur Verfügung stand, in diesem Fall mit über drei Monaten vergleichsweise lang (der Durchschnitt aller Diskurse lag bei 45 Tagen).

Anders liegt der Fall bei den drei Diskursen von »Information Renaissance«. Sie weisen durchschnittlich 4,2 Beiträge pro Teilnehmer auf, von diesen Beiträgen waren deutlich mehr als die Hälfte (durchschnittlich 71 Prozent) Antworten auf andere Beiträge, also Teil einer Interaktion. Dennoch liegt der Gini-Wert für diese Diskurse zwischen 0,53 und 0,57, was zwar einer deutlichen Ungleichverteilung der Diskussionsbeteiligung entspricht, aber noch kein Extrem darstellt. Die Kurven aller drei Diskurse, die von der gleichen Organisation auf vergleichbare Weise durchgeführt wurden, liegen so eng beieinander, dass sie als Ausdruck einer gleichartigen Verteilung der Partizipation angesehen werden können.

Davon abzugrenzen ist der Kurvenverlauf, dem die übrigen fünf Diskurse entsprechen. Sie weisen deutlich höhere Gini-Werte auf, was sich auch in entsprechend stärker verzerrten Verteilungskurven zeigt. Drei dieser stark ungleich verteilten Diskurse wurden nach der DEMOS-Methode durchgeführt, zwei davon auf der FUTURUM-Plattform. Auch diese Diskurse weisen eine relativ starke durchschnittliche Beteiligung auf (der jeweilige Mittelwert der Beiträge pro Teilnehmer liegt zwischen 5,2 und 14,9) sowie ein relativ hohes Maß an Interaktion in der Diskussion (zwischen 62 und 89 Prozent der Beiträge sind Antworten).

Sucht man nach Merkmalen der Diskurse, die für die Unterschiede in den Verteilungen den Ausschlag geben können, so fällt zunächst die Diskursmethode ins Auge. Die INFO-REN-Diskurse wurden zum einen über deutlich kürzere Zeiträume hinweg geführt (durchschnittlich 13,7 Tage gegenüber 53,8) und waren in ihrem Ablauf stärker strukturiert als die FUTURUM und die DEMOS-Diskurse. Durch die starke Führung der Diskussion durch einen Moderator entlang zuvor definierter Diskussionsschritte entstand, so ließe sich vermuten, ein stärkeres Zusammengehörigkeitsgefühl der Teilnehmer, das zu einer stärkeren Gleichverteilung der Beiträge geführt hat.

Allerdings kann weder die Anwesenheit eines Moderators (dieser war auch in den DEMOS-Diskursen präsent, nicht jedoch in den FUTURUM-Diskursen)¹⁰ noch die Stärke des Moderatoren-Eingriffs für die Unterschiede verantwortlich gemacht werden (in den DEMOS-Diskursen lag der Anteil der Moderatoren-Beiträge an der Diskussion durchgängig höher). Mögliche Unterschiede liegen allerdings in der unterschiedlichen Diskussionskultur zwischen dem amerikanischen Raum, in dem die INFO-REN-Diskurse stattfanden, und dem europäischen, in dem die DEMOS- und FUTURUM-Diskurse angesiedelt waren. Über die genauen Ursachen lässt sich jedoch in Abwesenheit umfangreicherer Kontextdaten letztlich nur spekulieren.

Festzustellen bleibt an dieser Stelle, dass die Online-Diskurse keinesfalls durch eine gleichmäßige Beteiligung charakterisiert sind, sondern vielmehr diejenigen Beobachtungen bestätigen, die eine starke Asymmetrie der Beteiligung an Diskursen festgestellt haben. Solche Ergebnisse liegen aus der Kleingruppenforschung (Bales 1951; Stephan/Mishler 1952; Scharpf/Fisch 1989) ebenso wie aus der Großgruppenforschung vor (Rauch 1983), in denen jeweils Kommunikation unter Anwesenden im Vordergrund stand. Auch in formalen Deliberationsprozessen, wie etwa Mediationsverfahren, wurden starke Ungleichheiten der Beteiligung an der Kommunikation ausgemacht (Fietkau 1996: 283f.). Sie finden sich ebenso in der Online-Forschung zu Mailinglisten (Rojo/Ragsdale 1997; Stegbauer/Rausch 2001), zu Newsgroups (S. Schneider 1997; Hagemann 2002) sowie zu Diskussions-Plattformen (Jankowski/van Os 2002) und E-Learning-Systemen (Ravid/Rafaeli 2004).

In all diesen Fällen stellten Forscher eine Verteilung der Beiträge fest, in der wenige hochaktive Teilnehmer besonders viele Beiträge

10 Vgl. auch eine Studie von Matthias Trénel, der in einer Untersuchung unterschiedlicher Gruppen des »Listening to the city«-Diskurses keinen Unterschied in den Gini-Werten der Beitragsverteilung zwischen moderierten und unmoderierten Gruppen feststellen konnte (Trénel 2005).

schrieben, während der Großteil der Teilnehmer kaum das Wort ergriff. Auch wenn Diskurstheoretiker darauf verweisen, dass aus normativer Sicht allein die Chance zur Teilnahme gleich verteilt sein muss, stellt sich doch in Anbetracht der Einheitlichkeit der empirischen Resultate die Frage, ob sie nicht Ausdruck von Strukturierungsprozessen sind, die eine Gleichheit der Beteiligung am Diskurs prinzipiell verhindern und einzelnen Teilnehmern eine dominante Rolle in der Diskussion einräumen, während viele andere mit ihren Äußerungen nicht den nötigen Raum zur Artikulation finden. Dass dies ein Problem für demokratische Diskurse darstellt, fasst Hooghe in seiner Kritik des deliberativen Modells folgendermaßen zusammen: »Those with the most time to spare, or the strongest motivation to go from one meeting to another will eventually dominate deliberations« (Hooghe 1999: 296). Offenbar ändert an diesem Problem auch die neue Technologie der Online-Foren nichts Wesentliches.

Bevor eine Bewertung dieses Phänomens der asymmetrischen Beteiligung erfolgen kann, ist jedoch zu klären, welches die Ursachen sind, die ihr zugrunde liegen. Dazu gibt es ganz unterschiedliche Erklärungsansätze in der Literatur, die sich aus ganz unterschiedlichen Perspektiven mit der Verteilung von Beiträgen bei den Teilnehmern einer Online-Diskussion befasst haben. Eine mögliche Erklärung ist die, dass es unterschiedliche Typen von Teilnehmern gibt, die unterschiedlich motiviert sind, Beiträge zu schreiben. Individuelle, feststehende Merkmale der Teilnehmer bestimmen also deren Beitragsmenge, und im Resultat ergibt sich die beobachtete extrem schiefe Verteilung. Nach dieser Erklärung würde sich die Verteilung nicht im Lauf des Kommunikationsprozesses etablieren, sondern bereits von Anfang an festgelegt sein und sich dann nur noch in variabler Stärke äußern.

Dieser Erklärungsansatz lässt sich überprüfen, indem zum einen die Verteilung der Beiträge über Teilnehmer hinweg zu unterschiedlichen Diskurszeitpunkten untersucht wird, zum anderen, indem überprüft wird, ob die einzelnen Teilnehmer über diese Zeitschritte hinweg eine einzige Rolle innehaben oder ob sie einmal zu den besonders aktiven Teilnehmern gehören, ein anderes Mal zu den weniger aktiven.

Bereits diese Erklärung des in einer statischen Analyse festgestellten Phänomens der asymmetrischen Verteilung zwingt uns also zur Einnahme einer temporal orientierten Perspektive. Dies gilt umso mehr für die anderen Erklärungsansätze, die auf die eine oder andere Weise davon ausgehen, dass die Dynamik des Kommunikationsprozesses zum Entstehen dieser Verteilung beiträgt. Darunter fällt die Erklärung unter Verweis auf »Matthew's Law«, das – in der ursprünglichen Fassung von Robert Merton – besagt, dass derjenige immer mehr bekommt, der be-

reits etwas hat (Merton 1968). Im Fall der Online-Diskussion hieße das, dass Teilnehmer, die bereits besonders aktiv sind, auch weiterhin aktiv bleiben. Ein solcher selbstverstärkender Effekt wird in der Literatur auch als typisch für die Entstehung von »Power law«-artigen Kurven angesehen, also von extrem schiefen Verteilungen (vgl. Price 1965; Newman 2003: 12ff.). Dahinter steht die allgemeinere Annahme, dass es eine Art von Vergütungsmechanismus geben müsse, wonach aktive Teilnehmer durch ihre Teilnahme belohnt werden und so zu einer Fortsetzung ihrer Aktivität bewegt werden.¹¹

Schließlich stellt sich als weiterer Erklärungsansatz die Rollendifferenzierung von Teilnehmern, wie sie besonders in manchen Forschungen zum »Lurking«-Verhalten betont wird, also zur Frage, warum sich manche Teilnehmer an Online-Kommunikation völlig passiv verhalten. Hier stehen sich ein abwertender Interpretationsansatz, der Passivität als »free-rider«-Verhalten bewertet (vgl. Kollock/Smith 1996; Wellman/Gulia 1999; Morris/Ogan 1996) und ein neutraler Interpretationsansatz gegenüber, der die Unterscheidung von aktiver und passiver Teilnahme vor allem als funktionale Reaktion auf die Umstände der Kommunikation unter großen Teilnehmerzahlen ansieht (Rauch 1983; Nonnecke/Preece 2003; Stegbauer/Rausch 2001). Diese Erklärungsansätze sind entsprechend mit Hilfe einer diachronen Analyse der Kommunikationsprozesse in den Online-Diskursen zu hinterfragen.

Zur Erklärung durch Teilnehmertypen

Ein erster Erklärungsansatz der ungleichen Partizipation rekurriert auf Typen von Akteuren, die sich in der Intensität ihrer Teilnahme unterscheiden. Diese Unterschiede können wiederum durch bestimmte soziodemographische oder politische Faktoren bedingt sein, wie sie in der Forschung zu den Determinanten der politischen Partizipation identifiziert wurden. Für die Frage der Bewertung der Ungleichverteilung ist eine solche Erklärung insofern bedeutend, als in diesem Fall außerdiskursive Faktoren die Kommunikation in starkem Maße beeinflussen würden und die von der diskursiven Kommunikation erwarteten Ergebnisse, die ja auf prozeduralen Effekten beruhen, nur noch bedingt gewährleistet werden könnten. Die Einzelheiten brauchen uns nicht weiter zu interessieren, denn zunächst stellt sich die Frage, inwiefern ein auf individuelle und im Verlauf des Kommunikationsprozesses stabile Merkmale der Teilnehmer abzielendes Modell plausibel erscheint und durch die Daten gerechtfertigt werden kann.

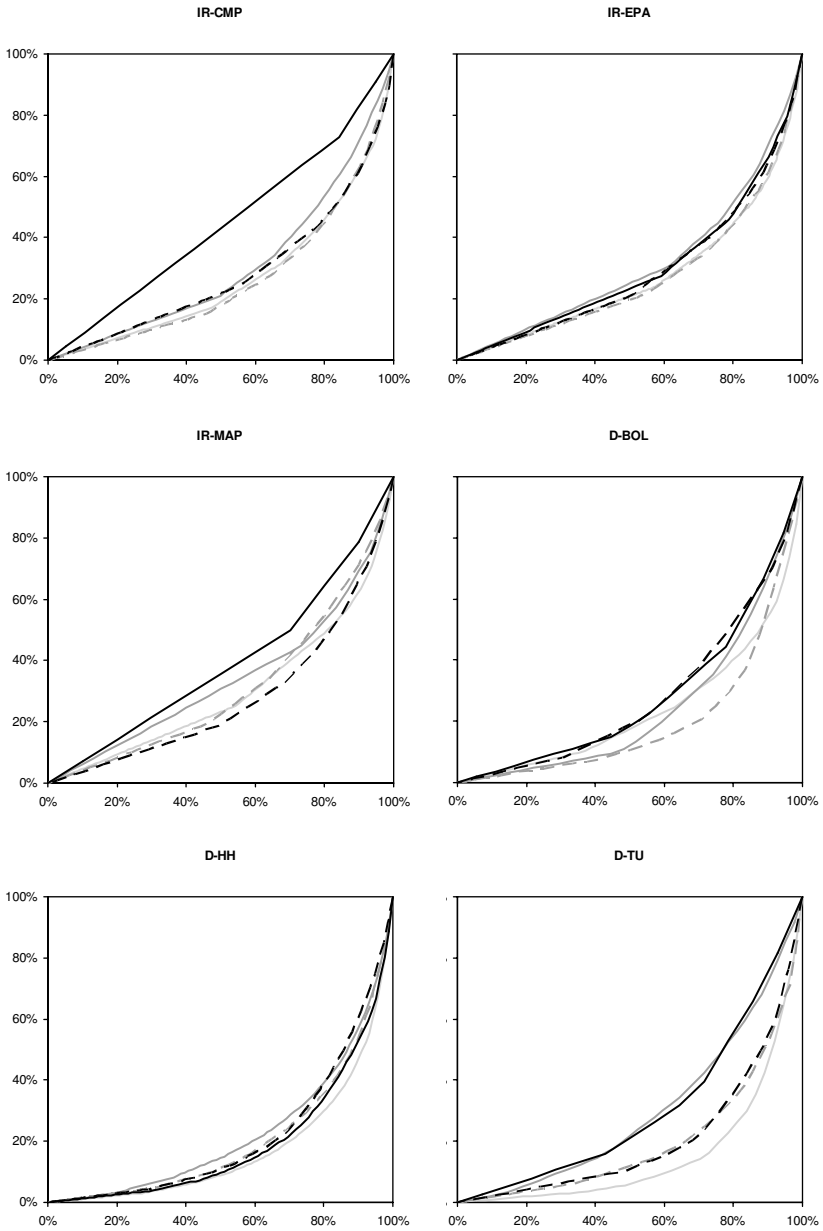
11 Vgl. zum Wissenschaftssystem Merton 1968.

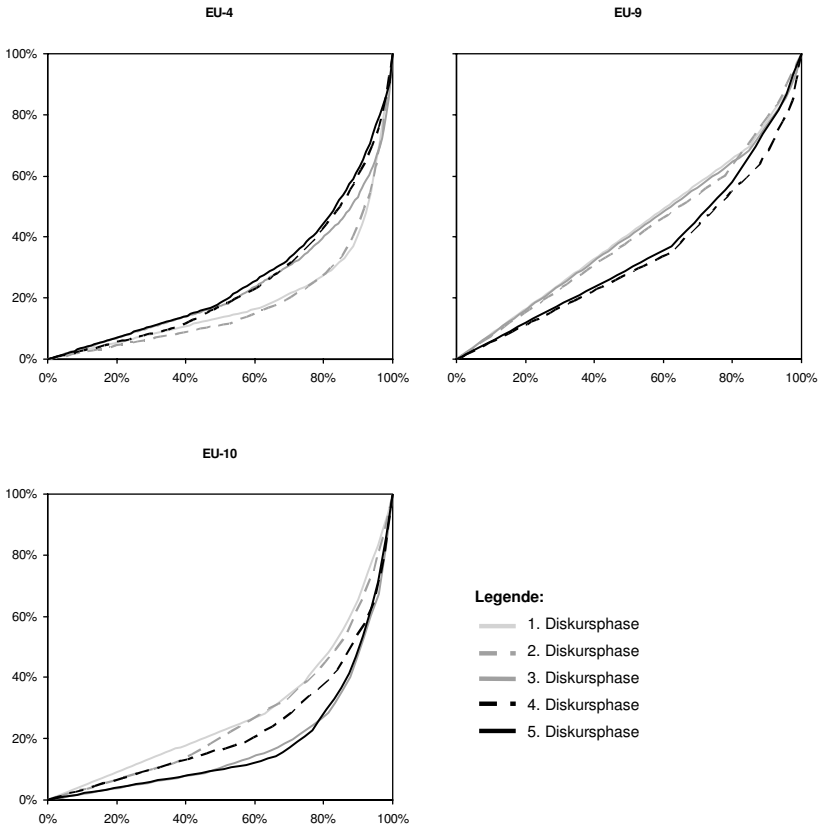
Für die Untersuchung sind dabei zwei Arten von Diskursdynamik zu unterscheiden, die unterschiedliche Ebenen betreffen: Auf der Ebene der Beiträge erstreckt sich die zeitliche Dauer eines Diskurses vom ersten bis zum letzten Beitrag. Das Beitragsvolumen wächst dabei kumulativ, bis es den endgültigen Stand erreicht hat (und in den hier betrachteten Fällen der Diskurs durch die Organisatoren abgebrochen wurde). Auf der Ebene der Akteure zählt dagegen als Beginn das individuelle Eintrittsdatum in den Diskurs, das durch das Datum des ersten Beitrags gemessen werden kann. Die Diskursdauer variiert in diesem Fall zwischen den Beteiligten, da nicht alle Akteure bereits von Anfang an zum Diskurs beitragen, sondern manche erst später dazustoßen. Es ist also zu unterscheiden, ob die Zeit ab Diskursbeginn gemessen wird oder ab dem individuellen Diskurseintritt eines Akteurs (also seinem ersten Beitrag zum Diskurs). Da wir aufgrund der offenen Teilnahmestruktur der Online-Foren nicht genau sagen können, wann ein Teilnehmer tatsächlich an dem Diskurs partizipiert, sollen beide Varianten der Messung der Diskursdauer in der Analyse herangezogen werden.

Betrachten wir zunächst die oben bereits erläuterten Lorenz-Kurven für die neun Diskurse, diesmal allerdings getrennt nach unterschiedlichen Zeitabschnitten. Dazu wurde jeder Diskurs in fünf gleich lange Zeitabschnitte unterteilt und an deren Ende jeweils die Verteilung der in diesem Zeitraum veröffentlichten Beiträge über die Menge der in dieser Phase aktiv beitragenden Teilnehmer gemessen (Abbildung 2). Es zeigt sich, dass in allen Diskursen bereits in der ersten Phase der Diskurse eine Ungleichverteilung besteht, die in den Lorenz-Kurven deutlich zu erkennen ist. Am ausgeprägtesten erscheint sie im Diskurs D-TU, am wenigsten ausgeprägt – wie ja auch schon in der Auswertung über die gesamte Diskurslaufzeit hinweg festgestellt – im Diskurs EU-9. Entsprechend weisen die Gini-Indizes (vgl. Tabelle 2) für die unterschiedlichen Diskurse jeweils in der ersten der fünf Phasen Werte zwischen 0,16 (EU-9) und 0,7 (D-TU) auf. Sie liegen also etwas unterhalb der Werte für die Gesamtlaufzeit, zeigen jedoch bereits einen deutlichen Grad von Verzerrung, insbesondere unter Berücksichtigung der besonderen Beteiligungsstruktur des Ausreißerwertes im Diskurs EU-9.¹²

Betrachten wir den weiteren Verlauf der Diskurse, so zeigt sich, dass die ungleiche Struktur der Beteiligung in vier Fällen nur geringfügige Schwankungen aufwies (IR-EPA, IR-MAP, D-BOL, D-HH), in den anderen fünf Fällen allerdings eine Veränderung durchlief. In allen diesen

12 Auch in diesem Fall wurden für die Darstellung der Lorenz-Kurven und die Berechnung der Gini-Indizes die Moderatoren-Beiträge nicht berücksichtigt.

Abbildung 2: Beitragsverteilung in unterschiedlichen Phasen



Anmerkung: Dargestellt sind für jeden Diskurs die Lorenz-Kurven für fünf Zeitabschnitte der jeweiligen Diskursdauer (analog zu Abbildung 1)

Tabelle 2: Gini-Indizes der Beitragsverteilung für die fünf Zeitabschnitte

Diskurs	alle Phasen	1. Phase	2. Phase	3. Phase	4. Phase	5. Phase
IR-CMP	0,552	0,466	0,474	0,389	0,432	0,115
IR-EPA	0,575	0,461	0,461	0,376	0,423	0,407
IR-MAP	0,531	0,407	0,378	0,320	0,443	0,214
D-BOL	0,680	0,527	0,601	0,513	0,437	0,438
D-HH	0,714	0,653	0,590	0,552	0,574	0,622
D-TU	0,683	0,695	0,600	0,402	0,590	0,395
EU-4	0,680	0,620	0,635	0,518	0,504	0,472
EU-9	0,320	0,159	0,184	0,174	0,338	0,296
EU-10	0,708	0,425	0,463	0,640	0,533	0,641

Fällen blieb jedoch ein deutliches Maß an Ungleichheit erhalten, zumindest dann, wenn Phasen mit einer ausgesprochen geringen Beteiligung außer Betracht gelassen werden, weil sie eine zu große statistische Unsicherheit aufweisen (z. B. die fünfte Phase im Diskurs IR-CMP). Die Tendenz dieser Veränderungen ist, wenn wir die Gini-Indizes für die Anfangs- und Schlussphasen betrachten, in den meisten Fällen eine Tendenz zur Verringerung der Verzerrung. Nur in zwei Fällen (EU-9 und EU-10) kommt es zu einer Verstärkung der gemessenen Ungleichheit.

Dieser Befund spricht gegen die Annahme, dass sich die beobachtete ungleiche Struktur der Teilnahme allmählich im Lauf der Diskussion herausbildet. Bereits von der ersten Phase an, die je nach Diskurs einen Zeitraum zwischen zweieinhalb Tagen und drei Wochen dauert, lässt sich eine Ungleichverteilung feststellen. Wenn sich im Diskursverlauf Änderungen ergeben, dann solche einer zunehmenden Angleichung der Beteiligungsmuster. Allerdings ist diese Beobachtung zum Teil auf die geringere Zahl der Beiträge insbesondere in den letzten Phasen zurückzuführen und als methodisches Artefakt zu bewerten.

Der Befund verträgt sich allerdings gut mit der Theorie der Teilnehmertypen, wonach die Teilnehmer von Beginn des Diskurses an eine für sie typische Rolle einnehmen, nach der sie eher aktiv oder eher passiv am Diskurs teilnehmen. Der Befund ist auch insofern konform mit den anderen vorgestellten Erklärungsansätzen, als sich kommunikative Mechanismen, wie die Rollenverteilung oder das Potenzgesetz, ja auch vom ersten Posting an als so wirkungsmächtig erweisen könnten, dass sie die Verteilungsstruktur prägen.

Zur genaueren Klärung der Entstehung der Ungleichverteilung ist daher zu fragen, inwiefern die individuellen Autoren ein zeitlich kohärentes Verhalten an den Tag legen, inwiefern also diejenigen, die zu Beginn des Diskurses bei den besonders aktiven Teilnehmern einzuordnen waren, auch im weiteren Verlauf der Diskussion besonders aktiv sind. Wir haben deshalb die Teilnehmerschaft in zwei unterschiedliche Gruppen eingeteilt, in überdurchschnittlich aktive Teilnehmer, also solche, die mehr als die durchschnittliche Zahl von Beiträgen in einer Phase gepostet haben, und unterdurchschnittlich aktive Teilnehmer, die weniger als die durchschnittliche Zahl von Postings in einer Phase hatten. Daneben wurden noch die nicht aktiven Teilnehmer und die nicht mehr aktiven Teilnehmer identifiziert.

Aufbauend auf diese Klassifikation wurde die Varianz über unterschiedliche Zeiträume hinweg betrachtet. Für jeden Diskurs kann angegeben werden, wie viel Prozent der Teilnehmer über mindestens vier aufeinanderfolgende Phasen hinweg die gleiche Rolle innehatten. Auf

der Basis dieser Daten lässt sich überprüfen, wie stabil die Rollenmuster über die Phasen des Diskurses sind. Gemäß der Teilnehmertypen-Theorie erwarten wir einen hohen Grad an Rollenstabilität über die Phasen hinweg. In der Analyse berücksichtigen wir dabei, dass eventuell Autoren erst nach einer Weile der Passivität in den Diskurs eingetreten sind, indem wir eine Kontinuität über vier Phasen hinweg eigens berücksichtigen. Autoren, die erst nach zwei Fünfteln der Diskussionszeit aktiv geworden sind, können allerdings nicht als Träger einer stabilen Rolle gewertet werden, weil sie für den Diskurs, also für die anderen Teilnehmer am Diskurs keine stabile Rolle dargestellt haben.¹

Tabelle 3: Teilnehmertypen im Zeitverlauf

Diskurs	Anzahl TN mit stabiler Rolle	in %	Anzahl TN mit durchgängig konstanter Rolle	in %
IR-CMP	56	22,9%	0	0,0%
IR-EPA	113	35,8%	2	0,6%
IR-MAP	46	36,8%	1	0,8%
D-BOL	45	46,4%	1	1,0%
D-HH	69	26,5%	6	2,3%
D-TU	20	19,2%	0	0,0%
EU-4	45	14,2%	3	0,9%
EU-9	66	22,6%	0	0,0%
EU-10	58	34,9%	0	0,0%

Tabelle 3 zeigt die Ergebnisse der Auszählung der Teilnehmertypen an. Demnach hatten in den Diskursen zwischen 14,2 und 46,4 Prozent der Teilnehmer eine stabile Rolle im oben definierten Sinn inne. Am niedrigsten lag der Wert im Diskurs EU-4, dann folgten D-TU, EU-9, IR-CMP und D-HH relativ dicht aufeinander mit jeweils um 25 Prozent. EU-10, IR-EPA und IR-MAP bilden eine weitere Gruppe mit etwas über einem Drittel der Teilnehmer, die stabile Rollen einnahmen, D-BOL weist schließlich mit fast der Hälfte der Teilnehmer den höchsten Stabilitätswert auf.

Interessant ist dabei, dass in keinem der Diskurse eine nennenswerte Anzahl von Teilnehmern über die ganze Laufzeit hinweg ein stabiles Verhalten an den Tag legte. Der D-HH Diskurs liegt hier mit insgesamt sechs Teilnehmern an der Spitze. Das heißt: es gibt in den Diskursen

¹ Auch bei diesen Berechnungen blieben die Moderatoren unberücksichtigt, ihre Beiträge wurden allerdings für die Berechnung der durchschnittlichen Beitragszahlen pro Phase herangezogen.

keine stabilen Rollen der Teilnehmer in einem starken Sinn, also über alle fünf Phasen der Diskurslaufzeit hinweg.

Diese sind allerdings auch insofern schwer zu beobachten, als sie voraussetzen, dass ein Teilnehmer bereits in der ersten Phase aktiv in den Diskurs eintritt und dann in den folgenden Phasen aktiv bleibt. In Anbetracht des Wachstums der Teilnehmerzahlen, das in allen Diskursen in einem mehr oder weniger großen Ausmaß beobachtet werden konnte, ist ein solches Verhalten nicht allzu wahrscheinlich.² Daher legen wir das weichere Kriterium einer Stabilität über vier Phasen hinweg an, wonach entweder ein späterer Eintritt oder aber ein früherer Ausstieg aus dem Diskurs ebenfalls möglich sind, ebenso wie ein einmaliger Wechsel des Aktivitätsniveaus.

Zu einer Abschwächung des Kriteriums führt auch die Messung relativ zur durchschnittlichen Beitragszahl, wodurch sich ein vergleichsweise breites Spektrum an Abweichungen *innerhalb* einer Teilnehmerrolle ergibt. Andererseits wäre jede genauere Festlegung auf eine bestimmte Zahl von Beiträgen willkürlich, und der Mittelwert taugt bei einer schiefen Verteilung wie den beobachteten zur Trennung von einer relativ kleinen Zahl aktiver Teilnehmer und der weitaus größeren Zahl weniger aktiver Teilnehmer.

Doch auch nach diesem weicheren Kriterium der Rollenstabilität kann das Teilnehmergehalten in den Diskursen nicht als stabil angesehen werden. Zu stark schwankt bei der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmer das Kommunikationsverhalten, selbst bei dem Diskurs mit der größten Stabilität bleibt noch über die Hälfte der Teilnehmer nicht festgelegt auf eine Kommunikations-Rolle. Daher ist die Erklärung der ungleichen Verteilung durch spezifische Teilnehmereigenschaften, die von Beginn des Diskurses an feststehen und die Teilnahme an diesem durchgängig prägen, zurückzuweisen.

Vielmehr sind die Diskurse durch Wechsel der Teilnehmerrollen geprägt. Passive Teilnehmer werden aktiv, aktive werden schnell wieder passiv. Es lassen sich kaum Teilnehmer finden, die durchgängig eine Rolle besetzen würden.³ Auch bei Teilnehmern, die insgesamt, also über den ganzen Diskurs hinweg als besonders aktiv zu kennzeichnen sind (also weit auf der rechten Seite in den Lorenz-Kurven der Beteiligung), wechseln sich sowohl Phasen der Aktivität und der Inaktivität ab als auch Phasen überdurchschnittlicher Aktivität und Phasen geringer Akti-

2 Zu beachten ist auch, dass nur aktive Teilnehmer überhaupt in die Analyse eingeschlossen wurden, jeder Teilnehmer hat also irgendwann im Lauf des Diskurses einen Beitrag geschrieben.

3 Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Stegbauer und Rausch (2006: 169ff.).

vität. Es gibt somit nicht in einem relevanten Umfang den Typus des dauerhaft hoch aktiven, den Diskurs dominierenden Teilnehmers.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass es offenbar keinen Bezug zwischen der Stabilität der Teilnehmerrollen und der Ungleichverteilung der Diskursbeiträge zu geben scheint. Dies wäre allerdings auch nur dann zu erwarten gewesen, wenn die Stabilität durch eine spezifische Rollenverteilung geprägt gewesen wäre, also Stabilität auch mit Aktivität zusammenhinge. Ein solcher Zusammenhang liegt aber offenbar nicht vor, da sowohl Rollenwechsel von aktiv zu passiv als auch umgekehrt vorkamen. Wie erwähnt, ist dabei auch zu einem gewissen Grad berücksichtigt, dass die Teilnehmer zu unterschiedlichen Zeiten in den Diskurs eintraten, allerdings nur soweit, als noch von einer für die anderen Teilnehmer erkennbaren Konstanz ausgegangen werden kann.

Damit hat die feingliedrig-temporale Analyse als erstes Ergebnis gezeigt, dass die Erklärung durch Unterschiede in konstanten, vor dem Diskurs feststehenden Teilnehmereigenschaften nicht geeignet ist, die stark ungleiche Verteilung der Beiträge über die Teilnehmer zu erklären. Ein rein auf die Akteure und ihre Merkmale beschränkter Erklärungsansatz ist daher abzulehnen zugunsten einer Betrachtung, die das kommunikative Geschehen mit seiner Dynamik und Eigenlogik berücksichtigt.

Ebenfalls abzulehnen ist aus diesen Überlegungen heraus auch eine rein kommunikationsorientierte Erklärung, nach der die individuellen Eigenschaften der Teilnehmer keinen Beitrag zur Entstehung der beobachteten Verteilung leisten. Denn durch eine rein kommunikative Erklärung, wie sie etwa mit dem Hinweis auf die zwangsläufige Begrenzung der Beitragszahl auf wenige Teilnehmer aufgrund der begrenzten Verarbeitungskapazität des Diskurses für Beiträge (vgl. Rauch 1983, Peters 1994) vorgebracht werden könnte, lässt sich zwar erklären, dass in einer bestimmten Diskursphase nur ein begrenzter Teil der Teilnehmer zu Wort kommen kann. Nicht erklärt wird aber, wie es zu einer Konzentration von Beiträgen auf bestimmte Teilnehmer über die ganze Diskurslaufzeit hinweg kommt, die erst zu der am Ende der Diskurse beobachteten Verteilung führt. Denn wenn zwar in einem Diskurs nur wenige Teilnehmer zu Wort kommen können, dann lässt sich noch nicht daraus schließen, dass es immer die gleichen Teilnehmer sind – ebenso gut könnte sich bei wechselnden Rollen eine Gleichverteilung der Beiträge über die Teilnehmer einstellen.

Auch die verwendete Technologie der Online-Diskurse, die asynchrone, in Threads organisierte Kommunikation erlaubten, macht es möglich, dass die in »Face-to-Face«-Kommunikation gegebenen Begrenzungen der Äußerungsmöglichkeiten wegfallen bzw. zumindest ent-

schärft werden, da hier die Teilnehmer parallel kommunizieren können. Zumindest für die Seite der Inzeptionen, also das Posten von Beiträgen, gilt diese Einschränkung in der Online-Kommunikation somit nicht. Daher kann eine rein kommunikative Erklärung ebenso wenig hinreichen wie eine rein auf Merkmale der Teilnehmer recurrierende Erklärung.

Zur These der Selbstverstärkung durch Feedback-Mechanismen

Wenden wir uns daher Erklärungsansätzen zu, die Aspekte der Teilnehmermerkmale mit solchen der kommunikativen Dynamik verbinden. Eine solche Erklärung wird durch die These der Feedback-Mechanismen bereitgestellt, die davon ausgeht, dass besonders aktive Teilnehmer für ihre Teilnahme belohnt und dadurch zu weiter verstärktem Engagement aufgerufen werden. Dabei handelt es sich um eine Variante der allgemeinen Form von Erklärungen, die einen Feedback-Mechanismus zwischen der aktiven Teilnahme und der Fortsetzung der aktiven Teilnahme annehmen. Dieser führt dazu, dass solche Teilnehmer besonders aktiv bleiben, die bereits aktiv sind, wodurch sich kumulativ das beobachtete, stark verzerrte Bild der Teilnahme ergeben würde. Robert Merton hatte diesem Zusammenhang den bezeichnenden Namen »Matthew's Law« gegeben, in Anspielung auf eine Stelle aus dem Matthäus-Evangelium, nach der Jesus sagt: »Denn wer da hat, dem wird gegeben werden [...]« (Matth. 25, Vers 29).

Soziologisch interessant wird diese Erklärung immer dann, wenn der Mechanismus genauer spezifiziert wird, der zur Steigerung des Vermögens führt, in unserem Fall also der Anzahl von Beiträgen bei einzelnen Teilnehmern. Erst eine solche Spezifizierung geht über die schlichte Feststellung hinaus, dass eine ungleiche Verteilung vorliegt. Auch die Bezeichnung einer solchen Verteilung als Ergebnis eines »Power law«-Prozesses sagt nicht viel mehr aus, als dass wir es mit einer auf bestimmte Weise verzerrten und schiefen Verteilung zu tun haben. Aber nur wenn den Ursachen dieser Verteilung, also dem anzunehmenden Feedback-Mechanismus, auf den Grund gegangen wird, können wir soziologisch interessante Einsichten gewinnen.⁴

4 Dieses Argument wird in den in letzter Zeit beliebten Untersuchungen des »Power law«-Charakters von ganz unterschiedlichen Verteilungen häufig vernachlässigt, s. z. B. Ravid/Rafaeli 2004. Merton hatte sich dagegen bereits in seinem klassischen Aufsatz zu diesem Thema über die Feststellung des Charakters der Verteilung hinaus mit den Feedback-Mechanismen beschäftigt, die sie hervorbringen. So verweist er im Fall der besonders einflussreichen Wissenschaftler auf eine charakterliche Disposition, die sie

Eine solche Spezifizierung stellt die »free-rider«-Theorie der Beteiligung dar. So betrachten etwa Kollock und Smith (1996) die Frage der Beteiligung an virtuellen Gemeinschaften als klassisches Kooperationsproblem rationaler Akteure. Ein Einzelner trägt demnach zur Gemeinschaft, in unserem Fall zum Diskurs bei, wenn er sich einen individuellen Nutzen davon versprechen kann, z. B. eine Erweiterung seines Wissensbestands oder größere Reputation unter den Teilnehmern. Dies führt häufig zur sogenannten »Tragedy of the Commons«, einem sozialen Dilemma, das darin besteht, dass individuell rationales Verhalten – wie etwa das Beziehen von Informationen aus einer virtuellen Gemeinschaft, ohne dafür einen eigenen Beitrag zu leisten – zu kollektiv nicht wünschenswerten Resultaten führt, nämlich dem Ende der virtuellen Gemeinschaft mangels Beitragender, worunter auch die ursprünglichen Nutznießer zu leiden haben.

Dieses Problem, das auch unter der Bezeichnung »free-rider«-Problem bekannt ist, scheint unmittelbar auch die Beteiligung an einem Diskurs zu betreffen. Denn auch diese Form der Beteiligung kostet etwas, nämlich Zeit und Engagement, um die Kommunikation anderer Teilnehmer zu verfolgen und darauf Bezug zu nehmen. Andererseits profitieren alle Beteiligten bzw. im weiteren Sinn Betroffenen von einem Diskurs, zum Beispiel indem sie daraus relevante Informationen beziehen oder weil im Diskurs Probleme geklärt werden, die andernfalls mit erhöhtem Aufwand zu lösen gewesen wären: »[...] the interactional work that is necessary to keep a conversation going is a kind of public good in the sense that it is possible to free-ride on other's efforts, using and abusing the conversation without contributing to its maintenance« (Kollock/Smith 1996: 115).⁵

Die »free-rider«-Theorie stellt insofern eine Form von »Matthew's Law«-Erklärung dar, als sie den Feedback-Mechanismus in Form rationalen, sprich nutzenmaximierenden Verhaltens spezifiziert. Ein Teilnehmer trägt dann zu einem Diskurs bei, wenn er sich von seinem Beitrag einen persönlichen Nutzen verspricht. Da dieser aufgrund der Dilemma-Situation nicht in den für alle zugänglichen Informationen bestehen kann, kommen dafür zwei individuelle Konsequenzen der Beteiligung in Frage: die Vertretung der eigenen Interessen im Diskurs, also das Einbringen eigener Sichtweisen, die von anderen nicht eingebracht worden wären und das Ergebnis des Diskurses im eigenen Sinne beein-

solche wissenschaftliche Themen untersuchen lässt, die besonders riskant sind, aber auch besonders weitreichende Erkenntnisse versprechen (Merton 1968: 60ff.).

5 Vgl. ähnlich auch Wellman/Gulia 1999 und Morris/Ogan 1996.

flussen können, oder aber die Erlangung von Aufmerksamkeit bzw. Reputation durch möglichst viele eigene Beiträge.

Im ersten Fall sind zwei Verhaltensweisen möglich: Entweder der Teilnehmer bringt seine eigenen Interessen als Beiträge in den Diskurs ein und kümmert sich relativ wenig um die Beiträge anderer Autoren (weil das Lesen und Kommentieren mit zu hohen Kosten verbunden sind) oder er versucht gerade durch die aktive Beteiligung an der Diskussion, also in Form von Reaktion auf die Beiträge anderer, die Diskussion in seinem Sinn zu beeinflussen. Demnach würde ein Teilnehmer, der sehr aktiv seine Interessen vertritt, besonders viele Top-Level-Beiträge schreiben oder aber besonders viele Replies. In beiden Fällen wäre der Inhalt der Beiträge allerdings durch den Versuch gekennzeichnet, einer bestimmten Sichtweise zum Durchbruch in der Diskussion zu verhelfen.

Im zweiten Fall wird ein Teilnehmer durch die Erlangung von Aufmerksamkeit, die sich an der Zahl der Reaktionen auf seine Beiträge ablesen lässt, zu weiteren Beiträgen ermutigt. Demnach wären also Autoren, die besonders viele Reaktionen auf ihre Beiträge erhalten, auch besonders aktiv an der Diskussion beteiligt, während sich diejenigen, die weniger Reaktionen erhalten, auf die passive Teilnahme beschränken. Nur der zweite Fall stellt die Annahme eines selbstverstärkenden Mechanismus dar, wohingegen der erste Fall auch durch Unterschiede in den Interessen der Teilnehmer zu einer schiefen Verteilung der Beiträge führen könnte.

Zur Überprüfung dieses Erklärungsansatzes analysieren wir zum einen die Verteilung der Beiträge eines Teilnehmers auf originäre Beiträge und Replies in ihrem Verhältnis zur Teilnahmeaktivität. Es geht z. B. um die Frage, ob hoch aktive Teilnehmer vor allem eigene Beiträge zur Debatte stellen oder ob sie auf die Beiträge anderer Teilnehmer antworten. Zum anderen betrachten wir die Resonanz auf Beiträge in Form von erhaltenen Replies in ihrem Verhältnis zur Teilnahmeaktivität. Wir untersuchen dazu, ob Teilnehmer, die besonders viele Antworten auf ihre Beiträge erhalten, besonders aktiv sind oder gerade nicht.

In Bezug auf den Zusammenhang von Aktivität und Resonanz lässt sich keine signifikante Korrelation feststellen. Es ist also nicht so, dass ein hohes Maß an Aufmerksamkeit und Reaktion auf die eigenen Beiträge zu verstärkter Beitragsaktivität führt. Nur der Nachweis eines Zusammenhangs hätte die Theorie der verstärkenden Wirkung des Erhalts von Antworten auf die eigene Beitragsaktivität plausibel gemacht.

In Bezug auf die Frage des Zusammenhangs zwischen Teilnahmeaktivität und Beitragsverhalten lässt sich eine Korrelation zwischen hoher Teilnahmeaktivität, gemessen in Beiträgen pro Teilnehmer und Tag der

Teilnahmedauer (d. h. der Zeit vom ersten Diskursbeitrag bis zum Diskursende), und einem stark responsiven Verhalten feststellen. Hoch aktive Teilnehmer schreiben also über fast alle Diskurse hinweg überdurchschnittlich viele Replies und weniger originäre Beiträge im Vergleich zu anderen Teilnehmern (5-prozentiges Signifikanzniveau). Nur für den Diskurs D-TU ließ sich keine signifikante Korrelation nachweisen, in den anderen Fällen lag der Korrelationskoeffizient zwischen 0,11 und 0,30, was einer schwachen, aber durchaus beachtlichen Korrelation entspricht.⁶

Von den beiden Varianten der Annahme, dass das Verfolgen des eigenen Interesses zu erhöhter Teilnahmefrequenz motiviert, ist also zumindest die erste Variante abzulehnen, wonach Teilnehmer ihre Interessen durch viele originäre Beiträge in der Diskussion zu etablieren suchen. Hochgradig motivierte und aktive Teilnehmer zeichnen sich im Gegenteil gerade durch eine große Bereitschaft aus, auf die Beiträge anderer einzugehen und diese zu kommentieren bzw. diskutieren.

Beide hier untersuchten Aspekte der Resonanz und der Reaktionsfreudigkeit lassen sich im Übrigen auch aufeinander beziehen, denn es zeigt sich, dass vor allem originäre Beiträge viele Replies erhalten, wohingegen die Zahl der Reaktionen auf einen Reply-Beitrag geringer ausfällt. Gerade dieser Zusammenhang verdeutlicht noch einmal, dass die nutzentheoretische Annahme, das Feedback auf einen Beitrag motiviere zu weiteren Beiträgen, nicht durch die Empirie bestätigt wird. Vielmehr erscheint das Verhalten der hoch aktiven Teilnehmer als altruistisch, weil sie anderen Teilnehmern verstärkt Feedback geben, ohne selbst besonders viel zu erhalten.

Es bleibt indessen zu klären, inwiefern nicht doch eine nutzenmaximierend-rationalistische Erklärung möglich ist, die, wie erläutert, darauf beruht, dass bestimmte Teilnehmer aufgrund ihres Interesses an einer bestimmten Sichtweise verstärkt aktiv werden, diese Aktivität allerdings ihren Niederschlag in Form von Reaktionen, also in der Diskussion der Beiträge anderer Teilnehmer, findet. Auch wenn ein solches Verhalten nicht allzu rational erscheint in Anbetracht der Tatsache, dass reaktive Beiträge weniger Resonanz erzeugen als originäre, könnte dennoch das individuelle Nutzenkalkül entsprechend ausgeprägt sein.

Allerdings müsste sich dann im zeitlichen Verlauf eher eine Verlagerung der Aktivität von originären Postings hin zu reaktiven feststellen lassen, zumindest für die besonders aktiven Teilnehmer. Denn nach der

6 Die signifikanten Korrelationskoeffizienten für die Variablen »Beiträge pro Teilnehmer pro Tag« und »relativer Anteil von Replies« liegen im Einzelnen bei 0,12 (IR-EPA), 0,16 (EU-4), 0,19 (EU-10), 0,20 (IR-CMP), 0,23 (D-HH), 0,26 (D-BOL), 0,28 (IR-MAP), 0,31 (EU-9).

Theorie würden diese deshalb aktiv werden, weil ihre geäußerten Sichtweisen sich im Diskurs zunächst nicht durchsetzen. Es ist demnach anzunehmen, dass die in der Anfangsphase geposteten Beiträge eher originärer Art sind, in den späteren Phasen dagegen eher reaktiver. Dies lässt sich wiederum überprüfen durch eine temporale Betrachtung, in der wir die Aktivität der Teilnehmer in den Diskursen erneut in den fünf einzelnen Phasen getrennt beobachten, diesmal mit dem Fokus auf die Frage, ob sie eher originäre Beiträge oder eher reaktive Beiträge schreiben.

Eine solche Analyse ergibt ein uneinheitliches Bild. Bei vier Diskursen, darunter alle von »Information Renaissance« organisierten und D-TU, haben die 10 Prozent aktivsten Teilnehmer in den letzten zwei Phasen des Diskurses nicht mehr, sondern weniger reaktive Beiträge als originäre geschrieben. Im Vergleich dazu war die Verschiebung von reaktiven hin zu originären Beiträgen bei den weniger aktiven Teilnehmern in der gleichen Richtung, jedoch schwächer, ausgeprägt. Allerdings lässt sich nur in einem Fall eine signifikante Korrelation nachweisen: Bei IR-CMP liegt der Korrelationskoeffizient bei $r=-0,19$ (1-prozentiges Signifikanzniveau), d. h. je mehr Beiträge ein Teilnehmer geschrieben hat, umso größer ist die Verschiebung von reaktiven zu originären Beiträgen in den letzten beiden Diskursphasen im Vergleich zu den ersten beiden.

Dieses Ergebnis steht der These der Verfolgung eigener Interessen durch verstärkte reaktive Diskussionsaktivität entgegen. Auch die übrigen, nicht signifikanten Fälle zeigen, dass ein Zusammenhang zwischen dem Aktivitätsniveau eines Teilnehmers und der Verschiebung der Art der Beiträge im Verlauf der Diskussion nicht besteht. Nicht signifikant sind auch die Ergebnisse für vier weitere Diskurse, in denen die aktiveren Teilnehmer jeweils etwas mehr reaktive Beiträge in den letzten Diskursphasen geschrieben haben. Schließlich gibt es ein signifikantes Ergebnis beim Diskurs EU-9, in dem besonders solche Teilnehmer umso stärker von originären Beiträgen zu reaktiven umschwenkten, die in der gesamten Diskussion besonders aktiv waren. Der Korrelationskoeffizient beträgt in diesem Fall 0,173 bei 1-prozentigem Signifikanzniveau.

Damit entspricht nur dieser eine Diskurs den Annahmen der These, dass Teilnehmer versuchen, die eigenen Interessen mittels reaktiver Beiträge in den Diskurs einzubringen. Gerade dieser Diskurs zeichnet sich aber durch eine insgesamt wenig aussagekräftige Verteilung der Beteiligung aus, weil sich in ihm, wie ja bereits erwähnt, ein besonders großer Teil der Teilnehmer nur sehr sporadisch beteiligte. Daher erscheint die Annahme gerechtfertigt, dass die These der Nutzenverfolgung in keinem Zusammenhang mit der beobachteten Ungleichverteilung von Beiträgen

über die Teilnehmer steht, wie dies auch schon für die anderen Varianten einer »free-rider«-Erklärung dieses Phänomens gezeigt wurde.

Noch deutlicher ließe sich die Frage beantworten, wenn statt der Art des Beitrags auch der Inhalt selbst analysiert würde. Denn dann ließe sich direkt am empirischen Material belegen, ob die Teilnehmer mit ihren Beiträgen ihren Ideen mehr Nachdruck und Prominenz verleihen wollen oder ob sie aus anderen Gründen besonders viele Beiträge schreiben. Ein Rückgriff auf die Art des Beitrags, die nur durch Zusatzannahmen in Verbindung zur These gebracht werden kann, wäre dann nicht nötig.

Leider lassen sich jedoch die Inhalte der Beiträge aufgrund des großen Aufwands von Inhaltsanalysen nicht für alle Diskurse im Einzelnen untersuchen. Allerdings konnten wir beispielhaft eine genauere Untersuchung der Beiträge der 10 aktivsten Nutzer für den Hamburger DEMOS-Diskurs (D-HH) durchführen (vgl. Albrecht 2006a). Dabei fällt auf, dass sie zwar einen großen Anteil an den Beiträgen bestreiten (34,9 Prozent), inhaltlich aber keine Dominanz über die Argumentation anstreben. Die hoch aktiven Teilnehmer versuchen im Allgemeinen nicht, ihre persönliche Sichtweise durchzusetzen, wie das die Rational-Choice-Erklärungen annehmen.

Auch eine weitere Erklärungsmöglichkeit, die der Repräsentationsfunktion für die Interessen anderer Teilnehmer, findet sich in diesem Fall nicht bestätigt, denn die hoch aktiven Teilnehmer setzen sich auch nicht besonders stark für die Sichtweisen anderer Teilnehmer ein. Vielmehr leisten sie Hilfestellung für andere Teilnehmer und geben diesen Ratschläge im Umgang mit der Technik ebenso wie mit den Diskussionsregeln. Auch verweisen sie auf diejenigen Aspekte der Diskussion, die von einem Teilnehmer gerade übersehen wurden, von ihnen als besonders aktiven Teilnehmern aber, die offenbar auch als Leser von Beiträgen sehr aktiv sind, im Blick behalten wurden.

Zur These der Rollendifferenzierung

Dieses Verhalten lässt sich als Ausprägung einer Rolle betrachten, die wir als »Alte Hasen«-Rolle bezeichnen wollen. Sie findet sich besonders in Gemeinschaften, die durch einen hohen Grad an Fluktuation gekennzeichnet sind. Die »Alten Hasen« haben eine hohe Reputation in der Gemeinschaft. Mit der Reputation verbunden sind auch erhöhte Erwartungen bezüglich der Art der Beiträge und Interventionen – Verstöße gegen die im Diskurs herrschenden expliziten oder impliziten Regeln fallen bei »Alten Hasen« stärker auf als bei anderen Teilnehmern – und hinsichtlich der Aktivität und des Engagements des Teilnehmers. Die

Rolleninhaber zeigen ein starkes Engagement in der Diskussion, streben allerdings keine inhaltliche Dominanz an.

Die Rolle der »Alten Hasen« ist in der Literatur zu Online-Communities zwar bekannt, aber nicht theoretisch benannt und untersucht worden. Nur die generelle Annahme einer Rollendifferenzierung ist weit verbreitet, sie wird häufig als Erklärung für die beobachtete Ungleichverteilung der Beiträge herangezogen. So gehen Gruppenforscher davon aus, dass sich unter den Teilnehmern zwei Rollen herausbilden, eine Rolle, der die Äußerung und Vertretung bestimmter Interessen zukommt (Repräsentanten), eine andere, der die Rezeption und notfalls der Widerspruch gegen die Repräsentanten zukommen. Bales et al. (1951) und Stephan/Mishler (1952) fanden in Studien in Schulklassen eine stark ungleiche Verteilung vor, die sie durch die Rolle der latenten Repräsentanten erklärten, also von Teilnehmern, die zwar nicht formal als Repräsentanten etabliert wurden, aber im Zuge ihrer überdurchschnittlichen Aktivität auch die Vertretung der Sichtweisen anderer übernehmen.

Diese Beobachtung wurde auch im Kontext von Großgruppen, wie sie für manche politischen Veranstaltungen charakteristisch sind, durch Herbert Rauch (1983) experimentell bestätigt. Auch Peters (1994: 52f.) folgt dieser Sichtweise, wenn er für eine Neubewertung der Frage der Ungleichheit in Diskursen plädiert. In dieser Version ist die Rollendifferenzierung zwischen hoch aktiven und eher passiven Teilnehmern neutral bewertet. Sie stellt ein notwendiges Übel dar, um der Komplexität einer Diskussion unter vielen Teilnehmern Herr zu werden, ist jedoch nicht notwendigerweise ein Übel, sofern gewährleistet ist, dass die aktiven Teilnehmer durch die passiven kontrolliert und gegebenenfalls in ihrer Aktivität beschränkt werden können – und dass die Rollen in einem Diskurs auch gewechselt werden können.

Eine andere Variante dieser Erklärungsthese betrachtet stärker die passiven Teilnehmer unter der Perspektive der »Lurker«. »Lurker« ist ein Begriff aus der Forschung zu computervermittelter Kommunikation und bezeichnet diejenigen Teilnehmer eines Kommunikationsprozesses, die zwar rezipieren, selbst aber keine Beiträge zur Diskussion leisten. Dabei kann es sich ebenso gut um dauerhafte Passivität wie auch um kurzzeitige handeln – in letzterem Falle spricht man vom »de-lurking«, also dem Beginn einer Phase aktiver Teilnahme.

»Lurker« wurden zwar früher häufig negativ dargestellt, weil ihnen »free-riding« unterstellt wurde, doch mit zunehmender Einsicht in die Ökonomie der Aufmerksamkeit von Kommunikationsprozessen im Internet erfuhren die »Lurker« eine Aufwertung, weil deutlich wurde, dass die Rezipienten in Kommunikationsprozessen überfordert wären, wenn alle Teilnehmer tatsächlich aktiv beitragen würden. Insofern wurde die

Rolle der »Lurker« stärker mit der Funktion der Komplexitätsreduktion assoziiert (Nonnecke/Preece 2003) und darauf verwiesen, dass »Lurker« selten ihrer Rolle treu bleiben, sondern vielmehr in unterschiedlichen Kommunikationsräumen (Mailinglisten bzw. Newsgroups) eine passive oder aber aktive Rolle einnehmen (Stegbauer/Rausch 2001).

Die Bedeutung des zeitlichen Verlaufs hat auch Stegbauer (2001) herausgearbeitet. Er zeigt, dass Teilnehmer, die besonders lange in einer Mailingliste aktiv waren, von anderen Teilnehmern eher als besonders aktive Teilnehmer akzeptiert wurden als neu eingestiegene Teilnehmer, und dass von ihnen sogar eine stärkere Beteiligung erwartet wurde. Stegbauer bewertet diese Rollendifferenzierung als Form der Selbstorganisation der Kommunikation, ganz ähnlich wie Nonnecke und Preece (2003). Allerdings nimmt er an, dass besonders aktive Teilnehmer auch stärker rezipiert werden, was, wie wir oben gezeigt haben, in Online-Diskursen nicht der Fall ist.

Es ergibt sich aber nun der Erklärungsbezug zu unserer Frage der Ungleichverteilung von Beiträgen unter den Teilnehmern. Denn wenn sich anfänglich Rollen herausbilden, die dann wiederum zu Rollenerwartungen der anderen Teilnehmer führen und das Rollenverhalten noch verstärken, dann können sich aus dieser Selbstverstärkung die beobachteten schiefen Verteilungen ergeben (vgl. Ravid/Rafaeli 2004).

Wir können also zwei Bewertungen der Rolle der »Alten Hasen« unterscheiden, eine neutrale und eine negative. Die neutrale sieht in den »Alten Hasen« latente Repräsentanten, die als etablierte Teilnehmer unterschiedlichen Sichtweisen in der Diskussion Gehör verleihen. Im Zusammenspiel mit passiven Teilnehmern sorgen sie dafür, dass die Komplexität der Diskussion überschaubar bleibt und dennoch alle relevanten Sichtweisen zu Wort kommen.

Die negative Bewertung sieht in den »Alten Hasen« eine Gruppe von Teilnehmern, die sich aufgrund der quantitativen Dominanz ihrer Beiträge auch inhaltlich in den Vordergrund rücken und sich vor allem mit ihresgleichen auseinandersetzen, auf die Beiträge anderer, weniger erfahrener und weniger aktiver Teilnehmer aber kaum eingehen. Die »Lurker« dagegen werden von diesem Verhalten abgeschreckt und vermeiden es, aktiv an der Diskussion teilzunehmen.

Beide Sichtweisen gehen von der gleichen Grundannahme der Rollendifferenzierung aus und vermögen so die ungleiche Verteilung der Beiträge über die Teilnehmer zu erklären. Sie stehen sich allerdings entgegen hinsichtlich der konkreten Verhaltensweisen, die den jeweiligen Rollen zugemessen werden, ebenso in Bezug auf die Bewertung der Rollendifferenzierung insgesamt.

Wir können mit der vergleichenden empirischen Analyse der neun Online-Diskurse versuchen, die Frage der Rollendifferenzierung etwas genauer zu beleuchten. Zum einen erscheinen die bereits erwähnten Untersuchungen des Zusammenhangs zwischen der Aktivität und dem Anteil von Replies bzw. originären Beiträgen sowie der mit einem Beitrag erreichten Resonanz relevant. Zum anderen haben wir überprüft, welche kommunikativen Beziehungen sich zwischen den Teilnehmern etablieren, also Beziehungen, die entstehen, wenn ein Teilnehmer auf den Beitrag eines anderen Teilnehmers antwortet. Schließlich betrachten wir noch einmal genauer die Art der Beiträge, die die aktivsten Teilnehmer beigesteuert haben, und die Frage, welche Folgerungen sich daraus für die Art der Rollendifferenzierung und ihre Bewertung ziehen lassen.

Zunächst jedoch soll die Rolle der »Alten Hasen«, die bisher vor allem metaphorisch eingeführt wurde, durch eine Analyse des Beitragsverhaltens in einigen Punkten konkretisiert werden. Zur Rolle der »Alten Hasen« gehört zunächst schon aufgrund der Begriffswahl, dass sie ein gewisses Alter besitzen, in unserem Fall ist damit das Teilnahmealter gemeint, also die Dauer der Teilnahme am Diskurs.

In der Tat korreliert die Aktivität der Teilnehmer (gemessen als Durchschnittswert der Beiträge pro Tag innerhalb der gesamten Dauer des Diskurses) mit der Dauer der Teilnahme am Diskurs. Die Korrelation zwischen Aktivität und Teilnahmedauer beträgt für die unterschiedlichen Diskurse zwischen 0,15 (EU-10, Sign. 5%) und 0,31 (IR-CMP, Sign. 1%). Für zwei Diskurse (D-BOL und EU-9) lässt sich kein signifikanter Zusammenhang nachweisen. In den meisten Diskursen haben die früh gestarteten Teilnehmer also einen Beitragsvorsprung vor den später gestarteten.

Das Teilnahmealter ist aber nur ein Aspekt der »Alte Hasen«-Rolle. Auch das kommunikative Verhalten lässt sich genauer charakterisieren, vor allem durch den bereits erwähnten Zusammenhang zwischen der Aktivität und dem Anteil an originären respektive Reply-Beiträgen (s. FN 6 auf S. 173). Dieser ist in allen Diskursen außer D-TU signifikant auf mindestens 5-prozentigem Niveau, die Koeffizienten schwanken dabei zwischen 0,12 (IR-EPA, Sign. 5%) und 0,31 (EU-9, Sign. 1%). Besonders aktive Teilnehmer schreiben also tendenziell mehr Reply-Beiträge als weniger aktive, proportional zu den originären Beiträgen.

Entsprechend lässt sich auch der Querbezug herstellen zwischen dem Anteil von Reply-Beiträgen und der Dauer der Teilnahme am Diskurs, hier finden sich signifikante Korrelationen für die Diskurse IR-CMP ($r=0,18$, Sign. 1%) und EU-4 ($r=0,11$, Sign. 5%) sowie, allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen, EU-9 ($r=-0,23$, Sign. 1%). Von den übrigen Diskursen zeigen D-HH, D-TU, IR-EPA und IR-MAP ebenfalls die

Tendenz, dass hohes Teilnahmealter mit hohem Anteil an Reply-Beiträgen korreliert, allerdings auf nicht signifikantem Niveau. Mit D-BOL und EU-10 finden sich jedoch auch zwei Diskurse, bei denen der Zusammenhang umgekehrt ausgerichtet, dabei jedoch ebenfalls nicht signifikant ist.

»Alte Hasen« lassen sich somit näherungsweise charakterisieren als Teilnehmer, die (1) lange Zeit am Diskurs beteiligt sind, (2) überdurchschnittlich viele Beiträge leisten und (3) sich dabei stärker an bereits bestehenden Diskussions-Threads beteiligen als durch originäre Beiträge neue Threads zu beginnen. Prüfen wir ferner die Korrelation der genannten drei Faktoren mit der Anzahl von Referenzen pro Beitrag, die ein Teilnehmer im Durchschnitt erhält, so ergibt sich nur in einem Fall ein (schwach) signifikanter Zusammenhang mit der Teilnahmedauer (IR-CMP, $r=0,14$, Sign. 5%), wobei lange aktive Teilnehmer mehr Referenzen pro Beitrag erhalten als andere. Es ergibt sich kein signifikanter Zusammenhang mit der Zahl der Beiträge je Teilnehmer pro Tag, ein deutlicher Zusammenhang allerdings bei fast allen Diskursen in Bezug auf den Anteil von Reply-Beiträgen (außer bei EU-9). Die Korrelationskoeffizienten liegen in letzterem Fall zwischen 0,11 (Sign. 5%) bei IR-EPA bis hin zu 0,41 bei D-BOL (Sign. 1%).

Demnach ist der Reply-Anteil bei denjenigen Teilnehmern höher, die wenige Referenzen pro Beitrag erhalten. Umgekehrt ließe sich auch formulieren: Teilnehmer mit vielen Reply-Beiträgen erhalten weniger Referenzen als Teilnehmer mit vielen originären Beiträgen. Die »Alte Hasen«-Rolle ist somit nicht streng homogen in dem Sinn, dass alle Dimensionen (Teilnahmedauer, Aktivität, Anteil der Reply-Beiträge, Anzahl der Referenzen pro Beitrag) direkt miteinander verbunden sind, allerdings doch so stark zusammenhängend, dass sich die Rolleninhaber durch diese Merkmale ihres Kommunikationsverhaltens charakterisieren lassen.

Der Diskussionsstil der »Alten Hasen« ist damit als eher defensiv und unterstützend zu charakterisieren, was eine Bewertung der hoch aktiven Teilnehmer als den Diskurs dominierend ausschließt.⁷ Diese Schlussfolgerung bezüglich der Dominanzthese der Rollendifferenzierungserklärung kann bereits allein aus der quantitativen Analyse gezo-

7 Gambetta (1998) legt einen Bezug zwischen Diskussionsstil und Geschlecht nahe, wonach Frauen eher zu einem Stil tendieren, wie wir ihn für die »Alten Hasen« beobachtet haben. Inwiefern tatsächlich Frauen zu dieser Gruppe zählen konnte hier nicht überprüft werden, da die vorliegenden Daten keinen genügenden Aufschluss über die individuellen Merkmale der Teilnehmer erlauben.

gen werden, da sie ein ausreichendes Bild der Kommunikationspraxis der hoch aktiven Teilnehmer zu entwerfen erlaubt.

Komplizierter ist die Frage der zweiten Rollendifferenzierungsthese zu beantworten, da sie sich mit dem bisher skizzierten Rollenbild zwar in Übereinstimmung bringen lässt, aber mit der Annahme einer Funktion der latenten Repräsentation darüber hinausgehende, inhaltliche Annahmen trifft. Der zweiten Art der Rollendifferenzierungserklärung, der These einer Selbstorganisation, soll zunächst mit einer Analyse der Beziehungen zwischen den Teilnehmern nachgegangen werden.

Nach Ansicht von Stegbauer (2001) erfolgen im Diskursverlauf insofern Prozesse der sozialen Schließung, als sich Teilnehmer, die auf viele andere Teilnehmer reagieren, an solchen Teilnehmern orientieren, die ebenfalls viele »Outdegrees« aufweisen (entsprechendes gilt für Teilnehmer mit weniger Beziehungen). Ebenso kommt es zu Prozessen der temporalen Schließung, wonach sich Teilnehmer vor allem auf solche anderen Teilnehmer beziehen, die zur gleichen Zeit wie sie in den Diskurs eingetreten sind. Diese Annahme könnte, verbunden mit der Annahme einer besonders prestigeträchtigen Stellung der bereits seit langem und in hohem Maße aktiven Teilnehmer, das Phänomen der ungleichen Beitragsverteilung erklären.

Daher überprüfen wir mit Methoden der Sozialen Netzwerkanalyse, zwischen welchen Teilnehmern sich durch Referenzen Beziehungen bilden und zwischen welchen nicht. Als Merkmale der Teilnehmer untersuchen wir zum einen die Zahl der eingehenden und ausgehenden Referenzen zu anderen Teilnehmern (Indegree bzw. Outdegree), zum anderen das jeweilige Eintrittsdatum in den Diskurs. Die Untersuchungseinheit ist dabei stets die Dyade zwischen zwei Teilnehmern, die durch einen oder mehrere Beiträge konstituiert wird.⁸

Bei allen folgenden Analysen der Dyaden wurden Selbstbezüge nicht berücksichtigt, also Beiträge, mit denen ein Teilnehmer auf seine eigenen Beiträge Bezug nimmt (was je nach Fragestellung zu deutlich anderen Ergebnissen führt). Denn diese Selbstreferenzen interessieren uns aus der Perspektive der sozialen Dynamik, die sich im Diskurs entwickelt und die für die Entstehung der Verteilung maßgeblich ist, nicht. Außerdem wurde nicht zwischen den einzelnen Diskursen differenziert, sondern es wurden alle Dyaden gemeinsam der Analyse unterzogen. Ergebnisse für einzelne Diskurse werden nur in solchen Fällen referiert, in denen sich Abweichungen vom Gesamtergebnis ergeben.

8 Vgl. zur Dyaden-Analyse allgemein Wasserman/Faust 1994: 505ff.; speziell zur Frage der Ähnlichkeit der verbundenen Akteure Newman 2002.

Bezüglich der »sozialen Homophilie«, also des Verhältnisses von Beziehungsaffinen zu anderen Beziehungsaffinen und von eher isolierten Akteuren zu anderen eher isolierten Akteuren haben wir zu unterscheiden zwischen den ausgehenden Referenzen und den eingehenden Referenzen. Damit sind insgesamt vier Korrelationen zu untersuchen, je nach dem, ob der Indegree oder der Outdegree des referenzierenden oder des referenzierten Teilnehmers betrachtet wird (vgl. Tabelle 4).⁹

Als Ergebnis finden sich über alle Diskurse hinweg nicht-signifikante Zusammenhänge zwischen der Beziehungsaktivität des Senders und der Beziehungsaktivität des Empfängers einer Referenz (1), ebenso zwischen der Zahl der referenzierenden Partner des Senders und den Beziehungsaktivitäten des Empfängers (2). Es lässt sich also nicht von einer sozialen Schließung in dem Sinn ausgehen, dass Teilnehmer mit hohem bzw. niedrigem Outdegree auf jeweils ähnliche Teilnehmer verweisen. Auch kann nicht davon ausgegangen werden, dass Teilnehmer, die von vielen bzw. wenigen anderen Teilnehmern Referenzen erhalten, auf Teilnehmer mit hohem bzw. niedrigem Outdegree verweisen.

Anders sieht es bezüglich der Frage aus, wer auf Teilnehmer mit hohem bzw. niedrigem Indegree verweist. Hier finden sich schwache¹⁰ negative, aber hoch signifikante Korrelationen, wonach Teilnehmer, die viele Outdegrees haben, sich eher auf solche Teilnehmer beziehen, die nur von wenigen Referenzen erhalten (3), und Teilnehmer, die Referenzen von vielen anderen Teilnehmern erhalten, sich vor allem auf Teilnehmer beziehen, die ihrerseits nur von wenigen Referenzen erhalten (4).¹¹

Auf der Ebene der Beiträge zeigt sich, dass es keinen Zusammenhang zwischen der Postingaktivität des sendenden Teilnehmers zur Postingaktivität des empfangenden gibt (5), wohl aber einen schwach negativen zwischen den erhaltenen Replies pro Beitrag auf beiden Seiten

9 Vgl. zum Vorgehen z. B. Holme et al. 2004, zur Operationalisierung der Homophilie Newman 2002.

10 Für die Interpretation der Korrelationskoeffizienten ist neben der Signifikanz auch die Höhe des Koeffizienten selbst relevant. Wir richten uns in der Interpretation nach der Einteilung von Kühnel und Krebs (2004: 404f.), wonach Werte zwischen 0,05 und 0,20 als »schwache Korrelation« zu bewerten sind.

11 Diese Ergebnisse finden sich ähnlich auch bei einer Dyadenanalyse innerhalb der einzelnen Diskurse. Abweichungen ergeben sich bei zwei FURTURUM-Diskursen, bei denen sich nur für Zusammenhang (4) (EU-9) bzw. für keinen der Zusammenhänge (EU-10) Korrelationen auf einem Signifikanzniveau von 5 Prozent ergeben. Außerdem sind bei den Diskursen D-HH, D-TU und EU-4 alle betrachteten Korrelationen signifikant und negativ mit Werten zwischen 0,084 und 0,260 (s. Anhang, Tabelle A-1).

der Dyade (8), ebenso zwischen der Postingaktivität des Senders und der Anzahl erhaltener Replies pro Beitrag beim Empfänger (7) und einen schwach positiven zwischen der Zahl empfangener Replies pro Beitrag des Senders und der Aktivität des Empfängers (6).¹²

Tabelle 4: Zusammenhänge zwischen Merkmalen der referenzierenden und der referenzierten Teilnehmer (Dyaden-Analyse)

	Merkmal des referenzierenden Teilnehmers		Merkmal des referenzierten Teilnehmers	beobachtete Korrelation (r)
(1)	Outdegree	—————>	Outdegree	n. sign.
(2)	Indegree	—————>	Outdegree	n. sign.
(3)	Outdegree	—————>	Indegree	-0,095
(4)	Indegree	—————>	Indegree	-0,059
(5)	Zahl eigener Beiträge	—————>	Zahl eigener Beiträge	n. sign.
(6)	erh. Replies / Beitrag	—————>	Zahl eigener Beiträge	0,070
(7)	Zahl eigener Beiträge	—————>	erh. Replies / Beitrag	-0,075
(8)	erh. Replies / Beitrag	—————>	erh. Replies / Beitrag	-0,058

Anmerkung: Angegeben ist der Korrelationskoeffizient nach Pearsons, das Signifikanzniveau aller angegebenen Koeffizienten ist 1 Prozent

Es lässt sich also nicht sagen, dass Viel- bzw. Wenigposter sich vor allem auf andere Viel- bzw. Wenigposter beziehen würden, aber durchaus, dass Teilnehmer mit viel Feedback sich auf Teilnehmer mit wenig Feedback beziehen und umgekehrt. Es bestehen ebenfalls schwache, aber hoch signifikante Zusammenhänge die zeigen, dass Vielposter sich auf Teilnehmer beziehen, die wenig Referenzen pro Beitrag erhalten, und umgekehrt Vielposter von denjenigen referenziert werden, die selbst viele Referenzen pro Beitrag erhalten.

Zusammenfassend lässt sich also – mit einschränkendem Hinweis auf die geringe Stärke der festgestellten Korrelationen – sagen, dass die selbst etablierten Kontakte zu anderen Teilnehmern keinen Einfluss darauf haben, wer sich auf die entsprechenden Teilnehmer bezieht, wohl aber die Prominenz, also die eingehenden Verweise von anderen Teilnehmern. Hier ist es so, dass gerade besonders prominente Teilnehmer von wenig aktiven und wenig prominenten Teilnehmern referenziert werden, wohingegen sich aktive und selbst prominente Teilnehmer eher auf wenig prominente beziehen. Ebenso wenden sich Vielposter vor al-

¹² In diesem Fall variieren die Ergebnisse auf der Ebene einzelner Diskurse sehr stark, wobei sich nur in einem Fall eine Abweichung in der Tendenz der Zusammenhänge ergibt, ansonsten nur in der Stärke bzw. der Signifikanz (s. Anhang, Tabelle A-1).

lem an wenig referenzierte Teilnehmer, werden ihrerseits aber von häufig referenzierten angeschrieben, die wiederum von selten referenzierten Teilnehmern Antworten erhalten.

Dieses Muster stützt unsere Vorstellung von den »Alten Hasen«, die sich an die weniger bekannten Teilnehmer richten. Wir können nun ergänzen, dass Letztere ihre Beiträge vor allem an die erfahreneren Teilnehmer adressieren. Dahinter scheint ein interessanter Mechanismus der Reputationsumwandlung zu stehen, in dem die »Alten Hasen« als altruistische Vielposter dafür sorgen, dass auch wenig beachtete Teilnehmer Referenzen erhalten, die ihrerseits vor allem auf eine Gruppe von Prominenten verweisen, die diese Verweise nicht entgegengen, sondern an die hoch aktiven Teilnehmer weitergeben.

Wenn wir diese Muster mit bekannten Kommunikationsformaten vergleichen, weicht es deutlich vom Modell einer Podiumsdiskussion ab, das manchmal anklingt, wenn vom Kommunikationsmuster »few-to-many« die Rede ist. Denn bei der Podiumsdiskussion kommt es ja vor allem zur Diskussion zwischen den auf dem Podium Sitzenden, wohingegen im Fall der Online-Diskurse die wechselseitige Kommunikation zwischen den Prominenten und den Nicht-Prominenten das vorherrschende Organisationsprinzip ist. Die Form der Selbstorganisation, wonach sich die Teilnehmergruppen nach Ähnlichkeit differenzieren (sog. »assortative mixing«, vgl. Newman 2002), lässt sich also in den Online-Diskursen nicht feststellen.

Die Frage nach der sozialen Schließung bringt ein komplexes Beziehungsgeflecht zutage, das die These der Selbstorganisation in Form zweier Rollen, die sich im Aktivitätsgrad unterscheiden, unbegründet erscheinen lässt. Dagegen stützt der Befund die allgemeine These einer Rollendifferenzierung und die Identifikation der skizzierten Rolle der »Alten Hasen« durchaus. Die Analyse hilft auch, diese Rolle genauer zu charakterisieren, indem sie zeigt, auf welche Weise Feedback, also Referenzen auf Beiträge, in der Diskussion vergeben wird. Die »Alten Hasen« haben dabei eine im Grunde altruistische Rolle inne, empfangen aber auch Referenzen von den »Prominenten«, die als weitere Rolle zu kennzeichnen sind. Schließlich gibt es noch eine dritte Rolle, die der Peripherie. Alle drei Rollen fungieren wechselseitig als Transmissionsriemen für Beiträge und Referenzen.

Wie steht es aber um die zeitliche Dimension dieser Beziehungen? Um diese zu untersuchen, haben wir die Dyaden auch auf das Teilnahmealter der Sender und Empfänger von Referenzen hin untersucht. Diesbezüglich findet sich eine ausgesprochen hohe Korrelation zwischen dem Eintrittsdatum des Senders und des Empfängers einer Referenz, wie auch bereits Stegbauer (2001) feststellte. In unserem Fall beträgt der

Korrelationskoeffizient, über alle Diskurse hinweg berechnet, $r=0,54$ (Sign. 1%). Die Teilnehmer beziehen sich mit ihren Beiträgen also vor allem auf solche anderen Teilnehmer, die in etwa zur gleichen Zeit mit einem eigenen Beitrag in den Diskurs eingestiegen sind. Es gibt im Gegensatz zur sehr schwachen und indirekten sozialen Schließung eine klare temporale Schließung der Diskurse.¹³

Dieses Ergebnis könnte nun so interpretiert werden, dass aufgrund der temporalen Schließung und des Vorsprungs der früh in den Diskurs gestarteten Teilnehmer sich relativ schnell eine Dominanz dieser Gruppe herausbildet, die von später hinzukommenden Teilnehmern nicht mehr aufgebrochen werden kann, weil diese keinen Bezug zu den früher eingetretenen aufbauen können. Somit kann es zu einer Konzentration der Beiträge kommen im Sinne einer als »the early bird takes it all« zu formulierenden Logik, die aus einer Kombination der Mechanismen »früher Vogel fängt den Wurm« und »the winner takes it all« besteht (vgl. dazu Barabási 2003).

Dem entgegen steht allerdings zum einen der sehr viel uneinheitlichere Befund auf der Ebene der sozialen und kommunikativen Schließung, nach dem sich eben keine Schließung feststellen lässt, wie sie für eine solche Annahme nötig wäre. Zum anderen ist erst noch zu überprüfen, ob dieser Zusammenhang sich nicht allein der temporalen Dynamik verdankt. Wenn angenommen werden kann (Annahme 1), dass eine große Zahl von Teilnehmern nur einen Beitrag verfasst hat, könnten die sich daraus ergebenden Dyaden in der Analyse den Anschein einer temporalen Schließung erwecken. Außerdem muss gelten, dass Antworten auf Beiträge nur innerhalb eines kleinen Zeitfensters publiziert werden (Annahme 2, vgl. Kalman et al. 2006a).

Bezüglich der ersten Annahme ist festzustellen, dass in den Diskursen ein Anteil zwischen 25 Prozent (D-HH) und 73 Prozent (EU-9) der Teilnehmer nur einen Beitrag geschrieben hat, der Mittelwert über alle Diskurse beträgt 44,3 Prozent. Diese Menge erscheint in der Tat geeignet, das Ergebnis entsprechend zu beeinflussen. Annahme 2 wird später im Rahmen der zeitlichen Analyse der Kommunikationsmuster noch genauer überprüft, bereits an dieser Stelle kann jedoch erwähnt werden, dass der grösste Teil der Antworten nach kurzer Zeit erfolgt, einige Beiträge allerdings auch noch nach sehr langer Zeit beantwortet werden.

13 Diese zeigt sich meist auch auf der Ebene der einzelnen Diskurs (s. Anhang, Tabelle A-1, Zeile 9) allerdings ist die Stärke der Korrelationskoeffizienten geringer ausgeprägt, diese reichen von 0,155 (D-TU) bis 0,327 (EU-9). Für drei Diskurse finden sich keine signifikanten Korrelationen (IR-CMP, IR-MAP, EU-10).

Zur Überprüfung der Erklärung (und zur möglichen Relativierung der Bedeutung der temporalen Schließung) haben wir in einem zweiten Analyseschritt nur solche Teilnehmer berücksichtigt, die mindestens zwei Beiträge zur jeweiligen Diskussion geleistet haben, und für diese den Grad der temporalen Schließung bestimmt. Der Korrelationskoeffizient schwächt sich zwar ab, aber nur geringfügig, und der Zusammenhang bleibt hoch signifikant.

Wir können also in der Tat von einer temporalen Schließung ausgehen, die kein Artefakt der Kurzzeitigkeit der Beteiligung ist. Sie kann allerdings nicht direkt in eine soziale Schließung nach dem »the winner takes it all«-Prinzip überführt werden, da sich die Zusammenhänge auf der Ebene der Beitragsaktivitäten wie auch der empfangenen Referenzen komplizierter gestalten. Wir beobachten also insgesamt eine Rollendifferenzierung, allerdings nicht in Form der Dominanz und auch nicht in Form einfacher Mechanismen der Selbstorganisation.

Für eine abschließende Bewertung der Frage der Rollendifferenzierung und der Ungleichheit der Beitragsaktivitäten kommen wir noch einmal auf die Analyse der Inhalte der Beiträge der zehn aktivsten Teilnehmer aus der D-HH-Diskussion zurück. Wir hatten bereits festgestellt, dass sich darunter weniger eigene Stellungnahmen oder Wortergreifungen im Sinne anderer Teilnehmer finden, sondern stattdessen eher Hilfestellungen beim Umgang mit dem Diskussionssystem und den Regeln der Diskussion sowie ordnende Eingriffe, die sich aber nicht auf inhaltlicher, sondern auf formaler Ebene bewegen.

Die besonders aktiven Teilnehmer übernehmen damit zum Teil eine Rolle, die formal den Moderatoren der Diskussion zugeschrieben ist und die diese in dem betrachteten Diskurs auch durchaus ausfüllen (was nicht zuletzt an der großen Menge an Beiträgen ablesbar ist, die die Moderatoren geschrieben haben). Darin erkennen wir eine spezifische Rolle, die wir mit den obigen quantitativen Analysen genauer spezifizieren konnten. Aufgrund des Zusammenwirkens von zeitlicher Dynamik und Feedback-Mechanismen ist davon auszugehen, dass sie die beobachtete Verteilung der Beiträge über die Teilnehmer hervorruft.

Diese Beobachtung legt eine weitere Schlussfolgerung nahe. Neben der Differenzierung unterschiedlicher Teilnehmerrollen findet nämlich auch eine Differenzierung der Kommunikation statt, und zwar dergestalt, dass neben der eigentlichen inhaltlichen Ebene, auf der zum Thema des Diskurses Stellungnahmen abgegeben und diskutiert werden, eine zweite Ebene entsteht, auf der über den Diskurs selbst und die Formen und Regeln, nach denen dieser geführt wird, diskutiert wird.

Dies geschieht zum einen explizit, etwa indem die Organisatoren am Anfang der Diskussion ein entsprechendes Regelwerk vorstellen oder

indem die Moderatoren im Fall von Regelverstößen auf diese Regeln hinweisen und entsprechende Sanktionen ergreifen. Es geschieht aber zugleich implizit, z. B. indem ein Teilnehmer einem anderen Teilnehmer einen Hinweis gibt, an welcher Stelle in der Diskussion er Informationen zu seiner Stellungnahme finden kann oder dass eine ähnliche oder gleiche Bemerkung bereits von einem anderen Teilnehmer gemacht wurde.

Auch durch diese implizite Form der Kommunikation über den Diskurs, also die Metakommunikation, werden Regeln des Diskurses aktiviert, bewusst gemacht und praktisch wirksam gemacht. Somit entsteht neben der Ebene, auf der Lösungen zum Gegenstand der Diskussion erarbeitet werden, auch eine zweite Ebene, auf der der Weg zur Lösung kommunikativ bearbeitet wird, auf der es um Übersicht, aber auch um die Ordnung des Diskurses geht.

Beide Ebenen sind durch ganz ähnliche Kämpfe um Anerkennung und Durchsetzung der eigenen Ideen bzw. Sichtweisen gekennzeichnet. Wie wir gesehen haben, setzen die Teilnehmer je nach ihrer Rolle unterschiedliche Schwerpunkte ihrer Beteiligung. Während die »Alten Hasen« stärker auf der Metaebene diskutieren, beziehen sich die anderen Rollen stärker auf die inhaltliche Diskussion.¹⁴ In Konsequenz heißt das auch, dass es keine Selbstorganisation der Diskussion im Sinne eines Automatismus gibt, sondern die Organisation der Diskussion als eigene Leistung ausdifferenziert und parallel kommunikativ bearbeitet wird.

Damit haben wir nicht nur die These der Rollendifferenzierung für die Online-Diskurse entsprechend ausgearbeitet und verfeinert, sondern zugleich auch ihre Grenzen anhand der Frage der Selbstorganisation aufgezeigt. Als Gegenmodell konnte dieser Sichtweise eine Ebenendifferenzierung gegenübergestellt werden, die der kommunikativen Organisation des Diskurses dient und Bestätigung durch die empirischen Ergebnisse findet.

Für die normative Bewertung bedeutet diese Verschiebung der Perspektive, dass die Rolle der hoch aktiven »Alten Hasen« weder negativ noch positiv zu bewerten ist, sondern differenziert nach der jeweiligen Ebene. Zur inhaltlichen Diskussion tragen sie nach dieser Sichtweise durchschnittlich bei und sind neutral zu beurteilen. Zur Ordnung des Diskurses tragen sie dagegen sehr viel bei, allerdings nur solange sie nicht mit den Regeln des Diskurses, wie er von den Moderatoren vorgegeben wurde, in Konflikt geraten.

14 Aus der teilnehmenden Beobachtung zweier Diskurse heraus lässt sich ergänzen, dass die »Alten Hasen« besonders stark auf Anregungen und Fragen der Moderatoren reagiert haben. Auch dies ist ein Beleg dafür, dass sie sich stärker auf einer metakommunikativen Ebene engagieren als auf der sachlichen, problembezogenen.

Ebenfalls nicht zu unterschätzen ist ihr Beitrag zur Motivation anderer Teilnehmer und zur Kontinuierung des Diskurses insgesamt. Denn wie wir gesehen haben, kommt ihnen eine wichtige Rolle im Zyklus der Beitrags-Referenz-Netzwerke zu, in denen sie für die Umwandlung von Beiträgen in Referenzen sorgen. Diese neue Betrachtung des Diskurses als differenziert in unterschiedliche Ebenen bedeutet eine Verschiebung der Frage der normativen Bewertung. Sie weicht insofern von den üblichen und bisher in der Literatur verwendeten Kriterien für diskursive Kommunikation ab. Wohin sie uns auf einer theoretischen Ebene führt, soll im Anschluss an die Präsentation der empirischen Ergebnisse diskutiert werden.

Die Themen der Diskurse

Der zweite Aspekt der Diskursivität berührt die Frage, worüber diskutiert wird. Wie einführend angemerkt, wird er von uns nur hinsichtlich des Themenspektrums und seiner Behandlung im Diskurs untersucht, nicht jedoch in Bezug auf die Frage, ob die Teilnehmer oder die Diskursform kompetent für ihre Bearbeitung sind. Insofern könnte die Untersuchung schnell beendet sein, denn ein Ausschnitt von neun Diskursen aus so unterschiedlichen politischen und kulturellen Kontexten wie den USA, Deutschlands, Italiens und Europas kann unmöglich Aufschluss darüber geben, ob die gesellschaftlich relevanten Probleme der Zeit durch die Öffentlichkeit bearbeitet werden. Nicht zuletzt waren die Themen in allen der betrachteten Diskurse den Teilnehmern vorgegeben, eine Themenselektion konnte somit gar nicht stattfinden.

Allerdings, und aus diesem Grund ist die Analyse dieser zweiten Dimension auch für die vorliegenden Fallbeispiele interessant, kann es innerhalb des vorgegebenen Themenrahmens noch immer zu einer großen Bandbreite von unterschiedlichen Aspekten kommen, die dann allein aus den Interessen der Teilnehmer oder aus der kommunikativen Dynamik heraus zu erklären sind und insofern einen Eindruck davon vermitteln, inwieweit gesellschaftliche Probleme durch den Diskurs aufgegriffen und bearbeitet werden. Wir konzentrieren uns also auf die thematische Dimension der Beiträge, die in den Diskursen veröffentlicht werden, und untersuchen explorativ, ob sich bestimmte Strukturierungen finden lassen oder bestimmte Selektionsmechanismen wirksam sind.

Das normative Modell der deliberativen Öffentlichkeit spezifiziert folgende Bedingungen für die Themenstruktur von Diskursen, die im Grunde auch für unsere eingeschränkte Fragestellung Relevanz haben (Peters 1994: 47): Die Themen sollen zum einen von allgemeinem Inte-

resse sein, rein private Anliegen sind nicht Angelegenheit diskursiver Behandlung. Zum anderen dürfen aber auch keine Themen oder Beiträge systematisch ausgeschlossen werden, zumindest innerhalb der Rahmens, der durch die Achtung von Integrität und durch Vertraulichkeits- und Geheimhaltungsgebote gegeben ist. Insbesondere ist die Relevanzbewertung eine Konsequenz der diskursiven Kommunikation, nicht schon ihr vorausgesetzt.

Die jeweils wirksamen Selektionsmechanismen innerhalb und außerhalb der Öffentlichkeit sind daher Gegenstand empirischer Analysen, die zur Bewertung der Funktionsfähigkeit von Öffentlichkeit herangezogen werden können, wie etwa Forschungen zu »issue cycles« bzw. sozialen Problemen (vgl. Downs 1972; McCarthy et al. 1996), zum Agenda-Setting-Prozess (Kingdon 1984) und zu Nachrichtenwerten, also den Faktoren, die die Selektion von Informationen zur Publikation in den Massenmedien steuern (vgl. Galtung/Ruge 1981; Staab 1990). Peters verweist darauf, dass das Postulat der Offenheit unter den herrschenden Bedingungen einer Knappheit von Aufmerksamkeit und Kompetenzen »als Merkmal des Auswahlprozesses« zu verstehen ist, »dass die ›wichtigsten‹ Themen die größere Aufmerksamkeit oder das größere Publikum gewinnen können, dass die Mitglieder des Publikums die Chance einer informierten Wahl zwischen Themen haben, dass nicht bestimmte ›wichtige‹ Themen systematisch unterdrückt oder benachteiligt werden« (Peters 1994: 63). Dasselbe gilt für die Beiträge und Meinungen zu den Themen, was die für die vorliegende Arbeit interessantere Perspektive darstellt.

Den Merkmalen des Auswahlprozesses wollen wir uns auf der Ebene der Beiträge zu den Online-Diskursen zuwenden. Dazu sei zunächst anekdotisch eine Beobachtung aus der DEMOS-Diskussion in Hamburg zum Thema »Wachsende Stadt« dargestellt. Im Verlauf dieser Diskussion tat sich ein Teilnehmer besonders hervor, der sich für ein bestimmtes Thema starkmachte, das ihn offenbar persönlich betraf. Es ging dabei um die Erhaltung der Umwelt in einem bestimmten Stadtteil in Hamburg, die durch das Vorhaben der Stadt, zu wachsen, in seinen Augen gefährdet war. Eine Verbindung zwischen dem übergreifenden Thema der Diskussion – der Frage, wie Hamburg zu einer wachsenden Stadt werden könnte – und seinem persönlichen Anliegen – dem Schutz der Umwelt im betreffenden Stadtteil vor dem Bau von Wohnungen – war somit durchaus gegeben. Auch war die grundlegende Argumentation, städtisches Wachstum dürfe nicht auf Kosten der Ökologie gehen, bereits einige Male in unterschiedlichen Kontexten angeklungen.

Allerdings handelte es sich bei dem Stadtteil um einen eher entlegenen Bereich Hamburgs, der von gut situierten Bürgern bewohnt wird

und nicht von allzu großen sozialen Problemen geprägt ist. Der Verdacht lag daher nahe, dass es sich um einen typischen »NIMBY«-Konflikt handelt, also ein Argument nach dem Motto »not in my backyard«, das ein aus der Literatur zu Bürgerbeteiligung bzw. Konfliktsituationen in Planungsprozessen bekanntes Standardmuster für Einwände gegen staatliche Eingriffe darstellt. Dieser Verdacht wurde bald auch von den Teilnehmern im Diskurs geäußert.

Interessant an diesem Beispiel ist vor allem die Art und Weise, in der der Teilnehmer versuchte, das Thema in die Diskussion einzubringen. Der Teilnehmer war seit der ersten Woche im Diskurs aktiv und blieb es bis zum Ende. Er zählte zu den überdurchschnittlich aktiven Teilnehmern und schrieb insgesamt 17 Beiträge (Mittelwert für die Diskussion D-HH: 14,9 Beiträge). In den allermeisten Fällen hatten diese nur wenig Bezug zu den Beiträgen anderer Teilnehmer, auch wenn sie formell auf solche Bezug nahmen (also als Reply auf einen anderen Beitrag verfasst waren).

Vielmehr versuchte er, durch reine Aufrufe ohne weitere Argumentation den Widerstand gegen die städtebaulichen Pläne zu mobilisieren. Die Beiträge hatten zum Teil expliziten Protestcharakter, zum Teil stellten sie eine Art »ceterum censeo« dar, indem sie immer wieder eine Position bekräftigten, ohne sie dabei argumentativ zu erweitern oder zu fundieren. Insgesamt lässt sich nur einer seiner Beiträge als konstruktiver Beitrag in dem Sinn bewerten, dass er Argumente präsentiert oder Lösungsvorschläge unterbreitet hätte.

Die Reaktion der anderen Foren-Teilnehmer war verhältnismäßig zurückhaltend. Es kam nicht zu der Art von aufgeheizter Diskussion mit vielen konfliktreichen und aufs Persönliche abzielenden Beiträgen, die in der Literatur als »flame wars« bekannt sind (vgl. Hill/Hughes 1998: 62; Dutton 1996: 284). Die Position, die er vertrat, wurde von keinem anderen Teilnehmer befürwortet oder übernommen, aber nur manche Teilnehmer beschuldigten ihn in sachlichem Ton, sein persönliches Problem in »NIMBY«-Manier in den Vordergrund zu stellen. Andere nahmen die grundlegende Richtung seiner Argumentation auf, dass die Natur besser vor dem Zugriff durch die Stadtplanung geschützt werden müsse, entwickelten daraus jedoch Argumente, die dann wiederum von anderen Teilnehmern diskutiert wurden.

Dieses Beispiel zeigt (wenn auch unter dem Vorbehalt, dass es sich um ein willkürlich herausgegriffenes Beispiel handelt), dass die Diskussion responsiv für neue Themen war (in diesem Fall den Konflikt Stadtplanung vs. Umweltschutz), dass aber gleichzeitig entsprechende Beiträge bestimmten Kriterien genügen mussten, um als Position ernst genommen zu werden und Chancen auf Annahme zu haben. Denn der

Hinweis auf die Probleme in dem speziellen Stadtteil delegitimierte sich nicht nur deshalb, weil das Problem nur für eine bestimmte Gruppe von Betroffenen relevant war, sondern auch durch die offensive Form, in der er vorgebracht wurde.

Dabei zeigte sich der Diskurs nicht nur offen und zugleich selektiv für Themen und Positionen, sondern auch kompetent in der Verarbeitung, indem ein tragfähigeres Argument aus dem Agitationsversuch herausgearbeitet wurde. Diese Leistung eines Diskurses, die hier im Kleinen beobachtbar war, ebenso wie die Mechanismen, die zu dieser Leistung beitragen, sind soziologisch ausgesprochen interessant, soweit sie sich als allgemeine Mechanismen von diskursiver Kommunikation beschreiben lassen.

Um diesen Mechanismen auf die Spur zu kommen, analysieren wir zunächst die Aufmerksamkeitsverteilung über die Beiträge hinweg. Aufmerksamkeit wird dabei in Form der Anzahl von direkten Antworten gemessen, die auf einen Beitrag erfolgt sind (Replies). Diese stellen insofern ein Maß für die Aufmerksamkeit für einen Beitrag dar, als sie voraussetzen, dass der Beitrag gelesen wurde, Interesse erweckt und zu einer Antwort motiviert hat. Sie sind im quantitativen Ausmaß geringer als die tatsächliche Aufmerksamkeit, die einem Beitrag in Form von Rezeptionen zukommt, allerdings kann angenommen werden, dass sie in etwa gleich verteilt sind.

Die so gemessene Aufmerksamkeitsverteilung, über alle Beiträge zusammengenommen, ist extrem schief verteilt (Abbildung 3).¹⁵ Diese Schiefe ist ein Indikator für eine stark selektive Rezeption von Beiträgen in den Diskursen. Nur vergleichsweise wenige Beiträge erreichen ein hohes Maß an Aufmerksamkeit und eine Breitenwirkung bei den Teilnehmern. Die meisten Beiträge dagegen werden nur von sehr wenigen Teilnehmern wahrgenommen und tragen insofern nur wenig zum Diskurs bei, als sie keine nennenswerten Reaktionen und kommunikativen Anschlüsse generieren.

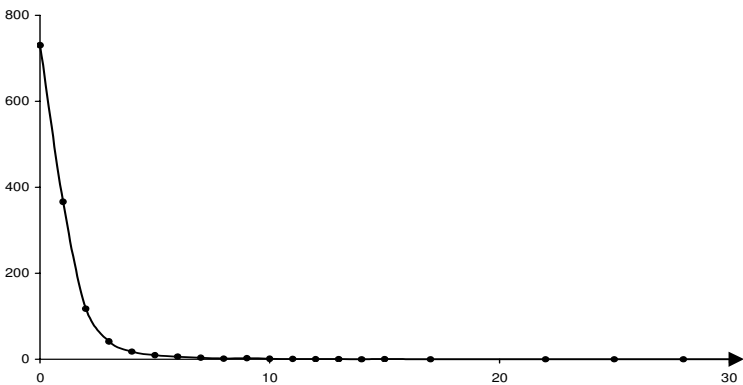
Aus Sicht der Diskurstheorie ist dieser Befund in zweierlei Hinsicht interessant. Zum einen zeigt er, dass nicht nur die Seite der Inzeptionen, also die Beitragsverteilung über die Teilnehmer, durch starke Ungleichheit geprägt ist, sondern auch die Seite der Rezeptionen. Dies kann negativ zu bewerten sein, wenn es bedeutet, dass sich bestimmte Themen oder Beiträge nicht im Diskurs durchsetzen können, der ja eigentlich offen für alle Beiträge sein soll. Es kann allerdings auch positiv bewertet werden, wenn dahinter steht, dass relevante Beiträge

15 In den Verteilungen der einzelnen Diskussionen, die im Anhang wiedergegeben werden (Abbildung A-1), spiegelt sich diese Verteilung wider, allerdings in etwas weniger klarer Form.

werden, wenn dahinter steht, dass relevante Beiträge von nicht relevanten durch die Kommunikation im Diskurs geschieden werden und nur die relevanten Beiträge zu einer Fortsetzung der Diskussion führen.

Zum anderen ist ergänzend zur normativen Diskurstheorie auf die Bedeutung von kommunikativen Anschlüssen für einen Diskurs hinzuweisen. Denn die Behandlung von Themen und Beiträgen im Diskurs erfolgt durch Kommunikation, und zwar nicht durch einfache Meinungsäußerung (wie dies manche Verwendungsweisen von »discours/e«, nämlich im Sinne von »Rede«, nahelegen), sondern durch Diskussion, also die Aufnahme von Beiträgen (Rezeption) und ihre Erwiderung bzw. Bekräftigung oder Elaboration (Interaktion). Erst das Ineinandergreifen von Inzeption und Rezeption einerseits und von Rezeption und erneuter Inzeption andererseits sorgt für einen diskursiven Verlauf der Kommunikation und auf diese Weise auch für die Bearbeitung von bestimmten Themen. Dass es dabei zu einer Auffächerung der Diskussion kommt und insofern nicht alle Beiträge die gleiche Aufmerksamkeit und die gleiche Menge an Anschlusskommunikation erhalten, ist nicht unbedingt negativ zu werten. Die entscheidende Frage lautet, ob genügend Anstoß für die Fortsetzung der Kommunikation generiert wird oder nicht.

Abbildung 3: Verteilung der Beiträge nach Anzahl der Replies



Anmerkung: Abgebildet ist die Zahl der Beiträge (y-Achse, über alle Diskurse gemittelt), die eine bestimmte Anzahl von Replies erhielten (x-Achse)

Offensichtlich kann eine schiefe Verteilung der Anschlusskommunikation über die Beiträge zu einer kontinuierlichen Diskussion führen; sie ist sogar ein typisches Merkmal für Diskussionsprozesse, die sich in immer

feinere Äste aufspalten, in denen entsprechende Details geklärt werden. Denn dann haben einzelne Beiträge eine große Chance, rezipiert zu werden, wohingegen die Masse der Beiträge Endpunkte einzelner Diskussionsstränge bilden, die nicht weiter verfolgenswert sind.

Betrachten wir aber genauer, welche der Beiträge einen hohen Rezeptionsgrad haben und welche nicht, um zu erfahren, nach welcher Selektionslogik Beiträge viele oder wenige Antworten erhalten. Aus der teilnehmenden Beobachtung der DEMOS-Diskussion in Hamburg (D-HH) kann gefolgert werden, dass in den viel diskutierten Beiträgen sowohl Themen der aktuellen politischen Debatte als auch neue Themen mit Bezug zur übergreifenden Frage des Wachstums der Stadt angesprochen wurden (vgl. Albrecht 2006a). Diese wurden vor allem von bereits etablierten Akteuren der politischen Diskussion beigetragen, also zum Beispiel von Interessensvertretungen oder Bürgerinitiativen, einige aber auch von Einzelpersonen, die politisch interessiert waren.

Interessant ist, dass die besonders viel diskutierten Themen und Ideen etwas Neues, Innovatives boten und zum Teil durchaus spektakuläre Implikationen hatten. So fand z. B. ein Vorschlag großes Interesse, zur Erhöhung der Attraktivität Hamburgs den Hafenrand als Flaniermeile neu zu gestalten, mit einer »hanseatischen Ponte Vecchio« als faszinierendem Element.¹⁶ Die Beobachtung der Diskussion dieser und anderer Themen legt den Schluss nahe, dass Themen immer dann viel Zuspruch (in Form von Beiträgen) fanden, wenn sie bereits sehr lebhaft diskutiert wurden. Demnach haben es also neu in die Diskussion eingebrachte Themen schwerer, eine hohe Rezeption zu erfahren, als bereits etablierte Themen. Allerdings bleibt diese Beobachtung unter dem Vorbehalt des anekdotischen Eindrucks.

Tatsächlich quantitativ-empirisch können wir allerdings den Zusammenhang zwischen verschiedenen Beitragsmerkmalen und der Resonanz überprüfen und dabei methodisch an eine Studie von Berthold et al. (1998) über Newsgroups anschließen. Diese kommt zu dem Resultat, dass folgende Merkmale einem Beitrag zu hohen Anschlusswerten verhelfen: eine mittlere Länge, eine angemessene Titelzeile, die Äußerung von Tatsachen, die direkte Ansprache von anderen Teilnehmern der Newsgroup, die Beibehaltung eines einmal gegebenen Themas, die Vermeidung von Fragen sowie der Beitragstyp Reply (im Gegensatz zu originären Beiträgen). Polletta und Lee (2006) heben demgegenüber be-

16 Dieser Vorschlag wurde im Übrigen auch nach der Diskussion weiter verfolgt, inzwischen bestehen konkrete Pläne zur Realisierung einer sogenannten »Living Bridge« durch eine Gruppe privater Investoren (vgl. Hirschbiegel 2007), und das Vorhaben wurde erneut in einer Online-Diskussion mit den Hamburger Bürgerinnen und Bürgern abgestimmt.

sonders die Antworten stimulierende Wirkung von narrativen Beiträgen hervor, also solchen, in denen die Teilnehmer ein Erlebnis schildern.

Wir können zunächst zwei rein quantitative Merkmale ohne weitere Probleme überprüfen, nämlich die Länge eines Postings und den Beitragstyp. Außerdem überprüfen wir, ob Beiträge von Moderatoren eine größere Wahrscheinlichkeit einer Antwort hatten und welche Rolle der Abstand zu einem vorausgehenden Beitrag spielt. Dabei stellt sich heraus, dass neue Beiträge eher beantwortet werden als Replies und lange Beiträge eher als kurze. Ob ein Beitrag von einem Moderator geschrieben wurde oder von einem regulären Teilnehmer hat nach dieser Analyse keinen Effekt auf die Wahrscheinlichkeit einer Antwort. Folgt ein Beitrag in kurzem Abstand auf einen anderen, dann wird er eher beantwortet, als wenn zwischen beiden ein langer Abstand liegt.

Andere Merkmale liegen auf der Ebene der Inhalte und lassen sich nur mit einem hohen Aufwand erfassen. Zum Beispiel dürfte die Angemessenheit einer Titelseite stark von der subjektiven Bewertung des Interpreteten abhängen. Daher haben wir uns methodisch auf einen Vergleich solcher Beiträge beschränkt, die besonders viele oder aber besonders wenige Antworten bekommen haben. Der Diskurs in italienischer Sprache (D-BOL) musste bei dieser auf Inhalte gerichteten Analyse außen vor bleiben, somit stellen acht Diskurse die Ausgangsbasis für die Vergleiche dar.

Für jeden Diskurs wurden die 10 Beiträge mit den meisten Antworten sowie die 10 Beiträge mit den wenigsten Antworten ausgewählt. Bei mehr als 10 in Frage kommenden Beiträgen wurde jeweils zufällig ausgewählt. Diese Kontrastpaare wurden für jeden Diskurs mittels Varianzanalyse (im Falle binärer Kategorien) bzw. Kreuztabellierung (und Prüfung auf Zusammenhang mit Hilfe von Cramer's V) daraufhin untersucht, inwiefern sie sich bezüglich bestimmter Merkmale unterscheiden. Bei den Merkmalen handelt es sich um den Typ des Autors,¹⁷ um die Frage, ob er anonym oder mit einem erkennbaren Namen veröffentlicht wurde, um den sprachlichen Stil des Beitrags, die Subjektivität, die Diskursebene, die Verwendung von Argumenten, die Zielrichtung auf eine Person hin, die Verwendung provokativer Äußerungen, das Beitragen von Informationen, Konstruktivität sowie den implizierten Sprechakt.¹⁸

17 Unterschieden wurde zwischen Beiträgen von Teilnehmern und von Moderatoren.

18 Die Untersuchung erfolgte dabei gemeinsam über alle Diskurse hinweg, da nur auf dieser Ebene eine genügend große Anzahl von Fällen zusammenkam. Unterschiede zwischen den Diskursen können daher für diese Fragestellung nicht untersucht werden. Zu den verwendeten Operationalisierungen und Kategorien s. Anhang, Abschnitt 2.

Hinsichtlich des Autors spielt es offenbar keine bedeutende Rolle, ob er seine Identität preisgibt oder nicht. Diesbezüglich konnten keine signifikanten Unterschiede zwischen viel zitierten und nicht zitierten Beiträgen gefunden werden. Beiträge von Moderatoren waren aber überproportional unter den häufig zitierten Beiträgen vertreten. Da wir oben gesehen hatten, dass über alle Beiträge hinweg kein Effekt des Moderators feststellbar ist, bedeutet dies offenbar, dass Moderatorenbeiträge auch unter den wenig zitierten vertreten sind, nur dort eben in Gesellschaft von Beiträgen vieler anderer Teilnehmer, und dass sie die Gruppe der viel zitierten Beiträge dominieren. Dieses Ergebnis stellt auch eine Warnung vor der Überinterpretation dieser Ergebnisse dar, da die Gruppen der wenig zitierten und der viel zitierten in der Grundgesamtheit nicht gleich groß sind, sondern aufgrund der Schiefe der Rezeptionsverteilung stark unterschiedlich ausfallen.

Bezüglich des Stils des Beitrags unterscheiden wir allgemein affirmative Beiträge, kritische Beiträge sowie Beiträge, die eine eigene Position beinhalten. Dabei zeigt sich, dass vor allem eigene Meinungsäußerungen viel zitiert werden, wohingegen Beiträge, die sich positiv oder negativ auf einen anderen Beitrag beziehen (Affirmation bzw. Kritik), weniger häufig zitiert werden. Auch die Adressierung eines Beitrags ad personam wurde untersucht, sie trägt zu eher weniger Referenzen bei als ein allgemein adressierter Beitrag.

Auf der stilistischen Ebene betrachteten wir, inwiefern sich die Reflexivitätsebene des Beitrags auf die Antwortwahrscheinlichkeit auswirkt. Metareflexive Beiträge, also solche, die sich auf die gesamte Diskussion und ihre Organisation beziehen, werden weniger häufig zitiert, wohingegen prozedural-reflexive, die sich auf mehrere vorangehende Beiträge beziehen, eher häufiger zitiert wurden. Für nicht reflexive Beiträge ließ sich kein Unterschied feststellen.

Unter den Sprechakten wurden vor allem diejenigen Beiträge besonders stark rezipiert, die eine Meinungsäußerung oder eine Frage darstellen. Dagegen wurden reine Reaktionen auf andere Beiträge oder rein informative Beiträge nicht durch Zuspruch von Antworten belohnt. Dieses Ergebnis bestätigt die oben erwähnten Ergebnisse in Bezug auf Affirmation und Kritik: Beide sind unter den Sprechakt der Reaktion zu fassen und wurden auch eher weniger stark rezipiert.

Schließlich untersuchten wir, ob eine Nachricht konstruktiv ist, ob sie die Schilderung eines persönlichen Erlebnisses beinhaltet, ob sie Informationen, Argumente oder provokative Äußerungen enthält. Nur im Fall der Konstruktivität ließ sich überhaupt ein Unterschied zwischen häufig beantworteten und nicht beantworteten Beiträgen feststellen, wonach konstruktive Beiträge häufiger beantwortet wurden als nicht kon-

struktive. In den anderen Fällen war kein signifikanter Unterschied zwischen den beiden Gruppen feststellbar.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass ein Beitrag immer dann Chancen auf viele Antworten und auf kommunikativen Anschluss hat, wenn er von einem Moderator geschrieben wurde, wenn er eine Frage oder eine Meinungsäußerung beinhaltet, wenn er auf den vorausgehenden Kommunikationsprozess reflektiert, wenn er sich nicht direkt auf eine Person bezieht, wenn er aber eine Position bezieht und wenn er konstruktiv gehalten ist.

In Ergänzung zu der rein quantitativen Analyse über alle Beiträge zeigen diese Ergebnisse zum Teil markante Unterschiede zu den Resultaten der Newsgroup-Analyse von Berthold et al. (1998) auf.¹⁹ Diese haben eine mittlere Länge der Beiträge als anschlussfördernd angesehen. Dagegen hatten bei den hier untersuchten Online-Foren lange Beiträge die höchsten Anschlusschancen.

Beide Ergebnisse lassen sich allerdings unter dieselbe theoretische Erklärung fassen: Ein Beitrag muss erst eine gewisse inhaltliche Substanz aufweisen, damit er von weiteren Beiträgen beantwortet wird. Zu kurze Beiträge weisen nicht genug Reibungspunkte auf für eine länger anhaltende Anschlusskommunikation und führen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit zum kommunikativen Abbruch.²⁰

Offenbar liegt die Grenze nach oben dabei bei Newsgroups etwas niedriger als in den Online-Diskursen, wo besonders lange Beiträge noch höhere Chancen auf Anschlüsse hatten. Dies lässt sich mit einer – durchaus plausiblen – geringeren Teilnahmemotivation bzw. Bindung in Newsgroups relativ zu Online-Diskussionen erklären. Denn auch die Teilnahmeschwellen (z. B. in Form einer Registrierung) waren in den Diskursen etwas höher als in Newsgroups (was den Aufwand, nicht aber was die Voraussetzungen hinsichtlich der technischen Kompetenz angeht), so dass von einer höheren Bindung und einem höheren Engagement der Teilnehmer ausgegangen werden kann.

Bezüglich der Inhalte kann in der vorliegenden Studie kein Effekt des Beisteuerns von Fakten aufgezeigt werden. Die reine Verbreitung

19 Auch die von Polletta und Lee (2006) festgestellte Wirkung von Narrativität konnte nicht bestätigt werden.

20 Jones (2003) berichtet allerdings entgegengesetzte Ergebnisse einer Studie von 600 Usenet-Newsgroups, wo kurze Nachrichten signifikant häufiger Antworten erhielten als längere. Er führt dies auf die Informationsüberlastung der Teilnehmer zurück, aufgrund der längere (und damit komplexere) Beiträge geringere Chancen auf Rezeption hätten. Vermutlich lassen sich die Unterschiede dadurch erklären, dass die Teilnehmer der von uns untersuchten politischen Foren mehr Aufmerksamkeit in die Diskussionen investierten als die Teilnehmer der Newsgroups in Jones' Studie.

von Informationen wird gegenüber einer eigenen Meinungsäußerung in geringerem Ausmaß beantwortet. Im Fall der Newsgroups wurden Fragen nicht durch Antworten belohnt, wohingegen dies in den Online-Diskursen der Fall war. Da nicht dokumentiert ist, welche thematische Art von Newsgroups in die Studie einging, lässt sich nur mutmaßen, dass die Teilnehmer weniger an einer Diskussion als vielmehr an der Distribution von Informationen interessiert waren.

Ebenfalls unterschiedlich fallen die Ergebnisse bezüglich des Typs der Beiträge aus. Während bei Berthold et al. originäre Beiträge eher weniger Antworten erhalten (die Autoren weisen allerdings darauf hin, dass der Effekt klein ist), bekommen sie bei uns deutlich mehr. Entweder liegt dies an einer unterschiedlichen Messweise dieses Faktors, oder es bestehen tatsächlich Unterschiede zwischen Newsgroup- und Foren-Diskussionen. Letztere Interpretation kann insofern plausibel erscheinen, als Newsgroups als etwas träger vorgestellt werden können, was das Aufgreifen neuer Themen angeht, und wir bereits im Rahmen der teilnehmenden Beobachtung feststellen konnten, dass Teilnehmer in den Online-Diskussionen besonders stark neue und originelle Beiträge hervorheben.

Zusammengefasst zeigen unsere Ergebnisse einen deutlich stärker diskursiven Charakter der Kommunikationsprozesse als dies in den Newsgroups der Fall war, die Berthold et al. untersuchten. Dies kann an der unterschiedlichen Technologie liegen, wahrscheinlicher aber ist, dass es an der thematischen bzw. organisatorischen Rahmung der Prozesse liegt. Es zeigt sich aber auch, dass durch den Vergleich mit Ergebnissen aus der Literatur auch die begrenzten Möglichkeiten unserer Studie bereits eine deutliche Charakterisierung der Kommunikationsformen erlauben, die theoretisch hochinteressant ist.

Darüber hinaus zeigen diese Ergebnisse, dass es durchaus eine Offenheit der Diskurse für die unterschiedlichsten Themen gibt, die sich innerhalb des vorgegebenen Oberthemas bewegen. Dies ist nicht nur technisch bedingt durch die Möglichkeit für die Teilnehmer, unzensuriert und frei die ihnen am Herzen liegenden Beiträge zu veröffentlichen, sondern zeigt sich auch im Umgang der Teilnehmer mit Themen, die abgelehnt werden, dies aber auf eine überraschend differenzierte und argumentativ versierte Weise.

Etwas anders scheint der Fall auf der Seite der Rezeptionen zu liegen, zumindest wenn man von der absoluten Rezeption übergeht zu den relativen Anteilen der Rezeption, die wir als relatives Maß der Aufmerksamkeit untersucht haben. Hier zeigt sich klar, dass ein starkes Ungleichgewicht herrscht zwischen stark rezipierten und wenig rezipierten Beiträgen.

Der Diskurs erweist sich insofern hinsichtlich des Kommunikationsprozesses, der ja vom Ineinandergreifen von Inzeption und Rezeption abhängt, als in hohem Maße selektiv in Bezug auf die Anschlusswahrscheinlichkeit von Beiträgen. Wir interpretieren diese Selektivität als Wirkung von »Diskurswerten«, die ähnlich den aus der Massenkommunikationsforschung bekannten Nachrichtenwerten wirksam sind und die Wahrscheinlichkeit bestimmen, dass ein Beitrag weiter verfolgt wird in Form von Anschlusskommunikation.

Was allerdings die normative Bewertung dieser Ungleichverteilung angeht, sehen wir keinen Anlass, darin eine Verzerrung der Kommunikation oder andere negative Aspekte zu sehen. Vielmehr scheint es so, dass zwar eine Verzerrung erfolgt, diese aber im Grunde positiv zu bewerten ist. Denn in ihr drückt sich die Leistung der diskursiven Kommunikation aus, die Relevanz von Beiträgen zu bewerten und selektiv an sie anzuschließen. Die normativ gewünschten Kriterien der Argumentativität und grundsätzlichen Offenheit bleiben dabei offenbar gewahrt.

Muster diskursiver Kommunikation

Mit dem dritten Aspekt, der Frage nach der Form und den Mustern der Kommunikation im Diskurs, begeben wir uns weg von den Akteuren und Themen und hin zur Ebene der Kommunikation selbst. Es geht also nicht mehr um die Frage, wer diskutiert bzw. worüber diskutiert wird, sondern darum, wie kommuniziert wird. Vor dem Hintergrund der Theorie politischer Diskurse interessiert uns besonders, inwiefern die Form der Kommunikation dem normativen Ideal eines Diskurses entspricht. Dabei benutzen wir die normativen Vorgaben wie erwähnt nicht als eine Art »critical yardstick«, an dem sich die real beobachtbaren Diskurse messen ließen (so z. B. Nanz/Steffek 2005; Steiner et al. 2004; Steenbergen et al. 2003) und dem sie mehr oder weniger gut entsprechen können. Vielmehr geht es uns um eine von der Diskurstheorie zunächst möglichst unabhängige Beurteilung der Form der Kommunikation in den Diskursen, die erst in einem zweiten Schritt mit den Vorhersagen und den Annahmen der Theorie verglichen bzw. auf ihre Bedeutung für die Funktion von Diskursen hin beurteilt werden soll.

Was aber kann oder soll diskursive Kommunikation in dieser Sichtweise bedeuten? Insbesondere geht es darum, die kommunikationsinterne Dynamik und die Organisationsprinzipien der Kommunikation zu verstehen, die einen Diskurs prägen. Denn Kommunikation, das haben die bisherigen Ergebnisse gezeigt, vollzieht sich nicht nach vorgegebenen Mustern oder durch den intentionalen Eingriff der Handelnden, son-

dern gewinnt eine Eigendynamik, die sich von den Teilnehmern nur noch bedingt steuern lässt. Diese Eigendynamik, die sich aus den Elementen der Kommunikation bzw. aus der Differenz von Themen und Beiträgen ergibt und durch diese weiter befördert wird, interferiert auf noch zu bestimmende Weise mit den Zielen eines Diskurses, die von der normativen Theorie gesetzt werden. Diese Effekte der kommunikativen Eigendynamik eines Diskurses versuchen wir zu erfassen.

Als theoretische Grundlage dieser Untersuchung der kommunikativen Muster von Diskursen stützen wir uns auf den Begriff des kommunikativen Anschlusses.²¹ Mit kommunikativem Anschluss ist zunächst nicht mehr gemeint, als dass eine kommunikative Äußerung registriert wird, rezipiert wird und Anlass zur Fortführung der Kommunikation gibt. Dieser Prozess ist nicht zu verwechseln mit Luhmanns Begriff der basalen Selbstreferenz der Kommunikation. Diese bezeichnet zwar auch einen kommunikativen Anschluss von Mitteilungen an Mitteilungen, blendet dabei aber die Materialität und die Inhalte der Mitteilungen bzw. Beiträge aus und berücksichtigt nur noch die Selektion eines kommunikativen Aktes als Merkmal. Im Grunde geht es Luhmann dabei allein um die Mitteilung als Selektion, die ja die Kommunikation als solche erkennbar und von anderen Formen des Prozessierens von Sinn unterscheidbar macht. Diese Form des Anknüpfens ist der Kommunikation in der Theorie Luhmanns im Grunde immer schon eingeschrieben, denn erst aus dem selbstreferentiellen aneinander Anschließenden der Kommunikationsereignisse ergibt sich das, was Luhmann mit der Verkettung dreier Selektionen als Kommunikation bezeichnet und worin der kommunikative Prozess, also der selbstreferentielle Anschluss, inbegriffen ist.

So stellt auch Malsch in seiner kritischen Auseinandersetzung mit der Luhmann'schen Kommunikationstheorie fest:

»[...] solange die Gesellschaft besteht, geht auch die Kommunikation weiter. Dass dies geschieht, dass an eine jede (oder fast jede?) Kommunikation eine andere anschließt, ohne dass der Kommunikationsstrom abreißt und ohne dass es zum Stillstand kommt, ist so gesehen eines der großen Geheimnisse des gesellschaftlichen Lebens. Es ist das Rätsel der doppelten Kontingenz, der unwahrscheinlichen Anschlussfähigkeit der Kommunikation. Für diejenigen freilich, die unsere Gesellschaft alltäglich und praktisch (er)leben, ist Anschlussfähigkeit eine bare Selbstverständlichkeit. Und das ist durchaus vereinbar mit dem systemtheoretischen Unwahrscheinlichkeitstheorem der Anschlusskommunikation« (Malsch 2005a: 88).

21 Vgl. zum Folgenden Luhmann 1984. Für eine umfassende Untersuchung der Bedeutung von kommunikativen Anschlüssen für die Online-Kommunikation vgl. die Dissertation von Lübecke (2008).

Uns geht es über die Frage des Anschlusses überhaupt hinaus jedoch um die Frage, woran angeschlossen wird und auf welche Weise dies geschieht, also um das selektive Anschließen, aus dem heraus sich erst soziale Strukturen ergeben.²² Selektives Anschließen bezeichnet die Fortsetzung von Kommunikation in einer sinnhaften Weise, also dergestalt, dass nicht nur überhaupt auf eine Kommunikation eine neue Kommunikation folgt, sondern dass dies durch bestimmte Faktoren konditioniert wird. Diese Faktoren können zum Beispiel Inhalte der ersten Mitteilung sein, die es wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher machen, dass daran angeschlossen wird, es können formale Aspekte sein, es können aber auch im weiteren Sinne kommunikative Faktoren sein wie etwa die bereits erwähnten Nachrichtenwerte. In jedem Fall geht es darum, diese Faktoren in ihrer Wirkung auf die Kommunikation theoretisch zu bestimmen und durch empirische Beobachtung ihren tatsächlichen Beitrag zu ermitteln.

Die Frage des kommunikativen Anschlusses ist daher nicht allein für die Systemtheorie, sondern auch für eine normative Theorie des Diskurses von besonderem Interesse. Denn das Merkmal der Diskursivität lässt sich, darauf hatten wir bereits an verschiedenen Stellen hingewiesen, gar nicht anders vorstellen als über mehrere Instanzen eines Kommunikationsprozesses hinweg verteilt. Der Diskurs bezeichnet gerade das »discurre«, das Hin- und Herlaufen von Kommunikation zwischen unterschiedlichen Teilnehmern oder Standpunkten.

Konkret bedeutet das, dass für die positiven Effekte diskursiver Kommunikation eine hochgradig anschlussreiche Kommunikation vorauszusetzen ist. Das heißt nicht, dass an jede einzelne Mitteilung angeschlossen werden kann, allerdings sehr wohl, dass jeder Beitrag die Chance auf Anschluss haben muss. Denn nur dann ist die normativ geforderte Offenheit des Diskurses für alle möglichen Themen und Beiträge auch sozial wirksam. Wenn Probleme zwar artikuliert werden, dann aber nicht darauf reagiert würde, sie sozusagen »totgeschwiegen« würden, wäre der positive Aspekt der Offenheit nur scheinbar vorhanden.

Allerdings muss nicht zwangsläufig – das hatten wir ja bereits in der vorausgehenden Diskussion auf der Ebene der Themen gesehen – jeder Beitrag die gleichen Chancen auf Anschluss haben. Vielmehr sind selektive Anschlüsse durchaus vereinbar mit dem normativen Ideal, sofern die Ausprägung der Selektivität den Zielen diskursiver Kommunikation

22 Vgl. dazu auch Uwe Schimank (2000: 270): »Anschlussfähigkeit« drückt nur den Tatbestand aus, dass die Kommunikation irgendwie immer weiterläuft. Aber das ist ja nur das geringere soziologische Erklärungsproblem. Was eigentlich ansteht, ist die Frage, warum es so und nicht anders weitergeht«.

nicht zuwiderläuft oder diese konterkariert. Was die Ergebnisse des Diskurses angeht, können sie sogar unterstützend wirken.

So betonen auch Nanz und Steffek:

»Access to deliberation and transparency of the policy process are preconditions for a deliberative process to take place. They are meaningless for the democratic quality of deliberation, however, if the concerns that are presented by stakeholders are not reflected adequately in deliberation and thus cannot affect the resulting decisions or recommendations. The deliberative process must be *responsive* to these concerns« (Nanz/Steffek 2005: 375f., Hervorh. im Orig.).

Dabei ist zu beachten, dass die Autoren den besonderen Fall der Deliberation in internationalen Regimen unter der Fragestellung betrachten, inwiefern dort Positionen und Perspektiven von zivilgesellschaftlichen Organisationen zu Gehör kommen. Eine »response« kann nach ihrer Darstellung auf zwei verschiedene Weisen ausfallen, zum einen als »justification«, also als Ausarbeitung und Begründung der Stellungnahme, zum anderen als »adjustment«, was sowohl die Aufnahme des neuen Gesichtspunkts in die Agenda der staatlichen Akteure bedeuten kann als auch die Übernahme einer geäußerten Position durch staatliche Akteure. Sowohl »justification« als auch »adjustment« stellen dabei Formen des kommunikativen Anschlusses dar und spezifizieren die Art der Fortsetzung.

Die normative Forderung nach dieser Art von Anschluss macht deutlich, dass der kommunikative Anschluss zunächst einmal überhaupt stattfinden muss, damit von einem Diskurs gesprochen werden kann, und zum anderen in qualitativ bestimmter Weise stattfinden muss, damit der Diskurs die ihm zugesprochenen Leistungen erbringen kann. Die Bedeutung kommunikativen Anschlusses ist also keineswegs allein ein systemtheoretisches Sujet, sondern vielmehr ein generell kommunikationstheoretisches und in besonderer Weise auch ein diskurstheoretisches.

Empirisch lässt sich die Frage des kommunikativen Anschlusses dabei in den drei unterschiedlichen Sinndimensionen betrachten, der sozialen, der sachlichen und der zeitlichen Dimension. Sozial betrachtet, verstehen wir unter kommunikativem Anschluss die direkte wechselseitige Bezugnahme von zwei Teilnehmern eines Diskurses aufeinander. Der einfache Bezug eines Teilnehmers auf einen anderen reicht unter den Bedingungen einer öffentlichen Diskussion unter Vielen jedoch nicht aus. Er könnte einseitig bleiben, da wir als Beobachter nicht wissen, ob der Teilnehmer, der den ursprünglichen Beitrag verfasst hat, von der Bezugnahme überhaupt Notiz nimmt.

Bei einer wechselseitigen Bezugnahme kommt es neben der einfachen Bezugnahme, die eine Reaktion auf den Beitrag darstellt, insofern zu einer Bestätigung dieser Bezugnahme, also einer Reaktion auf der sozialen Ebene, als der Urheber auf die Reaktion reagiert und nicht nur auf die Kommunikation. Die Sozialdimension ist dabei der Träger für eine diskursive Kommunikation in dem Sinne, dass ein wechselseitiger Austausch stattfindet. Welcher Art der Austausch ist, ob etwa kritischer oder affirmativer Art, bleibt bei dieser Betrachtung zunächst außen vor, da wir nur nach der Qualität der Austauschbeziehung fragen, nicht aber nach ihren Inhalten, also der sachlichen Ebene.

Diese kommt ins Spiel, wenn wir die Bezugnahme von Beiträgen auf Beiträge näher untersuchen. Dabei ist zunächst interessant, ob ein Beitrag einen Bezug zur bestehenden Diskussion herstellt oder nicht. Beiträge, die Bezüge herstellen, bewegen sich in gewisser Weise im Rahmen der bisherigen Diskussion, wohingegen neue Beiträge diesen Rahmen erweitern, weil sie sich nicht an bisherige Beiträge anschließen lassen (vorausgesetzt, dass eine Bezugnahme nicht aus anderen Gründen, wie der mangelnden Übersichtlichkeit der bisherigen Diskussion, unterlassen wird – auch in diesem Fall ist das Unterlassen der Bezugnahme allerdings aufschlussreich). Des Weiteren ist interessant, in welcher Form Prozessverläufe der Kommunikation entstehen, also ob zum Beispiel eher in die Breite oder in die Tiefe hinein angeschlossen wird. Netzwerkanalytisch gesprochen, bedeutet dies eine Untersuchung der Baumstruktur, die kommunikative Anschlüsse im Prozessverlauf generieren.

Schließlich ist die bereits erwähnte Frage der inhaltlichen bzw. formalen Art des Anschlusses zu untersuchen. Dabei stellen Beitragspaare, die aufeinander Bezug nehmen, die elementaren Einheiten der Untersuchung dar, und es lassen sich Fragen formulieren, wie zum Beispiel, ob Folgebeiträge sich an den thematisch vorgegebenen Rahmen des originären Beitrags halten, und falls nicht, ob sie mit einem Themenwechsel oder mit einem Schritt auf die Metaebene anschließen. Ebenso ist von Interesse, ob es zu den aus der Konversationsanalyse bekannten »adjacency pairs« kommt, also typische Folgen von Sprechakten, wie zum Beispiel die Paarung von Frage und Antwort, oder, stärker auf Diskurse bezogen, von Kritik und Begründung.

Auf der zeitlichen Ebene interessiert uns besonders, welche Rolle das Alter eines Beitrags für die Wahrscheinlichkeit eines kommunikativen Anschlusses hat. Mit dieser Fragestellung lässt sich zum einen untersuchen, wie stark Anschlüsse von der Neuheit eines Beitrags abhängen und in welchem Ausmaß auch alte, technisch noch verfügbare Beiträge noch Gegenstand aktueller Diskussionen sind. Vom einzelnen Bei-

trag her betrachtet, ergibt sich somit eine Art kommunikativer Verfallskurve, in deren Verlauf der Beitrag immer mehr an Bedeutung für das weitere Geschehen im Diskurs verliert und sozusagen in Vergessenheit gerät (vgl. zum Begriff des sozialen Vergessens der Kommunikation Malsch/Schlieder 2004). Zum anderen ergibt sich als Merkmal des Gesamtdiskurses der Grad an Geschichtsbewusstsein, zu dem der Diskurs fähig ist, wenn wir davon ausgehen, dass der Rückgriff auf lange zurückliegende Beiträge eine Qualität von Diskursen bezeichnet.

Schließlich gibt es noch eine dritte Betrachtungsweise, und das ist die eines spezifischen Rhythmus der Kommunikation. Zwar gibt es zur Frage des Rhythmus der Kommunikation unseres Wissens noch keine theoretischen Erklärungen, allerdings ist klar, dass sich der Rhythmus wesentlich aus den zeitlichen Abständen zwischen den einzelnen aneinander anschließenden Beiträgen ergibt. Unter Rückgriff auf Gedanken von Malsch (2005b) lässt sich zum Beispiel hypothetisch annehmen, dass im Fall von Konflikten die Frequenz von Beiträgen höher ist als in der normalen Kommunikation, ebenso dürften unter den Teilnehmern spezifische Erwartungen bestehen, was eine typische Dauer für den kommunikativen Anschluss ist. Entsprechende Abweichungen von diesen Erwartungen werden dann Irritation zur Folge haben. Worin genau eine solche Rhythmik der Kommunikation besteht und welcher Art die Erwartungen bezüglich der Antwortzeiten sind, diesen Fragen werden wir versuchen empirisch nachzugehen.

Anzumerken ist zuvor bezüglich der theoretischen Einbindung der zeitlichen Dimension, dass sie weder von Habermas noch von der Systemtheorie adäquat erfasst wird (vgl. für eine allgemeine Kritik der soziologischen Zeitvergessenheit: Baur 2005: 17ff.). So wirft Luhmann Habermas ganz zu Recht vor, sich mit dem Hinweis auf die idealerweise benötigte »unendliche Dauer« von Diskursen viel zu schnell aus der eigentlich soziologisch und kommunikationstheoretisch hochinteressanten Debatte der Temporalität von Diskursen zu verabschieden (Luhmann 1971; vgl. auch Bourdieu/Wacquant 1996). Wie Uwe Schimank belegt, bedeutet die – im Übrigen stark umstrittene – Umstellung der Systemtheorie auf das Paradigma der Autopoiesis »eine rigorose Verzeitlichung der Theorieanlage«, und es ist genau dieser Schritt, der das Problem der Anschlussfähigkeit von Kommunikation ins Zentrum der Analyse rückt (Schimank 2000: 270).

Luhmann selbst findet zu diesem Aspekt zwar die richtigen Fragen, nicht aber die richtigen Konzepte, die Temporalität der Kommunikation zu berücksichtigen und als grundlegend einzubeziehen, wie insbesondere Malsch (2005a) gezeigt hat (vgl. auch Gilgenmann 1994). Denn auch wenn Luhmann seine Theorie erklärtermaßen auf Ereignisse fußen las-

sen möchte, löst er seinen strengen Ereignisbegriff mit dem Konzept des basalen sozialen Elements, der Kommunikation, wieder auf. Eine Kommunikation mit ihren drei ineinander verschränkten Selektionsleistungen lässt sich weder an einem einzigen Zeitpunkt fixieren, noch lässt sie sich auf unterschiedliche Zeitpunkte verteilen, denn sie vollzieht sich nur in der Zeit und verknüpft dabei die jeweiligen Selektionen miteinander.

Eine Aufteilung auf einzelne Zeitstellen je Selektion, wie dies etwa Esser mit seiner handlungstheoretischen Interpretation der Luhmann'schen Kommunikationstheorie versucht (vgl. Esser 1993: 493ff.), würde die ganze Idee von Kommunikation als verteilt operierendes Prozessieren von Sinn konterkarieren. Die hier unternommenen Schritte zu einer Temporalanalyse von Diskursen können vor diesem Hintergrund nur als vorsichtige Explorationen eines alles in allem noch recht neuen Forschungsgebietes angesehen werden (vgl. zur methodologischen Neuheit temporaler Analysen Baur 2005).

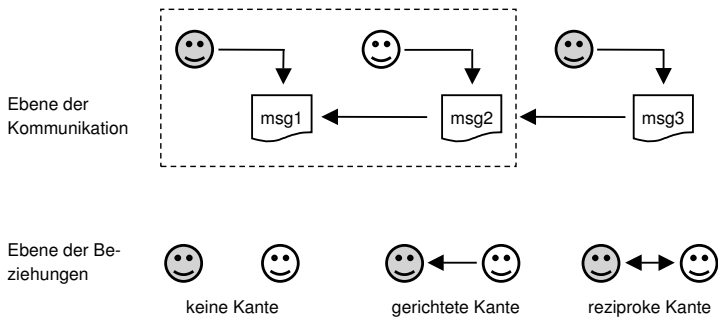
Betrachten wir zunächst die sozialen Aspekte kommunikativer Muster. Der Anteil derjenigen Teilnehmer, die sich nachhaltig auf den Diskurs einlassen (also mehr als einen Beitrag geschrieben haben), schwankt zwischen 27 Prozent im Fall von EU-9 und 75 Prozent im Fall von D-HH, der Mittelwert über alle Diskurse liegt bei 54 Prozent. Interessant ist außerdem, dass nur in den drei FUTURUM-Diskursen die Zahl derjenigen, die sich nicht wiederholt engagiert haben, größer ist als die Zahl der anderen Teilnehmer.

Am stärksten war die kurzfristige Orientierung bei EU-9 ausgeprägt, aber auch bei EU-10 (60 Prozent einmalige Poster) und EU-4 (50 Prozent einmalige Poster) lag der Anteil noch sehr hoch. Bei dieser Plattform lässt sich daher die Frage stellen, ob sie wirklich zu einem Diskurs im Sinn des Wortes geführt hat oder ob sie nicht eher ein Verlautbarungsforum, weniger aber eine Diskussionsplattform darstellt. Hier war ein sozialer Anschluss in dem Sinn, dass ein Akteur an seine eigene aktive Kommunikation, also seine Inzeption, eine zweite anschließt, mehrheitlich nicht gegeben.

Für diskursive Kommunikation ist allerdings über die wiederholte Beteiligung hinaus wichtig, dass die Teilnehmer auf die Stellungnahmen von anderen Teilnehmern Bezug nehmen. Ein Hin- und Herlaufen der Kommunikation, wie es der Begriff »Diskurs« im Wortlaut bezeichnet, kann immer dann als gegeben angesehen werden, wenn sich ein Teilnehmer auf einen Beitrag bezieht, der eine Reaktion auf einen Beitrag des Teilnehmers selbst darstellt. Dieses Hin und Her zwischen zwei personalen Adressen, durch das eine reziproke kommunikative Beziehung zwischen zwei Teilnehmern etabliert wird (vgl. Abbildung 4), sehen wir als Grundeinheit und als Voraussetzung für interaktive Kommu-

nikation an.²³ Interaktive Kommunikation wiederum stellt insofern eine Voraussetzung für diskursive Kommunikation dar, als sich nur auf solche wechselseitig aneinander anschließende Inzeptionen die inhaltlichen und formalen Leistungen von Diskursen, wie etwa die Argumentation, die Kritik, die Begründung, aufbauen lassen.

Abbildung 4: Operationalisierung von Interaktivität



Anmerkung: Interaktivität wird netzwerkanalytisch durch reziproke Dyaden operationalisiert. Durch Reply-Beiträge (msg2) und (msg3) wird jeweils reaktive Kommunikation realisiert, erst durch Aufgreifen einer reaktiven Kommunikation durch Bezug darauf (msg3) wird die Kommunikation interaktiv, was netzwerkanalytisch als Entstehen einer reziproken Beziehung zwischen den Akteuren gemessen werden kann.

Der Anteil interaktiver Kommunikation an der Gesamtkommunikation ist in allen neun Diskursen deutlich geringer als der Anteil von Teilnehmern, die mehr als einen Beitrag geschrieben haben, was sich nur zum Teil aus der Konzeption des Instruments ergibt. Die Werte (vgl. Tabelle 5) schwanken zwischen 5 Prozent (EU-9) und 30 Prozent (D-HH), wobei die Verteilung, abgesehen von diesen Extrempunkten, nicht unbe-

23 Vgl. zu diesem Interaktionsbegriff Rafaeli (1988: 111), dessen Definition wie folgt lautet: »[...] interactivity is an expression of the extent that in a given series of communication exchanges, any third (or later) transmission (or message) is related to the degree to which previous exchanges referred to even earlier transmissions.« Unter diese Definition (wie auch unsere Operationalisierung) fallen ersichtlich auch Zwiegespräche. Da diese jedoch keine öffentliche, diskursive Kommunikation darstellen, wurde zusätzlich für alle Diskurse überprüft, ob mit einer Zunahme der Beiträge in einem Thread auch die Zahl der Beteiligten steigt. Für alle Diskurse ließen sich starke Korrelationen zwischen der Beitragszahl und der Teilnehmerzahl von Threads mit mehr als drei Beiträgen ermitteln (Koeffizienten zwischen 0,60 und 0,99, Sign. 1%), so dass die Zahl der Zwiegespräche vernachlässigbar erscheint.

dingt der Verteilung im Fall der Mehrfach-Poster folgt. So erreichen die Diskurse EU-4 und EU-10 recht hohe Interaktivitätswerte (23 Prozent bzw. 29 Prozent reziproke Kommunikationsbeziehungen), die IR-Diskurse dagegen nur Werte zwischen 10 Prozent (IR-CMP) und 14 Prozent (IR-MAP).²⁴

Tabelle 5: Untersuchungsergebnisse zu den Diskursen im Überblick

Diskurs	Interaktivität (in %)	1erThreads (in %)	1er TN (in %)	ØBeitr./ TN/Tag	Anteil new (in %)	ØBeitr./ Thread
IR-CMP	10	38	41	0,28	21	4,8
IR-EPA	11	50	45	0,36	32	3,1
IR-MAP	14	52	35	0,29	37	2,7
D-BOL	16	51	38	0,17	38	2,6
D-HH	30	34	25	0,51	20	4,9
D-TU	23	32	30	0,29	19	5,2
EU-4	23	35	50	0,10	15	6,5
EU-9	5	62	73	0,02	44	2,3
EU-10	29	24	60	0,05	11	8,9

*Anmerkung: Basis sind im Fall der Interaktivitätswerte alle Dyaden, die zwischen zwei Teilnehmern möglich sind (also bei n Teilnehmern n*n-1 mögliche Dyaden, wobei die Moderatoren ausgeschlossen wurden), im Fall der Threads alle begonnenen Threads (neue Beiträge) sowie die Anzahl der Teilnehmer bzw. der Beiträge der entsprechenden Diskurse*

Der Interaktivitätswert verweist auf eine unabhängige Dimension der Kommunikation in den Diskursen, die sich nicht unmittelbar mit den bisher diskutierten deckt. Allerdings lässt sich nicht leicht darauf schließen, welche Bedeutung der Höhe der Interaktivitätswerte zukommt. Zunächst ist zu berücksichtigen, dass die Zahl der möglichen Beziehungen, die für den Wert die Basis darstellt, in einem nichtlinearen Verhältnis zu der Zahl der Teilnehmer am Diskurs steht, das heißt, es gibt für zwei Teilnehmer eine mögliche Beziehung, für drei Teilnehmer drei, für vier Teilnehmer sechs, für fünf Teilnehmer zehn, und so weiter. Da der Interaktivitätswert eine Relation aus möglichen reziproken Beziehungen

24 Die Interaktivitätswerte wurden – wie die Ungleichheitswerte – unter Ausschluss der Moderatoren berechnet. Bei einer Berücksichtigung der Moderatoren ergeben sich nur geringe Unterschiede. Dies dürfte im Unterschied zu den Analysen der Ungleichheitsverteilung von Beiträgen über Teilnehmer an der geringen Zahl von Moderatoren in den Diskursen liegen und der dementsprechend geringen Zahl von möglichen Beziehungen zu ihnen.

zu realisierten darstellt, ist es für Diskurse mit großen Teilnehmerzahlen entsprechend schwieriger, hohe Interaktivitätswerte zu erreichen.

Hinzu kommt, dass in keinem Diskurs zu erwarten ist, dass sämtliche Beziehungspotentiale (also kommunikative Anschlüsse von einem Teilnehmer zu einem anderen) auch tatsächlich ausgeschöpft werden. Da wir es mit einer offenen Diskussion zu tun haben, bei der es gerade keine Mitgliedschaftsbegrenzungen und Teilnahmeregeln gibt, die Reziprozität sichern würden, ist es sogar eher unwahrscheinlich, dass auf eine Kontaktaufnahme eine Erwiderung folgt. Vor diesem Hintergrund sind Werte von mehr als einem Viertel reziproker Beziehungen unter den Teilnehmern nicht zu erwarten und als hoch einzustufen. In Ermangelung von Vergleichswerten, nicht nur aus Online-Foren, sondern auch aus anderen Medienformaten, bleiben diese Annahmen jedoch letztlich spekulativ. Wir beschränken uns daher auf eine relative Interpretation der Werte im direkten Vergleich zwischen den hier untersuchten Diskursen.

Ein solcher Vergleich wird dann besonders interessant, wenn wir ihn auf weitere Merkmale von Diskursen beziehen. Dabei fällt auf, dass der Grad der Interaktivität eines Diskurses positiv mit der Anzahl der Beiträge pro Teilnehmer ($r=0,72$, Sign. 5%) sowie mit der Anzahl der Beiträge pro Threads ($r=0,76$, Sign. 5%) korreliert. Diese Zusammenhänge sind nicht weiter erstaunlich, da das Entstehen einer reziproken sozialen Beziehung voraussetzt, dass Teilnehmer mehrere Beiträge schreiben (und zusätzlich an denselben Adressaten) und dass Threads entstehen, also Zusammenhänge von mehreren Nachrichten.

Da in allen Diskursen relativ viele Teilnehmer nur einen Beitrag geschrieben haben (die Anteile schwanken zwischen 25 Prozent und 73 Prozent, s. oben) und viele Beiträge überhaupt keine Antwort bekamen (die Anteile schwanken zwischen 24 Prozent bei EU-10 und 62 Prozent bei EU-9, s. unten), dürfte sich der Zusammenhang bereits zu wesentlichen Teilen aus der Notwendigkeit ergeben, dass zuallererst ein Teilnehmer mehrere Beiträge schreiben muss bzw. seine Beiträge beantwortet werden müssen, bevor eine reziproke Beziehung zustande kommt.

Etwas anders liegt der Fall bezüglich der Ungleichverteilung von Beiträgen über die Teilnehmer. Hier besteht kein logischer Zusammenhang mit der Interaktivität der Diskussion. Die beiden Merkmale sind zunächst einmal unabhängig voneinander zu betrachten. Auf der Ebene der Diskurstheorie wird den beiden Aspekten allerdings ein Zusammenhang zugeschrieben (vgl. zum Folgenden Albrecht 2006b). Wir beziehen uns dazu auf C. Wright Mills, der in seinem Buch »The Power Elite« die Kommunikationsstrukturen von öffentlicher Kommunikation vor dem Hintergrund der Frage der Massengesellschaft untersucht hat (Mills

1956). Mills' Werk mag aus heutiger Sicht als von primär historischem Interesse erscheinen, betrachtet man es allein als Beitrag zur Eliten-Diskussion. Darüber hinaus ist dieses Buch jedoch ein wichtiger Einfluss für Jürgen Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns und seine darauf aufbauende Theorie der Öffentlichkeit gewesen, wie Habermas in »Strukturwandel der Öffentlichkeit« (1962: 293f.) zu erkennen gibt.

Nach Mills gibt es zwei grundsätzlich unterschiedliche Formen der öffentlichen Kommunikation: Masse (»mass«) und Öffentlichkeit (»public«). Diese unterscheiden sich entlang vier grundlegenden Dimensionen (vgl. Mills 1956: 303f.):

- das Verhältnis von Meinungssendern zu Meinungsempfängern
- die Möglichkeit, mit einer eigenen Meinung zu antworten
- der Einfluss der Meinungen auf Entscheidungen
- die Unabhängigkeit von institutionalisierten Machtstrukturen

Bereits diese kurzgefasste Liste zeigt die Nähe zu Habermas' normativem Konzept der Öffentlichkeit auf, besonders zu dessen Fassung in »Faktizität und Geltung«. Die beiden Kommunikationsformen »mass« und »public« unterscheiden sich durch spezifische Ausprägungen auf jeder der vier Dimensionen.

»The public and the mass may be most readily distinguished by their dominant mode of communication: in a community of publics, discussion is the ascendant means of communication, and the mass media, if they exist, simply enlarge and animate discussion, linking one *primary public* with the discussions of another. In a mass society, the dominant type of communications is the formal media, and the publics become mere *media markets*: all those exposed to the contents of given mass media« (Mills 1956: 304, Hervorh. im Orig.).

Etwas genauer sollen dabei die ersten beiden Dimensionen betrachtet werden. Beim Verhältnis von Meinungssendern zu Meinungsempfängern geht es nämlich um die Verteilung der Aktivität über die Teilnehmer, ganz ähnlich wie in der obigen Analyse zur Ungleichverteilung der Beiträge. Für Mills, genau wie für das normative Modell der Deliberation, ist eine ausgeglichene Beteiligung ein Zeichen für funktionierende Öffentlichkeiten, wohingegen eine Verzerrung der Aktivität zugunsten weniger Teilnehmer der Massengesellschaft entspricht.

Auch die zweite Dimension kommt uns bekannt vor. Bei der »possibility of answering back an opinion« geht es um die Möglichkeit der Interaktion. Wir hatten diesbezüglich die Häufigkeit reziproker Interakti-

onsbeziehungen gemessen. Deutlicher wird der Zusammenhang, wenn Mills weiter ausführt, dass in einer Massengesellschaft die Massenmedien Kontrolle über die Meinungen haben, indem sie die Veröffentlichung von Meinungen einseitig kontrollieren und gerade keinen Rückkanal erlauben. In »publics« dagegen, also einer Öffentlichkeit im Sinne von Habermas, können kritische Meinungen als unmittelbare Antwort auf andere Meinungen vorgetragen werden. Mills geht es also in der Tat um die direkte Interaktion zwischen Beteiligten, die Meinungsunterschiede im direkten Dialog klären oder zumindest artikulieren können, was durch One-Way-Kommunikation unter massenmedialen Bedingungen nicht möglich ist.

Auch Schultz sieht in seiner Anwendung der normativen Diskurstheorie auf Online-Kommunikation diesen Zusammenhang als gegeben an:

»[...] the formal characteristics of fully *interactive* communication usually imply more equality of the participants and a greater symmetry of communicative power than *one-way* communication. The achievement of democratic consensus is related to opinions that are not merely announced but also discussed openly and free from distortions« (Schultz 2000: 210, Hervorh. im Orig.).

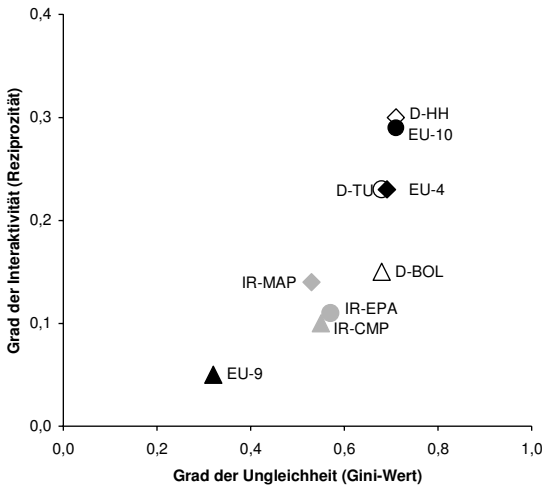
Er sieht in der Interaktivität sogar ein empirisches Kriterium gegeben, »that can be related to (respectively, rooted in) Habermas' ideal speech situation« (ebd.; vgl. auch Stromer-Galley 2000). Ähnlich geht Hacker (1996: 225) von einem Zusammenhang der beiden Dimensionen aus: »The more democratic a communication system, the more it will accommodate interactivity over mere connectivity.«

Diese Autoren bestätigen Mills' Sichtweise eines unmittelbaren Zusammenhangs zwischen der Partizipation in der öffentlichen Kommunikation und der Interaktivität dieser Kommunikation: Ist eine öffentliche Diskussion durch gleichmäßige Teilnahme *und* hohe Interaktivität geprägt, dann entspricht sie dem normativ gehaltvollen Modell von Öffentlichkeit (»public«), ist sie dagegen verzerrt zugunsten von wenigen meinungsstarken Teilnehmern und dabei durch eine einseitige Kommunikationsrichtung geprägt, dann entspricht sie der negativ bewerteten Kommunikationsform der Massengesellschaft (»mass«). Ausprägungen der einen Dimension hängen mit Ausprägungen der anderen Dimension zusammen, eine Zwischenstufe, also alternative Kombinationen von Ausprägungen der beiden Dimensionen, sieht Mills nicht vor.

Interessanterweise können wir in der vergleichenden Analyse unserer Online-Diskurse eine starke Korrelation beider Dimensionen feststellen (vgl. Abbildung 5). Allerdings nicht derart, wie von der Theorie be-

hauptet, sondern in Form eines starken positiven Zusammenhangs zwischen der Ungleichheit der Beteiligung (gemessen durch den Gini-Indexwert) und dem Ausmaß interaktiver Kommunikation (gemessen als Anteil reziproker Beziehungen zwischen den Teilnehmern). Der Korrelationskoeffizient beträgt $r=0,85$ und ist hoch signifikant (Sign. 1%).

Abbildung 5: *Ungleiche Beteiligung und Interaktivität*



Anmerkung: Scatterplot des Grades der Ungleichheit der Beteiligung und des Grads der Interaktivität für alle neun Diskurse. Korrelation: $r=0,85$ (Signifikanzniveau 1%)

Je stärker die Beteiligung verzerrt ist, desto höher ist demnach die Interaktivität der Diskussion. Wir haben es also mit einer Konstellation der zwei von Mills erwähnten Dimensionen zu tun, die Merkmale von Massenkommunikation und deliberativer Kommunikation vereint. Im Lichte dieses Ergebnisses erscheint der theoretische Maßstab der normativen Diskurstheorie als intern nicht konsistent konstruiert, da sich der angenommene Zusammenhang der beiden Dimensionen Beteiligung und Interaktivität nicht mit den Daten in Einklang bringen lässt.²⁵

Trennen wir die beiden Dimensionen, dann wird deutlich, dass eine ungleiche Beteiligungsstruktur in Diskursen einhergehen kann mit positiven Merkmalen der Kommunikationsform selbst, dass sogar eine größere Ungleichheit mit größerer Interaktivität zusammenhängt. Wohlge-

25 Das Ergebnis belegt auch die Problematik einer unkritischen Anwendung der normativen Theorie als »yardstick« und rechtfertigt unsere diesbezüglichen Vorbehalte.

merkt handelt es sich hierbei nicht unbedingt um einen kausalen Zusammenhang, da weder die Richtung der Kausalität noch die eventuelle Kofundierung in dritten Variablen untersucht wurden.

Aber die Tatsache, dass es einen Zusammenhang der beschriebenen Art gibt, zeigt bereits, dass das theoretische Modell einer Korrektur bedarf. Als weitergehende Interpretation dieses Ergebnisses lässt sich bisher nur festhalten, dass offenbar Rollendifferenzierung in der Diskussion und Interaktivität zusammenfallen. Da die Bedeutung der Interaktivität in Diskussionsprozessen recht gut theoretisch untermauert ist, können wir folgern, dass die Frage der Gleichheit bzw. der Rollendifferenzierung eine Neubewertung erfordert, die zumindest für den Fall von großen öffentlichen Diskursen die bisherige, etwa bei Mills vertretene Sichtweise umkehrt.

Neben diesen der Sozialdimension zuzuordnenden Aspekten geht es auf der sachlichen Dimension der kommunikativen Form um die Art, in der Beiträge Themen für den Diskurs bereitstellen und sich an diesen orientieren. Da wir auch hier nicht auf eine umfassende inhaltliche bzw. semantische Analyse der Beiträge zurückgreifen können, orientieren wir uns auf einer Art Metaebene an den thematischen Zuordnungen, die die Teilnehmer der Diskurse selbst durchführen: der Thread-Struktur von Online-Diskursen. Zunächst betrachten wir die Themen, die eine Diskussion anstoßen, gegenüber solchen, die keine nach sich ziehen, anschließend das Ausmaß von Beiträgen, die den Diskurs mit neuen Themen versorgen, gegenüber solchen, die bereits angesprochene Themen weiter bearbeiten, indem sie an andere Beiträge anschließen.

Analog zu den Teilnehmern mit nur einem Beitrag lassen sich auch Threads mit nur einem Beitrag erfassen. Und so wie Diskurse mit einem hohen Anteil von einmalig Beitragenden nicht als diskursiv gelten können, können solche mit einem hohen Anteil von nicht anschlussfähigen Themen zwar als inklusiv auf der sachlichen Ebene gelten, aber nicht als diskursiv in dem Sinne, dass die angebotenen Themen auch bearbeitet würden.²⁶ Dieser Anteil schwankt bei den untersuchten Diskursen zwischen 24 Prozent (EU-10) und 62 Prozent (EU-9). Dabei lassen sich drei Gruppen von Diskursen unterscheiden: bei IR-CMP, D-HH, D-TU, EU-4, und EU-10 liegt der Anteil jeweils unter 40 Prozent, bei IR-MAP, IR-EPA und D-BOL jeweils um 50 Prozent, nur bei EU-9 schließlich deutlich darüber.

²⁶ Peters (1994) bezeichnet diese Leistung von Diskursen mit dem Begriff der Kompetenz, der allerdings als Leistung der Kommunikation und nicht als Leistung der Teilnehmer etwas anders gefasst werden müsste.

Dieses Ergebnis deckt sich mit den anderen bisher referierten Ergebnissen insofern, als erneut der Diskurs EU-9 als besonders wenig diskursiv herausragt. Im Fall von über 60 Prozent nicht anschlussfähiger Themen kann nicht von einer sinnvoll selektierenden Kommunikation ausgegangen werden. Allerdings weicht die Reihenfolge der anderen Diskurse zum Teil von den bisherigen Ergebnissen ab. So liegt z. B. die Interaktivität im Diskurs IR-CMP auf einem sehr niedrigen Niveau, es werden jedoch nur relativ wenige Themen abgelehnt. Und im Diskurs EU-10 werden zwar besonders viele der aufgetauchten Themen auch in Threads bearbeitet, dort ist allerdings die Zahl der kontinuierlich beitragenden Teilnehmer gering.

Insofern lässt sich aus den Ergebnissen zum einen schließen, dass einige Diskurse nicht effektiv in der Selektion und Bearbeitung von Themen sind (zumindest kann dies für Diskurse mit über 50 Prozent abgebrochenen Thread-Anfängen gelten). Zum anderen geht aus den Ergebnissen hervor, dass Diskursivität viele unterschiedliche Facetten umfasst, die sich nicht einfach in eine lineare Ordnung bringen lassen. Die Themen-Anschlussfähigkeit ist eine solche Facette, weil sich der Diskurs nicht nur für neue Themen öffnen muss, sondern außerdem auch in der Lage sein muss, eine gewisse Zahl von Themen zu bearbeiten. Allerdings ist nicht von vornherein zu sagen, ob eine hohe Ablehnungsquote von neuen Thread-Anfängen nicht auch einfach für eine hohe Themenselektivität innerhalb des Diskurses spricht. Zumindest jedoch spricht die hohe Ablehnungsquote nicht für ein Themenbewusstsein unter den Teilnehmern, also eine Form der reflexiven Anschlusserswartung, die sich in einer entsprechend sensiblen Auswahl der Beiträge ausdrücken würde.

Wie groß ist nun die Orientierung der Diskurse auf das Thematisieren im Unterschied zum Diskutieren? Diese Eigenschaft von Diskursen lässt sich anhand des vorliegenden Datenmaterials insofern beurteilen, als die Zahl von Beiträgen, die selbst ein neues Thema zur Bearbeitung vorschlagen, mit der Zahl von Beiträgen verglichen wird, die bereits angesprochene Themen diskutieren. Der Anteil von Thematisierungsbeiträgen liegt zwischen 11 Prozent (EU-10) und 44 Prozent (EU-9), entsprechend liegen die Diskussions-Beiträge zwischen einem Anteil von 89 Prozent bzw. 56 Prozent. Ein relativ hoher Thematisierungsanteil von über 30 Prozent kommt neben EU-9 in den Diskursen IR-EPA, IR-MAP und D-BOL vor. Der Anteil von Thematisierungsbeiträgen ist in keinem Diskurs höher als der Anteil von Diskussionsbeiträgen.

Um von Diskursivität zu sprechen, ist allerdings davon auszugehen, dass einzelne neue Beiträge, die ein Thema vorschlagen, nicht nur von einem Beitrag beantwortet bzw. diskutiert werden (denn dabei könnte es

sich ja auch um eine Ablehnung des Themas handeln, die dann die weitere Diskussion des Themas unterbindet), sondern von mehreren. Insofern ist ein Schwellenwert von mindestens zwei Dritteln der Diskussions-Beiträge anzusetzen, um sicherzustellen, dass jeder Beitrag im Durchschnitt mindestens zwei Antworten erhalten hat. Auf diese Weise lassen sich tatsächlich diskursive Kommunikationsprozesse von nicht-diskursiven Prozessen unterscheiden, die zwar bestimmte Themen ansprechen, aber in denen es in einer Mehrzahl der Fälle nicht zu einer Diskussion dieser Themen kommt. IR-MAP, D-BOL und EU-9 liegen unter diesem Schwellenwert, die übrigen erwähnten Diskurse nur knapp darüber.²⁷

Diese Analyse qualifiziert insofern die bereits erwähnte Untersuchung der Interaktivität, als sich das Ausmaß von Interaktivität jetzt auch absolut besser beurteilen lässt. Denn über die für einen Diskussionsprozess nötige Zahl von Antworten auf einen neuen Beitrag lässt sich – wie oben erläutert – zumindest sagen, dass sie größer als null sein sollte, schärfer formuliert größer als eins.

Bereits dieses Mindestniveau wird von einigen Diskursen allerdings in einer so großen Zahl von Threads nicht erreicht, dass hier von einer interaktiven Diskussion im Sinne der Theorie politischer Deliberation nicht mehr die Rede sein kann. Während also die Interaktivitätsanalyse den Vergleichsmaßstab lieferte, mit dem sich Zusammenhänge wie z. B. zur Ungleichheit untersuchen lassen, zeigt die Verteilung von originären und von Antwort-Beiträgen, wie stark sich die Diskurse eher auf eine thematische Breite oder auf eine vertiefte Diskussion einlassen.

Diese beiden Dimensionen, die Breite einer Diskussion und ihre Tiefe, sind wichtige Kriterien der Bewertung einer Diskussion. Sie entsprechen den Anforderungen der thematischen Offenheit von Diskursen und der diskursiven Kommunikationsform. Die hier angewandten Indikatoren für thematische Breite und diskursive Tiefe sind sicherlich nur grobe Anhaltspunkte für eine Bewertung dieser Merkmale. Allerdings lassen

27 Zu berücksichtigen ist bei diesem Schwellenwert sicher, dass er nur einen Mittelwert über alle Threads darstellt. Wie bereits erwähnt, sind ja auch Themen, die angesprochen werden, aber nicht für diskussionswürdig befunden werden, als Teil des Diskurses wichtig, um überhaupt erst eine Basis für die innerdiskursive Selektivität herzustellen. Insofern entspricht ein durchschnittlicher Wert von zwei Dritteln diskursiv orientierter Beiträge unter allen Beiträgen unter Umständen deutlich mehr als zwei Antwort-Beiträgen je Thematisierungsbeitrag, wenn wir all die Threads außen vor lassen, in denen es aufgrund der Selektivität überhaupt nicht zu einer Diskussion gekommen ist. Entsprechendes gilt für den Fall, dass ein Thema zwar beantwortet wurde, aber in einer Weise, die die weitere Diskussion beendet hat (z. B. in Form einer grundsätzlichen Ablehnung).

sie es durchaus zu, den Spielraum innerhalb der jeweiligen Dimensionen einzugrenzen und erlauben so eine zwar grobe, doch aufschlussreiche Einschätzung.

Die bisherigen Analysen der kommunikativen Muster haben aufschlussreiche Ergebnisse erbracht. Sie haben gezeigt, dass die in der normativen Theorie vorherrschenden Annahmen über den Zusammenhang zwischen Beteiligung und Diskursivität empirisch fragwürdig sind, weil Ungleichheit der Beteiligung positiv mit einer hohen Interaktivität der Diskussion korreliert. Sie haben außerdem gezeigt, dass diskursive Kommunikation sich insofern zu einem hohen Grad selbst organisiert, als das Verhältnis von thematischer Offenheit (Breite) und diskursiver Bearbeitung (Tiefe) im Diskurs selbst geklärt wird, sich also aus der Kommunikation heraus etabliert.

Dabei blieb allerdings ein wichtiger Aspekt nur implizit berücksichtigt, nämlich die Bedeutung der zeitlichen Dimension. Gerade weil sich die erwähnten Aspekte von diskursiver Kommunikation innerhalb des Diskurses erst herstellen, also im Prozess der Kommunikation, ist zu fragen, welche Rolle der zeitliche Verlauf dabei spielt. Die Frage der Anschlussfähigkeit, die wir ins Zentrum der Untersuchungen gestellt hatten, verweist selbst auf den Ablauf von Zeit und auf eine damit einhergehende sequentielle Struktur der Kommunikation. Denn die mit dieser Frage verbundene Annahme einer Ereignishaftigkeit von Kommunikation führt sozusagen in ihrem Schatten mit sich, dass der Zeit *zwischen* den kommunikativen Ereignissen eine konstitutive Rolle zukommt. Auch die von uns festgestellte Selbstorganisation der Kommunikation vollzieht sich nicht nur in der Zeit, sondern beruht zu wesentlichen Teilen auf der Temporalität des Kommunikationsprozesses. Diesem Aspekt wollen wir daher zum Abschluss der empirischen Analysen gezielt nachgehen.

Die Fragen, die sich in Bezug auf die Temporalität der Diskurse stellen, betreffen zum einen die Dauer, zum anderen das Tempo der Kommunikation. Die Dauer war im Fall der hier untersuchten Diskurse durch die Organisatoren vorgegeben. Daher interessiert uns nicht so sehr die Dauer insgesamt, sondern eher, welchen Einfluss die Gesamtdauer (die in mindestens sechs der Fälle den Teilnehmern von vornherein bekannt war)²⁸ auf die einzelnen Merkmale der Kommunikation hat. Allerdings lässt sich auch die Dauer von Untereinheiten der Kommunikation betrachten, die wiederum von den Teilnehmern bzw. der Kommunikationsdynamik selbst abhängt, zum Beispiel die Dauer einzelner Threads.

28 Für die FUTURUM-Diskurse ließen sich diesbezüglich keine Angaben finden.

Das Tempo der Diskussion bezieht die Dauer der Kommunikation auf die Zahl der in der Zeit beobachtbaren Kommunikationsereignisse, in unserem Fall also die Beiträge (oder, ereignistheoretisch korrekter formuliert, die Inzeptionen). Damit verbunden ist auch ein Begriff von Rhythmik, also der Muster in der Abfolge von langen und kurzen Einheiten der Kommunikation.²⁹ Da wir von Ereignissen als zeitlosen Momenten ausgehen,³⁰ geht es uns um die Abstände zwischen zwei Kommunikationsereignissen, nicht um die Dauer der Ereignisse selbst. Dieser Abstand ist auch unmittelbar auf unseren zentralen Begriff des kommunikativen Anschlusses bezogen, er bezeichnet die zeitliche Dimension des Anschlusses.

Mit Hilfe der zeitlichen Messung lassen sich zum einen die bisherigen Analysen der Anschlusswahrscheinlichkeit präzisieren. Denn bei diesen gingen wir bisher nur von der Information aus, die sich aus der unmittelbaren Beobachtung ergeben hatte, also ob ein Beitrag eine Anschlusskommunikation hervorgerufen hat oder nicht. Betrachten wir Kommunikation dagegen als Prozess, dann birgt jeder Beitrag ein Potential in sich, einen Anschluss zu einem bestimmten Zeitpunkt hervorzurufen. Es ist dann immer die Frage, ob dieses Potential zu einem Beobachtungszeitpunkt bereits ausgeschöpft wurde oder ob es eventuell nur *noch nicht* ausgeschöpft wurde. Zusätzlich zur Zahl der bereits realisierten Anschlüsse bezieht eine temporale Analyse also auch die Möglichkeit zukünftig erfolgreicher Anschlüsse als Information mit ein.

Zum anderen lässt sich die Zeit selbst als unabhängige Variable in die Analyse der Anschlusswahrscheinlichkeit einführen. Dahinter steht die Annahme, dass ein frisch geschriebener Beitrag eine vermutlich höhere Anschlusswahrscheinlichkeit besitzt als etwa ein bereits vor langer Zeit geschriebener. Aus dem Bereich der Massenkommunikation ist ein solcher Zusammenhang wohlbekannt.³¹ Einen solchen Zusammenhang

29 Abbott (1995: 95) dagegen vermeidet bei seiner »Sequenzanalyse« den Bezug zur realen Zeit zugunsten eines abstrakteren Begriffs von Abfolgenmustern.

30 Das Verfassen eines Beitrags nimmt immer eine gewisse Zeit in Anspruch und stellt insofern eigentlich kein zeitloses Moment dar, worauf Malsch und Schlieder (2004) hingewiesen haben. Im Fall der Online-Diskussionen bleibt dieser Inzeptionsprozess jedoch für den Diskurs, also für die Teilnehmer unsichtbar. Erst mit einem Klick zur Veröffentlichung eines Beitrags wird dieser Teil des Diskurses. Insofern kann für unsere Zwecke durchaus von der Zeitlosigkeit der Inzeption ausgegangen werden.

31 Vgl. Galtung/Ruge (1981) zu Neuheit als Nachrichtenwert. Malsch und Schlieder (2004) haben diese Überlegungen auch auf die Kommunikation im Internet im Allgemeinen ausgeweitet und daran theoretische Überlegungen über die Bedeutung von materieller und sozialer Sichtbarkeit angeschlossen (vgl. auch Malsch 2005a).

anzunehmen ist auch im Hinblick auf Diskurse sinnvoll. Hier steht zwar nicht unbedingt die Aktualität in Bezug auf die Umwelt, also z. B. tagesakuelle Ereignisse in der Politik, im Vordergrund, wohl aber die Aktualität in Bezug auf den Diskurs selbst. Nur die aktuellen Beiträge in einer Diskussion können das ganze Spektrum der Argumente, das bis zu einem bestimmten Zeitpunkt vorgebracht wurde, auch in ihrer Argumentation berücksichtigen, entsprechend dürften ältere Beiträge allein aufgrund ihres Alters weniger interessant sein.

Umgekehrt ist ein Kommunikationsprozess dann effektiver aus Sicht der normativen Theorie, wenn zum einen der Schwerpunkt auf den neueren Beiträgen liegt (eben weil nur auf dieser Basis die Diskussion inhaltlich vorwärts kommen kann), zum anderen aber auch ein Geschichtsbewusstsein besteht, also ältere Beiträge nicht prinzipiell von Anschlusskommunikation ausgeschlossen sind (wie dies beispielsweise der Fall wäre, wenn ältere Beiträge automatisch gelöscht würden). Die temporale Perspektive verspricht somit nicht nur hinsichtlich der Zeitlichkeit der Kommunikation vielversprechend zu sein, sondern auch hinsichtlich der Diskursqualität.

Betrachten wir zunächst die Bedeutung der Diskursdauer für unterschiedliche Aspekte des Kommunikationsverhaltens, dann lassen sich deutliche Zusammenhänge auf bivariater Ebene feststellen. Zum einen besteht eine Korrelation zwischen der Diskursdauer und der durchschnittlichen Zeit zwischen einem Beitrag und einer Antwort darauf, also zwischen der Diskursdauer und dem Tempo der Kommunikation. Je länger der Diskurs dauert, umso weiter liegen Ursprungsbeitrag und Antwort auseinander ($r=0,83$, Sign. 1%).

Das mag zunächst nicht überraschen, wenn man annimmt, dass sich eine etwa gleiche Menge an Beiträgen (originäre ebenso wie antwortende) bei einem längeren Diskurs einfach über einen längeren Zeitraum verteilt. Gehen wir dagegen von Kommunikationsmustern aus, die typisch sind für ein bestimmtes Medium (also z. B. »Face-to-Face«-Interaktion mit einer deutlich kürzeren durchschnittlichen Reaktionszeit als schriftliche Kommunikation),³² dann erstaunt die Deutlichkeit dieses Zusammenhangs doch. Denn das Ergebnis zeigt, dass die Reaktionszeiten eben nicht von bestimmten, dem jeweiligen Kommunikationsprozess äußerlichen Faktoren (wie z. B. der Medienwahl) abhängen, sondern vielmehr insofern diskursspezifisch sind, als sie von seiner Dauer abhängen. Jeder Diskurs findet seinen eigenen Rhythmus, wobei für die hier beobachteten Fälle gilt, dass die Diskussion umso ruhiger fließt, je mehr Zeit für einen Diskurs zur Verfügung steht – entsprechend länger

32 Vgl. dazu auch Malsch et al. (2007).

dauern die Pausen zwischen einem Beitrag und einer Antwort auf diesen.

Ein weiterer Zusammenhang lässt sich feststellen zwischen der Dauer eines Diskurses und der mittleren Thread-Dauer, also der durchschnittlichen Zeit zwischen der ersten Mitteilung, die einen Thread eröffnet, und dem letzten zu diesem Thread geposteten Beitrag ($r=0,8$, Sign. 1%). Dahinter kann sich ein methodisches Artefakt verbergen, wenn der Zusammenhang vor allem darauf beruht, dass Threads von ihrem Start bis zum Ende des Diskurses laufen, und somit die Dauer eines Threads logischerweise von der Dauer des Diskurses abhängt. Der Blick auf die Verteilung der Thread-Dauer innerhalb der einzelnen Diskurse zeigt in diesem Zusammenhang, dass es zwar einzelne Threads gab, die einen längeren Zeitraum abdecken (die maximale Thread-Dauer lag bei 30 Tagen, bei INFO-REN-Diskursen bei 12 Tagen, bei DEMOS-Diskursen bei 29 und bei den FUTURUM-Diskursen bei 30 Tagen). Jedoch folgt die Verteilung der Thread-Dauer ebenfalls einer sehr schiefe abfallenden Verteilung, und die überwiegende Mehrzahl der Threads in allen Diskursen hatte eine sehr kurze Dauer von meist maximal einem Tag, nur sehr wenige deckten mehrere Tage ab.

Daher ist nicht davon auszugehen, dass es sich bei dem Zusammenhang zwischen der Diskursdauer und der mittleren Thread-Dauer um ein methodisches Artefakt handelt, sondern vielmehr davon, dass tatsächlich die Threads sich der Gesamtdauer des Diskurses angepasst haben. Dabei scheint es eine obere Grenze der Thread-Dauer zu geben, da auch in den vergleichsweise lang andauernden Diskursen der FUTURUM-Plattform keine Threads geführt wurden, die länger als 30 Tage dauerten.

Interessant ist im Zusammenhang mit dem Begriff »Rhythmus«, der bisher nur lose mit den empirischen Beobachtungen gekoppelt war, auch der Befund, dass außer der Zeit zwischen zwei Beiträgen auch die Anzahl der Beiträge pro Teilnehmer und Tag mit der Diskursdauer korreliert ($r=-0,79$, Sign. 1%). Die individuelle Aktivität eines Teilnehmers ist demnach abhängig von der Gesamtdauer des Diskurses, Teilnehmer eines lang andauernden Diskurses sind weniger aktiv als solche von kürzeren. Dieses Ergebnis entspricht ebenfalls der obigen Interpretation, dass die Diskurse ihren eigenen Rhythmus in Abhängigkeit von der Dauer der Diskussion finden und sich der Fluss der Kommunikation entsprechend anpasst.

Ein zweiter Analyseschritt führt uns direkt zu einer Analyse des kommunikativen Anschlusses in seiner Abhängigkeit von der Zeit. Dabei sind zwei Aspekte für uns von Interesse. Der eine ist die Berücksichtigung der zeitlichen Dimension in der Untersuchung der Determinanten der Anschlussfähigkeit. Dieser Aspekt ist insofern von einiger Relevanz,

als sich ein eventueller kommunikativer Anschluss immer *im Lauf der Zeit* herstellt. Daher ist auch bei der statistischen Untersuchung der Wahrscheinlichkeit kommunikativer Anschlüsse die zeitliche Dimension zu berücksichtigen.

Konkret wirkt sich das in der bereits erwähnten Chancenungleichheit bezüglich des Generierens von Anschlüssen aus, nach der ein früh im Diskurs erscheinender Beitrag mehr Chancen hat, kommunikativen Anschluss zu finden, als ein später erscheinender. Die hier gewählte Methode der Ereignisdatenanalyse (Blossfeld/Rohwer 2002) erlaubt es, der zeitlichen Dimension der Kommunikation in der Analyse der Determinanten von Anschlüssen gerecht zu werden, indem auch die Information verwertet wird, dass ein Beitrag bis zu einem gewissen Zeitpunkt noch keinen Anschluss gezeitigt hat (das sogenannte »censoring«).

Der zweite interessante Aspekt ist die zeitliche Dimension als eigenständige Determinante kommunikativen Anschlusses. Gemäß der Theorie kommunikativer Sichtbarkeit ist ein Beitrag unmittelbar nach seinem Erscheinen besonders sichtbar für andere Teilnehmer und kann so leichter Anschluss generieren.³³ Im Lauf der Zeit ist er zwar materiell immer noch zugänglich und somit sichtbar in einem technischen Sinn, die soziale Sichtbarkeit sinkt aber immer weiter ab – *ceteris paribus*. Die Zeit ist dabei nicht selbst das *Movens*, wohl aber hängt sie so unmittelbar mit der eigentlichen Ursache, dem Neuigkeitswert einer Mitteilung, zusammen, dass sie hilfsweise bei der Operationalisierung verwendet werden kann (vgl. Blossfeld/Rohwer 2002 zur Frage der Kausalität).

Der Zusammenhang zwischen der Neuigkeit einer Mitteilung und ihrer Anschlusswahrscheinlichkeit geht zurück auf den Begriff der Information, wie ihn Gregory Bateson entfaltet hat. Demnach hat nur dasjenige Informationswert, was »einen Unterschied macht« (Bateson 1981). Bei Luhmann heißt es entsprechend »[...] Information ist nichts anderes als ein Ereignis, das eine Verknüpfung von Differenzen bewirkt – a difference that makes a difference« (Luhmann 1984: 112) bzw. an anderer Stelle: »Ohne diese Selektivität der Information kommt kein Kommunikationsprozess zustande (wie immer minimal der Neuigkeitswert des Mitteilungsaustausches gehalten werden kann, wenn Kommunikation um ihrer selbst willen oder zur bloßen Ausfüllung von Leerräumen im Zusammensein durchgeführt wird)« (Luhmann 1984: 195).

Eine bereits seit längerer Zeit veröffentlichte Nachricht hat – so brennend aktuell ihr Inhalt vielleicht sein mag – keinen Neuheitswert für

33 Gemäß der Definition von sozialer Sichtbarkeit bei Malsch und Schlieder (2004): »accessibility of a message and its potential of generating sequel messages«.

die Kommunikation, insofern ist es unwahrscheinlicher, dass sie rezipiert wird und Anlass zu Anschlusskommunikation gibt.³⁴ Nach dieser Theorie der Kommunikation sinkt die Anschlussfähigkeit einer Mitteilung also im zeitlichen Verlauf stetig (wenn auch nicht notwendigerweise linear). Die Zeit selbst ist dabei Determinante der Anschlusswahrscheinlichkeit, die parallel zu anderen unabhängigen Variablen zu betrachten ist.

Die Methode der Ereignisdatenanalyse erlaubt nun, beide Aspekte gleichzeitig zu betrachten. Sie liefert als Ergebnis zum einen die sogenannte Survivorfunktion, an der sich der zu erwartende Anteil unbeantworteter Beiträge im Zeitverlauf ablesen und auf diese Weise ein Eindruck vom Verlauf der Anschlusswahrscheinlichkeit gewinnen lässt. Dieses Ergebnis lässt sich direkt auf andere Forschungen zu dieser Frage beziehen, wie sie etwa im Rahmen der Konversationsanalyse durchgeführt wurden.³⁵ Sie liefert zum anderen eine Analyse des relativen Einflusses bestimmter unabhängiger Variablen auf die Anschlusswahrscheinlichkeit, und zwar unter Berücksichtigung der jeweils anderen Variablen wie auch unter Berücksichtigung der zeitlichen Dimension.³⁶

Diese Ergebnisse referieren wir im Folgenden jeweils für die einzelnen Diskurse getrennt, da eine Kumulation in Anbetracht der anzunehmenden Verschiedenheiten der Diskurse nicht sinnvoll erscheint. Allerdings wurden nur die Diskurse analysiert, die von »Information Renaissance« und dem DEMOS-Projekt durchgeführt wurden, da in den drei FUTURUM-Diskursen die Zeit-Codierung der Beiträge nur eine sehr grobe Aufschlüsselung der zeitlichen Dimension erlaubt hätte, die sich nicht mit der minutengenauen Codierung der anderen Diskurse in einer Analyse zusammenbringen ließ.

Der zeitliche Verlauf der Anschlusswahrscheinlichkeit, der sich aus der Survivorfunktion ableiten lässt (Abbildung 6), ist in allen betrachte-

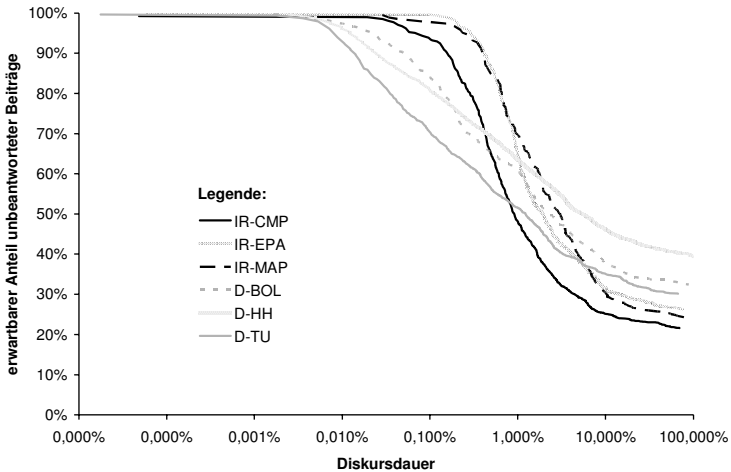
34 Unbenommen bleibt, dass für die Kommunikation letztlich die inhaltliche Neuigkeit entscheidend ist. Dass eine solche auch für zeitlich alte Nachrichten bestehen kann, verdeutlichen Beispiele wie solche von erst sehr spät wiederentdeckten Zeugnissen oder Dokumenten. Selbst wenn diese zum Zeitpunkt ihres Entstehens öffentlich bekannt waren, können sie später eine neue und sogar größere Relevanz entwickeln, weil sich die Begleitumstände gewandelt haben. Ein klassisches Beispiel sind Dokumente einer Person, die später Prominenz erlangt.

35 Vgl. für einen aktuellen und sowohl auf Online- als auch Offline-Kommunikation bezogenen Überblick Kalman et al. (2006b). Allerdings ist die dort gewählte Methode der Regressionsanalyse zur Analyse der Verteilung der hier gewählten Ereignisanalyse aufgrund der beschriebenen Probleme des »censoring« unterlegen. Vgl. zur Diskussion Blossfeld/Rohwer 2002.

36 Zur Vorgehensweise bei der Ereignisdatenanalyse s. Anhang, Abschnitt 4.

ten Diskursen in drei Phasen gegliedert (die Phasen sind als Phasen im Lebenszyklus eines Beitrags zu verstehen, nicht als Phasen des Diskurses insgesamt). Nur wenige Beiträge werden in einer ersten sehr kurzen Phase unmittelbar nach ihrer Veröffentlichung beantwortet (d. h. bis wenige Minuten nach der Veröffentlichung; die Survivorfunktion verläuft anfangs relativ geradlinig). In einer zweiten Phase erhöht sich die Anschlusswahrscheinlichkeit zunächst, um danach wieder abzufallen (das entspricht einer S-förmigen Survivorfunktion, wobei der Grad des Gefälles die Höhe der Anschlusswahrscheinlichkeit wiedergibt). Schließlich folgt eine Phase mit wiederum geringer Anschlusswahrscheinlichkeit, die bis zum Ende des Diskurses reicht (erneuter gerader Verlauf der Survivorfunktion).

Abbildung 6: Survivorfunktionen für die einzelnen Diskurse



Anmerkung: Die Kurven zeigen den statistisch erwartbaren Anteil von unbeantworteten Beiträgen im Zeitverlauf an (hier vereinheitlichend als Proportion der Diskursdauer abgebildet). Die Steigung bzw. das Gefälle der Kurven gibt Aufschluss über die Anschlusswahrscheinlichkeit eines Beitrags in Abhängigkeit seines Alters: je steiler die Kurve abfällt, umso höher ist zu diesem Zeitpunkt die Wahrscheinlichkeit, dass der Beitrag beantwortet wird. Die x-Achse ist logarithmisch skaliert, um die Charakteristik des Kurvenverlaufs besser erfassen zu können

Der Verlauf fällt von Diskurs zu Diskurs sehr unterschiedlich aus. So fällt der (statistisch erwartbare) Anteil beantworteter Beiträge in den DEMOS-Diskursen vergleichsweise gleichmäßig im Lauf der Zeit ab. In diesen Diskursen setzt die zweite von uns identifizierte Phase etwas frü-

her ein als in den INFO-REN-Diskursen. Innerhalb dieser Phase gibt es keine großen Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Beiträgen. Wurde ein Beitrag allerdings nicht im Zeitraum von etwa einem Zehntel der Diskursdauer beantwortet, dann tritt er in die dritte Phase ein, in der die Chancen, noch eine Antwort zu finden, nur noch sehr gering sind. Die DEMOS-Diskurse, unter ihnen besonders D-HH, zeichnen sich durch ein vergleichsweise hohes Niveau von »Überlebenden« aus, also von Beiträgen, die bis zum Schluss des Diskurses nicht beantwortet wurden.

Anders dagegen die INFO-REN-Diskurse. Hier setzt die zweite Phase geringfügig später ein, in ihr vollzieht sich der Wechsel zwischen einer Chance auf Anschluss und dem Eintritt in die dritte Phase (mit geringer Chance auf Anschluss) allerdings deutlich schneller. Das Zeitfenster, in dem Beiträge auf Beantwortung hoffen können, ist daher schmaler als in den DEMOS-Diskursen. Andererseits erreicht ein höherer Anteil von Beiträgen den kommunikativen Anschluss innerhalb der Diskurslaufzeit. Während bei D-HH damit gerechnet werden kann, dass fast 40 Prozent der Beiträge ohne Antwort bleiben, sind es bei IR-CMP nur fast halb so viele.

Diese Merkmale des Verlaufs der Anschlusswahrscheinlichkeit in der Zeit entsprechen interessanterweise zumindest grob den Mustern, die Malsch et al. (2007) als allgemeine Muster der Aufmerksamkeitsverteilung in Kommunikationsprozessen beschrieben haben. Der gleichmäßige Verlauf bei den DEMOS-Diskursen entspricht dem »Classicist«-Muster, bei dem ebenfalls die Anschlüsse gleichmäßig über die Zeit verteilt sind. Der klarer differenzierende Verlauf der INFO-REN-Diskurse entspricht dem »Modernist«-Muster, in dem solche Beiträge Aufmerksamkeit und Anschluss finden, die neu sind, wohingegen ältere Beiträge dem Vergessen anheim fallen.

Eine Erklärung der Unterschiede ist mit dieser Zuordnung allerdings noch nicht gewonnen, denn gemäß der Simulationen von Malsch et al. (2007) können sich beide Muster unter ganz unterschiedlichen Umweltbedingungen (wie z. B. Speichermedien und Rezeptionskulturen) ausbilden und etablieren. Sicher ist die Organisationsform der Diskurse ein wichtiger Einflussfaktor, da sich die Unterschiede entlang dieser Differenz zeigen. Uns interessiert allerdings auch, ob eventuell kommunikative Strukturen einen Einfluss auf die unterschiedliche Dynamik des Anschlussverhaltens haben.

Daher vergleichen wir die identifizierten Muster mit den kommunikativen Merkmalen der Diskurse, die die Analyse bisher ergeben hat. Hier fällt zunächst die Dauer ins Auge, da alle DEMOS-Diskurse deutlich länger dauerten als die INFO-REN-Diskurse. Allerdings leuchtet

dann nicht ein, weshalb beim Diskurs D-HH, der in Bezug auf die Dauer eine Mittelstellung einnimmt, das Muster am deutlichsten von den INFO-REN-Diskursen abweicht. Ein Zusammenhang scheint eher zur Stärke der Ungleichheit und der Interaktivität gegeben, hier ergeben sich augenfällige Übereinstimmungen. Demnach bilden die stärker am »Classicist«-Muster orientierten Diskurse auch eine stärkere Ungleichheit der Beteiligung aus und sind durch einen höheren Grad von Interaktivität gekennzeichnet. Die »modernistischen« Diskurse dagegen sind etwas egalitärer und weniger interaktiv.

Anders formuliert, hängt offenbar eine starke Strukturierung in der sozialen Dimension, die sich in einer ausgeprägten Rollendifferenzierung zeigt, mit einer schwachen Strukturierung in der zeitlichen Dimension zusammen, bei der keine großen Differenzen zwischen neuen und alten Beiträgen bestehen. Und umgekehrt weisen zeitlich stark strukturierte Diskurse, in denen Anschlusskommunikation in engen Zeitfenstern kanalisiert ist, in der sozialen Dimension weniger starke Differenzierungen zwischen den Teilnehmern auf. Bei diesen Interpretationen darf allerdings nicht vergessen werden, dass die betrachteten Diskurse insgesamt große Gemeinsamkeiten aufweisen, sowohl hinsichtlich der sozialen als auch der zeitlichen Strukturierung. Die Unterschiede treten im Vergleich deutlich hervor, eine objektive Beurteilung ist jedoch nur unter Einbeziehung einer größeren Vergleichsbasis möglich.

Die bisherigen Ergebnisse der Temporalanalyse der Diskurse zeigen, dass die zeitliche Dimension eine wichtige Rolle für den Ablauf und die interne Organisation der Kommunikation spielt. Wir greifen daher noch einmal die Frage auf, welche Faktoren die Anschlussfähigkeit eines Beitrags beeinflussen. Diesmal soll durch die Methode der Ereignisdatenanalyse auch der zeitliche Abstand zu einem vorausgehenden Beitrag als mögliche Determinante einbezogen werden.

Von den bereits untersuchten Determinanten ließen sich außerdem folgende acht Aspekte überprüfen: die Länge eines Ausgangsbeitrags, der Abstand zum vorausgehenden Beitrag (wenn es sich um einen Antwort-Beitrag handelte), die Antwortebene innerhalb eines Threads, die Frage, ob der Autor ein Moderator des Diskurses war oder nicht, der Tageszeitpunkt des Erscheinens des Beitrags, das »Alter« des Diskurses zu dem Zeitpunkt, als der Beitrag erschien (also die Anzahl von Tagen seit Beginn des Diskurses), die Anzahl von Beiträgen, die der Autor des Beitrags zum jeweiligen Zeitpunkt insgesamt bereits geschrieben hatte, sowie der Indegree des Autors (zum jeweiligen Zeitpunkt) als Maß der Bekanntheit und Beliebtheit in der Diskussion (sozusagen das »Standing«, vgl. Gerhards/Schäfer 2008). Alle diese Merkmale wurden simul-

tan als unabhängige Variablen in die Untersuchung der zeitlichen Dimension der Anschlusswahrscheinlichkeit für einen Beitrag einbezogen.

Die Ergebnisse (Tabelle 6) fallen über die einzelnen Diskurse sehr unterschiedlich aus. Durchgängig signifikanten Einfluss auf die Anschlusswahrscheinlichkeit hat nur die Thread-Ebene, auf der der Beitrag platziert ist. Dieses Merkmal steht zum einen für den Unterschied zwischen originären Beiträgen (Thread-Ebene 0) und antwortenden Beiträgen, aber auch jede weitere Antwortebene zählt linear mit in die Analyse hinein (wobei die höheren Ebenen in immer geringeren Fallzahlen in den Daten vorhanden sind).

Tabelle 6: Ergebnisse der Ereignisdatenanalyse für sechs Diskurse

Diskurs	Beitragslänge	Abstand z. Vorgänger	Thread-Ebene	Autor-typ	Tagesphase	Diskursphase	weiterer Autorbeitrag	Autor-Indegree
IR-CMP (-5505,9)	(0,0001) (0,01)	(-0,0001) (-0,01)	-0,7087 -50,8	n. s.	n. s.	-0,0793 -7,6	n. s.	0,0295 3,0
IR-EPA (-5692,2)	0,0001 0,01	n. s.	-0,5989 -45,1	n. s.	-0,2406 -21,4	n. s.	-0,0271 -2,7	0,0466 4,8
IR-MAP (-2028,5)	n. s.	n. s.	-0,4413 -35,7	n. s.	-0,2098 -18,9	(-0,0483) (-4,7)	-0,0671 -6,5	0,0811 8,4
D-BOL (-2779,6)	0,0003 0,03	-0,0001 -0,01	-0,3431 -29,0	-1,8691 -84,6	n. s.	n. s.	-0,0152 -1,5	n. s.
D-HH (-25286,8)	0,0001 0,01	0,0000 0,00	-0,1455 -13,5	-0,6157 -46,0	n. s.	n. s.	-0,0040 -0,4	0,0244 2,5
D-TU (-7039,76)	(0,0001) (0,01)	-0,0001 -0,01	-0,1668 -15,4	-0,5736 -43,7	n. s.	(-0,0106) (-1,1)	-0,0090 -0,9	0,0338 3,4

Anmerkung: In der ersten Zeile stehen jeweils die Koeffizienten, in der zweiten Zeile der prozentuale Effekt. Der Koeffizient von -0,7087 für die Variable »Thread-Ebene« beim Diskurs IR-CMP bedeutet z. B., dass jede um eine höhere Ebene die Wahrscheinlichkeit für eine Antwort um 50,8 Prozent verringert. Die Werte in Klammern in der linken Spalte geben die geschätzte maximale log likelihood des Modells wieder (vgl. Anhang zu detaillierten Ergebnissen). Für sonstige Werte in Klammern gilt ein Signifikanzniveau von 5 Prozent; für alle anderen Werte ein 1-prozentiges.

Die Ergebnisse sind über alle Diskurse hinweg signifikant, auch die Richtung des Einflusses ist eindeutig: eine höhere Thread-Ebene, also eine tiefere Schachtelung des Beitrags innerhalb eines Threads, verringert die Anschlusswahrscheinlichkeit. Das Niveau unterscheidet sich allerdings über die Diskurse hinweg, wenn auch nur innerhalb eines gewissen Rahmens.

So ist der Effekt im Diskurs IR-CMP am stärksten ausgeprägt. Jede zusätzliche Thread-Ebene verringert dort die Wahrscheinlichkeit einer Antwort um 51 Prozent. Bei D-HH ist er am niedrigsten ausgeprägt, dort sind es noch 14 Prozent. Allgemein liegen die Werte bei den INFO-REN-Diskursen höher als bei den DEMOS-Diskursen. Allerdings besteht eine erhebliche Streuung, so dass nicht unbedingt anzunehmen ist, dass die Spezifik der Diskursorganisation eine Rolle spielt.

In Bezug auf die Frage nach einer typischen Rhythmik des Kommunikationsprozesses erscheint die Frage interessant, ob der Abstand zu einem Vorgänger-Beitrag eine Rolle für die Höhe der Anschlusswahrscheinlichkeit spielt. Ein solcher Zusammenhang ist für alle DEMOS-Diskurse sowie für IR-CMP signifikant feststellbar, allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau: Jede Minute mehr, die zwischen einem Vorgänger-Beitrag und dem interessierenden Beitrag vergangen ist, senkt die Wahrscheinlichkeit einer Antwort um 0,01 Prozent (im Fall von D-HH liegt der Effekt noch geringer und wird durch das Analyseprogramm nicht mehr ausgewiesen – er ist allerdings hoch signifikant).

Wird ein Beitrag also eine Stunde nach einem Vorgänger veröffentlicht, dann liegen seine Chancen auf Antwort bei 99,4 Prozent (relativ zu einem Beitrag, der unmittelbar nach einer Vorgänger-Nachricht veröffentlicht wurde). Bei einem Beitrag, der einen halben Tag (12 Stunden) nach einem Vorgänger veröffentlicht wurde, liegen sie nur noch bei 93 Prozent. In diesen Fällen folgt die Rhythmik also der Logik einer wechselseitigen Beschleunigung: Je schneller auf eine Nachricht reagiert wird, umso schneller erfolgt auch eine Antwort.

Dieses Ergebnis korrespondiert zum einen gut mit der Literatur über sich wechselseitig bestärkende Erwartungshaltungen bezüglich der Antwortzeiten in Kommunikationsprozessen (vgl. Haywood 2003). Es bestätigt zum anderen die oben getroffene Annahme einer zeitlichen Organisation der Kommunikation in den Diskursen IR-CMP, D-HH und D-TU, nun noch ergänzt durch D-BOL. In den anderen Fällen spielt es für die Anschlusswahrscheinlichkeit keine Rolle, wie schnell die Beiträge aufeinander folgen. Die zeitliche Organisation der Diskussion ist hier weniger stark ausgeprägt.

Ein stärker inhaltsbezogenes Kriterium für das Gewinnen von Anschlusskommunikation ist die Länge eines Beitrags. Inhaltlich ist sie insofern bedeutsam, als sich nur ab einer gewissen Länge relevante Informationen in einen Beitrag unterbringen lassen. Zu lange Beiträge überfordern andererseits die Aufnahmekapazitäten der Teilnehmer. Bereits die Studie von Berthold et al. (1998) hatte einen Effekt der Beitragslänge auf die Anschlusswahrscheinlichkeit nachgewiesen, allerdings gehen die Autoren dieser Studie davon aus, dass eine mittlere Länge einen

steigernden Effekt hat. In unserer Studie wurde nur ein linearer Effekt überprüft, der sich für alle Diskurse außer IR-MAP in signifikantem Maß feststellen lässt (mind. 5-prozentiges Niveau).

Die Einflussgröße selbst ist über alle Diskurse hinweg eher gering. So erhöht in den Diskursen IR-EPA, IR-CMP, D-HH und D-TU jedes zusätzliche Zeichen in einem Beitrag die Wahrscheinlichkeit einer Antwort um 0,01 Prozentpunkte. Bei einer durchschnittlichen Beitragslänge zwischen etwa 540 Zeichen (D-TU) und 1400 Zeichen (IR-EPA) bedeutet das, dass eine Verdopplung der Beitragslänge die Anschlusswahrscheinlichkeit um 5,5 Prozent (bei 540 zusätzlichen Zeichen) bis zu 15 Prozent (bei 1400 zusätzlichen Zeichen) erhöht. Mit Hilfe dieser Analyse können wir den Effekt längerer Beiträge also sehr genau messen, wobei zu berücksichtigen ist, dass von einem rein linearen Zusammenhang in Bezug auf die rein materielle Länge eines Beitrags nicht unbedingt auszugehen ist.

Ebenfalls in fünf Diskursen signifikante Ergebnisse ergibt die Analyse des Einflusses der Beiträge eines Autors insgesamt sowie seines Indegree-Wertes. Die Ausnahmen sind im ersten Fall der Diskurs IR-CMP, im zweiten D-BOL. Für die Beiträge eines Autors gilt dabei jeweils, dass jeder weitere Beitrag, den der Autor veröffentlicht, die Wahrscheinlichkeit einer Antwort auf den betrachteten Beitrag senkt. Das ist insofern zunächst überraschend, als die Theorie der Sichtbarkeit nahelegt, dass die Sichtbarkeit eines Autors, die durch viele Beiträge eher größer als kleiner wird, sich auch auf die Anschlusswahrscheinlichkeit eines von ihm geschriebenen Beitrags niederschlägt. Dies ist offenbar nicht der Fall.

Allerdings ist die Theorie nicht unbedingt aufgrund dieses Ergebnisses infrage zu stellen. Denn eine Erklärung kann darin liegen, dass jeder weitere Beitrag, der überhaupt im Diskurs erscheint, die Wahrscheinlichkeit eines Anschlusses an den dann älteren Beitrag zunächst einmal senkt, unabhängig, von wem er geschrieben wurde. Dieser Effekt könnte durchaus den Sichtbarkeitszuwachs eines Autors durch weitere Beiträge überlagern.

Im Ergebnis ist der Effekt relativ stark: Seinen höchsten Wert hat er im Fall von IR-MAP, dort sinkt die Anschlusswahrscheinlichkeit mit jedem weiteren Beitrag um 9 Prozent. Der geringste Wert besteht im Diskurs D-HH mit einer Absenkung um 0,4 Prozent. Gegen unseren Erklärungsversuch spricht allerdings, dass der Effekt in den Diskursen besonders stark ist, die zeitlich nicht so stark organisiert sind, in denen der Rhythmus der Beiträge also nicht so kurzzeitig ist. Auf der anderen Seite wird die Sichtbarkeitstheorie untermauert durch die Werte für den zweiten zeitveränderlichen Aspekt, den Indegree-Wert des Autors. In allen

untersuchten Diskursen außer D-BOL besteht hier ein hoch signifikanter Zusammenhang zur Anschlusswahrscheinlichkeit eines Beitrags – in der Form, dass jeder weitere Teilnehmer, der sich mit einem Beitrag auf den Autor des betrachteten Beitrags bezieht, die Wahrscheinlichkeit um Werte zwischen 8,4 Prozent (IR-MAP) und 2,5 Prozent (D-HH) erhöht. Offensichtlich spielt die Sichtbarkeit eines Teilnehmers, gemessen über den Indegree als Maß für die Prominenz in einem sozialen Netzwerk, also in der Tat eine Rolle für die Anschlusswahrscheinlichkeit.

Zur Auflösung des scheinbaren Widerspruchs zu dem obigen Ergebnis bezüglich der weiteren Beiträge eines Autors ist an die eingangs dieses Kapitels durchgeführten Analysen zu erinnern. Diese hatten ergeben, dass in den betrachteten Diskursen der Status bzw. das »Standing«, also die Sichtbarkeit eines Teilnehmers, gerade nicht von der Zahl der von ihm verfassten Beiträge abhängen. Zwischen der Aktivität eines Teilnehmers und seiner Prominenz konnte kein Zusammenhang festgestellt werden. Insofern ist auch nicht verwunderlich, dass zwar nicht die Zahl der im weiteren Verlauf der Diskussion verfassten Beiträge, wohl aber die Prominenz in Form von eingegangenen Referenzen von anderen Teilnehmern die Anschlusswahrscheinlichkeit eines Beitrags erhöht. Eine soziale Strukturierung der (Anschluss-)Kommunikation ist also auch hier erkennbar, allerdings durch die *Prominenz* einer Akteursadresse und nicht durch ihre bloße *Präsenz* in der Diskussion.

Die Bedeutung, die der Rolle des Autors selbst für die Anschlusswahrscheinlichkeit eines eigenen Beitrags zukommt, haben wir anhand des Merkmals »Moderator/Teilnehmer« untersucht. Hier ergibt sich eine klare Unterscheidung der Diskurse nach ihren Organisatoren: Während die von »Information Renaissance« durchgeführten Diskurse keinen Zusammenhang zwischen diesem Merkmal und der Anschlussfähigkeit eines Beitrags aufwiesen, war dies in allen Diskursen des DEMOS-Projektes der Fall. Moderatoren-Beiträge werden in diesen Diskursen seltener beantwortet, und zwar sinkt die Wahrscheinlichkeit einer Antwort im Fall D-BOL um 85 Prozent, in den anderen beiden Diskursen um 46 Prozent (D-HH) bzw. 44 Prozent (D-TU), wenn der Autor des Beitrags ein Moderator ist.

Moderatoren haben also in den DEMOS-Diskursen einen besonderen Status, allerdings insofern, als ihre Beiträge signifikant seltener beantwortet wurden bzw. Anlass zu einer vertiefenden Diskussion gaben, als dies bei anderen Teilnehmern der Fall war. Da in Anbetracht der Unterschiede zwischen DEMOS- und INFO-REN-Diskursen davon auszugehen ist, dass der Effekt mit der Strategie der Moderatoren bzw. mit der spezifischen Moderationsweise zusammenhängt, die jeweils gewählt

wurde, bietet sich hier vor allem ein Ansatzpunkt für weitere Forschungen.

Zum Schluss der Ergebnisübersicht der Temporalanalyse bleiben noch zwei Aspekte der Kommunikation zu erläutern, die selbst temporalen Charakter haben. Zum einen geht es um den Tageszeitpunkt, zu dem ein Beitrag veröffentlicht wurde, zum anderen um die Phase des Diskurses, also das Alter eines Diskurses. Beide Aspekte sind vor allem als Kontrollvariablen einbezogen worden, um nicht bestimmte Effekte in ihrer Wirkung zu übersehen, die zwar theoretisch nicht besonders interessant sind, aber offenbar einen Einfluss auf die Anschlusswahrscheinlichkeit eines Beitrags haben.

Im Fall der Tageszeit vermuten wir, dass ein Anschluss immer dann wahrscheinlicher ist, wenn viele Teilnehmer den Diskurs besuchen. Welche Tageszeiten dies sind, ist von sozio-strukturellen und kulturellen Merkmalen der Teilnehmer abhängig. Besuchen die Teilnehmer den Online-Diskurs vor allem in ihrer Freizeit, dann ist vor allem abends und am Wochenende eine hohe Beteiligung zu erwarten. Besuchen sie den Diskurs eher in ihrer Arbeitszeit, dann ist zwischen 9 und 18 Uhr eine hohe Beteiligung zu erwarten. Entsprechend ist davon auszugehen, dass die Website mehrfach über den Tag verteilt aufgerufen wird, wenn die Teilnehmer eher sporadisch aktiv sind, bzw. über längere Abschnitte gegen Abend oder früh am Morgen, wenn sie sich intensiv engagieren.

In der Analyse hatten wir die Tageszeiten kategorisiert nach der zu erwartenden Teilnahmefrequenz, basierend auf der Auswertung der Erscheinungszeitpunkte von Beiträgen. Wir unterscheiden dabei zwischen wenig aktiven Phasen und aktiveren Phasen, wobei die Codierung von 0 (Phase der geringsten Aktivität, von 2-8 Uhr) über 1 (20-2 Uhr) und 2 (8-12 Uhr) bis 3 reicht (Phase der höchsten Aktivität, von 12-20 Uhr).

Die Analyse erbrachte hier nur in zwei Diskursen signifikante Ergebnisse. Für IR-MAP sinkt die Wahrscheinlichkeit einer Antwort mit jeder Phase des Tages, in der die Teilnehmer verstärkt aktiv waren, um 19 Prozent. Im Diskurs IR-EPA ist der Effekt noch größer mit einer Verminderung um 21 Prozent. In diesen beiden Fällen ist es offensichtlich nachteilig für die Anschlusswahrscheinlichkeit, in einer hoch aktiven Phase des Tages einen Beitrag zu veröffentlichen, in allen anderen Diskursen spielt die Tageszeit keine Rolle. Diese Ergebnisse sind überraschend. Offenbar haben diejenigen Faktoren, die mehr mit der Kommunikation selbst als mit den Rahmenbedingungen, unter denen sie abläuft, zu tun haben, in vier Diskursen ein stärkeres Gewicht.

Ähnliches gilt auch für den zweiten Aspekt, den der Diskursphase, allerdings ergeben sich hier in immerhin drei Fällen signifikante Ergebnisse. Hintergrund der Einbeziehung dieser Variablen war die Vermu-

tung, dass später im Diskurs veröffentlichte Beiträge eine höhere Anschlussfähigkeit haben, weil sie bereits die gesamte Historie des Diskurses mit berücksichtigen und insofern auf einem anderen Niveau argumentieren können. Da in der Ereignisdatenanalyse die Dauer bis zum Diskursende in ihrem Effekt auf die Anschlusswahrscheinlichkeit herausgerechnet werden kann, lässt sich diese Vermutung untersuchen. Gleichzeitig lassen sich die anderen Einflussfaktoren auf diesen Effekt hin kontrollieren.

Der Effekt einer späteren Veröffentlichung eines Beitrags ist entgegen unserer Annahme durchgängig negativ für die Anschlusswahrscheinlichkeit. Jeder Tag, der nach Beginn des Diskurses vergeht, senkt die Wahrscheinlichkeit um 1 Prozent (D-TU), 4,7 Prozent (IR-MAP) bzw. 7,6 Prozent (IR-CMP). In allen diesen Fällen sind früh erscheinende Beiträge anschlussfähiger, und zwar unter Kontrolle aller anderen in dieser Analyse berücksichtigten Variablen. Offenbar liegt hier ein ähnlicher Zusammenhang vor wie bei der Thread-Ebene der Publikation, wo auch die zuerst kommenden Beiträge die besseren Chancen hatten.

Andererseits lässt sich bei allen analysierten Diskursen (nicht so allerdings bei den FUTURUM-Diskursen) ein Abfallen der Teilnehmeraktivität im Verlauf des Diskurses erkennen, so dass der hier beobachtete Effekt auch auf die Rahmenbedingung der Posting-Aktivität der Teilnehmer zurückgeführt werden kann. Auch für diesen Aspekt lässt sich allerdings für drei Diskurse kein Zusammenhang zwischen den Rahmenbedingungen und der Anschlusswahrscheinlichkeit von Beiträgen aufzeigen, was die Bedeutung der kommunikationsinternen Faktoren erneut in den Fokus rückt.

Bezüglich der Bedeutung der Temporalität selbst für die Anschlussfähigkeit von Beiträgen im zeitlichen Verlauf ergibt sich somit kein einheitliches Bild. Für vier Diskurse lässt sich zum Beispiel zeigen, dass die Rhythmik, das zeitliche Aufeinanderfolgen für die Anschlusswahrscheinlichkeit bedeutsam ist. Für genau diese Diskurse ergibt sich jedoch kein Effekt der Tageszeit. Offenbar ist die Temporalität eines Diskurses entweder intern durch die Rhythmik determiniert oder extern durch die Aktivität der Teilnehmer als einer Rahmenbedingung.

Die Ergebnisse bezüglich einer weiteren Rahmenbedingung, der Diskursphase, stehen allerdings wiederum quer zu dieser Interpretation. Hier erweist sich bei drei Diskursen ein Zusammenhang, wobei zwei dieser Diskurse aus der intern determinierten Gruppe stammen. Insgesamt wiederum zeigen sich deutliche Muster einer zeitlichen Organisation des Kommunikationsprozesses bei drei Diskursen in der Stärke der Unterschiedlichkeit von schnell beantworteten und später beantworteten Beiträgen. Diese Muster wiederum decken sich mit der hier festgestell-

ten Form der internen Determination der Temporalität der Kommunikation gut, wenn auch ein Diskurs dabei fehlt.

Die Zusammenschau dieser Ergebnisse der unterschiedlichen temporalen Merkmale von Diskursen legt nahe, die Unterscheidung von interner und externer Determination aufrechtzuerhalten. Der Effekt durch den Veröffentlichungszeitpunkt im Diskursverlauf ist eher anderen Faktoren zuzurechnen, die mit der zeitlichen Organisation der Diskussion nicht direkt verbunden sind und sich nur in Form eines Phasenverlaufs der Diskurse auswirken.

Für die Frage der Diskursivität der Kommunikation in den Online-Deliberationen bedeutet diese feststellbare interne zeitliche Organisation, dass die Diskurse eine Eigendynamik entwickeln, die zunächst als temporale Erwartung an die Kommunikation gefasst werden kann. Beiträge in so strukturierten Diskussionen, die nach einer gewissen Zeit nicht beantwortet werden, verlieren deutlich an Anschlussfähigkeit, auch wenn – wie von uns beobachtet – in allen Diskursen ein beachtliches Grundniveau erhalten bleibt.

Es ergeben sich schnelle Antwortfolgen innerhalb von Threads, die nur bei oberflächlicher Betrachtung einer intensiven Beschäftigung mit den Argumenten entgegenstehen. Denn zum einen besteht immer auch eine Offenheit für neue Themen (die als originäre Beiträge eher Anschluss finden als Antwort-Beiträge) und eine Präferenz für längere Beiträge, die zumindest potentiell mehr argumentative Substanz beinhalten. Zum anderen zeigt der Zusammenhang mit positiven Eigenschaften von Diskursen, wie der hohen Interaktivität und in diesem Fall auch einer durchschnittlich längeren Thread-Dauer, dass die interne zeitliche Organisation dem Diskurs hilft, die Kommunikation möglichst diskursiv zu führen.

Wie bereits bei der sozialen Organisation finden wir auch hier das Vorurteil gegenüber Diskursen widerlegt, dass ein hoher Organisationsgrad in Widerspruch zu den Zielen der normativen Diskurstheorie stehe. Überraschenderweise ist die Rolle der Autoren, also der sozialen Adressen in der Kommunikation, nur bedingt relevant für die Anschlussfähigkeit von Beiträgen. Ihre Bedeutung scheint stark von der konkreten Ausfüllung der Rolle abzuhängen, wie sich aus den Unterschieden zwischen den von DEMOS und von »Information Renaissance« organisierten Diskursen in dieser Frage schlussfolgern lässt.

Neben der zeitlichen Strukturierung der Diskussion haben wir auch eine deutliche, von dieser unabhängige soziale Organisation festgestellt. Die Ergebnisse der Untersuchung des Teilnehmerverhaltens in der Kommunikation zeigen, dass sich Beteiligung nur zu einem Teil durch der Kommunikation äußere Faktoren erklären lässt, zu einem guten Teil al-

lerdings durch die Kommunikationsdynamik selbst geprägt ist. So lässt sich die schiefe Verteilung der Beitragsmenge über die Teilnehmer nicht aus den Eigenschaften der Teilnehmer erklären und auch nicht aus den Merkmalen des Mediums. Auch die Erklärung durch eine Orientierung der Teilnehmer an möglichst viel Feedback steht in Kontrast zu den empirischen Ergebnissen, die für stark Beteiligte ein verhältnismäßig geringes Niveau an Feedback ausweisen. Viel eher ist von einer Rollendifferenzierung auszugehen, die das Beitragsverhalten der Teilnehmer im Kommunikationsprozess bestimmt.

Diese soziale Organisation in die Rollen der – um sie stark pointiert gegenüberzustellen – Sprecher und Zuhörer ist in der Literatur über politische Deliberation negativ bewertet. Unsere Untersuchung konnte dagegen zum einen auf der Inhaltsebene zeigen, dass die starke Posting-Aktivität der Sprecherrolleninhaber nicht gleichzusetzen ist mit einer inhaltlichen Dominanz der Diskussion oder auch nur des Versuchs dazu. Vielmehr agieren die Vielposter als eher neutrale Moderatoren der Diskussion, die ein verstärktes Engagement für die Diskussion selbst verbinden mit einer Steuerung in organisatorischer Hinsicht, wie z. B. dem Einweisen neuer Teilnehmer in bestimmte Entwicklungen der Diskussion etc. Damit entspricht der sozialen Differenzierung von Teilnehmern eine kommunikative Differenzierung in eine sachliche und eine Metaebene.

Zum anderen konnte quantitativ durch einen Vergleich mit der Interaktivität gezeigt werden, dass Diskurse, die sich stark in unterschiedliche Rollen differenzieren, interaktiver sind als solche, die eher durch egalitäre Teilnehmerrollen gekennzeichnet sind. Auch dieses Ergebnis erfordert eine Revision der normativen Theorie des Diskurses – nämlich insofern, als sie auf der Annahme eines inneren Zusammenhangs von gleichmäßig verteilter und interaktiver Kommunikation beruht.

Schließlich sind die Ergebnisse bezüglich der Frage, wie in den Online-Diskursen kommuniziert wird, so zusammenzufassen, dass auf der Ebene der Inzentionen, also der Beiträge, die im Diskurs geschrieben werden, relativ wenig Selektion stattfindet und somit viele unterschiedliche Themen zu Wort kommen. Allerdings sind Abweichungen vom übergeordneten Thema, wie sie in vielen Studien zur computervermittelten Kommunikation als Problem dargestellt werden, selten. Die Diskurse können vielmehr als geeigneter Ort für die Generierung von unterschiedlichen Aspekten eines gegebenen Themas angesehen werden, was durchaus der normativen Forderung nach thematischer Offenheit ent-

spricht und in Bezug auf die Anregung von Kreativität noch darüber hinausgeht.³⁷

Auf der Ebene der Rezeptionen oder, genauer gesagt, der Referenzen ist dagegen deutlich festzustellen, dass stark selektiert wird und nur wenige Themen sich in der Diskussion bewähren. Die genauere Untersuchung zeigt, dass bestimmte Faktoren wirksam sind, die die Auswahl von Themen bestimmen, ähnlich den Nachrichtenwerten, die in der Forschung zu Massenkommunikation festgestellt wurden. Allerdings liegen bei den Diskursen spezifische Faktoren vor, die zusammengenommen einen durchaus positiven Effekt auf die diskursive Qualität der Kommunikation haben, weil sie zu einer Beförderung der neuen, interessanten Themen führen und nicht notwendigerweise zu einer Bestärkung von bereits in anderen Bereichen der Öffentlichkeit populären Themen. Auch auf der sachlichen Ebene findet also vermittels der Selektivität des Referenzierens eine Selbstorganisation der Kommunikation statt, die sich von außen als quasi-gesetzmäßig beschreiben lässt und deren Wirkung auf die Diskurscharakteristik für eine normative Bewertung von Diskussionsprozessen herangezogen werden kann.

37 Interessanterweise zeigte eine Untersuchung der ebenfalls im Internet angesiedelten, dennoch ganz anderen Kommunikationsform der Weblogs ganz ähnliche Ergebnisse bezüglich der Anregung unterschiedlicher Deutungsmuster und der Kreativität. Vgl. Albrecht et al. 2008.

DISKUSSION

Zusammenfassung der theoretischen und empirischen Ergebnisse

Beziehen wir die in der vergleichenden empirischen Untersuchung gewonnenen Erkenntnisse über die Struktur und Dynamik von Diskursen auf die normative Theorie und deren bereits auf theoretischer Ebene festgestellte Probleme zurück, so ergibt sich eine ähnliche Feststellung, wie Schwinn sie über Luhmanns Systemtheorie getroffen hat: Die normative Diskurstheorie bietet »interessante Überlegungen bei problematischen Voraussetzungen« (vgl. Schwinn 1999: 189). Interessant sind die Überlegungen nicht nur aufgrund ihres Beitrags zur soziologischen Theorie, sondern auch im Hinblick auf die empirische Wirklichkeit. Die untersuchten Online-Diskurse weisen durchweg ein beachtliches diskursives Niveau auf, das sie zu Kandidaten für die durch die normative Theorie beschriebene Form von diskursiver Kommunikation macht. Entsprechend erscheinen auch die Erwartungen in Bezug auf ihren Beitrag zum politischen Prozess als gerechtfertigt, die sich aus der normativen Theorie deliberativer Demokratie ergeben.

Die bisherige Forschung über politische Diskussionen im Internet ist sowohl in ihrer übermäßig positiven als auch ihrer übermäßig negativen Bewertung dieser Form politischer Diskussionen zu korrigieren: Weder können die Besonderheiten der Kommunikation im Internet für die zuweilen beobachteten Fälle von aggressiven und nicht zielgerichteten Diskussionen pauschal verantwortlich gemacht werden, noch hat die hier vorgelegte Untersuchung Anhaltspunkte für einen grundlegenden Wandel des gesamten politischen Prozesses durch die neuen Medien ergeben, wie ihn etwa Al Gore zu einem frühen Zeitpunkt der Internetent-

wicklung voraussah (Gore 1994). Wohl aber lassen sich ebenso konstruktive wie zivile Diskussionen über das Internet und entsprechende Online-Foren durchführen, die noch dazu die besonderen Eigenschaften der Online-Kommunikation ausschöpfen, nämlich die Möglichkeiten zu zeitlich gegenüber der Interaktionssituation entzerrter Kommunikation und zu massenhafter, abgesehen von der doppelten Zugangsproblematik (technische und Kompetenz-Aspekte) weitestgehend offener Teilnahme an der Diskussion. Damit realisieren Online-Diskurse eine Form von Kommunikation, die dem deliberativen Ideal näher kommen kann als andere Formen, wenngleich auch für sie bestimmte Einschränkungen gelten, wie die Beschränkung der zur Verfügung stehenden Zeit oder die Eingrenzung auf bestimmte Themen.

Gerade die Ausführungen über die Bedingungen für derart positiv zu bewertende Diskursformen sind es allerdings, die im Vergleich zur realweltlichen Kommunikation unsere Einschätzung der »problematischen Voraussetzungen« provozieren. Denn die kommunikationstheoretische Begründung der Diskurstheorie stellt einen Zusammenhang her zwischen Bedingungen wie etwa der Gleichheit der Chancen zur Teilnahme, einer ausgewogenen Beteiligung, der Offenheit für alle relevanten Themen und dem Fokus auf Argumente einerseits und den konsensualen, für alle Beteiligten rational akzeptierbaren Ergebnissen der Diskussion andererseits, die aufgrund solcher Verfahrensbedingungen eine besondere Legitimität für sich beanspruchen können. Während sich jedoch in der empirischen Untersuchung durchaus rationale und grundsätzlich akzeptierbare, nicht durch Machteinflüsse, sondern primär durch die Kreativität der Teilnehmer beschränkte Diskursergebnisse beobachten ließen, wichen die Kommunikationsbedingungen in den Diskursen in unterschiedlichem Maße, aber insgesamt durchgehend, von den durch die normative Diskurstheorie ausgewiesenen und eingeforderten ab. In Verbindung mit der aus einer theoretischen Perspektive vorgebrachten Kritik an den kommunikationstheoretischen Grundlagen der Diskurstheorie schließen wir, dass sich der angenommene Zusammenhang zwischen den Kommunikationsbedingungen und den diskursiven Ergebnissen und Leistungen nicht in der in der Diskurstheorie angenommenen Weise bestätigen lässt. So interessant die Überlegungen zum Stellenwert von Diskursen im politischen Prozess sind, so problematisch sind ihre theoretischen Voraussetzungen, sofern sie die hier kritisierten Zusammenhänge herstellen und begründen.

Betrachten wir vor dem Hintergrund von theoretischer Kritik und empirischen Ergebnissen noch einmal diejenigen Qualitäten der Kommunikationsformen, die von der normativen Theorie für den öffentlichen Diskurs eingefordert werden. Wir orientieren uns dabei an der bereits im

empirischen Abschnitt herangezogenen, auf die Praxis realweltlicher Kommunikation bezogenen Darstellung von Peters (1994), der drei grundlegende Strukturmerkmale des normativen Modells öffentlicher Kommunikation anführt. Das erste Strukturmerkmal ist die »Gleichheit und Reziprozität« der kommunikativen Beziehungen, nach der jeder potentiell Betroffene in gleichem Maße teilnehmen und sein Anliegen zu Gehör bringen können soll. Unsere Studie hat zum einen für den Fall der Online-Deliberation bestätigt, was Untersuchungen öffentlicher Kommunikation bereits vielfach festgestellt hatten, nämlich dass die Gleichheit der Beteiligung bereits bei einer kleinen Gruppe nicht mehr sichergestellt werden kann, ohne den Kommunikationsprozess zu stören und künstliche Steuerungsmechanismen einzuführen. Zum anderen zeigt die Beobachtung von anonymen Online-Foren, dass das beschriebene Phänomen offenbar nicht in erster Linie durch die Merkmale der Teilnehmer bedingt ist, sondern vielmehr ein Resultat der im Kommunikationsprozess wirksamen Mechanismen darstellt.

Zwar gesteht die normative Theorie ein derartiges Gefälle im Ausmaß der faktischen Beteiligung ein, doch richten sich die Bemühungen, deren angenommene negative Folgen abzuwenden, vor allem auf die Auswahl der Teilnehmer und den Abbau von Zutrittsbeschränkungen, etwa in Form von Ausgewogenheitsforderungen im Rundfunk (Peters 2001: 674). In der vorliegenden Studie konnten sozialstrukturelle Merkmale der Teilnehmer und ihr Einfluss auf die Diskussion nur im begrenzten Rahmen einer Einzelfallstudie untersucht werden. Dort zeigte sich allerdings, dass neben eventuellen soziostrukturellen Determinanten der Medienpräferenz (wie sie vor allem von der »Uses & Gratifications«-Theorie betont werden, vgl. Jäckel 2005: 70ff.) auch das Thema der Diskussion und die institutionelle Anbindung eine Rolle spielen.

Entgegen dem vorherrschenden Fokus auf die Beschränkungen des Zugangs zur Diskussion zeigt unsere empirische Untersuchung, dass eine wesentliche Ursache für Ungleichheiten der Beteiligung im Prozess der Kommunikation selbst zu sehen ist, nämlich in der Ausdifferenzierung unterschiedlicher kommunikativer Rollen. In diesem Zusammenhang ergab sich durch die Identifizierung dreier unterschiedlicher Teilnehmerrollen ein wichtiges Korrektiv zur verbreiteten Vorstellung einer Zweiteilung der Teilnehmerschaft in aktive und passive Teilnehmer, verbunden mit der Vorstellung, die aktiven Teilnehmer würden die Diskussion inhaltlich dominieren und in ihrem Sinn dirigieren. Dass dem nicht so ist, ergibt sich aus der differenzierten Betrachtung sowohl der Aktivität der Teilnehmer als auch ihrer Resonanz in der Diskussion. Demnach dominieren die besonders aktiven Teilnehmer die Diskussion allein in quantitativer Hinsicht, wohingegen sie inhaltlich eine eher mo-

derierende Rolle einnehmen, die insbesondere Hilfestellungen gegenüber den weniger aktiven Teilnehmern einschließt.

Noch stärkeres Gewicht in der Kritik der normativen Theorie gewinnen diese Ergebnisse durch die gleichzeitige Betrachtung einer wichtigen Dimension der diskursiven Kommunikationsform, nämlich der Interaktivität zwischen den Teilnehmern. Hier zeigte sich in der vergleichenden Analyse der neun Fälle, dass zwischen der Dimension der Ungleichheit der Beteiligung und der Dimension der Interaktivität der Diskussion ein Zusammenhang besteht. Dieser Zusammenhang ist aber nicht in der Form ausgeprägt wie in der theoretischen Literatur, insbesondere im Anschluss an Mills, angenommen, nämlich als Paarung von gleichmäßig verteilter Beteiligung und hoher Interaktivität auf der einen Seite und von ungleichmäßiger Beteiligung und unidirektionaler Kommunikation auf der anderen Seite. Vielmehr ist eine positive Korrelation zwischen dem Ausmaß an Ungleichheit der Beteiligung und dem Grad der Interaktivität des Diskurses festzustellen. Das heißt, starke Ungleichheit wirkt sich keineswegs negativ auf die Interaktivität aus, sondern kommt gepaart mit einem hohen Grad von Interaktivität vor.

Dieses Ergebnis widerspricht unmittelbar der Annahme der normativen Diskurstheorie, dass diskursive Kommunikation sich vor allem in kleinem Rahmen und unmittelbarem, interaktivem und gleichberechtigtem Austausch einstellen kann. Die empirische Analyse deutet vielmehr darauf hin, dass die Rollendifferenzierung unter den Teilnehmern, die hier als Ursache der ungleichmäßigen Beteiligung identifiziert wurde, durchaus zur Qualität der Diskussion im Sinne eines stärkeren Austauschs zwischen den Teilnehmern beiträgt. Daher ist Peters zuzustimmen, wenn er in Bezug auf große Öffentlichkeiten bemerkt, das Gleichheitsprinzip der normativen Theorie müsse revidiert werden (Peters 1994: 52). Allerdings ist die Revision nicht in Richtung einer Quotierung der Beitragsmengen auszugestalten, sondern viel grundlegender in Richtung einer differenzierten Berücksichtigung sowohl der Beiträge als auch der wechselseitigen Bezugnahmen unter den Teilnehmern.

Als zweites Strukturmerkmal fordert die normative Theorie die prinzipielle Offenheit des Diskurses für Themen und Beiträge sowie adäquate Kapazitäten zu ihrer Verarbeitung auf Seiten der Teilnehmer. Außer durch spezielle Gebote wie z. B. des Respekts und der Allgemeinheit der Themen soll nur der Diskurs selbst über die Relevanz von Themen und Beiträgen entscheiden. In der Tat hat die empirische Untersuchung gezeigt, dass sich typische »Diskurswerte« aufzeigen lassen, die, ähnlich wie die Nachrichtenwerte in der massenmedialen Kommunikation, die Wahrscheinlichkeit beeinflussen, dass ein Beitrag rezipiert wird und durch einen Folgebeitrag Anschluss innerhalb der Diskussion findet.

Diese Diskursfaktoren begünstigen im Ergebnis die Rezeption von originären, konstruktiven Meinungsäußerungen, aber auch von Diskussionsbeiträgen, die sich reflexiv auf die vorangehenden beziehen. Zwar zeigt sich also eine starke Selektivität der Anschlusskommunikation, doch wirkt sich diese nicht als Verhinderung von neuen Inhalten aus, sondern unterstützt bzw. belohnt eher noch deren Einbringung.

Darüber hinaus weisen die Diskurse eine große Offenheit für Themen auf, sofern sich diese innerhalb des Themenrahmens bewegen. Der Themenrahmen selbst wurde dabei – im Gegensatz zu Ergebnissen anderer Beobachtungen – erstaunlich gut eingehalten, ein Ergebnis, das unter anderem dem direkten oder vermittelten Einfluss von Moderatoren bzw. deren schierer Präsenz zuzurechnen sein dürfte. Die Online-Diskurse entsprechen also weitgehend dem normativen Ideal der Offenheit für Themen und Beiträge, zumindest soweit dieses wie von Peters als »Merkmal des Auswahlprozesses« verstanden wird (Peters 1994: 63). Sie operieren zwar hochgradig selektiv bezüglich der Kontinuierung nur bestimmter Beiträge, doch fördern die dabei wirksamen Selektionskriterien offenbar gerade neue und originäre Beiträge und regen dadurch zu einer Bereicherung der Diskussion mit immer neuen Themen an – sofern sich diese innerhalb des aufgespannten Rahmens bewegt.

Schließlich bilden die diskursiven Strukturen der Kommunikation das dritte relevante Merkmal der Qualität von Diskursen in den Augen der normativen Theorie. Unter diesen Aspekt fallen insbesondere die Form von Beiträgen sowie die Arten der Bezugnahme der Teilnehmer aufeinander. Die normative Theorie sieht hier insbesondere Ernsthaftigkeit der Teilnehmer vor, die sich in ihren Beiträgen auf sachliche Argumentation beschränken sollen und alle nicht-rationalen Formen der Beeinflussung, wie z. B. emotionale Appelle oder zu stark subjektiv geprägte Sichtweisen, aus der Kommunikation heraushalten sollen. Außerdem wird von den Teilnehmern eine Orientierung auf wechselseitig akzeptierbare Äußerungen erwartet, also auf einen Konsens hin.

Dagegen wurde in der Literatur zur politischen Deliberation häufig auf die inhärente Verknüpfung nicht-argumentativer Aspekte mit Kommunikation hingewiesen, die nur eine analytische Trennung von sachlicher Ebene und anderen Ebenen der Kommunikation zulässt. Ebenso wurde etwa der große Wert von Narrationen für den Diskurs in der theoretischen Literatur (Guttman/Thompson 1996; Young 1996, 2000; Sanders 1997; Dryzek 2000; D. Miller 2002) sowie auf der Basis empirischer Untersuchungen betont (Polletta/Lee 2006). Auch wurde auf die exkludierende Wirkung von argumentativer Kommunikation verwiesen, also darauf, dass potentielle Teilnehmer von einer Diskussion abgeschreckt werden, die ein hohes Maß an Informiertheit und Sachbezogen-

heit von den Teilnehmern abfordert (Young 1996; 2000; Gambetta 1998). Schließlich bildet die Konsensorientierung einen zentralen Gegenstand der Kritik (Young 1986; Rescher 1993), der allerdings in der Entwicklung der normativen Diskurstheorie entsprechend abgeschwächt wurde (Habermas 1996c: 335f.).

Unsere Theoriediskussion hatte bereits ergeben, dass die Auszeichnung von Argumentation als einer für die Rationalisierung und Legitimierung von Diskussionen privilegierten Form der Kommunikation auf problematischen theoretischen Annahmen beruht. Die empirische Beobachtung der Diskussion in den Online-Foren zeigte, dass sowohl argumentative als auch andere Formen der Kommunikation verwendet werden, unter letzteren sind etwa narrative, expressive, rein informative oder auch provozierende Formen zu nennen. Entgegen der Argumentation von Autoren, die Deliberation an das Modell alltäglicher Kommunikation annähern, fand unsere Studie keinen Beleg für eine besondere, reaktionssteigernde Wirkung von narrativen Elementen in den Beiträgen, also von Schilderungen persönlicher Erlebnisse.

Betrachtet man die Form der Kommunikation vor dem Hintergrund der Frage, inwieweit jeweils die Fortführung des Diskussionsprozesses durch Anschlusskommunikation angeregt wird, zeigt sich, dass Narrationen weder besonders stark zur Fortsetzung der Kommunikation durch Anschlussbeiträge beizutragen noch sich abschwächend auf die Anschlusswahrscheinlichkeit auswirkten. Auch ob ein Beitrag Argumente enthielt oder nicht, wirkte sich nicht in feststellbarem Maß auf die Anschlusswahrscheinlichkeit aus. Ebenso fanden auch solche Beiträge weniger Resonanz, die sich kritisch oder affirmativ auf andere Beiträge bezogen. Dagegen wurden bevorzugt Beiträge aufgenommen, die eine eigene, neue Meinung zur Diskussion beisteuerten oder konstruktiver Art waren. Diesen Ergebnissen zufolge scheint sich also keine deutliche Orientierung auf Argumentation in den Diskussionen einzustellen. Gleichzeitig zeigen sich aber auch nicht die in der kritisch gegenüber der normativen Diskurstheorie eingestellten Literatur angeführten Argumentationsketten, in denen sich Kritik an Kritik reiht, ohne dass sich die Diskussion in der Sache bewegen würde.

Zwei weitere Eigenschaften, die üblicherweise mit Argumentativität assoziiert werden, erwiesen sich allerdings wiederum als anschlussverstärkend: ein gewisser Grad der Zivilität von Beiträgen, der sich in Form von sachlicher, nicht auf die Person gerichteter Kommunikation ausdrückte oder aber in der Abwesenheit von provokativen Elementen, sowie eine Reflexivität, die nicht die Sinnhaftigkeit oder die Einzelheiten des gesamten Diskussionsprozesses infrage stellt (und aus dem thematischen Rahmen fallen würde), sich aber durchaus reflektierend auf den

unmittelbar vorausgehenden Prozessabschnitt bezieht. Beide Aspekte unterstützen die sachliche Orientierung der Diskussion. Ebenfalls fand sich in keiner der Diskussionen ein nennenswerter Anteil strategischer Verhandlung, was allerdings vermutlich dem Umstand geschuldet ist, dass es in keiner der Diskussionen um konkrete Entscheidungen ging, sondern allein um die Erstellung von Meinungsbildern und die Anreicherung der Entscheidungsmöglichkeiten.

Dennoch erfolgte die diskursive Kommunikation in einer Weise, die nicht der Fixierung auf ernsthafte Argumentation in der normativen Diskurstheorie entspricht. Denn zur Feststellung, dass die Verwendung von Argumenten nicht zur Resonanz beiträgt, gesellt sich die Beobachtung, dass die Teilnehmer mit ihrer kommunikativen Rolle experimentieren. Dies beginnt bei der Wahl eines Pseudonyms (in den DEMOS- sowie EU-Diskussionen), die zum Teil als ironische Anspielungen zu verstehen sind. Dazu gehören auch Beiträge, die im strengen Sinne als Täuschungen zu verstehen wären, da in ihnen ein Teilnehmer nicht seine persönlich-subjektiven Ansichten ausdrückt, sondern aus einer hypothetischen Position heraus Stellung bezieht. Für diese Art von Beiträgen, zu denen auch das Verhalten von »Agents provocateurs« zu zählen ist, scheint uns allerdings der Begriff der »Probekommunikation« (in Anlehnung an den Begriff des Probehandelns bei Freud, vgl. Lepenies 1967: 48) angemessener als der der Täuschung. Denn dann wird auch deutlich, dass diese Kommunikationsformen nicht das »für kommunikative Verständigung notwendige Vertrauen« zerstören (Peters 1994: 66), sondern vielmehr ein wichtiges Mittel des Umgangs der Teilnehmer mit komplexen und nicht vollständig rational zu durchschauenden Problemstellungen darstellen und insofern wesentlich zur diskursiven Kommunikation gehören.

Schließlich ist auch das hohe Maß an Engagement, das sich in vielen Diskussionen feststellen ließ und sich insbesondere in der hohen Zahl von Beiträgen äußert, sowie das Interesse an inhaltlichen Konflikten bzw. am Dissens ein Indikator dafür, dass die Teilnehmer die Herausforderung diskursiver Kommunikation als spielerische Herausforderung annahmen und sich entsprechend positionierten und verhielten. Dieses geteilte Interesse an der Auseinandersetzung, wenn auch nicht in argumentativ-ernsthafter Weise, sondern auch in einer an der Ausreizung und Modifikation der Diskursregeln orientierten Weise, schaffte sozusagen auf einer Metaebene eine Gemeinsamkeit, wo sie sachlich häufig nicht gegeben war. Entsprechend der bereits im empirischen Teil festgestellten Ausdifferenzierung einer Metaebene der Kommunikation lässt sich auch die Form der Kommunikation als in wesentlichen Teilen auf diese Metaebene bezogen einordnen. Eine solche Differenzierung weicht

zwar vom normativen Diskursmodell deutlich ab, das eine sachliche Orientierung als notwendig ansieht, sie legt aber auf der anderen Seite einen wichtigen Grundstein für die individuelle Motivation sowie das gemeinschaftliche, auf wechselseitige Bezugnahme ausgerichtete Engagement der Teilnehmer.

Das Beispiel des Versuchs einer Nutzung des Diskurses für die Durchsetzung eigener Interessen, das im Fall der Hamburger DEMOS-Diskussion zur »Wachsenden Stadt« beobachtet wurde, zeigt auf, dass diskursgefährdende Beiträge gerade deshalb geringe Chancen auf Erfolg hatten, weil die anderen Teilnehmern nicht im vollen Maße inhaltlich auf sie eingingen, sondern die auf die Diskursebene selbst zielende Gefahr erkannten und die Argumentation in solche Aspekte aufgliedern konnten, die in Einklang mit der Diskurstradition standen, wohingegen andere Aspekte unbeantwortet blieben. Peters sieht in seiner Analyse der mit Blick auf empirische Bedingungen der Kommunikation vorgebrachten Einwände gegen die Diskurstheorie keine Notwendigkeit, die normativen Prinzipien in diesem Punkt zu revidieren (Peters 1994: 70). Unsere Ergebnisse verweisen dagegen auf die Bedeutung von Faktoren wie die Motivation der Teilnehmer und deren hypothetische, kritisch-reflexive Haltung gegenüber dem Diskurs, die in einem spielerischen, unernsten Umgang mit den Diskursregeln ihren Ausdruck finden. Für diese Kommunikationsformen stellt das argumentative, rein sachliche Diskutieren offenbar kein adäquates Modell dar.

Die in dieser Studie vorgelegten empirischen Untersuchungen belegen also die auf kommunikationstheoretischer Ebene festgestellten Schwierigkeiten der normativen Diskurstheorie. Gleichzeitig verweisen sie aber auch durch ihren Detailreichtum und ihre Reibungspunkte mit der Literatur zur Online-Kommunikation einerseits und zur Deliberationsforschung andererseits auf Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Theorie hin zu einer realistischeren und belastbareren kommunikationstheoretischen Grundlage der Theorie politischer Diskurse.

Dass die normative Diskurstheorie dafür einen ausgezeichneten Ausgangspunkt darstellt, ist aus dem Stellenwert der Theorie in der aktuellen demokratietheoretischen Diskussion ebenso ersichtlich wie aus der insgesamt zutreffenden Beschreibung der Leistungsfähigkeit von Diskursen zur Bereicherung des politischen Prozesses, insbesondere der Meinungsbildung. So erwiesen sich die untersuchten Diskurse – bei Abstrichen in einzelnen Fällen und Aspekten – als gelungene Beispiele der Einbeziehung von Bürgern in den Entscheidungsfindungsprozess, wobei die technische Vermittlung eine neuartige, aber im Vergleich zu etablierten medialen Kontexten nicht wesentlich andere Form der diskursiven Kommunikation möglich machte. Die Ergebnisse der Diskurse – die

große Zahl der Teilnehmer und Beiträge sowie das Ausmaß wechselseitiger Bezugnahmen, die Vielfalt und Konstruktivität der erarbeiteten Vorschläge sowie die positive Resonanz, die sich an den Selbstäußerungen der Teilnehmer über die Diskurse ablesen lässt – entsprechen den Erwartungen der normativen Diskurstheorie durchaus und bekräftigen deren Annahmen über die Rolle von Diskursen in der öffentlichen Kommunikation.

Diese Ergebnisse sind allerdings auf der Basis anderer kommunikativer Bedingungen und Formen entstanden als in der normativen Diskurstheorie angenommen. Daher ist zu fragen, wie die kommunikationstheoretische Grundlegung einer Diskurstheorie zu fassen ist, die bei anderen Grundannahmen zu ähnlichen Ergebnissen kommt. Zur Beantwortung dieser Frage ist zunächst etwas weiter auszuholen. Wir untersuchen zunächst verschiedene sozialwissenschaftliche Diskursmodelle, die in Konkurrenz zu dem Modell der normativen Diskurstheorie stehen und daher bisher außen vor gelassen worden waren. Auf dieser Basis wird schließlich ein alternatives kommunikationstheoretisches Modell diskursiver Kommunikation skizziert.

Diskursive Kommunikation in der Perspektive alternativer Theorien

Der folgende Überblick alternativer theoretischer Beschreibungen diskursiver Kommunikation beschränkt sich auf einen kursorischen Durchgang ohne Anspruch auf umfassende Würdigung der einzelnen (Groß-)Theorien, der folgende Modelle umfasst: den Diskursbegriff von Michel Foucault, die kommunikations- und diskurstheoretischen Aussagen von Pierre Bourdieu und die Theorie des symbolischen Interaktionismus. Die Theorien werden nur soweit dargestellt, wie sie sich auf die Grundlagen diskursiver Kommunikation beziehen bzw. beziehen lassen. Inspiriert durch diese theoretischen Modelle, soll im nachfolgenden Abschnitt eine eigene Sichtweise der kommunikationstheoretischen Grundlagen von politischen Diskursen skizziert werden.

Foucault: Diskurse als Strukturen des Wissens

Habermas' Diskursbegriff hat in der Demokratietheorie große Resonanz gefunden. Innerhalb der Kulturwissenschaften ist jedoch die Diskursthe-

orie Foucaults prägender gewesen.¹ Foucault bildet in verschiedener Hinsicht einen Kontrapunkt zu Habermas (Schöttler 1997: 138f.): Während Habermas an einer durch Vernunft begründeten Theorie festhält, zeichnet sich Foucaults Theorie gerade durch eine radikale Vernunftkritik aus (Ingram 1994). Auch konzentriert sich Foucaults Untersuchung diskursiver Formationen auf solche Wissensstrukturen, die bereits systemisch ausdifferenziert sind, wie z. B. in Medizin, Politik, Recht etc. Dagegen geht Habermas mit seinem lebensweltlichen Diskursbegriff von einer quer zu den systemisch ausdifferenzierten Gesellschaftsbereichen verlaufenden Form der Kommunikation aus. Schließlich bevorzugt Foucault eine historisch vergleichende Perspektive der Kontingenz, wohingegen sich Habermas stärker für die universal übergreifenden Merkmale diskursiver Kommunikation interessiert. Trotz dieser unterschiedlichen Ausgangspunkte erscheint ein Vergleich beider Theorien aufschlussreich, da beide Autoren den philosophischen Ausgangspunkt einer Verabschiedung der Subjektphilosophie teilen und in ihrem sozialphilosophischen Ansatz den »linguistic turn« nachvollziehen.

Die folgende Diskussion behandelt zunächst die philosophischen bzw. sozialtheoretischen Grundlagen, auf denen Foucault seine Theorie aufbaut. Bereits genannt wurden die Vernunftkritik und der Abschied von der Subjektphilosophie. In einem zweiten Schritt wird der Begriff des Diskurses dargestellt und analysiert. Schließlich kommen die unterschiedlichen Perspektiven auf Diskurse, die sich aus der Theorie ergeben, in den Blick, namentlich die archäologische und die genealogische Analyse. Neben den Strukturmerkmalen von Diskursen geht es dabei auch um den Begriff der Macht, an den sich die kritische Diskussion der Foucault'schen Diskurstheorie anschließt.

Foucaults Diskursbegriff ist vor dem Hintergrund der von ihm entwickelten Variante poststrukturalistischer Theorie zu verstehen. Ausgehend von einer strukturalistischen Perspektive, die sich an der Weiterführung des »linguistic turn« sowie an Foucaults Interesse an einer »Tiefengrammatik« des Sozialen (Honneth 2003: 26) bzw. an den generativen Codes (Rusterholz 1996: 175) ablesen lässt,² entwickelt er diese in drei Richtungen weiter. Verglichen mit dem Strukturalismus, ist Foucaults Theorie sensibler für die Rolle von Zeit in sozialen Prozessen –

1 Vgl. etwa Keller 2004: 16: »Für die heutige Begriffskonjunktur von ›Diskurs‹ sind die Arbeiten des Philosophen Michel Foucault am folgenreichsten«.

2 Geertz nannte ihn einmal einen »counter-structuralist structuralist« (Geertz 1978). Allgemein zu strukturalistischen Einflüssen bei Foucault vgl. Dreyfus/Rabinow 1994. Foucault selbst wehrte sich allerdings entschieden gegen die Bezeichnung als Strukturalist (s. Foucault 1969: 1063).

als historische Kontingenz (vgl. Foucault 1974: 44 sowie 1971: 180f.) wie auch als temporale Dynamik (vgl. Reckwitz 2000: 270ff.). Die Betonung der Möglichkeit einer Transformation von Ordnungen steht im Gegensatz zur einseitigen Betrachtung von Strukturen als determinierend im Strukturalismus (vgl. Frank 1984: 234). Schließlich geht es Foucault auch um die Kontextualisierung der diskursiven Praktiken in Feldern der Macht oder der Wissenschaft, mit der eine isolierte Betrachtung vermieden werden soll.

Der Begriff des Diskurses selbst wird von Foucault nicht präzise definiert, vielmehr führt er ihn als offenen Begriff ein (vgl. Foucault 1973: 48ff.), der nicht zu einer Theorie des Diskurses hinführen soll (Dreyfus/Rabinow 1994: 11), sondern eine allgemeine Forschungsperspektive umreißt (vgl. auch Keller 2004; Kneer 1996). Die bereits erwähnten epistemologischen Ausgangspunkte grenzen den Diskursbegriff zunächst ein. Foucault geht es beim Diskursbegriff nicht allein um Kommunikation, sondern allgemeiner um soziale Praktiken und Strukturen des Wissens. Kommunikation spielt dabei eine bedeutende Rolle, besonders in der frühen Phase der Werkentwicklung, die noch unmittelbar an die linguistische Wende anknüpft. Dabei ist aufschlussreich, dass Foucault den Kommunikationsbegriff selbst nicht verwendet, offenbar um den Anklang eines Austauschs zwischen Subjekten zu vermeiden (Reckwitz 2000: 271, FN 138), bzw. Kommunikation als dem Diskurs untergeordnet ansieht (Foucault 1974: 27; vgl. auch Bublitz 2001: 81). Gemäß seiner These vom Verschwinden des Autors (Foucault 1969) sollen auch bei der Betrachtung von Diskursen nicht die Intentionen und Merkmale der beteiligten Subjekte im Vordergrund stehen, sondern allein die überindividuellen Strukturmuster. Des Weiteren gilt die Brüchigkeit historischer Entwicklungen auch für Diskurse, die zwar einerseits eine gewisse Einheitlichkeit aufweisen müssen, um als Zusammenhang erkannt zu werden, die aber andererseits intern Brüchen, Verschiebungen und Wandlungsprozessen ausgesetzt sind.

Der Diskurs ist bei Foucault im Wesentlichen monologisch zu verstehen (Bublitz 2003: 5), also als Form einer Rede, die sich zwar aus unterschiedlichen Quellen speisen kann (wie an Foucaults Ablehnung des Werkbegriffs deutlich wird, vgl. Konersmann 1991: 67), im Gegensatz zum Dialog jedoch keinen Austausch zwischen unterschiedlichen Sichtweisen vorsieht. Diskurse sind Mengen von Aussagen (Foucault 1974: 9; Foucault 1973: 41, 156; Kneer 1996: 225; Reckwitz 2000: 271, 274, FN 150; Keller 2004: 44) – wobei sich an diese Definition gleich zwei Einschränkungen anschließen. Zum einen sind unter Aussagen nicht raumzeitlich einmalige, ereignishaft Elemente der Kommunikation zu verstehen. Vielmehr sind Aussagen wiederholbar, sie können von

unterschiedlichen Individuen geäußert werden, und sie haben über längere Zeiträume hinweg Bestand.³ Zum anderen beschreibt der Diskursbegriff gerade nicht eine Menge von Aussagen in einem substantiellen Sinn, also z. B. die bezeichneten Objekte, verwendeten Äußerungstypen bzw. -stile oder die angesprochenen Themen und Begriffe (vgl. Foucault 1973: 48ff.). Vielmehr geht es um den Zusammenhang von Aussagen im Sinne einer »Geordnetheit des Sagbaren und des Intelligiblen« (Saar 2003: 233; vgl. Keller 2004: 44). Der Begriff des Diskurses soll all das beschreiben, was aus einer Menge von Aussagen erst ein kohärentes Ganzes macht und ihm gegenüber dabei vorgängig ist (Bublitz 2001: 81), also ihre Formationen.⁴ Insofern wird Foucaults Diskursbegriff auch als Paradox charakterisiert, das sowohl die Materialität des Geäußerten als auch dessen Strukturen beschreiben soll (Sawyer 2002: 440). Auch die Stellung »zwischen dem Denken und der Sprache« (Foucault 1974: 31), die Foucault dem Diskurs zuweist, verdeutlicht die besondere Fassung, die Foucault dem Diskursbegriff gibt.⁵

Das Modell der diskursiven Formation als Relationenstruktur von Aussagen erinnert zunächst an das Netzwerk von Kommunikationsflüssen, das Habermas als Modell der Öffentlichkeit vorschwebt (Habermas 1992a: 436). Foucault geht es allerdings bei den relevanten Zusammenhängen nicht um pragmatische Aspekte der Verständigung (wie Haber-

-
- 3 Damit ist der Begriff der Aussage allerdings auf ein Identitätskriterium angewiesen, das Foucault in den institutionellen und strukturellen Zusammenhängen gegeben sieht (Foucault 1973: 148f.). Die Strukturen des Diskurses bedingen somit die Identität einer Aussage, die ihrerseits allerdings wiederum definierendes Element des Diskurses ist. Mit dieser Konzeption, so die Kritik von Kneer (1996: 235), manövriert sich Foucault zum einen in tautologische Probleme, zum anderen bleibt er einem strukturalistischen Prinzip der Vorgängigkeit der Struktur vor dem Element verhaftet, von dem er sich abgrenzen wollte.
 - 4 Entsprechend besteht zwischen Aussagen und Sprechakten auch keine wesentliche Differenz, wie von Foucault zunächst angenommen (1973: 120ff.). Wohl aber besteht ein Unterschied im Interesse der Sprechakttheorie an der Konstitution autonomer Bereiche der Kommunikation (also von Diskursen) durch Aussagen, wohingegen sich die Sprechakttheorie für die Regeln der Konstruktion von Aussagen interessiert (vgl. Dreyfuss/Rabinow 1994: 71).
 - 5 Dabei klingen auch wissenschaftstheoretischen Positionen an, die von Fleck (1935) und Ajdukiewicz (1935) vorbereitet und von Kuhn (1967) populär gemacht wurden. Auch bei Habermas hatten wir auf die wissenschaftstheoretischen Vorbilder des Diskursmodells hingewiesen, die in seiner Weiterentwicklung des Peirce'schen Falsifikationismus zum Ideal der Sprechsituation zu sehen sind. Ein weiterer impliziter Bezugspunkt besteht in der Nutzung der Analogie von Rechtfertigungs- und Entdeckungszusammenhang zur Beschreibung unterschiedlicher Aspekte politischer Öffentlichkeit (Habermas 1992a: 373).

mas bzw. der Sprechakttheorie), sondern um die Bedingungen und Codes, die eine Aussage als einem spezifischen Diskurs zugehörig kennzeichnen (Dreyfuss/Rabinow 1994: 71). Ebenso grenzt sich Foucault von der Frage nach den semantischen Strukturen von Kommunikation ab (die in der Systemtheorie im Vordergrund stehen). Vielmehr geht es ihm bei Diskursen um diejenigen Formationsregeln, die der Semantik sowie den im Rahmen einer Semantik formulierten einzelnen Aussagen zugrunde liegen (Foucault 1973: 73f., 91f., 207f.). »Der Wissenscode und die Formationsregeln legen damit gewissermaßen ein kulturelles Schema des Denk- und Sagbaren fest, das sich dann in verschiedenen Semantiken ausdrücken kann und das in diesem Sinne vor-semantisch ist« (Reckwitz 2000: 275).

Doch welcher Art sind die Erzeugungsstrukturen der Diskurse, die Formationen oder Wissenscodes bzw., in der »Genealogie«, ihre Entstehungsbedingungen und Determinanten? Zum einen sind sie sprachliche, überindividuelle Strukturen mit materiellem Charakter, zum anderen aber auch generative Strukturen, »eine komplex strukturierte, macht-basierte Matrix zur Generierung von Sprachhandlungen mit Wahrheitsanspruch« (Bublitz 2003: 10, vgl. auch Honneth 2003: 23, der von »sozialkonstitutiven Regeln« spricht). Der Diskurs ist also nicht nur eine Menge von Aussagen bzw. eine Wissensformation, sondern auch eine soziale Kraft, die eigenständig soziale Tatsachen schaffen kann: »Man muss den Diskurs als eine Gewalt begreifen, die wir den Dingen antun; jedenfalls als eine Praxis, die wir ihnen aufzwingen. In dieser Praxis finden die Ereignisse des Diskurses das Prinzip ihrer Regelmäßigkeit« (Foucault 1974: 34f.).

Ein Beispiel für einen Diskurs ist der von Foucault so bezeichnete »Diskurs der Wahrheit«, also die historische Ausdifferenzierung von Regeln, die darüber bestimmen, was als wahr bezeichnet werden kann und welche Relevanz der Wahrheit von Aussagen in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen zukommt. Außerdem geht es Foucault um die »Aufteilungs-, Ausschließungs- und Knappheitsprinzipien des Diskurses« sowie um die »Kraft, Gegenstandsbereiche zu konstituieren« (Foucault 1974: 43). Foucault verortet die Regeln des Diskurses jedoch zunächst nicht in gesellschaftlichen Institutionen, sondern in der Kommunikation selbst, in ihrer Materialität.⁶ Die Formationsregeln eines Diskurses lassen sich daher auch nicht auf Intentionen von Akteuren zu-

6 Vgl. Kneer (1996: 227): »Die Einheit des Diskurses liegt, so Foucault, nicht außerhalb des Diskurses, sondern in ihm selbst, in der ihm eigenen Form, der Gesetzmäßigkeit, kurz: in seinem diskursiven Formationssystem begründet«.

rückführen,⁷ sie offenbaren sich erst der Analyse eines wissenschaftlichen Beobachters. Es bleibt jedoch ein methodologisches Problem der Identifizierung dieser Formationsregeln, das auf die bereits erwähnte Problematik des Begriffs der Aussage verweist. Später entwickelt Foucault daraus eine allgemeiner praxisorientierte Sichtweise, die die kommunikative Materialität zugunsten körperlicher Praktiken in den Hintergrund drängt.⁸

Ein anderes Problem von Foucaults Diskursbegriff ist die gesellschaftliche Ebene, auf der er sich verorten lässt. Dem Anspruch Foucaults nach müssten sich Diskurse auf allen Ebenen sozialer Kommunikation nachweisen lassen, vom mündlich gehaltenen Dialog über politische Diskussionen bis hin zu kommunikativen Auseinandersetzungen, wie sie z. B. in der Theologie nicht über Jahrzehnte, sondern über Jahrhunderte hinweg geführt werden. Foucault jedoch konzentriert sich auf historische Wandlungsprozesse diskursiver Formationen in sachlich und sozial ausdifferenzierten Sphären der Gesellschaft wie z. B. der Wissenschaft, der Medizin oder des Strafvollzugs. Für unsere Frage der Anwendung auf politische Diskussionen ist diese Fokussierung insofern problematisch, als bei einem so weiten und globalen Zugriff auf Geschichte die Freiheiten und der Beitrag des Einzelnen zwangsläufig aus dem Blick geraten. Gerade die kommunikative Dynamik von Diskursen als konkret ablaufende Kommunikation, die sich aus der Produktion und Rezeption von Äußerungen ergibt, gerät bei Foucaults sowohl in sozialer als auch zeitlicher Hinsicht weit angelegter Betrachtungsweise ebenso aus dem Blick wie ihre sachlich-systemische, Grenzen überwindende lebensweltliche Kraft.⁹

7 »Foucault kann darüber hinaus darauf hinweisen, dass er bei seinen Rekonstruktionen etwa der wissenschaftlichen Formationsregeln der Neuzeit völlig ohne Rückgriff auf ›mentale‹ Phänomene auskommt: Ohne etwaige mentale Eigenschaften der Menschen auch nur zu kennen, kann er offenbar die Wissensordnungen innerhalb von historischen Diskursformationen untersuchen. Zentral für Foucaults Wissensanalyse ist, allein das zu analysieren, was in seiner ›Materialität‹ und ›Äußerlichkeit‹ direkt zugänglich ist: Dies seien die beobachtbaren Ereignisse der (diskursiven) Praktiken« (Reckwitz 2000: 287f.). Auch Honneth liefert eine methodologische Interpretation der Autonomie des Diskurses (vgl. Honneth 1985).

8 Vgl. Reckwitz (2000: 295): »Während Foucault in der ›Archäologie‹ noch davon ausgegangen war, dass ein Wissenscode sich immer in einer diskursiven schriftlichen oder mündlichen Praxis niederschlagen muss, so stellen sich ihm nun nichtdiskursive Praktiken in genau dem gleichen Maße als ermöglicht und beschränkt durch die kulturellen Schemata der Codes dar«.

9 Vgl. dazu Dreyfus und Rabinow (1994: 304f.): »Wir behaupten, dass gerade die Strenge von Foucaults Methode auch deren Grenze festlegt. Er versteht sich so sehr auf die Geschichte von Denk- (und Praktik-)Systeme-

Neben einer »archäologischen« Beschreibung der diskursiven Formationen untersucht Foucault auch die gesellschaftlichen Verhältnisse, aus denen sie hervorgehen und durch die sie geprägt werden. Dafür sind vor allem der Begriff der *Praxis* und der Begriff der *Macht* relevant. Wie bereits angemerkt, bezieht sich der Begriff der Praxis nicht mehr allein auf die diskursiven Praktiken, die Äußerungen und Aussagen hervorbringen, sondern wird weiter gefasst. Gemeint sind damit insbesondere die »Mikropraktiken, die die Selektion bestimmter Diskurse vornehmen« (Maasen 1999: 33), also außerdiskursive Praktiken. Dabei handelt es sich um bestimmte Kontrollen, mit denen gesellschaftlich reguliert wird, welche Diskurse entstehen und bestehen können. Foucault bezieht sich dabei insbesondere auf die Disziplinierung individueller Handlungsfreiheiten in der Moderne, wobei bereits deutlich wird, dass er sein Augenmerk von Wissensordnungen hin zu Akteuren verlagert. Ebenso geht es ihm aber um die Praktiken, die dem Diskurs eine Wirkung auf die gesellschaftlichen Strukturen verleihen, die dafür sorgen, dass bestimmte Aussagen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändern und sie weiterentwickeln.¹⁰

Das Feld, in dem diese Praktiken vollzogen werden, ist somit nicht mehr das diskursive Feld, sondern, allgemeiner, das soziale Feld, in dem die Diskurse allerdings eine herausragende Rolle als Strukturen des Wissens spielen. Dieses allgemein soziale Feld ist geprägt von Kämpfen um die Machtverhältnisse, die ihrerseits die Diskurse prägen. Die Genealogie verfolgt dabei die

»Idee, dass diese Ordnung [d. h. der Diskurs als Ordnung des Sagbaren und Intelligiblen, St. A.] gestaltbar ist und gestaltet wird, dass sie Ausdruck und

men, dass er mit Gedanken und Praktiken, die nicht systematisch verbunden sind, nicht umgehen kann. Um die inneren Grenzen von Foucaults Methode zu erkennen, müssen wir drei verschiedene, aber zusammenhängende Wirklichkeiten unterscheiden: das Verständnis dessen, was in sprachlichen und anderen Alltagspraktiken als wirklich gilt; das Verständnis dessen, was in naturwissenschaftlicher Sicht als physikalische Wirklichkeit gilt; und das Verständnis dessen, was den einschlägigen Disziplinen zufolge als gesellschaftliche Wirklichkeit gilt. Foucault sagt deutlich, dass allein dieser dritte Typ von Wirklichkeit ihn interessiert«.

- 10 »Die Ordnung des Diskurses spricht von Kontrollen und Prozeduren, die dem Diskurs auferlegt werden (und die das Bild der repressiven Gesellschaft heraufbeschwören), sie spricht aber auch von Verfahrensweisen, die der Produktion der Diskurse unveräußerlich, wenn nicht dienlich sind (und die eine eher systemtheoretische Betrachtungsweise nahe legen). Entsprechend ambivalent fällt das Urteil über diese Vorgänge aus. Sie behindern und gängeln nicht nur, sie helfen und fördern auch« (Konersmann 1991: 79).

Korrelat von Macht- und Kräfteverhältnissen ist, dass in den Worten die ›Unruhe von Kämpfen, Siegen, Verletzungen, Überwältigen und Knechtschaften‹ steckt, die der Dechiffrierung durch eine ›Genealogie‹ zugänglich ist [...]« (Saar 2003: 233f., mit Bezug auf Foucault 1974).

Dieses Feld wird von Foucault mit dem Begriff der Macht bezeichnet: »Die Macht ist der Name, den man einer komplexen strategischen Situation in einer Gesellschaft gibt« (Foucault 1977: 114). Damit versucht Foucault die Vorstellung einer übersubjektiven Strukturierung des Sozialen von der diskursiven Ebene auf die Gesellschaft insgesamt zu übertragen.¹¹ Die Macht ist nicht eine Macht einzelner Akteure, sondern eine übersubjektive Struktur. Diskurse bewegen sich innerhalb dieser Struktur, während Machtstrukturen soziale Lebensweisen strukturieren, prägen Diskurse den spezifischeren Ausdruck von Wissensformationen, wobei die Machtstrukturen allgemeiner und den Diskursen vorgelagert sind.

Insbesondere der Machtbegriff erweist sich dabei als problematisch. Wie bereits der Diskursbegriff lässt er sich eher als Paradigma denn als theoretischer Begriff verstehen.¹² Dabei weitet Foucault den Machtbegriff so weit ins Allgemeine aus, dass er droht, mit dem Sozialen zusammenzufallen: Alles Soziale ist Kampf, alles Soziale ist durch Macht strukturiert. Mit einem solchen Machtbegriff ist es jedoch nicht mehr möglich, differenziert zu analysieren, wie Kneer bemerkt:

»Macht bildet ein monistisches Prinzip, das keinen Raum mehr lässt für andere Entwicklungsdimensionen. Eine derartige Theorieanlage, die auf grundbegrifflicher Ebene jegliche Multidimensionalität tilgt, scheint aber wenig geeignet zu sein, der Komplexität und Pluralität der modernen Gesellschaft gerecht zu werden« (Kneer 1996: 267).

Darüber hinaus ist der Machtbegriff auch durch seine doppelte Funktion als einerseits analytischer Begriff und andererseits kritischer Begriff überstrapaziert (vgl. Habermas 1985: 322).

Erst im Spätwerk löst Foucault den totalen Begriff der Macht auf zugunsten einer Differenzierung von Macht und Herrschaft unter dem Begriff der »Gouvernementalität«. Machtbeziehungen sind dabei flexible Zusammenhänge, die durch die Akteure beeinflusst und verändert

11 Die ähnliche begriffliche Anlage von Macht und Diskurs wird auch in der Charakterisierung beider als »Spiel« deutlich. Vgl. zu Macht als Spiel: Foucault 1977: 113f.

12 Vgl. z. B. Saar (2003: 236), der den Machtbegriff als »terminologisch und theoretisch folgenreichen Vorschlag« bezeichnet.

werden können. Nur als Herrschaft, als verfestigte und institutionalisierte Form, wird die Macht problematisch und kritisch gesehen, da sie nicht mehr der Kontrolle der beteiligten Akteure unterliegt.

Bereits die plötzlich unvermeidbare Rede von den Akteuren zeigt, dass damit ein weiterer Wandel in Foucaults Theorie verbunden ist. Wissens- und Machtstrukturen werden in seinen späteren Schriften nicht mehr als überindividuelle Strukturen angesehen, sondern als untrennbar mit den Subjekten verbundene Praktiken. Das bedeutet eine weitere Relativierung des Diskursiven und eine erneute Hinwendung zu langfristigen, nun allerdings nicht mehr institutionalisierten Formationen (bis zurück zur Antike). Der Begriff der Macht löst also nicht die Probleme der Foucault'schen Diskurstheorie, sondern verschiebt nur die Theorie weg vom Diskursiven und hin zu allgemein sozialen, vor allem körperlichen Praktiken. Für eine Bewertung des Denkers Foucault verweist diese Entwicklung sicher auf seine Originalität und Kreativität. Für die Bewertung der Diskurstheorie vor dem Hintergrund einer Suche nach Beschreibungsformen politischer Diskussionen jedoch nötigt sie uns zu einer kritischen Einstellung.

Zusammenfassend sind an Foucaults Diskursbegriff vor allem die theoretischen Ausgangspunkte positiv zu bewerten. Mit dem Fokus auf sprachliche Äußerungen bzw. Aussagesysteme, mit dem Foucault trotz der Abgrenzung von der Kommunikationstheorie auf kommunikative Prozesse abzielt, mit der Relativierung der Stellung des Akteurs gegenüber den gesellschaftlichen Strukturen, plastisch ausgedrückt in der These vom »Verschwinden des Autors«, sowie mit der Konzeptualisierung von Kommunikation als nicht durch Übereinstimmung gekennzeichnete Bereich des Sozialen, sondern als Kampf, dessen jeweiliger Stand stets kontingent bleibt, legt Foucault eine theoretische Basis, die für die Beschreibung von politischen Diskussionen im Internet zunächst sehr gut geeignet scheint. Denn im Internet kommt der kommunikative, von den Autoren relativ abgelöste Charakter von Diskursen besonders zum Tragen, und die Annahme eines Kampfes der Interessen spiegelt die Grundstruktur politischer Konflikte wider.

Insbesondere eine Anregung von Foucault wollen wir an dieser Stelle aufnehmen, die unmittelbar aus den grundlegenden Annahmen seiner Theorie hervorgeht: die Charakterisierung von Diskursen als »Spiel«:

»Der linguistische Charakter der sprachlichen Tatsachen war zu seiner Zeit eine wichtige Entdeckung. Heute ist es aber an der Zeit, diese Diskursphänomene nicht mehr nur unter sprachlichem Aspekt zu betrachten, sondern – ich lasse mich hier von anglo-amerikanischen Forschungen anregen – als Spiele, als *games*, als strategische Spiele aus Handlungen und Reaktionen, Fragen und

Antworten, Beherrschungsversuchen und Ausweichmanövern, das heißt als Kampf. Der Diskurs ist jenes regelmäßige Ensemble, das auf einer Ebene aus sprachlichen und auf einer anderen aus Polemik und Strategien besteht« (Foucault 2003: 11, Hervorh. im Orig.).

Zwar kritisiert Foucault diesen Gedanken an anderer Stelle, weil der Diskurs bei einer Betrachtung als Spiel seine Realität verliere (Foucault 1974: 32). Dennoch wollen wir diese Anregung, die wir ähnlich schon bei Derrida fanden (s. Theorieteil dieser Arbeit, S. 100), zunächst notieren und später in der Diskussion einer theoretischen Ausformung des Diskursmodells weiter verfolgen.

Insgesamt ist in Bezug auf Foucaults Diskurstheorie jedoch ein negatives Fazit zu ziehen. In Umkehrung zur obigen Bemerkung zu Habermas' Diskurstheorie lassen sich bei Foucault interessante Voraussetzungen erkennen, die jedoch in problematische Überlegungen münden. Denn Foucaults Konzepte vermögen in ihrer begrifflichen Fassung und ihren Implikationen letztlich nicht zu überzeugen. Sein Diskursbegriff ist unscharf und changiert zwischen dem Interesse an der Materialität der Kommunikation, den Aussagen, und an den ihnen bzw. ihrer Formulierung zugrunde liegenden Strukturen (und diese wiederum in der Doppelung von Regeln und Regelmäßigkeiten). Mit der Betonung der Formationsregeln und dem Fokus auf historisch langfristige, gesellschaftlich abstrakte Codes und Wissensstrukturen läuft Foucaults Diskursbegriff Gefahr, die eigentliche Kommunikation mitsamt ihrer Dynamik und Interaktivität aus dem Blick zu verlieren.

Während ein solches Verständnis von Diskursen für die Wissenssoziologie oder auch die Geschichtswissenschaft (Schöttler 1997) äußerst interessant sein mag, bereitet sie bei der Anwendung auf konkrete politische Diskussionen große Schwierigkeiten. Denn zum einen sind diese zu stark episodischer Art, als dass sich die Verschiebungen, die Foucault z. B. in Bezug auf den Code der Wahrheit oder der geistigen Gesundheit feststellte, in ihnen unmittelbar beobachten ließen. Zum anderen unterliegen sie aber auch nicht den globalen Codes, die sich im Zuge gesellschaftlicher Institutionalisierungsprozesse herausbilden, sondern stellen diese gerade in Frage, indem in ihnen unterschiedliche Sicht- und Verwendungsweisen von Sprache und Denkweisen aufeinandertreffen und im Verlauf der Diskussionen auch modifiziert werden. Foucault geht zwar selbst von einem reflexiven Charakter von Diskursen aus, wenn er sagt, der Diskurs sei »dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, deren man sich zu bemächtigen sucht« (Foucault 1974: 11). Doch er wird dieser Reflexivität mit der abstrakten Verortung seines Diskursbegriffs nicht gerecht. Die konkreten Formen des Kampfes kann

er nur im Begriff der Praxis erfassen, der wiederum eine Abkehr von kommunikativen Prozessen mit sich bringt.

Schließlich enttäuscht Foucaults Diskursbegriff auch bezüglich der in Anspruch genommenen Berücksichtigung der Temporalität sozialer Praktiken. Zwar richtet Foucault seine Analyse konsequent historisch aus, doch bleiben die Grundbegriffe längerfristigen und insofern wenig dynamischen Strukturen verhaftet. Foucault gelingt es zwar, die Möglichkeit der Veränderung und der Entwicklung immer offenzuhalten, er bietet selbst jedoch kein besonders geeignetes begriffliches Instrumentarium, um die Dynamik selbst darzustellen und zu analysieren.¹³ Die Berücksichtigung der Zeitlichkeit sozialer Praktiken, und darüber hinaus die explizit begriffliche Abbildung, bleibt somit als Desiderat auch seiner Diskurstheorie bestehen.

Während im Vergleich von Habermas und Foucault häufig Ersterer auf eine rein normativ-theoretische Perspektive verpflichtet wird und Letzterem empirische Aussagen zugestanden werden (vgl. Schöttler 1997; Keller 2004: 8; aber auch Habermas selbst: Habermas 1992b: 478), ist darauf hinzuweisen, dass sich Foucaults Analysen weniger auf die Ebene empirisch vorfindbarer Diskussionen beziehen, sondern vielmehr auf die durch die Analyse erst konstruierten, langfristigen Wissensformationen. Aus unserer Sicht sind die beiden Ansätze vor allem in ihrer Argumentationsstruktur gegensätzlich: Während Habermas (implizit) den wissenschaftlichen Diskurs zum Modell für den politischen macht, nimmt Foucault (explizit) den politischen zum Modell des wissenschaftlichen. Beide Autoren verfehlen jedoch die Ebene des Diskurses selbst (im Sinne der tatsächlich geführten Diskussion als Kommunikationsform). Ihre Theorien erweisen sich insofern als nur bedingt brauchbar für eine Beschreibung politischer Diskurse »an sich«. Aus der Kritik der beiden Ansätze heraus können wir jedoch an dieser Stelle

13 Foucault sieht diese Problematik selbst, etwa wenn er in Bezug auf den Begriff des Ereignisses ausgesprochen unbestimmt bleibt: »Wenn die Diskurse zunächst als Ensembles diskursiver Ereignisse behandelt werden müssen – welcher Status ist dem Begriff des Ereignisses zuzusprechen, der vor [sic!] den Philosophen so selten in Betracht gezogen worden ist? Gewiss ist das Ereignis weder Substanz noch Akzidens, weder Qualität noch Prozess; das Ereignis gehört nicht zur Ordnung der Körper. Und dennoch ist es keineswegs immateriell, da es immer auf der Ebene der Materialität wirksam ist, Effekt ist; es hat seinen Ort und besteht in der Beziehung, der Koexistenz, der Streuung, der Überschneidung, der Anhäufung, der Selektion materieller Elemente; es ist weder der Akt noch die Eigenschaft eines Körpers; es produziert sich als Effekt einer materiellen Streuung und in ihr. Sagen wir, dass sich die Philosophie des Ereignisses in der auf den ersten Blick paradoxen Richtung eines Materialismus des Unkörperlichen bewegen müsste« (Foucault 1974: 37).

zwei grundlegende Bausteine eines neuen Entwurfs einer Beschreibung politischer Diskurse festhalten: Den Charakter eines Spiels sowie die Reflexivität von Diskursen.

Bourdieu: Diskurse als soziale Felder

Während Foucault den sozialwissenschaftlichen Diskurs über Diskurse in noch stärkerem Maße besetzt als Habermas, scheint eine Beschäftigung mit Bourdieu in diesem Zusammenhang zunächst eher fern zu liegen. Denn Bourdieu vollzieht die kommunikative Wende der Sozialwissenschaften gerade nicht mit, sondern betont stattdessen die Rolle der Akteure. Als Kritiker von sowohl strukturalistischen als auch poststrukturalistischen Theorien fällt er dabei nicht in eine Handlungstheorie bekannten Zuschnitts zurück, sondern entwickelt eine Praxistheorie des Sozialen, die die materielle Dimension des Handelns mit der symbolischen der Kommunikation verbinden soll.

Die Praxistheorie Bourdieus verfügt zwar nicht über einen ausgearbeiteten Diskursbegriff. Sie bietet allerdings unserer Ansicht nach interessante Anregungen für die in dieser Arbeit zur Frage stehende kommunikationstheoretische Fundierung von politischen Diskursen, wie sie im Internet geführt werden. Denn zum einen hat sich Bourdieu in seinen Analysen unterschiedlicher sozialer Felder immer wieder intensiv mit der Produktion symbolischer Güter auseinandergesetzt, unter die in Bereichen wie z. B. der Literatur, der Wissenschaft und der Politik auch Aussagen, Stellungnahmen und Debatten fallen. Zum anderen hat er sich – wenn auch nur an wenigen Stellen¹⁴ – um eine theoretische Fassung speziell der sprachlich-kommunikativen Dimension dieser symbolischen Kämpfe bemüht, die von der Rezeption bisher allerdings noch wenig gewürdigt wurde.¹⁵ Insofern erscheint es vielversprechend, Bourdieu einmal gegen den Strich als Kommunikationstheoretiker zu lesen und zu sehen, ob sich seine Konzepte auch für eine Theorie des Diskurses fruchtbar machen lassen. Dazu konzentrieren wir uns auf seine expliziten Ausführungen zu Kommunikation und Diskursen, ohne umfassender auf die Praxistheorie einzugehen.

In der praxistheoretischen Sichtweise Bourdieus vollzieht sich Kommunikation grundlegend nach dem Muster von Tauschprozessen (Bourdieu 2001: 246f.). Allerdings geht es nicht wie in der Wirtschaftswissenschaft um einen Tausch materieller Gegenstände, der eine unmittelbare

14 Zu nennen ist hier insbesondere die Aufsatzsammlung »Was heißt sprechen – Die Ökonomie des sprachlichen Tauschs« (Bourdieu 1990).

15 Vgl. allerdings Bohn 1991; Knoblauch 1995: 37-40; Diaz-Bone 2002; Crossley 2004 sowie Schützeichel 2004: 329-344.

Gegengabe einschließen würde. Vielmehr interessiert sich Bourdieu für den symbolischen Tausch, bei dem die Akteure durch aufeinander bezogene Handlungen soziale Beziehungen etablieren und verändern. Dieser symbolische Tausch stellt ein Grundmodell sozialer Praxis in ganz unterschiedlichen Feldern dar, deren gemeinsames Merkmal die Institutionalisierung einer Art Markt für symbolische Güter ist. Auch der Begriff des Marktes kommt zwar aus der Ökonomie, wird von Bourdieu aber in kritischer Absicht verwendet, da er sich gerade für die von der Ökonomie vernachlässigten Aspekte der symbolischen Märkte interessiert. In diesen wiederum spielt Kommunikation eine wichtige Rolle.

Bourdieu's Modell von Kommunikation baut auf einer Kritik an linguistischen Theorien auf, die Sprache als abgeschlossenes, in sich strukturiertes System betrachten. Für Bourdieu steht dagegen das Sprechen im Vordergrund, also die Verwendung von Sprache in der Kommunikation. Das zugrunde liegende Modell von Kommunikation lässt sich aus einer zentralen Passage Bourdieus rekonstruieren:

»Jeder Sprechakt und allgemeiner jede Handlung ist eine bestimmte Konstellation von Umständen, ein Zusammentreffen unabhängiger Kausalreihen: auf der einen Seite die – gesellschaftlich bestimmten – Dispositionen des sprachlichen Habitus, die eine bestimmte Neigung zum Sprechen und zum Aussprechen bestimmter Dinge einschließen (das Ausdrucksstreben), und eine gewisse Sprachfähigkeit, die als sprachliche Fähigkeit zur unendlichen Erzeugung grammatisch richtiger Diskurse und, davon nicht zu trennen, als soziale Fähigkeit zur adäquaten Anwendung dieser Kompetenz in einer bestimmten Situation definiert ist; auf der anderen Seite die Strukturen des sprachlichen Marktes, die sich als ein System spezifischer Sanktionen und Zensurvorgänge durchsetzen« (Bourdieu 1990: 12).

Demnach haben wir es zunächst mit zwei strukturellen Dimensionen zu tun, die in einer Aussage als einzelner Ereignis zusammenkommen. Die eine Ebene ist die des individuellen Akteurs und seiner Dispositionen, also seiner Neigungen und Fähigkeiten des sprachlichen Ausdrucks und »Sinns«. ¹⁶ Durch diese individuellen Merkmale wird ein Moment der Variation in die Kommunikation eingebracht, das allerdings gleichzeitig als »gesellschaftlich bestimmt« relativiert wird. Der individuellen stellt Bourdieu die gesellschaftliche Ebene des »sprachlichen Marktes« gegen-

16 Dazu zählen etwa Stil, Rhetorik und Dialekt eines Sprechers oder einer Sprecherin (Bourdieu 1990: 31), aber auch die Auswahl bestimmter Themen oder Gegenstände zum Inhalt der Kommunikation und ein Gespür für das, was in einer bestimmten Situation ausgesprochen werden kann (was Bourdieu an anderer Stelle als »Sinn für das Spiel« bezeichnet, s. z. B. Bourdieu 1987: 122).

über. Diese Metapher soll verdeutlichen, dass sprachliche Äußerungen, sobald sie öffentlich werden, nicht mehr durch ihren Urheber bestimmt sind (wie im ökonomischen Markt die Güter durch ihren Produzenten), sondern sich von diesem lösen und allein durch ihre Konkurrenz bzw., allgemeiner ausgedrückt, ihre Beziehungen zu anderen Äußerungen (anderen Gütern) bestimmt sind. Im Zentrum des Modells schließlich steht ein einzelnes Ereignis, ein Sprechakt bzw. eine Aussage.¹⁷ Dieses Aussage-Element bleibt zunächst unspezifiziert, allerdings lassen sich folgende drei Aspekte identifizieren, die alle dem Akteur als Urheber der Aussage zugerechnet werden: Die Tatsache, dass gesprochen wird; die Dinge, über die gesprochen wird; sowie die Form, in der gesprochen wird. Auf die damit verbundenen und in der Kommunikationstheorie immer wieder diskutierten Probleme der Zurechnung und Interpretation (vgl. z. B. die Differenz zwischen intentionalistischen und konstruktivistischen Perspektiven) geht Bourdieu an dieser Stelle nicht ein.

Bourdieu's Kommunikationsmodell (bzw. das allgemeine Modell eines Marktes symbolischer Güter) wird in der Literatur zuweilen als rezeptionslastig bezeichnet (Diaz-Bone 2002: 114), zugleich klingt in obigem Zitat eine Orientierung auf den Sprecherpol der Kommunikation an (vgl. ebd.: 64). Tatsächlich aber liegt das Modell quer zu den etablierten Kommunikationstheorien, indem es mit dem sprachlichen Markt ein Strukturelement vorsieht, das es erlaubt, Kommunikation nach dem Modell des Publizierens zu betrachten, bei dem ein Sprecher einer nicht näher bestimmten Gruppe von Empfängern gegenübersteht.¹⁸ Der sprachliche Markt ist nämlich weder Rezipient noch hat er die Funktion eines Mediums, das den Transport der Mitteilungen übernimmt. Vielmehr ist er dem Begriff des sozialen Feldes analog konzipiert und wirkt dementsprechend zugleich konstitutiv und strukturierend (vgl. zur Feldtheorie allgemein: Bourdieu 1997; Martin 2003). Denn eine Aussage wird nur

17 Interessant ist Bourdieus Hinweis, dass sich das Modell auch allgemein auf Handlungen beziehen kann. Dem darin anklingenden Anspruch einer Integration von Kommunikations- und Handlungstheorie unter dem Begriff des symbolischen Ausdrucks kann hier allerdings nicht nachgegangen werden.

18 Das Publizitätsmodell der Kommunikation findet sich in der Literatur kaum beschrieben. Es geht zurück auf die kybernetischen Arbeiten von Norbert Wiener (vgl. seine Bemerkung im Rahmen der 6. Macy-Konferenz, Pias 2003: 82f.) und wurde für die Kommunikationstheorie durch Ruesch und Bateson (1995) fruchtbar gemacht, ohne allerdings unmittelbar Resonanz zu erzeugen. Implizit lässt sich sicher Derridas Kommunikationsmodell den Publizitätstheorien zuordnen. In jüngster Zeit haben erst Malsch und Schlieder (2004, vgl. auch Malsch 2005a) auf seine Relevanz gerade für die Beschreibung von Online-Kommunikation hingewiesen.

dann zur Aussage, wenn sie auf einen Markt geworfen wird (um im sprachlichen Bild zu bleiben), und erst auf diesem Markt entscheidet sich, was eigentlich geäußert wurde, also wie es zu verstehen ist: »Die Grammatik definiert den Sinn nur ganz partiell, und erst in der Beziehung zu einem Markt wird die Bedeutung der Rede vollständig bestimmt« (Bourdieu 1990: 12).

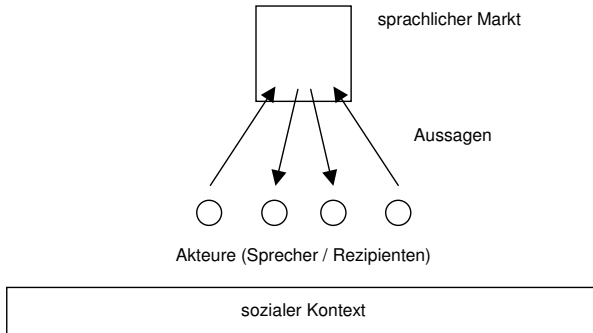
Der Ebene des sprachlichen Marktes kommt in Bourdieus Kommunikationsmodell die eigentlich zentrale Rolle zu, wie an folgendem Zitat besonders deutlich wird:

»Ursprung des objektiven Sinns, der in der sprachlichen Zirkulation erzeugt wird, ist zunächst der Distinktionswert, der sich aus der Beziehung ergibt, die die Sprecher bewusst oder unbewusst zwischen dem von einem gesellschaftlich bestimmten Sprecher angebotenen sprachlichen Produkt und den in einem bestimmten sozialen Raum gleichzeitig angebotenen Produkten herstellen. Dazu kommt die Tatsache, dass das sprachliche Produkt erst dann wirklich zur Mitteilung wird, wenn es als solches behandelt, das heißt dechiffriert wird, und dass die Interpretationsschemata, die die Empfänger bei der schöpferischen Aneignung des angebotenen Produkts anwenden, mehr oder weniger stark von denen abweichen können, die für die Produktion maßgebend waren. Über diese – unvermeidlichen – Effekte ist der Markt am Zustandekommen nicht nur des symbolischen Werts, sondern auch des Sinns des Diskurses beteiligt« (Bourdieu 1990: 12).

Hier kommt nun auch der Empfänger ins Spiel, allerdings weniger als konkret benennbare Instanz, sondern vielmehr als unberechenbare Größe, die sich der Aussagen bemächtigen kann. Neben den relationalen Aspekt der Konkurrenz tritt als weiteres Merkmal des sprachlichen Marktes die Nachfrage von Aussagen durch Empfänger. Empfänger haben dabei gewisse Freiheiten der Interpretation von Aussagen, sind also weder an die Intention des Senders einer Aussage gebunden noch zwangsläufig an dieser interessiert. Die Interpretation von Mitteilungen ist dabei »schöpferisch«, jedoch nicht völlig frei. Sie ist gebunden zum einen durch die Mitteilung selbst und ihre Inhalte, zum anderen durch die Schemata, die dem Empfänger für die Interpretation zur Verfügung stehen. Auch wenn Bourdieu sie an dieser Stelle unspezifiziert lässt, ist davon auszugehen, dass es sich dabei ebenfalls um Elemente des Habitus von Akteuren handelt, so wie die Sprachkompetenzen Elemente des Habitus der Sprecher sind. Im Grunde geht Bourdieu also von einem zweifachen Rezeptionsprozess aus, dessen beide Stufen von den Verhältnissen des sprachlichen Marktes bestimmt werden: einerseits die Interpretation einer Mitteilung durch die Schemata eines Empfänger-Akteurs, andererseits die Einordnung des Rezipierten in den Kontext der

aktuell präsenten, also der bis dato geäußerten und qua Gedächtnis noch verfügbaren Mitteilungen, die für den empfangenden Akteur ebenso bewusst wie unbewusst erfolgen kann. In Ergänzung zum eigentlich hermeneutischen Verstehen erfolgt nach Bourdieus Modell eine Art sozialen Verstehens, eine Relationierung von Mitteilungen in einem Kontext-Universum anderer Mitteilungen.

Abbildung 7: Kommunikationsmodell nach Bourdieu



Letztlich sind es somit drei Ebenen, die in Bourdieus Modell Kommunikation bestimmen (Abbildung 7): die Sprecher auf der einen Seite, die Empfänger auf der anderen, beide habituell geprägt durch die Gesellschaft und die sozialen Felder, in denen sie sich bewegen (vgl. Bourdieu 1990: 75), und an zentraler Stelle der sprachliche Markt, der nicht nur die vermittelnde Instanz zwischen beiden ist, sondern auch als autonome Instanz das strukturelle Beziehungsgeflecht zwischen Mitteilungen widerspiegelt. Im Gegensatz zu individualistischen Modellen von Kommunikation kommt bei Bourdieu dem sozialen Kontext somit die wesentliche Rolle zu: Er bestimmt sowohl die Produzenten- wie die Rezipientenseite; auch der sprachliche Markt kann als Kontext von kopräsenten Mitteilungen verstanden werden.¹⁹

Bourdieu bewahrt somit einerseits die Akteursorientierung und mit ihr die Zurechnung von Kommunikation auf einen Urheber (wenn er

19 Kontext ist dabei nicht nur als konkreter Kontext einer Sprechsituation gemeint, sondern umfasst ebenso den historischen Kontext (etwa die Sozialisation der Sprecher) wie den gesellschaftlichen Kontext (etwa fundamentale Oppositionen von Aussagen im politischen Diskurs). Bourdieu verweist auch darauf, dass »in jeder Interaktion (und damit bei jedem Diskurs) [...] über die verwendeten Sprachen, über ihre Sprecher und über die sozialen Gruppen – definiert über den Besitz der entsprechenden Sprachkompetenz – die ganze Sozialstruktur präsent« sei (Bourdieu 1990: 46).

auch, wie wir noch sehen werden, wenig Interesse an den Intentionen des Sprechers zeigt). Auf der anderen Seite stellt er diesem auf der Rezeptionsseite eine abstrakte Strukturebene gegenüber, die eigenen Gesetzen folgt und insofern noch radikaler als die rezeptionsorientierten Ansätze die Unabhängigkeit der Kommunikationsereignisse von den Effekten und Folgen von Kommunikation betont. Sein Modell integriert somit die Perspektive der Diskurstheorie Foucaults, die sich auf die überindividuellen Strukturen beschränkt, und von Theorien wie Chomskys generativer Grammatik, die sich auf die individuellen Strukturen der Akteursseite beschränken. Im Gegensatz zur Orientierung auf Interaktionen zwischen Akteuren und auf Intersubjektivität, die bei Habermas und anderen Autoren im Vordergrund steht, stellt Bourdieu allerdings mit dem sprachlichen Markt eine autonome Strukturebene in den Mittelpunkt der Betrachtung.²⁰

Die explizite Abgrenzung Bourdieus gegenüber der (mathematischen) Informationstheorie der Kommunikation und sprechakttheoretischen Ansätzen hilft dabei, seinen kommunikationstheoretischen Standpunkt schärfer zu fassen. Gegen die Sichtweise der Shannon-Weaver'schen Informationstheorie, die Kommunikation als Prozess der Übertragung von Nachrichten von einer Quelle zu einem Ziel unter Bedingungen der Codierung betrachtet, betont Bourdieu die symbolische Dimension von Kommunikation, ihre Distinktionsfunktion. Soziologisch betrachtet, dient Sprache

»selten als reines Kommunikationsmittel: Die Maximierung des Informationsprofits ist nur in Ausnahmefällen der ausschließlich angestrebte Zweck der sprachlichen Produktion, und der hierbei implizierte rein instrumentelle Gebrauch der Sprache steht gewöhnlich im Widerspruch zum – oft unbewussten – Streben nach symbolischem Profit« (Bourdieu 1990: 45).

Mit der ästhetisch-distinktiven Komponente der Rede tritt ein wesentlich performativer Aspekt von Kommunikation an die Seite der Informationsübertragung (Lokution) und der Sprechhandlung (Illokution). Daran

20 Bei dieser Darstellung von Bourdieus Kommunikationsmodell darf nicht vergessen werden, dass es sich dabei um eine Rekonstruktion handelt, die interpretativen Charakter hat. Bourdieu selbst geht es in seinen Arbeiten kaum um Kommunikation als eigenständiges Phänomen. Seine Texte zielen entweder auf die Ebene des Sozialen im Allgemeinen, auf der es keinen wesentlichen Unterschied zwischen Sprechen und Handeln gibt, da beide der grundlegenden Logik der Praxis folgen, oder auf die Ebene der Verwendung von Sprache, auf einzelne Äußerungen im Gegensatz zu Kommunikation als interaktivem und intersubjektivem Geschehen.

zeigt sich bereits, dass die Kritik von Bourdieu neben der Informationstheorie auch die Sprechakttheorie betrifft.

Bourdieu begründet den performativen Charakter von Kommunikation nämlich nicht, wie noch Austin, in der Sprache selbst, sondern in sozialen Institutionen und individuellen Fähigkeiten des Umgangs mit diesen.

»Austins Untersuchung performativer Aussagen kann innerhalb der Grenzen der Sprachwissenschaft zu keinem Schluss kommen. Die magische Wirkung dieser *Setzungsakte* ist nicht von der Existenz einer Institution zu trennen, die die Bedingungen (für Akteure, Orte, Zeitpunkte usw.) bestimmt, die erfüllt sein müssen, damit die Magie der Worte wirken kann. Wie die von Austin untersuchten Beispiele zeigen, sind diese ›Bedingungen des Glückens‹ soziale Bedingungen, und wer *mit Erfolg* die Taufe eines Schiffs oder einer Person vollziehen will, muss dazu *befugt* sein, geradeso wie man zum Befehlen die anerkannte Autorität über die Befehlsempfänger braucht« (Bourdieu 1990: 52, Hervorh. im Orig.).

Der Begriff der Magie (abgeleitet aus Bourdieus Untersuchungen vor-moderner Gesellschaften) verweist auf den sozialen Mechanismus hinter der performativen Wirkung von Aussagen. Wie bei magischen Handlungen beruht der Handlungserfolg der letztlich symbolischen Akte des Sprechens auf einer Art Ritual, also einer Institution, die den Zusammenhang zwischen der symbolischen Manipulation und der sozialen Wirkung herstellt und fixiert. Und wie bei magischen Handlungen ist es höchst relevant für die Wirkung, welcher Sprecher zu welcher Zeit auf welchem sprachlichen Feld (und damit zu welchem Publikum) eine bestimmte Äußerung tätigt. Denn ein Erfolg im performativen Sinn stellt sich nur dann ein, wenn der Sprecher von den Hörern als zu seiner Äußerung legitimiert angesehen wird, wenn sich die Äußerung in den Kontext anderer Äußerungen einfügt und wenn sich die Rezipienten von der Aussage angesprochen fühlen. All diese Passungsbedingungen liegen, so Bourdieu, nicht mehr im Bereich der Sprache, sondern sind sozialen Institutionen geschuldet, die nicht-sprachlichen Charakters sind und Kommunikation als solche erst ermöglichen.

Bourdieu spezifiziert so die Ideen von Foucaults Genealogie zur sozialen Bedingtheit diskursiver Formationen und zur Bedeutung von Macht in einer genuin soziologischen Weise. Die kommunikative Macht wird dabei an soziale Macht zurückgebunden, die sich aus der sozialstrukturellen Position speist: »Die Macht der Wörter ist nichts anderes als die *delegierte Macht* des Sprechers, und seine Worte – das heißt untrennbar der Gegenstand seines Diskurses und seine Art zu sprechen –

sind allenfalls ein Beweis – neben anderen – der *Delegationsgarantie*, mit der er versehen ist« (Bourdieu 1990: 73). Damit ist die Diskursproduktion auch an die Existenz sozialer Gruppen gebunden. Ein Sprecher produziert immer einen Diskurs in Repräsentation einer sozialen Gruppe, und jede Rezeption einer Äußerung befindet darüber, inwiefern der Sprecher aufgrund seiner sozialen Position berechtigt war, eine solche Äußerung zu tätigen: »Die performative Aussage enthält ›einen ausdrücklichen Machtanspruch‹, mehr oder weniger anerkannt und also sozial mehr oder weniger sanktioniert« (Bourdieu 1990: 54).

Mit dem Verweis auf Ducrots Begriff des »Machtanspruchs« (Ducrot 1977) in diesem Zitat grenzt sich Bourdieu auch implizit gegenüber Habermas' Kommunikationstheorie ab.²¹ Er vollzieht die von Searle im Anschluss an Austin eingeführte Unterscheidung zwischen Illokution und Perlokution nicht mit und kritisiert insbesondere die isolierte Betrachtung von Illokutionen (vgl. Bourdieu 1990: 19, FN 9 mit explizitem Bezug auf Habermas). Stattdessen setzt er erneut bei Austin und dessen Betonung der performativen Komponente des Sprechens an (vgl. auch die auffällig häufigen Bezüge auf Austin in Bourdieu 1990), die er durch die Betonung des sozialen Kontexts von Kommunikation ergänzt.²² Während Habermas den Kontext gerade als Beeinträchtigung der Kommunikation, als Verfremdung und Verzerrung, betrachtet und das kommunikative Handeln als frei von kontextuellen Einflüssen konzipiert, ist für Bourdieu Kommunikation notwendig in einen sozialen Kontext eingebettet, der nicht allein in seiner einschränkenden, sondern neutraler in seiner konstitutiven Funktion betrachtet wird (vgl. Bourdieu 2001: 85f.).²³

21 S. aber zu expliziten Abgrenzungen Bourdieu 2001; Bourdieu 1990: 19, FN 9; Bourdieu/Wacquant 1996: 224.

22 »Es genügt nicht, zu sagen – wie es manchmal zur Umgehung der Schwierigkeiten eines rein sprachimmanenten Ansatzes geschieht –, die Wörter bekämen durch den Sprachgebrauch eines bestimmten Sprechers, seinen Stil, seine Rhetorik und seine ganze sozial geprägte Person ›Konnotationen‹, durch die sie in einen ganz bestimmten Kontext eingebettet werden und jenen Bedeutungsüberschuss in den Diskurs bringen, der ihm seine ›illokutorische Macht‹ verleiht. In Wirklichkeit ist der Sprachgebrauch, also Form wie Inhalt des Diskurses, von der sozialen Position des Sprechers abhängig, die über seine Zugangsmöglichkeiten zur Sprache der Institution, zum offiziellen, orthodoxen, legitimen Wort entscheidet« (Bourdieu 1990: 75).

23 Crossley (2004: 89f.) vertritt sogar die These, dass Bourdieus Theorie die ursprünglich kritische Absicht von Habermas fortführt, die systematischen Verzerrungen der Kommunikation in Analogie zur Psychoanalyse zu untersuchen, und im Gegensatz zu dieser insbesondere als empirisch anwendbare Theorie überzeugt.

»All diese Variablen [Geschlecht, Bildungsniveau, Klassenherkunft, Wohngegend etc., St. A.] spielen ständig in die Determinierung der objektiven Struktur des ›kommunikativen Handelns‹ hinein, und die Form, die die sprachliche Interaktion annimmt, hängt substantiell von dieser Struktur ab, die unbewusst bleibt und fast immer ›hinter dem Rücken‹ der Sprecher funktioniert« (Bourdieu/Wacquant 1996: 178).

Allerdings nimmt Bourdieu Fokus auf den performativen Aspekt von Kommunikation zuweilen einseitige Züge an, wenn er davon ausgeht, dass »die Worte zu einem Großteil die Dinge entstehen lassen, und dass mit einer Änderung der Worte und, allgemeiner, der Vorstellungen [...] auch bereits die Dinge geändert werden« (Bourdieu 1992: 74). Dabei gerät der soziologisch eigentlich interessante Zusammenhang, der Worte die soziale Welt verändern lässt, aus dem Blick.

Schließlich verdeutlicht ein weiterer von Bourdieu hervorgehobener Aspekt von Kommunikation die Unterschiede zu sprechakttheoretischen Modellen: ihre Mehrdeutigkeit. So wählt Bourdieu als Modellfall für das Sprechen die literarische Rede, spezieller die Lyrik:

»Für jeden Diskurs gilt, was nur über den lyrischen gesagt worden ist [...]: Gerade weil die Konnotation – im Unterschied zur Denotation [...] – in einer ganz bestimmten gesellschaftlichen Beziehung entsteht, in die die Empfänger die ganze Vielfalt ihres Instrumentariums der symbolischen Aneignung einbringen, spricht sie die Einzigartigkeit der individuellen Erfahrung an. Es ist das Paradox der Kommunikation, dass sie ein gemeinsames Medium voraussetzt, aber ihr Ziel nur erreicht, wenn sie [...] einmalige, das heißt sozial geprägte Erfahrungen erzeugt oder wiederaufleben lässt« (Bourdieu 1990: 13).

Sprachliche Kommunikation zeichnet sich also durch die Verwendbarkeit einer Menge von Ausdrucksmitteln für ganz unterschiedliche Situationen und Zwecke aus. Damit wird das Spiel mit der Sprache als charakteristisches Merkmal von Kommunikation angesehen und gleichzeitig die Annahme einer universal verfügbaren Sprache und einer anthropologisch bedingten Sprachkompetenz in ihrer Relevanz zurückgewiesen und das Prinzip der Ausdrückbarkeit abgelehnt.²⁴

24 Deutlich wird an dieser Stelle auch die Spannung zwischen der Mikroebene des individuellen Akteurs und der jeweils einzigartigen Sprechsituation einer einzelnen Äußerung und dem sprachlichen Feld als zeitlich, sachlich und sozial übergreifendem Zusammenhang der Zeichen und Wörter, also der Makroebene der Kommunikation. Gerade aus diesem Zusammentreffen, das erst durch die Mehrdeutigkeit und die entsprechenden Stilformen der Ironie und der Sprachspiele auf Seiten der Makroebene möglich wird,

Trotz der expliziten und impliziten Kritik, die Bourdieu gegen andere Kommunikationstheorien richtet, bleiben seine eigenen Ausführungen zur Kommunikation bescheiden. Er verwendet einen Diskursbegriff, der sich stark von dem bei Habermas und Foucault gebräuchlichen unterscheidet, indem er die monologische Rede eines Sprechers bezeichnet. Der Diskurs bei Bourdieu umfasst zwar mehr als einzelne Wörter und Aussagen, wird aber nicht als interaktiv verstanden wie bei Habermas und nicht auf übergreifende Denkweisen bezogen wie bei Foucault.

Bourdieu befasst sich jedoch durchaus mit dem, was andere Autoren mit dem Begriff »Diskurs« verbinden, nämlich dem Streit um eine bestimmte Sichtweise der sozialen Welt. Allerdings tut er dies vor allem in der Betrachtung einzelner sozialer Felder, und er legt dabei den Fokus nicht so sehr auf sprachliche Äußerungen als vielmehr auf konkurrierende Positionen, soziale Verhältnisse und symbolische Äußerungen jedweder Art. Daher sehen wir die Feldanalyse als den Ort an, an dem wir – aufbauend auf den skizzierten kommunikationstheoretischen Grundlagen – nach Bourdieus Beitrag für eine Theorie des Diskurses zu suchen haben. Dazu sind allerdings die praxistheoretischen und kommunikationstheoretischen Gedanken zu verbinden, auch entgegen der gängigen Rezeption Bourdieus und eventuell auch gegen seine eigene Intention.

Bei Diskursen geht es uns um interaktive Kommunikation unter einer Vielzahl von Beteiligten, die sich zu einem bestimmten Thema über einen abgrenzbaren Zeitraum hinweg unterhalten mit dem Ziel, wechselseitig ihre Sichtweisen auf die soziale Welt abzugleichen bzw. zu beeinflussen. Die Äußerungen eines Sprechers, die bei Bourdieu im Vordergrund stehen, treten dabei nur als einzelne Elemente auf, die für sich genommen bezuglos sind und erst im Ensemble der Diskursäußerungen einen Sinn ergeben. Dieses Ensemble, das für uns im Mittelpunkt steht, lässt sich in Bourdieus Theorie am ehesten als ein Sub-Feld des sprachlichen Feldes bzw. des sprachlichen Marktes charakterisieren. Wie in einem Feld stehen sich im Diskurs unterschiedliche Positionen gegenüber, wie in einem Feld mit seiner Dualität von Praktiken und Akteuren haben wir es im Diskurs mit einer Dualität von Äußerungen und Sprechern zu tun, und Diskurs wie Feld unterliegen einer Dynamik, die sich aus dem Aufeinandertreffen von Struktur und individuellen äußeren Einflüssen speist. Diskurse, so die im Folgenden verfolgte These, lassen sich mit Bourdieu als soziale Felder beschreiben und, so wäre mit Blick auf die Empirie zu folgern, mit den Mitteln der Feldanalyse untersuchen.²⁵

entsteht die Fähigkeit der Kommunikation, unterschiedliche soziale Beziehungen zu stiften und zu modifizieren.

25 Damit schlagen wir beim Versuch einer »Diskursivierung« Bourdieus einen entgegengesetzten Weg zu Diaz-Bone (2002) ein, der Bourdieus kom-

Der Feldbegriff steht bei Bourdieu ebenso wie der Habitusbegriff an der Schnittstelle zwischen Struktur und Praxis. Felder sind Unterbereiche der Gesellschaft, die es erlauben, der Komplexität gesellschaftlicher Strukturen gerecht zu werden, vor allem dem Umstand, dass nicht in allen gesellschaftlichen Bereichen die selben Strukturen wirksam sind, dass sich Gesellschaften ausdifferenzieren und vielfältig unterschiedliche Chancen und Bedingungen des Agierens bieten. In jedem Feld bildet sich eine eigene soziale Struktur aus, also ein Gefüge von Beziehungen zwischen Akteuren, sozialen Gruppen, aber auch zwischen Positionen. Doch auch wenn diese Strukturebene von Feldern zunächst als zentrales Merkmal hervorsteht, ist es doch eher die Vermittlungsleistung von der Strukturebene zur Ebene praktischen Handelns, die den Feldbegriff wesentlich ausmacht. Der Feldbegriff ist dabei eine spezifische Fassung der Eigengesetzlichkeit des Sozialen: Diese wird mit dem Begriff des Feldes besetzt, dem eine Wirkung auf die in ihm eingeschlossenen Elemente zugesprochen wird, ohne dass eine solche Wirkung tatsächlich kausal nachweisbar sein müsste (wohl aber in ihren Effekten). Insofern als Bourdieu hier in vollem Bewusstsein auf die Tradition der Feldtheorie zurückgreift, kann im Feldbegriff ein Äquivalent zum Begriff des Systems gesehen werden, die beide versuchen, diese autonome Sphäre des Sozialen zu erfassen. »In the social sciences, the field serves as some sort of representation for those overarching social regularities that may also be visualized (by competing theoretical orientations) as quasi-organisms, systems, or structures« (Martin 2003: 8).²⁶ Diese relative Autonomie wird uns in Bezug auf den Diskursbegriff noch beschäftigen.

Bourdieu definiert den Feldbegriff in seinen Texten zwar nicht klar, bietet aber zur Verdeutlichung zwei Bilder an: das Feld als Ort des Kampfes und als Ort des Spiels.²⁷ Der Kampf ist eine häufig gebrauchte Metapher des Sozialen, sie wurde bereits im Rahmen der Diskussion von Foucaults Diskursbegriff beleuchtet. Bourdieus Verwendung fügt dem

munikationstheoretische Ausführungen zu Recht als unzureichend bewertet, aber dieses Problem durch den Theorie-Import von anderen Autoren zu lösen versucht und nicht, wie hier, durch eigene interpretierende Weiterentwicklung der Praxistheorie auf den Diskurs hin.

26 Im Gegensatz zur Systemtheorie geht es der Feldtheorie jedoch um eine andere Analyseebene: »[...] field analysis is quite different from systems analysis, which, though it may stress the self-organization of the system, requires that the system be understood in contradistinction to an environment [und mit Bezug auf Funktionen, vgl. ebd. sowie Schwinn 1995 – St.A.]. But in field theory, explanation stops at the constitution of the field« (Martin 2003: 12).

27 Vgl. auch Martin zur Feldtheorie im Allgemeinen: »[...] the field as a field of self-organized contestation [...]« (Martin 2003: 30).

nichts wesentlich Neues hinzu. Genauer befassen wollen wir uns mit der Metapher des Spiels, die bei Foucault nur gestreift wurde, von Bourdieu dagegen gern verwendet wird, um die Schärfe der Kampfmetapher zu relativieren und um deutlicher zu machen, dass es innerhalb des Feldes zwar Konkurrenz, aber vor allem auch ein Zusammenwirken der Akteure gibt, eine Gemeinsamkeit der Interessen.²⁸ Das Spiel ist nicht nur als Treffpunkt von sozialer und individueller Ebene für Bourdieu interessant, es bietet sich auch durch weitere Eigenschaften als Beschreibungsform sozialer Felder an:

»So gibt es *Einsätze* bei diesem Spiel, Interessenobjekte, die das Produkt der Konkurrenz der Spieler untereinander sind; eine *Investition in das Spiel*, eine Besetzung (im psychoanalytischen Sinn) des Spiels, die *illusio* [...]: Die Spieler sind im Spiel befangen, sie spielen, wie brutal auch immer, nur deshalb gegeneinander, weil sie alle den Glauben (*doxa*) an das Spiel und den entsprechenden Einsatz, die nicht weiter hinterfragende Anerkennung teilen [...], und dieses *heimliche Einverständnis* ist der Ursprung ihrer Konkurrenz und ihrer Konflikte« (Bourdieu/Wacquant 1996: 127f., Hervorh. im Orig.; vgl. auch Bourdieu 1997: 73).

Der Spielbegriff eignet sich besonders gut, um die für Bourdieu besonders relevante Schnittstelle von Individuum und Gesellschaft zu beschreiben.²⁹ Das Spiel hat auf der einen Seite eine objektive Struktur in Form von expliziten Regeln. Diese definieren auch den Bereich der Praktiken, auf den sich das Spiel reglementierend bezieht. Bourdieu weist aber darauf hin, dass das Spiel vor allem eine »illusio« ist, also eine nur scheinbare Regulierung, die nur insoweit sanktionierend wirken kann, als die Spieler ihr Anerkennung zollen. Diese Anerkennung, ebenso wie die Inkorporierung der Spielpraktiken durch die Akteure, also ihr Sinn für das Spiel, stellt die subjektive Ebene eines Spiels dar. Zusätzlich zu diesen beiden Ebenen gibt es schließlich noch eine intersubjektive, man könnte auch sagen virtuelle Ebene der Spielelemente (Einsätze, Ergebnisse etc.), die nur insofern tatsächlich vorhanden sind, als sie durch den Rahmen der beiden anderen Ebenen gestützt werden. Es ist diese dritte Ebene, die die Nähe des Spielbegriffs zur Kommunikation deutlich macht: Ganz wie im Spiel haben wir es bei sprachlichen Äußerungen mit Phänomenen zu tun, die sich weder allein objektiv noch sub-

28 »The most promising way of understanding the field's ability to provide goals while being a site of conflict seems to be along the lines of considering the field as a >game< with rules« (Martin 2003: 31).

29 Und wird aus vielleicht diesem Grund auch von vielen anderen Sozialtheoretikern herangezogen, vgl. insbesondere Mead 1968; Nadel 1957: 41; Wittgenstein 1995; Derrida 1972, etc.

ektiv in ihrer besonderen Wirksamkeit erfassen lassen. Auf dieser Ebene wird auch eine Parallele zu einer interaktionistischen Variante der Kommunikationstheorie deutlich, der »common ground«-Theorie (Clark 1996). Wie diese geht auch die Feldtheorie davon aus, dass im Feld ein gemeinsames Interesse etabliert und aufrechterhalten wird, und zwar intersubjektiv durch die aufeinander bezogene Praxis der in das Feld involvierten Akteure (vgl. Fligstein 2001). Erst das gemeinsame Engagement von Akteuren mit ganz unterschiedlichen Perspektiven schafft also das Feld und stattet es mit einer autonomen Wirkmacht aus.

Im Rahmen eines solchen, durch eine gemeinsame Orientierung konstituierten, Spiels können dann durchaus auch antagonistische Kämpfe und Auseinandersetzungen ausgetragen werden, eine gewisse Übereinkunft ist sogar die Voraussetzung dafür.³⁰ Zugleich verweist Bourdieus Theorie aber auch auf eine weitere Ebene, nämlich die des Kampfes um Teilhabe am Feld, also eine Art Metaebene des sozialen Geschehens im Feld. Dabei kämpfen die unterschiedlichen Akteure darum, welche Art von Praktiken in einem Feld überhaupt als auf das Feld bezogen anerkannt wird – wovon zu einem erheblichen Teil der Ausgang des internen Kampfes um die Macht im Feld abhängt. Alle Regeln eines Spiels, so explizit sie auch gegeben sein mögen, sind insofern immer auch ein Gegenstand des Kampfes der Akteure um die Definition des Spiels und verändern sich entsprechend der Kräfteverteilung im Feld. Die Abweichung von einer bestehenden Regel oder die Neuschaffung einer Regel sind Handlungsoptionen, die sich erst aus dem Spannungsverhältnis von individuellen Möglichkeiten und objektiv vorgesehenen Optionen ergeben.

Aus der hier vorgeschlagenen Lesart der Bourdieu'schen Praxistheorie lassen sich kommunikationstheoretische Grundzüge ableiten, die für eine Beschreibung diskursiver Kommunikation besonders relevant sind.

30 »Es wird oft vergessen, dass Kampf die Übereinkunft der Antagonisten über das voraussetzt, was – verdrängt in den Modus der Selbstverständlichkeit und im Stande der Doxa belassen – den Kampf wert ist, das heißt über alles, was das Feld selbst ausmacht, das Spiel, die auf dem Spiel stehenden Objekte, all die Voraussetzungen, die man stillschweigend und ohne es überhaupt zu merken durch die bloße Tatsache akzeptiert, dass man spielt, sich auf das Spiel einlässt« (Bourdieu 1993: 109). Damit steht Bourdieu also auch insofern gegen eine Theorie des »rationalen Dissenses« (vgl. M. Miller 1992), als ein solcher Dissens immer schon vorausgesetzt werden muss, bevor überhaupt ein Diskurs geführt werden kann, und nicht erst als dessen Ergebnis anzustreben ist. Andererseits muss es aus seiner Sicht schwerfallen, einen solchen Dissens zu erzielen, denn nicht nur der Konflikt, sondern auch die Diskussion speist sich ja gerade aus der Unvereinbarkeit der Perspektiven, also der Problemdefinitionen der Streitenden.

Kommunikation ist vor allem anderen relational, und das heißt auch, nicht auf einzelne Individuen zu beziehen. Mit dem Begriff der Kommunikation lässt sich das an sich so ungreifbare, weil unerfahrbare Gesellschaftliche erfassen, und zwar nicht als geronnene Substanz, wie alle Strukturbegriffe, sondern als wirkende Kraft, als Mechanismus.³¹ Bourdieus Feldbegriff macht das Relationale besonders deutlich, indem es neben den interpersonellen Beziehungen auch die abstrakteren sozialen Beziehungen betont. Ein Diskurs, verstanden als ein Feld, stellt ein Spannungsfeld von gegensätzlichen oder auch wechselseitig sich verstärkenden Positionen dar. Der diskursive Raum formiert sich durch diese Beziehungen, und jeder Wandel, also auch jede einzelne Kommunikation, die neue Beziehungen herstellt, verändert diesen Raum in seiner Struktur.

Neben dem relationalen Charakter verweist der Feldbegriff methodisch auf eine umfassende Betrachtungsweise, die weder allein die Akteure noch allein ihre Äußerungen in den Blick nimmt. Das Konzept des Feldes mit seiner zwangsläufig räumlichen Metaphorik bringt Produzenten und Rezipienten zusammen mit ihren Produkten und Produktionsweisen auf dem sprachlichen Markt (bzw. kommunikativen Feld). Damit bietet es eine Möglichkeit, Kommunikation nicht als rein textorientiert zu verstehen, wie im Gefolge des »linguistic turn« häufig geschehen – eine einseitige Perspektive, die sich aufgrund der Vernachlässigung des Kontextes der Kommunikation als Sackgasse erwiesen hat. Ebenso hilft es aber auch, den Fokus auf die individuellen Eigenschaften der Autoren und Rezipienten zu vermeiden, der letztlich nur einen begrenzten Beitrag zur Erklärung von Kommunikationsphänomenen leisten kann, da die Akteure immer in die sozialen Verhältnisse eines Feldes bzw. der Gesellschaft im Ganzen eingebunden sind.³²

Schließlich ist als drittes Merkmal einer feldorientierten Kommunikationstheorie die neue Perspektive auf Kommunikation als Publikation hervorzuheben, die Bourdieu von sowohl autorzentrierten (z. B. Sprechakttheorie) als auch von rezeptionslastigen Kommunikationstheorien (z. B. Poststrukturalismus) wie auch allen Tauschparadigmen (z. B. Informationstheorie) unterscheidet. Mit der Betonung des sprachlichen Feldes als Ort der Kommunikation wird deutlich, dass Kommunikation

31 Allerdings grenzt sich Bourdieu explizit von mechanistischen Deutungen des Sozialen ab: »[...] es wäre verfehlt, den morphologischen Faktoren eine mechanische Wirksamkeit zuzusprechen« (Bourdieu 1992: 61), sowie: »Die sozialen Strukturen, das ist keine Mechanik« (ebd., 63).

32 Eine solche umfassende Betrachtungsweise hat sich auch in der aktuellen Medienwissenschaft als theoretische Basis etabliert und bewährt. Vgl. Hall 1993; Deacon et al. 1999.

zwangsläufig einen gewissen Grad an Öffentlichkeit besitzt. Individuelle Kommunikation ist eine demgegenüber abgeleitete Form (die als Selbstgespräch als Pathologie belächelt wird), und schon das intimste Zwiegespräch macht ein Medium nötig, das Dritten zu einem gewissen Grad zugänglich ist.³³ Diese Tatsache als bedeutsam anzuerkennen bedeutet jedoch, sich von gewohnten Sichtweisen auf Kommunikation zu verabschieden, insbesondere von der Akteurszentrierung sowohl der autor- als auch der rezeptionsorientierten Tradition. Denn es sind nicht nur die an der Kommunikation unmittelbar Beteiligten, die über die Kommunikation bestimmen, sondern ganz wesentlich auch das, was bereits kommuniziert wurde und was als Ausdrucksmittel (sowohl sprachlicher wie auch nichtsprachlicher Art) verfügbar ist.

Bei Bourdieu selbst allerdings findet sich diese kommunikationstheoretische Perspektive nur angelegt, nicht ausgearbeitet. Im Gegenteil, Bourdieus Ausarbeitungen gehen stärker in eine akteursorientierte und strukturdeterministische Richtung. In Bezug auf die Kommunikationstheorie bleibt festzustellen, dass Bourdieu mit seinem Feldkonzept zwar eine neue Theorieperspektive eröffnet, sie jedoch weder theoretisch formuliert noch tatsächlich konsequent durchhält. Kommunikation stellt zwar eine zentrale Form der Praxis dar, die eine Soziologie der symbolischen Formen zu untersuchen hätte. Doch Bourdieu scheut die explizite Befassung damit – und lässt daher wesentliche Bereiche der sozialen Welt im theoretischen Abseits liegen.

Kritisch ist anzumerken, dass Bourdieu die Kommunikation, wie andere Formen des symbolischen Handelns auch, letztlich dem Distinktionsstreben unterordnet, also dem Streben der Akteure nach Unterscheidung von anderen und nach Positionierung in der sozialen Welt. Kommunikation ist damit immer Mittel zum Zweck und entbehrt für Bourdieu der Eigenständigkeit, die eine intensivere Beschäftigung mit ihr rechtfertigen würde. Seine ausgesprochen interessanten, weil von etablierten Kommunikationstheorien abweichenden, Ausführungen zur Kommunikation bricht Bourdieu daher ab, bevor sie innerhalb des Theoriegebäudes einen breiteren Raum einnehmen.³⁴

Auffällig bleibt auch der Bruch zwischen den Überlegungen zum sprachlichen Feld und zur gesellschaftlichen Differenzierung. Denn letztere beschreibt Bourdieu als zunehmende Autonomisierung gesellschaft-

33 Vgl. klassische Dramen wie Shakespeares »Hamlet«, deren Handlung immer wieder aus der Spannung zwischen anscheinend geheimem Zwiegespräch und heimlichem Mithörer heraus angetrieben wird.

34 Vgl. Knoblauch 1995, der Bourdieu vorwirft, das sprachliche Feld zu marginalisieren und die Bedeutung von Kommunikation in der modernen Gesellschaft zu unterschätzen.

licher Handlungsbereiche, die in sich jeweils als Felder strukturiert sind. Die Kommunikation, und damit das sprachliche Feld, durchzieht jedoch alle sozialen Bereiche und liegt quer zur sonstigen Verwendung des Feldbegriffs in der Differenzierungstheorie.³⁵ Der Stellenwert von Kommunikation ließe sich allerdings in der Theorie verankern, wenn alle Felder als kommunikative angesehen würden, was durch die Betonung der symbolischen Dimension sozialer Praxis in Bourdieus Feldtheorie bereits angelegt ist. Umgekehrt lässt sich von einem kommunikativen Feld sprechen, wenn der Feldbegriff nicht nur auf der Ebene von Gesellschaft Verwendung findet, sondern auch für intermediäre Formen sozialer Praxis herangezogen wird.³⁶

Neben der nur skizzenhaften Ausführung der Kommunikationstheorie ist auch die Feldtheorie Bourdieus zu kritisieren. Im Begriff des Feldes schwingen alte strukturalistische Denkmuster mit, die begriffliche Gegensätze in den Vordergrund rücken. Demnach denken die Akteure soziale Strukturen in Form von untereinander verbundenen Gegensatzpaaren, und diese Denkstrukturen bilden zusammengenommen die soziale Welt ab. Das politische Feld lässt sich mit diesem Instrumentarium sicher gut abbilden, verwenden doch hier die Akteure ganz explizit solche Gegensatzpaare in ihren Selbstbeschreibungen des Feldes. Die Theorie tut sich jedoch schwer mit einer Streuung von sozialen Merkmalen, die sich nicht in Gegensätze fassen lässt. Bourdieu geht auf dieses Problem zwar insofern ein, als er im Begriff des Feldes als sozialen Raums ganz unterschiedliche Strukturierungsprinzipien mehrdimensional verbinden kann. Allerdings bleibt er die Verbindung von Denkstrukturen zu sozialen Strukturen schuldig, die bei ihm vor allem durch die Sozialisationsleistung des Habitus erfolgt.

Ebenfalls eignet sich die Praxistheorie Bourdieus und die in ihr angelegte Perspektive auf Kommunikation nur in geringem Maße, um die tatsächliche interaktive Dynamik der Kommunikation in konkreten politischen Diskussionsprozessen zu beschreiben. Mit dem Modell des Gabentausches bietet Bourdieu zwar ein grundlegendes Instrumentarium für Analysen auch der Mikroebene von Kommunikation an, seine eigenen empirischen Arbeiten beschränken sich jedoch auf die Untersuchung monologischer Sprechakte wie Reden und einzelne Stellungnahmen, an denen Bourdieu versucht, soziale Prägungen wie etwa sprachlich-rheto-

35 Bourdieu sieht mit dem »Feld der Macht« durchaus ein übergreifendes Feld vor, allerdings nur dieses eine, das auch nicht mit einem vorstellbaren Feld der Kommunikation zusammenfällt, weil es auf anderen Grundlagen beruht.

36 Vgl. Dederichs/Florian 2002 zu einer entsprechenden Anwendung des Feldbegriffs zur Beschreibung von Organisationen.

rische Besonderheiten festzustellen. Demgegenüber erscheint Bourdieus Kommunikationsmodell allerdings besonders geeignet zur Beschreibung öffentlicher und auch politischer Kommunikation, weil es konsequent auf ein Publizitätsmodell umstellt und sowohl die relative Autonomie diskursiver Felder als auch deren Einbettung in größere gesellschaftliche Zusammenhänge zu erfassen erlaubt. Damit löst Bourdieu Teile des bei Foucault als Desiderat erkannten Theorieprogramms ein, auf denen wir im Weiteren aufbauen wollen (neben dem Publizitätsmodell vor allem auf dem Begriff des Spiels und der Struktur sozialer Felder). Gleichzeitig lässt aber auch die aus Bourdieus spärlichen Ausführungen konstruierte Theorie noch wesentliche Aspekte der kommunikativen Dynamik offen.

Diskurse als Interaktionen

Die interpretative Soziologie, zu der wir die Phänomenologie sowie den symbolischen Interaktionismus zählen wollen, verspricht durch ihre Orientierung an der Interaktionssituation den interaktiven Charakter von Kommunikation in den Vordergrund zu stellen. Während bei Bourdieu mit dem Gabentausch ein interessantes Modell sozialer Praxis nur allgemein entwickelt, aber nicht für die Analyse von Kommunikationsprozessen fruchtbar gemacht wurde, nehmen die nun zur Diskussion stehenden Theorien ihren Ausgang von den mikrosoziologischen Prozessen der Interaktion und des symbolischen Austauschs. Von Mead ausgehend bis zu heutigen Arbeiten im Rahmen des interpretativen Paradigmas ist auch ein entsprechender Fokus auf Kommunikation zu erkennen, die ein grundlegendes Interaktionsmedium darstellt.

Sowohl Habermas als auch Bourdieu haben der interpretativen Soziologie viel an Inspiration zu verdanken. Umgekehrt wirft zumindest Bourdieu diesen Theorien vor, zu ausschließlich die Mikroebene des Sozialen zu betrachten und alle Faktoren auszublenden, die sich nicht aus der Betrachtung der Interaktionssituation erschließen. »Der Interaktion zwischen einem niedergelassenen Arzt, einem Krankenhausarzt und einer Krankenschwester liegen Machtverhältnisse zugrunde, die in der direkt beobachtbaren Interaktion nicht immer unmittelbar sichtbar werden« (Bourdieu/Wacquant 1996: 104). Bourdieu wirft dem Interaktionismus vor, die Existenz abstrakter gesellschaftlicher Beziehungen als relevante Größe bei der Analyse von Interaktionen zu vernachlässigen, ebenso wie er den historischen Kontext von Interaktionen zugunsten der aktuellen Präsenz vernachlässige (vgl. dazu auch de Nooy 2003 sowie T. Parsons 1968: 437).

Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass die interpretative Soziologie zwar mikrosoziologisch ausgerichtet ist, aber nicht das Programm des methodologischen Individualismus verfolgt, alle Aussagen auf die Ebene des einzelnen Akteurs zurückzuführen. Im Gegenteil grenzt sie sich von dieser Perspektive ab durch die Betonung der Interaktionssituation, die erst im Zusammenwirken mehrerer Akteure entsteht. Gemäß der soziologischen Grundeinsicht, dass das Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile, stellt auch die Interaktion ein Objekt sui generis dar, das es in seiner Eigenständigkeit und Besonderheit zu untersuchen gilt. Die Kritik an der mikrosoziologischen Ausrichtung wird außerdem dadurch entkräftet, dass der Interaktionismus nicht bei der Mikroebene des Sozialen stehenbleibt. Er nimmt von dort zwar seinen Ausgangspunkt, verfährt dann aber »Bottom-up« bis hin zur Ebene gesellschaftlicher Strukturen, also der Ebene, deren Berücksichtigung Bourdieu einfordert.

Der Interaktionismus ist dabei in erster Linie eine Handlungstheorie, insofern steht der Akteur im Zentrum des Interesses, und zwar in seiner Eigenschaft als wahrnehmender, interpretierender Teilnehmer an Interaktionen. Dies gilt auch für die Phänomenologie in der Tradition Husserls und ihren Fokus auf die alltägliche Lebenswelt, also den »Bereich, in dem ein sich in Interaktionen spiegelndes Subjekt wachen Bewusstseins pragmatische Wirkhandlungen in der sozialen Zeit ausführt« (Knoblauch 1995: 14). Der Begriff des Bewusstseins ebenso wie der der Wirkhandlung verweisen auf die subjektphilosophische Basis auch der soziologischen Phänomenologie etwa von Alfred Schütz. Dieser analysiert auch eingehend die subjektiven Leistungen, die Akteure in der Auseinandersetzung mit ihrer Lebenswelt erbringen, von der Frage der Identitätsentwicklung über die kausalen und zeitlichen Kategorien der Handlungsplanung bis hin zu den Strukturen der Lebenswelt. Gerade der letztgenannte Aspekt ist es, der den Blick der Phänomenologie auf die Interaktion und auf die Kommunikation lenkt.

Im Übergang von den späteren Arbeiten Schütz' zu den Weiterentwicklungen seiner Gedanken durch Thomas Luckmann kommen mit der Analyse der »Strukturen der Lebenswelt«, wie das von Luckmann posthum herausgegebene und ergänzte zweibändige Buch von Schütz treffend heißt, stärker die intersubjektiven Aspekte der Sozialwelt in den Blick, die sozialen Beziehungen zwischen den Akteuren. Denn deren Deutungen lassen sich nicht aus dem Individuum selbst heraus verstehen, sondern erst aus der Berücksichtigung ihrer sozialen Eingebundenheit heraus. Die eigene Sicht auf die Welt ebenso wie die Selbstwahrnehmung des Akteurs als Handelnder entstehen nämlich aus der Erfahrung der Interaktion mit anderen Akteuren heraus, der »Gesichtsfeld-Beziehung« (vgl. Schütz 1972: 74). Im Gegenüber erkennt der Akteur

sich selbst, und in den Reaktionen des Ego kann er aus der Außenperspektive einen Blick auf sein eigenes Handeln gewinnen, der allen weiteren Handlungen und Handlungsplänen zugrunde gelegt wird. Mit der Berücksichtigung dieser bereits von Mead herausgearbeiteten Reziprozität der Perspektiven gewinnt der Interaktionismus sein soziologisches Profil und Gewicht.

Als Medium der Interaktion kommt der Kommunikation eine zentrale Bedeutung zu (vgl. Knoblauch 1995). Auch wenn die Phänomenologie sich weiter auf das Bewusstsein des interagierenden Subjekts konzentrieren kann, ist damit die Tür aufgestoßen zu einer Verschiebung des Fokus vom Subjekt hin zur Intersubjektivität, die in der Interaktionssituation mit ihrer doppelten Kontingenz ihren markanten Niederschlag findet. Kommunikation bleibt allerdings, ähnlich wie bei Habermas (der sich im Übrigen explizit auf die Arbeiten Schütz' bezieht), immer in der Lebenswelt verankert. Sie versorgt die Kommunikation mit der notwendigen intersubjektiv geteilten Wirklichkeitsfundierung, auf deren Basis erst Kommunikation entstehen kann. Nicht so sehr die Sprache ist es also, die für Sozialität sorgt (wie bei Habermas), sondern vielmehr die durch lebensweltliche Kopräsenz geprägte Interaktionssituation. Diese Grundannahme übergreift die unterschiedlichen interpretativen Ansätze, von der Phänomenologie Schütz' über die Ethnomethodologie und Goffmans Analysen bis hin zu den eher wissenssoziologischen Arbeiten von Berger und insbesondere Luckmann (vgl. Knoblauch 1995: 60).

Dabei steht der Topos Kommunikation zunächst einmal quer zum Fokus auf Handlungen und Akteure. Kommunikation ist – als »kommunikatives Handeln« – nur eine mögliche Form des Handelns.³⁷ Nur einige der dem interpretativen Paradigma zuzurechnenden Forscher haben sich spezifisch oder primär mit Kommunikation befasst (z. B. Luckmann, Knoblauch, die Konversationsanalytiker). Ebenfalls uneinheitlich ist die soziologische Perspektive, die jeweils angewandt wird, also die Wahl der sozialen Ebene, auf die die Betrachtung zielt. Dies wird für die bereits aus den vorangegangenen Analysen sich abzeichnende Frage relevant, auf welcher sozialen Ebene Diskurse zu verorten sind. Der Ausgangspunkt ist zwar immer mikrosoziologisch die Interaktionssituation, doch während zum Beispiel die gesellschaftlichen Aspekte der Kommunikation bei Schütz wie auch bei der Konversationsanalyse vernachlässigt werden, beziehen andere diese Ebene mit ein bzw. interessieren sich

37 Der positive Aspekt dieser Herangehensweise ist ein denkbar weiter Kommunikationsbegriff, der auch nonverbale Kommunikation einschließt. Habermas dagegen, der auch vom kommunikativen Handeln spricht, versteht darunter eine sehr spezielle Form der Kommunikation, wie oben diskutiert.

zentral für diese. Das Spektrum reicht hier von reiner Interaktionsanalyse über die Analyse von Institutionalisierungsprozessen bzw. Traditionalisierungsprozessen bis hin zu wissenssoziologischen Studien über den gesellschaftlichen Wissensvorrat, die eine direkte Schnittstelle zur wissenssoziologischen Diskurstheorie aufweisen (vgl. Knoblauch 2001).

Das Grundmodell von Kommunikation der interpretativen Soziologie lässt sich durch fünf weitgehend zusammenhängende Merkmale charakterisieren: (1) die Kopplung an die Interaktionssituation, (2) die wesentliche Sprachbezogenheit, (3) die Bedeutung des situativen Kontextes, (4) der öffentliche Charakter und (5) die Regelmäßigkeit bzw. Institutionalisierung des Ablaufs der Kommunikation.

Kopplung an die Interaktionssituation: Ausgangs- ebenso wie Mittelpunkt des Modells ist die Interaktion unter Bedingungen der »Face-to-Face«-Situation. So geht Luckmann davon aus, dass sich Kommunikation nur in Interaktionssituationen als wesentliches soziales Phänomen untersuchen lässt (Luckmann 1980: 94).³⁸ Ähnlich beschreibt Soeffner diese Bedingung als »Grundvoraussetzung jeder soziologischen Beschreibung und Analyse gesellschaftlicher, zeichenhaft vermittelter Orientierung« (Soeffner 1989: 159). Allerdings zeigt sich in der modernen Gesellschaft, dass sich die sozialen Beziehungen weitgehend von der Interaktionssituation gelöst haben und unabhängig von ihr kommunikativ verankert sind. Zwar vermitteln sie sich immer wieder in konkreten Interaktionen, haben aber unabhängig von diesen Bestand und können auch unabhängig von tatsächlicher Anwesenheit wirksam werden. So unterschiedliche Autoren wie Bourdieu oder Parsons sind sich in ihrer Ablehnung einer Fokussierung auf die Interaktion einig: Diese würde die Ebene der Gesellschaft und ihrer Strukturen entweder vernachlässigen oder, versuchte man sie dennoch zu integrieren, die Theoriebildung unnötig erschweren (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996: 145f.; T. Parsons 1968).³⁹

Sprachbezogenheit: Verbunden mit der Konzentration auf Interaktionen ist auch der Fokus auf Sprache als Medium des kommunikativen Austauschs in der Interaktion, und zwar in der Form der gesprochenen Sprache.⁴⁰ Dies hat dazu geführt, dass ein großer Detailreichtum in der

38 Eine darüber hinausgehende Betrachtung von Kommunikation sieht er gar als »gefährlich« an (Luckmann 1980: 95).

39 Seine Meriten hat ein so strikter »Bottom-up«-Ansatz wie der des Interaktionismus in der Simulation von Sozialität durch Softwareagenten gefunden (vgl. Strübing 1998). Doch auch hier stieß der Versuch, möglichst voraussetzungslos zu modellieren, schnell an Grenzen der Einbeziehung komplexerer Muster.

40 Vgl. Luckmann (1980: 107): »Im Unterschied zum Erleben vieler anderer Gegenständlichkeiten der Lebenswelt des Alltags präsentieren sich

Analyse von Kommunikation berücksichtigt werden kann, da außer den rein semantischen und syntaktischen Aspekten auch die Materialität der Sprache ihren Eingang findet, also die stimmlichen Merkmale, Pausen, aber auch nonverbale Kommunikation als Kontextaspekt der sprachlichen Verständigung. Bereits Mead baute auf der Bedeutung lautlicher Äußerungen (der »vokalen Gesten«) seine Theorie der Reziprozität der Perspektiven auf (vgl. Mead 1968: 100ff.).

Luckmann sieht Sprache als »Hauptsystem der gesellschaftlichen Bewusstseinsformung, Wirklichkeitsvermittlung und Handlungsstrukturierung« an und setzt die Leistung der Kommunikation mit der Leistung der Sprache in eins (Luckmann 1980: 106f.). Für Luckmann spielt die Sprache die Rolle der Vermittlung von Strukturen aus der Flüchtigkeit der Interaktionssituation in die Abstraktheit und Dauerhaftigkeit gesellschaftlicher Institutionen und Wissenssysteme. Was dabei allerdings verloren geht, ist zum einen die relative Unabhängigkeit der Kommunikation von Sprache bzw. ihre Vorrangigkeit. Kommunikation ist auch nicht-sprachlich möglich, sie bedient sich nur der Sprache. Vor allem aber entgeht der Analyse zum anderen ein Teil der Lebendigkeit der Kommunikation, nämlich ihre Fähigkeit, nicht nur zu Strukturen zu gerinnen, sondern auch transformierend und verändernd zu wirken, Strukturen reflexiv aufzugreifen und so zu modifizieren etc. Unserer Ansicht nach verstellt der Blick auf Sprache als System den Blick auf Kommunikation als sozialitätsstiftendes Element.⁴¹

Diese Kritik wird auch von Autoren der interpretativen Soziologie geteilt. So betont Knoblauch die Bedeutung der Sprachverwendung im Gegensatz zum sprachlichen System. Insbesondere macht er sich unter Verweis auf Volosinov für eine stärker an die Interaktion rückgebundene Kommunikationstheorie stark: »Sprachliche Kommunikation [...] lebt und entwickelt sich in konkreter Kommunikation und nicht in den linguistischen Sprachformen oder in der Psyche der Sprechenden« (Knoblauch 1995: 37). Diese Sichtweise schließt auch einen grundlegenden Zweifel an der Objektivität von Sprache ein – was ein Akteur mit seinen Worten sagen will, muss nicht zwangsläufig von einem anderen auch so verstanden werden. Entscheidend für den wechselseitigen Bezug der

Sprachformen in einer einzigen Sinnesmodalität. Sie werden als Zeitobjekte erfasst. Im Gegensatz zu vielen anderen Ereignissen in der gemeinsamen Umwelt vergehen sie in ihrer Aktualität sofort, obwohl sie im Moment ihrer Erzeugung ein unbestreitbarer Bestandteil der intersubjektiv aufgebauten »objektiven« Umwelt sind.

41 Auch gegenüber Habermas lässt sich dieser Vorwurf machen, sich zu sehr auf die Sprache als objektive Struktur zu versteifen und den Aspekt ihrer Nutzung in der Kommunikation zu vernachlässigen.

Akteure aufeinander ist allerdings die Unterstellung, dass der andere in der Lage ist, das Gemeinte zu entziffern.

Diese Annahme bringt ein Problem zum Vorschein: Die Akteure haben zwar ein Interesse an der wechselseitigen Verständigung, doch die Kommunikationssituation bietet nicht zwangsläufig Mittel an, die eine Verständigung sicherstellen würden.⁴² Entsprechend richtet sich das Interesse etwa der Konversationsanalyse auf diejenigen kommunikativen Arrangements, die einen reibungslosen Ablauf der Kommunikation unter derart problematischen Umständen sicherstellen können.

Bedeutung des situativen Kontextes: Einen weiteren Faktor der Kommunikationssituation stellt der lebensweltliche Kontext dar, also alle Aspekte und Rahmenbedingungen, die selbst nicht Teil der Kommunikationssituation sind (z. B. körperliche Präsenz der Teilnehmer, audiovisuelle Wahrnehmung etc.). Mit diesem Kontext kann sich zum einen die Bedeutung des Gesagten verschieben, er wird als relevant für die Interpretation des Kommunizierten angesehen, worin eine Differenz zur Sprechakttheorie in ihrer klassischen Form liegt. Zum anderen können mit dem Kontext auch bestimmte kommunikative Formen verbunden sein, die in anderen Kontexten gar nicht zustande kommen könnten – z. B. ist Klatsch nur unter ganz bestimmten, zunächst situativ zu etablierenden Bedingungen möglich (vgl. Bergmann 1987). Der Kontext wirkt sich also auch als ermöglichender Rahmen der Kommunikation aus.

Dieser Kontext wird nun als »reflexiv« angesehen, d. h. er wirkt nicht nur als äußere Bedingung auf die Kommunikation ein, sondern kann in ihr auch angezeigt und thematisiert werden. Insofern bestehen Kontext und Kommunikation nicht getrennt. Der Kontextbegriff wird damit allerdings auch vom Materialismus der Praxistheorie Bourdieus abgetrennt, der eine weitgehende Determination des kommunikativen Geschehens durch sozialstrukturelle Positionen annimmt. Streng im interaktionistischen Sinn steht der unmittelbare Kontext der Interaktion im Vordergrund, und in einer kommunikativen Interaktion werden auch die weiteren Kontexte bis hin zum gesellschaftlichen⁴³ durch sprachliche oder konversationelle Mittel in die Interaktion eingebunden.

Die Bedeutung des Kontextes für die Kommunikation zeigt sich aber auch in einer weiteren Abgrenzung des Interaktionismus von der

42 Dagegen sieht Habermas in der Sprache ein Medium, das Verständigung ermöglicht – sofern sie (auf)richtig gebraucht wird im Sinne des (reinen) kommunikativen Handelns.

43 Knoblauch entwickelt ein solches Drei-Sphären-Modell des Sozialen: vom unmittelbaren Kontext der Interaktion über den mittelbaren institutionell vermittelten Kommunikation bis hin zum gesellschaftlichen der symbolisch vermittelten Kommunikation (vgl. Knoblauch 1995: 83).

Sprechakttheorie, nämlich in der Wahl von kommunikativen Sequenzen als Grundeinheit der Kommunikation. Während die Sprechakttheorie einzelne Äußerungen in der Idealform Illokution/Proposition als Grundelement betrachtet, vertritt Streeck demgegenüber das Prinzip der »irreducibility of interaction«: Kommunikation lässt sich nicht auf Sprechen als (subjektphilosophisch gedachte) Handlung reduzieren, vielmehr ist davon auszugehen, dass »communicative behaviors and units of social meaning are integrated at a *social* level of organization which transcends individual actor's intentions and actions« (Streeck 1980: 147, Hervorh. im Orig.). Daher muss anstatt eines einzelnen Sprechakts auch eine ganze Interaktionssequenz bei der Analyse zugrunde gelegt werden. Denn dessen Bedeutung lässt sich erst durch seine Stellung innerhalb der Sequenz ermitteln.

Mit dieser Verschiebung des Interesses geraten die Bedeutungen der einzelnen Akte aus dem Blick, stattdessen konzentriert sich die Analyse stärker auf die Mittel, mit denen solche kürzeren oder längeren Sequenzen von zusammenhängenden Äußerungen konstruiert werden können. Neben kommunikativen Markierungen sind die sogenannten kommunikativen Muster ein sehr wichtiges Mittel dabei. Sie bilden typische Abläufe von Kommunikation ab und stellen sie als reflexiver Mechanismus der Kommunikation wieder zur Verfügung.

Öffentlicher Charakter der Kommunikation: Bevor wir uns mit diesem Aspekt der interaktionistischen Kommunikationstheorie beschäftigen, sei zunächst die Bedeutung der Öffentlichkeit diskutiert. Der öffentliche Charakter von Kommunikation wird im Interaktionismus nur am Rande erwähnt, leitet sich aber unmittelbar aus der Annahme der Interaktionssituation als Grundmodell der Sozialität ab. Kommunikation basiert auf symbolischer Übermittlung von Wissen. Mit der Verwendung von Symbolen aber verlässt das Wissen den rein subjektiven Bereich und steht als Symbol ganz unterschiedlichen Akteuren zur Verfügung. Mit einer Äußerung wird das Wissen öffentlich, und kann von unterschiedlichen Akteuren wahrgenommen werden. Gerade der Interaktionismus nach Mead hat ja die Bedeutung des gesprochenen Wortes betont, weil die Laute sozusagen »im Raum stehen« und von *allen* an der Kommunikation Beteiligten in *gleicher* Weise vernommen werden können.⁴⁴

Der Fokus auf das gesprochene Wort hat allerdings dazu geführt, dass die Bedeutung der Interaktionssituation überschätzt und die Abstraktionsleistung der Kommunikation unterschätzt wurde. So ist es mit

44 Vgl. auch Reckwitz 2000: 416 sowie 441 mit einem Verweis auf den öffentlichen Charakter der Interaktionspraxis bei Goffman.

schriftlicher Kommunikation möglich, in ganz anderen Dimensionen vom konkreten Kontext der Lautäußerung zu abstrahieren und entsprechend auch eine andere Dimension von Öffentlichkeit zu erzielen. Diese gesellschaftsweit öffentliche Ebene von Kommunikation, deren Bedeutung insbesondere Derrida herausgestellt hat, ist im Interaktionismus angelegt, wird von diesem aber nur unzureichend behandelt, weil die Mikroebene der Interaktionssituation im Vordergrund steht.

Regelhaftigkeit bzw. Institutionalisierung des Ablaufs der Kommunikation: Auf eine andere Weise versucht die interpretative Soziologie mit den Arbeiten von Luckmann und, darauf aufbauend, Knoblauch die gesellschaftliche Ebene wieder einzuholen. Mit dem Begriff der »kommunikativen Muster« spricht dieser einen Aspekt an, der den gesamten Interaktionismus übergreift: die Annahme der Regelhaftigkeit bzw. Institutionalisierung der Interaktion, die dann auch reflexiv zur Steuerung der Interaktion genutzt werden kann und so die Frage beantwortet, wie denn die Akteure die Schwierigkeit meistern, nicht nur ihr Verständnis, sondern auch ihr Handeln aufeinander abzustimmen.

Bereits Goffman hatte einen Großteil seiner Arbeiten der Analyse der Regeln gewidmet, die alltäglichen Interaktionen unterliegen, und auch ihm war die Bedeutung nicht verborgen geblieben, die Kommunikation dabei hat.⁴⁵ Die grundlegende Annahme dabei ist, dass Kommunikation – in Abgrenzung zum selbstlosen kommunikativen Handeln bei Habermas – immer auf etwas zielt, und zwar auf das Bewusstsein ebenso wie das Handeln des Gegenübers, des Rezipienten. Dieser soll nicht nur eine Information aufnehmen, sondern auch darauf reagieren, zum Beispiel auf eine Frage antworten. »Neben der verhüllten, aber immer implizierten Synchronisierung der Bewusstseinsströme muss aber auch der Vollzug der Handlungen in seinen einzelnen Schritten koordiniert werden: Die *Koordination von Handlungen zur Kommunikation*« (Knoblauch 1995: 54, Hervorh. im Orig.). Beide Motivationen gehören immer zur kommunikativen Handlung eines Akteurs. Und in Bezug auf beide ist Verständigung unabdingbar: Wer etwas mitteilt, will verstanden werden, und zwar sowohl in inhaltlicher als auch in kommunikativer Hinsicht. Die Regelhaftigkeit der Kommunikation bezieht sich nun vor allem auf den zweiten Aspekt, die Koordinierung der Handlungsentwürfe und -vollzüge der Teilnehmer an Kommunikation. Kommunikative Regeln und Institutionen werden in dieser Sichtweise zu einem unverzichtbaren Aspekt von gelingender Kommunikation und bilden wesentliche Elemente der Strukturen der Lebenswelt.

45 Allerdings liegt der Schwerpunkt bei Goffman sicherlich auf den an den Körper gebundenen sozialen Praktiken. Vgl. z. B. Goffman 1983: 4.

Wie bereits für die Bedeutung des Kontextes ist auch in Bezug auf die kommunikativen Strukturen der Lebenswelt der sogenannte »interactionist view« (Goffman 1981: 78) von zentraler Bedeutung, also die Annahme, das Soziale konstituiere sich erst auf der Ebene des aufeinander bezogenen Handelns mindestens zweier Akteure in einer Interaktion. Als grundlegende Annahme prägt diese auch das Kommunikationsmodell: »[...] talk is socially organized not merely in terms of who speaks to whom in what language, but as a little system of mutually ratified and ritually governed face-to-face action, a social encounter« (Goffman 1973: 65). Weder die übergreifende sprachliche Struktur noch die individuellen Handlungen der Akteure sind interessant, sondern vielmehr die Eigengesetzlichkeit der Kommunikation, die Regeln, nach denen sich ein Gespräch vollzieht.

Noch deutlicher als bei Goffman ist die Sichtweise in der Konversationsanalyse vertreten. Schegloff etwa plädiert dafür, bei der Analyse von »talk-in-interaction« tatsächlich von individuellen Handlungsabsichten zu abstrahieren (vgl. Knoblauch 1995: 64; s. auch Bergmann 1981: 22), die Konversation wird als eine »anonyme Maschine« betrachtet, die kommunikative Prozesse sozusagen aus sich selbst heraus hervorbringen kann. Hier scheint eine Verwandtschaft zwischen dem Interaktionismus und der Systemtheorie auf, die ja ebenfalls von einer relativen Unabhängigkeit des Sozialen von den einzelnen Akteuren ausgeht.⁴⁶ Allerdings bleibt für den Interaktionismus immer der Bezug zu handelnden Akteuren aufrechterhalten, wohingegen die Systemtheorie Akteure aus dem Bereich der soziologischen Betrachtung ausgrenzen will (vgl. Knoblauch 1995: 87).

Welche Strukturen sind es nun aber, die die Interaktionssituation ausmachen und als Kontext die Kommunikation strukturieren und beeinflussen? Für Goffman (1983) sind es zum einen die situative Rahmung der Interaktion, also die Form der Zusammenkunft (»civil inattention« oder gar »Bühnenformat«) und die Beziehungen zwischen den Sprechern und zwischen Sprechern und ihren Äußerungen (»Beteiligungsformat«). Zum anderen geht es aber auch um direkt mit der Kommunikation verbundene Steuerungsmechanismen, die bei Goffman vor allem als Rituale angesehen werden: Rituale der Kontaktaufnahme und -beendigung, der Umgang mit Paarsequenzen (z. B. Übergang von Fragen zu Antworten) sowie Rituale, die ganze Interaktionen strukturieren (z. B. Einladungen). Bei Goffman werden diese Rahmenbedingungen als extern zur Kommunikation angesehen, sie betreffen den sozialen Status der

46 Den Versuch einer Annäherung der beiden Ansätze unternimmt W. L. Schneider (1994).

Akteure sowie situative Mechanismen. Als Strukturen der Interaktion entstehen sie zugleich aus der Interaktion heraus, sind also nicht unabhängig von diesen zu betrachten. »[...] die unmittelbare Interaktion und deren situative Merkmale bilden die Grundeinheiten für die Ausbildung der Strukturen der Interaktionsordnung« (Knoblauch 1995: 66).⁴⁷

Diese dem Grundsatz des »Bottom-up«-Ansatzes verpflichtete Perspektive einer aus der Interaktion erwachsenden Strukturbildung prägt auch die Analysen kommunikativer Strukturen von Luckmann und Knoblauch. Sie greifen Goffmans Betrachtungen zur »Interaktionsordnung« auf und integrieren sie, setzen den Schwerpunkt allerdings auf die stärker kommunikativ ausgebildeten Strukturen. Bei den sogenannten »kommunikativen Mustern« bzw. »Gattungen« handelt es sich um institutionsartig verfestigte Strukturen der Kommunikation für je spezifische Problembereiche: »Einzelne relevante Kommunikationsprobleme werden gleichsam in die *Form konventioneller Muster* gebracht, die zwar keine Einsicht in die Intentionen spezifischer Einzelner erlauben, wohl aber typische Motivzuschreibungen erlauben und durch die Musterung des Ablaufs die Handlungskoordination regeln« (Knoblauch 1995: 56, Hervorh. St. A.).

Wichtig an dieser Charakterisierung sind die drei hervorgehobenen Begriffe, Form, konventionell und Muster. Denn zum einen handelt es sich bei den Strukturen nicht um die Inhalte der Kommunikation, sondern um formale Aspekte, die den Ablauf der Kommunikation betreffen. Ein Beispiel dafür sind Eingangsformeln in eine Kommunikationssituation, in denen bereits ein großer Teil des Rahmens für die folgende Kommunikation festgelegt wird. Zweitens werden die Strukturen als Muster vorgestellt, d. h. als reflexive Regelmäßigkeiten, die in ihrer Verwendung auf ihren Zweck, nämlich die Erleichterung der Kommunikation, hinweisen und somit nicht im Verborgenen wirken, sondern als Symbole erkennbar sind. Und schließlich gehen Luckmann und Knoblauch nicht von Ritualen aus, sondern von institutionellen Verfestigungen, von Konventionen, die als »kommunikative Institutionen« verstanden werden (Knoblauch 1995: 97).

47 S. aber die explizite Abgrenzung vom Situationismus (Goffman 1983: 4). Auch Reckwitz verweist auf die Ablösung Goffmans von der Interaktions-situation: »Goffman gibt dem ›interpretativen Ansatz‹ jedoch eine dezidiert ›holistische‹, gegen einen radikalen ›Situationismus‹ gerichtete Wende: Er betont, dass Rahmen, auch wenn sie notwendigerweise von einzelnen Akteuren angewandt werden, die mit ihrer Hilfe ›die Situation definieren‹, immer als kollektive Bedeutungsrahmen zu verstehen sind, die keineswegs in der Situation, in der ein Akteur sie aktiviert, gleichzeitig neu geschaffen würden« (Reckwitz 2000: 418, Hervorh. im Orig., vgl. Goffman 1974: 274).

Die Muster können als Programme der Kommunikation verstanden werden. »Dieses Gesamtmuster bestimmt weitgehend die Auswahl der verschiedenen Elemente aus dem kommunikativen ›Code‹, und der Verlauf der Handlung ist hinsichtlich jener Elemente, die vom Gesamtmuster bestimmt werden, verhältnismäßig gut voraussagbar« (Luckmann 1986: 201). Insbesondere Günthner und Knoblauch (vgl. Günthner/Knoblauch 1994: 693) beziehen sich in ihrem Konventionen- bzw. Institutionenbegriff stark auf Gehlens Anthropologie. Damit allerdings bleibt der symbolisch-reflexive Gehalt von Kommunikationsprozessen, wie regelhaft sie auch erscheinen mögen, unterbelichtet, der durch den Ritualebegriff Goffmans noch zur Geltung kam.

Problematisch ist diese Verschiebung insofern, als sie für Kommunikation im Allgemeinen unterstellt wird, etwa wenn Knoblauch gegen Habermas einwendet, Kommunikation sei grundlegend traditions- statt verständigungsorientiert (s. z. B. Günthner/Knoblauch 1994: 700).⁴⁸ Zwar mag man zu Recht die Idealvorstellungen Habermas' zurückweisen, doch einen Gehlen'schen Institutionenbegriff dagegenzusetzen überzeugt gerade im Fall von Kommunikation nicht. Denn ein solcher Ansatz verfängt sich zwangsläufig in der Dualität von Handlung und Reflexion, wenn er sich nicht einem platten Anti-Reflexionismus hingeben will, wie er Gehlens ursprüngliche Position kennzeichnet.

Die Gesamtheit der Kommunikation in einer Gesellschaft versucht der Begriff des »kommunikativen Haushalts« zu erfassen (Luckmann 1986: 206). Er umfasst neben spontanen kommunikativen Handlungen insbesondere die Gesamtheit der verfügbaren, also bereits verfestigten kommunikativen Gattungen und Muster, die sich der Binnenstruktur der Kommunikation, der situativen Ebene sowie der gesellschaftlichen Ebene des Milieus zuordnen lassen (vgl. Günthner/Knoblauch 1994). Es bleibt letztlich unklar, was genau Gattungen darstellen, ob also bereits die Intonation einer Aussage eine Gattung darstellt, oder ob nicht eher bestimmte regelmäßige Zusammenhänge von Mustern eine Gattung ausmachen.

Klar ist jedoch, dass eine gegebene Kommunikationssituation immer von einer Kombination von Mustern aller drei Ebenen beeinflusst wird und dass es nicht darum gehen kann, alle Muster bzw. Gattungen einer Kommunikationssituation oder eines kommunikativen Haushalts empirisch zu identifizieren (eine solche Aufgabe erscheint ohne Aussicht auf Erfolg, da sich zumindest in Bezug auf letztere Ebene die Muster schnell-

48 Zur Verteidigung der Autoren ist allerdings anzumerken, dass sie selbst auf den symbolischen Aspekt auch der konventionellen Muster hinweisen, wenn sie die Funktion der Gattungen als »Orientierungsrahmen« charakterisieren (Günthner/Knoblauch 1994: 700).

ler ändern dürften als sie erfasst werden können). Vielmehr dient das Konzept der Identifizierung einzelner Muster bzw. Gattungen in ihrer kommunikativen Funktion, und auf diesem Gebiet hat die empirische Analyse dieser Tradition beachtliche Ergebnisse vorgebracht. Zu fragen bleibt dabei jedoch, ob diese letztlich nicht allein anekdotischen Wert haben, wenn sich die unterschiedlichen Bereiche nicht zu einem kohärenten Bild zusammenschließen lassen.

Die Auflistung der Strukturmerkmale der kommunikativen Muster und Gattungen erinnert an die von Foucault in seiner Antrittsvorlesung aufgezählten Bestimmungsfaktoren des Diskurses. Vor diesem Hintergrund soll abschließend eine Zusammenfassung des interaktionistischen Kommunikationsmodells erfolgen, die Bezüge zu den anderen Modellen herstellt und aufzeigt, welche Stellung der Diskurs dabei einnimmt. Trotz der Ähnlichkeit der identifizierten kommunikativen Elemente ist festzuhalten, dass die interpretative Soziologie Kommunikation nicht, wie Foucault und auch Bourdieu, in erster Linie auf der gesellschaftlichen Ebene verortet. Stattdessen können wir das Kommunikationsmodell auf der Mikroebene von Interaktionen im klassischen Sinne der Kopräsenz von Akteuren verorten.

Während Habermas seinen Blick vor allem auf die sprachlichen Strukturen der Kommunikation richtet und Foucault sich für gesellschaftliche Wissensstrukturen interessiert, bleibt die interpretative Soziologie mit diesem Fokus am dichtesten an der konkreten empirischen Erfahrung. Auch für Luckmann und Knoblauch, die die Perspektive auf die gesellschaftliche Ebene ausweiten, bleibt Kommunikation an die Interaktion gebunden. Durch die Betonung der Eigenmächtigkeit kommunikativer Strukturen (insbesondere in der Konversationsanalyse und bei Goffman) gegenüber den handelnden Akteuren macht die interpretative Soziologie außerdem deutlich, dass sie mehr als eine reine Handlungstheorie bietet.

Wie bereits die Sprechakttheorie trifft allerdings auch sie die Kritik, sich am Vorbild der natürlichen, gesprochenen Sprache zu orientieren und vermittelte Kommunikation, wie z. B. schriftliche, nur als abgeleitete, weniger ursprüngliche anzusehen. Das Festhalten am Kriterium der Kopräsenz macht das Modell der interpretativen Soziologie wenig geeignet für die Analyse der aktuell vorherrschenden Kommunikationsformen der Echtzeitmassenmedien und digitalen Netzwerke. Es bietet zwar den Vorzug eines strikten »Bottom-up«-Ansatzes, hinterfragt jedoch zu wenig die Eignung der »Face-to-Face«-Situation als Modell für Kommunikation überhaupt.

Was die Frage des Diskursbegriffs angeht, scheint die interpretative Soziologie dem angelsächsischen »discourse«, mit dem im alltäglichen

Sprachgebrauch Konversation gemeint ist, am nächsten zu stehen. Allerdings bemerkt Knoblauch ganz richtig zu einer solchen Verbindung, diese treffe nicht den eigentlichen Kern des Diskursbegriffs (Knoblauch 2001: 210). Er schlägt stattdessen vor, Diskurse auf der Makroebene der Gesellschaft zu verorten, als »kommunikative Konstruktion von Relevanzen durch ganze gesellschaftliche Gruppierungen« (Knoblauch 1995: 305, vgl. auch Knoblauch 2001), also analog zu Foucaults wissenssoziologischer Ausarbeitung des Diskursbegriffs. Allerdings stellt eine solche Verortung einen Bruch mit der traditionellen Orientierung der interpretativen Soziologie auf die Interaktionssituation dar. Außerdem zeigt sich eine Diskrepanz bei Knoblauch selbst zwischen einerseits der Annäherung des Diskurses an den kommunikativen Haushalt, zu dem dieser als »Pendant« angesehen wird (Knoblauch 2001: 213), und andererseits der Unterscheidung eines auf inhaltlich-thematische Aspekte der Kommunikation bezogenen Begriffs (Diskurs) und eines auf formale Aspekte bezogenen (kommunikativer Haushalt). Während sich an Diskursen (wissenssoziologisch verstanden) vielleicht das Inventar gesellschaftlicher Problemlagen feststellen lässt, erlaubt der kommunikative Haushalt allenfalls Rückschlüsse auf die Probleme der Abwicklung von Kommunikation, nicht aber auf die Inhalte. Schließlich leidet Knoblauchs Vorschlag einer Verbindung des Diskursbegriffs mit der gesellschaftlichen Topik (Knoblauch 1995: 305) auch daran, den Diskurs als Verfestigung von Strukturen, von Positionen zu verstehen und dabei zu vernachlässigen, dass Diskurse es gerade ermöglichen, Gemeinplätze reflexiv zu hinterfragen und in ihrer Wirkung als gewohnheitsmäßig Geglaubtes aufzubrechen.

Eine andere Variante der Betrachtung von Diskursen aus der Perspektive der interpretativen Soziologie erscheint daher interessanter, auch wenn sie in der Rezeption nicht ausgeschöpft wird: das ursprüngliche interaktionistische Modell, das Kommunikation bzw. Diskurse unmittelbar an die Interaktionssituation koppelt. Hier bietet der Interaktionismus mit seinem Blick für die Details und Regelmäßigkeiten eine hohe Auflösungsschärfe, die andere Ansätze vermissen lassen.

Allerdings treffen hier auch die bereits geäußerten Kritikpunkte am stärksten. Es gelingt nicht, von der mikrosoziologischen Ebene aus aufzusteigen zur gesellschaftlichen Ebene. Als Gegenpol zur Systemtheorie mit ihrem Fokus auf die systemisch ausdifferenzierten Bereiche des Sozialen ist die interpretative Soziologie ebenso einseitig auf die alltägliche Lebenswelt bezogen. Erst auf der Grundlage einer Theorie der gesellschaftlichen Differenzierung kann aber der Charakter von Diskursen, diese zu transzendieren und dadurch zu verbinden, zur Geltung kommen. Daher sehen wir den Wert der interpretativen Soziologie für die

Diskurstheorie und -analyse vor allem in Anregungen zum Vorgehen bei der empirischen Untersuchung.

Abschließend soll eine Weiterentwicklung der interpretativen Kommunikationstheorie vorgestellt werden, die versucht, Einsichten der Sprechakttheorie zu integrieren: das sogenannte »common ground«-Modell nach Clark (1996).⁴⁹ Dieses Modell greift Schütz' Vorstellung von einer »konstruktiven Tätigkeit im Alltag« auf (zitiert nach Morel et al. 1997: 88)⁵⁰ und bezieht diese auf Kommunikation. Kommunikation wird als gemeinsame Tätigkeit mehrerer Akteure verstanden. Dies impliziert das Engagement der Beteiligten für eine gemeinsame Sache im Unterschied zu individuell zielgerichtetem Verhalten und betont den überindividuellen, intersubjektiven Charakter von Kommunikation. Ein weiterer Anknüpfungspunkt an das interpretative Paradigma besteht in der zentralen Stellung, die der »Face-to-Face«-Kommunikation unter Bedingungen der Anwesenheit eingeräumt wird. Die Interaktionssituation wird als die in ontogenetischer wie phylogenetischer Hinsicht primäre Kommunikationssituation angesehen und daraus abgeleitet, dass sich die Untersuchung von Kommunikation auch an diesem Typus als Ideal orientieren müsse. »If we are ever to characterize language use in all its settings, the one setting that should take priority is face-to-face conversation« (Clark 1996: 11). Allerdings wird auch der Anspruch vertreten, dass sich alle vorgeschlagenen Begriffe und Unterscheidungen für die gesamte Bandbreite der Formen von Sprachverwendung eignen und bewähren müssen.

Das Modell setzt jedoch auch eigene Akzente: Der Begriff des »common ground« wird herangezogen um den Rahmen der Kommunikation zu charakterisieren und zu analysieren. Die Errungenschaften der Sprechakttheorie in Bezug auf die Intentionen der Beteiligten werden aufgenommen, dabei wird der Intentionen-Begriff umgedeutet in Richtung sozialer Intentionen (»commitments«), also von Intentionen, die auf ein gemeinsames Projekt zielen. Schließlich wird als vermittelnde Instanz zwischen Rahmen und Intentionen die Verwendung von Signalen untersucht, die zur Anzeige von Absichten in der Kommunikation benutzt werden können. Das Ziel eines solchen Kommunikationsmodells

49 Das Modell stellt nicht unbedingt eine eigene Theorie dar, allerdings lässt es sich als eigenständiges Modell klar von anderen wie dem der interpretativen Soziologie abgrenzen. Eine Rezeption des Modells in der Soziologie fand bisher kaum statt, dafür in der Psychologie bzw. Linguistik sowie in der Forschung zur Mensch-Maschine-Interaktion (vgl. etwa Heeman/Johnston 1998; Preece 2000).

50 Allerdings finden sich bei Clark (1996) keine expliziten Bezüge zu Schütz, einzig Goffman wird als soziologischer Gewährsmann zitiert.

ist dabei die Erklärung von Kommunikation als Verständigungsprozess (vgl. Clark 1996: 21).

Kommunikation ist für Clark zunächst eine »joint activity«, die sich aus wechselseitig aufeinander bezogenen Handlungen einzelner Akteure zusammensetzt, den »joint actions«. Diese lassen sich von anderen Handlungen unterscheiden durch die Intentionen der Akteure, die ihr Interesse im Fall von »joint actions« auf das Gelingen der gemeinsamen, koordinierten Handlung legen (ähnlich wie bei Habermas' Begriff des kommunikativen Handelns). Das Modell lenkt nun den Blick insbesondere auf das, was da gemeinsam geschaffen wird, eben den »common ground« als wesentliche Komponente von Kommunikation. Dieser umfasst das Vorwissen, die Überzeugungen und Annahmen sowie weitere Informationen, die die Beteiligten in eine Kommunikationssituation einbringen, soweit sie auf diese bezogen sind. Mit Bezug auf Stalnaker bezeichnet Clark all das als »common ground«, was die Teilnehmer an einer Kommunikationssituation als gemeinsames bzw. geteiltes Wissen aller Beteiligten annehmen (Clark 1996: 38f.). Neben dem vor dem Eintritt in die Kommunikation bestehenden Wissen gehört dazu auch in der Situation gebildetes Wissen, z. B. über den unmittelbaren Kontext der Kommunikation (Ort, Situation) sowie über im Laufe der Kommunikation ausgetauschte Informationen. Der »common ground« stellt also kein statisches Objekt dar oder – wie in der Sprechakttheorie – ein geteiltes Regelsystem, das es nur korrekt anzuwenden gilt, sondern unterliegt einem dynamischen Wandlungsprozess durch die konstruktive Tätigkeit der beteiligten Akteure.

Der »common ground« ist die Basis von Kommunikation und überhaupt jeglicher gemeinsamer Aktivität, die »*sine qua non* for everything we do with others [...]« (Clark 1996: 92, Hervorh. im Orig.). Auf diesem Wege verschiebt das »common ground«-Modell auch die Blickrichtung von den sprachlichen Elementen hin zu einer breiteren Auffassung von Kommunikation. Es sind alle Aspekte einer Situation, die auf den »common ground« einwirken, also haptische, olfaktorische, visuelle und akustische Sinneseindrücke neben den mündlich oder schriftlich übermittelten Wörtern als Signale. Entsprechend der Zweiteilung zwischen performativen Zielen und dem gemeinsamen Interesse an der Konstruktion und Aufrechterhaltung der Kommunikationssituation werden non-verbale wie sprachliche Signale zum einen für die Informationsverbreitung genutzt, zum anderen für die Herstellung des »common ground« durch den Austausch von Informationen und Wissen. Dieser Begriff des »common ground« als kommunikativer Kontext sorgt für eine noch stärkere Verbindung von interpretativem Paradigma und dem Gegen-

standsbereich der Kommunikation als bei den bisher diskutierten Varianten.

Das Modell des »common ground« bietet gegenüber der Sprechakttheorie⁵¹ den Vorzug, die Intersubjektivität und die performative Wirkungskraft des »common ground« zu problematisieren. Allerdings bleiben auch bei diesem Modell verschiedene Kritikpunkte, die abschließend diskutiert werden sollen. Da ist zunächst der besondere Fall der hier zur Untersuchung anstehenden Online-Diskussionen. Vermittelte Kommunikation über Computer und Internet stellt, wie bereits dargestellt, für den Interaktionismus und auch das »common ground«-Modell nur einen abgeleiteten Fall von Kommunikation dar.⁵² Im Vergleich zum Reichtum der »Face-to-Face«-Begegnung muss sie aufgrund der reduzierten Kontext-Signale als defizitär erscheinen.⁵³ Dann aber lassen sich weder die rasche Verbreitung der computervermittelten Kommunikation noch ihre (auch empirisch beobachtbaren) Vorzüge gerade für diskursive Kommunikation erklären.

Ein zweiter Kritikpunkt ergibt sich aus der Kontrastierung des Modells mit poststrukturalistischen Kommunikationsmodellen. Das »common ground«-Modell betont aus seinen Grundannahmen heraus die Gemeinsamkeiten des Wissens und der Intentionen der Kommunizierenden und ist dadurch verführt, die Konflikthaftigkeit und den Kampfcharakter von Kommunikation zu unterschätzen. Denn auch wenn es sich um letztlich geteilte Konventionen und eine in der Tat gemeinsame Basis handelt, ist damit noch nicht gesagt, ob diese Gemeinsamkeit auf einer stabilisierten Harmonie oder auf anderen Mechanismen beruht. Wie Bourdieus Begriff des »Kampfes um die Definitionsmacht« verdeutlicht, kann durchaus umkämpft sein, was den »common ground« ausmacht und wie das gemeinsam geteilte Wissen zu bewerten ist.⁵⁴ Gerade in Diskursen ist anzunehmen, dass sich eine Ebene der Metadiskussion

51 Von der sich Clark ausdrücklich abgrenzt, vgl. Clark 1996: 218f.

52 Vgl. Clark 1999 für die Behandlung im »common ground«-Modell.

53 Ein großer Teil von Forschungsliteratur hat sich auch aus der interaktionistischen Perspektive heraus mit den Problemen befasst, die durch die Abwesenheit von »social cues« in der Kommunikation via Computer entstehen. Vor dem Hintergrund der heutigen Verbreitung von computer-vermittelter Kommunikation nehmen sich die anfänglich beobachteten Probleme jedoch eher wie Startschwierigkeiten eines neuen Mediums aus denn als echte Hindernisse der Kommunikation.

54 Dass auch diese Kämpfe kommunikativ ausgefochten werden, sagt dabei noch nicht aus, dass ihnen eine harmonische gemeinsame Basis zugrunde liegen muss. Wie bereits in Bezug auf Habermas erläutert, lässt sich dieser Zirkel gelingender Kommunikation immer auch in die Richtung auf eine nicht-konsensuale bzw. nicht-harmonisierte Basis hin auflösen.

auch darum entspinnt, was als »common ground« anzunehmen und zu bewerten ist und was umstritten ist. Das »common ground«-Modell, das vor allem in konversationsanalytischen Studien entwickelt wurde (vgl. auch die Definition von »discourse« bei Clark 1996: 50), tendiert dagegen dazu, den »common ground« allzu unproblematisch als geteilte Basis der Kommunikation vorauszusetzen.

Schließlich ist festzuhalten, dass auch das »common ground«-Modell bei aller Betonung der intersubjektiv geteilten Aspekte der Kommunikation auf einer handlungstheoretischen Grundkonzeption mit individuellen Akteuren und deren Zielen, Intentionen, Plänen etc. aufbaut. Dabei bleibt letztlich das Problem, wie denn bei grundlegender Individualität der Akteure das Gemeinsame des »common ground« etabliert werden kann. Das Modell nimmt ein gewisses Maß an geteiltem Wissen an, will dieses aber gleichzeitig nicht in der Situation oder in der Sprache verankern (wie etwa bei Goffman zumindest teilweise angelegt – vgl. Reckwitz 2000: 440f.), sondern in den Subjekten. Damit wird der intersubjektive Charakter von Kommunikation gegenüber der Betrachtung kognitiver Voraussetzungen und Strukturen vernachlässigt.

Zwischenfazit

Dieser Überblick über alternative kommunikationstheoretische Grundlegungen von soziologischen Diskursbegriffen erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit in Bezug auf das Feld der Diskurs- oder der Kommunikationstheorien. Er beschränkt sich auf soziologische Theorien, und unter diesen auf grundlegende und dementsprechend abstrakte Modelle. Dieses Vorgehen ist dem Zweck geschuldet, Alternativen zu den bei Habermas als problematisch erkannten kommunikationstheoretischen Grundlagen der Diskurstheorie zu identifizieren und ihren Einfluss auf die Beschreibung von real vorkommenden und beobachtbaren Diskursen, wie sie uns beispielsweise in den Fällen von Online-Deliberationen begegnen, zu erfassen. Im Folgenden sollen die zu kritisierenden Aspekte der unterschiedlichen Modelle zusammengefasst und die jeweiligen weiterführenden Aspekte hervorgehoben werden.

An den Theorien von Foucault, Bourdieu und den unterschiedlichen Theorien unter dem interpretativen Paradigma zeigt sich das Problem, der intermediären Ebene von Diskursen gerecht zu werden. Während Foucault einseitig die makrosoziale (und auch zeitlich langfristige) Perspektive betont, konzentrieren sich die interpretativen Theorien auf die Interaktionssituation unter Bedingungen der Kommunikation von Angesicht zu Angesicht und beschreiben abstraktere Phänomene nur als abge-

leitet. Daher können sie Diskursen mit einer großen Zahl von Teilnehmern, wie den in dieser Arbeit untersuchten, nicht gerecht werden.

Bourdieu, so hatten wir argumentiert, verwendet zwar einen expliziten Diskursbegriff nur in Bezug auf monologische Rede oder einzelne Stellungnahmen, bietet jedoch mit seinem grundlegenden Kommunikationsmodell nach der Metapher des »sprachlichen Marktes« ein Instrumentarium an, das sich auf die intermediäre Ebene zuschneiden lässt. Als wenig hilfreich hat sich allerdings die Untersuchung von Machtbeziehungen erwiesen, die sowohl bei Bourdieu als auch bei Foucault eine zentrale Rolle spielt. Denn durch die Ausweitung des Machtbegriffs von politischer Macht zu sozialer Macht ist dieser zu einem Synonym für soziale Strukturen generell geworden und hat seinen spezifischen Erklärungswert eingebüßt.

Demgegenüber kommt Argumenten, die sich in unseren empirischen Beobachtungen als durchaus relevant und zentral für die Diskurse erwiesen hatten, in den Theorien kein besonderer Stellenwert zu. Am ehesten finden sie als besondere Form von Stellungnahmen in Bourdieus Modell Berücksichtigung, nach dem sie auch in ihrer performativ-reflexiven Wirkung auf die Regeln des Diskurses selbst untersucht werden können. Interessant ist jedoch der Hinweis auf externe Determinanten in Form sprachlicher Merkmale, der bei Foucaults Verweis auf die innerdiskursiven Ausschließungsprinzipien angelegt ist und bei Bourdieu mit der Untersuchung der Rolle von Dialekten sogar im Vordergrund steht.

Neben solchen sprachlichen Einflussfaktoren steuert der Interaktionismus von Goffman unter dem Begriff des »Framings« weitere Randbedingungen von Diskursen bei. Alle Theorien verweisen auch auf die Bedeutung körperlicher Praktiken für die diskursive Kommunikation (für den interpretativen Ansatz z. B. Goffman 1994), die für unsere Betrachtung von Online-Diskussionen allerdings von geringer Relevanz ist, weil ein direkter Einfluss körperlicher Merkmale aufgrund der Textbasiertheit ausgeschlossen werden kann. Schließlich enttäuschen in Bezug auf die Abbildung des interaktiven Charakters der Diskurse vor allem die Theorien von Foucault und Bourdieu, da beide einen monologischen Diskursbegriff zugrunde legen. Das interpretative Paradigma dagegen, und hier insbesondere die Konversationsanalyse und das »common ground«-Modell der Kommunikation, befassen sich eingehend mit den interaktiven Prozessen, wie sie sich auch in den untersuchten Diskursen als charakteristisch erwiesen haben.

Die kursorische Durchsicht der Theorien hat aber auch einige interessante Aspekte für die Weiterentwicklung der Diskurstheorie erbracht. So wird die Prozesshaftigkeit von Kommunikation besonders im interpretativen Paradigma von der Konversationsanalyse betont und die Me-

chanismen des Übergangs zwischen Äußerungen erfasst. Die Bedeutung von kommunikativen Anschlüssen für Diskurse wurde ja auch schon in unserer empirischen Untersuchung hervorgehoben. Trotz ihrer handlungstheoretischen Ausrichtung haben sich die Theorien des interpretativen Paradigmas weitgehend vom Akteur als Subjekt gelöst, ebenso Foucault (nicht aber Bourdieu). Eine solche Ablösung entspricht zum einen den Intentionen der kommunikativen Wende, zum anderen kommt sie einer Betrachtung von großformatigen, medial vermittelten Diskursen entgegen, in der die Teilnehmer sich wechselseitig nicht als Personen in ihrer vollen Subjektivität begegnen, sondern nur in ihrer Rolle als Teilnehmer. Der Fokus auf Kommunikation als relativ autonome Ebene soll daher auch hier übernommen werden. Damit verbunden ist der Entwurf eines publikationsorientierten Modells von Kommunikation (wie es sich bei Bourdieu finden lässt), bei dem die Äußerungen und ihre Beziehungen untereinander im Vordergrund stehen und die Urheber sowie die Rezipienten zwar relevant, aber nicht bestimmend sind.

Ein Merkmal von Kommunikation, das über alle besprochenen Theorien hinweg verzeichnet wurde, ist der Charakter eines Spiels, also eines Sets von Regeln, nach denen sich die Kommunikation vollzieht, die aber durch die Kommunikation auch geändert und im Diskurs zum Gegenstand gemacht werden können. Insbesondere bei Bourdieus Bild eines Kampf-Feldes (Bourdieu/Wacquant 1996: 134f.) und im Modell des »common ground« kommt der reflexive Charakter des Spiels ebenso zum Tragen wie das grundlegende Einverständnis über eine sachliche, zivil ausgetragene Diskussion, die sich in den untersuchten Fällen beobachten ließ.

Auch die Mehrdeutigkeit von Kommunikation, die vor allem von Bourdieu hervorgehoben wird, stellt einen mit dem spielerischen Charakter von Kommunikation eng verbundenen Aspekt dar. Damit stehen alle drei hier besprochenen kommunikationstheoretischen Modelle im Gegensatz zu Habermas' Sicht, der den Spielbegriff als zu stark pragmatisch konnotiert betrachtet und ihm gegenüber an universalen Regeln festhält. Die empirischen Beobachtungen stützen demgegenüber die Beschreibung von Diskursen als Spiele, in denen die Teilnehmer mit Rollen experimentieren, zu denen sie eine mehr oder weniger starke Motivation aufbringen und deren Regeln nicht festgelegt sind, sondern im Verlauf der Kommunikation immer wieder zum umstrittenen Gegenstand werden.

Schließlich ist in Bezug auf die zeitliche Dimension zu bemerken, dass diese vor allem in der Konversationsanalyse als eigenständiger Aspekt der Kommunikation berücksichtigt wird (für eine Anwendung auf computervermittelte Kommunikation vgl. Kalman et al. 2006b). Auch

bei Bourdieus Praxistheorie spielen Zeit und zeitliche Dauer eine wichtige Rolle. Am Modell des Gabentausches zeigt Bourdieu, dass ihre Beachtung zu einer neuen Perspektive auf bekannte Phänomene führen kann, allerdings verfolgt er die temporaltheoretische Fassung der Theorie in der weiteren Entwicklung nicht konsequent.

Neben diesen Theorien, die sich unmittelbar auf diskursive Kommunikation nach dem einen oder anderen Verständnis richten, ist auf eine weitere soziologische Theorie einzugehen, die einen bedeutenden Beitrag zur kommunikationstheoretischen Grundlegung der Soziologie geleistet, dabei aber einen auffälligen Bogen um den Begriff des Diskurses gemacht hat: die Systemtheorie in der Fassung von Niklas Luhmann. Von ihr sagt zum Beispiel Esser zu Recht, man komme an ihr nicht vorbei, wenn man in der Soziologie über Kommunikation sprechen möchte (Esser 2000: 295).

Andererseits findet sich in keinem der beiden grundlegenden Werke Luhmanns (»Soziale Systeme« und »Gesellschaft der Gesellschaft«) ein Verweis auf Diskurse im Stichwortverzeichnis. Auch in der »Politik der Gesellschaft« findet sich bei genauer Lesart nur eine Stelle, an der Luhmann auf die Diskurstheorie eingeht, als er die Unterscheidung von strategischem und kommunikativem Handeln bei Habermas dahingehend kritisiert, dass durch sie die Fragen der Autorität und der Unsicherheitsabsorption in der Kommunikation vernachlässigt würden (Luhmann 2000: 42, FN 37). Abgesehen von der zuweilen vehement geführten Auseinandersetzung zwischen den Urhebern stehen sich die Diskurstheorie und die Systemtheorie aufgrund ihrer unterschiedlichen Erkenntnisinteressen weitgehend unverbunden gegenüber.

Dennoch könnte die Systemtheorie aufgrund ihrer intensiven Auseinandersetzung mit Kommunikation und dem von ihr entwickelten eigenständigen Kommunikationsmodell einen interessanten Anregungspunkt bieten. In der Tat liegen einige der Ergebnisse, die unsere empirische Untersuchung der Online-Deliberationen ergab, auf einer Linie mit der Betonung von Selbstorganisation und Ausdifferenzierung in der Systemtheorie. Auch die Entwicklung von Habermas' Diskurstheorie verdankt sich zu nicht unwesentlichen Teilen der begleitenden Kritik durch Luhmann, wie sich noch an den Kommentaren zu »Faktizität und Geltung« ablesen lässt (Luhmann 1993 sowie Habermas 1996c).

Doch trotz des grundsätzlich interessanten Modells, das in die bisherige Diskussion an verschiedenen Stellen bereits eingeflossen ist, krankt die Systemtheorie an mehreren für eine theoretische Erfassung von politischen Diskursen im Internet relevanten Schwachstellen. Zu diesen zählt an vorderster Stelle die Schwierigkeit, die die Systemtheorie mit der intermediären Ebene des Sozialen hat, also mit sozialen Phänome-

nen, die sich nicht mehr der mikrosoziologischen Ebene des Handelns oder der Interaktion zurechnen lassen, aber auch nicht der makrosozialen Ebene der Gesellschaft. Bekanntlich setzt Luhmann zwischen die beiden Ebenen die Systemform der Organisation (Luhmann 1975). Entsprechend schlug Luhmann, wenn auch im Bewusstsein, sein angestammtes Gebiet zu verlassen, zur Behebung von Problemen mit Diskursen vor, diese stärker im Rahmen des Sozialsystems Organisation zu konzipieren (Luhmann 1971: 328, 341). Ein weiteres Phänomen der intermediären Ebene, das der politischen Öffentlichkeit, verortet Luhmann unter dem Begriff der öffentlichen Meinung auf der Ebene der Gesellschaft, als Medium, in dem sich die Gesellschaft selbst beobachten kann (Luhmann 2000). Soziale Bewegungen schließlich sieht Luhmann zwar als »eigenständige[n] Typ von sozialen Systemen« an (Luhmann 1994: 59), hält aber dennoch an der Trias von Interaktion, Organisation und Gesellschaft fest (Luhmann 1997: 847ff.).

Doch es ist leicht einsichtig, dass Organisation als Systemtyp nicht hinreicht, um die aufgezeigten Phänomene der intermediären Ebene zu erfassen. Denn der Diskurs zeichnet sich gerade durch die Abwesenheit fester Mitgliedschaftsregeln und Entscheidungen aus, Öffentlichkeit unterläuft die Ausdifferenzierung der Gesellschaft in funktionale Teilsysteme, und soziale Bewegungen erscheinen als eigene Systemform. Auch die Einordnung des Netzwerkbegriffs in die Systemtheorie bereitet einige Probleme (vgl. Fuhse 2005; Tacke 2000; Bommers/Tacke 2006; Teubner 1992). Nicht zuletzt zeigt die ausgedehnte Diskussion um weitere Systemtypen (Geser 1980; Tyrell 1983; Gerhards 1994), dass der Rekurs auf die Form der Organisation bzw. auf strukturelle Kopplung zwischen Systemen nicht ausreicht, um der intermediären Ebene des Sozialen – und damit Phänomenen wie dem politischen Diskurs – gerecht zu werden.

Eine systemtheoretische Alternative zur Subsummierung von Diskursen unter den Begriff der Organisation hat Bora (2005) vorgeschlagen. Er versteht Diskurse als Strukturen von sozialen Systemen, die »spezifische Weisen des Sprechens-Über-Etwas« ausdifferenzieren (Bora 2005: 1). Sie sind nicht eigenständige Systeme, sondern von Systemen abhängig zur Produktion und Reproduktion ihrer Elemente.⁵⁵ Insofern stellen sie Spezialkommunikationen dar, die aber kein eigenes System ausbilden. Daraus ergibt sich zum einen interessanterweise, dass Diskurse auf unterschiedlichen Systemebenen unterschiedliche Diskurse darstellen, weil sie von ihrem jeweils umgebenden System abhängig

55 S. dagegen Luhmann (1971: 322), der in diesem frühen Text Diskursen durchaus Systemstatus zuerkennt.

sind – der moralische Diskurs eines Interaktionssystems ist nicht identisch mit dem des politischen Systems (Bora 2005: 2). Dies widerspricht etwa dem Diskursbegriff Foucaults, für den sich die diskursive Formation auf ganz unterschiedlichen Ebenen des Sozialen zeigen konnte. Zum anderen bleibt der Diskursbegriff bei Bora insofern schwach, als er nur semantische Zuordnungen von Kommunikation vornimmt, nach denen sich dann zusammenhängende Kommunikationen als Diskurse beobachten lassen sollen (Bora 2005: 23). Damit stellt der Diskursbegriff letztlich nur einen Aspekt von Kommunikation dar, nämlich die Formierung von Prozessen aneinander anschließender Kommunikation, ohne allerdings einen eigenen Beitrag zur Theoriebildung zu leisten. Auch Boras Vorschlag offenbart die Probleme der Systemtheorie mit einem intermediären Phänomen wie dem Diskurs.

Ein weiterer Kritikpunkt gegenüber einem systemtheoretischen Diskursbegriff besteht im temporaltheoretischen Defizit, wie es vor allem von Malsch (2005a) sowie Malsch und Schmitt (2005) festgestellt worden ist. Luhmann ist zwar zu verdanken, mit der Betrachtung von Kommunikation als zeitlosem Ereignis den Fokus der Kommunikationstheorie auf die Dimension der Zeit gelenkt zu haben. Gleichzeitig allerdings kommt in seiner Fassung des Ereignisbegriffes deren Dauer zu kurz, so dass sich Kommunikationsprozesse nur noch als lose Verknüpfungen von punktuellen Selektionen ergeben, nicht aber als Prozess, der sich in der Zeit und durch Zeit vollzieht (vgl. dazu auch Nadel's Ereignisbegriff als Alternative, Nadel 1957). Für die Kommunikationstheorie bedeutet dies, dass die logisch-semantische Einheit des Kommunikationsereignisses in Widerspruch gerät zu seiner temporalen Zweifelt, nach der es sich auf ganz unterschiedliche Zeitstellen verteilt (Malsch 2005a: 93). Wie wir in der empirischen Studie gesehen haben, spielt jedoch die Zeit als Dauer eine große Rolle bei der Strukturierung diskursiver Kommunikation und sollte theoretisch entsprechend Berücksichtigung finden.

Schließlich besteht eine weitere Unausgewogenheit der Systemtheorie darin, dass sie einerseits stark die Rezeptionssseite der Kommunikation hervorhebt, indem sie Kommunikation sozusagen »von hinten her« aufzäumt, andererseits jedoch an einer »Zwei-Prozessoren-Lehre« der Kommunikation festhält (Gilgenmann 1994), nach der die Autoren wie Adressaten notwendig zur Kommunikation dazugehören. Wie wir bereits diskutiert haben, erlaubt das Publikationsmodell der Kommunikation, dieser Spaltung in Sender- vs. Rezipientenorientierung zu entgehen, was bei Luhmann letztlich einseitig zugunsten des Rezipientenpols aufgelöst wird. Damit wird allerdings eine Untersuchung der Motivation und des aktiven Engagements in einem Diskurs erschwert, die sich in

der vorliegenden Studie als besonders bedeutsam für politische Online-Diskurse herausgestellt hat.

Auch wenn somit das systemtheoretische Kommunikationsmodell nicht weiter verfolgt wird, fließen dennoch einige Anregungen der Systemtheorie in die Diskussion ein. Zu diesen zählt zum einen die Kontingenz-Perspektive, nach der sich die Kommunikation im Diskurs keineswegs allein nach den Kriterien der Wahrheit, Richtigkeit und Wahrhaftigkeit richtet, sondern gerade auch dann dauerhaft möglich ist, wenn kein wechselseitiger Konsens besteht (vgl. Luhmann 1971: 320f.).

Zum anderen ist Luhmanns Betonung der Bedeutung des kommunikativen Anschlusses zu nennen, der in der Tat eines der zentralen Merkmale von Kommunikation in der Form von Prozessen darstellt und gerade für die Überwindung der mikrosoziologischen Ebene ein geeignetes begriffliches Mittel bietet. Diese beiden Aspekte gehen auch in die folgende Ausarbeitung der theoretischen Grundlagen diskursiver Kommunikation ein.

Diskurse als Reflexionsspiele

Aufbauend auf den Erkenntnissen aus der Diskussion der normativen Theorie diskursiver Kommunikation sowie möglicher Alternativen soll vor dem Hintergrund der empirischen Analyse von realweltlichen Diskussionsprozessen im Folgenden versucht werden, die Grundzüge eines theoretischen Modells für die Beschreibung von Diskursen zu entwickeln. Mit dem Begriff der »Reflexionsspiele« wollen wir die Kommunikation in einem Diskurs modellhaft so beschreiben, dass die Beschreibung eine Grundlage für die weitere Theoriearbeit liefert und einen engen Bezug zu den empirischen Aspekten diskursiver Kommunikation hat. Das Modell hat somit eine Schnittstellenfunktion – auch für diese Arbeit, indem es einerseits die empirischen Beobachtungen zusammenfassen soll und helfen soll, diese zu interpretieren, andererseits aber auch ein belastbares theoretisches Fundament für die Diskurstheorie und ihre Beschreibung des weiteren politischen Prozesses und des politischen Systems bilden soll.

Zur Formulierung des Modells schließen wir an Krämer an, die in einem Aufsatz den Charakter von computervermittelter Kommunikation als Spiel betont. Sie begründet dies damit, dass durch die technischen Gegebenheiten (insbesondere die Anonymität) die in der »Face-to-Face«-Kommunikation noch gegebenen illokutionären Zwänge nicht

mehr wirksam seien.⁵⁶ An ihrer Stelle gelten Regeln, die nurmehr symbolisch sanktionierbar sind und daher den Charakter von Spielregeln im Sinne Batesons haben (Krämer 1998).

Bateson bezeichnete solche Kommunikationsprozesse als Spiele, in denen ein Rahmen die Gültigkeit bestimmter, von anderen Kommunikationsprozessen verschiedener Regeln festlegt (Bateson 1981: 241ff.). Als weiteren Aspekt nennt er die Verwischung der Unterscheidung von Spiel und Nicht-Spiel, der die Teilnehmer an Spielen ausgesetzt sind. Die in einem Spiel befangenen Akteure nehmen die Spielregeln als gültige Regeln an, sie reflektieren den artifiziellen Charakter des Spiels, also die Unterscheidung von der Außenwelt, nicht mehr. Außerdem haben die Regeln für das Spiel zwar konstitutiven Charakter, aber sie determinieren es nicht.⁵⁷ Vielmehr sind für Bateson das Spiel und die Erfindung des Spiels als »einziges Phänomen« (Bateson 1982: 170) anzusehen, da zum Spiel immer das Moment des Kreativen und Unerwartbaren gehört.

Wir wollen diesen Gedankengang aufnehmen und überprüfen, inwiefern das Spiel ein geeignetes Modell für diskursive Kommunikation darstellt – zwar am Beispiel von Online-Diskursen, aber mit Blick auf die Kommunikationssituation als solche, unabhängig von dem technischen Medium, in dem Diskurse geführt werden. Denn, so die These, was Krämer für computervermittelte Kommunikation beschreibt, lässt sich unter Rückgriff auf Bateson und in Abstimmung mit den empirischen Ergebnissen unserer Studie unter Umständen auf den Diskurs als Kommunikationsform übertragen. Dass dabei das Gewicht illokutionärer Bindungen geringer bewertet wird, entspricht durchaus unserer Einschätzung der Sprechakttheorie als problematisch in Bezug auf öffentliche Kommunikation mit vielen Teilnehmern.

Dazu ist zunächst der theoretische Begriff des Spiels genauer zu untersuchen, der hier nicht als Metapher gebraucht werden soll, sondern konkreter als soziologisches Modell, das zwar Elemente einer Analogie enthält, also Bezüge zu anderen als den betrachteten Phänomenen, das aber dennoch die wesentlichen Bestandteile des Phänomens und die relevanten zwischen diesen bestehenden Beziehungen abbildet (vgl. Mor-

56 Eine ähnliche Sichtweise in Bezug auf die politische Online-Deliberation vertreten Hurrelmann et al. 2002.

57 Ähnlich auch Nadel (1957: 42) und Mannheim, der in Bezug auf durch Konflikt und Wettbewerb gekennzeichnete Handlungsfelder betont: »This interplay of forces does not prevent the game being played according to certain rules, such as property laws or the laws of contract, but usually these define only the framework of the system and not the individual moves in the game« (Mannheim 1950: 298).

rison/Morgan 1999).⁵⁸ Kommunikation nach dem Begriff des Spiels zu modellieren heißt also, dieses nicht nur als Bild für diskursive Kommunikation zu verwenden, das sich dann für den Betrachter erschließt, sondern vielmehr die Merkmale von Spielen zu analysieren und ihre Bedeutung für den Diskurs plausibel zu machen.

Der Spielbegriff hat über disziplinäre Grenzen hinweg das Interesse der Wissenschaft geweckt. Uns geht es allerdings im Folgenden weder um die Theorien des Spiels der Psychologie (z. B. Freud 1920) oder der Anthropologie (Huizinga 1956) noch der Mathematik bzw. Wirtschaftswissenschaft (von Neumann/Morgenstern 1961), sondern um die soziologische Bedeutung von Spielen. Insbesondere Mead hat den identitätsstiftenden Charakter von Spielen herausgearbeitet und gezeigt, dass bereits im Kindesalter durch das freie Spiel verschiedene Rollen und die mit ihnen verbundenen Perspektiven ausprobiert werden (Mead 1968: 187ff.).

Er führte auch die Unterscheidung zwischen Spiel (»play«) und Wettkampf (»game«) ein. Demnach sind bei ersterem die Rollen nicht festgelegt, der Akteur kann frei zwischen unterschiedlichen Perspektiven wechseln. Im Wettkampf dagegen bestehen unterschiedliche, von vornherein festgelegte Rollen, deren wechselseitige Beziehungen von den Teilnehmern simultan zu berücksichtigen sind. Spiel als »game« betont also die Regelhaftigkeit des Spiels, Spiel als »play« dagegen das Experimentieren mit unterschiedlichen Rollen und Perspektiven.⁵⁹ Es ist diese letztere Bedeutung, die gemäß unserer empirischen Studie den Charakter von Online-Diskursen am besten wiedergibt. Denn wie auch in anderen Studien (vgl. Stegbauer/Rausch 2006: 169ff.; Danet 1998; Turkle 1995) zeigten sich in der vorliegenden Studie keine festgelegten Rollenmuster, sondern häufige Rollenwechsel als typische Merkmale des Kommunikationsprozesses.

Allerdings erweist sich mit Blick auf die Online-Diskurse auch ein bestimmtes Merkmal des Wettkampfs als relevant, das wir unter den Begriff der Reflexivität fassen wollen. Wie Mead am Beispiel religiöser Schauspiele bei Naturvölkern zeigt (Mead 1968: 195), wohnt dem Wettkampf nicht nur eine Regelhaftigkeit inne, sondern auch eine Künstlichkeit der Situation, die, und das macht die Reflexivität aus, von den Teilnehmern aus einer allgemeinen Perspektive heraus beobachtet wird.

58 »As a matter of practice, modelling always involves certain simplifications and approximations which have to be decided independently of the theoretical requirements or of data conditions« (Morrison/Morgan 1999: 16).

59 Auf diesen Unterschied verweist auch Wittgenstein, der allgemein die Vielfältigkeit und Unbegrenztheit der Spielformen betont (Wittgenstein 1995: 277, §66).

Im Unterschied zu den spielenden Kindern des »play« machen sich die Teilnehmer am »game« dabei das gesamte Rollenmuster aus der Perspektive eines generalisierten Anderen bewusst, d. h. sowohl die interne Organisation des Spiels als auch seine Beziehung zur Außenwelt, die nicht explizit thematisiert werden muss (z. B. durch Grenzüberschreitungen), sondern auch implizit bleiben kann.

Mead interessierte sich vor allem für die Rolle von Identität als gesellschaftliches Strukturierungselement. Dementsprechend sah er das »play« nur als eine Station auf dem Weg zum Beherrschen des »game« an, also der generalisierten Perspektive eines Akteurs auf sich selbst und seine Rolle im Gefüge der aufeinander bezogenen Rollen. Neben den festen Regeln stehen beim »game« auch die Strategien der Akteure im Vordergrund, die durch die reflexive Anwendung der generalisierten Perspektive auf das eigene Handeln ermöglicht werden.

Einen ähnlichen Fokus auf Spiele legt auch der mikropolitische Ansatz in der Organisationstheorie (vgl. Ortman et al. 1990: 57-59). So haben Crozier und Friedberg Organisationen als ein Ensemble von Spielen, als »Gesamtheit aneinander angegliederter Spiele«, Crozier/Friedberg 1993: 69) beschrieben. Mit diesem Begriff erfassen sie die vielfältigen Beschränktheiten, denen das Handeln von Organisationsmitgliedern, z. B. Managern, unterliegt. Für jedes Spiel können Regeln identifiziert werden, die mehr oder weniger explizit sind.

Die einzelnen Akteure in der Organisation sind gefordert, Strategien zu entwickeln, die ihnen trotz der unterschiedlichen Anforderungen der Spiele, in die sie verwickelt sind, möglichst großen Erfolg verheißen. Umgekehrt kann eine Organisation mit Blick auf die in ihr gespielten Spiele gestaltet und verändert werden, so dass sich aus dem Ensemble der Spiele und den erwartbaren Spielzügen der Mitglieder ein möglichst großer Nutzen für die Organisation ergibt. Wesentliches Strukturierungsprinzip bei den Spielen ist dabei Macht. Crozier und Friedberg sehen das Handeln in Organisationen als wesentlich machtorientiert an – daher auch die Bezeichnung »Mikropolitik« für diese Richtung der Organisationstheorie (vgl. Burns 1961).

Dieser Ansatz ist einerseits interessant, weil er den Begriff der Spielregeln durchaus problematisiert. Regeln sind nicht unbedingt explizit ausgesprochen, ebenso wenig determinieren sie das Handeln (Ortman et al. 1990: 57). Außerdem wird die Reflexivität der Spiele betont, insbesondere die Unterscheidung zwischen der Innenperspektive und der Außenperspektive. Der mikropolitische Spielbegriff macht auch deutlich, dass Spielregeln eines Spiels zu Einsätzen in einem anderen, über-

geordneten Spiel werden können, dass also auch die Regeln der Spiele durch Spielzüge verändert werden können.⁶⁰

Problematisch ist allerdings die Orientierung auf strategisches und rationales Handeln hin, die in der Vorstellung von Spielen als Wettkampf mit jeweils anzustrebendem Gewinn angelegt ist. Denn zum einen ist generell gegen die Annahme rationalen Handelns einzuwenden, dass sie – trotz der bei Crozier und Friedberg (1993: 33f.) erfolgten Auseinandersetzung mit der Begrenztheit von Rationalität – das Ausmaß an Routinehaftigkeit, Heuristik und Unreflektiertheit des Alltagshandelns unterschätzt (vgl. Simon 1979; March 1990; Kahnemann/Tversky 1973; Bourdieu/Wacquant 1996: 160). Zum anderen haben unsere Beobachtungen der Online-Diskurse gezeigt, dass in diesem Bereich eine rationale Nutzenorientierung nicht angenommen werden kann, zumindest was die Beteiligung selbst angeht, da sich die besonders aktiven Teilnehmer trotz ihrer relativ geringen Beachtung so überdurchschnittlich stark engagieren.

Schließlich zeigt die Verwendung des Begriffs »games« eine relativ einseitige Betrachtung der sozialen Bedeutung von Spielen, was sich auch in der Betonung der Rolle von Spielregeln (wenn auch im Bewusstsein ihres nicht-determinierenden Charakters) äußert (s. Crozier/Friedberg 1993: 68). Demgegenüber kommt der Aspekt des freien, experimentellen Umgangs mit Handlungsmustern und Regeln zu kurz bzw. kann nur in der Form von »Innovationsspielen«, die allerdings wiederum nach dem Modell von »games« konzipiert sind, einbezogen werden.⁶¹

Ein radikal von den beteiligten Subjekten losgelöstes Verständnis von Spiel hat dagegen Gadamer entwickelt, der vom »Primat des Spieles gegenüber dem Bewusstsein des Spielenden« spricht (Gadamer 1960: 100). Ausgehend von einer Analyse der sprachlichen Verwendung des Begriffs zum Beispiel im Zusammenhang mit Naturbeobachtungen oder

60 Ortman et al. (1990: 58f.) unterscheiden hier zwischen Routinespielen und Innovationsspielen (»Metaspiele«).

61 Eine interessante Anwendung des Konzeptes eines Ensembles von Spielen, die stärker auf institutionelle Designs abzielt, stellt die Studie von Dutton und Guthrie (1991) zum elektronischen Informationssystem Santa Monica dar. Darin untersuchen die Autoren die Einbettung von Entscheidungen zur Gestaltung des »civic networks« in den weiteren Kontext der lokalen und nationalen politischen Debatten – konzipiert als »ecology of games«. Diese stärker institutionalistische Perspektive könnte sich als instruktiv für die Konzeptualisierung der weiteren gesellschaftstheoretischen Zusammenhänge von einzelnen Diskursen erweisen – zu denken ist etwa an das von Habermas beschriebene »Netzwerk von Kommunikationsflüssen«, das sich auf die »ecology of games« beziehen ließe.

Technik stellt er fest, das Spiel habe »ein eigenes Wesen, unabhängig vom Bewusstsein derer, die spielen. [...] Das Subjekt des Spiels sind nicht die Spieler, sondern das Spiel kommt durch die Spielenden lediglich zur Darstellung« (Gadamer 1960: 98).

Auch wenn Gadamer nicht den sozialen Charakter von Spielen als kollektive Aktivität vergessen machen will, macht er durch seine pointierte Analyse den autonomen Charakter von Spielen besonders deutlich. Spiele sind zunächst einmal aus ihrer eigenen Logik heraus zu verstehen, und sie erlegen diese Logik denjenigen auf, die an ihnen teilnehmen. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass die Spieler das Spiel nicht unter ihrer Kontrolle haben können, sondern es nur in seinem Verlauf durch ihre Beiträge prägen können. Ebenso grenzt sich das Spiel durch seine Autonomie von der Umwelt ab, in der ganz andere Regeln gelten können, die aber für das Spiel keine weitere Relevanz haben.

Zur Logik von Spielen gehört für Gadamer ganz wesentlich das »Hin und Her«, das auch für den Begriff des Diskurses zentral ist:

»Wir reden vom Spiel des Lichtes, vom Spiel der Wellen, vom Spiel des Maschinenteils in einem Kugellager, vom Zusammenspiel der Glieder, vom Spiel der Kräfte, vom Spiel der Mücken, ja sogar vom Wortspiel. Immer ist da das Hin und Her einer Bewegung gemeint, die an keinem Ziele festgemacht ist, an dem sie endet« (Gadamer 1960: 99).

Auf dieser Grundlage können wir den begrifflichen Rahmen erkennen, den uns der Begriff des Spiels in Bezug auf Online-Diskurse erschließt. Es geht erstens um die Konstitution von eigenständigen Bereichen des Sozialen, und dabei zum einen um die Unterscheidung einer Innenperspektive von der Außenperspektive, zum anderen um den autonomen, auch artifiziellen Charakter der im Spiel geltenden Werte und Regeln (das »Prinzip des Als-ob«, vgl. Gebauer/Wulf 1998: 192). Zweitens geht es um die Formierung von Rollenstrukturen, die zwar die Möglichkeiten der Akteure im Spiel eingrenzen, ihnen aber auch gewisse Freiheiten bei der Ausfüllung der Rolle lassen.

Entsprechend problematisch ist der Gebrauch des Regelbegriffs für Spiele. Während er für solche Autoren im Vordergrund steht, die Spiele als organisierte, fest gerahmte Aktivitäten charakterisieren, steht für andere stärker das Experimentieren mit bestehenden Strukturen und das Schaffen neuer Rollen im Vordergrund. Auch die Bewertung der Beiträge der einzelnen Teilnehmer zum Spiel fällt unterschiedlich aus: Während sie für die eine Seite als strategische Handlungen mit dem Ziel des Spielgewinns gelten, sieht die andere Seite sie als symbolische Akte an,

die neben der Fortführung der Spielhandlung auch deren Modifikation oder gar Infragestellung bewirken.

Goffman, der sich intensiv mit den soziologischen Bedeutungen des Spielbegriffs auseinandergesetzt hat, ergänzt diese Merkmale noch um einen weiteren Aspekt, den der »Transformationsregeln« (Goffman 1973: 32ff.). Diese regeln den Zusammenhang zwischen Ressourcen der Teilnehmer, die in der externen Welt relevant sind, und solchen, die im Spiel relevant sind, und bilden ein insbesondere für die soziale Bedeutung von Spielen wichtiges Element.

Als Beispiel kann an Gesellschaftsspiele gedacht werden, bei denen durch die Spielregeln festgelegt ist, dass alle Teilnehmer die gleiche (bzw. eine für jede Rolle festgelegte) Menge der für das Spiel nötigen Ressourcen erhalten. In diesen Spielen werden die Chancen allein durch den Zufall und das Geschick bei der Anwendung der Spielregeln bestimmt, unabhängig davon, ob ein Millionär, ein mächtiger Politiker oder ein Akteur mit geringer Ressourcenausstattung teilnehmen. Andere Spiele, wie etwa Poker, erlauben den Einsatz von Ressourcen aus der realen Welt, mit denen die Chancen innerhalb des Spiels beeinflusst werden. In Spielen können somit ganz unterschiedliche Transformationsregeln zur Anwendung kommen, und von ihnen hängt zu einem guten Teil der Charakter des Spiels ab.

Die Analyse der Transformationsregeln verdeutlicht zwei in unserem Zusammenhang bedeutsame Aspekte. Zum einen zeigen sie eine Trennung zwischen dem Status eines Teilnehmers innerhalb und außerhalb des Spiels an. Das impliziert auch, dass die Beiträge des Teilnehmers zum Spiel relativ unabhängig von seiner Stellung als sozialer Akteur in der Gesellschaft erfolgen. Das Spielgeschehen hat demnach eine relative Autonomie gegenüber der realen Welt, ganz ähnlich, wie Foucault für den Diskurs annahm. Goffmans Begriff der Transformationsregeln verdeutlicht diese Trennung von realer Welt und Spielgeschehen und erlaubt, die Wechselbeziehungen zwischen beiden Ebenen zu beschreiben.

Zum anderen gibt Goffman den Transformationsregeln eine Bedeutung für das Spiel selbst. Nach ihnen bestimmt sich nämlich, inwiefern das Spiel eine Attraktivität auf die Teilnehmer ausüben kann und diese motiviert, sich für das Spiel zu engagieren, »Spaß am Spiel« zu haben (Goffman) bzw. einen »Sinn für das Spiel« zu entwickeln (Bourdieu). Denn einerseits muss das Spiel eine gewisse Offenheit des Ausgangs aufweisen, damit sein Ausgang unvorhersehbar bleibt, es darf gerade nicht durch äußere Faktoren determiniert werden. Nur bei einem prinzipiell offenen Ausgang richtet sich das Interesse der Teilnehmer auf das Spiel selbst, da sie versuchen, aus dem aktuellen Verlauf Schlussfolgerungen über den weiteren Verlauf (sowie ihre eigenen Interventionsmög-

lichkeiten) zu erlangen. Die unter anderem durch Transformationsregeln herzustellende Offenheit des Ausgangs fokussiert also das wechselseitige Interesse der Teilnehmer am Spiel und schafft eine wesentliche Voraussetzung für seine Fortsetzung.

Zugleich darf andererseits allerdings die Abkopplung des Spiels von der Außenwelt, dürfen die »Regeln der Irrelevanz« (Goffman 1973: 21ff.) nicht zu strikt gehalten sein, da ansonsten eine Spannung auftritt zwischen dem, was die Akteure in der realen Welt für befolgenswert halten, und dem, was innerhalb des Spieles gilt. Wird diese Spannung zu groß, stellt sie das Engagement des Teilnehmers am Spiel in Frage. Außerdem haben die Teilnehmer nach Goffman ein Interesse daran, sich innerhalb des Spiels mit Eigenschaften zu präsentieren, die außerhalb des Spiels angesehen sind und hohe Relevanz haben. Das Spiel ist also immer auch Inszenierung, symbolisches Spiel, Spiegel der Außenwelt, es verschleiert als Spiel seine soziale Wirksamkeit.

Wird dieses Interesse an Inszenierung nicht durch entsprechende Transformationsregeln befriedigt, leidet unter Umständen das Interesse am Spiel darunter. Um attraktiv für potentielle Teilnehmer zu sein, muss ein Spiel diese beiden Aspekte des Außen-Innen-Verhältnisses verbinden: »Ein erfolgreiches Spiel wäre dann eines, das zuerst einmal einen problematischen [im Sinn von offenen, St. A.] Ausgang hat und es dann innerhalb dieser Grenzen gestatten würde, extern relevante Attribute in größtmöglichem Maß zur Schau zu stellen« (Goffman 1973: 77). Diese zwei Aspekte, die relative Autonomie der Beiträge des Spiels von den Teilnehmern und ihrem externen Status und das durch die Ausgestaltung der Transformationsregeln beeinflusste Motivationspotential eines Spiels, erscheinen für die Beschreibung von Diskursen als hochinteressant.

Wie lassen sich diese Merkmale von Spielen, die bisher weitgehend einer handlungstheoretischen Soziologie entstammten, auf Kommunikation übertragen? Wir können uns dazu zum einen an Derrida orientieren, zum anderen an den Beschreibungen von Kommunikation, die deren (relative) Autonomie in den Vordergrund stellen. Wenn wir die spezifischen Merkmale von Spielen für eine Beschreibung von Diskursen nutzen wollen, dann bietet es sich an, den Begriff des Feldes von Bourdieu (der in diesem Zusammenhang, im Unterschied zu seinem Diskursbegriff, auch von Spielen spricht) und das »common ground«-Modell zu verbinden. Denn während letzteres zwar bereits auf Kommunikation bezogen ist, fehlt ihm die Berücksichtigung der internen Strukturiertheit, wohingegen der Feldbegriff von Bourdieu nicht auf Phänomene der Kommunikation bezogen wurde (was allerdings im Begriff des »sprach-

lichen Marktes« durchaus angelegt ist), aber die Autonomie von der Umwelt und die internen Strukturen betont.

Kommunikation in Online-Diskursen hat demnach zunächst einmal konstitutiven Charakter, sie setzt etwas in die Welt. Die Kommunikation löst sich mit dieser Setzung – und darin folgen wir Derrida – von ihrem Ursprung ab, dem Autor oder dem Urheber, und gewinnt ein Eigenleben. Sie tritt in ein öffentliches Feld der Kommunikation ein, in dem sie Anschluss an andere Kommunikation finden kann, in dem sie sich gegen andere Stellungnahmen positionieren kann oder innerhalb dessen sie ein neues Feld konstituieren kann, in dem sich dann weitere Kommunikation entfalten kann.

Sie bewahrt aber gleichzeitig einen Bezug zu ihrem Ursprung, der symbolisch in sie eingeschrieben ist und durch entsprechende Interpretation zurückverfolgt werden kann. Das Verhältnis zwischen kommunikativem Feld und externer Welt ist allerdings keines der Trennung, sondern ein reflexiv gebrochenes. Denn aufgrund der Transformationsregeln ist eine Beziehung von externer und kommunikativer Welt hergestellt, so dass jede Äußerung, jede Stellungnahme nicht nur ein neues Element im Feld darstellt, sondern zugleich Effekte in der externen Welt haben kann.

Wir können diesen reflexiven Charakter der Trennung von Kommunikationsprozess und Umwelt mit einem Vergleich zur Unterscheidung von Information und Mitteilung verdeutlichen. So wie eine Kommunikation immer als Information oder als Mitteilung verstanden werden kann, so kann eine Kommunikation immer als Spielzug (nach den im Spiel geltenden Kriterien) oder als Handlung (nach den in der Umwelt geltenden Kriterien) bewertet werden. Eine solche reflexive Trennung bedeutet zwar gegenüber einer klaren System-Umwelt-Differenz einen höheren Grad der Komplexität der Theorie, aber das erscheint durchaus angemessen mit Blick auf die tatsächliche Komplexität von Kommunikationsprozessen, wie wir sie im Beispiel der Online-Diskussionen mit sehr vielen Teilnehmern und sehr großen Mengen an Beiträgen beobachtet haben.⁶²

Bezüglich der Unterscheidung von »game« und »play« legen die empirischen Ergebnisse, wie wir bereits gesehen haben, einen stärkeren Bezug zum »play« nahe, zum spielerischen Umgang mit Regeln und den durch sie ausgewiesenen Rollen. Im Gegensatz zu dem bei Mead untersuchten Spiel eines einzelnen Kindes müssen wir uns allerdings eine kollektive Form des »play« vorstellen, in dem die Teilnehmer sich

62 Eine hohe Komplexität der Kommunikationstheorie forderte übrigens bereits in den 1970er Jahren Merten (1976: 171).

durchaus aufeinander beziehen und auch, zumindest zum Teil, die Perspektive eines generalisierten Anderen einnehmen. Der Unterschied zum »game« liegt also weniger in der Frage einer Gemeinsamkeit des Engagements, sondern eher in der Konkretisierung der Gemeinsamkeit.

Während nämlich eine konsensuale Orientierung, wie sie auch dem Modell des »common ground« entspricht, für die Diskussion in Online-Diskursen nicht angenommen werden kann, besteht dennoch eine wechselseitige Orientierung, die gerade im Versuch zu sehen ist, die Sichtweise der anderen Teilnehmer zu beeinflussen, also in einer Art Kampf. Der Unterschied zu strategischen Spielen besteht dann darin, dass die Teilnehmer keine von Beginn bis Ende des Spiels bestehende Planung vornehmen können, sondern sich aufgrund der hohen Dynamik der Diskussion immer wieder aufs Neue mit dem Stand des Spiels und den Beiträgen der anderen Teilnehmer auseinandersetzen müssen. Die große Bedeutung der Interaktion, die wir in den Diskussionen festgestellt hatten, zeigt, dass die von der normativen Theorie gegen das »bargaining« betonte Revidierbarkeit der Präferenzen auch für die Online-Diskurse relevant ist.

Es finden sich bei genauerer Betrachtung der Online-Diskurse auch einige Elemente, die sich als Formen der Organisiertheit im Sinne von »games« einordnen lassen. Dies betrifft zunächst einen Aspekt, der in der vorliegenden Untersuchung ausgeblendet war – die institutionelle Einbettung der Diskussionen, also ihren organisatorischen Rahmen. Bei diesem handelt es sich insofern um einen »blinden Fleck« der Untersuchung, als alle Fallbeispiele eine möglichst große Ähnlichkeit in Bezug auf den äußeren Rahmen aufwiesen, um dann innerhalb dieses Rahmens die Bedeutung unterschiedlicher Einflussfaktoren (z. B. Moderation, Grad der Anonymität, etc.) besser untersuchen zu können. Von einem solchen Rahmen ist allerdings in der Tat anzunehmen, dass er den Diskurs mit beeinflusst und ihm Regeln vorgibt, wobei es sich jedoch nicht um determinierende Regeln handelt.

Ein weiterer Aspekt, in dem sich ein geregelter Charakter von Online-Diskussionen ausdrückt, ist die beobachtete Selbstorganisation des Kommunikationsprozesses. So stellten wir fest, dass sich bestimmte Regeln für die Anschlussfähigkeit eines Beitrags formulieren lassen und dass sich Rollen und Rollenerwartungen ausdifferenzieren. Deutlich wurde dabei auch, dass diese Formen der Selbstorganisation insofern in engem Zusammenhang mit der motivationalen und reflexiven Komponente der Diskussionsprozesse stehen, als die Teilnehmer zwar Rollen einnehmen, die ihnen ein bestimmtes Engagement abfordern, zugleich aber auch mit diesen Rollen spielen und zwischen ihnen wechseln. Die-

ser spielerische Charakter macht wiederum einen Teil der Attraktivität des Diskurses aus.

Dennoch überwiegt bei Diskursen das Element des freien Spiels, des »play«. Kaum jemand würde wohl von einem determinierten Ausgang eines Diskurses ausgehen, wie er zu einem Wettkampf gehört (wo zwar nicht die Entscheidung selbst, aber die Art des Ausgangs vorab feststeht, vgl. Berne 1967: 61). Auch sind die Regeln und Rollen in einem öffentlichen Diskurs nur vage definiert und werden letztlich erst von den Teilnehmern und ihrem Kommunikationsverhalten geprägt.

Zur Schärfung dieser Position soll noch die Kritik von Habermas selbst am Spielbegriff diskutiert werden, die dieser in der Auseinandersetzung mit Wittgenstein vorbringt. Wie erwähnt, wendet sich Habermas gegen den Begriff des Sprachspiels, weil er darin den pragmatischen Aspekt der Kommunikation gegenüber dem grammatikalischen zu sehr bevorzugt sieht, also die »linguistische Dimension der Regeln, nach denen Wortketten generiert werden« (Habermas 1984a: 68f.), seiner Ansicht nach vernachlässigt wird. Entsprechend fordert er, Sprache müsse man »ernstnehmen« (Habermas 1984a: 73).

Habermas hat zwar offenbar einen Begriff von strategischen Spielen vor Augen (Habermas 1984a: 73), den auch wir kritisieren. Doch es bleibt Habermas' Kritik am lediglich konventionellen Charakter der Spielregeln (gegenüber universellen Regeln bei der Sprache) und an der Trennung von Spielwelt und realer Welt, die er durch eine stärkere Betonung des kognitiven, also auf die wirkliche Welt bezogenen Charakters von Sprache durchbrechen will (Habermas 1984a: 80; vgl. auch Habermas 1985: 241).

Auch wenn es Habermas um den Charakter von Sprache geht und nicht um Diskurse, ist doch anzunehmen, dass er ähnliche Einwände auch gegenüber einer Theorie des Diskurses als Spiel vorbringen würde, da er den Diskurs grundlegend in der sprachlichen Struktur der Argumentation und der Sprechakte verankert. Daher sollen die Einwände an dieser Stelle aufgegriffen werden, um den Charakter von Diskursen als weitgehend freies Spiel zu verdeutlichen.

Gegen die mangelnde Ernsthaftigkeit der Spielregeln lässt sich durch Verweis auf Giddens antworten, der für die Anwendung von Spielen als Modell für soziale Prozesse ebenfalls den freieren Begriff des »play« empfiehlt:

»Regeln werden häufig in Verbindung mit Spielen als formalisierte Vorschriften gedacht. Die in der Reproduktion sozialer Systeme einbegriffenen Regeln entsprechen dem im Allgemeinen nicht. [...] Obwohl die Anwendung von Spielregeln, wie etwa im Schach, als prototypisch für die regelgeleiteten Ei-

genschaften sozialer Systeme, häufig mit Wittgenstein assoziiert wird, kommt dem, was Wittgenstein über das Spiel von Kindern als Beispiel für die Routine des gesellschaftlichen Lebens zu sagen hat, eine größere Bedeutung zu« (Giddens 1988: 69).

Der Spielbegriff legt den Fokus also gerade nicht auf die Regelmäßigkeit des Sozialen im Sinne von festgelegten und wirksamen Regeln, sondern vielmehr auf den konstitutiven, welterschaffenden Charakter, der gleichwohl gewissen Strukturen entsprechen kann, wie wir oben mit Verweis auf die Selbstorganisationsformen der Diskurse gezeigt haben.

Mit der Konstitution eigenständiger Spielwelten kommt dem Spiel zwangsläufig die Rolle einer Trennung von realer Welt und Spielwelt zu, was Habermas ebenfalls zu weit geht.⁶³ Doch gegen diesen Einwand können wir auf die von Goffman betonten Transformationsregeln verweisen, die zeigen, dass zwischen den außerweltlichen und den innerweltlichen Regeln Bezüge bestehen und Spiele in der Tat in ihrer Bedeutung für die reale Welt zu verstehen sind. Diese Einschätzung wird auch von Ortman und seinen Kollegen geteilt, wenn sie auf die Ernsthaftigkeit von Spielen (als Modell sozialer Prozesse) verweisen: »Natürlich sind Spiele dieser Art – Ernst. Die Wahl des Begriffs soll nicht Frieden, Freude und Freiheit suggerieren« (Ortman et al. 1990: 58).

Die Trennung von realer Welt und Spielwelt kommt auch an anderer Stelle, in Habermas' Kritik der Dekonstruktion, zur Sprache. Dort kritisiert Habermas die Entscheidung Derridas, die Literatur zum Modell für den Diskurs (hier in einem weiten Sinn von umfassendem Text verstanden) zu machen (Habermas 1985: 234). Diese Kritik können wir – mit gewissen Einschränkungen – auf den Versuch übertragen, Spiele als Modell für den Diskurs (nun im konkreten Sinn) heranzuziehen und damit die Ernsthaftigkeit des Sprachgebrauchs, die Habermas zur Grundlage von Diskursen macht, zu unterlaufen.

Habermas verweist dazu auf die Ausdifferenzierung von spezialisierten Diskursen nach den unterschiedlichen Geltungsansprüchen der Wahrheit und der normativen Richtigkeit, nämlich den wissenschaftlichen und den moralischen bzw. Rechtsdiskurs. Diese stellen gesellschaftliche Problemlösungskapazitäten bereit, wohingegen die Kunst

63 Genau genommen verwehrt sich Habermas nicht gegen die Trennung einer Spiel- von der realen Welt, wie sich an seiner Kritik der dekonstruktivistischen Literaturtheorie ablesen lässt (Habermas 1985: 219ff.). Dort akzeptiert er die Existenz eines autonomen »Raumes der Fiktion« (Habermas 1985: 240), verwehrt sich allerdings dagegen, dessen Strukturen auf die kommunikative Lebenswelt des Alltags zu übertragen, was freilich die Stoßrichtung der Derrida'schen Argumentation war.

bzw. Literatur mit ihrer ästhetisch-rhetorischen Ausrichtung Kapazitäten der Welterschließung bereitstelle. In der Alltagssprache stehen diese beiden Funktionen in einer »polaren Spannung« (Habermas 1985: 243), die nicht zugunsten der poetischen Funktion (auf unsere Fragestellung übertragen: des spielerischen Charakters) aufgehoben werden dürfe. Dabei geht Habermas seinerseits allerdings ebenfalls von einer Vorrangigkeit aus, nur eben entgegen der Vorstellung von Derrida von einem Primat der ernsthaften Geltungsansprüche. So sagt er ganz explizit über die Rolle rhetorischer Formen in der Alltagssprache: »[...] im Bündel vielfältiger Sprachfunktionen treten hier die rhetorischen Elemente zurück« (Habermas 1985: 245).

Wir wollen nun nicht beanspruchen, ein passendes Modell für die Philosophie zu identifizieren, sondern haben den bescheideneren Anspruch, ein Modell für diskursive Kommunikation zu finden. Und in diesem Kontext, der eher der alltagssprachlichen Lebenswelt als einem spezialisierten Feld der Gesellschaft zuzurechnen ist, legen die Beobachtungen unernsten Kommunikationsverhaltens nahe, der Rhetorik einen größeren Platz einzuräumen, als Habermas es in seiner Theorie vorsieht (vgl. auch Young 1986). Da das Ziel der Diskurse gerade ist, Antworten auf neue Fragen zu finden, kommt in ihnen ein kreatives, eben welt-schaffendes Moment zur Geltung, das mit dem Modell des Spiels erfasst werden kann.

Sicher beruht die Kommunikation in den Diskursen auch auf der wechselseitigen Erhebung und Kritik von Geltungsansprüchen. Doch diese unterliegen den Bedingungen einer aus dem Alltagskontext enthobenen Kommunikation, die sich einen eigenen Geltungsbereich schafft und mit diesem konstitutiven Akt nicht nur die alltagsweltlich gültigen Regeln suspendiert, sondern zugleich auch die eigenen Regeln reflexiv zur Disposition stellt. Im Diskurs zumindest sind die Teilnehmer gerade nicht dem Entscheidungsdruck der kommunikativen Alltagspraxis ausgesetzt und auch nur grundlegend »auf ein handlungskordinierendes Einverständnis angewiesen« (Habermas 1985: 233), vielmehr erschaffen sie sich durch ihre Beiträge immer neue, weitere Freiräume.

Die Merkmale des Modells von Online-Diskursen als Spiele lassen sich nach dieser Analyse des Spielbegriffs wie folgt zusammenfassen. Der Kommunikation in Online-Diskursen kommt ein *konstitutiver, welt-schaffender* Charakter zu. Der Diskurs grenzt sich als eigener Raum von anderen Kommunikationsprozessen ab, in ihm gelten eigene Regeln, die sich zum Teil nur aus der Geschichte der Diskussion heraus verstehen lassen. Konkret bedeutet das, dass Beiträge zu einem Diskurs bestimmten durch den Diskurs definierten Anforderungen genügen müssen, um

auf Resonanz zu stoßen und nicht als abwegig kritisiert oder durch Nichtbeachtung gestraft zu werden.

Die Diskurse eröffnen durch ihre Abgrenzung auch neue Möglichkeiten für (politische) Positionen und Ideen. Sie erzeugen einen Wert des Spiels, der auf diejenigen, die ihn (und damit das Spiel) akzeptieren, motivierend wirkt und zu einem Engagement herausfordert. Wenn die Teilnehmer in einem Diskurs engagiert und befangen sind, reflektieren sie nicht mehr unbedingt den *autonomen Charakter* und die Differenz zur Außenwelt. Das »Prinzip des Als-ob« nimmt überhand und stützt die Weiterführung des Diskurses.

Doch diese Verschleierung der eigentlichen Welt ist in ihrer Wirkung begrenzt. Gleichzeitig orientieren sich die Teilnehmer auch daran, wie sie außerhalb des Spiels wahrgenommen werden, und engagieren sich nur so weit, wie sie vom Spiel als solchem überzeugt sind. Dabei handelt es sich allerdings nicht um eine rationale Kalkulation der Teilnehmer, sondern vielmehr um einen Teil des Spiels, in dem ausgehandelt wird, wie die Außenwahrnehmung des Diskurses ist. Beiträge zum Spiel haben den doppelten Charakter eines Beitrags zum Spielerfolg (alleinige Innenperspektive) und dahingehend, dass sie die Außendarstellung des Spiels selbst beeinflussen (alleinige Außenperspektive). Aufgrund dieses doppelten Bezugs handelt es sich nicht um eine strategische Beeinflussung, sondern vielmehr um eine Strukturierung des Diskurses durch Praxis.

Als relativ autonome Bereiche der Kommunikation haben Online-Diskurse einen objektiv-materiellen Charakter, der sich am besten mit dem *Publizitätsmodell* der Kommunikation erfassen lässt. Die Beiträge zu einem Diskurs sind abgelöst von ihren Urhebern, sie bilden durch ihre Bezüge untereinander die Struktur des Kommunikationsraumes. Insofern bestehen illokutionäre Zwänge für die Teilnehmer auch nur soweit, als sie sich innerhalb des Diskurses konform verhalten wollen oder durch ihre Beiträge im Diskurs eine Außenwirkung erzielen wollen und dabei selbst die Trennung zwischen Beitrag und Autor aufheben.

Innerhalb des Diskurses ist es dagegen möglich und unter Umständen durchaus auch erwünscht, seine Meinung zu ändern und von einer bereits geäußerten Position Abstand zu nehmen – zum Beispiel unter dem Eindruck überzeugender Argumente. Diese Offenheit des Diskurses auch für Meinungsänderungen verdankt sich dem von uns als Spiel beschriebenen Merkmal von Diskursen, die Bindung der Äußerungen an ihre Urheber aufzuheben. Wir können diesen Umstand als *Suspension* bezeichnen, weil innerhalb von Diskursen die illokutionäre Bindung unterdrückt, suspendiert wird und dadurch eine Spannung (»Suspense«) erzeugt wird. Diese Spannung entsteht einerseits durch die Verlagerung

der Aufmerksamkeit von den Teilnehmern hin zu den geäußerten Positionen und ihrem Verhältnis untereinander, andererseits durch die Ungewissheit über die Fortsetzung der Kommunikation (Welche Beiträge erweisen sich als anschlussfähig? Welche neuen Anschlussmöglichkeiten werden durch neue Beiträge geschaffen?).

Eine Spannung besteht auch zwischen der Regelmäßigkeit des Diskurses und der Möglichkeit des *experimentellen Probedhandelns* im Diskurs sowie zwischen den zielorientierten Interessen der Teilnehmer und der grundsätzlichen Offenheit des Ausgangs des Diskurses, der nicht von ungefähr mit einem Wettstreit assoziiert wird (Elster 1986). Wesentliches Element, das zur Spannungserzeugung beiträgt und gleichzeitig Spannung abbaut, ist der *interaktive Austausch* in Online-Diskursen, das Hin und Her zwischen Beiträgen und Antworten auf Beiträge, das als typisches Bewegungsmuster des Spiels gilt. In Diskursen findet kein Nebeneinander der Aktivitäten statt, wie es beim Betrachten etwa des Gemäldes »Kinderspiele« von Pieter Bruegel dem Älteren (1560) den Anschein haben kann, sondern die Aktivitäten sind aufeinander bezogen, nehmen sich wechselseitig wahr und zur Ausgangsbasis von Folgeaktivitäten.

Tilly spricht in diesem Zusammenhang von »creative interaction« und vergleicht diese mit dem Verhalten von Spielern im Jazz und im Fußball:

»Both jazz and soccer, when well executed, proceed through improvised interaction, surprise, incessant error and errorcorrection, alternation between solo and ensemble action, and repeated responses to understandings shared by at least pairs of players. After the fact, participants and spectators create shared stories of what happened, and striking improvisations shape future performances« (Tilly 2000: 723).

Diese dynamische Interaktivität hatten wir bereits als Merkmal der beobachteten Online-Diskurse festgestellt und versucht, ihr methodisch durch die Betonung kommunikativer Anschlüsse und der zeitlichen Dimension gerecht zu werden.

Gleichzeitig, und dieser Aspekt leitet über zu einem weiteren wichtigen Begriff, sind die Aktivitäten in Online-Diskursen auch auf das Spiel im Ganzen sowie auf die Außenwelt bezogen. Damit ist weniger ein direkter Bezug im Sinne einer Thematisierung gemeint – wie wir in der empirischen Analyse gesehen haben, war die Metareflexivität, also die Bezugnahme eines Beitrags auf den Gesamtdiskurs, nicht prägend für die Diskurse. Vielmehr ist der bereits angesprochene *doppelte Bezug von Beiträgen auf die Innen- wie Außenseite des Spiels* damit gemeint.

Jeder Beitrag zum Spiel hat auch einen ernsten Hintergrund, indem er auf die reale Welt einen mehr oder weniger direkten Einfluss hat. Trotz der Suspension von Urheberschaft können die Beiträge dennoch performative Wirkung entfalten, je nachdem, wie die Transformationsregeln, also die Bezüge des Spiels zur Außenwelt ausgeprägt sind. Bei jedem Beitrag zu einem Diskurs ist im Grunde nicht eindeutig feststellbar (und darauf abzielende Fragen damit suspendiert), ob sich der Beitrag in erster Linie auf das Spiel bezieht oder ob er nicht vielmehr als symbolischer Beitrag auf die reale Welt abzielt. Diese kommunikative Form, die vor allem das Spiel des Theaters prägt, kennzeichnet auch Diskurse und soll von uns als *Reflexivität* des Spiels bezeichnet werden.

Reflexivität wird allgemein als ein grundlegendes Merkmal von Kommunikation angesehen (vgl. Merten 1976, Luhmann 1984: 210, 610ff.). Während Luhmann darunter die Bezugnahme von Kommunikation auf Kommunikation versteht, also eine rein sachliche Reflexivität, dehnt Merten den Begriff auf alle drei Dimensionen des Sozialen aus, neben der sachlichen auch auf die soziale und die zeitliche (Merten 1976: 172). Für ihn besteht Reflexivität in der Tradition Meads auf sozialer Ebene darin, dass die Kommunizierenden sich wechselseitig als solche wahrnehmen und ihr Handeln und ihre Erwartungen auf den jeweils anderen ausrichten. Bei der sachlichen Kommunikation denkt er zwar wie Luhmann an Aussagen über Aussagen, allerdings auch an die Art von Feedback, die durch nonverbale Kommunikation als Kommentar eine Aussage simultan begleitet. Zeitliche Reflexivität schließlich bezeichnet einen Aspekt, den wir auch in den Online-Diskursen beobachten konnten und bereits als Merkmal der Eigendynamik von Spielen angeführt hatten, die Pfadabhängigkeit der Kommunikation, also dass eine Aussage »den Bereich des dann noch oder nicht mehr Möglichen definiert« (Merten 1976: 173).

Dieser Begriff von Reflexivität trifft zwar den Kern, verwischt ihn aber unseres Erachtens durch eine unnötig starke Ausdehnung auf Bereiche, die besser als doppelte Kontingenz (statt sozialer Reflexivität) und Eigendynamik (statt zeitlicher Reflexivität) bezeichnet werden. Zugleich bleibt Merten in einem wichtigen Punkt zu unspezifisch, und zwar in der Frage des Verhältnisses von Kommunikation und Reflexion (Metakommunikation). Wenn Reflexivität Kommunikation über Kommunikation sein soll, dann ist sie selbst zugleich Kommunikation. Bereits in der Diskussion von Habermas' Begriff des Diskurses im Unterschied zu kommunikativem Handeln stellte sich die Frage, ob nicht diskursive Kommunikation auch kommunikatives Handeln ist und wo dann die Unterschiede zwischen beiden lägen. Sowohl Merten als auch Habermas tendieren in ihrer Konzeption zu einer Trennung von Kommuni-

kation und Metakommunikation als zwei unterschiedlichen Formen.⁶⁴ Eine solche Trennung entspricht der Unterscheidung von Handlung und Reflexion, wie sie etwa in der philosophischen Anthropologie von Gehlen verwendet wird. Gegen diese Trennung lässt sich allerdings einwenden, dass damit die Reflexion Gefahr läuft, ausgeschlossen zu werden aus der Betrachtung von Kommunikation (vgl. unsere Kritik an der Zwei-Welten-Theorie von Habermas). Während bei Gehlen die Reflexion als unnötig und überbetont charakterisiert wird (vgl. Lepenies 1967: 65f.), schlägt sich Habermas in seiner Bewertung auf ihre Seite, setzt aber auch die Kommunikation relativ herab und bleibt der Trennung beider Aspekte verhaftet.⁶⁵

Uns geht es dagegen um einen Begriff der Reflexivität, der keine Differenz zur Kommunikation aufmacht, sondern ein Merkmal bestimmter Kommunikationsformen darstellt, das für die Charakterisierung als Diskurs notwendig ist. Wir knüpfen an den praxistheoretischen Begriff von Reflexivität an, der von einer Gleichzeitigkeit von Reflexion und Handlung ausgeht. So charakterisiert Bourdieu die Kommunikation in einem sozialen Feld als »praktische Antizipation« (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996: 180). Damit ist gemeint, dass ein Sprecher mit seiner Aussage auch ihre Wirkung auf das Feld mit berücksichtigt, also zugleich kommuniziert und auf die bisherige Kommunikation Bezug nimmt (vgl. auch Bourdieu 2001: 267f.) Die Fähigkeit zur reflexiven Kommunikation ist dabei keinesfalls selbstverständlich. Bourdieu spricht in einem ähnlichen Zusammenhang von der »praktischen Beherrschung« (Bourdieu 1987: 122), also etwas, das sich erst in der Praxis einüben und als Fähigkeit, als Kompetenz erwerben lässt, die dann den Sinn für das Spiel mitprägt.

Es darf dabei nicht vergessen werden, dass sich Reflexivität nicht allein auf die Rolle der Sprecher (also die Inzeptionsseite der Kommunikation) bezieht, sondern ebenso den Prozess der Rezeption prägt. Als Beispiel ist an Werbebotschaften zu denken, die vom Publikum in den meisten Fällen (dank redaktioneller oder formattypischer Kennzeich-

64 So im Übrigen auch Malsch mit dem Begriff der Beobachtungskommunikation als einem »ausdifferenzierten, hochspezialisierten Modus« der Kommunikation (Malsch 2005a: 279).

65 Auch in der amerikanischen Forschung wird die Trennung von Kommunikation und Reflexion häufig transportiert. So unterscheiden Levine et al. (2005: 282f.) Deliberation (verstanden als rationale Argumentation) und Dialog (verstanden als verständigungsorientierte, lebensweltliche Kommunikation), um die Bedeutung von Letzterem als Voraussetzung für Ersteren hervorzuheben. Dagegen ist zu fragen, wie denn rationale Argumentation ausgetragen werden soll, wenn nicht durch Rückgriff auf lebensweltliche Kommunikation?

nung) im vollen Bewusstsein ihres intendierten Effekts aufgenommen werden. Die Zuschauer eines Werbespots wissen, dass dieser sich nicht unbedingt am Geltungsanspruch der Wahrheit orientiert, sondern ein strategisches, manipulatives Kalkül verfolgt. Dennoch können sie ihn als Beitrag zum Diskurs der Werbung rezipieren, und er kann Wirkung entfalten, wenn er seinerseits reflexiv mit dem eigenen manipulativen Charakter umgeht und über das Spiel damit seine Botschaft transportiert. Die Reflexivität der Rezeption liegt in der Gleichzeitigkeit von reiner Aufnahme und kritischer Dekodierung der Werbebotschaft.

Reflexivität bezieht sich außerdem nicht allein auf die Kommunikation als ablaufenden Prozess zurück, sondern auf den gesamten Kommunikationszusammenhang, also das diskursive Feld, in dem eine Äußerung gemacht wird. Dies verweist auf einen zweiten wichtigen Aspekt der reflexiven Kommunikation, dass sie nämlich die Ebene der Regeln des Diskurses betrifft. Mit jedem Beitrag zu einem Diskurs werden die Regeln beeinflusst, die ja bei der Art von Spielen, mit der wir es zu tun haben, keine festgeschriebenen sind. Insofern geht es bei jeder Aussage um zwei Bereiche: die unmittelbare Diskussion, zu der die Aussage einen Beitrag leistet, sowie die Frage, wie, worüber und mit wem überhaupt diskutiert wird.

Wenn wir uns das Beispiel der NIMBY-Argumentation eines Teilnehmers einer DEMOS-Diskussion noch einmal vergegenwärtigen, dann zeigt sich in dem Hinweis auf die Belange eines bestimmten Siedlungsgebietes der Versuch, die Agenda der Diskussion zu beeinflussen. Ging es in der Diskussion ursprünglich um eine affirmative Leitbilddiskussion, so kritisierte der Beitrag das Leitbild für seine in einem Punkt naturzerstörenden Auswirkungen. Im weiteren Verlauf der Diskussion zeigte sich, dass es tatsächlich zu einer Erweiterung des Themenspektrums kam, weil mit der Frage der Umweltzerstörung ein relevanter Punkt angesprochen war, der in der Folge von den anderen Teilnehmern intensiv diskutiert wurde. Dagegen gelang es dem Teilnehmer nicht, die Belange seines Wohnviertels auf die Agenda zu setzen, weil dieses Ansinnen als partikularistisch abgelehnt wurde.

Von Reflexivität des Spiels zu sprechen verweist darauf, dass im Spiel trotz des experimentellen Charakters nicht alles möglich ist. Die Regeln (Argumentativität, Anschlussorientierung) fungieren durchaus als Leitlinie, sind allerdings nicht festgeschrieben, sondern werden durch die Spielzüge selbst verändert. Für unseren Begriff der Reflexivität ist wichtig festzuhalten, dass mit der Äußerung auf der Sachebene verschiedene Effekte auf der Diskursebene verbunden waren, die sich nicht klar einer Intention zuordnen lassen, sondern der allgemeinen Reflexivität diskursiver Äußerungen geschuldet sind. Reflexivität lässt sich auf

der Basis der bisherigen Ausführungen bestimmen als gleichzeitige Bezugnahme von Äußerungen auf die vorausgehenden Äußerungen (Prozessreflexivität) und auf den Diskussionszusammenhang im Ganzen (Metareflexivität), auch in seiner Beziehung zur Außenwelt. Die Bezugnahme muss dabei nicht explizit erfolgen, sie wird in den meisten Fällen implizit bleiben.

Anders optiert in dieser Hinsicht Malsch, der reflexive Kommunikation als explizite Bezugnahme versteht (Malsch 2005a: 284). Allerdings mag dies dem Interesse an einer allgemeinen Kommunikationstheorie geschuldet sein, während wir nur Diskurse betrachten. In diesen ist bei jedem Beitrag damit zu rechnen, dass er nur implizit reflexiv ist, was durchaus als Spielregel von Diskursen angesehen werden kann. Das heißt nicht, dass explizite Bezugnahmen nicht auch vorkommen könnten. Auch für diese gilt jedoch umgekehrt, dass sie unter Umständen nur als gewöhnliche Kommunikation rezipiert werden und keinen privilegierten Status unter den Mitteilungen haben.

An eine interessante Beobachtung von Malsch soll in diesem Zusammenhang allerdings angeschlossen werden. Er steht zwar der Möglichkeit einer Selbstbeobachtung skeptisch gegenüber, sieht eine Realisierungschance allerdings in der Verschränkung von Beobachtungsperspektiven zu einem »triadischen Verschränkungsmodell« (Malsch 2005a: 301). Darin sind Beobachter, Beobachtete und Beobachteter des Beobachtens zwar in voneinander abgegrenzte Kommunikationsprozesse involviert, zugleich aber kreisförmig reflexiv aufeinander bezogen.

Eine kreisförmig triadische Struktur ließ sich nun in der Tat empirisch in den Diskursen beobachten. Wir hatten sie oben als Rollendifferenzierung zwischen prominenten Teilnehmern, »Alten Hasen« und eher peripheren Teilnehmern beschrieben. Unter Rückgriff auf Malschs Beobachtungstheorie lässt sich diese Trias als institutionalisierte diskursive Selbstbeobachtung begreifen, wenn wir die kommunikativen Bezugnahmen der Teilnehmer, die Referenzen zwischen ihren Mitteilungen, als Indikator für Beobachtungskommunikation ansehen, die in diesem Fall sogar expliziter Art war.

Unser Begriff der Reflexivität versucht außerdem, der Mehrdeutigkeit von Äußerungen gerecht zu werden, indem er offenlässt, ob die entsprechenden Wirkungen intendiert waren oder nicht. Insofern folgen wir der Kritik an der Sprechakttheorie und ihrem Prinzip der Ausdrückbarkeit und legen dem Diskursmodell ein Verständnis von Kommunikation als grundsätzlich mehrdeutig und unkalkulierbar zugrunde. Mehrdeutigkeit bezieht sich dabei sowohl auf die Bedeutung einer Mitteilung als auch auf ihre Auswirkungen innerhalb und außerhalb des Diskurses.

Keane drückt dies in Form einer »rule of indeterminacy« aus: »The price to be paid for a media message is not just money and influence: it is acceptance of the fact that the world of mediated communication is syntactically lax, multise-mantic, full of overlapping, sometimes colliding messages, whose meaning is always in the last instance subjectively determined by the interpreters or receivers of messages« (Keane 1999: 18f.). Während der Begriff des Spiels bereits den Formen des Umgangs mit Mehrdeutigkeit Ausdruck geben kann, verdeutlicht der Begriff der Reflexivität, dass den Teilnehmern diese Mehrdeutigkeit bewusst ist und sie von ihnen in die Praxis des Kommunizierens einbezogen wird.

Das reflexive Moment der Spielart Diskurs besteht somit darin, dass die Beiträge zum Diskurs gleichzeitig an den aktuellen Kommunikationsprozess anschließen und auf den Diskurs als Gesamtzusammenhang abzielen – sei es implizit oder explizit. Dies impliziert zum einen, dass Äußerungen im Diskurs nicht aus der Außenperspektive beurteilt werden können, wie dies das Konzept der Geltungsansprüche vorsieht. Stattdessen sind im Diskurs die Geltungsansprüche zunächst suspendiert, da der Beitrag in erster Linie als Beitrag zum Spiel zu verstehen ist.⁶⁶

Der Gedanke der Suspension findet sich besonders anschaulich in Poppers Verbindung von Wissenschaftstheorie und Evolutionstheorie, wenn er sagt, dass der Mensch seine fehlerhaften Hypothesen sterben lassen kann, anstatt selbst das Leben infolge von Fehlern zu verlieren (Popper 1984: 258). Denn so, wie sich durch das hypothetische Denken eine Annahme zunächst im wissenschaftlichen Diskurs mit seinen spezifischen Regeln bewähren muss, so wird auch ein Beitrag zu einem politischen Diskurs zunächst nur an dessen internen Geltungskriterien gemessen. Innerhalb des Diskurses sind daher auch Äußerungen zulässig, die außerhalb unter Umständen zu sofortiger Ablehnung führen würden.⁶⁷ Poppers Zuspitzung dieses diskursiven Mechanismus durch den

66 In diesem Zusammenhang fällt auf, dass zwischen der hypothetischen Einstellung, die von der normativen Theorie von Diskursteilnehmern gefordert wird, und der ebenfalls geforderten Aufrichtigkeit ein interner Widerspruch besteht.

67 Die sogenannte »Chatham House Rule«, die in diplomatischen Kreisen Englands entstand und inzwischen weltweit Verwendung findet, institutionalisiert genau dieses Prinzip. Sie besagt: »When a meeting, or part thereof, is held under the Chatham House Rule, participants are free to use the information received, but neither the identity nor the affiliation of the speaker(s), nor that of any other participant, may be revealed.« Damit soll eine Kommunikation gefördert werden, die offen und sachorientiert ist und in der auch ungewöhnliche und experimentell-abtastende Äußerungen erlaubt sind. Die Bindung der Sprecher an ihre Äußerungen, die für die

Vergleich mit der Evolution zeigt auf, worin der Wert einer solchen Trennung zwischen Innen- und Außenperspektive liegen kann.

Zum anderen wird deutlich, dass ein Beitrag erst vermittelt über die reflexive Dimension eine Außenwirkung erzielt. Diese Wirkung kann aus einer Beobachterperspektive beurteilt werden, nicht aber der Beitrag selbst oder die innerdiskursive Wirkung. Zwischen Beitrag und Außenwirkung ist die Eigendynamik des Spiels geschaltet, also die sich im Prozess des Spiels herauskristallisierenden Regeln, nach denen sich erst bestimmt, welche Beiträge eine Wirkung entfalten können und welcher Art diese Wirkung ist. Da diese Regeln nicht feststehen, sondern sich aus der Dynamik des Spiels und seiner Beiträge ergeben, handelt es sich nicht um Determination, sondern um einen emergenten Effekt. Da dieses Zusammenspiel von Reflexivität und Spiel charakteristisches Merkmal von Diskursen ist und zugleich seine soziale Wirksamkeit bestimmt, wollen wir die Art von Diskursen, wie wir sie im Internet beobachten konnten, als Reflexionsspiele bezeichnen.

Durch die Verknüpfung der zwei Begriffe in einem Wort soll auch deutlich gemacht werden, dass die von Habermas unterschiedenen zwei Welten der Kommunikation, die normale und die reflexive, nicht als getrennt zu betrachten sind, sondern als verschränkt und aufeinander bezogen. So wie nach Krämer die Sprache ein Medium bereitstellt, das sowohl den Vollzug als auch die Dispensierung des Handelns ermöglicht (Krämer 2001: 74), so ermöglicht der Diskurs als Reflexionsspiel sowohl den Vollzug als auch die Reflexion der Kommunikation.

Vor diesem Hintergrund können wir das hier vertretene Diskursmodell klarer gegenüber zwei anderen Modellen abgrenzen. Es unterscheidet sich auf der einen Seite von Habermas' Modell, das die Rationalität von Diskursen betont und die normale Kommunikation als Störfaktor dabei ansieht, auf der anderen Seite von Luhmanns Modell (sowie dem daran anschließenden von Bora), das Diskurse als normale Kommunikationsprozesse konzipiert und der reflexiven Ebene keine privilegierte Stellung einräumt. Das Modell des Reflexionsspiels zeigt dagegen auf, dass Diskurse der Prozessdynamik der Kommunikation folgen, dabei aber einer eigenen Logik folgen, aus deren Autonomie heraus sie eine reflexive Kraft gewinnen, die sich auf die außerdiskursive Umwelt auswirken kann.

Einforderung von Geltungsansprüchen wesentlich ist (und für das Erzielen verbindlicher Entscheidungen, vgl. Hurrelmann et al. 2002), wird durch diese Regel gezielt aufgehoben, ohne allerdings die Wirksamkeit des Diskurses zu beeinträchtigen.

BEWERTUNG UND AUSBLICK

Das hier entwickelte Modell diskursiver Kommunikation skizziert einen theoretischen Rahmen, der politische Online-Diskurse anders darstellt als die bisherige wissenschaftliche Diskussion. Gerade aus Sicht der normativen Theorie nahmen sich Online-Diskurse häufig defizitär aus, ihre kommunikativen Formen genügten dem Maßstab der Theorie nicht. Demgegenüber verdeutlicht das Modell der Reflexionsspiele, dass die Diskurse ihre politische Wirksamkeit als Medium der Willens- und Meinungsbildung auch angesichts einer Form der Kommunikation erfüllen können, die nicht durch Ernst und Gleichheit, sondern durch Auseinandersetzung und das Spiel mit Argumenten geprägt ist – und gerade dadurch ein wichtiges, aber bisher zu wenig berücksichtigtes Merkmal von Diskursen erfüllen, die wechselseitige Bezugnahme der Akteure aufeinander.

Das Modell der Reflexionsspiele greift bislang vereinzelt gebliebene Ergebnisse der empirischen Forschung über Online-Kommunikation auf und hilft, diese in einer neuen Sichtweise zu integrieren. Die durch Online-Diskussionen ermöglichte und – nach unseren Untersuchungen – in diesen auch realisierte Form der Kommunikation weist Merkmale auf, die uns von einer spezifischen und neuen Form der Kommunikation ausgehen lassen, die sich weder auf interpersonelle noch auf massenmediale Formen zurückführen lässt. So zeigt die Untersuchung beispielsweise, dass es nicht genügt, anhand der Verteilung von Aufmerksamkeit bzw. Beiträgen von Akteuren einen den Massenmedien ähnlichen Charakter zu konstatieren (vgl. Rucht 2005; Zimmermann 2007). Zwar stellten auch wir in dieser Studie solche Ähnlichkeiten fest. Bemerkenswert ist aber, dass sich die Konzentration auf wenige Akteure in den Online-Diskursen in eine hochgradig interaktive Diskussion übersetzt, in der

sich ganz unterschiedliche Rollenmuster ausdifferenzieren und die nicht der massenmedialen Kommunikation entspricht.

Die heuristische Vorgehensweise in der empirischen Untersuchung, bei der zunächst auf die Orientierung an einem theoretischen Modell von Diskursen zugunsten einer Untersuchung von Einzelaspekten verzichtet wurde, hat dabei geholfen, Zusammenhänge zu entdecken, die quer zu etablierten Sichtweisen liegen. Sowohl der Zusammenhang zwischen gleichmäßiger bzw. stark konzentrierter Beteiligung zur Interaktivität von Diskursen als auch das Verhältnis von Online-Kommunikation zu interpersoneller Kommunikation einerseits und massenmedialer andererseits erscheinen im Licht der vorliegenden Studie überdenkenswert. Das Modell der Reflexionsspiele liefert erste Ansatzpunkte für eine theoretische Neufassung diskursiver Kommunikation, die der empirischen Realität von Diskursen im Internet besser gerecht wird.

Die in der Einleitung abgesteckte Zielsetzung der Studie ging aber noch über die Untersuchung der Besonderheiten von Online-Diskursen hinaus. Unter Verweis auf den »langen Arm des real life« gehen wir davon aus, dass sich aus der Beobachtung von Online-Diskursen auch Rückschlüsse auf den politischen Diskurs insgesamt und dessen Möglichkeiten ziehen lassen. In einer Art Umkehrschluss zur Normalisierungsthese (Davis 1999; Margolis/Resnick 2000), nach der die politische Kommunikation im Internet ähnliche Strukturen aufweist wie in traditionellen Medienkontexten, lässt sich annehmen, dass die identifizierten Strukturen und Dynamiken für politische Diskurse im Allgemeinen relevant sind, soweit diese unter vergleichbaren Rahmenbedingungen stattfinden (zu denen z. B. die Möglichkeit der »many-to-many«-Kommunikation gehört).

Auf dieser Ebene begegnet die Studie zwei zentralen Argumenten der normativen Diskurstheorie, mit denen diese gegen den Hinweis auf den empirisch beobachtbaren Charakter von Kommunikationsprozessen verteidigt wird. Das erste Argument ist der Verweis auf die einschränkende Wirkung empirischer Kommunikationsbedingungen, der normative Ideal und empirische Realität zwangsläufig auseinandertreten lasse. Das zweite Argument ist der Verweis auf den kontrafaktischen Status der Annahmen über diskursive Kommunikation, wonach die in der Theorie formulierten Diskursbedingungen als regulative Idee Wirkung entfalten, unabhängig davon, ob sie tatsächlich gegeben sind.

Mit den Online-Diskursen wurde in dieser Arbeit ein Gegenstand untersucht, der das erste Argument zumindest auf eine harte Probe stellt. Denn durch die medialen Eigenschaften des Internets bzw., genauer, der webbasierten Online-Foren werden viele der beschränkenden Eigenschaften, denen Kommunikation unter massenmedialen oder »Face-to-

Face«-Bedingungen ausgesetzt ist, aufgehoben. Wir können das Ergebnis, dass die Kommunikation in den Online-Diskursen anderen Strukturen und Dynamiken folgt, als von der normativen Diskurstheorie angenommen, insofern als Infragestellung des Realitätsbezugs der Theorie werten.

Auf theoretischer Ebene unterstützt dieses Ergebnis die Kritik eines »intellektualistischen Fehlschlusses«, nach der die Diskurstheorie den empirischen Diskurs als (defizitäre) Repräsentation des idealen Diskurses ansieht (vgl. Krämer 2001: 105). Denn das Beispiel der Online-Diskurse macht es schwerer, die Abweichungen vom Ideal auf äußere und somit nicht-diskursive Einflüsse zurückzuführen – auch wenn keinesfalls übersehen werden soll, dass auch in der Kommunikation im Internet externe Einflüsse wirksam sind.

Das zweite Argument zur Verteidigung der Diskurstheorie kann als Reaktion auf den Vorwurf eines intellektualistischen Fehlschlusses gewertet werden, denn es fasst den Zusammenhang zwischen Ideal und Wirklichkeit mit dem Begriff der Kontrafaktizität auf eine neue Weise. Das normative Ideal wirkt sich auf die empirische Diskurspraxis aus, indem sich die Teilnehmer darauf als sozusagen letzten Grund zurückziehen können. Nach der Diskurstheorie müssen Teilnehmer an einem Diskurs die idealen Bedingungen zumindest anerkennen, ansonsten würde die Praktik eines Diskurses gar keinen Sinn ergeben.

Dagegen zeigen die empirischen Beobachtungen, dass es in politischen Diskursen nicht allein und auch nicht vorrangig um ernsthaftes Argumentieren geht, sondern ebenso um das Ausloten der Wirkung von Meinungen im Spiel mit Positionen und um die Entwicklung von neuen Positionen, also eine kreative und spielerische Praxis des Diskurses. Vor diesem Hintergrund erscheint das normative Ideal allenfalls für ethisch-philosophische Diskussionen Sinnhaftigkeit zu vermitteln, wohingegen politische Diskussionen ein weitaus größeres Spektrum an Orientierungen und entsprechenden Kommunikationsformen ausfüllen. In dieser Hinsicht besteht ein weiterer Anknüpfungspunkt des Modells der Reflexionsspiele an diejenigen Kritiker des normativen Modells, die diesem eine Vernachlässigung etwa rhetorischer und spielerischer Kommunikation vorwerfen (vgl. Young 1986; Hooghe 1999).¹

1 Dabei ist zu bemerken, dass Habermas dieser Kritik durch eine stärkere Betonung der Unterschiedlichkeit von Diskursen Rechnung getragen hat (Habermas 1992a: 196ff.), wonach sich politische von ethischen Diskursen abgrenzen lassen. Diese Entwicklung aufgreifend, kann die vorliegende Studie auch als ein Beitrag zur Ausarbeitung der Besonderheiten politischer Diskurse verstanden werden.

Mit der Fundierung des Diskursmodells in empirisch beobachtbaren Kommunikationsprozessen leistet die vorliegende Arbeit auch einen Beitrag für die Praxis der politischen Kommunikation, indem sie Anhaltspunkte für die Bewertung und Durchführung von Diskursprozessen im Internet gibt. So hilft sie zum Beispiel, die Erwartungen an die Kommunikationsformen solcher Diskurse, die aus der normativen Theorie heraus formuliert werden, realistischer zu fassen. Weder eine gleichmäßige Beteiligung noch eine übermäßig starke Dominanz einzelner Teilnehmer ist in Online-Diskussionen zu beobachten, sofern Rahmenbedingungen für eine themenzentrierte und offene Diskussion geschaffen werden. Gleichzeitig zeigen der zivile Verlauf und die kreativen Ergebnisse der Online-Diskurse, dass die Erwartungen durchaus gerechtfertigt sind, mit denen die Forderungen nach einer Verstärkung des Angebots solcher Diskussionen begründet werden (OECD 2003; Weltbank 2007). Unsere Studie bestätigt in dieser Hinsicht Schlussfolgerungen, die Levine et al. nach einer Sichtung von Fallbeispielen deliberativer Experimente in den USA zogen:

»First, people are willing to discuss public issues and can sustain serious, in-depth conversations about technical or highly divisive matters. [...] A second conclusion can be drawn from the previous chapter: when deliberation is well organized, participants *like* it. In fact, they find it deeply satisfying and significant. [...] Third, the products of deliberations are often excellent« (Levine et al. 2005: 272f., Hervorh. im Orig.).

Wenn wir somit bei einer empirisch motivierten Kritik an der normativen Diskurstheorie angelangt sind, stellt sich schließlich die Frage, inwiefern sich mit dem Modell der Reflexionsspiele noch ein kritisches Potential verbinden lässt, mit dem sich die demokratische Qualität von politischen Diskursen messen lässt? Habermas scheint dem Modell des Spiels ein solches Potential allgemein abzusprechen, wenn er davon ausgeht, dass die Regeln eines Spiels nicht zugleich im Spiel thematisiert werden könnten, weil Spiele »bloß konventionell festgelegt sind« (Habermas 1984a: 73f.).

Dabei geht Habermas allerdings von einem einseitigen Verständnis von strategischen Spielen aus, die nach dem Modell des »game« von Mead gestaltet sind. Wie unsere Analyse des Spielbegriffs ergeben hat, deckt dieses Modell jedoch nicht die kreativen und reflexiven Momente ab, die sich allerdings – und aus diesem Grund ist am Modell des Spiels für Kommunikation festzuhalten – in den Formen des Spiels als »play« zeigen und auch in der Literatur von Mead über Gadamer bis hin zu Tilly ausführlich diskutiert worden sind. Diskurse als Spiele haben konven-

tionellen Charakter im Sinne einer interaktiven Aushandlung, einer stetigen Redefinition des Sinns und der Regeln, denen sie folgen, und sind insofern in einem besonderen Maß reflexiv.

Ein anderer Zweifel am kritischen Potential des Modells lässt sich aus Adornos Bemerkungen zum Spielbegriff (jetzt im Sinne des »play«) in Bezug auf die ästhetische Theorie ableiten. Für Adorno ist das Spielen eine zwar zweckfreie,

»der Form, dem eigenen Vollzug nach jedoch festgehaltene Praxis. Das Wiederholungsmoment im Spiel ist das Nachbild unfreier Arbeit, so wie die außerkünstlerisch dominierende Gestalt des Spiels, der Sport, an praktische Verrichtungen gemahnt und die Funktion erfüllt, Menschen auf die Anforderungen der Praxis, vor allem durch reaktive Umfunktionierung physischer Unlust in sekundäre Lust, unablässig zu gewöhnen, ohne dass sie die Kontrebande von Praxis bemerkten« (Adorno 1970: 471).

Der funktionalen Analyse Adornos kann dabei mit Blick auf politische Diskurse durchaus zugestimmt werden (wodurch im Umkehrschluss deren Spielcharakter belegt wird): Die diskursive Praxis dient – unter anderem – der Einübung in den Prozess demokratischer Meinungs- und Willensbildung und wird als pädagogisches Mittel empfohlen (Ackerman/Fishkin 2003; Delli Carpini et al. 2003; Gastil/Dillard 1999). Die normative Bewertung dieser Praxis als Entmündigung des Spielers und Unterwerfung unter eine nicht selbstbestimmte Praxis ist jedoch zurückzuweisen. Denn das Spiel des Diskurses ist ja gerade nicht blindes und unfreies Nachvollziehen vorgegebener Praktiken, sondern erlaubt die Improvisation mit einem relativ großen Freiheitsgrad. Außerdem sind Diskurse durch ihre Transformationsregeln rückgekoppelt an die Außenwelt, so dass alle Äußerungen zumindest potentiell einen Effekt auf die Politik haben. Die Teilnehmer an Diskursen nehmen nicht aus reiner Lust oder Gewöhnung an Diskursen teil, wie die Spieler in Adornos Vorstellung. Vielmehr nehmen sie teil, weil ihnen der Diskurs aufgrund seiner Thematik oder seiner institutionellen Verankerung etwas bedeutet, weil sie ein politisches Interesse damit verbinden – auch wenn sie dieses im Spiel, bei ihrer Teilnahme am Diskurs, nicht unmittelbar verfolgen können, weil sie sonst den Spielcharakter verletzen würden. Dieses Interesse, dieser Sinn des Spiels, motiviert erst die Teilnehmer und gibt dem Spiel seinen reflexiven, sowohl an der innerdiskursiven wie an der außerdiskursiven Logik orientierten Charakter, dem wir im Begriff des Reflexionsspiels Ausdruck gegeben haben.

Das hier vorgeschlagene Diskursmodell beinhaltet auch nicht die Art von Konsequenzlosigkeit, die Luhmann für das »Kommunikationsnetz

ohne Anschlusszwang« gegeben sieht (Luhmann 1990b: 172f.). Eine solche Vorstellung wird von Schmalz-Bruns zurecht als »privatistisch« (Schmalz-Bruns 1995: 91) und »normativ vollständig ausgebleicht« (ebd.: 92) kritisiert. Vielmehr betont der Spielbegriff gerade die innerdiskursive Interaktivität, also die treibende Kraft kommunikativer Anschlüsse, aus der sich qua Reflexion außerdiskursive Effekte ergeben können.

Doch wie lässt sich die Qualität der Ergebnisse eines Diskurses gewährleisten, wenn das Spiel weitgehend sich selbst überlassen bleibt? Wie weit können Teilnehmer mit ihren Äußerungen gehen, ohne den Diskurs in seinem Außenverhältnis zu beschädigen, etwa indem sie ihn als bloßes Palaver dastehen lassen (so eine häufige Befürchtung in Bezug auf deliberative Verfahren, vgl. Gerhards et al. 1998). Diese Fragen sollen an zwei Beispielen illustriert und diskutiert werden, in denen (realweltliche) Diskurse durch einzelne Beiträge infrage gestellt wurden.

Das erste Beispiel ist der Diskurs um die innere Sicherheit, in den sich der Innenminister im Verlauf des Jahrs 2007 immer wieder mit Vorschlägen eingemischt hat, die den bis dahin geltenden Konsens in Fragen der Rechtsstaatlichkeit fraglich erscheinen ließen (vgl. Denkler 2007; Braun/Schütz 2007). Die Vorschläge selbst ließen sich stets rational rechtfertigen, hatten aber durch die mediale Vereinfachung und Zuspitzung den Charakter von politischen Forderungen, die gegen Grundwerte der Verfassung verstießen.² Beobachter gehen nun davon aus, dass die starke Wirkung, die diese Vorschläge im Diskurs hatten, bewusst einkalkuliert wurde (Denkler 2007). Demnach zielten sie auf eine Veränderung des Diskurses von der Frage der Angemessenheit bestimmter Mittel im Kampf gegen den Terrorismus hin zur Frage der Angemessenheit der Verfassung für den Kampf gegen den Terrorismus. Mit dieser reflexiven Wendung erreichten die Äußerungen offenbar ihr Ziel.

Für die Bewertung des Modells der Reflexionsspiele stellt sich aber die Frage, inwieweit ein solcher Effekt nur beschrieben werden kann oder ob sich nicht auch eine kritische Wertung ableiten lässt. Die Inhalte der Äußerungen müssen dabei außen vor bleiben, da sich das Modell in erster Linie auf die prozesssteuernden Mechanismen konzentriert (diese Verfahrensorientierung hat es mit Habermas' Diskurstheorie gemeinsam). Das Modell zeigt jedoch insofern Grenzen zu einer missbräuchlichen Verwendung von Äußerungen auf, als es die Reflexivität von Diskursen als Moment des Spielprozesses bestimmt. Jede Äußerung, die qua Reflexivität Außenwirkung für sich in Anspruch nehmen will, muss

2 Inwiefern die Äußerungen dies bereits beinhalteten ist hier nicht zu klären, da es uns allein um eine metadiskursive Betrachtung geht.

sich zunächst dem Diskurs zuordnen. Damit steht sie – gerade aufgrund der Trennung von Sprecher und Äußerung – zur Kritik frei, die sich in Form interaktiver Kommunikation (Reaktion und Gegenreaktion) an der Äußerung abarbeiten kann.

Ein kritischer Maßstab der Bewertung von Äußerungen kann dann darin bestehen, dass die reflexive Außenwirkung eines einzelnen Beitrags nur dann als diskursiv gelten kann, wenn sie an die innerdiskursiven Interaktionsprozesse der Kritik und Infragestellung rückgekoppelt ist. Diese innerdiskursiven Prozesse sind im Beispiel des Diskurses um die innere Sicherheit durch die Massenmedien strukturiert, wodurch in diesem Fall die nüchterne, rationale Diskussion der Äußerungen zu kurz kam zugunsten der äußeren, die Regeln des Diskurses beeinflussenden Wirkung.

Das zweite Beispiel entstammt der Online-Kommunikation, genauer einer Community-Plattform, auf der die Teilnehmer neben dem Anlegen eines Profils auch in Gruppen zu ganz unterschiedlichen, frei gewählten Themen diskutieren können. In diesen Diskussionen wurden mehrfach Tabubrüche und Überschreitungen der Grenzen der Meinungsfreiheit und des Respekts beobachtet (Pham 2007). Für die Betreuer der Community stellt sich das Problem, die vielen Diskussionen der geschätzten 2,4 Millionen Nutzer (mit 80 Millionen Seitenbesuchen pro Monat, vgl. Pellikan 2007) zu überwachen. Sie beschränken sich weitgehend darauf, die wechselseitige Selbstkontrolle der Nutzer zu unterstützen und vertrauen darauf, dass diese eventuelle Probleme in den Diskussionsgruppen selbst lösen. Die devianten Nutzer haben allerdings die Möglichkeit, stets neue Gruppen zu eröffnen und sich so der Kontrolle durch andere Teilnehmer zu entziehen. An diesem Beispiel stellt sich die Frage, wie stark die Selbstheilungskräfte des Diskurses sind, wenn dieser als Reflexionsspiel verstanden wird, und ob nicht stärkere, normativ begründete Maßnahmen angebracht sind, um einen Missbrauch von Diskursen zu verhindern.

Habermas vertraut in dieser Frage der Rationalität menschlicher Akteure, womit er einer letztlich anthropologischen Fundierung nahesteht. Die Argumentation der Theorie des kommunikativen Handelns mit der Forderung nach unverzerrter Kommunikation ähnelt dabei in gewisser Weise der rationalistischen Wissenschaftstheorie, nach der sich die Wissenschaft am besten entwickelt, wenn sie keinen äußeren Einflüssen ausgesetzt ist und sich nach ihren eigenen Maßstäben entwickeln kann. Bloor's »strong programme« der Wissenschaftssoziologie hatte dem seinerzeit das sogenannte »Symmetrieprinzip« entgegengehalten, nach dem es keine inhärente Richtigkeit wissenschaftlichen Wissens gibt, sondern sowohl richtiges als auch falsches Wissen mit der gleichen Art von Fak-

toren erklärt werden müssen (Bloor 1991). Entsprechend müssten nicht nur destruktive, sondern auch zielführende Diskurse durch die gleiche Art sozialer Faktoren erklärt werden können. Die grundsätzliche Anwendbarkeit dieser Argumentation auf Diskurse ergibt sich dabei schon daraus, dass wissenschaftliche Kommunikationsprozesse als ein Spezialfall von Diskursen angesehen werden können.

Das Reflexionsspiel ist kein Ort der völlig freien Rede, dies würde den Charakter von Diskursen als Aufeinandertreffen unterschiedlicher Meinungen übergehen. Vielmehr ist durch die Interaktion und die damit verbundene Auseinandersetzung durchaus eine gewisse Kontrolle über die Inhalte gewährleistet. Das bedeutet aber auch, dass ein öffentlich geteilter Kommunikationsraum, eben ein »common ground«, für die Diskussion zur Verfügung stehen muss, der sich nicht einfach durch Schaffung neuer Räume umgehen lässt, wie dies im Fall der Online-Community und ihren diversen Gruppen der Fall war. Denn sonst finden keine kommunikativen Anschlüsse mehr statt, und es kommt zu einem ausdifferenzierten Nebeneinander von Diskursen, denen gerade die durch den reflexiven Kampf um die Diskurshoheit entstehende Selbstkontrolle fehlt.

Das Beispiel verweist aber auch auf eine weitere wichtige Dimension von Diskursen, nämlich ihre institutionelle Einbindung. Eine offene Online-Community, in der die Teilnehmer mit anonymen Zugängen kommunizieren können und nicht von einer Gruppe eigens dafür zuständiger Moderatoren betreut werden, ist sehr viel anfälliger für Manipulationen als die in dieser Studie betrachteten Online-Diskurse. Zu einem Diskurs gehört daher immer auch das institutionelle Umfeld, das weniger bestimmte Spielregeln überwachen und sanktionieren als vielmehr einen Freiraum schaffen soll, in dem sich Spielregeln entwickeln und dann diskurssteuernd wirksam werden können. Es ist also weniger die Rationalität der Sprache, die Reflexionsspiele zu konstruktiven Kommunikationsprozessen macht, und auch nicht die Freiheit der Rede allein, sondern vielmehr das institutionelle Arrangement, das den Rahmen für eine freie Entfaltung der positiven Mechanismen des Reflexionsspiels setzt.

Beide Beispiele verweisen normativ auf die Ebene der institutionellen Einbettung von Diskursen. Sie muss in einer Weise beschaffen sein, dass sie die Autonomie des Diskurses, seine Selbstentfaltung und Selbstorganisation zulässt und gegenüber anderen Einflussfaktoren, die den Diskurs instrumentalisieren wollen, schützt. Mit dem Verweis auf den institutionellen Rahmen von Reflexionsspielen gerät die vorliegende Arbeit allerdings an ihre Grenzen. Denn zum einen wurden hier nur Diskurse untersucht, die einer ganz bestimmten institutionellen Einbettung

unterlagen, nämlich der unmittelbaren, wenn auch informellen, Anbindung an den politischen Entscheidungsprozess. Die Diskurse waren zwar zum Großteil von intermediären Organisationen betreut (selbst die das FUTURUM-Forum betreuende Abteilung der europäischen Kommission kann als zwischengeschaltet zu den eigentlichen Entscheidungsträgern in der Kommission gelten), waren aber letztlich auf Initiative bzw. aufgrund eines Interesses der Verwaltung durchgeführt worden. Dieser Umstand, zusammen mit der – wenn auch teils nur passiven – Moderation, dürfte bereits einen Rahmen geschaffen haben, der die Diskussion in vergleichsweise zivilen Formen ablaufen ließ. Insofern bleibt die Frage, ob sich die Ergebnisse auf andere institutionelle Settings übertragen lassen, weiteren Forschungen überlassen.³

Zum zweiten waren alle hier betrachteten Diskurse in ihrer Zielrichtung nicht auf einen Konsens oder eine Entscheidung hin ausgerichtet, sondern offen angelegt als Prozess der Ideenfindung und Meinungsbildung. Eine Schließung konnte daher stattfinden (und ließ sich auch vielfach beobachten), allerdings blieb sie dem freien Spiel des Diskurses überlassen und wurde nicht durch äußere Anforderungen erzwungen. Da aber manche Diskurse gerade in der Politik durchaus auf konkrete Entscheidungen hinauslaufen, ist anzunehmen, dass in diesen Fällen andere Prozessdynamiken zu beobachten sind und andere Mechanismen der Selbstorganisation greifen. Im Umkehrschluss lässt sich eine zwar zeitlich limitierte, inhaltlich aber nicht auf einen Endpunkt festgelegte Diskussion als typisch für Reflexionsspiele bestimmen. In einem solchen können kritische Einwände und Gegenpositionen bis zum Schluss eingebracht werden. Konsens kann sich frei aus der Prozessdynamik bilden, weil Standpunkte nur dann nicht mehr infrage gestellt werden, wenn es keine Gegenargumente gibt, und nicht, weil die Zeit oder äußerer Druck zur Entscheidungsfindung zwingen.

Drittens schließlich lassen sich diskursive Prozesse, die unter ganz anderen institutionellen Rahmenbedingungen ablaufen, nicht unbedingt mit dem Modell der Reflexionsspiele erfassen, wenn dieser Rahmen wichtige Kriterien des Modells nicht erfüllt. So spielen zum Beispiel Journalisten, von denen auch gesagt werden kann, dass sie mit ihren Berichten und Kommentaren an einem öffentlichen Diskurs teilnehmen, eine ganz andere Rolle als Teilnehmer an Reflexionsspielen. Denn Journalisten tragen nicht unmittelbar zu einer Diskussion bei, sondern stets als Vermittler der Positionen anderer Akteure. Gleichzeitig haben sie ei-

3 Erste Schritte zur Untersuchung des Einflusses des institutionellen Rahmens von Online-Diskursen auf die Kommunikation finden sich bei Hurlmann et al. 2002; Janssen/Kies 2005; Trénel 2008; Wright 2006.

gene Interessen in einem Spiel, das man als »Informationsspiel« bezeichnen könnte, in dem sie sowohl Vermittler im Sinne von Lieferanten sind als auch Vermittler im Sinne einer eigenständigen interpretativen Leistung. Insofern kann von ihnen nicht die gleiche unmittelbare Auseinandersetzung erwartet werden, wie sie für die Teilnehmer an einem Reflexionsspiel typisch ist, und besonders die normative Bewertung ihrer Beiträge muss anders ausfallen.

Eine weitere Begrenztheit der Arbeit besteht in ihrer methodischen Herangehensweise. Wie bereits erläutert, wurde in dieser Arbeit ganz bewusst auf ein hypothesenprüfendes Vorgehen verzichtet zugunsten einer explorativen heuristischen Vorgehensweise. Denn der Neuheit der Online-Kommunikation kann man empirisch nur gerecht werden, wenn man sich nicht bereits in der Anlage der Untersuchung auf ein kommunikationstheoretisches Modell festlegt und aus dessen Perspektive heraus die Fragestellungen und Operationalisierungen entwickelt. Auf der anderen Seite bleiben als Konsequenz der Entscheidung für ein exploratives Vorgehen viele Ergebnisse auf die untersuchten Beispiele beschränkt und können nicht ohne weiteres verallgemeinert werden. Wir haben zwar argumentiert, dass sich aus der Zusammenschau der unterschiedlichen Einzelergebnisse ein neues Modell entwickeln lässt, das außer einer empirischen Fundierung auch viele Anknüpfungspunkte im theoretischen Diskurs für sich verbuchen kann. Doch inwiefern dieses Modell tatsächlich generalisierbar ist und dann auch empirisch bestätigt werden kann, stellt eine noch offene Frage dar, die zu weiteren Forschungen Anlass gibt. Diese Forschungen sollten zum einen die substantiellen Fragen adressieren, die sich in Bezug auf das Modell der Reflexionsspiele stellen. Zum anderen sollten sie einen Beitrag zu den methodischen Fragen wie z. B. der Berücksichtigung temporaler Dynamik in Diskursen leisten, die in dieser Studie berührt wurden und sich als besonders relevant erwiesen haben.

LITERATUR

- Abbott, Andrew 1995: Sequence Analysis: New Methods for Old Ideas. In: Annual Review of Sociology, Bd. 21, S. 93-113.
- Ackerman, Bruce; Fishkin, James S. 2003: Deliberation Day. In: Fishkin, James S.; Laslett, Peter (Hg.): Debating Deliberative Democracy. Malden, MA u. a.: Blackwell, S. 7-30.
- Adorno, Theodor W. 1970: Ästhetische Theorie. Gesammelte Schriften, Bd. 7. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1998.
- Agre, Philip E. 2002: Real-Time Politics: The Internet and the Political Process. In: The Information Society, Bd. 18, H. 5, S. 311-331.
- Ajdkiewicz, Kasimir 1935: Die wissenschaftliche Weltperspektive. In: Erkenntnis, Bd. 5, S. 22-30.
- Aktion Mensch e. V. 2006a: Wie wir leben, ist kein Schicksal. In: Die-Gesellschafter.de, Nr. 1 vom Mai 2006, S. 1.
- Aktion Mensch e. V. 2006b: Hallo Öffentlichkeit, wo bist Du? In: Die-Gesellschafter.de, Nr. 3 vom September 2006, S. 1.
- Albrecht, Steffen 2006a: Whose Voice is Heard in Online Deliberation? A Study of Participation and Representation in Political Debates on the Internet. In: Information, Communication & Society, Bd. 9, H. 1, S. 62-82.
- Albrecht, Steffen 2006b: Discourse on the Internet – Mass Communication or Deliberation in the Public Sphere? Vortrag auf dem XVI ISA World Congress of Sociology, Durban, 23.-29. Juli 2006.
- Albrecht, Steffen; Hartig-Perschke, Rasco; Lübcke, Maren 2008: Wie verändern neue Medien die Öffentlichkeit? Eine Untersuchung am Beispiel von Weblogs im Bundestagswahlkampf 2005. In: Stegbauer, Christian; Jäckel, Michael (Hg.): Social Software. Formen der

- Kooperation in computerbasierten Netzwerken. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 95-118.
- Alexander, Jeffrey C.; Giesen, Bernhard; Münch, Richard; Smelser, Neil J. (Hg.) 1987: *The Micro-Macro Link*. Berkeley; Los Angeles; London: University of California Press.
- Allison, Paul 2004: *Event History Analysis*. In: Hardy, Melissa; Bryman, Alan (Hg.): *Handbook of Data Analysis*. London u. a.: Sage, S. 369-385.
- Allmendinger, Philip; Tewdwr-Jones, Mark 2002: *The Communicative Turn in Urban Planning: Unravelling Paradigmatic, Imperialistic and Moralistic Dimensions*. In: *Space and Polity*, Bd. 6, H. 1, S. 5-24.
- Allwood, Jens 1977: *A Critical Look at Speech Act Theory* In: Dahl, Osten (Hg.): *Logic, Pragmatics and Grammar*. Lund: Studentlitteratur, S. 53-69.
- Altheide, David L.; Snow, Robert P. 1979: *Media Logic*. Beverly Hills: Sage.
- Apel, Karl O. 1975: *Der Denkweg von Charles Sanders Peirce. Eine Einführung in den amerikanischen Pragmatismus*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Arendt, Hannah 1960: *Vita activa oder vom tätigen Leben*. 8. Aufl., München: Piper, 1994.
- Austin, John L. 1962: *How to do Things with Words*. Oxford: Clarendon Press.
- Bader, Veit M. 1985: *Theorie des kommunikativen Handelns als Theorie der Legitimität*. In: *Das Argument*, Bd. 27, Nr. 151, S. 355-371.
- Bächtiger, André 2005: *The Real World of Deliberation. A Comparative Study of its Favorable Conditions in Legislatures*. Bern; Stuttgart; Wien: Haupt.
- Bächtiger, André; Spörndli, Markus; Steenbergen, Marco R.; Steiner, Jürg 2005: *The Deliberative Dimensions of Legislatures*. In: *Acta Politica*, Bd. 40, H. 2, S. 225-238.
- Bächtiger, André; Steiner, Jürg (Hg.) 2005: *Special Issues: Empirical Approaches to Deliberative Democracy*. In: *Acta Politica*, Bd. 40, H. 2+3.
- Baiocchi, Gianpaolo 2003: *Emergent Public Spheres: Talking Politics in Participatory Governance*. In: *American Sociological Review*, Bd. 68, H. 1, S. 52-74.
- Bales, Robert F.; Strodtbeck, Fred L.; Mills, Theodore M.; Roseborough, Mary E. 1951: *Channels of Communication in Small Groups*. In: *American Sociological Review*, Bd. 16, S. 461-468.

- Barabási, Albert-L. 2003: *Linked. How Everything is Connected to Everything Else and What it Means for Business, Science, and Everyday life.* New York u. a.: Plume.
- Bateson, Gregory 1981: *Ökologie des Geistes. Anthropologische, psychologische, biologische und epistemologische Perspektiven.* Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bateson, Gregory 1982: *Geist und Natur. Eine notwendige Einheit.* Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Batinic, Bernad et al. (Hg.) 1999: *Online Research. Methoden, Anwendungen und Ergebnisse.* Göttingen u. a.: Hogrefe.
- Baur, Nina 2005: *Verlaufsmusteranalyse. Methodologische Konsequenzen der Zeitlichkeit sozialen Handelns.* Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Beierle, Thomas C. 2002: *Democracy On-Line. An Evaluation of the National Dialogue on Public Involvement in EPA Decisions.* Report, Washington D.C.: Resources for the Future.
- Beierle, Thomas C. 2003: *Discussing the Rules: Electronic Rulemaking and Democratic Deliberation.* Discussion Paper 03-22. Washington D.C.: Resources for the Future.
- Benhabib, Seyla (Hg.) 1996: *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political.* Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Bennett, Linda L.M.; Bennett, Stephen E. 1986: *Political Participation.* In: *Annual Review of Political Science*, Bd. 1, S. 157-204.
- Bennett, Stephen E.; Fisher, Bonnie; Resnick, David 1996: *Speaking of Politics in the United States: Who Talks to Whom, Why, Why Not.* In: Esquith, Stephen (Hg.): *Political Dialogue: Theories and Practices.* Amsterdam: Rodapi, S. 263-293.
- Bergmann, Jörg R. 1981: *Ethnomethodologische Konversationsanalyse.* In: Schröder, Peter; Steger, Hugo (Hg.): *Dialogforschung. Jahrbuch 1980 des Instituts für deutsche Sprache.* Düsseldorf: Schwann, S. 9-51.
- Bergmann, Jörg R. 1987: *Klatsch. Zur Sozialform der diskreten Indiskretion.* Berlin: de Gruyter.
- Berg-Schlosser, Dirk; De Meur, Gisèle 1997: *Reduction of Complexity for Small-N Analysis. A Stepwise Multi-Methodological Approach.* In: Mjøsset, Lars; Engelstad, Frederik; Brochmann, Grete; Kalleberg, Ragnvald; Leira, Arnlaug (Hg.): *Comparative Social Research. Methodological Issues in Comparative Social Science*, Bd. 16, S. 133-162.
- Berne, Eric 1967: *Spiele der Erwachsenen. Psychologie der menschlichen Beziehungen.* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

- Berthold, Michael R.; Sudweeks, Fay; Newton, Sid; Coyne, Richard D. 1998: »It Makes Sense«: Using an Autoassociative Neural Network to Explore Typicality in Computer-Mediated Discussions. In: Sudweeks, Fay; McLaughlin, Margaret; Rafaeli, Sheizaf (Hg.): *Network and Netplay. Virtual Groups on the Internet*. Menlo Park, CA; Cambridge, MA u. a.: AAAI Press/MIT Press, S. 191-219.
- Bieber, Christoph 1999: *Politische Projekte im Internet. Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit*. Frankfurt/M.; New York: Campus.
- Bieber, Christoph 2006: *Weblogs, Podcasts und die Architektur der Partizipation*. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Bd. 19, H. 2, S. 60-67.
- Bloor, David 1991: *Knowledge and Social Imagery. The Strong Programme in the Sociology of Knowledge*. 2. Aufl., Chicago: University of Chicago Press.
- Blossfeld, Hans-Peter; Rohwer, Götz 2002: *Techniques of Event History Modeling. New Approaches to Causal Analysis*. 2. Aufl., Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum.
- Bohman, James; Rehg, William (Hg.) 1997: *Deliberative Democracy. Essays on Reason and Politics*. Cambridge, MA; London: MIT Press.
- Bohn, Cornelia 1991: *Habitus und Kontext*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Bohnet, Iris 1997: *Kooperation und Kommunikation. Eine ökonomische Analyse individueller Entscheidungen*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Bohnet, Iris; Frey, Bruno S. 1994: *Kooperation, Kommunikation und Kommunitarismus. Eine experimentelle Analyse*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Bd. 46, H. 3, S. 453-463.
- Bommers, Michael; Tacke, Veronika 2006: *Das Allgemeine und das Besondere des Netzwerkes*. In: Hollstein, Bettina; Straus, Florian (Hg.): *Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 37-62.
- Bonner, Patricia A.; Carlitz, Robert; Gunn, Rosemary; Maak, Laurie E.; Ratliff, Charles A. 2005: *Bringing the Public and the Government Together Through On-line Dialogues*. In: Gastil, John; Levine, Peter (Hg.): *The Deliberative Democracy Handbook. Strategies for Effective Civic Engagement in the 21st Century*. San Francisco: Jossey-Bass, S. 141-153.
- Bora, Alfons 2005: *Zum soziologischen Begriff des Diskurses*. Manuskript, Bielefeld: Universität Bielefeld.

- Bourdieu, Pierre 1987: Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre 1990: Was heißt sprechen? Die Ökonomie des sprachlichen Tausches. Wien: Braumüller.
- Bourdieu, Pierre 1992: Bezugspunkte. In: Ders.: Rede und Antwort. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 50-75.
- Bourdieu, Pierre 1993: Über einige Eigenschaften von Feldern. In: Ders.: Soziologische Fragen. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 107-114.
- Bourdieu, Pierre 1997: Zur Genese der Begriffe Habitus und Feld. In: Ders.: Der Tote packt den Lebenden. Schriften zu Politik und Kultur 2. Hamburg: VSA-Verlag, S. 59-78.
- Bourdieu, Pierre 2001: Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre; Wacquant, Loic J.D. 1996: Reflexive Anthropologie. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Box-Steffensmeier, Janet M.; Zorn, Christopher 2002: Duration Models for Repeated Events. In: The Journal of Politics, Bd. 64, H. 4, S. 1069-1094.
- Braczyk, Hans-Joachim; Schienstock, Gerd 1996: Im »Lean-Express« zu einem neuen Produktionsmodell? In: Dies. (Hg.): Kurswechsel in der Industrie. Lean Production in Baden-Württemberg. Stuttgart; Berlin; Köln: Kohlhammer, S. 269-329.
- Braun, Stefan; Schütz, Hans Peter 2007: Hallo Orwell! In: Stern, Nr. 17 vom 19. April 2007.
- Brecht, Bertolt 1932: Der Rundfunk als Kommunikationsapparat. Rede über die Funktion des Rundfunks. In: Werke, Bd. 21. Schriften I. Berlin; Weimar; Frankfurt/M.: Aufbau-Verlag und Suhrkamp, 1992, S. 552-557.
- Bublitz, Hannelore 2001: Der »Schatten der Wahrheit«: Gesellschaft als dasjenige, von dem man später sagen wird, daß es existiert hat. In: Demirovic, Alex (Hg.): Komplexität und Emanzipation. Kritische Gesellschaftstheorie und die Herausforderung der Systemtheorie Niklas Luhmanns. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 73-100.
- Bublitz, Hannelore 2003: Diskurs. Bielefeld: transcript.
- Bühler, Karl 1934: Sprachtheorie. Die Darstellungsfunktion der Sprache. Stuttgart: Fischer, 1982.
- Bundesministerium des Innern 2007: »Bundesministerium des Innern hat zwei Forschungs- und Entwicklungs-Studien im Bereich E-Government beauftragt«. Online-Veröffentlichung, http://www.bmi.bund.de/cln_012/nn_122688/Internet/Content/Themen/Informations

- gesellschaft/DatenundFakten/Forschungs_und_Entwicklungsstudi
en_EGov.html (Stand: 13.1.2008).
- Burns, Tom 1961: Micropolitics: Mechanisms of Institutional Change. In: Administrative Science Quarterly, Bd. 6, H. 3, S. 257-281.
- Burnstein, Eugene; Vinokur, Amiram 1977: Persuasive Argumentation and Social Comparison as Determinants of Attitude Polarization. In: Journal of Experimental Social Psychology, Bd. 13, H. 4, S. 315-332.
- Burnstein, Eugene; Vinokur, Amiram; Trope, Yaacov 1973: Interpersonal Comparison Versus Persuasive Argumentation: A More Direct Test of Alternative Explanations for Group-Induced Shifts in Individual Choice. In: Journal of Experimental Social Psychology, Bd. 9, H. 3, S. 236-245.
- Cabinet Office 2002: In the Service of Democracy. A Consultation Paper on a Policy for Electronic Democracy. Online-Veröffentlichung, <http://europa.eu.int/idabc/servlets/Doc?id=23060> (Stand: 14.12.2007).
- Calhoun, Craig 1988: Populist Politics, Communications Media and Large Scale Societal Integration. In: Sociological Theory, Bd. 6, H. 2, S. 219-241.
- Caltech / MIT 2001: Voting – What Is, What Could Be. Report des Caltech-MIT Voting Technology Project, Pasadena, CA, Cambridge, MA: California Institute of Technology and Massachusetts Institute of Technology.
- Cappella, Joseph N.; Price, Vincent; Nir, Lilach 2002: Argument Repertoire as a Reliable and Valid Measure of Opinion Quality: Electronic Dialogue during Campaign 2000. In: Political Communication, Bd. 19, H. 1, S. 73-93.
- Carlitz, Robert D.; Maak, Laurie 2001: Money and Politics – Who Owns Democracy? An Online Deliberative Dialogue: March 19-March 30, 2001. Final Report, Pittsburgh, PA: Information Renaissance.
- Chadwick, Andrew 2006: Internet Politics. States, Citizens, and New Communication Technologies. Oxford: Oxford University Press.
- Chambers, Simone 1995: Discourse and Democratic Practices. In: White, Stephen K. (Hg.): The Cambridge Companion to Habermas. Cambridge u. a.: Cambridge University Press, S. 233-259.
- Chambers, Simone 2003: Deliberative Democratic Theory. In: Annual Revue of Political Science, Bd. 6, S. 307-326.
- Clark, Herbert H. 1996: Using Language. Cambridge: Cambridge University Press.
- Clark, Herbert H. 1999: How do Real People Communicate with Virtual Partners? In: Brennan, Susan E. (Hg.): Psychological Models of

- Communication in Collaborative Systems. Papers from the 1999 AAAI Fall Symposium, November 5-7, North Falmouth, MA. Menlo Park, CA: AAAI Press, S. 43-47.
- Coenen, Christopher 2005: Weblogs als Mittel der Kommunikation zwischen Politik und Bürgern – Neue Chancen für die E-Demokratie? In: *Kommunikation@Gesellschaft*, Bd. 6. Online-Veröffentlichung, http://www.soz.uni-frankfurt.de/K.G/B5_2005_Coenen.pdf (Stand: 28.2.2007).
- Cohen, Ted 1973: Illocutions and Perlocutions. In: *Foundations of Language*, Bd. 9, H. 4, S. 492-503.
- Coleman, Stephen 2005: The Lonely Citizen: Indirect Representation in an Age of Networks. In: *Political Communication*, Bd. 22, S. 197-214.
- Coleman, Stephen 2007: E-Democracy: the History and Future of an Idea. In: Mansell, Robin; Avgerou, Christianthi; Quah, Danny; Silverstone, Roger (Hg.): *The Oxford Handbook of Information and Communication Technologies*. Oxford: Oxford University Press, S. 362-382.
- Collins, Randall 1981: On the Microfoundations of Macrosociology. In: *American Journal of Sociology*, Bd. 86, H. 5, S. 984-1014.
- Crossley, Nick 2004: On Systematically Distorted Communication: Bourdieu and the Socio-Analysis of Publics. In: *Sociological Review*, Bd. 52, Suppl. 1, S. 88-112.
- Crozier, Michel; Friedberg, Erhard 1993: *Die Zwänge kollektiven Handelns. Über Macht und Organisation*. Frankfurt/M.: Hain.
- van den Daele, Wolfgang 1998: Annäherungen an einen uneingeschränkten Diskurs. Argumentationen in einer partizipativen Technikfolgenabschätzung. In: *Jahrbuch für Wissenschaft und Ethik*, Band 3. Berlin; New York: de Gruyter, S. 15-32.
- van den Daele, Wolfgang 2001: Von moralischer Kommunikation zur Kommunikation über Moral. Reflexive Distanz in diskursiven Verfahren. In: *Zeitschrift für Soziologie*, Bd. 30, H. 1, S. 4-22.
- van den Daele, Wolfgang; Neidhardt, Friedhelm 1996: Regierung durch Diskussion – Über Versuche, mit Argumenten Politik zu machen. In: Dies. (Hg.): *Kommunikation und Entscheidung. Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren*. Berlin: Edition Sigma, S. 9-50.
- Danet, Brenda 1998: Text as Mask: Gender, Play, and Performance on the Internet. In: Jones, Steven G. (Hg.): *Cybersociety 2.0: Revisiting Computer-Mediated Communication and Community*. Thousand Oaks, CA: Sage, S. 129-158.

- Davis, Richard 1999: *The Web of Politics. The Internet's Impact on the American Political System*. New York: Oxford University Press.
- Deacon, David; Fenton, Natalie; Bryman, Alan 1999: *From Inception to Reception: the Natural History of a News Item*. In: *Media, Culture and Society*, Bd. 21, S. 5-31.
- Dean, Jodi 2003: *Why the Net is not a Public Sphere*. In: *Constellations*, Bd. 10, H. 1, S. 95-112.
- Dederichs, Andrea M.; Florian, Michael 2002: *Felder, Organisationen und Akteure – eine organisationssoziologische Skizze*. In: Ebrecht, Jörg; Hillebrandt, Frank (Hg.): *Bourdieu's Theorie der Praxis. Erklärungskraft – Anwendung – Perspektiven*. Opladen; Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 69-96.
- Delli Carpini, Michael X. 1997: *The Impact of the »Money and Politics« Citizen Assemblies on Assembly Participants*. Report to Pew Charitable Trusts, Philadelphia, unveröffentlicht (zitiert nach Delli Carpini et al. 2004).
- Delli Carpini, Michael X.; Cook, Fay Lomax; Jacobs, Lawrence R. 2003: *Talking Together: Discursive Capital and Civic Deliberation in America*. Vortrag auf dem Midwest Political Science Association Meeting, Chicago, 3.-6. April 2003.
- Delli Carpini, Michael X.; Cook, Fay Lomax; Jacobs, Lawrence R. 2004: *Public Deliberation, Discursive Participation, and Citizen Engagement: A Review of the Empirical Literature*. In: *Annual Review of Political Science*, Bd. 7, S. 315-344.
- Denkler, Thorsten 2007: *Schäubles Bomben*. In: *Süddeutsche.de vom 20. September 2007*. Online-Veröffentlichung, <http://www.sueddeutsche.de/politik/895/417661/text/> (Stand: 18.1.2008).
- Derrida, Jacques 1972: *Die Struktur, das Zeichen und das Spiel im Diskurs der Wissenschaften vom Menschen*. In: Ders.: *Die Schrift und die Differenz*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 422-442.
- Derrida, Jacques 2001: *Limited Inc*. Wien: Passagen-Verlag.
- Deutscher Bundestag 2005: *Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung: Internet und Demokratie – Abschlussbericht zum TA-Projekt »Analyse netzbasierter Kommunikation unter kulturellen Aspekten«*. Bundestags-Drucksache 15/6015, Berlin: Deutscher Bundestag. Online-Veröffentlichung, <http://dip.bundestag.de/btd/15/060/1506015.pdf> (Stand: 14.12.2007).
- Diaz-Bone, Rainer 2002: *Kulturwelt, Diskurs und Lebensstil. Eine diskurstheoretische Erweiterung der bourdieuschen Distinktionstheorie*. Opladen: Leske und Budrich.

- DiGenarro, Corinna; Dutton, William H. 2006: The Internet and the Public: Online and Offline Political Participation in the United Kingdom. In: *Parliamentary Affairs*, Bd. 59, H. 2, S. 299-313.
- DiMaggio, Paul, Hargittai, Eszter 2001: From the »Digital Divide« to »Digital Inequality«: Studying Internet Use as Penetration Increases. Working Paper No. 15, Center for Arts and Cultural Policy Studies, Woodrow Wilson School, Princeton, NJ: Princeton University.
- DiMaggio, Paul; Hargittai, Eszter; Neuman, W. Russell; Robinson, John P. 2001: Social Implications of the Internet. In: *Annual Revue of Sociology*, Bd. 27, S. 307-336.
- Downs, Anthony 1972: Up and Down With Ecology. The »Issue-Attention Cycle«. In: *The Public Interest*, Bd. 28, S. 38-50.
- Dreyfus, Hubert L.; Rabinow, Paul 1994: Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik. 2. Aufl., Weinheim: Beltz Athenäum Verlag.
- Dryzek, John S. 2000: *Deliberative Democracy and Beyond. Liberals, Critics, Contestations*. Oxford u. a.: Oxford University Press.
- Ducrot, Oswald 1977: Illocutoire et performatif. In: *Linguistique et sémiologie*, Bd. 4, S. 17-54.
- Dutton, William H. 1996: Network Rules of Order: Regulating Speech in Public Electronic Fora. In: *Media, Culture & Society*, Bd. 18, H. 2, S. 269-290.
- Dutton, Willam H.; Guthrie, Kendall 1991: An Ecology of Games: the Political Construction of Santa Monica's Public Electronic Network. In: *Informatization and the Public Sector*, Bd. 1, H. 4, S. 279-301.
- Eemeren, Frans H.; Grootendorst, Rob; Snoeck Henkemans, Francisca 1996: *Fundamentals of Argumentation Theory. A Handbook of Historical Backgrounds and Contemporary Developments*. Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum Associates.
- van Eimeren, Birgit; Frees, Beate 2006: ARD/ZDF-Online-Studie 2006: Schnelle Zugänge, neue Anwendungen, neue Nutzer? In: *Media Perspektiven* 8/2006, S. 402-415.
- van Eimeren, Birgit; Frees, Beate 2007: ARD/ZDF-Online-Studie 2007: Internetnutzung zwischen Pragmatismus und YouTube-Euphorie. In: *Media Perspektiven* 8/2007, S. 362-378.
- van Eimeren, Birgit; Gerhard, Heinz; Frees, Beate 2001: Entwicklung der Onlinemedien in Deutschland. ARD/ZDF-Online-Studie 2001: Internetnutzung stark zweckgebunden. In: *Media Perspektiven* 8/2001, S. 382-397.
- van Eimeren, Birgit; Gerhard, Heinz; Frees, Beate 2002: ARD/ZDF-Online-Studie 2002: Entwicklung der Onlinenutzung in Deutsch-

- land: Mehr Routine, weniger Entdeckerfreude. In: *Media Perspektiven* 8/2002, S. 346-362.
- van Eimeren, Birgit; Gerhard, Heinz; Frees, Beate 2003: *ARD/ZDF-Online-Studie 2003: Internetverbreitung in Deutschland: Unerwartet hoher Zuwachs*. In: *Media Perspektiven* 8/2003, S. 338-358.
- Eliasoph, Nina 1998: *Avoiding Politics. How Americans Produce Apathy in Everyday Life*. Cambridge u. a.: Cambridge University Press.
- Elster, Jon 1986: *The Market and the Forum: Three Varieties of Political Theory*. In: Elster, Jon; Hylland, Aanund (Hg.): *Foundations of Social Choice Theory*. Cambridge u. a.: Cambridge University Press, S. 103-132.
- Elster, Jon (Hg.) 1998: *Deliberative Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Esser, Hartmut 1993: *Soziologie. Allgemeine Grundlagen*. Frankfurt/M.; New York: Campus.
- Esser, Hartmut 2000: *Soziologie. Spezielle Grundlagen. Bd. 3: Soziales Handeln*. Frankfurt/M.; New York: Campus.
- Europäische Kommission 2001: *European Governance. A White Paper. COM (2001) 428 final*. Brüssel: Europäische Kommission, 25. Juli 2001.
- Ewert, Burkhard; Fazlic, Nermin; Kollbeck, Johannes 2003: *E-Demokratie. Stand, Chancen und Risiken*. In: Schulzki-Haddouti, Christiane (Hg.): *Bürgerrechte im Netz*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 227-260.
- Ezell, Michael E.; Land, Kenneth C.; Cohen, Lawrence E. 2003: *Modeling Multiple Failure Time Data: A Survey of Variance-Corrected Proportional Hazard Models with Empirical Applications to Arrest Data*. In: *Sociological Methodology*, Bd. 33, H. 1, S. 111-167.
- Feindt, Peter H. 2003: *Gestaltungskriterien und Leistungsanforderungen für discursive Verfahren*. In: Ley, Astrid; Weitz, Ludwig (Hg.): *Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch*. Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit / Agenda Transfer, S. 291-299.
- Fietkau, Hans-Joachim 1996: *Kommunikationsmuster und Kommunikationserwartungen im Mediationsverfahren*. In: van den Daele, Wolfgang; Neidhardt, Friedhelm (Hg.): *Kommunikation und Entscheidung. Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren*. Berlin: Edition Sigma, S. 275-296.
- Fietkau, Hans-Joachim; Prokopp, Juliane; Trénel, Matthias 2003: *Kommunikationserfahrungen und Interaktionsmuster in Sprottenborn*. In: *Arbeitsgemeinschaft Online Mediation (Hg.): Sprottenborn: Ein online mediiertes Rollenspiel. Discussion Paper SP IV 2003-109*, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, S. 56-91.

- Fietkau, Hans-Joachim; Trénel, Matthias 2002: Interaktionsmuster in einem Diskursverfahren zur Indikatorenentwicklung im Umweltbereich. Discussion Paper FS II 02-301, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Fietkau, Hans-Joachim; Trénel, Matthias; Prokopp, Juliane 2005: Kommunikationsmuster in (online) mediierten Diskursen. In: Zeitschrift für Konfliktmanagement, Heft 4, S. 115-118.
- Fishkin, James S. 1995: *The Voice of the People. Public Opinion and Democracy*. New Haven; London: Yale University Press.
- Fishkin, James S. 1999: *Toward a Deliberative Democracy. Experimenting with an Ideal*. In: Elkin, Stephen L.; Soltan, Karol E. (Hg.): *Citizen Competence and Democratic Institutions*. University Park, PA: Pennsylvania State University Press, S. 279-290.
- Fishkin, James S.; Laslett, Peter (Hg.) 2003: *Debating Deliberative Democracy*. Malden, MA u. a.: Blackwell.
- Fishkin, James S.; Luskin, Robert C. 2005: *Experimenting with a Democratic Ideal: Deliberative Polling and Public Opinion*. In: *Acta Politica*, Bd. 40, H. 3, S. 284-298.
- Fleck, Ludwik 1935: *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1980.
- Fligstein, Neil 2001: *Social Skill and the Theory of Fields*. In: *Sociological Theory*, Bd. 19, H. 2, S. 105-125.
- Foucault, Michel 1969: *Was ist ein Autor?* In: *Schriften*, Bd. 1. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2001, S. 1003-1041.
- Foucault, Michel 1971: *Nietzsche, die Genealogie, die Historie*. In: *Schriften*, Bd. 2. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2002, S. 166-191.
- Foucault, Michel 1973: *Archäologie des Wissens*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel 1974: *Die Ordnung des Diskurses*. Frankfurt/M.: Fischer, 1991.
- Foucault, Michel 1977: *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit*, Bd. 1. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel 2003: *Die Wahrheit und die juristischen Formen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Frank, Manfred 1984: *Was ist Neostukturalismus?* Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Fraser, Nancy 1992: *Rethinking the Public Sphere*. In: Calhoun, Craig (Hg.): *Habermas and the Public Sphere*. Cambridge, MA: MIT Press, S. 359-376.
- Freud, Sigmund 1920: *Jenseits des Lustprinzips*. In: *Gesammelte Werke*, Bd. 13. London: Imago, 1947, S. 1-69.

- Fuchs, Dieter; Gerhards, Jürgen; Neidhardt, Friedhelm 1992: Öffentliche Kommunikationsbereitschaft. Ein Test zentraler Bestandteile der Theorie der Schweigespirale. In: Zeitschrift für Soziologie, Bd. 21, H. 4, S. 284-295.
- Fuhse, Jan 2005: Persönliche Netzwerke in der Systemtheorie, Schriftenreihe des Instituts für Sozialwissenschaft der Universität Stuttgart, SISS No. 1/2005, Stuttgart: Universität Stuttgart.
- Funken, Christiane 2001: Imaginäre Nähe? – Körperdiskurse im elektronischen Netz. In: Maier-Rabler, Ursula; Latzer, Michael (Hg.): Kommunikationskulturen zwischen Kontinuität und Wandel. Universelle Netzwerke für die Zivilgesellschaft. Konstanz: UVK, S. 447-464.
- Fusfield, William 1997: Communication without Constellation? Habermas' Argumentative Turn in (and Away from) Critical Theory. In: Communication Theory, Bd. 7, H. 4, S. 301-320.
- Gadamer, Hans-Georg 1960: Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik. Tübingen: J.C.B. Mohr, 1972.
- Gall, Insa 2002: Erfolg: Tausende von Ideen zum Konzept »Wachsende Stadt«. In: Die Welt, Nr. 284 vom 5. Dezember 2002, S. 34.
- Galtung, Johan; Ruge, Marie H. 1981: Structuring and Selecting News. In: Cohen, Stanley; Young, Jock (Hg.): The Manufacture of News. Revised Edition, London: Constable, S. 52-63.
- Gambetta, Diego 1998: »Claro!«: An Essay on Discursive Machismo. In: Elster, Jon (Hg.): Deliberative Democracy. Cambridge: Cambridge University Press, S. 19-43.
- Garz, Detlef; Kraimer, Klaus (Hg.) 1994: Die Welt als Text. Theorie, Kritik und Praxis der objektiven Hermeneutik. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Gastil, John; Deess, E. Pierre; Weiser, Phil 2002: Civic Awakening in the Jury Room: A Test of the Connection Between Jury Deliberation and Political Participation. In: Journal of Politics, Bd. 64, H. 2, S. 585-595.
- Gastil, John; Dillard, James P. 1999: Increasing Political Sophistication Through Public Deliberation. In: Political Communication, Bd. 16, H. 1, S. 3-23.
- Gebauer, Gunter; Wulf, Christoph 1998: Spiel – Ritual – Geste. Mimetisches Handeln in der sozialen Welt. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Geertz, Clifford 1978: Stir Crazy. Review of »Discipline and Punish: The Birth of the Prison« by Michel Foucault, translated by Alan Sheridan. In: The New York Review of Books, Bd. 24, H. 21 & 22 vom 26. Januar, S. 3-4, 6.

- Gehlen, Arnold 1986: Der neue Subjektivismus. In: Ders.: Anthropologische und sozialpsychologische Untersuchungen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 198-210.
- Gerhards, Jürgen 1994: Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 77-105.
- Gerhards, Jürgen 1997: Diskursive versus liberale Öffentlichkeit. Eine empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Bd. 49, H. 1, S. 1-34.
- Gerhards, Jürgen; Neidhardt, Friedhelm 1990: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. Discussion Paper FS III 90-101, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Gerhards, Jürgen; Neidhardt, Friedhelm; Rucht, Dieter 1998: Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, Jürgen; Schäfer, Mike S. 2008: Legitimation durch Massenmedien? Die öffentliche Thematisierung der Humangenomforschung im Ländervergleich. Erscheint in: Rehberg, Karl-Siegbert (Hg.): Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. DGS-Kongresses. Frankfurt/M.; New York: Campus (im Erscheinen).
- Geser, Hans 1980: Kleine Sozialsysteme. Strukturmerkmale und Leistungskapazitäten. Versuch einer theoretischen Einordnung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Bd. 32, H. 2, S. 205-239.
- Giddens, Anthony 1988: Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Frankfurt/M.; New York: Campus.
- Giles, Howard; Mulac, Anthony; Bradac, James; Johnson, Patricia 1987: Speech Accomodation Theory: The First Decade and Beyond. Communication Yearbook, Bd. 10, S. 13-48.
- Gilgenmann, Klaus 1994: Kommunikation mit neuen Medien. Der Medienbruch als soziologisches Theorieproblem. In: Sociologica Internationalis, Bd. 32, S. 1-35.
- Goffman, Erving 1973: Interaktion: Spaß am Spiel – Rollendistanz. München: R. Piper & Co.
- Goffman, Erving 1974: Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1977.

- Goffman, Erving 1981: *Forms of Talk*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Goffman, Erving 1983: *The Interaction Order*. In: *American Sociological Review*, Bd. 48, H. 1, S. 1-17.
- Goffman, Erving 1994: *Interaktion und Geschlecht*. Frankfurt/M.; New York: Campus.
- Gore, Al 1994: *Forging a new Athenian Age of democracy*. In: *Intermedia*, Bd. 22, H. 2, S. 4-7.
- Gräf, Lorenz; Krajewski, Markus (Hg.) 1997: *Soziologie des Internet. Handeln im elektronischen Web-Werk*. Frankfurt/M.: Campus.
- Greve, Jens 1999: *Sprache, Kommunikation und Strategie in der Theorie von Jürgen Habermas*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Bd. 51, H. 2, S. 232-259.
- Greve, Jens 2003: *Kommunikation und Bedeutung. Grice-Programm, Sprechakttheorie und radikale Interpretation*. Würzburg: Königshausen und Neumann.
- Grice, Paul 1989: *Logic and Conversation*. In: *Ders.: Studies in the Way of Words*. Cambridge, MA; London: Harvard University Press, S. 1-137.
- Grosz, Barbara J.; Pollack, Martha E., Sidner, Candace L. 1989: *Discourse*. In: *Posner, Michael I. (Hg.): Foundations of Cognitive Science*. Cambridge, MA; London: MIT Press, S. 437-468.
- Grunwald, Armin 2000: *Partizipative Technikfolgenabschätzung – wohin?* In: *TA-Datenbank-Nachrichten*, Bd. 9, H. 3, S. 3-11.
- Günthner, Susanne; Knoblauch, Hubert 1994: *»Forms are the food of faith«*. *Gattungen als Muster kommunikativen Handelns*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Bd. 46, H. 4, S. 693-723.
- Gunn, Rosemary W.; Carlitz, Robert D. 2003: *Online Dialogue in a Political Context: The California Master Plan for Education*. Pittsburgh, PA: Information Renaissance.
- Gutmann, Amy; Thompson, Dennis 1996: *Democracy and Disagreement*. Cambridge, MA: Belknap Press.
- Gutmann, Amy; Thompson, Dennis 2004: *Why Deliberative Democracy?* Princeton, NJ; Oxford: Princeton University Press.
- Habermas, Jürgen 1962: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Darmstadt; Neuwied: Luchterhand.
- Habermas, Jürgen 1971: *Wittgensteins Rückkehr*. In: *Ders.: Philosophisch-politische Profile*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 141-146.

- Habermas, Jürgen 1973: Wahrheitstheorien. In: Ders.: Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1995, S. 127-183.
- Habermas, Jürgen 1981a: Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1 – Handlungsrationality und gesellschaftliche Rationalisierung. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1995.
- Habermas, Jürgen 1981b: Theorie des kommunikativen Handelns. Band 2 – Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1995.
- Habermas, Jürgen 1983: Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 1984a: Vorlesungen zu einer sprachtheoretischen Grundlegung der Soziologie (1970/71). In: Ders. 1995: Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 11-126.
- Habermas, Jürgen 1984b: Was heißt Universalpragmatik? (1976). In: Ders. 1995: Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 353-440.
- Habermas, Jürgen 1984c: Vorwort zur dritten Aufl. In: Ders.: Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1 – Handlungsrationality und gesellschaftliche Rationalisierung. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1995, S. 3-6.
- Habermas, Jürgen 1985: Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 1986: Eine Art Schadensabwicklung. In: Die Zeit vom 11. Juli 1987.
- Habermas, Jürgen 1991a: Vom pragmatischen, ethischen und moralischen Gebrauch der praktischen Vernunft. In: Ders.: Erläuterungen zur Diskursethik. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 100-118.
- Habermas, Jürgen 1991b: Charles S. Peirce über Kommunikation. In: Ders.: Texte und Kontexte. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1992, S. 9-33.
- Habermas, Jürgen 1992a: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1998.
- Habermas, Jürgen 1992b: Concluding Remarks. Condensed and edited by Craig Calhoun, Leah Florence, and Rekha Mirchandani. In: Calhoun, Craig (Hg.): Habermas and the Public Sphere. Cambridge, MA; London: MIT Press, S. 462-479.
- Habermas, Jürgen 1996a: Eine genealogische Betrachtung zum kognitiven Gehalt der Moral. In: Ders.: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1999, S. 11-94.

- Habermas, Jürgen 1996b: Drei normative Modelle der Demokratie. In: Ders.: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1999, S. 277-292.
- Habermas, Jürgen 1996c: Replik auf Beiträge zu einem Symposium der Cardozo Law School. In: Ders.: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1999, S. 309-398.
- Habermas, Jürgen 1996d: Sprechakttheoretische Erläuterungen zum Begriff der kommunikativen Rationalität. Herbert Schnädelbach zum 60. Geburtstag. In: Zeitschrift für philosophische Forschung, Bd. 50, H. 1/2, S. 65-91.
- Habermas, Jürgen 2005: Concluding Comments on Empirical Approaches to Deliberative Politics. In: Acta Politica, Bd. 40, H. 3, S. 384-392.
- Habermas, Jürgen 2006a: Ein avantgardistischer Spürsinn für Relevanzen. Was den intellektuellen auszeichnet. Preisrede anlässlich der Verleihung des Bruno-Kreisky-Preises für das politische Buch 2005 am 9. März 2006, Universität Wien. Wien: Renner Institut.
- Habermas, Jürgen 2006b: Political Communication in Media Society – Does Democracy Still Enjoy an Epistemic Dimension? The Impact of Normative Theory on Empirical Research. Vortrag auf der 56. Jahrestagung der International Communication Association, Dresden, 19.-23. Juni 2006.
- Habermas, Jürgen 2007a: Keine Demokratie kann sich das leisten. In: Süddeutsche Zeitung vom 16. Mai 2007, S. 5.
- Habermas, Jürgen 2007b: Kommunikative Rationalität und grenzüberschreitende Politik: eine Replik. In: Niese, Peter; Herborth, Benjamin (Hg.): Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 406-459.
- Habermas, Jürgen; Luhmann, Niklas 1971: Theorie und Gesellschaft oder Sozialtechnologie – was leistet die Systemforschung? Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Hacker, Kenneth L. 1996: Missing Links in the Evolution of Electronic Democratization. In: Media, Culture & Society, Bd. 18, H. 2, S. 213-232.
- Hagemann, Carlo 2002: Participation in and Content of Two Dutch Political Party Discussion Lists on the Internet. In: Javnost – the Public, Bd. 9, H. 2, S. 5-22.
- Hall, Stuart 1993: Encoding, Decoding. In: During, Simon (Hg.): The Cultural Studies Reader. London; New York: Routledge, S. 90-103.

- Hampel, Martin 2006: Tausend Antworten auf eine Frage. In: Frankfurter Rundschau vom 10. Mai 2006, S. 26.
- Hastie, Reid; Penrod, Steven D.; Pennington, Nancy 1983: *Inside the Jury*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Haug, Christoph; Teune, Simon 2006: Participant Observation of Deliberation Within the Global Justice Movements. Vortrag auf dem XVI ISA World Congress of Sociology, Durban, 23.-29. Juli. Online-Veröffentlichung, http://www.wz-berlin.de/zkd/zcm/pdf/haug_teune_06.pdf (Stand: 8.7.2007).
- Hayward, Jack (Hg.) 1995: *The Crisis of Representation in Europe*. London: Frank Cass.
- Haywood, Trevor 2003: ICTs and New Constructions of Urgency: Addicts and Pushers. Vortrag auf dem iCS Research Symposium »Information, Communication, Society« des Oxford Internet Institute, Oxford, 17.-20. September 2003.
- Heeman, Peter A.; Johnston, Michael 1998: Beyond Structured Dialogues: Incorporating Clark's Models of Language Usage. Vortrag auf dem COOP'98 Workshop on the Use of Herbert H. Clark's Models of Language Use for the Design of Cooperative Systems, Cannes, 26.-29. Mai 1998.
- Hewitt, Carl E. 1991: Open Information Systems Semantics for Distributed Artificial Intelligence. In: *Artificial Intelligence*, Bd. 47, S. 79-106.
- Hill, Kevin A.; Hughes, John E. 1998: *Cyberpolitics. Citizen Activism in the Age of the Internet*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield.
- Hirschbiegel, Thomas 2007: Riesig: »Living Bridge« kommt. In: *Hamburger Morgenpost* vom 26. Januar 2007, S. 8-9.
- Holme, Petter; Edling, Christofer R.; Liljeros, Fredrik 2004: Structure and Time Evolution of an Internet Dating Community. In: *Social Networks* Bd. 26, H. 2, S. 155-174.
- Holt, Lynn 1993: Rationality is Hard Work. An Alternative Interpretation of the Disruptive Effects of Thinking About Reasons. In: *Philosophical Psychology*, Bd. 6, H. 3, S. 251-266.
- Holt, Lynn 1999: Rationality is Hard Work. Some Further Notes on the Disruptive Effects of Deliberation. In: *Philosophical Psychology*, Bd. 12, H. 2, S. 215-219.
- Holzinger, Katharina 2001a: Kommunikationsmodi und Handlungstypen in den Internationalen Beziehungen. Anmerkungen zu einigen irreführenden Dichotomien. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Bd. 8, H. 2, S. 243-286.
- Holzinger, Katharina 2001b: Verhandeln statt Argumentieren oder Verhandeln durch Argumentieren? Eine empirische Analyse des Ver-

- hältnisses von Argumentieren und Verhandeln auf der Basis der Sprechakttheorie. In: Politische Vierteljahresschrift, Bd. 42, H. 3, S. 414-446.
- Holzinger, Katharina 2005: Context or Conflict Types: Which Determines the Selection of Communication Mode. In: Acta Politica, Bd. 40, H. 2, S. 239-254.
- Honneth, Axel 1985: Kritik der Macht: Reflexionsstufen einer kritischen Gesellschaftstheorie. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Honneth, Axel 2003: Foucault und die Humanwissenschaften. Zwischenbilanz einer Rezeption. In: Honneth, Axel; Saar, Martin (Hg.): Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurter Foucault-Konferenz 2001. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 15-26.
- Hooghe, Marc 1999: The rebuke of Thersites. Deliberative Democracy under Conditions of Inequality. In: Acta Politica, Bd. 34, H. 4, S. 287-301.
- Hüller, Thorsten 2007: Sammelbesprechung Politische Theorien und Ideengeschichte. In: Politische Vierteljahresschrift, Bd. 48, H. 1, S. 150-156.
- Huizinga, Johan 1956: Homo ludens. Vom Ursprung der Kultur im Spiel. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Hurrelmann, Achim; Liebsch, Katharina; Nullmeier, Frank 2002: Wie ist argumentative Entscheidungsfindung möglich? Deliberation in Verhandlungen und Internetforen. In: Leviathan, Bd. 30, H. 4, S. 544-564.
- Ingram, David 1994: Foucault and Habermas on the Subject of Reason. In: Gutting, Gary (Hg.): The Cambridge Companion to Foucault. Cambridge u. a.: Cambridge University Press, S. 215-261.
- Isenberg, Daniel J. 1986: Group Polarization: A Critical Review and Meta-Analysis. In: Journal of Personality & Social Psychology, Bd. 50, H. 6, S. 1141-1151.
- Iyengar, Shanto; Luskin, Robert C.; Fishkin, James S. 2003: Facilitating Informed Public Opinion: Evidence from Face-to-face and Online Deliberative Polls. Vortrag auf dem Annual Meeting of the American Political Science Association, Philadelphia, 28.-31. August 2003.
- Jäckel, Michael 2005: Medienwirkungen. Ein Studienbuch zur Einführung. 3. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jankowski, Nicholas W.; van Os, Renée 2002: Internet-Based Political Discourse: A Case Study of Electronic Democracy in the City of Hoogeveen. Vortrag auf dem Euricom Colloquium Electronic Networks & Democratic Engagement, Nijmegen, 9.-12. Oktober 2001.

- Jankowski, Nicholas W.; van Selm, Martine 2000: The Promise and Practice of Public Debate in Cyberspace. In: Hacker, Kenneth L.; van Dijk, Jan (Hg.): Digital Democracy. Issues of Theory and Practice. London; Thousand Oaks; New Delhi: Sage, S. 149-165.
- Janssen, Davy; Kies, Raphael 2005: Online Forums and Deliberative Democracy: Hypotheses, Variables and Methodologies. In: Acta Politica, Bd. 40, H. 3, S. 317-355.
- Joas, Hans 1992: Die Kreativität des Handelns. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Jones, Quentin 2003: Applying Cyber-Archeology. In: Kuutti, Kari; Karsten, Eija H.; Fitzpatrick, Geraldine; Dourish, Paul; Schmidt, Kjeld (Hg.): ECSCW 2003. Proceedings of the European Conference on Computer-Supported Cooperative Work, 14-18 September 2003, Helsinki, Finland. Dordrecht: Kluwer, S. 41-60.
- Jones, Quentin; Ravid, Gilad; Rafaeli, Sheizaf 2002: An Empirical Exploration of Mass Interaction System Dynamics: Individual Information Overload and Usenet Discourse. In: Proceedings of the 35th Annual Hawaii International Conference on System Sciences (HICSS'02), Big Island, Hawaii, 7.-10. Januar 2002. Washington, DC: IEEE Computer Society, S. 114.2.
- Kahnemann, Daniel; Tversky, Amos 1973: On the Psychology of Prediction. In: Psychological Review, Bd. 80, H. 4, S. 237-251.
- Kalman, Yoram M.; Ravid, Gilad; Raban, Daphne R.; Rafaeli, Sheizaf 2006a: Speak *Now* or Forever Hold your Peace: Power Law Chronemics of Turn-Taking and Response in Asynchronous CMC. Vortrag auf der 56. Jahrestagung der International Communication Association, Dresden, 19.-23. Juni 2006.
- Kalman, Yoram M.; Ravid, Gilad; Raban, Daphne R.; Rafaeli, Sheizaf 2006b: Pauses and Response Latencies: A Chronemic Analysis of Asynchronous CMC. In: Journal of Computer-Mediated Communication, Bd. 12, H. 1, Art. 1. Online-Veröffentlichung, <http://jcmc.indiana.edu/vol12/issue1/kalman.html> (Stand: 9.8.2007).
- Keane, John 1999: On Communicative Abundance. CSD Perspectives, Center for the Study of Democracy. London: University of Westminster Press.
- Keller, Reiner 2001: Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Keller, Reiner; Hirsland, A.; Schneider, W.; Viehöver, W. (Hg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd. I: Theorien und Methoden. Opladen: Leske und Budrich, S. 113-143.
- Keller, Reiner 2004: Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Opladen: Leske und Budrich.

- Kieserling, André 2000: Zwischen Soziologie und Philosophie: Über Jürgen Habermas. In: Müller-Dohm, Stefan (Hg.): Das Interesse der Vernunft. Rückblicke auf das Werk von Jürgen Habermas seit »Erkenntnis und Interesse«. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 23-41.
- Kingdon, John W. 1984: Agendas, Alternatives, and Public Policies. New York: Harper Collins.
- Kleinig, Gerhard 1995: Lehrbuch Entdeckende Sozialforschung. Band I: Von der Hermeneutik zur qualitativen Heuristik. Weinheim: Psychologie Verlags Union.
- Kneer, Georg 1996: Rationalisierung, Disziplinierung und Differenzierung. Sozialtheorie und Zeitdiagnose bei Habermas, Foucault und Luhmann. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Knoblauch, Hubert 1995: Kommunikationskultur. Die kommunikative Konstruktion kultureller Kontexte. Berlin; New York: de Gruyter.
- Knoblauch, Hubert 2000: Das Ende der linguistischen Wende. Sprache und empirische Wissenssoziologie. In: Soziologie. Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Bd. 29, H. 2, S. 46-58.
- Knoblauch, Hubert 2001: Diskurs, Kommunikation und Wissenssoziologie. In: Keller, R.; Hirsland, A.; Schneider, W.; Viehöver, W. (Hg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden. Opladen: Leske und Budrich, S. 207-223.
- Köberle, Sabine; Gloede, Fritz; Hennen, Leonhard (Hg.) 1997: Diskursive Verständigung? Mediation und Partizipation in Technikkontroversen. Baden-Baden: Nomos.
- Kohlhaas, Peter 2000: Diskurs und Modell. Historische und systematische Aspekte des Diskursbegriffs und ihr Verhältnis zu einer anwendungsorientierten Diskurstheorie. In: Nennen, Heinz-Ulrich (Hg.): Diskurs. Begriff und Realisierung. Würzburg: Königshausen & Neumann, S. 29-56.
- Kollock, Peter; Smith, Marc 1996: Managing the Virtual Commons: Cooperation and Conflict in Computer Communities. In: Herring, Susan C. (Hg.): Computer-Mediated Communication. Linguistic, Social and Cross-Cultural Perspectives. Amsterdam; Philadelphia: John Benjamins, S. 109-128.
- Konersmann, Ralf 1991: Der Philosoph mit der Maske. Michel Foucault's »L'ordre du discours«. In: Foucault, Michel: Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt/M.: Fischer, S. 51-94.
- Krämer, Sybille 1998: Das Medium als Spur und als Apparat. In: Dies. (Hg.): Medien, Computer, Realität. Wirklichkeitsvorstellungen und neue Medien. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 73-94..
- Krämer, Sybille 2001: Sprache, Sprechakt, Kommunikation. Sprachtheoretische Positionen des 20. Jahrhunderts. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

- Krauch, Helmut 1972: Computer-Demokratie. Düsseldorf: VDI-Verlag.
- Krippendorf, Klaus 1994: Der verschwundene Bote. Metaphern und Modelle der Kommunikation. In: Merten, Klaus (Hg.): Die Wirklichkeit der Medien: eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 79-113.
- Kühnel, Steffen-M.; Krebs, Dagmar 2004: Statistik für die Sozialwissenschaften. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 2. Aufl., Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Kuhlmann, Christoph 1999: Die öffentliche Begründung politischen Handelns. Opladen; Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Kuhn, Thomas S. 1967: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Lakatos, Imre 1974: Falsifikation und die Methodologie wissenschaftlicher Forschungsprogramme. In: Lakatos, Imre; Musgrave, Alan (Hg.): Kritik und Erkenntnisfortschritt. Abhandlungen des Internationalen Kolloquiums über die Philosophie der Wissenschaft, London 1965. Band 4, Braunschweig: Vieweg, S. 89-190.
- Lasswell, Harold D. 1948: The Structure and Function of Communication in Society. In: Bryson, Lyman (Hg.): The Communication of Ideas. New York: Harper, S. 37-52.
- Leggewie, Claus 1996: Netizens oder: der gut informierte Bürger heute. Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? Vortrag auf der internationalen Konferenz über die Werte der Informationsgesellschaft »Macht Information«, Petersberg bei Bonn, 9. September 1996.
- Leighley, Jan E. 1990: Social Interaction and Contextual Influences on Political Participation. In: American Politics Quarterly, Bd. 18, H. 4, S. 459-475.
- Lepenes, Wolf 1967: Handlung und Reflexion. Aspekte der Anthropologie Arnold Gehlens. In: Soziale Welt, Bd. 18, H. 1, S. 41-66.
- Levine, Peter; Fung, Archon; Gastil, John 2005: Future Directions for Public Deliberation. In: Gastil, John; Levine, Peter (Hg.): The Deliberative Democracy Handbook. Strategies for Effective Civic Engagement in the 21st Century. San Francisco, CA: Jossey-Bass, S. 271-288.
- Llewellyn, Nick 2005: Audience Participation in Political Discourse: A Study of Public Meetings. In: Sociology, Bd. 39, H. 4, S. 697-716.
- Lowndes, Vivian, Pratchett, Lawrence; Stoker, Gerry 2001: Trends in Public Participation: Part 1 – Local Government Perspectives. In: Public Administration, Bd. 79, H. 1, S. 205-222.
- Luckmann, Thomas 1980: Aspekte einer Theorie der Sozialkommunikation. In: Ders.: Lebenswelt und Gesellschaft. Grundstrukturen und geschichtliche Wandlungen. Paderborn u. a.: Schöningh, S. 93-121.

- Luckmann, Thomas 1986: Grundformen der gesellschaftlichen Vermittlung des Wissens: Kommunikative Gattungen. In: Neidhardt, Friedhelm; Lepsius, M. Rainer; Weiss, Johannes (Hg.): Kultur und Gesellschaft. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 27. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 191-211.
- Lübcke, Maren 2008: Online, Offline, Inline. Dissertation, Institut für Technik und Gesellschaft, TU Hamburg-Harburg (in Bearbeitung).
- Lührs, Rolf 2006: Bürgerleitfaden »Familienfreundlicher Wohnort Hamburg«. Auswertung der Internetdiskussion 2005. In: Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (Hg.): Bürgerleitfaden »Familienfreundlicher Wohnort Hamburg«. Anregungen, Beispiele, Dokumentation. Online-Veröffentlichung, <http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/behoerden/soziales-familie/jugend-und-familie/familienleben-hamburg.de/buergerleitfaden-familienfreundliches-wohnen.property=source.pdf> (Stand: 1.11.2007).
- Lührs, Rolf; Albrecht, Steffen; Lübcke, Maren; Hohberg, Birgit 2003: How to Grow? Online Consultation about Growth in the City of Hamburg: Methods, Techniques, Success Factors. In: Traunmüller, Roland (Hg.): Electronic Government. Second International Conference, EGOV 2003, September 1-5, Prague, Czech Republic. Berlin u. a.: Springer-Verlag, S. 79-84.
- Lührs, Rolf; Albrecht, Steffen; Hohberg, Birgit; Lübcke, Maren 2004: Online Diskurse als Instrument politischer Partizipation – Evaluation der Hamburger Internetdiskussion zum Leitbild »Wachsende Stadt«. Kommunikation@Gesellschaft, Bd. 5, Art. 1. Online-Veröffentlichung, http://www.soz.uni-frankfurt.de/K.G/B1_2004_L%FCbckc.pdf (Stand: 20.2.2008).
- Lührs, Rolf, Malsch, Thomas, Voss, Klaus 2001: Internet, Discourses and Democracy. In: Terano, T.; Nishida, T.; Namatame, A.; Tsutomoto, S.; Ohsawa, Y.; Washio, T. (Hg.): New Frontiers in Artificial Intelligence. Joint JSAI 2001 Workshop Post-Proceedings. Berlin; Heidelberg: Springer-Verlag; S. 67-74.
- Luhmann, Niklas 1971: Systemtheoretische Argumentationen. Eine Entgegnung auf Jürgen Habermas. In: Habermas, Jürgen; Luhmann, Niklas: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie – was leistet die Systemforschung? Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas 1975: Interaktion, Organisation, Gesellschaft. Anwendungen der Systemtheorie. In: Ders.: Soziologische Aufklärung, Bd. 2. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 9-20.
- Luhmann, Niklas 1984: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

- Luhmann, Niklas 1986: Intersubjektivität oder Kommunikation. Unterschiedliche Ausgangspunkte soziologischer Theoriebildung. In: *Archivio di Filosofia*, Bd. 54, S. 41-60.
- Luhmann, Niklas 1990a: *Die Wissenschaft der Gesellschaft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas 1990b: Gesellschaftliche Komplexität und öffentliche Meinung. In: Ders.: *Soziologische Aufklärung*, Bd. 5. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 170-182.
- Luhmann, Niklas 1992: Wer kennt Will Martens? Eine Anmerkung zum Problem der Emergenz sozialer Systeme. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Bd. 44, H. 1, S. 139-142.
- Luhmann, Niklas 1993: »Quod omnes tangit ...«. Anmerkungen zur Rechtstheorie von Jürgen Habermas. In: *Rechtshistorisches Journal*, Bd. 12, S. 36-56.
- Luhmann, Niklas 1994: Systemtheorie und Protestbewegungen. Ein Interview. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Bd. 7, H. 2, S. 53-69.
- Luhmann, Niklas 1997: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas 2000: *Die Politik der Gesellschaft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Luskin, Robert C.; Fishkin, James S.; Jowell, Roger 2002: Considered Opinions: Deliberative Polling in Britain. In: *British Journal of Political Science*, Bd. 32, S. 455-487.
- Lynn, Frances M.; Kartez, Jack D. 1995: The Redemption of Citizen Advisory Committees: A Perspective from Critical Theory. In: Renn, Ortwin; Webler, Thomas; Wiedemann, Peter M. (Hg.): *Fairness and Competence in Citizen Participation. Evaluating Models for Environmental Discourse*. Dordrecht u. a.: Kluwer, S. 87-90.
- Maak, Laurie; Ricketts, Michael; Hamlett, Bruce 2005: Web Dialogues Facilitate Citizen-Lawmaker Communication in California. In: *National Civic Review*, Bd. 94, H. 2, S. 81-82.
- Maasen, Sabine 1999: *Wissenssoziologie*. Bielefeld: transcript.
- Maass, Anne; Ceccarelli, Roberta; Rudin, Samatha 1996: Linguistic Intergroup Bias: Evidence for In-Group-Protective Motivation. In: *Journal of Personality and Social Psychology*, Bd. 71, H. 3, S. 512-526.
- Maass, Anne; Salvi, Daniela; Arcuri, Luciano; Semin, Gün 1989: Language Use in Intergroup Contexts: The Linguistic Intergroup Bias. In: *Journal of Personality and Social Psychology*, Bd. 57, H. 6, S. 981-993.

- Macedo, Stephen (Hg.) 1999: *Deliberative Politics. Essays on »Democracy and Disagreement«*. New York; Oxford: Oxford University Press.
- MacRae, Duncan 1993: *Guidelines for Policy Discourse: Consensual versus Adversarial*. In: Fischer, Frank; Forester, John (Hg.): *The Argumentative Turn in Policy and Planning*. Durham, NC: Duke University Press, S. 291-318.
- Märker, Oliver; Schäfer, Andreas; Wehner, Josef 2007: *Elektronische Partizipation in einem mittelständischen Unternehmen. Ein Pilotprojekt zur Integration weltweit agierender Vertriebsmitarbeiter in die Produktentwicklung*. In: *Stiftung Mitarbeit / Initiative eParticipation (Hg.): E-Partizipation – Beteiligungsprojekte im Internet. Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten*, Bd. 21. Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit, S. 144-175.
- Malsch, Thomas 1997: *Die Provokation der »Artificial Societies«*. Warum die Soziologie sich mit den Sozialmetaphern der Verteilten Künstlichen Intelligenz beschäftigen sollte. In: *Zeitschrift für Soziologie*, Bd. 26, H. 1, S. 3-21.
- Malsch, Thomas 2005a: *Kommunikationsanschlüsse. Zur soziologischen Differenz von realer und künstlicher Sozialität*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Malsch, Thomas 2005b: *Inception and Reception. Modeling Message Reference Networks at the Operational Level of Alter and Ego*. Unveröffentlichtes Manuskript. Hamburg: TU Hamburg-Harburg.
- Malsch, Thomas; Schlieder, Christoph 2004: *Communication without Agents? From Agent-Oriented to Communication-Oriented Modeling*. In: Lindemann, Gabriela; Moldt, Daniel; Paolucci, Mario (Hg.): *Regulated Agent-Based Social Systems. First International Workshop RASTA 2002, Bologna, Italy, July 15-19 2002. Revised, Selected, and Invited Papers*. LNAI 2934, Berlin u. a.: Springer-Verlag, S. 113-133.
- Malsch, Thomas; Schlieder, Christoph; Kiefer, Peter; Lübcke, Maren; Perschke, Rasco; Schmitt, Marco; Stein, Klaus 2007: *Communication Between Process and Structure: Modelling and Simulating Message-Reference-Networks with COM/TE*. In: *Journal of Artificial Societies and Social Simulations*, Bd. 10, H. 1, Art. 9. Online-Veröffentlichung, <http://jasss.soc.surrey.ac.uk/10/1/9.html> (Stand: 14.12.2007).
- Malsch, Thomas; Schmitt, Marco 2005: *Zweimal Luhmann – Struktur versus Prozessorientierung im sozionischen Experiment*. In: Schimank, Uwe; Greshoff, Rainer (Hg.): *Was erklärt die Soziologie?* Berlin: LIT Verlag, S. 288-315.

- Mannheim, Karl 1950: *Man and Society in an Age of Reconstruction*. Studies in Modern Social Structure. New York; London: Hartcourt, Brace and Co. and Routledge & Keagan Paul.
- Mansbridge, Jane J. 1980: *Beyond Adversary Democracy*. New York: Basic Books.
- March, James G. 1990: Beschränkte Rationalität, Ungewißheit und die Technik der Auswahl. In: Ders. (Hg.) 1990: *Entscheidung und Organisation*. Wiesbaden: Gabler, S. 297-328.
- Margolis, Michael; Resnick, David 2000: *Politics as Usual: The Cyberspace »Revolution«*. Thousand Oaks: Sage.
- Martin, John Levi 2003: What is Field Theory? In: *American Journal of Sociology*, Bd. 109, H. 1, S. 1-49.
- McCarthy, John D.; McPhail, Clark; Smith, Jackie 1996: Images of Protest: Dimensions of Selection Bias in Media Coverage of Washington Demonstrations, 1982 and 1991. In: *American Sociological Review*, Bd. 61, H. 3, S. 478-499.
- McLeod, Jack M.; Scheufele Dietram A.; Moy, Patricia; Horowitz, Edward M.; Holbert, R. Lance; Zhang, Weiwu; Zubric, Stephen; Zubric, Jessica 1999: Understanding Deliberation. The Effects of Discussion Networks on Participation in a Public Forum. In: *Communication Research*, Bd. 26, H. 6, S. 743-774.
- Mead, George H. 1968: *Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Mendelberg, Tali 2002: *The Deliberative Citizen: Theory and Evidence*. In: Delli Carpini, Michael X.; Huddy, Leonie; Shapiro, Robert Y. (Hg.): *Political Decision Making, Deliberation and Participation. Research in Micropolitics*, Bd. 6. Amsterdam u. a.: JAI Press, S. 151-193.
- Mendelberg, Tali; Oleske, John 2000: Race and Public Deliberation. In: *Political Communication*, Bd. 17, H. 2, S. 169-191.
- Merten, Klaus 1976: Reflexivität als Grundbegriff der Kommunikationsforschung. In: *Publizistik*, Bd. 21, H.1, S. 171-179.
- Merton, Robert K. 1968: The Matthew Effect in Science. The Reward and Communication System of Science are Reconsidered. In: *Science*, Bd. 159, H. 3810, 5. Januar 1968, S. 56-63.
- Messmer, Heinz 2003: Konflikt und Konfliktepisode. Prozesse, Strukturen und Funktionen einer sozialen Form. In: *Zeitschrift für Soziologie*, Bd. 32, H. 2, S. 98-122.
- Meyer, Thomas 2002: *Media Democracy. How the Media Colonize Politics*. Cambridge u. a.: Polity.
- Miller, David 2002: Is Deliberative Democracy Unfair to Disadvantaged Groups? In: Passerin D'Entreves, Maurizio (Hg.): *Democracy as*

- Public Deliberation: New Perspectives. Manchester: Manchester University Press, S. 201-225.
- Miller, Max 1992: Discourse and Morality: Two Case Studies of Social Conflicts in a Segmentary and a Functionally Differentiated Society. In: Archives Européennes de Sociologie, Bd. 33, H. 1, S. 3-38.
- Miller, Max 1998: Bürgerarenen und demokratischer Prozeß. In: Giegel, Hans-Joachim (Hg.): Konflikt in modernen Gesellschaften. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 288-326.
- Miller, Max 2006: Aspekte einer Theorie diskursiven und systemischen Lernens. In: Ders.: Dissens. Zur Theorie diskursiven und systemischen Lernens. Bielefeld: Transcript, S. 195-290.
- Mills, C. Wright 1956: The Power Elite. Oxford u. a.: Oxford University Press.
- Mitterhuber, Renate 2004: Kultur der Beteiligung. In: Kommune 21, Heft 12, S. 52-53.
- Morel, Julius; Bauer, Eva; Meleghy, Tamás; Niedenzu, Heinz-Jürgen; Preglau, Max; Staubmann, Helmut 1997: Soziologische Theorie. Abriß der Ansätze ihrer Hauptvertreter. 5. Aufl., München; Wien: Oldenbourg.
- Morris, Marrill; Ogan, Christine 1996: The Internet as Mass Medium. In: Journal of communication, Bd. 46, H. 1, S. 39-50.
- Morrison, Margaret; Morgan, Mary S. 1999: Models as Mediating Instruments. In: Morgan, Mary S.; Morrison, Margaret (Hg.): Models as Mediators. Perspectives on Natural and Social Science. Cambridge: Cambridge University Press, S. 10-37.
- Moscovici, Serge 1976: Social Influence and Social Change. New York: Academic.
- Moscovici, Serge; Zavalloni, Marisa 1969: The Group as a Polarizer of Attitudes. In: Journal of Personality and Social Psychology, Bd. 12, H. 2, S. 125-135.
- Münch, Richard 1991: Dialektik der Kommunikationsgesellschaft. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Mützel, Sophie 2007: Marktkonstitution durch narrativen Wettbewerb. In: Berliner Journal für Soziologie, Bd. 17, H. 4, S. 451-464.
- Mulkay, Michael 1985: Agreement and Disagreement in Conversations and Letters. In: Text, Bd. 5, H. 3, S. 201-227.
- Mutz, Diana C. 2002a: Cross-Cutting Social Networks: Testing Democratic Theory in Practice. In: American Political Science Review, Bd. 96, H. 1, S. 111-126.
- Mutz, Diana C. 2002b: The Consequences of Cross-Cutting Networks for Political Participation. In: American Journal of Political Science, Bd. 46, H. 4, S. 838-855.

- Mutz, Diana C.; Martin, Paul S. 2001: Facilitating Communication across Lines of Political Differences: The Role of Mass Media. In: *American Political Science Review*, Bd. 95, H. 1, S. 97-114.
- Myers, David G.; Bruggink, James B.; Kersting, Robert C.; Schlosser, Barbara A. 1980: Does Learning Others' Opinions Change One's Opinions? In: *Personality and Social Psychology Bulletin*, Bd. 6, H. 2, S. 253-260.
- Myers, David G.; Lamm, Helmut 1976: The Group Polarization Phenomenon. In: *Psychological Bulletin*, Bd. 83, H. 4, S. 602-627.
- Nadel, Siegfried F. 1957: *The Theory of Social Structure*. London: Cohen & West.
- Nanz, Patrizia; Steffek, Jens 2005: Assessing the Democratic Quality of Deliberation in International Governance: Criteria and Research Strategies. In: *Acta Politica*, Bd. 40, H. 3, S. 368-383.
- Needham, Catherine 2001: E-Consultation in the UK and the USA: Electronic Democracy Beyond the Vote. Vortrag auf den ECPR Joint Sessions of Workshops, Grenoble, 6.-11. April 2001.
- Nemeth, Charlan J. 1986: Differential Contributions of Majority and Minority Influence. In: *Psychological Review*, Bd. 93, S. 23-32.
- Nennen, Heinz-Ulrich 2000: Zur Einführung. In: Ders. (Hg.): *Diskurs. Begriff und Realisierung*. Würzburg: Königshausen & Neumann, S. VII-XXV.
- von Neumann, John; Morgenstern, Oskar 1961: *Spieltheorie und wirtschaftliches Verhalten*. Würzburg: Physica-Verlag.
- New Zealand State Services Commission 2007: *When Government Engages. Online participation – An Introduction*. Wellington: State Services Commission of New Zealand. Online-Veröffentlichung, <http://participation.e.govt.nz> (Stand: 14.12.2007).
- Newman, Mark E.J. 2002: Assortative Mixing in Networks. In: *Physical Review Letters*, Bd. 89, H. 20, S. 208701-1-208701-4.
- Newman, Mark E.J. 2003: The Structure and Function of Complex Networks. In: *SIAM Review*, Bd. 45, S. 167-256.
- Noelle-Neumann, Elisabeth 1989: Die Theorie der Schweigespirale als Instrument der Medienwirkungsforschung. In: Kaase, Max; Schulz, Winfried (Hg.): *Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 418-440.
- Nonnecke, Blair; Preece, Jenny 2003: Silent Participants: Getting to Know Lurkers Better. In: Lueg, Christopher; Fisher, Danyel (Hg.): *From Usenet to CoWebs. Interacting with Social Information Spaces*. London; Berlin; Heidelberg: Springer-Verlag, S. 110-132.

- de Nooy, Wouter 2003: Fields and Networks: Correspondence Analysis and Social Network Analysis in the Framework of Field Theory. In: *Poetics*, Bd. 31, H. 5-6, S. 305-327.
- Norris, Pippa 2001: *Digital Divide. Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide*. Cambridge: Cambridge University Press..
- Nullmeier, Frank 1995: Diskursive Öffentlichkeit. Möglichkeiten der Radikalisierung und Kritik. In: Göhler, Gerhardt (Hg.): *Macht der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit der Macht*. Baden-Baden: Nomos, S. 85-112.
- OECD (Hg.) 2001: *Citizens as Partners. OECD Handbook on Information, Consultation and Public Participation in Policy-Making*. Paris: OECD.
- OECD (Hg.) 2003: *Engaging Citizens Online for Better Policy-Making. OECD Policy Brief, March 2003*. Online-Veröffentlichung, <http://www.oecd.org/dataoecd/62/23/2501856.pdf> (Stand: 9.8.2007).
- Offe, Claus 2002: Repräsentative Demokratie. Reformbedarf und Reformoptionen. In: *WZB-Mitteilungen*, Nr. 98, Dezember, S. 28-30.
- Ortmann, Günther; Windeler, Arnold; Becker, Albrecht; Schulz, Hans-Joachim 1990: *Computer und Macht in Organisationen. Mikropolitische Analysen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Papacharissi, Zizi 2002: The Virtual Sphere. The Internet as a Public Sphere. In: *New Media & Society*, Bd. 4, H. 1, S. 9-27.
- Parsons, Simon; McBurney, Peter 2003: Argumentation-Based Communication between Agents. In: Huget, Marc-Philippe (Hg.): *Communication in Multiagent Systems. LNAI 2650*, Berlin; Heidelberg: Springer-Verlag, S. 164-178.
- Parsons, Talcott 1968: Social Interaction. In: Sills, David L. (Hg.): *International Encyclopaedia of the Social Sciences*, Bd. 7. London; New York: Collier and Macmillan, S. 429-441.
- Peirce, Charles S. 1991: *Schriften zum Pragmatismus und Pragmatizismus*. Hg. v. Karl-Otto Apel, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Pellikan, Leif 2007: Online-Ranking: StudiVZ übernimmt Platz 1 von T-Online. In: *Werben & Verkaufen*, Nr. 24 vom 14. Juni 2007, S. 8.
- Pellizzoni, Luigi 2001: The Myth of the Best Argument: Power, Deliberation and Reason. In: *British Journal of Sociology*, Bd. 52, H. 1, S. 59-86.
- Peters, Bernhard 1994: Der Sinn von Öffentlichkeit. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 42-76.

- Peters, Bernhard 2000: Normative Theorie und soziale Empirie. In: Müller-Dohm, Stefan (Hg.): Das Interesse der Vernunft. Rückblicke auf das Werk von Jürgen Habermas seit »Erkenntnis und Interesse«. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 274-298.
- Peters, Bernhard 2001: Deliberative Öffentlichkeit. In: Wingert, Lutz; Günther, Klaus (Hg.): Die Öffentlichkeit der Vernunft und die Vernunft der Öffentlichkeit. Festschrift für Jürgen Habermas. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 655-677.
- Pham, Khuê 2007: StudiVZ-Mitglieder treiben Extremisten in die Flucht. Spiegel Online vom 5. September 2007. Online-Veröffentlichung, <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,503637,00.html> (Stand: 18.1.2008).
- Pias, Claus (Hg.) 2003: Cybernetics – Kybernetik. The Macy-Conferences 1946-1953. Bd. 1: Protokolle. Zürich; Berlin: Diaphanes.
- Polletta, Francesca; Lee, John 2006: Is Telling Stories Good for Democracy? Rhetoric in Public Deliberation after 9/11. In: American Sociological Review, Bd. 71, H. 5, S. 699-723.
- Popper, Karl R. 1984: Objektive Erkenntnis. Ein evolutionärer Entwurf. 4. Aufl., Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Preece, Jenny 2000: Online Communities. Designing Usability, Supporting Sociability. Chichester: Wiley.
- Przeworski, Adam; Teune, Henry 1970: The Logic of Comparative Social Inquiry. New York: Wiley.
- Price, Derek J. de Solla 1965: Networks of Scientific Papers. The Pattern of Bibliographic References Indicates the Nature of the Scientific Research Front. In: Science, Bd. 149, H. 3683, 30. Juli 1965, S. 510-515.
- Putnam, Robert 1995: Bowling Alone: America's Declining Social Capital. In: Journal of Democracy, Bd. 6, H. 1, S. 65-78.
- Rafaeli, Sheizaf 1988: Interactivity. From New Media to Communication. In: Hawkins, Robert P.; Wiemann, John M.; Pingree, Suzanne (Hg.): Advancing Communication Science: Merging Mass and Interpersonal Communication. Sage Annual Reviews of Communication Research, Bd. 16. Newbury Park u. a.: Sage, S. 110-134.
- Ragin, Charles C. 1997: Turning the Tables: How Case-Oriented Research Challenges Variable-Oriented Research. In: Mjøset, Lars; Engelstad, Frederik; Brochmann, Grete; Kalleberg, Ragnvald; Leira, Arnlaug (Hg.): Comparative Social Research. Methodological Issues in Comparative Social Science, Bd. 16, S. 27-42.
- Rauch, Herbert 1983: Partizipation und Leistung in Grossgruppensitzungen. Qualitative und quantitative Vergleichsanalyse von 20

- Fallstudien zum Sitzungsprozeß entscheidungsfindender Großgruppen. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Gruppensoziologie. Perspektiven und Materialien. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 25. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 256-274.
- Ravid, Gilad; Rafaei, Sheizaf 2004: Asynchronous Discussion Groups as Small World and Scale Free Networks. In: First Monday, Bd. 9, H. 9. Online-Veröffentlichung, http://firstmonday.org/issues/issue9_9/ravid/index.html (Stand: 20.2.2008).
- Rawls, John 1996: Political Liberalism. New York: Columbia University Press.
- Reckwitz, Andreas 1999: Praxis – Autopoiesis – Text. Drei Versionen des »Cultural Turn« in der Sozialtheorie. In: Reckwitz, Andreas; Sievert, Holger (Hg.): Interpretation, Konstruktion, Kultur. Ein Paradigmenwechsel in den Sozialwissenschaften. Opladen; Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 19-49.
- Reckwitz, Andreas 2000: Die Transformation der Kulturtheorien. Zur Entwicklung eines Theorieprogramms. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Rescher, Nicholas 1993: Pluralism. Against the Demand for Consensus. Oxford: Clarendon Press.
- Ridgeway, Cecilia L. 1981: Nonconformity, Competence, and Influence in Groups: A Test of Two Theories. In: American Sociological Review, Bd. 46, H. 3, S. 333-347.
- Rohwer, Götz; Pötter, Ulrich 2005: TDA User's Manual. Bochum: Ruhr-Universität Bochum.
- Rojo, Alejandro; Ragsdale, Ronald G. 1997: Participation in Electronic Forums: Implications for the Design and Implementation of Collaborative Distributed Media. In: Telematics and Informatics, Bd. 14, H. 1, S. 83-96.
- Rucht, Dieter 2005: Cyberprotest – Möglichkeiten und Grenzen netzgestützter Proteste. In: Netzwerk Recherche (Hg.): Online-Journalismus. Chancen, Risiken und Herausforderungen der Internet-Kommunikation. Wiesbaden: Netzwerk Recherche, S. 11-26.
- Ruesch, Jürgen; Bateson, Gregory 1995: Kommunikation. Die soziale Matrix der Psychiatrie. Heidelberg: Carl Auer Systeme.
- Rusterholz, Peter 1996: Zum Verhältnis von Hermeneutik und neueren antihermeneutischen Strömungen. In: Arnold, Heinz Ludwig; Detering, Heinrich (Hg.): Grundzüge der Literaturwissenschaft. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag, S. 157-177.
- Ryfe, David M. 2005: Does Deliberative Democracy Work? In: Annual Review of Political Science, Bd. 8, S. 49-71.

- Saar, Martin 2003: Einleitung: Analytik der Politik. In: Honneth, Axel; Saar, Martin (Hg.): Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurter Foucault-Konferenz 2001. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 233-238.
- Sanders, Lynn M. 1997: Against Deliberation. In: Political Theory, Bd. 25, H. 3, S. 347-376.
- Saretzki, Thomas 1996: Wie unterscheiden sich Argumentieren und Verhandeln? Definitionsprobleme, funktionale Bezüge und strukturelle Differenzen von zwei verschiedenen Kommunikationsmodi. In: von Prittwitz, Volker (Hg.): Verhandeln und Argumentieren. Dialog, Interessen und Macht in der Umweltpolitik. Opladen: Leske und Budrich, S. 19-39.
- Sawyer, R. Keith 2002: A Discourse on Discourse: an Archeological History of an Intellectual Concept. In: Cultural Studies, Bd. 16, H. 3, S. 433-456.
- Scharpf, Ulrich; Fisch, Rudolf 1989: Das Schicksal von Vorschlägen in Beratungs- und Entscheidungssitzungen. Ein Beitrag zur Analyse inhaltlicher Aspekte der Interaktion bei der Entscheidungsfindung im Gruppenprozeß. In: Gruppendynamik, Bd. 20, H. 3, S. 283-296.
- Schelsky, Helmut 1965: Ist die Dauerreflexion institutionalisierbar? In: Ders.: Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze. Düsseldorf: Diederichs, S. 250-275.
- Schiffrin, Deborah 1990: The Management of a Cooperative Self During Argument: The Role of Opinions and Stories. In: Grimshaw, Allen D. (Hg.): Conflict Talk: Sociolinguistic Investigations of Arguments in Conversations. Cambridge u. a.: Cambridge University Press, S. 241-259.
- Schily, Otto 2001: Politische Partizipation in der Informationsgesellschaft. Vortrag auf der Konferenz »Internet – eine Chance für die Demokratie?«, Berlin, 3. Mai 2001. Online-Veröffentlichung, http://www.bmi.bund.de/dokumente/Rede/ix_41131.htm (Stand: 20.8.2003).
- Schimank, Uwe 2000: Autopoiesis – anschlussfähig? In: Ethik und Sozialwissenschaft, Bd. 11, H. 2, S. 270-272.
- Schirg, Oliver: Von Beust würdigt Ideenwettbewerb zur Wachsenden Stadt. In: Die Welt, Nr. 5 vom 7. 1. 2003, S. 34.
- Schmalz-Bruns, Rainer 1995: Reflexive Demokratie. Die demokratische Transformation moderner Politik. Baden-Baden: Nomos.
- Schnädelbach, Herbert 1986: Transformation der Kritischen Theorie. In: Honneth, Axel; Joas, Hans (Hg.): Kommunikatives Handeln. Beiträge zu Jürgen Habermas' »Theorie des kommunikativen Handelns«. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 15-34.

- Schneider, Steven M. 1997: Expanding the Public Sphere through Computer-Mediated Communication: Political Discussion about Abortion in a Usenet Newsgroup. PhD thesis, Cambridge, MA: MIT.
- Schneider, Wolfgang Ludwig 1994: Die Beobachtung von Kommunikation. Zur kommunikativen Konstruktion sozialen Handelns. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schneider, Wolfgang Ludwig 1996: Die Komplementarität von Sprechakttheorie und systemtheoretischer Kommunikationstheorie. Ein hermeneutischer Beitrag zur Methodologie von Theorievergleichen. In: Zeitschrift für Soziologie, Bd. 25, H. 4, S. 263-277.
- Schönberger, Klaus 2000: Der Mensch als Maschine. Flexibilisierung der Subjekte und Hartnäckigkeit des Technikdeterminismus. In: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, Nr. 238, Bd. 42, H. 5/6, S. 812-823.
- Schönberger, Klaus 2005: Persistente und rekombinante Handlungs- und Kommunikationsmuster in der Weblog-Nutzung. Mediennutzung und soziokultureller Wandel. In: Schütz, Astrid; Habscheid, Stephan; Holly, Werner; Krems, Josef; Voß, Günther G. (Hg.): Neue Medien im Alltag. Befunde aus den Bereichen: Arbeit, Leben und Freizeit. Lengerich: Pabst Science Publishers, S. 276-294.
- Schöttler, Peter 1997: Wer hat Angst vor dem »linguistic turn«? In: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 23, S. 134-151.
- Schudson, Michael 1997: Why Conversation Is Not the Soul of Democracy. In: Critical Studies in Mass Communication, Bd. 14, S. 297-309.
- Schütz, Alfred 1972: Der Heimkehrer. In: Ders.: Gesammelte Aufsätze, Bd. 2: Studien zur soziologischen Theorie, hg. von Arvid Brodersen. Den Haag: Martinus Nijhoff, S. 70-84.
- Schützeichel, Rainer 2004: Soziologische Kommunikationstheorien. Konstanz: UVK.
- Schultheis, Jürgen; Arning, Matthias 2007: Pro & Contra: Teilhabe übers Netz. In: Frankfurter Rundschau vom 20. Juni 2007, S. 3.
- Schultz, Tanjev 2000: Mass Media and the Concept of Interactivity. An Exploratory Study of Online Forums and Reader Email. In: Media, Culture & Society, Bd. 22, H. 2, S. 205-221.
- Schultz, Tanjev 2006: Geschwätz oder Diskurs? Die Rationalität politischer Talkshows im Fernsehen. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Schwinn, Thomas 1995: Funktion und Gesellschaft. Konstante Probleme trotz Paradigmenwechsel in der Systemtheorie Niklas Luhmanns. In: Zeitschrift für Soziologie, Bd. 24, H. 3, S. 196-214.
- Schwinn, Thomas 1999: Ereignisse – Strukturen – Geschichte. Weber und Luhmann im Vergleich. In: Greshoff, Rainer; Kneer, Georg

- (Hg.): Struktur und Ereignis in vergleichender Perspektive: ein diskursives Buchprojekt. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 177-201.
- Searle, John R. 1971: Sprechakte. Ein sprachphilosophischer Essay. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1994.
- Searle, John R. 1975: Indirect Speech Acts. In: Cole, Peter; Morgan, Jerry L. (Hg.): Syntax and Semantics, Bd. 3: Speech Acts. New York; San Francisco; London: Academic Press, S. 59-82.
- Shannon, Claude E.; Weaver, Warren 1976: Mathematische Grundlagen der Informationstheorie. München; Wien: Oldenbourg.
- Shapiro, Ian 1999: Enough of Deliberation. Politics Is about Interests and Power. In: Macedo, Stephen (Hg.): Deliberative Politics. Essays on »Democracy and Disagreement«. New York; Oxford: Oxford University Press, S. 28-38.
- Simmel, Georg 1908: Die quantitative Bestimmtheit der Gruppe. In: Dahme, Heinz-Jürgen; Rammstedt, Ottheim (Hg.): Georg Simmel. Schriften zur Soziologie. Eine Auswahl. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1983, S. 243-263.
- Simon, Herbert A. 1979: Rational Decision Making in Business Organizations. In: American Economic Review, 1979, Bd. 69, S. 493-513.
- Soeffner, Hans-Georg 1989: Auslegung des Alltags – Der Alltag der Auslegung. Zur wissenssoziologischen Konzeption einer sozialwissenschaftlichen Hermeneutik. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Spöndli, Markus 2003: Discourse Quality and Political Decisions: An Empirical Analysis of Debates in the German Conference Committee. Discussion Paper SP IV 2003-101, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.
- Spöndli, Markus 2004: Diskurs und Entscheidung. Eine empirische Analyse kommunikativen Handelns im deutschen Vermittlungsausschuss. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Staab, Joachim F. 1990: Nachrichtenwert-Theorie. Formale Struktur und empirischer Gehalt. Freiburg: Alber.
- Steenbergen, Marco R.; Bächtiger, André; Spöndli, Markus; Steiner, Jürg 2003: Measuring Political Deliberation: A Discourse Quality Index. In: Comparative European Politics, Bd. 1, S. 21-48.
- Stegbauer, Christian 2001: Aufmerksamkeitssteuerung durch Schließung am Beispiel von Mailinglisten. In: Beck, Klaus; Schweiger, Wolfgang (Hg.): Attention please! Online-Kommunikation und Aufmerksamkeit. München: Reinhard Fischer, S. 159-174.
- Stegbauer, Christian; Rausch, Alexander 2001: Die schweigende Mehrheit – »Lurker« in internetbasierten Diskussionsforen. In: Zeitschrift für Soziologie, Bd. 30, H. 1, S. 48-64.

- Stegbauer, Christian; Rausch, Alexander 2006: *Strukturalistische Internetforschung. Netzwerkanalysen internetbasierter Kommunikationsräume*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Steiner, Jürg; Bächtiger, André; Spörndli, Markus; Steenbergen, Marco 2004: *Deliberative Politics in Action. Analyzing Parliamentary Discourse*. Cambridge u. a.: Cambridge University Press.
- Stephan, Frederick F.; Mishler, Elliot G. 1952: *The Distribution of Participation in Small Groups: An Exponential Approximation*. In: *American Sociological Review*, Bd. 17, H. 5, S. 598-608.
- Stichweh, Rudolf 2000: *Systems Theory as an Alternative to Action Theory? The Rise of »Communication« as a Theoretical Option*. In: *Acta Sociologica*, Bd. 43, H. 1, S. 5-13.
- Streeck, Jürgen 1980: *Speech Acts in Interaction: A Critique of Searle*. In: *Discourse Processes*, Bd. 3, H. 2, S. 133-154.
- Strodtbeck, Fred L.; James, Rita M.; Hawkins, Charles 1957: *Social Status in Jury Deliberations*. In: *American Sociological Review*, Bd. 22, H. 6, S. 713-719.
- Stromer-Galley, Jennifer 2000: *On-Line Interaction and Why Candidates Avoid It*. In: *Journal of Communication*, Bd. 50, H. 4, S. 111-132.
- Strübing, Jörg 1998: *Multiagenten-Systeme als »Going Concern«*. Zur Zusammenarbeit von Informatik und Interaktionismus auf dem Gebiet der Verteilten Künstlichen Intelligenz. In: Malsch, Thomas (Hg.): *Sozionik. Soziologische Ansichten über künstliche Sozialität*. Berlin: Edition Sigma, S. 59-89.
- Sunstein, Cass R. 2003: *The Law of Group Polarization*. In: Fishkin, James S.; Laslett, Peter (Hg.): *Debating Deliberative Democracy*. Malden, MA u. a.: Blackwell, S. 80-101.
- Tacke, Veronika 2000: *Netzwerk und Adresse*. In: *Soziale Systeme*, Bd. 6, H. 2, S. 291-320.
- Tambini, Damian 1998: *Civic Networking and Universal Rights to Connectivity: Bologna*. In: Tsagarousianou, Roza; Tambini, Damian; Bryan, Cathy (Hg.) *Cyberdemocracy. Technology, Cities and Civic Networks*. London; New York: Routledge, S. 84-109.
- Teubner, Gunther 1992: *Die vielköpfige Hydra: Netzwerke als kollektive Akteure höherer Ordnung*. In: Krohn, Wolfgang; Küppers, Günter (Hg.): *Emergenz: Die Entstehung von Ordnung, Organisation und Bedeutung*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 189-216.
- Thibaut, John; Walker, Laurens 1975: *Procedural Justice: A Psychological Analysis*. Hillsdale, NJ: Erlbaum.
- Thomas, John C. 2001: *Collaborative Innovation Tools*. In: Terano, T.; Nishida, T.; Namatame, A.; Tsumoto, S.; Ohsawa, Y.; Washio, T.

- (Hg.): *New Frontiers in Artificial Intelligence. Joint JSAI 2001 Workshop Post-Proceedings*. Berlin; Heidelberg: Springer-Verlag, S. 27-34.
- Thompson, John B. 1995: *The Media and Modernity. A Social Theory of the Media*. Cambridge: Polity Press.
- Tilly, Charles 2000: *How do Relations Store Histories?* In: *Annual Review of Sociology*, Bd. 26, S. 721-723.
- Titscher, Stefan; Wodak, Ruth; Meyer, Michael; Vetter, Eva 1998: *Methoden der Textanalyse. Leitfaden und Überblick*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Trénel, Matthias 2004: *Measuring the Quality of Online Deliberation. Coding Scheme 2.4*. Unveröffentlichtes Manuskript, Berlin: Humboldt Universität.
- Trénel, Matthias 2005: *Effectiveness of Facilitation in Online Dialogues*. Präsentation am 8. Februar 2005, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Trénel, Matthias 2008: *Facilitation and Inclusive Deliberation*. Erscheint in: Davies, Todd; Noveck, Beth S. (Hg.): *Online Deliberation: Design, Research, and Practice*. Chicago: University of Chicago Press (im Erscheinen).
- Trénel, Matthias; Hagedorn, Hans; Hohberg, Birgit; Märker, Oliver 2003: *Die Rolle der Mediatoren im Hamburger Online-Diskurs. Ein Erfahrungsbericht*. In: *Zeitschrift für Konfliktmediation*, Bd. 6, H. 6, S. 217-218.
- Trénel, Matthias; Märker, Oliver; Hagedorn, Hans 2001: *Bürgerbeteiligung im Internet – Das Esslinger Fallbeispiel*. Discussion Paper FS II 01–308, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Tugendhat, Ernst 1993: *Vorlesungen über Ethik*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1995.
- Turkle, Sherry 1995: *Life on the Screen. Identity in the Age of the Internet*. New York: Simon & Schuster.
- Tyler, Tom R.; Blader, Steven L. 2000: *Cooperation in Groups: Procedural Justice, Social Identity, and Behavioral Engagement*. Philadelphia: Psychology Press.
- Tyrell, Hartmann 1983: *Zwischen Interaktion und Organisation I. Gruppe als Systemtyp*. In: Neidhard, Friedhelm (Hg.): *Gruppensoziologie. Perspektiven und Materialien*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 25. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 75-87.
- Verba, Sidney; Schlozman, Kay L.; Brady, Henry 1995: *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge, MA; London: Harvard University Press.

- Vereinte Nationen (Hg.) 2007: E-Participation and E-Government: Understanding the Present and Creating the Future. Bericht des Ad Hoc Expert Group Meeting in Budapest, Ungarn, 27.-28. Juli 2006. New York: United Nations.
- Vinokur, Amiram; Burnstein, Eugene 1978: Depolarization of Attitudes in Groups. In: Journal of Personality and Social Psychology, Bd. 36, H. 8, S. 872-885.
- Wallström, Margot 2005: Communicating a Europe in Stormy Waters: Plan D. Rede auf der European Voice Conference »Simplifying Europe«, Brüssel, 28. Juni 2005. Online Veröffentlichung, http://www.european-voice.com/downloads/SPEECH-05-396_EN.pdf (Stand: 20.2.2008).
- Wasserman, Stanley; Faust, Katherine 1994: Social Network Analysis. Methods and Applications. Cambridge u. a.: Cambridge University Press.
- Wellman, Barry; Gulia, Milena 1999: Net Surfers don't Ride Alone: Virtual Communities as Communities. In: Wellman, Barry (Hg.): Networks in the Global Village. Boulder, CO: Westview, S. 331-367.
- Welsch, Johann 2002: Die schleichende Spaltung der Wissensgesellschaft. In: WSI Mitteilungen, H. 4, S. 195-202.
- Weltbank 2007: Beyond Public Scrutiny: Stocktaking of Social Accountability in OECD Countries. Bericht von Joanne Caddy, Tiago Peixoto und Mary McNeil. Washington, DC: Weltbank.
- Wenzel, Harald 2001: Die Abenteuer der Kommunikation. Echtzeitmassenmedien und der Handlungsraum der Hochmoderne. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Wenzel, Harald; Hochmuth, Uwe 1989: Die Kontingenz von Kommunikation. Zur kritischen Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Bd. 41, H. 2, S. 241-269.
- Wessler, Hartmut 1999: Öffentlichkeit als Prozess. Deutungsstrukturen und Deutungswandel in der deutschen Drogenberichterstattung. Opladen; Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Wessler, Hartmut 2005: Investigating Dialogue Comparatively. Applying the Normative Model of Public Deliberation in Comparative Media Content Research. Vortrag auf der 55. Jahrestagung der International Communication Association, New York, 26.-30. Mai 2005.
- Westholm, Hilmar 2002: Neue Medien für bessere Bürgerbeteiligung in der »Bürgerkommune«? Ein Praxisbericht. In: Prigge, Rolf; Osthorst, Winfried (Hg.): Bremen auf dem Weg zur Bürgerkommune?

- Visionen – Potentiale – Hindernisse. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen, S. 73-104.
- Wilhelm, Anthony G. 1998: Virtual Sounding Boards. How Deliberative is On-Line Political Discussion? In: Information, Communication and Society, Bd. 1, H. 3, S. 313-338.
- Wilhelm, Anthony G. 2000: Democracy in the Digital Age. Challenges to Political Life in Cyberspace. New York; London: Routledge.
- Wingert, Lutz 1993: Gemeinsinn und Moral. Grundzüge einer intersubjektivistischen Moralkonzeption. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Winkler, Roman; Kozeluh, Ulrike 2005: Europeans Have a Say: Online Debates and Consultations in the EU. Final Report of a Study Carried out in the Framework of the NODE Programme of the Austrian Federal Ministry of Education, Science and Culture. Wien: Institute of Technology Assessment and Centre for Social Innovation. Online-Veröffentlichung, <http://epub.oew.ac.at/ita/ita-projektberichte/e2-2a34.pdf> (Stand: 3.2.2007).
- Wittgenstein, Ludwig 1995: Philosophische Untersuchungen. In: Ders.: Tractatus logico-philosophicus. Tagebücher 1914-1916. Philosophische Untersuchungen. Werkausgabe Bd. 1. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 225-579.
- Wright, Scott 2006: Government-Run Online Discussion Fora: Moderation, Censorship and the Shadow of Control. In: British Journal of Politics and International Relations, Bd. 8, H. 4, S. 550-568.
- Wright, Scott 2007: A Virtual European Public Sphere? The Futurum Discussion Forum. In: Journal of European Public Policy, Bd. 14, H. 8, S. 1167-1185.
- Wuthnow, Robert 1994: Sharing the Journey: Support Groups and America's New Quest for Community. New York: Free Press.
- Yin, Robert K. 2003: Case Study Research. Design and Methods. 3. Aufl. Thousand Oaks; London; New Delhi: Sage.
- Young, Iris M. 1986: Impartiality and the Civic Public: Some Implications of Feminist Critiques of Moral and Political Theory. In: Praxis International, Bd. 5, H. 4, S. 381-401.
- Young, Iris M. 1996: Communication and the Other: Beyond Deliberative Democracy. In: Benhabib, Seyla (Hg.): Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political. Princeton, NJ: Princeton University Press, S. 120-135.
- Young, Iris M. 2000: Inclusion and Democracy. Oxford: Oxford University Press.
- Zhang, Weiyu 2005: Are Online Discussions Deliberate? A Case Study of a Chinese Online Discussion Board. Vortrag auf der III. Interna-

tional Conference on Communication and Reality, Barcelona, 20.-21. Mai 2005.

Zimmermann, Ann C. 2007: Online-Öffentlichkeiten als Gegenstand empirischer Forschung. In: Berliner Journal für Soziologie, Bd. 10, H. 2, S. 167-187.

Vorgehensweise der kontrastierenden Inhaltsanalyse

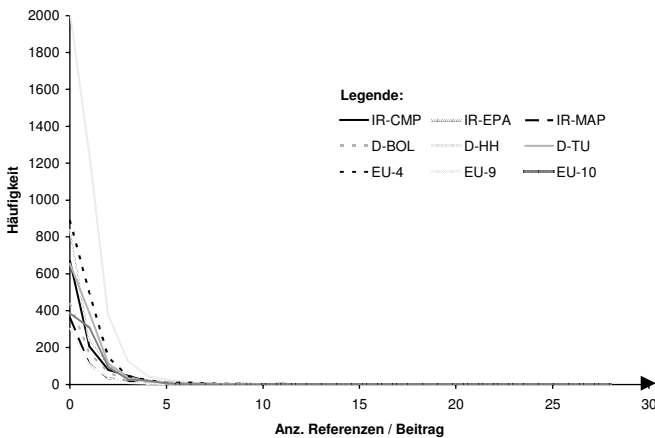
Die für jeden Diskurs ausgewählten Konstrastgruppen von 10 Beiträgen mit besonders vielen Referenzen und 10 Beiträgen mit besonders wenig Referenzen wurden vom Verfasser nach folgenden inhaltlichen bzw. sprachlichen Kriterien kategorisiert, wobei die angegebene Literatur für die Bildung von Kategorien und die Kodierung zu Rate gezogen wurde, ohne ihr jedoch genau zu folgen:

- *Autortyp*: Handelt es sich beim Autor des Beitrags um einen Moderator oder um einen regulären Teilnehmer? Kategorien: Moderator; Teilnehmer (vgl. dazu Janssen/Kies 2005: 321f.).
- *Anonymität*: Wurde der Beitrag unter Angabe eines vollen Namens verfasst (Vor- und Zuname), wurde er unter Verwendung eines abgekürzten Namens bzw. eines Namensteils oder aber ohne erkennbaren Namensbezug verfasst (z. B. unter einem Phantasienamen oder ganz ohne Hinweis auf den Verfasser)? Kategorien: keine; abgekürzt; anonym (vgl. dazu Janssen/Kies 2005: 321).
- *Stil*: Bezieht sich der Beitrag auf andere Beiträge in der Diskussion? Wenn ja, in welcher Weise: kritisiert er sie oder stimmt er ihnen zu? Wenn nein, stellt er eine eigene Meinung zur Diskussion bzw. formuliert er eine Position in Bezug auf das Thema der Diskussion? Kategorien: kritisch; affirmativ; positional; neutral (vgl. dazu Trénel 2004: 12ff.).
- *Subjektivität*: Lässt der Autor subjektive Äußerungen in den Beitrag einfließen, wie z. B. Gefühlsäußerungen, persönliche Ansichten oder

- persönliche Erlebnisse? Kategorien: ja; nein (vgl. dazu Trénel 2004: 29).
- *Reflexivitätsebene*: Bezieht sich der Beitrag auf eine Gesamtheit anderer Beiträge, also entweder die gesamte Diskussion (Kategorie: meta-reflexiv) oder einen speziellen Teil davon (Kategorie: prozedural-reflexiv; Restkategorie: nicht reflexiv) (vgl. dazu Trénel 2004: 34f.).
 - *Argumentativität*: Führt der Autor Gründe an, um seinen Beitrag zu untermauern? Dabei wird unterschieden zwischen Beiträgen ohne Begründung (Kategorie: nicht argumentativ); Beiträgen mit beiläufiger Begründung (Kategorie: beiläufig); mit Begründung (Kategorie: begründet) sowie mit ausführlicher Begründung (Kategorie: ausführlich). Eine beiläufige Begründung erwähnt zwar Gründe, der Zusammenhang zum Argument ist allerdings nicht stark wie bei einem «begründeten» Beitrag. Steht die Begründung im Vordergrund des Beitrags und ist wesentlicher Teil, dann handelt es sich um eine «ausführliche» Begründung (vgl. dazu Janssen/Kies 2005: 327; Trénel 2004: 16f.).
 - *Zielrichtung ad personam*: Spricht der Beitrag in irgendeiner Weise einen anderen Teilnehmer direkt und erkennbar an, z. B. durch Verwendung des Namens / Synonyms des Teilnehmers oder durch Verwendung von Personalpronomen wie «du», «Sie» etc.? Kategorien: ja; nein.
 - *Provokation*: Greift der Beitrag andere Teilnehmer direkt oder indirekt an bzw. versucht er sie zu provozieren? Handelt es sich dabei um eine starke Provokation, die sich offen aggressiv gegen andere richtet, oder um eine schwache Provokation, die zum Beispiel die Kompetenz anderer Teilnehmer in Frage stellt? Kategorien: keine; schwach; stark.
 - *Informativität*: Verweist der Beitrag in irgendeiner Form auf belegte Fakten, also z. B. auf Medienberichte, Gutachten, oder Dokumente? Kategorien: ja; nein.
 - *Konstruktivität*: Stellt der Beitrag einen originären, konstruktiven Beitrag zur Diskussion bzw. zu einem speziellen Problem im Rahmen der Diskussion dar? Kategorien: ja; nein (vgl. dazu Trénel 2004: 24f.).
 - *Implizierter Sprechakt*: Welcher Sprechakt wird mit dem Beitrag ausgeübt? Welcher Sprechakt steht im Vordergrund des Beitrags und kann als dominant angesehen werden? Handelt es sich um eine Meinungsäußerung, bei der der Teilnehmer seine Meinung zum Diskussionsgegenstand oder einer Frage im Rahmen des Themas formuliert (Kategorie: Meinungsäußerung)? Oder um einen informativen Bei-

trag, der vor allem auf die Einbringung von Informationen in die Diskussion abzielt (Kategorie: Information)? Stellt der Teilnehmer eine Frage (Kategorie: Frage)? Oder handelt es sich um eine andersartige Reaktion, bei der ein Teilnehmer auf einen anderen Beitrag reagiert (Kategorie: Reaktion)? Im Fall von mehrfach möglicher Zuordnung sollte derjenige Sprechakt zugeordnet werden, der im Vordergrund des Beitrags steht, wozu auch der Kontext des Beitrags in Form vorausgehender und nachfolgender Beiträge zu berücksichtigen ist.

Abbildung A-1



Anmerkung: Verteilung der Beiträge nach Anzahl der Replies. Die y-Achse bildet die Zahl der Beiträge ab, die eine bestimmte Anzahl von Replies (x-Achse) erhielten, differenziert nach einzelnen Diskursen

Tabelle A-1

	betrachtetes Merkmal des referenzierten Teilnehmers	betrachtetes Merkmal des referenzierten Teilnehmers	beobachtete Korrelation (r) innerhalb des Diskurses ...										
			IR-CMP	IR-EPA	IR-MAP	D-BOL	D-HH	D-TU	EU-4	EU-9	EU-10		
(1)	Outdegree	Outdegree	n. sign.	n. sign.	n. sign.	n. sign.	n. sign.	-0,253	-0,171	-0,119	n. sign.	n. sign.	n. sign.
(2)	Indegree	Outdegree	n. sign.	n. sign.	n. sign.	n. sign.	-0,208	-0,128	(-0,085)	n. sign.	n. sign.	n. sign.	n. sign.
(3)	Outdegree	Indegree	-0,185	-0,218	-0,222	-0,164	-0,255	-0,260	-0,207	n. sign.	n. sign.	n. sign.	n. sign.
(4)	Indegree	Indegree	(-0,088)	-0,215	-0,189	-0,155	-0,206	-0,184	-0,181	(-0,124)	n. sign.	n. sign.	n. sign.
(5)	Zahl eigener Beiträge	Zahl eigener Beiträge	-0,141	n. sign.	(-0,137)	n. sign.	-0,199	-0,182	-0,103	n. sign.	n. sign.	n. sign.	n. sign.
(6)	erh. Replies / Beitrag	Zahl eigener Beiträge	(0,094)	n. sign.	n. sign.	n. sign.	0,066	n. sign.	n. sign.	n. sign.	n. sign.	(0,107)	n. sign.
(7)	Zahl eigener Beiträge	erh. Replies / Beitrag	(-0,082)	-0,254	n. sign.	n. sign.	n. sign.	n. sign.	-0,125	n. sign.	n. sign.	n. sign.	n. sign.
(8)	erh. Replies / Beitrag	erh. Replies / Beitrag	0,101	(-0,095)	n. sign.	n. sign.	n. sign.	n. sign.	n. sign.	n. sign.	n. sign.	n. sign.	n. sign.
(9)	Teilnahmealter	Teilnahmealter	n. sign.	0,265	n. sign.	0,268	0,170	0,155	0,172	0,327	n. sign.	n. sign.	n. sign.
	Anzahl der Dyaden		681	735	262	305	1568	519	922	254	457		

Tabelle A-1: Übersicht der Kombinationen von Merkmalen des referenzierenden und des referenzierten Teilnehmers (auf Ebene der Dyaden) mit den empirisch beobachteten Korrelationskoeffizienten, nach einzelnen Diskursen differenziert. Signifikanzniveau für Werte in Klammern: 5%; für alle anderen Werte: 1%

Vorgehensweise und Ergebnisse der Ereignisdatenanalyse von Diskursen

Die Ereignisdatenanalyse (einführend: Blossfeld/Rohwer 2002; Allison 2004) nimmt die Zeit bis zum Eintritt eines Ereignisses (die Episode) als abhängige Variable und erlaubt es, den Einfluss unabhängiger Variablen auf diese zu untersuchen. Als Ereignis kommen alle möglichen soziologisch interessanten Phänomene in Betracht. Während der Ursprung des Verfahrens in der Sterbestatistik liegt (der sich noch viele Begrifflichkeiten wie die »Survivorfunktion« verdanken), wird es heute meist in der Lebenslaufforschung eingesetzt, um zum Beispiel den Übergang ins Berufsleben oder die Dauer von Partnerschaften zu untersuchen. Für uns ist das Verfahren interessant, weil sich die Reaktion auf einen Beitrag im Diskurs durch einen Antwortbeitrag gut als zeitbezogenes Ereignis fassen lässt. Das Leben des Beitrags beginnt mit seiner Veröffentlichung im Online-Diskurs, solange er nicht beantwortet ist, zählt er als »Survivor«, und die Veröffentlichung einer Antwort markiert den Endpunkt der interessierenden Zeitspanne.

Eine Besonderheit des Verfahrens gegenüber anderen Verfahren wie etwa der Regressionsanalyse ist, dass auch Informationen berücksichtigt werden können, die von noch nicht abgeschlossenen Prozessen stammen. Würde man beispielsweise alle Beiträge in einem Diskurs daraufhin betrachten, ob sie eine Antwort erhalten haben, dann wären diejenigen Beiträge im Vorteil, die zu einem frühen Zeitpunkt veröffentlicht wurden und entsprechend länger Zeit hatten, beantwortet zu werden. Andererseits liefert auch die Tatsache, dass ein Beitrag, der kurz vor dem Schluss des Diskurses geschrieben wurde und zumindest bis zum Schluss noch keine Antwort erhielt, wichtige Informationen über diese kurze Zeitspannen, die in der Untersuchung nicht vernachlässigt werden sollten.

Daher arbeitet die Ereignisdatenanalyse mit dem Begriff des »censoring«. Dieser Begriff bezeichnet alle Episoden, die zum Zeitpunkt der Beobachtung noch nicht von dem interessierenden Ereignis betroffen waren. In unserem Fall der zeitlich beschränkten Diskurse sind diejenigen Beiträge mit einer zensierten Episode verknüpft, die bis zum Schluss des Diskurses noch nicht beantwortet waren. Von ihnen geht als Information ein, dass sie bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht beantwortet waren.

Folgende Modellierungsentscheidungen wurden getroffen:

- Als *Fall* gelten einzelne Beiträge in einem Diskurs.
- Als *Ereignis* interessiert, ob der Beitrag eine Antwort durch einen anderen Beitrag erhält. Dieses Ereignis kann mehrfach eintreten, ei-

ne logische Ordnung besteht nicht. Es muss aber davon ausgegangen werden, dass sich die Ereignisse wechselseitig beeinflussen, also z. B. eine Antwort neues Interesse auf den Ursprungsbeitrag lenkt und zu weiteren Antworten führt. Der Ausgangszustand ist entsprechend »unbeantwortet«, der Zielzustand »beantwortet«.

- Eine *Episode* beginnt mit der Veröffentlichung eines Beitrags (Startzeit) und endet mit der Veröffentlichung einer Antwort (Endzeit). Die *Zeitachse* wird als kontinuierlich angenommen, da die Zeiten minutengenau erfasst wurden.
- Die *abhängige Variable* ist wie erwähnt die Zeit vom Veröffentlichenden eines Beitrags bis zum Eintreffen einer Antwort. Als *unabhängige Variablen* wurden die Beitragslänge (Anzahl der Zeichen eines Beitrags), der Abstand zu einem vorausgehenden Beitrag (falls zutreffend: in Minuten), die Threadebene, auf der der Beitrag veröffentlicht wurde (mit »0« für einen neuen Beitrag usw.), der Autorentyp (0=normaler Teilnehmer, 1=Moderator), die Tagesphase, zu der der Beitrag veröffentlicht wurde (kategorisiert nach zunehmender Teilnehmeraktivität in der jeweiligen Phase: 0=2 Uhr bis 8 Uhr; 1=20 Uhr bis 2 Uhr; 2=8 Uhr bis 12 Uhr; 3=12 Uhr bis 20 Uhr), sowie die Phase im Diskurs zum Veröffentlichungszeitpunkt (gemessen in Tagen ab Diskursstart). Diese unabhängigen Variablen sind konstant. Die Ereignisdatenanalyse erlaubt darüber hinaus, zeitlich veränderliche Variablen in ihrem Einfluss auf das Eintreten von Ereignissen zu messen. Es wurden zwei zeitveränderliche Variablen einbezogen, die Zahl der Beiträge, die der Autor des betrachteten Beitrags noch geschrieben hat, außerdem der Indegree des Autors. Die Besonderheit dieser Variablen ist, dass sie im Lauf der betrachteten Episode ihren Wert verändern können, und so einen stärkeren oder schwächeren Einfluss auf die abhängige Variable ausüben können.

Bereits die Einführung zeitveränderlicher Variablen macht eine spezielle Datenorganisation notwendig: eine Episode wird dann zweigeteilt, wenn sich in ihrem durch die obige Festlegung bestimmten Verlauf eine Veränderung der unabhängigen Variablen ergeben hat, man spricht hier vom »Splitten« (vgl. Blossfeld/Rohwer 2002: 140ff.). Die Teilepisode wird dabei neu kodiert, wobei sie als »zensiert« gilt, wenn sie nicht durch das Eintreten des Ereignisses beendet wird. Im Grunde genommen entstehen also durch das Splitten einer Episode zwei Teilepisoden, deren Dauer durch den Zeitpunkt der Veränderung der unabhängigen Variablen bestimmt ist und deren Endzustand zensiert wird (1. Split) bzw. dem Endzustand der ursprünglichen Episode entspricht (2. Split).

Dieses Verfahren wird sinngemäß auch angewendet, um der Besonderheit mehrfacher bzw. wiederholter Ereigniseintritte gerecht zu werden (vgl. dazu und zu den folgenden Ausführungen: Box-Steffensmeier/Zorn 2002; Ezell et al. 2003). Dabei folgen wir dem Vorschlag von Anderson und Gil, die Episoden in Form eines »counting processes« zu messen (vgl. ebd.). Dieser sieht vor, die Zeit bis zum Eintreten eines Ereignisses zwar jedes Mal vom Zeitpunkt der Veröffentlichung des Beitrags an zu zählen, im Fall mehrfacher Ereignisse aber die Episoden mit dem Zeitpunkt des letzten zurückliegenden Ereignisses beginnen zu lassen. Der Startzeitpunkt für diese Episoden ist dann nicht null, die Dauer der Episode zählt allerdings nicht vom Veröffentlichungszeitpunkt an, sondern vom Zeitpunkt des letzten Ereignisses. Der Vorteil dieser Methode ist, dass die Episoden als unabhängig behandelt werden können, weil zu einem gegebenen Zeitpunkt immer nur eine der Teil-Episoden von durch mehrfache Ereignisse betroffenen Fällen in die Analyse eingeht. Das Verfahren geht von einer gemeinsamen Eintrittswahrscheinlichkeit aus (»baseline hazard«), was den Merkmalen von Kommunikationsprozessen entspricht. Es verwendet die Methode der Cox-Regression zur statistischen Modellierung.

Die Aufbereitung der Daten in Form einer Ereignismatrix erfolgte manuell. Die Analyse wurde mit Hilfe der Programme »TDA« (Rohwer/Pötter 2005) und »WinTDA« (s. <http://kurt.schmidheiny.name/research>, Stand: 20.2.2008) durchgeführt. Im Folgenden findet sich die vollständige Dokumentation der Ergebnisse, für die substantiellen Ergebnisse siehe den Haupttext dieser Arbeit.

Ergebnisse der Ereignisdatenanalyse für IR-CMP

SN	Org	Des	Episodes	Weighted	Mean		TS Min	TF Max	Excl
					Duration				
1	0	0	6181	6181.00	2193.06		0.00	20735.00	-
1	0	1	841	841.00	527.69		0.00	14365.00	-
Sum			7022	7022.00					

Number of episodes: 7022

Model: Cox (partial likelihood)

Maximum likelihood estimation.
Algorithm 5: Newton (I)

Number of model parameters: 8
Type of covariance matrix: 2
Maximum number of iterations: 20
Convergence criterion: 1
Tolerance for norm of final gradient: 1e-006
Mue of Armijo condition: 0.2
Minimum of step size value: 1e-010
Scaling factor: -1

Log-likelihood of exponential null model: -9015.44
Changed scaling factor for log-likelihood: -0.0001
Using default starting values.
Sorting episodes according to starting times.
Sorting episodes according to ending times.

Convergence reached in 6 iterations.
Number of function evaluations: 8 (8,8)

Maximum of log likelihood: -5470.86
Norm of final gradient vector: 0.00422015
Last absolute change of function value: 3.16236e-010
Last relative change in parameters: 0.000380323

Idx	SN	Org	Des	MT	Variable	Coeff	Error	C/Error	Signif
1	1	0	1	A	LNG	0.0001	0.0000	2.3271	0.9800
2	1	0	1	A	ABS	-0.0001	0.0000	-2.2470	0.9754
3	1	0	1	A	LEV	-0.7087	0.0578	-12.2636	1.0000
4	1	0	1	A	AUT	0.2788	0.1449	1.9233	0.9456
5	1	0	1	A	DAY	-0.0354	0.0378	-0.9361	0.6508
6	1	0	1	A	PHS	-0.0793	0.0136	-5.8491	1.0000
7	1	0	1	A	AUC	-0.0072	0.0065	-1.0992	0.7283
8	1	0	1	A	AUD	0.0295	0.0046	6.3850	1.0000

Log likelihood (starting values): -5839.9001
Log likelihood (final estimates): -5470.8619

Ergebnisse der Ereignisdatenanalyse für IR-EPA

SN	Org	Des	Episodes	Weighted	Mean		TS Min	TF Max	Excl
					Duration				
1	0	0	8209	8209.00	1345.79	0.00	15518.00	-	
1	0	1	852	852.00	402.30	0.00	12847.00	-	
Sum			9061	9061.00					

Number of episodes: 9061

Model: Cox (partial likelihood)

Maximum likelihood estimation.
Algorithm 5: Newton (I)

Number of model parameters: 8
Type of covariance matrix: 2
Maximum number of iterations: 20
Convergence criterion: 1
Tolerance for norm of final gradient: 1e-006
Mue of Armijo condition: 0.2
Minimum of step size value: 1e-010
Scaling factor: -1

Log-likelihood of exponential null model: -8946.59
Changed scaling factor for log-likelihood: -0.0001
Using default starting values.
Sorting episodes according to starting times.
Sorting episodes according to ending times.

Convergence reached in 7 iterations.
Number of function evaluations: 10 (10,10)

Maximum of log likelihood: -5692.21
Norm of final gradient vector: 1.00513e-007
Last absolute change of function value: 3.90085e-015
Last relative change in parameters: 3.50795e-006

Idx	SN	Org	Des	MT	Variable	Coeff	Error	C/Error	Signif
1	1	0	1	A	LNG	0.0001	0.0000	3.5732	0.9996
2	1	0	1	A	ABS	-0.0001	0.0001	-1.5505	0.8790
3	1	0	1	A	LEV	-0.5989	0.0642	-9.3348	1.0000
4	1	0	1	A	AUT	-0.2137	0.2777	-0.7695	0.5584
5	1	0	1	A	DAY	-0.2406	0.0368	-6.5471	1.0000
6	1	0	1	A	PHS	0.0024	0.0144	0.1690	0.1342
7	1	0	1	A	AUC	-0.0271	0.0044	-6.1673	1.0000
8	1	0	1	A	AUD	0.0466	0.0025	18.4973	1.0000

Log likelihood (starting values): -6033.0180
Log likelihood (final estimates): -5692.2137

Ergebnisse der Ereignisdatenanalyse für IR-MAP

SN	Org	Des	Episodes	Weighted	Mean		TS Min	TF Max	Excl
					Duration				
1	0	0	3203	3203.00	2085.20	0.00	19871.00	-	
1	0	1	345	345.00	686.69	0.00	18529.00	-	
Sum			3548	3548.00					

Number of episodes: 3548

Model: Cox (partial likelihood)

Maximum likelihood estimation.
Algorithm 5: Newton (I)

Number of model parameters: 8
Type of covariance matrix: 2
Maximum number of iterations: 20
Convergence criterion: 1
Tolerance for norm of final gradient: 1e-006
Mue of Armijo condition: 0.2
Minimum of step size value: 1e-010
Scaling factor: -1

Log-likelihood of exponential null model: -3762.49
Changed scaling factor for log-likelihood: -0.001
Using default starting values.
Sorting episodes according to starting times.
Sorting episodes according to ending times.

Convergence reached in 6 iterations.
Number of function evaluations: 7 (7,7)

Maximum of log likelihood: -2028.5
Norm of final gradient vector: 3.34102e-007
Last absolute change of function value: 7.27051e-013
Last relative change in parameters: 1.92668e-005

Idx	SN	Org	Des	MT	Variable	Coeff	Error	C/Error	Signif
1	1	0	1	A	LNG	0.0001	0.0001	1.6355	0.8981
2	1	0	1	A	ABS	0.0000	0.0001	-0.4970	0.3808
3	1	0	1	A	LEV	-0.4413	0.1030	-4.2840	1.0000
4	1	0	1	A	AUT	-0.3444	0.2272	-1.5161	0.8705
5	1	0	1	A	DAY	-0.2098	0.0596	-3.5185	0.9996
6	1	0	1	A	PHS	-0.0483	0.0212	-2.2731	0.9770
7	1	0	1	A	AUC	-0.0671	0.0124	-5.3912	1.0000
8	1	0	1	A	AUD	0.0811	0.0101	7.9970	1.0000

Log likelihood (starting values): -2160.9835
Log likelihood (final estimates): -2028.4951

Ergebnisse der Ereignisdatenanalyse für D-BOL

SN	Org	Des	Episodes	Weighted	Mean		Excl	
					Duration	TS Min		TF Max
1	0	0	14642	14642.00	1714.95	0.00	59735.00	-
1	0	1	440	440.00	1132.35	0.00	53013.00	-
Sum			15082	15082.00				

Number of episodes: 15082

Model: Cox (partial likelihood)

Maximum likelihood estimation.
Algorithm 5: Newton (I)

Number of model parameters: 8
Type of covariance matrix: 2
Maximum number of iterations: 20
Convergence criterion: 1
Tolerance for norm of final gradient: 1e-006
Mue of Armijo condition: 0.2
Minimum of step size value: 1e-010
Scaling factor: -1

Log-likelihood of exponential null model: -5267.53
Changed scaling factor for log-likelihood: -0.0001
Using default starting values.
Sorting episodes according to starting times.
Sorting episodes according to ending times.

Convergence reached in 6 iterations.
Number of function evaluations: 7 (7,7)

Maximum of log likelihood: -2779.56
Norm of final gradient vector: 0.00053754
Last absolute change of function value: 2.37066e-010
Last relative change in parameters: 0.000172603

Idx	SN	Org	Des	MT	Variable	Coeff	Error	C/Error	Signif
1	1	0	1	A	LNG	0.0003	0.0001	3.8865	0.9999
2	1	0	1	A	ABS	-0.0001	0.0000	-2.9713	0.9970
3	1	0	1	A	LEV	-0.3431	0.0748	-4.5891	1.0000
4	1	0	1	A	AUT	-1.8691	0.3083	-6.0618	1.0000
5	1	0	1	A	DAY	-0.0187	0.0496	-0.3767	0.2936
6	1	0	1	A	PHS	0.0073	0.0053	1.3678	0.8286
7	1	0	1	A	AUC	-0.0152	0.0048	-3.1712	0.9985
8	1	0	1	A	AUD	0.0279	0.0186	1.5048	0.8676

Log likelihood (starting values): -2873.6399
Log likelihood (final estimates): -2779.5591

Ergebnisse der Ereignisdatenanalyse für D-HH

SN	Org	Des	Episodes	Weighted	Mean		Excl	
					Duration	TS Min		TF Max
1	0	0	243103	243103.00	350.50	0.00	40815.00	-
1	0	1	3108	3108.00	586.25	0.00	40395.00	-
Sum			246211	246211.00				

Number of episodes: 246211

Model: Cox (partial likelihood)

Maximum likelihood estimation.
Algorithm 5: Newton (I)

Number of model parameters: 8
Type of covariance matrix: 2
Maximum number of iterations: 20
Convergence criterion: 1
Tolerance for norm of final gradient: 1e-006
Mue of Armijo condition: 0.2
Minimum of step size value: 1e-010
Scaling factor: -1

Log-likelihood of exponential null model: -34934
Changed scaling factor for log-likelihood: -0.0001
Using default starting values.
Sorting episodes according to starting times.
Sorting episodes according to ending times.

Convergence reached in 6 iterations.
Number of function evaluations: 7 (7,7)

Maximum of log likelihood: -25286.8
Norm of final gradient vector: 1.66618e-005
Last absolute change of function value: 9.29035e-014
Last relative change in parameters: 7.96663e-006

Idx	SN	Org	Des	MT	Variable	Coeff	Error	C/Error	Signif
1	1	0	1	A	LNG	0.0001	0.0000	8.4282	1.0000
2	1	0	1	A	ABS	0.0000	0.0000	-5.5954	1.0000
3	1	0	1	A	LEV	-0.1455	0.0170	-8.5557	1.0000
4	1	0	1	A	AUT	-0.6157	0.0829	-7.4254	1.0000
5	1	0	1	A	DAY	-0.0305	0.0175	-1.7424	0.9186
6	1	0	1	A	PHS	0.0020	0.0028	0.7188	0.5278
7	1	0	1	A	AUC	-0.0040	0.0010	-3.9271	0.9999
8	1	0	1	A	AUD	0.0224	0.0040	5.6071	1.0000

Log likelihood (starting values): -25485.0535
Log likelihood (final estimates): -25286.7971

Ergebnisse der Ereignisdatenanalyse für D-TU

SN	Org	Des	Episodes	Weighted	Mean		TS Min	TF Max	Excl
					Duration				
1	0	0	45648	45648.00	1010.22		0.00	56410.00	-
1	0	1	1003	1003.00	926.15		0.00	37583.00	-
Sum			46651	46651.00					

Number of episodes: 46651

Model: Cox (partial likelihood)

Maximum likelihood estimation.
Algorithm 5: Newton (I)

Number of model parameters: 8
Type of covariance matrix: 2
Maximum number of iterations: 20
Convergence criterion: 1
Tolerance for norm of final gradient: 1e-006
Mue of Armijo condition: 0.2
Minimum of step size value: 1e-010
Scaling factor: -1

Log-likelihood of exponential null model: -11791.1
Changed scaling factor for log-likelihood: -0.0001
Using default starting values.
Sorting episodes according to starting times.
Sorting episodes according to ending times.

Convergence reached in 6 iterations.
Number of function evaluations: 7 (7,7)

Maximum of log likelihood: -7039.76
Norm of final gradient vector: 2.2401e-007
Last absolute change of function value: 0
Last relative change in parameters: 1.19847e-006

Idx	SN	Org	Des	MT	Variable	Coeff	Error	C/Error	Signif
1	1	0	1	A	LNG	0.0001	0.0000	2.0616	0.9608
2	1	0	1	A	ABS	-0.0001	0.0000	-4.6543	1.0000
3	1	0	1	A	LEV	-0.1668	0.0311	-5.3666	1.0000
4	1	0	1	A	AUT	-0.5736	0.1435	-3.9978	0.9999
5	1	0	1	A	DAY	0.0308	0.0332	0.9270	0.6461
6	1	0	1	A	PHS	-0.0106	0.0041	-2.5512	0.9893
7	1	0	1	A	AUC	-0.0090	0.0017	-5.3244	1.0000
8	1	0	1	A	AUD	0.0338	0.0084	4.0398	0.9999

Log likelihood (starting values): -7132.5553
Log likelihood (final estimates): -7039.7551

Sozialtheorie



ULRICH BRÖCKLING,
ROBERT FEUSTEL (HG.)
Das Politische denken
Zeitgenössische Positionen

Januar 2010, 340 Seiten, kart., 25,80 €,
ISBN 978-3-8376-1160-1



MARKUS GAMPER,
LINDA RESCHKE (HG.)
Knoten und Kanten
Soziale Netzwerkanalyse in Wirtschafts-
und Migrationsforschung

Juni 2010, ca. 280 Seiten, kart., ca. 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-1311-7



KARIN KAUDELKA,
GERHARD KILGER (HG.)
Die Arbeitswelt von morgen
Wie wollen wir leben und arbeiten?

Mai 2010, ca. 234 Seiten,
kart., zahlr. Abb., 19,80 €,
ISBN 978-3-8376-1423-7

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de

Sozialtheorie



MAX MILLER
Sozialtheorie
Eine Kritik aktueller
Theorieparadigmen.
Gesammelte Aufsätze

Juni 2010, ca. 300 Seiten, kart., ca. 27,80 €,
ISBN 978-3-89942-703-5



ELISABETH MIXA
Body & Soul
Wellness: von heilsamer Lustbarkeit
und Postsexualität

August 2010, ca. 250 Seiten,
kart., zahlr. Abb., ca. 24,80 €,
ISBN 978-3-8376-1154-0



MATHIAS STUHR
Mythos New Economy
Die Arbeit an der Geschichte
der Informationsgesellschaft

Juni 2010, ca. 342 Seiten, kart., 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-1430-5

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de

Sozialtheorie

ROSWITHA BRECKNER

Sozialtheorie des Bildes

Zur interpretativen Analyse von Bildern und Fotografien

April 2010, ca. 386 Seiten, kart., zahlr. z.T. farb. Abb., ca. 33,80 €, ISBN 978-3-8376-1282-0

HANELORE BUBLITZ

Im Beichtstuhl der Medien

Die Produktion des Selbst im öffentlichen Bekenntnis

März 2010, 240 Seiten, kart., ca. 25,80 €, ISBN 978-3-8376-1371-1

MICHAEL BUSCH, JAN JESKOW, RÜDIGER STUTZ (HG.)

Zwischen Prekarisierung und Protest

Die Lebenslagen und Generationsbilder von Jugendlichen in Ost und West

Januar 2010, 496 Seiten, kart., 29,80 €, ISBN 978-3-8376-1203-5

ROBERT FEUSTEL,

MAXIMILIAN SCHOCHOW (HG.)

Zwischen Sprachspiel und Methode

Perspektiven der Diskursanalyse

April 2010, ca. 200 Seiten, kart., ca. 25,80 €, ISBN 978-3-8376-1429-9

THOMAS LENZ

Konsum und Modernisierung

Die Debatte um das Warenhaus als Diskurs um die Moderne

Mai 2010, ca. 218 Seiten, kart., ca. 23,80 €, ISBN 978-3-8376-1382-7

BERNADETTE LOACKER

kreativ präkär

Künstlerische Arbeit und Subjektivität im Postfordismus

Juli 2010, ca. 484 Seiten, kart., zahlr. z.T. farb. Abb., ca. 32,80 €, ISBN 978-3-8376-1418-3

DOROTHEA LÜDDECKENS,

RAFAEL WALTHERT (HG.)

Fluide Religion

Neue religiöse Bewegungen im Wandel. Theoretische und empirische Systematisierungen

Januar 2010, 274 Seiten, kart., 27,80 €, ISBN 978-3-8376-1250-9

STEPHAN S. W. MÜLLER

Theorien sozialer Evolution

Zur Plausibilität darwinistischer Erklärungen sozialen Wandels

Februar 2010, 292 Seiten, kart., 31,80 €, ISBN 978-3-8376-1342-1

HERFRIED MÜNKLER,

MATTHIAS BOHLENDER,

SABINE MEURER (HG.)

Handeln unter Risiko

Gestaltungsansätze zwischen Wagnis und Vorsorge

April 2010, ca. 320 Seiten, kart., ca. 29,80 €, ISBN 978-3-8376-1228-8

HERFRIED MÜNKLER,

MATTHIAS BOHLENDER,

SABINE MEURER (HG.)

Sicherheit und Risiko

Über den Umgang mit Gefahr im 21. Jahrhundert

März 2010, 264 Seiten, kart., zahlr. Abb., ca. 27,80 €, ISBN 978-3-8376-1229-5

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de